

## Krijn Thijs

### Drei Geschichten, eine Stadt: Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987 (2008)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.4.v1>

#### Reprint von:

Krijn Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt: Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Böhlau Verlag Köln 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 39)  
ISBN 978-3-412-14406-7

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



**Zitationshinweis:**

Krijn Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt: Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987* (2008), Dokumentserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.4.v1>

Ursprünglich erschienen als: Krijn Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt: Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987*, Böhlau Verlag Köln 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 39)

# Inhalt

Vorwort .....	9
<b>Einführung</b> .....	11
Vergleichende Historiographieggeschichte Berlins .....	12
Geschichtsdiskurs, historische Erzählungen und Herrschaftslegitimation .....	16
Intertextualität, Transfer und narrative Beziehungen .....	23
Diktatur, Demokratie und der „Y-Vergleich“ .....	25
Forschungsstand, Quellenmaterial und Aufbau der Studie .....	29
<b>I. Berlin 1937: Biographie des Stadtorganismus</b> .....	35
1. Die Reichshauptstadt und das kommunale Berlin .....	37
2. Die stadthistorische Disziplin der Reichshauptstadt .....	41
Professionalisierung im Nebenberuf .....	42
Der lokalwissenschaftliche Geschichtsdiskurs der Reichshauptstadt .....	44
Kontroversen in der stadtgeschichtlichen Forschung .....	51
3. Durchsetzung der „braunen“ Version der Stadtgeschichte .....	55
Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung .....	56
Ernst Kaeber und der Untergang der Gegenerzählung .....	61
Biographie eines Stadtorganismus .....	66
4. Die 700-Jahr-Feier der deutschen Reichshauptstadt .....	71
Die „Intensität“ der 700-Jahr-Feier .....	73
Die Berliner Volksgemeinschaft .....	84
Das alte Berlin im Dritten Reich .....	87
FAZIT: Stadtgeschichte als Biographie eines Organismus .....	93
<b>II. West-Berlin 1987: Zeitlose Großstadt des Wandels</b> .....	95
1. Jubiläum einer „geschichtslosen“ Halbstadt? .....	97
2. Der Westberliner Geschichtsdiskurs der 1980er Jahre .....	101
Die Preußenausstellung 1981 .....	102

Ein Deutsches Historisches Museum in West-Berlin .....	107
Die „neue Geschichtsbewegung“ .....	113
3. Ost und West: Allein gemeinsame Sache machen? .....	117
Die Vorteile des Ostens .....	117
„Berlin <i>ist</i> eine Stadt!“ .....	122
4. Konkurrenz der Erzählungen in der Berlin-Ausstellung .....	127
Der Senat und sein „Beauftragter für die 750-Jahr-Feier“ .....	127
Stilelemente eines demokratischen Stadtfestes .....	129
„Menschenwerkstatt“ oder „deutsche Hauptstadt“? .....	132
Lenkung durch Personalpolitik .....	138
Eine Großstadterzählung der Widersprüche .....	144
5. Die Verlufterzählung der lokalen Fachtradition .....	148
Die Historische Kommission zu Berlin .....	148
Lenkung durch Förderung und „verlegerische Konzeptionen“ .....	152
Eine Erzählung der verlorenen Stadt .....	157
6. Die Umklammerung von Gegenerzählungen .....	162
Mythos Berlin .....	163
Das Gegendrehbuch des Kulturrats .....	165
Widerstandstradition und Kiezgeschichte .....	171
Vom widerständigen Ort zur „Topographie des Terrors“ .....	172
7. Die 750-Jahr-Feier der „Stadt der Gegenwart“ .....	180
Ost-Politik im Jubiläum .....	181
Ein Fest „vor den Toren“ der Stadt .....	184
Die Geschichte einer „Stadt der Gegenwart“ .....	188
Feier und Randalen, Berliner und „Anti-Berliner“ .....	193
FAZIT: Stadtgeschichte als großstädtischer Dauerwandel .....	196
<b>III. Ost-Berlin 1987: Historische Hauptstadt und schwindende Zukunft</b> .....	197
1. „Hauptstadt der DDR“ und „sozialistische Metropole“ .....	199
2. Die Wiederentdeckung des historischen Berlins .....	202
Verschwundene Stadtgeschichte .....	202
Utopieverlust und Abgrenzungszwang .....	205
Nationalgeschichte und Preußenkonkurrenz .....	209
3. Die Gründung einer stadthistorischen Disziplin .....	213
Der Geschichtsdiskurs der DDR .....	214
Professionalisierung und Differenzierung .....	218
Ambitionierte Historiker .....	221
4. Staatskonkurrenz zu „Westberlin“ .....	226

Eine nationale Angelegenheit .....	227
Feindbild West-Berlin .....	229
<b>5. Die unsichere Gegenerzählung .....</b>	<b>234</b>
„Berlin-Geschichte“ im normalisierten Geschichtsbetrieb .....	235
Der gespaltene Diskurs .....	238
Selbstblockierung in der Arbeiterbewegungsgeschichte .....	244
Ein Leittext für Berlin .....	252
<b>6. Die 750-Jahr-Feier der „Stadt des Friedens“ .....</b>	<b>258</b>
Eine ganz normale Hauptstadt .....	259
Die „ganze“ Geschichte und der Festzug .....	262
Legitimation oder Delegitimation? .....	269
<b>FAZIT: Stadtgeschichte als verblassender Fortschrittsweg .....</b>	<b>278</b>
<b>IV. Drei Geschichten der Stadt Berlin .....</b>	<b>279</b>
<b>1. Leittexte der Berliner Geschichtskulturen .....</b>	<b>281</b>
<b>2. Exkurs: Bausteine historischer Erzählungen .....</b>	<b>283</b>
Historische Erzählungen im postmodernen Narrativismus .....	283
Narrative Elemente in der Narratologie .....	286
<b>3. Narrative Makrostruktur und „vertikale“ Intertextualität .....</b>	<b>292</b>
Die narrativen Subjekte: Konfiguration der Stadt Berlin .....	292
Wandel und Zeitverständnis .....	296
Die „Goldenen Zeitalter“ Berlins .....	299
Plotstrukturen in ihrer literarischen Form .....	303
Periodisierung .....	307
<b>4. Ereignisgestaltung und „horizontale“ Intertextualität .....</b>	<b>314</b>
Asymmetrische Präsenz und einmalige Erzähllinien .....	314
Subversive Ereignisse .....	317
Sprachliche Identifikation des Handlungsfeldes .....	320
<b>FAZIT: Drei Geschichten der Stadt Berlin .....</b>	<b>329</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>330</b>
Diskurse .....	330
Stadtjubiläen .....	331
Lenkungsformen .....	333
Erzählungen .....	335
Intertextualität und master narratives .....	336
<b>Ausblick .....</b>	<b>338</b>

<b>Anhang</b> .....	341
Abkürzungsverzeichnis .....	341
Abbildungsnachweis .....	344
Quellenverzeichnis .....	345
Literaturverzeichnis .....	347
Personenregister .....	375

# Vorwort

Das vorliegende Buch ist die überarbeitete und leicht gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im Februar 2006 an der Vrije Universiteit Amsterdam angenommen wurde. Es geht auf ein Forschungsprojekt zurück, das von der *Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung* und anschließend von der *Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek* gefördert wurde. Von 2001 bis 2005 konnte ich als Gast am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam arbeiten, wofür ich den damaligen Direktoren Prof. Dr. Konrad H. Jarausch und Prof. Dr. Christoph Kleßmann herzlich danken möchte. Das Projekt ist in vielerlei Hinsicht dem intellektuellen Klima des ZZF verpflichtet. Dabei bin ich insbesondere Prof. Dr. Martin Sabrow und den Mitarbeitern der Arbeitsgruppe „Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation“ für die Zusammenarbeit, zahlreiche Anregungen und kritische Diskussionen sehr dankbar. Und bedanken möchte ich mich auch bei den Interviewpartnern für ihre Offenheit und Gesprächsbereitschaft.

Prof. Dr. Chris Lorenz hat mich sehr inspirierend betreut und zudem meinen langen Verbleib in Berlin nach Möglichkeiten unterstützt. Thomas Schopp übernahm die mühevollen Arbeit, das erste Manuskript von den schlimmsten Verstößen gegen die Regeln der deutschen Sprache zu befreien. Günter Hertel hat die vorliegende Buchfassung dann auf angenehme und geduldige Weise lektoriert. Prof. Dr. Jürgen Hess danke ich dafür, dass er mich 1998 mit einem Studentenstipendium des DAAD nach Berlin geschickt hat. Dass aber aus den geplanten zwei Semestern über sechs Jahre wurden, ist nur dieser fantastischen Stadt zu verdanken. Schließlich danke ich meinen Freunden, meiner Familie und Nicole für ihre große Unterstützung.

Amsterdam, im Februar 2008

Krijn Thijs





# Einführung

Im Oktober 1936 verfasste der Berliner Stadtschulrat Dr. Hans Meinshausen das Geleitwort für ein kleines Übersichtswerk über die Geschichte der Reichshauptstadt. „Nur Menschen, die fest im Boden ihrer Heimat verwurzelt sind,“ so schrieb er, „können die tiefsten Gedanken der Bewegung der nationalsozialistischen Weltanschauung erfassen und sie gefühlsmäßig, ohne langes Erwägen und Überlegen, in ihrem Handeln und Lassen, in der Gestaltung ihres Lebens, verwirklichen.“ Er empfahl daher die Lektüre der Broschüre auf das Wärmste und griff auch schon einmal auf ihren Inhalt vor: „Die Geschichte Berlins kann einem deutschen Strom verglichen werden, der, aus bescheidener Quelle entspringend, durch schicksalhafte Fügung deutschen Geschehens zu gewaltiger Breite angewachsen ist, um im Laufe der Jahrhunderte seine Bestimmung in diesem deutschen Geschehen erfüllen zu können.“<sup>1</sup>

Knapp fünfzig Jahre später und knapp 500 Kilometer entfernt vom inzwischen geteilten Berlin wurde Richard von Weizsäcker zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. In seiner Ansprache vor den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat in Bonn blickte er am 1. Juli 1984 auf das ferne Berlin zurück, in dessen Westteil er drei Jahre als Regierender Bürgermeister gewirkt hatte. Die Stadt sei zwar „Machtmittelpunkt der nationalsozialistischen Herrschaft“ gewesen und „Ausgangspunkt für den Weltkrieg und schließlich für den Holocaust“, aber dennoch habe es „auch immer wieder und bis zuletzt tapfere und selbstlose Taten der Menschenhilfe und des Widerstandes“ gegeben. „Trotz Zerstörung, Teilung und isolierter Lage“, so Weizsäcker weiter, „ist Berlin der Platz geblieben, der uns – wie kein anderer – Maßstäbe für unser Denken und Handeln gibt. Bald nach dem Krieg wurde die Stadt unter notvollem Druck von außen zum Symbol der Freiheitsliebe der Menschen.“ „Die Geschichte dieser Stadt“, so meinte von Weizsäcker, „war immer geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität.“<sup>2</sup>

Im folgenden Winter, am 8. Februar 1985, erschien in Berlin eine Ausgabe der Tageszeitung *Neues Deutschland*, in der eine festliche Ansprache zur Stadtgeschichte abgedruckt wurde. Dem Redner zufolge „war die Geschichte Berlins stets mit dem Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen den Kräften des Friedens und denen des Krieges verbunden.“ Der Vortragende war Erich Honecker, Parteichef der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Staatschef der Deutschen Demokratischen Republik, und nach seiner

---

1 Hans Meinshausen, „Zum Geleit“, in: Hans Grantzow und Ernst Kaerber, *Berlin. Grundzüge seiner Geschichte*. (Berlin, 1937), S. V.

2 Richard von Weizsäcker zum Amtsantritt als Bundespräsident am 1.7.1984 im Deutschen Bundestag. Zitiert in: Ulrich Eckhardt (Hg.), *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart* (Berlin, 1986), S. 6.

Ansicht fand „dieser Kampf“ in Berlin „seinen Höhepunkt in jener welthistorischen Entscheidung, die durch den Sieg der Antihitlerkoalition im zweiten Weltkrieg über den Faschismus, durch die Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Barbarei gefällt wurde und an dem das Sowjetvolk den Hauptanteil hatte. (...) Erstmals ist damit in der Geschichte dieser Stadt und in der Geschichte unseres Volkes der unheilvolle Kreislauf von Fortschritt und Reaktion durchbrochen, geschieht alles für das Volk, mit dem Volk und durch das Volk.“<sup>3</sup>

Die Geschichte Berlins als ein vom Schicksal gelenkter deutscher Strom, als Vorbild für Toleranz und Liberalität oder als Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion – die Prägungen von Meinshausen, Weizsäcker und Honecker könnten unterschiedlicher kaum sein und beziehen sich doch auf die gleiche Stadt und auf dieselbe Vergangenheit. Und dies sind nicht die einzigen Deutungen der Geschichte Berlins, die gewissermaßen in Konkurrenz stehen. Die Erzählweise der Berliner Vergangenheit variierte stets mit den politischen Systemen, die die Stadt für sich beanspruchten. Und weil in Berlin so oft die Herrschaftsform wechselte – allein im 20. Jahrhundert gab es fünf sehr verschiedene –, wurde die Geschichte dieser Stadt sehr oft umgeschrieben. Berlin brachte seine Vergangenheit stets mit den wechselnden Bedürfnissen der Gegenwart in Einklang: Neue Weltanschauungen ordneten das Vergangene, neue Eliten legitimierten ihre Herrschaft durch neue Geschichtserzählungen und neue Historiker betrieben neue Forschungen. Und dieser Prozess hat nach der Vereinigung von Ost- und West-Berlin kein Ende gefunden – die aktuelle bundesdeutsche Hauptstadterzählung ist eine weitere Version dieser Stadtgeschichte.

Diese Studie untersucht drei solche Versionen der Geschichte Berlins, nämlich die nationalsozialistische der 1930er Jahre, die realsozialistische der 1980er Jahre und die liberaldemokratische Erzählung der 1980er Jahre. Als Vergleichsfälle dienen drei Stadtjubiläen, die in unterschiedlichen Systemen gefeiert wurden: die 700-Jahr-Feier, die die Reichshauptstadt 1937 beging, sowie die 750-Jahr-Feier, die Ost- und West-Berlin 1987 zeitgleich, aber getrennt veranstalteten. Diese historischen Feste dienten der Selbstdarstellung und der Legitimation der Herrschaft in der Stadt, der Bestätigung der städtischen Gemeinschaften, aber auch der Konstruktion und Aneignung der Stadtgeschichte.

## Vergleichende Historiographiegeschichte Berlins

Durch die häufigen gesellschaftlichen Umbrüche, durch Aufstieg, Konkurrenz und Niedergang der politischen Systeme in Berlin veränderten sich das Bild der Stadt und ebenso häufig die Deutung ihrer Vergangenheit. Die unterschiedlichen Gesichter der Berliner Geschichte sind *als solche* von der historischen Forschung bislang kaum thematisiert worden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zunächst verhinderte die angespannte politische Lage im geteilten Berlin jene Distanzierung, die Offenheit für andere Erzählungen erlaubt. In West-Berlin überwog trotz später Entspannungsversuche<sup>4</sup> entweder die Verurteilung östlicher Ge-

3 Rede von Erich Honecker, *ND*, 8.2.1985, S. 3.

4 So wurde etwa die Westberliner Ausstellung „Topographie des Terrors“ 1989 auch in Ost-Berlin gezeigt. Vgl. Reinhard Rürup (Hg.), *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“*. Eine Dokumentation (Berlin, 1987, 5. für die DDR eingerichtete Auflage 1989).

schichtprodukte als sozialistische Propaganda<sup>5</sup> oder die erstickende Umarmung derselben als Beweis des eigenen Pluralismus.<sup>6</sup> Und Ost-Berlin bekämpfte bis zuletzt die „bürgerliche“ Geschichtsschreibung des Westberliner Klassegegners.<sup>7</sup> In beiden Fällen stand die Durchsetzung der *eigenen* Version der Berliner Stadtgeschichte an erster Stelle und versperrte somit den reflexiven Blick auf die Existenz *unterschiedlicher* Erzählungen dieser Vergangenheit überhaupt. Und als nach 1990 das „neue Berlin“ entstand, zogen die aktuellen Umgestaltungsprozesse – städtebaulich, politiksymbolisch und geschichtskulturell – alle Aufmerksamkeit auf sich, also die Konstruktion einer neuen Version Berliner Selbstverständnisses.<sup>8</sup>

Ein zweiter Grund für den bisherigen Mangel an Reflexion und Komparistik in der Berlin-Historiographie liegt in den vielen personellen Kontinuitäten, die über politische Brüche hinausgingen. Oft banden Lebensläufe einzelner Historiker die verschiedenen Systeme gleichsam biographisch zusammen, wodurch Zäsuren wie 1933, 1945 oder auch 1989 geglättet wurden. Obwohl solche Kontinuitätslinien keine Berliner Besonderheit sind, wie die Debatten um Historiker wie Wolfgang Schieder oder Werner Conze gezeigt haben, waren sie in einem überschaubaren und traditionellen Umfeld wie der Berliner Lokalgeschichtsforschung doch besonders einflussreich. Seit dem Beginn der selbständigen Berlin-Geschichtsschreibung banden das gemeinsame Arbeitsfeld und die relativ begrenzten Emanzipationsmöglichkeiten Stadthistoriker unterschiedlicher Ansichten zusammen und ließen denjenigen als „Nestbeschmutzer“ erscheinen, der die Entwicklung des lokalen Faches kritisch-distanzierter befragen wollte. Rückblicke wurden lange Zeit nur von den Lokal- und Regionalhistorikern selbst geleistet. Sie pflegten in Festreden und Nachrufen eine Art „disziplinäres Gedächtnis“, das von einer intergenerationellen Loyalität geprägt war und die Entwicklung des eigenen Faches als eine trotz vieler Rückschläge kontinuierliche Aufstiegsgeschichte

---

5 Variationen hiervon etwa bei Ribbe, „Ergebnisse und Aufgaben der historischen Berlin-Forschung“, *JGMOD* 38 (1989), S. 1–80, und in der 1987 veranstalteten Ringvorlesung: Reimer Hansen und Wolfgang Ribbe (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen* (Berlin, 1992).

6 So versuchten in den 1980er Jahre verschiedene Westberliner Kulturpolitiker, Interesse für Ostberliner Ausstellungen und Publikationen zu wecken, um Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und West-Berlin zu stimulieren und um die Offenheit des eigenen Geschichtsbildes zu unterstreichen. (Vgl. unten, Kapitel II.3).

7 Auch wenn in den 1980er Jahren ein deutsch-deutscher Historikerdialog zustande kam, so wurde „Westberlin“ von dieser Entspannung ausgenommen. Hierzu: Ingo Materna, „Berlingeschichtliche Arbeiten der Ostberliner Forschungseinrichtungen“, in: Berthold Grywatz, Birgit Jochens und Knut Lienemann (Hg.), *Stadtgeschichte als Kulturarbeit. Beiträge zur Geschichtspraxis in Berlin-Ost und West* (Berlin, 1991), S. 34–41, hier S. 36. Vgl. allgemein: Martin Sabrow, „Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr ‚objektiver Gegner‘“, in: Georg Iggers u.a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (München, 1998), S. 53–92.

8 Vgl. etwa Manfred Görtemaker, Michael Bienert und Marko Leps, *Orte der Demokratie. Ein historisch-politischer Wegweiser durch Berlin* (Berlin, 2005); Werner Süß und Ralf Rytlewski (Hg.), *Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole* (Bonn, 1999); Beate Binder, „50. Wiederkehr des Kriegsendes: Zur Konstruktion des Gedächtnislandschaft Berlin“, in: ders.; Wolfgang Kaschuba und Peter Niedermüller (Hg.), *Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts* (Köln, Weimar, Wien, 2001), S. 285–308; Cornelia Siebeck, „Inszenierung von Geschichte in der ‚Berliner Republik‘. Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989“, *Werkstattgeschichte* 33 (2002); Karen Till, *The new Berlin. Memory, Politics, Place* (Minneapolis, 2005).

erzählte. In diesem Gedächtnis wurden die Forschungstraditionen der Diktaturen entweder als Deformierungen verurteilt (DDR) oder als irrelevant vom „harten Kern“ der Lokalforschung abgetrennt (Nationalsozialismus).<sup>9</sup> Dadurch blieben systemübergreifende Reflexionen hier lange Zeit eine recht seltene Tugend – die wenigen Versuche stammen von außerhalb der lokalhistorischen Disziplin oder von Nicht-Historikern.<sup>10</sup>

Ein dritter Grund für die mangelhafte Thematisierung der unterschiedlichen Versionen der Berliner Geschichte als solche liegt darin, dass zu dieser Fragerichtung ein konstruktivistisches Verständnis von Geschichte und Geschichtswissenschaft gehört, das in Deutschland erst in den 1990er Jahren festen Fuß gefasst hat. Das mit dem Begriff der *memory studies* grob umrissene Forschungsfeld fällt heute in zahllose Teilgebiete der Erinnerung und Zeiterfahrung auseinander und umschließt tendenziell auch die historische Fachwissenschaft als sozial, kulturell oder politisch bedingt. Historiker, so bilanzierte Klaus Große Kracht 1997, beabsichtigen seitdem oft, weniger „zu zeigen, *wie es eigentlich gewesen* ist, als vielmehr (...) zu zeigen, wie Geschichte eigentlich *gelesen* worden ist, d.h. wie Geschichte

---

9 Wolfgang Ribbe, „Ergebnisse und Aufgaben“; ders., „Außeruniversitäre Forschungen zur Geschichte von Berlin-Brandenburg: Die Historische Kommission“, in: ders. (Hg.), *Die Historische Kommission zu Berlin. Forschungen und Publikationen zur Geschichte von Berlin-Brandenburg und Brandenburg-Preußen* (Berlin, 2000), S. 11–18. Ein konkretes Beispiel für die Wirkung dieses disziplinären Gedächtnisses: Bis vor kurzem wurde der wissenschaftspolitische Einfluss des führenden nationalsozialistischen Landeshistorikers Willy Hoppe, der 1936 zum Rektor der Berliner Universität aufstieg, aus der lokalen Fachgeschichte vollständig ausgeblendet, während Hoppe selbst zum Traditionshüter in schwierigen Zeiten umgedeutet wurde. Wie ungebrochen diese Deutungslinie bis in die 1990er Jahre hinein wirken konnte, zeigt exemplarisch der Landeshistoriker Gerd Heinrich, der noch 1992 sicher war, dass Hoppe als Rektor der Universität „jederzeit von der seriösen Wissenschaft angesprochen werden konnte (...). Gleichsam in seinem Windschatten konnte ziemlich traditionell gelehrt, geforscht und publiziert werden. Seinem Auftreten, nach außen hin als engagierter Parteimann mit unerträglichem Pathos, stand intern eine nicht ganz erfolgreiche Bemühung gegenüber, das Ansehen der Berliner Universität nicht ins Bodenlose absinken zu lassen.“ (Gerd Heinrich, „Brandenburgische Landesgeschichte und preußische Staatsgeschichte. Universitäten, Hochschulen, Archive, Historische Gesellschaften und Vereine“, in: Hansen und Ribbe, *Geschichtswissenschaft*, S. 323–363, hier S. 350f.) Hier ergeben sich frappierende Ähnlichkeiten mit dem von Harald Welzer untersuchten Familiengedächtnis. „Die Stilisierung der Generation der Urgroßeltern zu Anti-Nationalsozialisten kann so weit gehen, dass (...) selbst ein ‚alter Kämpfer‘ und ‚überzeugter Nationalsozialist‘, der schon 1931 Ortsgruppenleiter der NSDAP war, als jemand dargestellt wird, der sich stets gegen die normativen Forderungen der NS-Gesellschaft einzusetzen bereit war.“ (Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggall, *„Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis* (Frankfurt, 2002) S. 53f. Vgl. auch: Ernst Kaeber, „Willy Hoppe als märkischer Historiker“, *JBLG* 5 (1954), S. 7–12; Eberhard Faden, „Willy Hoppe 1884–1960“, *JBLG* 11 (1960), S. 158–170; Herbert Ludat, „Willy Hoppe †“, *JGMOD* 9/10 (1961), S. 694ff.

10 Peter Jelavich, „Kulturgeschichtliche Bemerkungen zur Berlin-Historiographie“, in: Konrad Jarausch (Hg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR* (Berlin, 1991), S. 107–121. Anthropologisch: John Borneman, *Belonging in the two Berlins. Kin, State, Nation* (Cambridge, 1992); soziologisch: J. Jordan, *Structures of Memory. Understanding Urban Change in Berlin and Beyond* (Stanford, 2006); sozial-geografisch: Till, *The new Berlin*. Siehe jetzt auch Katja Zelljadt, *History as Past-time. Amateurs and Old Berlin 1870–1914* (Diss. Harvard, 2005), sowie demnächst: Marc Schalenberg und Thomas Biskup (Hg.), *Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt* (In Vorbereitung: Beiträge der 2005 organisierten Tagung „Selling Berlin. Außendarstellung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt“. URL: [hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=734](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=734)).

rezipiert und vor allem wie Geschichte interpretiert wurde.“<sup>11</sup> Manche Historiker sprechen neuerdings gar von einem Paradigmenwechsel „von ‚Gesellschaft‘ zu ‚Gedächtnis‘“.<sup>12</sup>

Die gesellschaftlichen und fachlichen Entwicklungen seit mehr als fünfzehn Jahren haben die meisten der Gründe obsolet gemacht, die einer kritischen Historisierung der Berliner Stadtgeschichtsschreibung früher im Wege standen. Durch das Verschwinden der DDR und die Vereinigung Berlins ist nicht nur die Gelegenheit für eine weitere Neukonstruktion der Stadtgeschichte, sondern auch für übergreifende Rückblicke und Bilanzierungen entstanden. So thematisierte der amerikanische Kulturhistoriker Peter Jelavich bereits 1990 knapp die verschiedenen Erzählweisen der Stadtgeschichte: „Da Berlin oft die Regierungsform gewechselt hat, mußte jeder neue Machthaber und ferner jede Partei, die an die Macht gelangen wollte, ihre eigene ‚narratio‘ der städtischen Vergangenheit entwerfen und angemessene Traditionen ‚erfinden‘, um ihre Herrschaft zu legitimieren.“<sup>13</sup> Ferner ist die Infrastruktur der Berliner Stadthistoriographie nach 1990 so stark verändert worden, dass mehrere Kontinuitätslinien zwangsweise abbrachen. Die marxistisch-leninistische Erzählung der Stadtgeschichte verlor ihre Vertreter aus dem Fachdiskurs. Und mit dem Verschwinden der Ost-West-Konkurrenz verlor die Geschichtsschreibung ihre Vorrangstellung als Legitimationsressource auch für die demokratische Stadt, weshalb die traditionelle Westberliner Historikerzunft ebenfalls arg reduziert wurde.<sup>14</sup> Insgesamt schrumpfte der Kreis von hauptamtlichen Stadthistorikern nach 1990 erheblich.

Zudem haben kulturhistorische Forschungen der 1990er Jahre eine Reihe von Ansätzen zur Erforschung des Zusammenhangs von Geschichtsrepräsentation und Herrschaftslegitimation formuliert. Sie erlauben es, sowohl die Stadtjubiläen als auch ihre stadthistorischen Erzählungen als kulturelle Konstruktionsleistungen zu betrachten, die gesellschaftliche Funktionen, wie Identitätsvergewisserung, Zeitorientierung und Machtreproduktion, erfüllten. Mit Hilfe solcher Ansätze untersucht diese Studie die Erzählungen der Geschichte Berlins, die zur 700-Jahr-Feier und zur doppelten 750-Jahr-Feier in der Stadt entworfen und kommuniziert wurden. Sie beabsichtigt im Gegensatz zum „Diskurs der Zeitgenossen“ nicht, eine dieser Erzählungen gegen andere durchzusetzen, oder eine neue, nunmehr „endgültige“ Version der Stadtgeschichte zu etablieren. Auch fragt sie nicht in erster Linie nach dem Wahrheitsgehalt jeder einzelnen Darstellung der Stadtgeschichte. Vielmehr untersucht dieses Buch die Erzählweisen und ihre Leitvorstellungen selbst, samt der stadthistoriographischen Diskurse, die die Narrative wissenschaftlich beglaubigten. Mit welchen Strategien wurde die Vergangenheit Berlins zu kohärenten und sinnvollen Erzählungen geschmiedet? Ließen sich die historischen Geschehnisse dazu beliebig dehnen und umgestalten? Die Konzentration auf die Jubiläen bringt zudem die Präsentationsformen sowie die Instrumente in den Blick, mit denen die Stadtverwaltungen im Dritten Reich, in der DDR und in West-Berlin die Deutung der Geschichte zu lenken und zu beherrschen suchten.

---

11 Klaus Große Kracht, „Gedächtnis und Geschichte: Maurice Halbwachs – Pierre Nora“, *GWU* 47 (1997) 1, S. 21–31, hier S. 21.

12 Dan Diner, „Von ‚Gesellschaft‘ zu ‚Gedächtnis‘. Über historische Paradigmenwechsel“, in: ders., *Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichten* (München, 2003), S. 7–15.

13 Peter Jelavich, „Kulturgeschichtliche Bemerkungen“, S. 107–121, hier S. 108.

14 Karl Heinrich Kaufhold, „Zum Geleit“, in: Ribbe, *Die Historische Kommission zu Berlin*, S. 7–9.

## Geschichtsdiskurs, historische Erzählungen und Herrschaftslegitimation

Leicht könnten die eingangs zitierten Sätze von Meinshausen, von Weizsäcker und Honecker als bloß politisch opportune Ansprüche auf die Stadtgeschichte gelesen werden, gleichsam als Oberflächenerscheinungen der Berliner Geschichtskultur. Aber hinter ihren Äußerungen standen umfassende stadtgeschichtliche Vergangenheitsdeutungen, die über die Festreden und Vorworte hinaus tiefe Spuren hinterließen. Sie prägten die städtischen Erinnerungsstile, Gedenkort, Festkalender und natürlich ihre Geschichtswissenschaften selbst, denn in der Reichshauptstadt und in Ost- und West-Berlin gab es Historiker, die die Geschichte Berlins als Geschichte des deutschen Aufstiegs, des Klassenkampfes oder der großstädtischen Weltoffenheit schrieben.

Aus dem mittlerweile sehr reichen methodischen Arsenal zur Erforschung von Geschichtskulturen wählt die vorliegende Studie die beiden Begriffe des „Geschichtsdiskurses“ und der „historischen Erzählung“ als zentrale Forschungskategorien. Sie werden in dieser Arbeit als komplementäre Begriffe verstanden. Der Diskursbegriff zielt hier auf die Produktionsmechanismen und Wahrnehmungskategorien, die die jeweilige Aneignung der Vergangenheit in den drei Stadtgesellschaften regulierten, während die stadtgeschichtlichen Erzählungen als Ergebnisse dieser Konstruktionsleistungen verstanden werden, gewissermaßen als Produkte der diskursiven Praktiken. Beide Begriffe sollen hier knapp spezifiziert werden.

Für die Erfassung der historischen Deutungsstile der Reichshauptstadt, der Hauptstadt der DDR und West-Berlins bietet sich der mittlerweile zum Standard historischer Forschungsmethoden gehörende Diskursbegriff Michel Foucaults an, denn dieser thematisiert die Verbindung von Wissen und Machtverhältnissen, von symbolischen und gesellschaftlichen Ordnungen.<sup>15</sup> Diskurse setzen sich aus Sets von sprachlichen Regelmäßigkeiten, Grenzziehungen, Verboten und Sinndefinitionen zusammen. In Berlin folgte die Gestaltung und Aneignung der Vergangenheit jeweils spezifischen Regeln, Argumentationsstilen und Leitfragen. Solche Regelmäßigkeiten werden in der vorliegenden Arbeit als Merkmale städtischer Geschichtsdiskurse untersucht, die das Wissen um die Geschichte Berlins mit der Macht des Sprechens verbanden. Sie transportierten Momente und Mechanismen der Exklusion und der Inklusion, sie pflegten Verbote und Tabus und definierten Grenzen des öffentlich Sagbaren.

Diesen Diskursen waren auch die professionellen Stadthistoriker verhaftet. Der Entwicklung der lokalen Historiographie wird in der vorliegenden Arbeit nicht etwa eine universale Aufstiegslinie zugrunde gelegt, nach der sich Fortschritte und Rückfälle seit ihrem Entstehen etwa in einem kontinuierlichen Spektrum bemessen lassen. In einer solchen Perspektive, die von einem universalen Wissenschaftsverständnis ausgehen würde, ließen sich die Forschungen und Erzählungen der beiden Diktaturen nur begrenzt integrieren. Stattdessen thematisiert diese Arbeit die Logik und Funktionsweisen aller drei Denksysteme gleichermaßen.

---

15 Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann* (Frankfurt a. M., 1991, 1997). Vgl. Ulrich Brieler, „Foucaults Geschichte“, *GG* 24 (1998), S. 248–282; Hannelore Bublitz, *Foucaults Archäologie des kulturellen Unbewußten. Zum Wissensarchiv und Wissensbegehren moderner Gesellschaften* (Frankfurt a. M., 1999); Achim Landwehr, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse* (Tübingen, 2001); Philip Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse* (Frankfurt a. M., 2003). Abgrenzung von Habermas' Diskursbegriff betreibt: Peter Schöttler, „Wer hat Angst vor dem ‚linguistic turn‘?“, *GG* 23 (1997), S. 134–151.

ßen, denn sie gaben verschiedene Antworten auf ähnliche Fragen, Fragen nach der historischen Identität der Stadt. Welche Urteilskategorien und Leitbilder prägten die Deutung der Berliner Vergangenheit in den drei politischen Systemen? Wie verstanden die jeweiligen Stadthistoriker ihre Rolle als Wissenschaftler und welche Ziele und Kriterien verbanden sie mit ihrer professionellen Tätigkeit? Welche Leitfragen beherrschten ihre Arbeit und welche Streitfragen trennten die Geister? Welche Mechanismen und Instrumente sicherten jene Synchronität zwischen Geschichtsschreibung und politischem Selbstverständnis der Stadt, die aus den Sätzen von Meinshausen, von Weizsäcker und Honecker spricht?

Die Strukturen der so verstandenen Geschichtsdiskurse waren aber nicht in erster Linie durch historisch-konkrete Inhalte bestimmt. Als Substanz und Gegenstand der Geschichtsdiskurse werden in dieser Arbeit vielmehr die drei stadthistorischen Erzählungen verstanden, die sie hervorbrachten und begründeten. Beide Begriffe abstrahieren von einzelnen Personen oder Schriften und zielen auf kollektiv geteilte Sinngebungen, denn die Erforschung von Geschichtskulturen bedeutet mit Jörn Rüsen, dass „Fachwissenschaft, schulischer Unterricht, Denkmalpflege, Museen und andere Institutionen (...) über wechselseitigen Abgrenzungen und Unterschiede hinweg als Manifestationen eines übergreifenden gemeinsamen Umgangs mit der Vergangenheit in Augenschein genommen und diskutiert (werden).“<sup>16</sup> Während der Diskursbegriff die mit diesem Umgang verbundenen formalen Regeln des Wissens und Sprechens in den Blick nimmt, bietet die Kategorie der Erzählung Zugang zu den Inhalten dieses kollektiven Umgangs mit der Vergangenheit. Sie zielt hier auf jene narrativen Grundmuster, die in den drei Stadtgesellschaften zur Geschichtsrepräsentation angewandt wurden und die ihre jeweiligen Geschichtskulturen zusammenfügten. Erzählungen begründen konkrete Datenmengen<sup>17</sup>, bilden eine dramatische Einheit<sup>18</sup>, sind mit einer aus der Gegenwartsperspektive definierten Erzählrichtung<sup>19</sup> und daraus abgeleiteten Bewertungsmaßstäben ausgestattet und trennen somit Wichtiges von Trivialem in der Vergangenheit.<sup>20</sup>

In diesem Sinne ist der Begriff der Erzählung kompatibel zu den meisten geschichtskulturellen Kategorien. Letztere verweisen laut Rüsen oft auf narrative Praktiken, wie etwa das „Geschichtsbewusstsein“, dessen „spezifisch mentale Operation“ das „Erzählen von Geschichten“ sei, oder wie auch Geschichtsbilder und Symbole, die er griffig „narrative Ab-

---

16 Jörn Rüsen, „Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken“, in: ders., *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden* (Köln, Weimar, Wien, 1994), S. 211–234, hier S. 212.

17 Hayden White, „The value of narrative in the representation of reality“, in: W. T. J. Mitchell (Hg.), *On Narrative* (Chicago, 1980), S. 1–24; Allan Megill, „Does narrative have a cognitive value of its own?“, in: Horst-Walter Blanke, Friedrich Jaeger, Thomas Sandkühler (Hg.), *Dimensionen der Historik. Geschichtstheorie, Wissenschaftsgeschichte und Geschichtskultur heute* (1998), S. 41–52.

18 Hayden White, *Metahistory. The historical imagination in nineteenth-century Europe* (Baltimore, 1973).

19 Arthur C. Danto, *Narration and Knowledge* (New York, 1985).

20 „Narrative Strukturierung“ hebt laut der Psychologie des Erzählens „diejenigen Geschehnisse, Gedanken und Handlungen hervor, die benötigt werden, um den Weg, auf welchem die erzählte Episode entfaltet wird, nachvollziehen zu können. Sie grenzt sie von der Flut der sonstigen tagtäglichen Verrichtungen ab.“ (Donald Polkinghorne, „Narrative Psychologie und Geschichtsbewusstsein“, in: Jürgen Straub (Hg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte* (Frankfurt a. M., 1998), S. 12–45, hier S. 25.)

breviaturen“ nennt.<sup>21</sup> Aber auch die Begriffe der historischen oder kollektiven Identität werden in hohem Maße anhand ihrer narrativen Struktur definiert („Erzählungen des Selbst“).<sup>22</sup> Zudem gilt die Erzählung als zentrales Element in Erinnerungsprozessen – sowohl in den beiden Assmann’schen Formen des kollektiven Gedächtnisses, das kulturelle und das kommunikative<sup>23</sup>, als auch im individuellen<sup>24</sup> und im Familiengedächtnis.<sup>25</sup> Schließlich prägen Erzählungen die Fachhistoriographie – wenn schon nicht immer in der Form, so doch als Organisationsprinzip auch nicht-narrativer Forschungsergebnisse.<sup>26</sup>

Die Orientierung auf übergreifende narrative Strategien der Geschichtsdeutung vermag also eine integrative Forschungsperspektive herzustellen, weil sie neben der professionellen Historiographie auch andere Institutionen gesellschaftlicher und politischer Vergangenheitsaneignung in den Blick nehmen kann. Denn die lokale Geschichtswissenschaft war nur eine, wenn auch zentrale Instanz, die an der Arbeit am Berliner Gedächtnis beteiligt war. Durch ihre wissenschaftlichen Praktiken versah sie die jeweiligen stadtgeschichtlichen Erzählmuster mit dem Siegel der Professionalität und umgekehrt wurden ihre Forschungsfragen von historischen Großerzählungen definiert und legitimiert. Aber gerade zu den Stadtjubiläen entfalteten auch die Stadtverwaltungen ihren Anspruch auf historische Deutungshoheit. Gleichviel, ob die zuständigen Abteilungen den Namen eines „Staatskommissariats zur besonderen Verwendung“ trugen, als „Bezirksleitung Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ auftraten, oder „Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten“ hießen – ihre Mitarbeiter richteten die Feierlichkeiten aus und betrieben dabei Geschichtspolitik. Und schließlich gab es oft noch weitere Akteure der Vergangenheitsaneignung: etwa amateurhafte historische Vereine, Bürgerinitiativen, Künstler oder Journalisten. Obwohl sich die vorliegende Studie vorrangig auf die Produkte der lokalen Fachwissenschaft und die Jubiläumsprogramme der Stadtverwaltung konzentriert, sind die Grenzen nicht immer scharf. Gefragt wird also für jedes Berlin nach einem tiefer liegenden Konsens in der Verständigung über die Vergangenheit, nach manchmal nicht hinterfragten Sinngebungen und Selbstverständigkeiten und nach dem gemeinsamen Boden, auf dem verschiedene Akteure Geschichte gestalteten und Deutungskämpfe bestritten. Den narrativen Grundmustern kann

---

21 Rösen, „Was ist Geschichtskultur?“, S. 216ff.

22 Polkinghorne, „Narrative Psychologie“, S. 33; Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur* (Reinbek b. Hamburg, 2000), bes. S. 35; Eviatar Zerubavel, *Time maps. Collective Memory and the social shape of the past* (Chicago und London, 2003).

23 Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen* (München, 1997), S. 16: „Beide Aspekte: der normative und der narrative, der Aspekt der Weisung und der Aspekt der Erzählung, fundieren Zugehörigkeit oder Identität, ermöglichen dem Einzelnen, ‚wir‘ sagen zu können.“ Vgl. Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung* (München, 2002); Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses* (München, 1999).

24 Jürgen Straub, „Geschichten erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung“, in: ders., *Erzählung, Identität*, S. 81–169.

25 Welzer, Moller und Tschuggall, „Opa war kein Nazi“.

26 Allan Megill, „Recounting the Past: ‚Description‘, Explanation and Narrative in Historiography“, *AHR* 94 (1989), S. 627–653; Hans Kellner, *Language and historical representation. Getting the story crooked* (Wisconsin, 1989), bes. S. 153–188; Paul Nolte, „Darstellungsweisen deutscher Geschichte. Erzählstrukturen und ‚master narratives‘ bei Nipperdey und Wehler“, in: Christoph Conrad und Sebastian Conrad (Hg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich* (Göttingen, 2002), S. 236–268.



somit sowohl in historischen Darstellungen und Ausstellungen als auch in Zeitungen, Festveranstaltungen oder politischen Debatten zur Feier nachgespürt werden.

Schließlich eröffnet der Begriff der Erzählung die Möglichkeit, die Geschichtskulturen zweier diktatorisch verfasster Gesellschaften zusammen mit der einer pluralistischen Demokratie in den Blick zu bekommen, ohne einerseits durch eine normative Besetzung des Feldes die Demokratie als gleichwertigen Untersuchungsfall auszugrenzen oder andererseits die kategorialen Unterschiede der verschiedenen Herrschaftssysteme zu vernachlässigen. Als Grundhandlung, die aus Zeit Sinn macht, Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft verbindet und diffusen Geschehnissen Zusammenhang verleiht, findet man das Erzählen überall, wo Geschichte verhandelt wird. Ungeachtet der asymmetrischen Herrschaftsverhältnisse im Nationalsozialismus, im Realsozialismus und in der liberalen Demokratie, leisteten die Berliner Stadtgemeinschaften zu ihren Jubiläen vergleichbare Arbeit: Sie konstruierten aus der Vergangenheit Berlins „eigene“ Geschichten. Im Ergebnis standen drei Geschichten der Stadt Berlin, die sich auch aus narratologischer Perspektive auf ihre Erzählstrukturen und Modellierung der Vergangenheit hin vergleichen lassen.

Die historischen Erzählungen Berlins lassen sich aber noch in einer weiteren Hinsicht vergleichen, nämlich in Bezug auf ihre gesellschaftlichen Positionen. Ebenso wie die Geschichtsdiskurse, aus denen sie hervorgingen, repräsentierten die verschiedenen Narrative soziale Herrschaftsverhältnisse und politische Legitimationsfiguren. Diese Arbeit geht von der Annahme aus, dass die Stabilität auch der diktatorischen Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts nicht nur durch greifbare Herrschaftsmethoden wie Repression, Wahlfälschungen und Bespitzelung gesichert wurde, sondern dass sie auch auf ein gewisses Maß an gesellschaftlichen Grundkonsens, etwa in der sinnweltlichen Erfahrung der Kategorie „Zeit“, zurückzuführen ist. In solchen übergreifenden Vorstellungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft waren auch die Herrschaftseliten eingebunden, und der Anthropologe John Borneman hat für das geteilte Berlin gezeigt, wie sehr solche „master narratives“ auch auf die individuelle Identitätskonstruktion der Berliner eingewirkt haben.<sup>27</sup> Das Verständnis von Geschichtsdeutung als relevante Kategorie zur Erzeugung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses und politischer Normalität bringt zunächst jene Erzähltwürfe in den Blick, die in den Stadtjubiläen dominant waren und die städtischen Herrschaftsformen rechtfertigten.

Unter dem Einfluss amerikanischer Theoriedebatten ist eine solche Verbindung von „Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen“ auch in der deutschen Zeitgeschichtsforschung untersucht worden.<sup>28</sup> Dazu wurde die auf Jean-François Lyotard und Claude Lévi-Strass zurückgehende Kategorie des „master narrative“ auf die Ebene der Nationalgeschichtsschreibung heruntergestuft und mit dem Begriff der „historischen Meistererzählung“ übersetzt. Ein master narrative oder eine „Meistererzählung“ bezeichnet demnach „die in einer kulturellen Gemeinschaft zu einer gegebenen Zeit dominante Erzählweise

---

27 Bornemann, *Belonging in the two Berlins*.

28 Michael Geyer und Konrad Jarausch, „The Future of the German Past. Transatlantic Reflections for the 1990s“, *Central European History* 22 (1989), Heft 3/4, S. 229–259; Matthias Middell, Monika Gibas und Frank Hadler, „Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen: Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen“, in: dies. (Hg.), *Zugänge zu historischen Meistererzählungen (=Comparativ* 10 (2000), 2), S. 7–35; Konrad Jarausch und Martin Sabrow (Hg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945* (Göttingen, 2002).

des Vergangenen“, also „eine kohärente, mit einer eindeutigen Perspektive ausgestattete und in der Regel auf den Nationalstaat ausgerichtete Geschichtsdarstellung, deren Prägekraft nicht nur innerfachlich schulbildend wirkt, sondern öffentliche Dominanz erlangt.“<sup>29</sup> Als „große Erzählung“ der sozial dominanten Gruppe begründet ein master narrative den mythischen Ursprung der Gemeinschaft (Partei, Nation, Volk, Rasse), definiert die eigene Identität sowie die der Feinde, organisiert die Zeiterfahrung und rechtfertigt die an diesen Gruppen ausgerichtete soziale Realität. Master narratives deuten Welt und Zeit und transportieren somit soziale Hegemonie. Und sie ordnen eine Reihe von anderen Geschichten, indem sie kleinere oder lokale Darstellungen des Vergangenen an sich binden und ihr narratives Muster (historische Schlüsselakteure, Periodisierungen und moralische Maßstäbe) darin implantieren.<sup>30</sup> Das konzeptionelle Gegenüber dieser master narratives ist neben der lokalen Kleinerzählung vor allem auch das „counter narrative“ oder die „Gegenerzählung“ – die alternative Geschichtsdeutung der Unterdrückten oder Ausgeschlossenen, die im Untergrund, im Privaten oder in einer Gegenöffentlichkeit eigene Geschichten erzählen.

Obwohl die vorliegende Studie gegenüber dem Übersetzungsbegriff „Meistererzählung“ Zurückhaltung übt – denn dieser war zur Zeit des Begriffstransfers bereits als individuelle Glanzleistung literarischer Virtuosen besetzt, und dieser Verwirrung ist die deutsche Forschung nie ganz entkommen<sup>31</sup> – bieten die an ihm ausgerichteten Studien vielfache Anhaltspunkte für einen Vergleich der dominanten Erzählungen der Berliner Stadtgeschichte. Als Ergebnis dieser Forschungen kann die Synthese *Shattered Past* von Konrad Jarausch und Michael Geyer gelten, die für die neuere deutsche Historiographiegeschichte drei übergreifende Erzählweisen der nationalen Geschichte unterscheidet. Diese master narratives ließen laut Jarausch und Geyer zwar stets eine gewisse Bandbreite an Erzählvariationen zu, waren aber in ihren Grundentscheidungen zur Modellierung der Vergangenheit in sich relativ homogen, nicht zuletzt in Kontrast zueinander.<sup>32</sup>

---

29 Jarausch und Sabrow, „Meistererzählung“ – Zur Karriere eines Begriffs“ in: dies., *Historische Meistererzählung*, S. 9–32, hier 17 und 16. Zur Begriffsgeschichte weiter: Kerwin Lee Klein, „In search of narrative mastery: postmodernism and the people without history“, *HT* 34 (1995), S. 275–298; Krijn Thijs, „Vom ‚master narrative‘ zur ‚Meistererzählung‘? Überlegungen für ein Konzept von ‚narrativer Hierarchie‘“, in: Alfrun Kliems und Martina Winkler (Hg.), *Sinnstiftung durch Narration in Ost-Mittel-Europa. Geschichte – Literatur – Film* (Leipzig, 2005), S. 21–53.

30 Über die Frage, ob auch explizit nicht-narrative Geschichte eine ‚Große Erzählung‘ voraussetzt: Allan Megill, „‚Grand Narrative‘ and the Discipline of History“, in: F. R. Ankersmit und H. Kellner (Hg.), *A new philosophy of history* (London, 1995), S. 151–173; White, „The value of narrative“; Lynn Hunt, „Geschichte jenseits von Gesellschaftstheorie“, in: Christoph Conrad und Maria Kessel (Hg.), *Geschichte Schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion* (Stuttgart, 1994), S. 98–121, hier bes. S. 113; Joyce Appleby, Lynn Hunt und Margaret Jacob, *Telling the Truth about History* (New York, 1994), S. 129–159; Robert F. Berkhofer, *Beyond the Great Story. History as Text and Discourse* (Harvard, 1995).

31 Um die literarischen Bedeutungen von den übergreifenden master narratives in Geschichtskulturen abzugrenzen, wurden in Deutschland die vielen Adjektive zu den „Meistererzählungen“ überhaupt erst notwendig („historisch“, „national“, „sozialistisch“). Wegen der Sprachverwirrung zieht diese Studie den englischen Originalbegriff vor. Ausführlicher zum Übersetzungsproblem und zu den verschiedenen Lesarten der Master-Metapher in diesem Begriff: Thijs, „Vom ‚master narrative‘ zur ‚Meistererzählung‘?“.

32 Das Folgende nach: Konrad H. Jarausch und Michael Geyer, *Shattered Past. Reconstructing German Histories* (Princeton, 2003), S. 37–108. Vgl. auch Jarausch und Sabrow, *Die historische Meistererzählung*, S. 33–139.

Die innere Homogenität der Erzählstile war zweifellos am geringsten im ersten und traditionellen deutschen master narrative, das die deutsche Geschichte anhand der konzeptionellen Individualität der deutschen Nation erzählte.<sup>33</sup> Die deutsche Nation wurde als organisierendes Prinzip der Vergangenheitsdeutung im 19. Jahrhundert von der borussischen Schule durchgesetzt und blieb, eben in unterschiedlichen Variationen, über 1945 hinaus intakt, denn auch die völkische und rassistische Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit und des Dritten Reiches fassen Jarausch, Geyer und Martin Sabrow noch als Radikalisierungen unter diesem „gemeinsamen Dach einer nationalgeschichtlichen Meistererzählung“.<sup>34</sup> Gemeinsam war allen diesen historistisch-nationalistischen Variationen der deutschen Vergangenheitsdeutung die Auffassung eines deutschen Exzeptionalismus, der die Schicksale einer sich formierenden und aufsteigenden Nation erzählte. Nur die zweite und totale Kriegsniederlage 1945 konnte die Dominanz des nationaldeutschen Paradigmas auf Dauer brechen, auch wenn die Nachkriegszeit in der Bundesrepublik historiographisch von Versuchen dominiert wurde, mit dem Historismus auch die deutsche Individualität als regulative Größe des historischen Erzählens über die Katastrophenerfahrung hinüber zu retten.<sup>35</sup> Doch in der DDR und – später – in der Bundesrepublik wurde das nationaldeutsche master narrative schließlich von neuen Großdeutungen ersetzt, die mit Marxismus und Modernisierung universalistische Perspektiven vor dem deutschen Individualismus bevorzugten.

In der DDR erwarb mit der Machtetablierung der SED eine ehemalige Gegenerzählung den Status eines master narrative. Denn seit dem späten 19. Jahrhundert existierten alternative, sozialistische Deutungen der deutschen Geschichte, deren Erzählform nun im Gewand einer historisch-materialistischen Legitimationserzählung zur Dominanz gelangte. Dieses Fortschrittsnarrativ, das Revolutionen als Triebkräfte der Geschichte und die Arbeiterbewegung als Träger der eigenen Identität definierte, erfuhr während der vierzigjährigen Existenz der DDR zwar einige Modifikationen, blieb aber bis 1989 in ihrer narrativen Grundform unverändert.<sup>36</sup> Durch ein spezifisches parteilich-politisches und einem Einheitlichkeitsideal verpflichtetes Wissenschaftssystem, aus dem dieses Narrativ hervorging, erreichte diese Geschichtsdeutung der deutschen Vergangenheit innerhalb ihrer Geltungsgrenzen, die in Deutschland geographisch nicht zufällig mit den Staatsgrenzen der DDR zusammenfielen, eine nahezu ungebrochene öffentliche Monopolstellung.

Der dritte Großentwurf der deutschen Geschichte entstand einige Jahre nachdem die nationalhistorische Aufstiegserzählung in der Bundesrepublik ihre Glaubwürdigkeit in der

---

33 Vgl. Georg Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft: Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart* (Frankfurt a. M. 1976; Köln Weimar Wien, 1997).

34 Jarausch und Sabrow, „Meistererzählung“, S. 27; Vgl. Jarausch und Geyer, *Shattered Past*, S. 43f.

35 Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945* (München, 1993); Sebastian Conrad, *Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960* (Göttingen, 1999).

36 Martin Sabrow, „Auf der Suche nach dem materialistischen Meisterton. Bauformen einer nationalen Gegenerzählung in der DDR“, in: Sabrow und Jarausch, *Die historische Meistererzählung*, S. 33–77; Konrad Jarausch, „Die DDR-Geschichtsschreibung als Meta-Erzählung“, in: Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR* (Leipzig, 1997), S. 17–34; Matthias Middell, „Metaerzählungen: vergleichende Revolutionsgeschichte und Sonderwegstheese“, *BDI* (1998) 5, S. 59–75.

Fischerkontroverse endgültig verloren hatte.<sup>37</sup> Die entstandene Leerstelle wurde Anfang der 1970er Jahre weitgehend von einer neuen Geschichtsdeutung eingenommen, die, obwohl sie in der demokratischen Gesellschaft nie zur absoluten Dominanz gelangen konnte, bis über den Historikerstreit hinaus die prägende Lesart der deutschen Geschichte blieb. Gemeint ist die „Sonderweg“-Erzählung der sogenannten „Bielefelder Schule“, die nicht mehr die Individualität und Schicksale der wie auch immer verstandenen deutschen Nation zum organisierenden Prinzip ihrer Erzählweise machte, sondern die als „universell“ verstandenen Emanzipations- und Modernisierungsprozesse der Gesellschaft als Deutungsrahmen der deutschen Geschichte wählte. Die sich als aufgeklärt verstehende Gesellschaftsgeschichte legitimierte Westbindung und Demokratisierung und brach mit dem Historismus der Vergangenheit.<sup>38</sup> Auch wenn die gewaltige Synthese von Hans-Ulrich Wehler zweifellos die beeindruckendste Manifestation dieser Erzähltradition ist, so begründete dieses master narrative zwischen 1970 und etwa 1990 auch zahllose Einzelforschungen, während es Alternativdeutungen wie die Alltagsgeschichte lange Zeit an den Rand drängte. Gleichwohl zeigen eben diese Formierung der „Geschichte von Unten“ und der Verlauf des Historikerstreits auch die relative Schwäche eines master narrative in pluralistischen Gesellschaften.<sup>39</sup>

Anknüpfend an diese Forschungen und Befunde, kombiniert die vorliegende Studie zu den Geschichtsrepräsentationen Berlins zwei Fragerichtungen. Gefragt wird zum einen nach Form und Inhalt der dominanten lokalthistorischen Narrative, nach ihren systemlegitimierenden Strategien, Symbolen und Kontinuitätsansprüchen. Welche Identitätsangebote transportierten sie? Welche Elemente der Geschichte Berlins wurden jeweils hervorgehoben und mit der Gegenwart verbunden und welche wurden implizit negiert oder explizit ausgeschlossen? Mit welchen narrativen Strategien wurde aus der vergangenen Wirklichkeit ein Kontinuum in die Gegenwart und Zukunft gespannt? Wie „dehnbar“ war die Geschichte Berlins? Zu dieser Fragerichtung gehört auch das Problem der „Narrativisierung“ vergangener Ereignisse, auf das am Ende der Arbeit näher eingegangen wird: Wie schufen die Historiker eine dramatische Einheit in ihren Erzählungen? Ist ein übergreifender Kanon stadtgeschichtlicher Ereignisse erkennbar, gleichsam ein übergreifender Satz von Daten, der in allen Narrativen verarbeitet werden musste, um als Erzählung der Geschichte Berlins überhaupt gelten zu können? Und zum Zweiten erlaubt das für soziale Verhältnisse sensibilisierte Verständnis historischen Erzählens die Problematisierung der gesellschaftlichen Position bestimmter Narrativen. In welchen Gruppen oder Institutionen waren hegemoniale oder auch oppositio-

---

37 Vgl. dazu jetzt die entsprechenden Beiträge in: Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945* (München, 2003).

38 Thomas Welskopp, „Westbindung auf dem Sonderweg. Die deutsche Sozialgeschichte vom Appendix der Wirtschaftsgeschichte zur Historischen Sozialwissenschaft“, in: Wolfgang Küttler, Jörn Rüsen und Ernst Schulin (Hg.), *Geschichtsdiskurs. Band 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945* (Frankfurt a. M., 1999), S. 209–237; Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte* (Göttingen, 1975); Chris Lorenz, „Das Unbehagen an der Modernisierungstheorie“, in: Sabine A. Haring und Katharina Scherke (Hg.), *Analyse und Kritik der Modernisierung um 1900 und um 2000* (Wien, 2000), S. 229–262.

39 Thomas Welskopp, „Identität *ex negativo*. Der ‚deutsche Sonderweg‘ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre“, in: Jarausch und Sabrow, *Die historische Meistererzählung*, S. 109–139; William W. Hagen, „Master Narratives beyond postmodernity: Germany’s ‚Separate Path‘ in historiographical-philosophical light“, *German Studies Review* 30/1 (2007), S. 1–32.

nelle Erzählweisen des Vergangenen verwurzelt? Durch welche Mechanismen gelangten bestimmte Narrativen zu ihrer dominanten Stellung, während andere kontrolliert, marginalisiert oder ausgeschlossen wurden? War die Dominanz zentraler Erzählmuster in Demokratie und Diktatur absolut oder relativ?

## Intertextualität, Transfer und narrative Beziehungen

Eine komparative Untersuchung dieser drei Geschichten der Stadt Berlin muss einige Probleme beachten, die mit der genaueren Bestimmung der zu vergleichenden Gegenstände zusammenhängen. Das dringendste betrifft die Kontrastierung der Jubiläen und ihre Geschichtsnarrative zueinander. Ein historischer Vergleich konstruiert gewissermaßen seine Vergleichsgegenstände, er löst sie von ihren Kontexten, um sie analytisch nebeneinander stellen zu können. Gegen dieses Vorgehen sind in den vergangenen Jahren Einwände erhoben worden, vor allem wenn es um Vergleichsobjekte ging, die in direkter Beziehung zueinander standen. Durch die Isolierung der Objekte gehe, so die Kritiker, der Blick für diese konstitutiven Beziehungen verloren, weshalb sie nur verzerrt verglichen würden.<sup>40</sup> Im vorliegenden Fall sind solche Einwände durchaus ernst zu nehmen, denn sowohl für die Organisation der Stadtfeste als auch für die Konstruktion der Stadtgeschichte war die Konkurrenz zwischen den Berliner Gesellschaftsordnungen maßgeblich. Doch diese Tatsache schließt die Möglichkeit analytischer Isolierung nicht aus, sondern sie öffnet eine zusätzliche Analyseebene.

Vor allem für die Ausrichtung der 750-Jahr-Feier waren innerstädtische Aktions- und Reaktionsmuster konstitutiv, denn hier begingen zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme im gleichen Jahr und – wenn auch räumlich streng voneinander getrennt – in unmittelbarer Nachbarschaft das gleiche Jubiläum. Die beiden Festprogramme waren durch gegenseitige Wahrnehmungen, Interaktionen und Abgrenzungen bis in ihren Kern verflochten und der innerstädtische Wettbewerb ließ die Ausmaße der Feierlichkeiten in beiden Stadthälften zu ungeahnten Dimensionen auswachsen. Doch nicht nur innerhalb des Konkurrenzfestes 1987 sind Beziehungs- und Transfermomente zu beachten; Ost- und West-Berlin traten auch das Erbe der „braunen“ 700-Jahr-Feier an, das sie unterschiedlich verarbeiteten. In der Erforschung der Stadtjubiläen und ihrer Selbstbilder wird deshalb die gegenseitige Wahrnehmung und Abgrenzung prominent behandelt werden.

Neben diesen Wettbewerbsprozessen in den Stadtfeiern sind Interaktionen auch auf der Ebene der Geschichtskonstruktion zu beachten. Denn die Stadthistoriker, die in den 1930er und 1980er Jahren aus der ungeordneten Datenvielfalt der Berliner Vergangenheit sinnvolle Erzählungen konstruierten, standen ihrem Quellenmaterial nicht im luftleeren Raum gegen-

---

40 Matthias Middell, „Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis“, *Comparativ* 10 (2000) Heft 1, S. 7–41; Michael Werner und Bénédicte Zimmermann, „Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen“, *GG* 28 (2002), S. 607–636; Hartmut Kaelble und Jürgen Schiewer (Hg.), *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften* (Frankfurt a. M., 2003). Vgl. die Übersicht bei Hartmut Kaelble, „Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?“, URL: [hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-002](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-002), sowie: ders., *Der historische Vergleich: eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert* (Frankfurt a. M., New York, 1999).

über. Zur Modellierung ihrer Narrative boten etwa bereits existierende Geschichtserzählungen Orientierung, zu denen neue Berlinentwürfe in Beziehung traten. Und solche kommunikativen und intertextuellen Momente fanden nicht nur „horizontal“ zwischen den untersuchten Vergleichsgegenständen statt, also hier zwischen den lokalen Geschichtserzählungen, sondern auch „vertikal“ oder „hierarchisch“ zwischen den master narratives der Nationalgeschichte und der Darstellung der Berliner Vergangenheit.

Denn jedes Schreiben von Geschichte ist ein *Umschreiben* von Geschichte. Sobald Historiker Themen bearbeiten, worüber bereits Wissen vorhanden ist, müssen sie, wie die Literaturwissenschaftlerin Ann Rigney gezeigt hat, ihre neue Erzählung gegenüber den älteren etablieren.<sup>41</sup> Sie werben für ihre Ansichten, indem sie andere Deutungen bekämpfen, und explizit oder implizit treten sie so in Auseinandersetzung mit alternativen Parallelerzählungen. Elemente benachbarter, rivalisierender Erzählungen können so zu immanenten Bausteinen des eigenen narrativen Entwurfs werden – etwa wenn konkurrierende Erzählmuster zurückgewiesen und aus Abgrenzungsbedürfnissen umgekehrt werden, wenn gegen gegnerische Interpretationen explizit polemisiert wird, und diese so die eigene Schreibrichtung vorgeben, oder wenn historische Geschehnisse, die nicht in die eigene Erzählführung hineinpassen, doch nicht verschwiegen werden können, weil das Publikum über sie durch andere Erzählungen informiert ist. An solchen Stellen von Erzählkonkurrenz weisen die Entwürfe über sich hinaus und setzen die Existenz von alternativen Erzählungen voraus.

Durch die permanente geschichtskulturelle Konkurrenzsituation sind solche narrativen Wettbewerbsmomente im Falle der Berliner Stadtgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert stets von neuem erkennbar. Sie prägten nicht nur das Verhältnis zwischen den drei dominanten stadthistorischen Erzählungen im nationalsozialistischen, realsozialistischen und liberaldemokratischen Berlin untereinander. Denn auch die Stadthistoriker der Reichshauptstadt, die die Geschichte Berlins mit dem Selbstverständnis des Dritten Reiches in Einklang brachten, grenzten ihre neue Erzählung von älteren Entwürfen ab. Sie befanden sich in narrativer Konkurrenz zu tradierten Versionen der Stadtgeschichte aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert und diese abgelehnten Deutungsweisen waren in ihren eigenen Texten als Negativfolie oft deutlich präsent. Und gewiss überwog 1987 der Wettbewerb zwischen Ost- und West-Berlin. Aber die führenden Stadthistoriker hatten sich zusätzlich mit alternativen Geschichtsdeutungen innerhalb der eigenen Gesellschaft auseinander zu setzen – vor allem im liberaldemokratischen West-Berlin, wo der Senat städtische Gegenerzählungen nicht etwa autoritär unterdrücken konnte. Stets fand nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Stadtgesellschaften ein Erzählwettbewerb statt, in dessen Verlauf die verschiedenen Narrative – wenn auch durch Grenzziehungen und Umkehrungen – miteinander verbunden waren, und in dessen Ergebnis sich die Städte auf mehr oder weniger homogene Geschichtserzählungen verständigten, während anderen Deutungen der Status von Gegenerzählungen zukam. Eine solche „horizontale“ Intertextualität prägte in unterschiedlichem Maß alle Berlin-Geschichten, gleichviel, ob die Bezugnahmen zwischen den dominanten Berliner Erzählungen 1937 und 1987 auftraten oder auf weitere Entwürfe der Stadtgeschichte verwiesen.

---

41 Ann Rigney, *The Rhetoric of historical representation. Three narrative histories of the French Revolution* (Cambridge u.a., 1990); dies., „Time for visions and revisions: interpretative conflict from a communicative perspective“, *Storia della Storiografia* 22 (1992), S. 85–92.

Über die in Berlin vorhandenen Gegenerzählungen hinaus kursierten im Dritten Reich, in der DDR und der Bundesrepublik historische master narratives, deren Unterschiede weitgehend für die ebenso unterschiedliche Ausrichtung der Lokalerzählungen der Berliner Jubiläen bürgen. Diese historischen Großerzählungen strukturierten das Feld der Stadtvergangenheit jeweils „von oben“ vor, und in den meisten Fällen war ihre Sogwirkung so groß, dass die Stadthistoriker die Geschichte Berlins scheinbar selbstverständlich entlang den Deutungslinien der Nationalgeschichte modellierten. Dabei legte der jahrhundertlange (und mit Ausnahme von West-Berlin ungebrochene) Hauptstadtcharakter Berlins eine solche Synchronisierung noch näher. Aber auch wenn die master narratives in Berlin nicht bestätigt und reproduziert, sondern erweitert und modifiziert oder gar relativiert und widerlegt wurden, so trat die Geschichte der Stadt in Zwiegespräch mit der übergeordneten Geschichte der Nation – man könnte hier von einer „narrativen Hierarchie“ sprechen.

Vor diesem Hintergrund verspricht die vergleichende Berliner Historiographieggeschichte übrigens auch einen aufschlussreichen Einblick in den Grad von Einfluss und Hegemonie der genannten „Meistererzählungen“ der deutschen Geschichte. Denn stets steckte das dominante master narrative eine erzählerische Bandbreite ab, innerhalb welcher sich die Stadthistoriker mit der Modellierung der Berliner Vergangenheit legitim bewegen konnten. Traten sie über diese Grenzen, so geriet ihre Erzählung in Opposition zur dominanten Geschichtsdeutung und gewann den Charakter einer lokalen Gegenerzählung. Zu fragen wäre also, inwieweit National- und Stadtgeschichte synchronisiert wurden, etwa durch die überall anzutreffende Metapher von Berlin als dem „Brennpunkt“ nationaler Entwicklungen. Inwieweit tolerierten die verschiedenen „Meistererzählungen“ lokale Variationen? Legten sich Streitfragen aus nationalen Diskursen über die Geschichte Berlins? Inwieweit wurde hinter der Geschichte der Stadt die Geschichte der Nation erzählt? Somit dürfte ein Vergleich der Momente von „narrativer Hierarchie“ in den Berliner Erzählungen auch Aussagen über die relative Geschlossenheit und Bindungskraft der „Meistererzählungen“ selbst erlauben.

## Diktatur, Demokratie und der „Y-Vergleich“

Mit ihrem Blick auf die Berliner Geschichtskulturen der 1930er und 1980er Jahre bündelt diese Studie Aspekte des synchronen Systemvergleichs, der vergleichenden Diktaturforschung und der diachronen Komparatistik. Sie strebt eine integrative Perspektive auf die deutsche Zeitgeschichte an und kann dafür an neuere Entwicklungen in der historischen Forschung anknüpfen. Erstens ist in letzter Zeit eine neue vergleichende Diktaturforschung im Entstehen, die nicht, wie sie der traditionellen Totalitarismusforschung vorwirft, totalitäre Intentionen politischer Machteliten mit der gesellschaftlichen Realisierung dieser Intentionen gleichsetzen will.<sup>42</sup> Sie spricht lieber von „modernen Diktaturen“ als vom Totalitaris-

---

42 Günther Heydemann und Detlef Schmiechen-Ackermann, „Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung“, in: Günther Heydemann und Heinrich Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen* (Bonn, 2003), S. 9–54, hier S. 12. Vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich* (Darmstadt, 2002); Ralph Jessen, „DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie“, *BDI* (1995) 4/5, S. 17–24; Thomas Lindenberger, „Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung“, in: ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR* (Köln, 1999), S. 13–43; Ian Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichts-*

mus und sie vertritt vielfache Zugänge zum Vergleich der Gesellschaften im Dritten Reich und der DDR. Darunter ist der sektorale Vergleich, der „einzelne Segmente von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft oder das spezifische Verhalten von Institutionen, sozialen Schichten und Berufsgruppen in ihrer jeweiligen Alltags- und Lebenswelten“ nebeneinander stellen will – auch Vergleiche von Geschichtskulturen oder Jubiläen kann man dieser sektoralen Komparistik zuordnen.<sup>43</sup> Zweitens wird die „alte“ Bundesrepublik zunehmend mit den beiden Diktaturen in eine übergreifende Perspektive integriert, wobei sich vor allem Vergleiche mit der DDR häufen.<sup>44</sup>

So entsteht langsam (zumeist noch in Sammelbänden) ein integrativ-komparativer Blick auf die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1990, zu dem die vorliegende Studie beitragen will. Adelheid von Saldern hat diese systemübergreifende und teildiachrone Komparistik als „Y-Vergleich“ bezeichnet, nicht zuletzt weil diese Figur für die beiden Nachfolgestaaten auch die geteilte Vorgeschichte des Dritten Reiches ausdrückt.<sup>45</sup> Mit dieser Denktradition teilt das vorliegende Buch also die Annahme, dass die massiven Unterschiede zwischen den nationalsozialistischen, realsozialistischen und demokratischen Herrschaftssystemen in Berlin die historischen Feste und ihre Geschichtsdeutungen nicht etwa unvergleichbar machen. Im Gegenteil, für ein vertieftes Verständnis der städtisch-kulturellen Legitimitätsproduktion – einer Aufgabe, der sich jedes System zu stellen hatte –, bedarf es gerade eines komparativen Ansatzes, der die Unterschiede, Regelmäßigkeiten und Beziehungen zwischen den Stadtgesellschaften und ihren Identitätskonstruktionen herausarbeiten kann. Dennoch muss sich jede komparative Arbeit der Gefahr bewusst sein, ihre Vergleichsfälle schematisch zu parallelisieren. Deshalb seien abschließend einige Asymmetrien dieses Vergleichs hervorgehoben, nicht zuletzt weil sie in großen Teilen der Arbeit präsent sind und sich auf Quellenauswahl und Textgliederung auswirken.

Diese Asymmetrien betreffen zumeist die diachrone Komponente dieser Studie. Hinsichtlich der Erzählungen der Stadtgeschichte ist anzumerken, dass dies 1987 genau genommen keine Erzählungen zum gleichen Gegenstand wie 1937 waren. Die Stadtgeschichte Berlins hatte sich 1987 um die Geschehnisse weiterer fünfzig Jahre verlängert und es waren mit

---

*terpretationen und Kontroversen im Überblick* (Reinbek, 1988, erw. 1999), S. 39–79. Vgl. die totalitarismustheoretischen Ansätze bei: Eckhardt Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (Bonn, 1996).

43 Heydemann und Schmiechen-Ackermann, „Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung“, S. 34. Vgl. auch: Günther Heydemann, „Integraler und sektoraler Vergleich. Zur Methodologie der empirischen Diktaturforschung“, in: ders. und Rainer Eckert (Hg.), *Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis* (Berlin, 1998), S. 227–235.

44 Vgl. Jürgen Danyel (Hg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten* (Berlin, 1995); Konrad Jarausch und Hannes Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970* (Frankfurt und New York, 1997); Hans Günter Hockerts (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich* (München, 1998); Christoph Kleßmann, Hans Misselwitz und Günther Wichert (Hg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte* (Berlin, 1999); Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften* (Hamburg, 2000). Vgl. auch die Diskussionsbeiträge in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B3/2007 (Thema: „Gemeinsame Nachkriegsgeschichte?“).

45 Vgl. Adelheid von Saldern, „Einleitung“, in: dies. (Hg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften* (Stuttgart, 2005), S. 11–27. hier S. 23.



dem Vernichtungskrieg, der Zerstörung und der Spaltung der Stadt nicht gerade unbedeutende Phänomene, die hinzugekommen waren. Anschließend könnte man auch fragen, ob Berlin 1987 überhaupt noch die „gleiche“ Stadt war wie 1937. Auch auf symbolischer Ebene verbanden sich mit Berlin in den 1980er Jahren weltweit weitaus andere Vorstellungen als noch fünfzig Jahre früher. Diese Stadtbilder Berlins sind Themen dieser Studie und insofern stehen hier in der Tat Stadtfeste und Geschichtserzählungen nicht derselben, sondern unterschiedlicher Städte nebeneinander.

Zudem ist zu beachten, dass die zur Untersuchung herangezogenen Stadtjubiläen 1937 und 1987 eine recht unterschiedliche Größenordnung besaßen. 1937 dauerten die Feierlichkeiten im Kern eine Woche im August, 1987 gab es dagegen das ganze Jahr hindurch Festveranstaltungen, und noch dazu in doppelter Ausführung. Auch wenn dies keinesfalls impliziert, dass die 700-Jahr-Feier etwa weniger substanzvoll war oder dass die nationalsozialistische Erzählung der Vergangenheit etwa uninteressanter oder homogener war, so bringt der Unterschied doch mit sich, dass das Kapitel zur 700-Jahr-Feier in dieser Arbeit bedeutend kürzer ist als die zu den 750-Jahr-Feiern. Das Fest war schlichtweg kleiner.

Eine weitere Asymmetrie liegt in den unterschiedlich verfassten städtischen Öffentlichkeiten. Erstens haben sich diese in den fünfzig Jahren grundlegend verändert: Während öffentliche Ereignisse in den 1930er Jahren noch maßgeblich auf der Straße erlebt und konsumiert wurden, verlief etwa die innerstädtische Kommunikation in den 1980er Jahren vergleichsweise stärker über die Massenmedien Rundfunk und Fernsehen.<sup>46</sup> Dieser Schiefelage kann in der vorliegenden Arbeit nur bedingt Rechnung getragen werden, weil sie die audiovisuellen Medien wegen der Eingrenzung des Quellenkorpus mit einigen Ausnahmen außer Betracht lassen musste.<sup>47</sup> Dennoch gilt es, die gewandelten Kommunikationsstrukturen bei der Beurteilung von etwa Buchauflagen oder Zuschauerzahlen bei Festveranstaltungen in Betracht zu ziehen. Zweitens ist der Unterschied zwischen Diktaturen und Demokratien in ihren Öffentlichkeiten besonders deutlich präsent. Zwar wird der Öffentlichkeitsbegriff mit zunehmender Intensität von Historikern diskutiert<sup>48</sup> und auch für die Diktaturforschung aufbereitet<sup>49</sup>, doch diese Studien haben die Grunddifferenz zwischen gebundenen und ungebundenen Öffentlichkeiten umso klarer herausgearbeitet. Sie prägte auch die Stadtjubiläen: Während sich in West-Berlin zahlreiche Gegenstimmen öffentlich artikulieren konnten und die Gestaltung der Feier von öffentlichen Kontroversen begleitet wurde, blieb die gleichgeschaltete Presse 1937 weitgehend einstimmig und konnten sich Ostberliner Jubiläumskritiker nur in der Gegenöffentlichkeit der wachsenden Oppositionsbewegung äußern. Doch

---

46 Adelheid von Saldern, „Stadt und Öffentlichkeit in urbanisierten Gesellschaften. Neue Zugänge zu einem alten Thema“, *IMS* 31 (2000), 2, S. 3–15.

47 Es wurden Filme von historischen Festzügen gesichtet. Aber damit fängt man natürlich nicht den Einfluss der gewandelten Medienlandschaft etwa im Sinne von Live-Übertragungen im Fernsehen 1987 ein.

48 Vgl. Jörg Requate, „Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse“, *GG* 25 (1999), S. 5–32; Axel Schildt, „Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit“, *GG* 27 (2001), S. 177–206.

49 Vgl. Adelheid von Saldern, „Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts“, in: Heydemann und Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland*, S. 442–475, und die instruktive Diskussion verschiedener Ansätze bei Christoph Classen, *Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk* (Köln, Weimar, Wien, 2004), bes. S. 35ff.

auch in der Diktatur waren die Berliner Zeitungen zentrale Organe der, wenn auch gebundenen, Stadtöffentlichkeit. Deshalb nimmt diese Studie – Adelheid von Saldern und ihren MitarbeiterInnen folgend – die Berichterstattung und Kommunikationsangebote der Lokalpresse stets als Quelle ernst. Weil jedoch die öffentlichen Inszenierungen und die sozial dominanten Geschichtserzählungen im Zentrum der Arbeit stehen, werden notwendigerweise die sichtbaren Westberliner Gegenerzählungen ausführlicher behandelt als die der Diktaturen. Sie prägten die offizielle Stadtrepräsentation mit.

Schließlich sei daran erinnert, dass die Feiern 1937 und 1987 in unterschiedlichen Momenten der Systementfaltung begangen wurden. Das nationalsozialistische Berlin feierte nur vier Jahre nach der Machtübernahme, während die Nachkriegsgesellschaften schon vierzig Jahre existierten, als sie das Berlin-Jubiläum begingen. Dies brachte unterschiedliche Legitimationsbedürfnisse mit sich. Ging es 1937 noch um die Etablierung und Konsolidierung einer neuen Herrschaftsordnung, so fanden die Jubiläen 1987 in normalisierten und stabilisierten Städten statt. Ost- und West-Berlin mussten ihre Denksysteme nicht mehr errichten, sondern vielmehr bestätigen und auch im direkten Wettbewerb als weiterhin zukunftsfähig inszenieren. In diesem Zusammenhang sei noch einmal betont, dass der rasche Zusammenbruch der DDR 1987 nicht etwa absehbar war. In der Forschung wird 1987 zwar oft als das erste Jahr betrachtet, das größere Verschleißerscheinungen des Staatssozialismus in der DDR offenlegte, doch völlig undenkbar erschien es, dass zwei Jahre später etwa die Mauer fallen würde. In der Zeit der Festvorbereitungen war Ost-Berlin eine aufstrebende Hauptstadt, die städtebaulich sehr aktiv war und an internationalem Ansehen gewann.<sup>50</sup> Auch 1987 noch schien die Teilung Deutschlands manchem schlicht unüberbrückbar. Aus den zahllosen zeitgenössischen Äußerungen, die dies belegen, seien hier zwei genannt, weil sie im Lichte späterer Ereignisse den Realitätsbruch von 1989 besonders sinnfällig vorführen. So sollte der Ostberliner Oberbürgermeister auf gänzlich unerwartete Weise recht behalten, als er im Mai 1987 der internationalen Presse stolz die geplante Erneuerung der Friedrichstraße vorzeigte: „Nach 1990 präsentiert sich dann die gesamte Straße zwischen dem Grenzübergang und dem Oranienburger Tor mit ihrem neuen Gesicht.“<sup>51</sup> Und nicht ahnend, dass die Berliner drei Jahre später auf der Mauer tanzen würden, konnte ein Sprecher des Westberliner Senats 1986 voller Überzeugung verkünden, dass eben die für das nächste Jahr geplante 750-Jahr-Feier „vermutlich für Berlin das größte Ereignis bis zum Ende dieses Jahrhunderts“ sein werde.<sup>52</sup>

---

50 Jens Schöne, *Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987* (Berlin 2006). Umfassende Darstellungen zur Kultur und Gesellschaft der Hauptstadt der DDR und West-Berlins fehlen bislang. Die vorhandenen Überblicke kommen über Verwaltungs- und Baugeschichte kaum hinaus: Wolfgang Ribbe, *Berlin 1945–2000. Grundzüge der Stadtgeschichte* (Berlin, 2002); Jürgen Rostock, „Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR“, in: Süß und Rytlewski, *Berlin. Die Hauptstadt*, S. 259–294. Darstellungen zur DDR behandeln aber Ost-Berlin oft prominent mit (Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989* (München, 2<sup>1999</sup>)) und zu den „Szenen“ gibt es: Lutz Rathenow und Harald Hauswald, *Berlin-Ost. Die andere Seite einer Stadt* (Berlin, 1990); Olaf Leitner, *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! Die Kultur – die Szene – die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre* (Berlin, 2002).

51 LA, C Rep 124-1, 196, Erhard Krack, Begrüßung von internationalen Journalisten, 5.5.1987, S. 4.

52 Winfried Fest, „Zum Geleit“, in: Presse und Informationsamt, *Information zur 750-Jahr-Feier* (Berlin, 1986).

## Forschungsstand, Quellenmaterial und Aufbau der Studie

Obwohl über die Berliner Stadtjubiläen außer zeitgenössischen Kommentaren bislang kaum eigenständige Studien erschienen sind<sup>53</sup>, kann die vorliegende Arbeit an eine Reihe jüngerer Arbeiten zu Jubiläen anderer Städte im 20. Jahrhundert anknüpfen. Dabei sind Feste im Nationalsozialismus und der DDR intensiver erforscht worden, während die Historisierung der „alten“ Bundesrepublik sich etwas verspätet.<sup>54</sup> Zwei komparativ angelegte Projektbündel verdienen besondere Erwähnung, weil sie ähnliche Leitfragen verfolgen wie die vorliegende Arbeit und reiches Vergleichsmaterial bieten.

Werner Freitag hat die Festkultur in westfälischen Städten im Dritten Reich untersucht und dazu mit Hilfe der Herrschaftssoziologie Max Webers und der Ethnologie Clifford Geertz' „das Fest als Ereignis der sich langfristig auswirkenden Konsensstiftung“ definiert. Indem er die verschiedensten Feiern „nicht als Ausdruck von NS-spezifischer Instrumentalisierung“ versteht, „sondern als kulturelle Ausdrucksform lokaler Gesellschaften, sich der Herrschaft Hitlers zu vergewissern und sie zu bejahen“, kann er zeigen, wie kommunale und scheinbar unpolitische Festformen Vergemeinschaftung und Sinnstiftung produzierten und als rituelle Bestätigungen politischer Herrschaftsverhältnisse und Deutungswelten gelesen werden können.<sup>55</sup> Vor allem das Instrumentarium, mit dem er die „Intensität“ städtischer

---

53 Felix Escher, „Berlins 700-Jahr-Feier 1937. Bemerkungen zur Entwicklung des Gedankens eines Stadtjubiläums“, *BGG* (1986), S. 177–90; Gerhard Riecke, „Vom Dschungel zum Fahnenwald“, in: Jochen Boberg (Hg.), *Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert* (München, 1986), S. 230–237; Gottfried Korff, „Zweimal 750 Jahre Berlin. Das Stadtjubiläum 1987 im Vergleich“, in: Gerd Meyer und Jürgen Schröder (Hg.), *DDR Heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft* (Tübingen, 1988), S. 130–154; Florian Giese, „Freude herrscht von Eisenach bis Weick, denn in Berlin, da schlägt das Herz der Republik“. Scheinpluralismus, Volksfeststimmung und Protest zur 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin 1987“, *DA* 38 (2005), S. 660–667. Vgl. für die Jahre 1937 und 1987 in Berlin: Gianluca Falanga, *Berlin 1937. Die Ruhe vor dem Sturm* (Berlin, 2007); sowie Schöne, *Stabilität und Niedergang*.

54 Adelheid von Saldern, „Stadtfeiern im 20. Jahrhundert“, *Die Alte Stadt* 20 (2003), 4, S. 324–348; dies., *Inszenierter Stolz*, mit vielen Literaturangaben. Fallbeispiele zum Nationalsozialismus: Werner Freitag (Hg.), *Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933–1945* (Bielefeld, 1997); Katrin Minner, „Geschichtsdeutung und Selbstarstellung – Die Festzüge der Ortsjubiläen Merseburg 1933 und Weißenfels 1935“, *Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt* 24 (2002/03), S. 335–350; dies., „Städtische Erinnerung und neue Machthaber. Die 1000-Jahr-Feier der Stadt Merseburg 1933“, in: Winfried Müller, u.a. (Hg.), *Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus* (Münster 2003), S. 369–389; Lu Seegers, „Die Inszenierung Zwicka als Vorreiterstadt. Stadtjubiläen im Nationalsozialismus und in der DDR (1935–1968)“, in: Saldern, *Inszenierter Stolz*, S. 185–240. Zu Stadtfesten in der DDR: Adelheid von Saldern (Hg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten* (Stuttgart, 2003). Vgl. allgemein für die Festkultur in Diktaturen: Árpád von Klimó und Malte Rolf, „Rausch und Diktatur“, *ZfG* 51 (2003) S. 877–895; Malte Rolf, *Das sowjetische Massenfest* (Hamburg, 2006). Für die Bundesrepublik: Everhard Holtmann, „Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung. Stadtjubiläen in der frühen Nachkriegszeit: 700-Jahr-Feiern in Kamen 1948 und Unna 1950“, *Westfälische Forschungen* 41 (1999), S. 89–105. Zu älteren Forschungen: Michael Mauer, „Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand“, *HZ* 253 (1991), S. 101–130.

55 Werner Freitag, „Der Führermythos im Fest. Festfeuerwerk, NS-Liturgie, Dissens und ‚100 % KdF-Stimmung‘“, in: ders., *Das Dritte Reich im Fest*, S. 11–69, hier S. 11f. und 17. Mit Blick auf Ortsjubiläen kommt er zu dem Schluss, dass es „neben dem NS-Festkalender und den nazifizierten Festen alten Typs“ in Gemeinden und Städten viele Feste „von unten“ gab, „die in ihrer Intensität, dem lokalen En-

Feste misst, ist viel versprechend und wird in dieser Arbeit übernommen. Es wird im Kapitel zur 700-Jahr-Feier Berlins näher vorgestellt.

Auch das bereits erwähnte, von Adelheid von Saldern geleitete Projekt zu „Stadtrepräsentationen“ im Nationalsozialismus, der DDR und der Bundesrepublik kann dem Vergleich der Berliner Jubiläen hilfreich sein. Von Saldern definiert „Stadtrepräsentation“ in Anlehnung an Roger Chartier als „die Vorstellung, Darstellung und Vertretung der städtischen Gemeinschaft“, und sieht darin eine Ausdrucksform, „die Herrschaft abzusichern und zu legitimieren versucht, und zwar durch ein in Teilen ‚unpolitisch‘ wirkendes, stark auf symbolischer Politik beruhendes Veranstaltungs-Ensemble“.<sup>56</sup> Ihr Projekt erschließt vielfältigste Untersuchungsebenen – darunter Stadtplanung, Kulturveranstaltungen und Ortsjubiläen – und bemisst an Fallbeispielen Alltagserfahrungen, Identifikationsangebote und die politische Bindekraft der „Stadtimagepolitik“. Obwohl Vergangenheitsbezüge nur ein Aspekt unter den vielen der „Stadtrepräsentationen“ sind, diskutiert von Saldern ausführlich im öffentlichen Raum kommunizierte Zeitvorstellungen und Fortschrittsutopien. Zudem sind ihre Untersuchungen systemvergleichend angelegt.

Allerdings reichen die erwähnten Arbeiten meistens nur bis in die 1960er Jahre hinein. Zudem gehen sie an vielen Leitfragen der vorliegenden Studie vorbei, denn die Konstruktion konkreter Geschichtserzählungen findet nicht ihr primäres Interesse und auch nicht die lokalwissenschaftliche Begründung der verschiedenen Erzählformen oder ihre intertextuellen Beziehungen. Umgekehrt beabsichtigt diese Studie nicht wie viele andere, ein erschöpfendes Bild der Stadtjubiläen selbst vorzulegen. Die städtebaulichen Maßnahmen und die deutsch-deutsche Diplomatie im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier finden nur sekundäres Interesse und lokalwirtschaftliche sowie touristische Aspekte bleiben gänzlich außer Betracht.

Zum Kernthema der sinnstiftenden und herrschaftslegitimierenden Aspekte der lokalen Vergangenheitsaneignung ist der Forschungsstand schmal und breit zugleich. Zur Historiographie und Geschichtskultur der Stadt Berlin liegen neben den Einzelforschungen noch immer keine übergreifenden Darstellungen vor, doch stattdessen kann diese Studie an einige Projekte zu anderen Städten anknüpfen, die aus der neueren Stadtforschung und der Konjunktur der *memory studies* hervorgegangen sind.<sup>57</sup> Diese Konjunktur ist es auch, die den breitesten Forschungsvorlauf produziert hat, in Form zahlreicher Studien zu den Historiographiegeschichten, den Erinnerungsweisen und Wissenschaftskulturen im Dritten Reich, der DDR und der „alten“ Bundesrepublik. Über die Tätigkeit deutscher Historiker im Nationalsozialismus sind nicht nur scharfe Kontroversen geführt worden, sondern auch zahlreiche fruchtbare Forschungen durchgeführt worden.<sup>58</sup> Neben dem nationalsozialistischen Wissen-

---

agement und der Feierlaune“ besonders auffielen: „In den Jahren 1937, 1938 und insbesondere 1939 wurde aufwendiger gefeiert als je zuvor. Feste neuen Typs entstanden, in denen eine lokale Identität gefeiert wurde, die mit dem Nationalsozialismus und seinem ‚Führer‘ verwoben war.“ (Ebd., S. 42.)

56 Saldern, *Inszenierte Einigkeit*, S. 2.

57 Vgl. Peter O. Loew, *Danzig und seine Vergangenheit 1793–1997. Die Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen* (Osnabrück, 2003); *Die Alte Stadt 28* (2001) (Thema Stadt und Erinnerung); Gregor Thum, *Die fremde Stadt. Breslau 1945* (Berlin, 2003); Kathleen Klotchov, *Der lange Weg zum Fest. Die Geschichte der Moskauer Stadtgründungsfeiern von 1847 bis 1947* (Berlin, 2006).

58 Peter Schöttler (Hg), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945* (Frankfurt a. M., 1997); Winfried Schulze und Otto G. Oexle (Hg), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus* (Frankfurt a. M., 1999). Siehe neben zahlreichen Einzelstudien vor allem die Synthesen von Karen Schönwä-

schaftssystem wurden historische Symbole, Geschichtsutopien und Erinnerungskulturen im Nationalsozialismus untersucht.<sup>59</sup> Dabei wurden häufig Kontinuitäten aus Weimar und in die Bundesrepublik hinein erforscht, beispielsweise wenn es um das Paradigma der Volksgeschichte ging.<sup>60</sup> Auch die Bewertung der marxistisch-leninistischen Legitimationswissenschaft der DDR war in den 1990er Jahren Gegenstand heftiger Kontroversen.<sup>61</sup> Während diese Debatten vor allem Leistungen und Versagen der DDR-Historiker betrafen und von persönlichen Feindschaften geprägt waren, entstand danach auch hier eine etwas ruhigere Phase, in der radikale und moralisierende Kritiker weitgehend aus dem Fachdiskurs ausgeschlossen wurden. Einige Projekte nahmen mit beträchtlichem Erfolg die „Andersartigkeit“ der DDR-Geschichtswissenschaft zum Ausgangspunkt der Forschung.<sup>62</sup> Hier ist vor allem das von Martin Sabrow geführte Projekt „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“ zu nennen, dessen Ergebnisse für die Erforschung der Ostberliner Geschichtsarbeit herangezogen werden können.<sup>63</sup>

Auch die Geschichtskultur der „alten“ Bundesrepublik wird zunehmend historisiert. Während ihre „Vergangenheitsbewältigung“ schon immer ein viel und sehr normativ diskutiertes Thema war, sind seit der Vereinigung viele Arbeiten erschienen, die die westdeutsche „Vergangenheitspolitik“, Erinnerung, Geschichtskontroversen und Geschichtswissenschaft neu untersuchen.<sup>64</sup> Edgar Wolfrums schulbildende Studie zur bundesrepublikanischen „Ge-

---

der, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus* (Frankfurt a. M., 1992); Ingo Haar, *Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Die deutschen Historiker und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten* (Göttingen, 2000) und Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die volksdeutschen Forschungsgemeinschaften von 1931 bis 1945* (Baden, 1999).

- 59 Vgl. etwa: Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945* (Vierow b. Greifswald, 1996); Hans-Ulrich Thamer, „Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit“, *GG* 24 (1998), S. 349–381; Frank-Lothar Kroll, *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich* (Paderborn, 2<sup>1</sup>1999); Lutz Raphael, „Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime“, *GG* 27 (2001), S. 5–40.
- 60 Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945* (Göttingen, 1993).
- 61 Hintergrund des Streits waren die berufliche Zukunft ostdeutscher Historiker, der Umgang mit dem Erbe der historischen Erzählungen der DDR und die Verteilung von Ressourcen in der plötzlich vereinten Wissenschaftslandschaft Deutschlands. Überblicke geben Konrad Jarausch, Matthias Middell und Martin Sabrow, „Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung“, in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 1–50, und Mitchell Garton Ash, „Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur und der ostdeutsche Historikerstreit“, *GG* 24 (1998), S. 283–304.
- 62 Vgl. die Beiträge in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*.
- 63 Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie“, *GG* 24 (1998), S. 412–445; ders., *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969* (München, 2001). Kritisch zu den polarisierenden Folgen von Sabrows „ethnologischem“ Blick: Ralf Possekel, „Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft“, *GG* 24 (1998), S. 446–462. Vgl. auch Siegfried Lokatis, *Der Rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht* (Köln, Weimar, Wien, 2003), der die formalen Diskursregeln der DDR um konkrete Erzählinhalte und Tabus ergänzt.
- 64 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit* (München, 1996); Aleida Assmann und Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945* (Stuttgart, 1999); Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung* (Göttingen, 2003); Klaus Große

schichtspolitik“ gibt einen hilfreichen Gesamtüberblick, nicht zuletzt weil sie auch die 1980er Jahre umfasst.<sup>65</sup> Der Begriff der Geschichtspolitik wird in dieser Studie aufgegriffen, allerdings in etwas eingeschränktem Sinn: Er bezeichnet hier die geschichtsbezogenen Programme ausschließlich der Stadtpolitiker und ihrer Apparate. (Für die tiefer liegenden und oft vorpolitischen historischen Vorstellungswelten, die Stadtgesellschaften über konkrete politische Maßnahmen hinaus zusammenbanden, wird der Diskursbegriff vorgezogen.) Trotzdem sind insgesamt auch hier die 1980er Jahre vorerst zögernd in den Historisierungsbereich angekommen. Einschlägige Spezialarbeiten zu solch einflussreichen Ereignissen wie der Westberliner Preußenausstellung oder auch der Planung eines Deutschen Historischen Museums fehlen bislang, ebenso wie reflektierende Untersuchungen zur „Geschichte von unten“.<sup>66</sup>

Der Forschungsstand zu den Geschichtskulturen und Historiographien der deutschen Zeitgeschichte ist größtenteils noch immer der üblichen sektoralen Aufsplitterung zwischen NS-, DDR- und BRD-Forschung verhaftet. Dennoch sucht eine wachsende Anzahl von Projekten diese Auffächerung zu überwinden – die vorgestellten Forschungen zu „historischen Meistererzählungen“ gehören hierzu. Auch darüber hinaus werden zunehmend Historiographievergleiche versucht, so dass jetzt innerdeutsche, transnationale und auch sektorale Fallbeispiele vorliegen.<sup>67</sup> Auf solche komparativen Arbeiten, und ihre methodischen Be-

---

Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945* (Göttingen, 2005); Wulf Kansteiner, *In pursuit of German memory. History, television, and politics after Auschwitz* (Athens (Ohio), 2006). Zudem hat die „neue Kulturgeschichte“ in den 1990er Jahren angefangen, die bis dahin dominante historische Sozialwissenschaft zu historisieren: Thomas Welskopp, „Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft“, *GG* 24 (1998), S. 173–198; Paul Nolte, „Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine ‚lange Generation‘“, *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 52 (1999), 5, S. 412–432.

65 Wolfrum, Edgar, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990* (Darmstadt, 1999).

66 Vgl. aber: Sabine Moller, *Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl* (Hannover, 1998) und Rupert Seuthe, „Geistig-moralische Wende“? *Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten* (Frankfurt a. M., 2001). Die „Geschichte von unten“ gibt indes ein treffendes Beispiel für manche heutige Scheinhistorisierung der 1980er Jahre: Die jüngere Literatur zur „neuen Geschichtsbewegung“ wird von ihren ehemaligen Vertretern dominiert, die, heute längst im Zentrum der universitären Geschichtswissenschaft angekommen, aus ihren Erinnerungen an die erbitterten Kämpfen um die Alltagsgeschichte schöpfen. Somit bleibt der heutige Forschungsstand erstens dem zu erforschenden Diskurs selbst verhaftet, da viele der alten Frontlinien unter neuen Schlagwörtern („Kultur“ und „Gesellschaft“) in die Gegenwart importiert wurden. Und durch den zunftzentrierten Blick bleibt zweitens ein erheblicher Teil der „Geschichte von unten“ strukturell außer Sichtweite, nämlich jene Freizeithistoriker, die einen Eintritt in die akademische Welt immer ablehnten und die bis zuletzt bei Projekten auf der Graswurzelebene geblieben sind. Eben solche Projekte und ihre historischen Gegenerzählungen traten aber zum Westberliner Stadtjubiläum verstärkt an die Öffentlichkeit.

67 Innerdeutsch: Danyel, *Die geteilte Vergangenheit*; Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung* (Göttingen, 2001); Étienne François und Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde. (München, 2001). Sektoral: Laurenz Müller, *Diktatur und Revolution: Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des „Dritten Reiches“ und der DDR* (Stuttgart, 2004); Transnational: Sebastian Conrad, *Auf der Suche*; Conrad und Conrad, *Die Nation schreiben*; Stefan Berger, u.a. (Hg.), *Writing national histories. Western Europe since 1800* (London/New York, 1999).

gründungen<sup>68</sup>, kann die vorliegende Studie zurückgreifen und sie will als konkrete Fallstudie zugleich einen Beitrag zur vergleichenden Historiographiegeschichte leisten.

Für die Erforschung der Organisationsstrukturen der Stadtjubiläen bot das Berliner Landesarchiv reiche Quellenbestände. Die Protokolle des Vorbereitungsausschusses für die 700-Jahr-Feier sind fast vollständig überliefert. Für die Festvorbereitungen Ost-Berlins wurden neben Materialien der Bezirksleitung auch Akten der SED-Parteiführung im Bundesarchiv gesichtet. Zudem hat die Erforschung der Westberliner Jubiläumsorganisation kaum unter der 30-jährigen Sperrfrist von Amtakten gelitten. Zwar verhinderte diese eine Einsicht in den Bestand der Senatskulturverwaltung, doch weil das gesamte Schriftgut des halbselbständigen Organisationsbüro „B750“ erschlossen ist, waren über diesen Weg viele Unterlagen der Kulturverwaltung zugänglich. Ohnehin wurden die Vorbereitungen im Abgeordnetenhaus öffentlich diskutiert und mitgestaltet, die Protokolle sind in der Bibliothek des Abgeordnetenhauses zugänglich.

Für den Verlauf der Feierlichkeiten selbst bietet an erster Stelle die Lokalpresse eine hervorragende Quelle. Die Berliner Zeitungen berichteten ausführlich von den Festveranstaltungen – sie prägten die Jubiläen dadurch selbst mit. Für die Sommermonate von 1937 wurden mehrere lokale Zeitungen durchgesehen und für 1987 machte das Zeitungsausschnittarchiv des Zentrums für Berlin-Studien eine mühselige Durchsicht ganzer Jahrgänge überflüssig. Zusätzlich konnten in manchen Fällen interne Verwaltungs- und Stimmungsberichte sowie Eingaben von Berlinern hinzugezogen werden.

Werner Freitag hat gezeigt, dass auch Bilder eine wichtige Quelle für die Erforschung repräsentativer Festveranstaltungen sein können. Aufbauend auf seine Studien, nimmt auch die vorliegende Studie einige Fotos auf, doch sie bilden nicht wie bei Freitag den Kern des Quellenkörpers. Grund für die Zurückhaltung ist, dass die historische Forschung als Textwissenschaft für die Verwendung von Fotos als primäre Quellen bislang kaum überzeugende Standards entwickelt hat, obwohl das Thema mit zunehmender Intensität diskutiert wird.<sup>69</sup> Doch diese Debatten haben vor allem die Sperrigkeit von Bildern belegt, denn Fotos sind selten „neutral“ und werden immer mit einer bestimmten Absicht angefertigt, präsentiert und archiviert. Häufig ist unklar, wer ein Bild warum geschossen hat und man weiß nicht, welche Bilder es nicht in die Archivbestände geschafft haben. Zudem ist nicht für alle Bilder überprüfbar, ob das, was auf ihrer „Rückseite“ beschrieben wird, auch tatsächlich auf der „Vorderseite“ abgebildet ist (es wurden in verschiedenen Archiven „Fehler“ festgestellt). Die hier aufgenommenen Fotos dienen deshalb vor allem als visuelles Hintergrundmaterial.

Für die Erforschung der städtischen Geschichtsdiskurse bietet sich eine Reihe von Quellengattungen an, die durch die Eigenheiten der drei Systeme nicht in allen Fällen gleichartig sind. Überall bilden die Konzeptpapiere, Festreden und Programme der Stadtverwaltungen zentrale Quellen für ihre Ge-

---

68 Christoph Conrad und Sebastian Conrad, „Wie vergleicht man Historiographien?“, in: dies., *Die Nation schreiben*, S. 11–45; Chris Lorenz, „Comparative historiography: problems and perspectives“, *HT* 38 (1999), S. 25–39; ders., „Towards a theoretical framework for comparing historiographies. Some preliminary considerations“, in: Peter Seixas (Hg.), *Theorizing Historical Consciousness*, S. 25–48.

69 Vgl. Peter Burke, *Eyewitnessing: The uses of Images as Historical Evidence* (London, 2001); Bernd Roeck, „Visual turn? Kulturgeschichte und die Bilder“, *GG* 29 (2003), S. 294–315; und die Beiträge des Forums *Sichtbarkeit der Geschichte. Beiträge zu einer Historiographie der Bilder*, H-Soz-u-Kult, ab 16.1.2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=355&pn=texte>.

schichtspolitik. Was die Konstruktion und Konkurrenz der Geschichtserzählungen betrifft, so fanden Debatten und Deutungskämpfe in der Zwischenkriegszeit und in West-Berlin größtenteils öffentlich statt. Die verschiedenen Erzählewürfe, die Regelmäßigkeiten der Meinungsbildung und die wissenschaftlichen Begründungen sind also über Publikationen, lokalhistorische Zeitschriften und Berichte über Diskussionsveranstaltungen rekonstruierbar. Hier bot das Zentrum für Berlin-Studien einen Schatz an halboffizieller, gleichsam „grauer“ Literatur. Der Ostberliner Geschichtsdiskurs war dagegen in seiner öffentlichen Seite von Uniformität geprägt. Die meisten der publizierten Schriften waren Kollektivarbeiten und liefern ein von Debatten, Problemen und Deutungskämpfen bereinigtes Bild. In Anlehnung an Martin Sabrow wird die Konstruktion der Stadtgeschichte hier deshalb vor allem im Vorfeld der Publikationen erforscht, gleichsam im Innern der Ostberliner Stadthistoriographie. Dies war die Welt von Kollektivberatungen, Parteibeschlüssen und Erfüllungsberichten, die die eigentümlichen Diskussionsstrukturen und Argumentationsweisen der marxistisch-leninistischen Planwissenschaft deutlicher offen legen als die mehrbändigen Werke der Parteiverlage. Zu dieser alltäglichen Arbeitsebene wurden Akten des Zentralinstituts für Geschichte und des Akademie-Verlags der DDR im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hinzugezogen. Zudem konnten Nachlässe einiger Lokalhistoriker der 1930er Jahre eingesehen werden und für die 1980er Jahre wurden einige Interviews geführt.<sup>70</sup>

Die Studie ist in vier Teile gegliedert. Die ersten drei Teile behandeln nacheinander die Geschichtsdiskurse und Stadtjubiläen der Reichshauptstadt, West-Berlins und der Hauptstadt der DDR. Sie stellen jeweils die Akteure und Institutionen vor, die an der Konstruktion der stadthistorischen Erzählungen und der Ausrichtung der Feier beteiligt waren. Gefragt wird nach der Wahrnehmung und Abgrenzung von konkurrierenden politischen Systemen, nach den städtischen Historiographien und nach verschiedenen Erzählewürfen, die während der Festvorbereitungen um Vorrang rangen. Die Teile schließen jeweils mit einem Abschnitt zum Verlauf der Stadtfeiern selbst, wonach stets ein knappes Zwischenfazit die Ergebnisse der Untersuchung festhält. Der vierte Teil ist ein direkter Vergleich der in den vorherigen Abschnitten identifizierten dominanten Erzählmuster der Stadtgeschichte. Dazu werden die Leitschriften der drei Geschichtskulturen gleichsam aus den Diskursen gehoben und als Texte auf ihre narrativen Strukturen und intertextuellen Beziehungen hin untersucht. Die narratologischen Begriffe, die dazu verwendet werden, werden am Anfang des vierten Teils näher vorgestellt. Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und ein knapper Ausblick schließen die Arbeit ab.

---

70 Hier gilt, wegen der Retrospektivität der Äußerungen und der Selektivität der Erinnerung, eine ähnliche Zurückhaltung wie bezüglich der Bilder: Die Interviews werden nicht als primäre Quelle gebracht, es werden keine Aussagen zitiert, sondern die Gespräche dienen als Hintergrundinformation zu den zeitgenössischen Materialien. Die Gespräche sind im Quellenverzeichnis aufgeführt. In den meisten Fällen sind Tonbänder vorhanden.



# I. Berlin 1937

## Biographie des Stadtorganismus



Abbildung Seite 35:  
Der historische Festzug am Brandenburger Tor, 15. August 1937

# 1. Die Reichshauptstadt und das kommunale Berlin

Ein denkwürdiges Bild: Am 30. Januar 1933 marschiert im abendlichen Dunkel und von Zuschauern umjubelt ein Fackelzug durch das Brandenburger Tor – eine Versinnbildlichung der „Machtergreifung“ der NSDAP. Der Aufmarsch der SA wird zugleich auch häufig als Symbol für einen von außen kommenden Einzug des Bösen in die Stadt Berlin gedeutet. Es steht für die „Eroberung Berlins“ durch den Nationalsozialismus. Das Datum bedeutete demnach das Ende des „Marsches auf Berlin“, den Adolf Hitler in den 1920er Jahren in Analogie zu Mussolini ausgerufen hatte. Die mediale Darstellung des Vorgangs schien lange Zeit den nationalsozialistischen Mythos zu bestätigen, dass Berlin von der NSDAP „eingenommen“ werden musste.<sup>1</sup> Auch nach Meinung vieler späterer Historiker gelang es den Nazis „nur mit großer Mühe, hier Fuß zu fassen.“<sup>2</sup> Berlin sei „niemals eine wirklich nationalsozialistische Stadt“ gewesen (Hans Herzfeld, 1960) und galt lange Zeit eher als „Hauptstadt des Widerstandes“ (Dietrich Stobbe, 1978).<sup>3</sup> Und Hitlers Vorbehalte gegen die Reichshauptstadt sind legendär.

Derartige Stereotypen und Legenden haben ihre Wirkung für die heutige Forschung weitgehend verloren. Als ein „Dickicht von Missverständnissen und Vorurteilen“, hinter dem es die Geschichte Berlins im Dritten Reich und die „spezifisch Berlinische Variante des Nationalsozialismus“ überhaupt erst zu untersuchen gilt, wurden sie unlängst abgetan.<sup>4</sup> Denn in Wirklichkeit ist bis heute über die Reichshauptstadt während des Nationalsozialismus erstaunlich wenig bekannt. Es gibt zwar Spezialstudien zu Terror, Widerstand oder über einzelne Stadtbezirke, doch ein umfassendes Forschungsprojekt zu Groß-Berlin im Dritten Reich ist nie ausgeführt worden. Die neueren Synthesen, wie unverzichtbar auch ihr Zusammentragen abgelegener Zeugnisse und Forschungsergebnisse ist, konzentrieren sich vor allem auf das Verhältnis zwischen Hitler und Berlin.<sup>5</sup> Dadurch tritt die Reichshauptstadt weiterhin vor allem als jener passive „Schauplatz“ nationalsozialistischer Selbstdarstellung

---

1 Vgl. Ian Kershaw, *Hitler. 1889–1936* (München, 1998), S. 257ff. und 550. Vgl. Joseph Goebbels, *Kampf um Berlin. Der Anfang* (München, 1934).

2 Wolfgang Ribbe, *Geschichte Berlins* (Berlin, 1987), S. 968.

3 Zit. n. Wolfgang Wippermann, „Die Doppelstadt. Anmerkungen über den Stand und die Perspektiven der Erforschung der Geschichte Berlins in der NS-Zeit“, in: Werner Röhr (Hg.), *Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer* (Berlin, 1992), S. 377–399, hier S. 378.

4 Thomas Friedrich, *Die missbrauchte Hauptstadt. Hitler und Berlin* (Berlin, 2007), S. 7.

5 Vgl. Sven Felix Kellerhof, *Hitlers Berlin: Geschichte einer Hassliebe* (Berlin, 2005) und Friedrich, *Die missbrauchte Hauptstadt*. Friedrich beschränkt sich zudem hauptsächlich auf die Jahre bis 1933 und lässt die nationalsozialistische Herrschaft selbst weitgehend außer Betrachtung.

in Erscheinung, als der sie etwa durch die Baupläne von Albert Speer bereits immer galt.<sup>6</sup> Aber wie verhielt sich die Millionenstadt selbst zum Nationalsozialismus? Die Geschichte der Stadtkommune ist hinter der national inszenierten Hauptstadt des Dritten Reiches noch kaum hervorgetreten.<sup>7</sup>

Diese Schwierigkeit ist bei einer Studie zur Berliner 700-Jahr-Feier zu beachten. Denn, so viel bereits vorweg, das Jubiläum der Reichshauptstadt wurde 1937 ausschließlich auf kommunaler Ebene gefeiert. Hitler bevorzugte die Bayreuther Festspiele und war in Berlin nicht dabei. Paradoxerweise schien späteren Stadthistorikern das Thema gerade deshalb uninteressant. Mancher nahm das Fernbleiben Hitlers sogar als Beleg dafür, dass die Stadtverwaltung Berlins als „selbständige Größe“ im Nationalsozialismus gar nicht „existent“ gewesen sei.<sup>8</sup> Doch beweist das Fest nicht vielmehr das Gegenteil? Die 700-Jahr-Feier wurde in und von der Stadt selbst begangen, sie kam ohne größere Reichsbeteiligung zustande. Es gilt im Folgenden, diesem Berlin unterhalb der Reichsrepräsentanz auf die Spur zu kommen, um so die 700-Jahr-Feier als Fest der Vermittlung zwischen Bürgern, Stadt und Reich begreifen zu können.

Denn auch in der Kommune Berlin hatte der Nationalsozialismus eine Vorgeschichte, wenn auch eine bescheidene.<sup>9</sup> In der Tat, die „Bewegung“ war eben nicht in Berlin entstanden, sondern in München, in Deutschlands Süden allgemein. Als Hauptstadt der verhassten Republik und als Symbol der „Systemzeit“ verkörperte die moderne Kulturmetropole der 1920er Jahre das Feindbild der Nazis. Doch die heftigen Straßenkämpfe, mit denen sich die Partei seit Goebbels' Wirken als Gauleiter ab 1926 einen Platz in den Berlinern Arbeitervierteln verschaffte, wurden von *Berliner* SA-Leuten bestritten. Und die verbreitete Feststel-

---

6 Wolfgang Benz, „Die Inszenierung der Akklamation – Mussolini in Berlin 1937“, in: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann und Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup* (Frankfurt, 1999), S. 401–417, hier S. 407. Vgl. Peter Steinbach, „Berlin unter dem Nationalsozialismus“, in: Wolfgang Ribbe und Jürgen Schmädke (Hg.), *Berlin im Europa der Neuzeit* (Berlin, 1990), S. 315–328; ders., „Berlin unter dem Nationalsozialismus. Hauptstadt im ‚Dritten Reich‘ – Zentrum des Widerstandes“, in: Süß und Rytlewski, *Berlin. Die Hauptstadt.*, S. 121–138; Wippermann, „Die Doppelstadt“, mit weiteren Literaturangaben. Zu Speer: Hans J. Reichardt und Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörung der „Reichshauptstadt“ durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen* (Berlin, Neuauf. 2005); Wolfgang Schäche, *Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945: Planen und Bauen unter der Ägide der Stadtverwaltung* (Berlin, 1991); Hanns Christian Lohl, „Intelligenz und Macht. Über das Organisationstalent Albert Speer als Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“, *BGG* (1995), S. 171–183.

7 Wilhelm Ernst Winterhager, „Berlin als Zentrum deutschen Widerstandes 1933 bis 1945“, in: Ribbe und Schmädke, *Berlin*, S. 377–397. Vgl. Gerhard Kiersch u.a., *Berliner Alltag im Dritten Reich* (Düsseldorf, 1981).

8 Benz, „Die Inszenierung“, S. 408. Vgl. Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 972. Dieser weiße Fleck führt in populären Übersichtswerken wie Alexandra Richies *Faust's Metropolis. A history of Berlin* (New York, 1998) oft zu Verlegenheitsschlüssen wie: „It was Hitler who decided to create a date for the founding of the city“ (S. 466). In den neueren Arbeiten zu Hitlers Verhältnis zu Berlin gibt es dementsprechend wenig Aufmerksamkeit für das vom „Führer“ vernachlässigte Ortsjubiläum. Vgl. aber Falanga, *Berlin 1937*, S. 136–163.

9 Ebenso bescheiden wie – lange Zeit – ihre Erforschung: Vgl. Martin Broszat, „Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27“, *VfZ* 8 (1960), S. 85–118, sowie Oliver C. Glied, „Die Spandauer SA 1926 bis 1933. Eine Studie zur nationalsozialistischen Gewalt in einem Berliner Bezirk“, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), *Berlin-Forschungen III* (Berlin, 1988), S. 107–205. Inzwischen hat Thomas Friedrich der Geschichte der Berliner NSDAP bis 1933 seine gut dokumentierte Synthese *Die missbrauchte Hauptstadt* gewidmet.

lung, dass die Zahl der NSDAP-Wähler in Berlin immer unter dem Reichsdurchschnitt gelegen habe, übersieht die Besonderheit Berlins als rein städtischen Reichstagswahlkreis.<sup>10</sup> Nach der „Machtergreifung“ setzten die Nationalsozialisten den Kampf gegen ihre Gegner fort. In der Stadt entstanden zahlreiche „Folterhöhlen“ und „wilde“ Konzentrationslager. Mit ungeheurer Brutalität gingen die Nationalsozialisten daran, sich des verhassten „goldenen“ und besonders auch des „roten“ Berlin zu entledigen, um Platz für ein neues ‚braunes‘ Berlin zu schaffen: „Diese Stadt werden wir umbauen. Das wird mein ganzer Ehrgeiz sein“, notierte Goebbels im März 1933.<sup>11</sup> In den Jahren danach errichtete der Nationalsozialismus die Diktatur (1933–1934) und konsolidierte seine Macht (1935–1938).

Natürlich diente dabei die Reichshauptstadt als nationale „Kulisse“ seiner Herrschaftsinzenierung. Eindrucksvolle Großveranstaltungen prägten die Außendarstellung Berlins in dieser Konsolidierungsphase der NS-Herrschaft. Höhepunkte waren die Olympischen Spiele 1936 und der Besuch Mussolinis 1937. Das waren nationale Angelegenheiten; nachdem Hitler etwa die Olympiade zur „Reichssache“ erklärt hatte, spielte dabei die Stadtverwaltung keine Rolle mehr.<sup>12</sup> Mit der dritten großen Inszenierung im Berlin jener Jahre ergriff die Stadtkommune ihre Chance zur Selbstentfaltung. Die 700-Jahr-Feier wurde von der Stadt ausgestaltet und war primär an die Berliner selbst gerichtet. Obwohl keine „Reichssache“, sollte auch sie selbstverständlich zur Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft beitragen.

Das Ereignis wurde vom Stadtoberhaupt Dr. Julius Lippert organisiert.<sup>13</sup> Er gehörte zu den „alten Kämpfern“ der NSDAP und er war 1933 als „Staatskommissar mit besonderer Verwendung“ dem Berliner Oberbürgermeister übergeordnet worden, um die Stadtverwaltung zu „säubern“. Doch ein besonders mächtiges Oberhaupt war er nicht. Berlin war als preußische Provinz der Gemeindeordnung entzogen und mächtige Parteiführer beanspruchten Einfluss in der Reichshauptstadt. Gauleiter Goebbels beherrschte die Berliner NSDAP, Speer war ab 1937 als „Generalbauinspektor“ unkontrollierbar und die Berliner Polizei unterstand dem kommissarischen preußischen Innenminister Hermann Göring. Lippert blieben nur die auf diese Weise eingeschränkten kommunalen Befugnisse. Dies änderte sich nicht, als er am 1. Januar 1937 endlich seinen schwer erkämpften Aufstieg zum „Stadtpräsidenten und Oberbürgermeister“ feierte. Gleichwohl entschied Lippert sofort, ein Stadtjubiläum zu feiern – wohl um in diesem Kompetenzdschungel sein neues Selbstbewusstsein kundzutun. Das Fest sollte das nationalistische Berlin etablieren und Lippert als „Führer“ der Stadt installieren. Dabei sollte das Jubiläum vor allem „ein Spiegel der geschichtlichen Entwicklung Berlins werden“.<sup>14</sup>

---

10 Vergleicht man Großstädte statt Wahlkreise, so belegt Berlin sehr wohl einen mittleren Platz, etwa auf gleicher Höhe mit München, der „Hauptstadt der Bewegung“. Vgl. Winterhager, „Berlin als Zentrum deutschen Widerstandes“, 381–381, und Kellerhoff, *Hitlers Berlin*, S. 61.

11 Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels: Sämtliche Fragmente, I: Aufzeichnungen* (München, 1998–2006), Bd. 2/III, S. 146 (13.3.33).

12 Jörg Titel, „Die Vorbereitung der Olympischen Spiele in Berlin 1936“, *BGG* 2002, S. 113–171, hier S. 155; Reinhard Rürup (Hg.), *1936. Die Olympische Spiele und der Nationalsozialismus* (Berlin, 1996)

13 Brigitte Oleschinski, „Julius Lippert“, in: Wolfgang Ribbe, *Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert* (Berlin, 1992), S. 261–276.

14 LA, A Rep 001-02, Nr. 428, Sitzung des Organisationsausschuss am 14.12.36, S. 4.

Die Idee zu dieser Feier ging übrigens auf ältere Anregungen zurück. Diese Vorarbeiten aus den späten 1920er Jahren, die zum Beispiel eine Gesamtdarstellung der Geschichte Berlins betrafen, konnten Lippert und sein Apparat in ihr Fest integrieren. Eine Untersuchung der 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt wird also Kontinuitäten in die vornationalsozialistische Zeit einzubeziehen und nach der Verfassung einer städtischen Historiographie zu fragen haben, die die Geschichtsrepräsentationen von 1937 vorbereitete (I.2). Erst im direkten Vorfeld der 700-Jahr-Feier wurde ein „braunes“ Narrativ zur alleinigen „Meistererzählung“ der Berliner Geschichte (I.3). Das Jubiläum kommunizierte diese Geschichte, und verschmolz das historische Berlin mit seiner neuen Volksgemeinschaft, seinem nationalsozialistischen Stadtpräsidenten und dem Dritten Reich (I.4).

## 2. Die stadthistorische Disziplin der Reichshauptstadt

Vier Jahre nach der „Machtergreifung“ präsentierte sich der Nationalsozialismus im Einklang mit der Stadt und ihrer Geschichte. Doch die Idee der 700-Jahr-Feier stammte aus den 1920er Jahren. Auch die neue Erzählung der Stadtgeschichte, zum Beispiel in der Festschrift *Geschichte der Stadt Berlin*, ging auf die Historiographie der Zwischenkriegszeit zurück.<sup>15</sup> Bereits im Januar 1928 war beim Stadtarchivar Ernst Kaeber eine Anfrage der Firma Presse-Photo-GmbH eingegangen, die sich nach einer eventuellen 700-Jahr-Feier 1930 erkundigte. Als führender Berliner Stadthistoriker konnte Kaeber das 700jährige Bestehen Berlins bestätigen, obwohl „ein bestimmtes Datum der Gründung der Städte Berlin oder Cölln (...) nicht überliefert“ war. Die stadthistorische Forschung aber, so meinte Kaeber, ging „allgemein“ davon aus, dass die Gründung Berlins „höchstwahrscheinlich im Jahre 1230 oder 1231 stattgefunden“ habe, weshalb ihm eine baldige 700-Jahr-Feier gerechtfertigt schien.<sup>16</sup>

Doch in der krisengeschüttelten Viermillionenstadt dachte die Stadtverwaltung nicht daran, ein fröhliches Jubiläum zu veranstalten. Der Plan scheiterte an Oberbürgermeister Gustav Böß, der zwar als Grund die „Unmöglichkeit“ vorschob, „ein bestimmtes Jahr als Gründungsjahr der Stadt Berlin anzugeben“, doch vor allem meinte, „dass die gegenwärtigen Zeitverhältnisse für die Abhaltung prunkvoller Feste doch wohl nicht geeignet sind“. Ebenso wenig sah er „politische Gründe (...) für eine derartige Feier“.<sup>17</sup> Auch als im avisierten Jubiläumsjahr 1930 mehrere Anfragen an das städtische Nachrichtenamt gerichtet wurden, gab die Stadtverwaltung nicht nach. Kaeber verwies nun ebenfalls auf den bloßen Wahrscheinlichkeitscharakter der Schätzung „um 1230“ und lehnte ab: „Will man durchaus das 700-jährige Dasein Berlins feiern, dann würde sich wohl besser das Jahr 1937 hierzu eignen. Denn aus dem Jahre 1237 stammt die erste urkundliche Erwähnung, wenn auch nicht Berlins selbst, so doch Cöllns, der Schwesterstadt auf dem anderen Spreeufer“.<sup>18</sup> Mit diesen Worten des Stadtarchivars war das spätere Jubeldatum (1937) vorprogrammiert. Durch sie ergab sich bei diesem Jubiläum später eine Verbindung zwischen republikanischer und nationalsozialistischer Zeit.

Ernst Kaeber, der Stadtarchivar, gilt seitdem als der Initiator des Jubiläums, obwohl die Anregungen dazu stets aus der Gesellschaft kamen. Kaeber selbst stand „der ganzen Unter-

---

15 Max Arendt, Eberhard Faden und Otto-Friedrich Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin. Festschrift zur 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt* (Berlin, 1937).

16 LA, A Rep 021-02, 49, Kaeber an das Nachrichtenamt, 19.1.28.

17 LA, A Rep 021-02, 49, Notiz 6.2.28.

18 LA, A Rep 021-02, 49; Kaeber an das Nachrichtenamt, 5.4.30.

nehmung sehr skeptisch gegenüber.“<sup>19</sup> Wenn sich aber bis heute die Reflexionen zum Jubiläum und zur Stadthistoriographie zwischen den Weltkriegen auf Kaeber konzentrieren, so ist das kein Zufall. Grund hierfür ist Kaebers unbestechliche Haltung in politisch schweren Zeiten. Er war den Nationalsozialisten gleich doppelt verdächtig, weil er mit einer Jüdin verheiratet und in der Deutschen Demokratischen Partei aktiv war. Sie entließen ihn ausgerechnet zur 700-Jahr-Feier. Der unbeirrbar Kaeber kehrte aber 1945 ins Archiv zurück. Er traf 1948 die „richtige“ Entscheidung und verließ das im Osten liegende Stadtarchiv, um in West-Berlin „aus dem Nichts“ das neue Landesarchiv zu gründen. Somit wurde Kaeber zum symbolischen Träger der Stadtgeschichtsforschung, der in vorbildlicher Weise die Republik mit dem freien Berlin verband und die beiden Diktaturen als forschungsfremd ausgrenzte.<sup>20</sup>

Doch diese auf Kaeber fixierte Kontinuitätskonstruktion ist für die vielen Linien blind, die von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus führen. Neben Kaeber stand in den 1920er Jahren eine Reihe von Heimatforschern und Stadthistorikern, die sich mit dem Dritten Reich sehr gut anfreunden konnten und nach 1933, zum Beispiel durch das Stadtjubiläum, Karriere machten. Bei näherem Hinsehen stellt sich Kaebers Schicksal sogar als Ausnahme, ja fast als Einzelfall dar. Kaeber war in den 1920er und frühen 1930er Jahren eine zentrale Figur in einem städtischen Geschichtsdiskurs, der viele Institutionen und Personen umfasste. In diesem Diskurs arbeiteten alle „Freunde der Stadtgeschichte“ eng zusammen, bis einige wenige nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ ihren Platz räumen mussten. Ein tieferer Bruch erfolgte dann erst ab 1945. Auf diese Weise stand auch die 700-Jahr-Feier 1937 in einer längeren Kontinuität der Berliner Geschichtskultur. Deshalb werden hier zunächst die Institutionen und Vertreter der Stadtgeschichtsforschung in der Republik vorgestellt, bevor nach den Merkmalen des reichshauptstädtischen Geschichtsdiskurses gefragt wird.

## Professionalisierung im Nebenberuf

Die Stadthistoriographie besaß in Berlin keine besonders lange Tradition. Im 19. Jahrhundert hatten zwar einige Stadtarchivare und Heimatvereine vereinzelt historische Darstellungen herausgebracht, doch diese recht unkoordinierte Heimat- und Kulturpflege war alles, was die schnell wachsende Großstadt an historischem Schrifttum zu bieten hatte.<sup>21</sup> Erst die Ernennung des 31-jährigen Kaeber zum Stadtarchivar brachte 1913 mehr Planmäßigkeit in die lokale Forschung, aber der Kriegsausbruch verhinderte zunächst Kaebers ambitionierte Vorhaben.<sup>22</sup> Auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit war an große staatsfinanzierte Projekte nicht zu denken, so dass eine wirkliche Professionalisierung in der Berliner Stadtgeschichtsschreibung erst in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zu verzeichnen ist.

---

19 Ebd., Kaeber an Pniower, 26.7.30. Im Gegensatz dazu: Ernst Kaeber, „Erinnerungen an das Stadtarchiv Berlin. Zugleich eine Skizze der Geschichte des Archivs“, *Bär* 10 (1961), S. 7–51, hier S. 38.

20 Werner Vogel, „Ernst Kaeber. Leben und Werk“ in: ders. (Hg.), Ernst Kaeber, *Beiträge zur Berliner Geschichte. Ausgewählte Aufsätze mit einem Vorwort von Johannes Schultze* (Berlin, 1964), S. 377–385; Konrad Kettig, „Ernst Kaeber als berlinischer Historiker“, in: *Bär* 7 (Berlin, 1957), S. 7f.; Escher, „Berlins 700-Jahr-Feier“.

21 Ribbe, „Außeruniversitäre Forschungen“; Zelljadt, *History as past-time*.

22 Dazu Olaf Hampe, „Ernst Kaeber und die Berliner Landesgeschichte“, *BGG* 1991, S. 27–44.



Bis dahin war die Stadthistoriographie von der Landesgeschichte kaum abgrenzbar: Beide hatten beispielsweise eine klare Vorliebe für den preußischen Hof und die vormoderne Zeit. Zudem waren Stadt und Umland seit 1925 in einer „Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin“ zusammengeschlossen. Die Forschungsfelder überschneiden sich vielfältig. Doch gerade in den 1920er Jahren fand zugleich die vorsichtige Etablierung und Verwissenschaftlichung der Stadtgeschichte als einer eigenständigen Disziplin statt. Dieser Entwicklungsschub fiel nicht zufällig mit einem Generationswechsel in der städtischen Historikerzunft zusammen. Den älteren Gelehrten, wie dem Heimatforscher Ernst Friedel (1837–1918), dem Archivar Paul Clauswitz (1839–1927) und dem Frühgeschichtler Albert Kiekebusch (1870–1934) traten nach und nach jüngere Wissenschaftler zur Seite, die meist in den 1880er Jahren geboren waren. Sie wuchsen nach dem Weltkrieg allmählich in Führungspositionen der lokalen Historiographie hinein. Die Vertreter dieser Gruppe hatten an der Berliner Universität entweder bei Otto Hintze promoviert und waren über ihn im städtischen Archivwesen gelandet – wie Ernst Kaeber (1882–1960), Eberhard Faden (1889–1973), Max Arendt (1887–1971). Oder sie hatten – wie Willy Hoppe (1884–1960) und Otto-Friedrich Gandert (1898–1983) – in Dietrich Schäfer, Max Lenz oder Gustav Kossinna volks- und vorgeschichtlich ausgerichtete Lehrmeister gefunden und entwickelten sich zu völkisch innovativen Landeshistorikern der Mark Brandenburg.<sup>23</sup> Für viele von ihnen war die Fronterfahrung direkt nach dem Studium ein entscheidendes Grunderlebnis. Eberhard Faden etwa hatte den Krieg „gar nicht so sehr als Unterbrechung meines Studiums empfunden, was er doch eigentlich war, sondern gewissermaßen als natürliche Fortsetzung“.<sup>24</sup> So prägte die Front nachhaltig den Blick des ehemaligen Wandervogels, der den Dreißigjährigen Krieg erforschte: „Volles Verstehen lehrt hier erst das Selbsterleben.“<sup>25</sup> Ebenso wie der spätere Vorsitzende des Vereins für die Geschichte Berlins, Hermann Kügler (1889–1955), kam Faden als „Kriegsgeschädigter“ zurück, und ebenso wie dieser ging er in den Schuldienst.<sup>26</sup>

Diese jüngeren Historiker trugen die Professionalisierung der stadthistorischen Disziplin, wobei sie sich ihr paradoxerweise oft nur ehrenamtlich, „im zweiten Lebensberuf“ (Kügler), widmeten. Die im Entstehen begriffene, ausschließlich außeruniversitäre Infrastruktur der Stadthistoriographie ließ kaum Platz für hauptberufliche Stellen. Ernst Kaeber hatte als

---

23 Oberkrome, Volksgeschichte.

24 Eberhard Faden, „Mein Geschichtsstudium im Felde“, *Berliner Akademische Nachrichten* 12 (1918), 2, S. 19–23.

25 Eberhard Faden, *Berlin im Dreißigjährigen Kriege* (Berlin, 1927), S. XII. Vgl. ders., „Berlin im Dreißigjährigen Kriege. Ein Rückblick nach dem Weltkriege“, *MVGB* 44 (1927), Heft 2, S. 45–50: „Vor dem Weltkriege“, schreibt Faden, „hatten die wehleidigen Berichte der Berliner Bürgermeister über die Schwedeneinfälle nur noch wenig Eindruck auf mich gemacht. Und heute – unvergesslich ist mir jener trübe Januarmorgen, als ich ein Dorf an der Front, in dem noch Frauen und Kinder und alte Männer zurückgeblieben waren, zu räumen hatte“. (S. 48).

26 Vgl. Eberhard Faden und Erich Zornemann, „Dr. Hermann Kügler“, *JBLG* 6 (1955), S. 62ff. Max Arendt war 1914 an der Westfront gewesen: „Nach einer schweren Typhuserkrankung bin ich als Dolmetscher verwendet worden.“ (Lebenslauf Arendt, 10.10.40, Personalakte RKK, BA, BDC, 0023, 03). Ernst Kaeber hatte wegen seiner Kurzsichtigkeit in der Kriegsrohstoffabteilung gedient und publizierte 1921 das Buch, *Berlin im Weltkriege. 5 Jahre städtischer Kriegsarbeit*. Willy Hoppe hatte als nur „garnisonsverwendungsfähig“ im Lazarett und in der „Landesstelle Landesausschuss zur Verteilung von Lesestoff für die Sächsischen Truppen im Felde“ gearbeitet (LA, A-Rep 001-02, Nr. 3313, Schreiben Hoppe an Kaeber, 5.4.15).

Archivdirektor den zentralen Posten inne. Max Arendt arbeitete seit 1923 neben ihm als Direktor der Magistratsbibliothek. Eberhard Faden war am Gymnasium und musste von Kaeber sehr dazu gedrängt werden, seine Dissertation überhaupt zu publizieren.<sup>27</sup> Willy Hoppe ging 1919 als Bibliothekar nach Dresden, doch er habilitierte sich 1924 für märkische Landesgeschichte wieder in Berlin.<sup>28</sup> An der Universität wurde Stadtgeschichte in keinerlei Form betrieben – die preußische Staatsgeschichte interessierte sich höchstens für die Rolle ihrer Hauptstadt, die Landesgeschichte für die Besiedlung der Mark. Auf Letzteres beschränkte sich auch das heimatkundliche Märkische Museum. Es erwies sich deshalb für Kaeber als „außerordentlich schwer, hier in Berlin geeignete Mitarbeiter zu finden. Die fähigen Köpfe sind leider fast ausschließlich auf dem Gebiete der Reichs- und Staatsgeschichte tätig.“<sup>29</sup> Stadtgeschichte betrieb man nebenbei. Man kannte sich aus Seminaren und engagierte sich im Vereinsleben. Zum Zentrum des Diskurses gehörte neben dem Stadtarchiv denn auch der Verein für die Geschichte Berlins, dessen Zeitschrift nach 1926 – mit Kaeber als Redakteur – professioneller wurde, übrigens „ohne dabei ihre volkstümlichen Ziele aus dem Auge zu verlieren.“<sup>30</sup>

## Der lokalwissenschaftliche Geschichtsdiskurs der Reichshauptstadt

Allerdings war das Wissenschaftsverständnis in den Jahren zwischen den Kriegen ein anderes als das heutige. Die lokale Geschichtsschreibung verdankte ihren Aufschwung in den 1920er Jahren dem „gesteigerte(n) Interesse aller Kreise unseres Volkes an der heimatlichen Geschichte“<sup>31</sup>. Dieses „volkstümliche“ Interesse wollten die jüngeren Geschichtsforscher nunmehr quellennah unterfüttern. Alte Legenden sollten zerstört und durch bewiesene Wahrheiten ersetzt werden; es galt „bisher bloß ‚Gesagtes‘ als ‚wirklich Gewesenes‘“ zu bestätigen.<sup>32</sup> Dies wurde als rein sachliches Anliegen verstanden. Ideologische Fragen konnten die Zunft bis 1933 kaum spalten. Politisch überwogen konservativ-nationale Ansichten – Faden war in der DVP, Hoppe schon vor der „Machtergreifung“ Nazi<sup>33</sup> – doch als Fachmann wurde der linksliberale Ernst Kaeber nicht weniger geschätzt. Und umgekehrt sparte Kaeber nicht mit wissenschaftlicher Kritik an politischen Geistesverwandten. Selbstverständlich war seine politische Einstellung in diesem Umfeld allerdings nicht, und so war es 1923 schon eine Erwähnung wert, dass er „partei-politisch auf dem linken Flügel der bür-

---

27 LA, A Rep 021-02, 38, Korrespondenz Faden–Kaeber, Dezember 1924. Auch Martin Henning agierte im „zweiten Beruf“; er war Postbeamter. „So hat sich in ihm der Musterfall eines Heimatforscher gestaltet“, meinte Faden rückblickend 1959. (Eberhard Faden, „Martin Henning 1891–1959“, *JBLG* 10 (1959), S. 7ff., hier S. 7).

28 Willy Hoppe, „Ergebnisse und Ziele der märkischen Landesgeschichte“, in: Ludat, *Willy Hoppe*, S. 333–346.

29 LA, A Rep. 021-02, 41, S. 16, Schreiben Kaeber 29. Mai 1931.

30 Ernst Kaeber, „Siebzig Jahre Verein für die Geschichte Berlins“, *ZVGB* 52, (1935) Heft 1, S. 1.

31 „Gründung einer Historischen Kommission“, in: *MVGB* 42 (1925), S. 127.

32 Faden und Zornemann, „Dr. Hermann Kügler“, S. 62.

33 Faden war seit 1919 in der Deutschen Volkspartei (Lebenslauf Faden, Personalakte RKK, BA, BDC, 2101, 0289, 14) und Hoppe war der NSDAP bereits am 1. Januar 1932 beigetreten (BA, BDC 3100, J0067, 1420).

gerlichen Parteien“ stand und sich nur „im Rahmen dieser meiner allgemeinen Anschauung“ zu historischen Themen äußern konnte.<sup>34</sup> Aber jenseits solcher politischen Trennlinien teilten alle in ihrer professionellen Arbeit ganz bestimmte Empfindungen, Fragerichtungen und Denkmuster. Aus diesem lokalen Geschichtsdiskurs können fünf Motive besonders hervorgehoben werden, die zwischen den Kriegen die wissenschaftliche Deutung der Berliner Vergangenheit prägten.

Ausgangspunkt für die lokalhistorische Tätigkeit in der Republik war erstens eine *Sehnsucht nach dem guten, alten Berlin*, das durch die Veränderungen der Gegenwart endgültig zu verschwinden drohe. Diese Sorge einte die viel breitere Heimatschutzbewegung, die allerdings meist ländlich verwurzelt war.<sup>35</sup> Doch auch in der Spreestadt sammelten sich die „Freunde der Geschichte“ im Verein für die Geschichte Berlins, um ihre Empörung über die „fortschreitende Zerstörung des alten Berlin“ auszudrücken.<sup>36</sup> Man verstand sich als Sachwalter der Vergangenheit in einer geschichtsfeindlichen Gegenwart und versuchte der Bevölkerung ein nostalgisches „altes Berlin“ zu erschließen. Kügler publizierte alte Sagen, Volksbräuche und zahlreiche Spaziergänge „durch Altberlin und Kölln“ und Arendt empfahl Memoirenliteratur, weil sie häufig die „besten Schilderungen des alten Berlin“ gab.<sup>37</sup> Der Gegenwart der modernen Großstadt stand man somit sehr zwiespältig gegenüber. Einerseits erblickte man in der schnelllebigen Metropole einen zunehmend „geschichtslosen Sinn“, dem zahlreiche Altbauten zum Opfer fielen.<sup>38</sup> Kaerber sprach 1927 von einer Zeit, „die, geblendet durch die Sensationen einer ganzen Welt, bedrückt durch wirtschaftliche Not, nur schwer der Stimme der Vergangenheit sich aufschließt.“<sup>39</sup> Doch andererseits identifizierte man sich mit der Stadt, wenn sie von völkischen Kritikern verschmäht wurde. Die Berliner Heimatfreunde waren in dieser Hinsicht sicherlich weniger reaktionär und antimodern als viele ihrer provinziellen Geistesverwandten. Trotzdem führte die Unzufriedenheit bei vielen zu Republikfeindlichkeit, und so gingen Forschung und Sehnsucht Hand in Hand. Der Geschichtsverein führte das Motto „Was du erforschet hast du mit erlebt“, und Faden eröffnete seine Dissertation mit einer tristen Gegenwartsbeschreibung, von der sich sein seitenlanger Rundgang durch „das alte Berlin“ umso schärfer abheben konnte.<sup>40</sup>

34 LA, A Rep. 021-02, 38, Bl. 5–7, Kaerber an die Redaktion der Deutschen Zeitung, 5.5.1923.

35 Georg Kunz, *Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewusstsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts* (Göttingen, 2000); Willi Oberkrome, „Deutsche Heimat“. *Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960)* (Paderborn, 2004).

36 „Bericht über die ordentliche Hauptversammlung am 24. Januar 1931 im Rathaus zu Berlin“, *MVGB* 48 (1931), S. 30–31, hier S. 30.

37 Max Arendt, „Berliner Memoiren. Ein Überblick über die Veröffentlichungen der letzten Jahre“, *MVGB* 50 (1933), H. 2, S. 42–46, hier S. 42. Vgl. Hermann Kügler, *Aus Alt-Berlin und Kölln* (Berlin, 1914); ders., *Hohenzollernsagen* (Berlin, 1922); ders., *Was uns der Molkenmarkt erzählt* (Berlin, 1937).

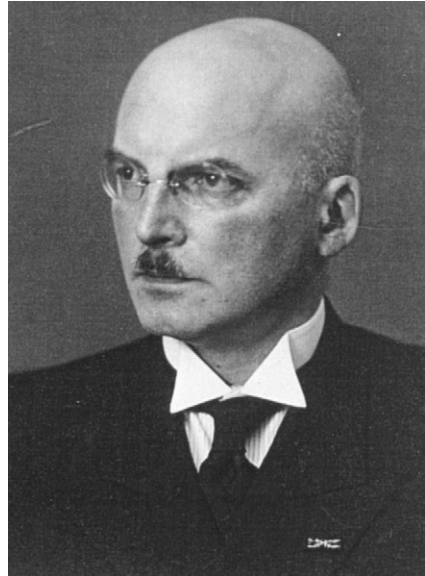
38 Max Arendt und Paul Torge, *Berlin Einst und Jetzt* (zweite völlig umgearbeitete Auflage, Berlin 1934), S. 10.

39 Vorwort bei Faden, *Berlin im Dreißigjährigen Kriege*, S. X.

40 „Berlin ist keine Stadt mehr. Die altgewöhnten, gleichsam naturgewollten Siedlungsformen sind vernichtet. Was einst als Stadt und Land sorgsam geschieden war, ist jetzt ineinander gemengt. (...) Wälder sind gerodet und Hügel abgetragen worden, Sümpfe zugeschüttet, Flussufer gefestigt und Kanäle gegraben; das Ackerland hat die raumhungrige Stadt zu Baugrund gestampft und mit Häuserblöcken bestellt und alles mit einem engen Netz von Pflaster- und Kunststraßen und Schienenwegen überzogen. (...) Und die Sicht vom Kreuzberg, in alten Zeiten so oft liebevoll gezeichnet und gemalt, zeigt ein



Ernst Kaeber, 1920er Jahre



Eberhard Faden, 1930er Jahre

Der schillernde Begriff „altes Berlin“ selbst wurde nie weiter definiert. Er konnte geographisch verstanden werden, dann meinte „das eigentliche alte Berlin“ den Stadtkern um Nikolaikirche und Molkenmarkt. Häufiger dachte man es zeitlich; das „alte Berlin“ meinte dann die mittelalterliche Stadt oder die Residenz der preußischen Könige bis hin zur vorindustriellen Gründerstadt.<sup>41</sup> Selbst hatte man das „alte Berlin“ höchstens in der Kindheit erlebt, doch im kommunikativen Gedächtnis der Stadt war es allgegenwärtig – die Verklärung des „Altberlins“ sollte das aufstrebende, ungeliebte Berlin mit einer Vergangenheit ausstatten, die einer deutschen Hauptstadt würdig war.<sup>42</sup>

Zweitens ging es allen Wissenschaftlern in diesem Diskurs offen oder heimlich um die *Verteidigung ihrer Vaterstadt* gegen die weitverbreitete Berlin-Kritik. Die moderne Reichshauptstadt wurde als Emporkömmling des 19. Jahrhunderts, als „Parvenupolis“ (Walter Rathenau), als „größte Mietskasernenstadt der Welt“ (Werner Hegemann), oder „ungeheure völkische Umschmelzung“ (Josef Nadler) aus allen Richtungen verschmäht und ihre Bewohner galten seit Goethe als „verwegener Menschenschlag“. Eberhard Faden zwangen solche Vorurteile sowohl zur „Rettung Berlins“ als auch zur strengen Wissenschaftlichkeit. Genaueste Quellentreue war für ihn „eine Notwendigkeit gegenüber den seltsamen Vorstel-

---

graues Häusermeer, darin Kirchtürme, Fabrikschornsteine, langgestreckte Bahnhofshallen und sparsam Grünflächen – ohne Höhen und Tiefen, gestaltlose Masse.“ (Ebd., S. 3.)

41 Arendt und Torge, *Berlin Einst und Jetzt*, S. 45. Spätestens jedoch mit dem Wilhelminismus verband etwa Arendt die raschen Veränderungen, die die Gegenwart von der Vergangenheit trennten. „In dieser Zeit der allmählichen Spaltung der Nation versank mit dem Tode Kaiser Wilhelms nicht nur das alte Preußen, sondern ein ganzes Zeitalter.“ (Ebd.)

42 Hierzu: Zelljadt, *History as Past-time*.



Max Arendt, 1930er Jahre



Willy Hoppe, 1931

lungen vom alten Berlin, die anscheinend Unsterblichkeit gewonnen haben. (...) Ob es wohl jemals gelingen wird, diese Geschmacklosigkeiten auszurotten?“<sup>43</sup> Faden regte sich sehr auf über „die lächerlichen Behauptungen“, die sein Berlin des 17. Jahrhunderts immer wieder wie „ein besseres Negerdorf!“ abbildeten – offensichtlich seien die Verfasser solcher Schriften „durch keinerlei Geschichtsstudien beschwert gewesen“.<sup>44</sup> Auch seine Kollegen setzten sich gegen die Vorurteile zur Wehr. So ärgerte sich die Sprachforscherin Agathe Lasch (1879–1942) über die „alte dilettantische Betrachtung des Berlinischen“, die den Dialekt „oberflächlich“ als „verdorben“ verurteile. Die Sprache der Berliner, so stellte dagegen ihre „wissenschaftlich aufgebaute Betrachtung“ fest, „ist *kein* Jargon, sie ist ihrer Entstehung nach *nicht* verdorben, ist in ihrer reinen ursprünglichen Form kein Missingsch, kein Gemisch dessen, der eine gebildete Sprache sprechen will, die er nicht kann, sondern sie ist organisch geworden, und was man (...) als Mischung ansah, das ist aus ihrer Grundform zu verstehen“.<sup>45</sup> Weiter noch ging Kügler, der in Bezug auf die „schiefe Meinung über Berlin als die wurzellose und überfremdete Stadt“ die Behauptung aufstellte, dass aus den Berlinern „hervorgegangen, unter ihnen aufgewachsen sein, mit ihnen leben (muss), wer das Berlinertum mit seinen guten und seinen schlechten Eigenschaften erfassen will“.<sup>46</sup> Wirkli-

43 Faden, *Berlin im Dreißigjährigen Kriege*, S. XIV.

44 Faden, „Berlin im Dreißigjährigen Kriege“, S. 47.

45 Agathe Lasch, „Berlinisch“. *Eine berlinische Sprachgeschichte* (Berlin, 1928), Zitate S. VII, 1, 2, 6. Zu Lasch: Norbert Dittmar, „In Memoriam Agathe Lasch. Botschaften einer außergewöhnlichen Frau, Jüdin und Soziolinguistin“ in: Norbert Dittmar und Peter Schlobonski (Hg.), *Wandlungen einer Stadtsprache. Berlinisch in Vergangenheit und Gegenwart* (Berlin, 1988), S. XII–XX.

46 Hermann Kügler, „Die Berliner“, in: Martin Wähler (Hg.), *Der Deutsche Volkscharakter* (Jena, 1937), S. 126–139, hier S. 128.

cher Zugang zur Identität der Stadt konnte hier nur in *positiver* Verbindung zur Heimat entstehen, und deshalb musste Kaeber das Schrifttum etwa von Karl Scheffler, dem „ausgesprochenen Gegner Berlins“, zurückweisen – eben weil dieser „Berlin derartig kritisch, ja teilweise verständnislos gegenüber(steht)“.<sup>47</sup>

Zwischen leidenschaftlicher Heimerfahrung und strenger Professionalität bestand somit in diesem Diskurs ein enges Band, und daraus bezogen diese jüngeren Forscher drittens ein sehr *elitäres Wissenschaftsethos*. „Wir sind zu einer solchen gründlichen Aktenforschung geradezu verpflichtet. Denn die kritische Einstellung, der wir in vielen Schriften über das moderne Berlin begegnen, überträgt man unkritisch genug auch auf seine Vergangenheit“, verkündete Faden.<sup>48</sup> Das Selbstverständnis seiner Generation war das einer „seriösen“ und im Interesse „der Sache“ arbeitenden Elite, die einen harten Kampf gegen jeglichen „Dilettantismus“ zu führen hatte. Zugang zur historischen Wirklichkeit blieb nur dem Berliner Diskurs vorbehalten, und deshalb glaubte Ernst Kaeber 1931 nicht, „dass es nützlich wäre, (...) eine Geschichte Berlins nach neuen Gesichtspunkten von Jemandem schreiben zu lassen, der der Berliner Geschichtsforschung fern steht.“<sup>49</sup> Kaeber, der vornehme Bildungsbürger, verkörperte diesen elitär-professionellen Habitus wie kein anderer. Er war während seines Studiums in England, Frankreich und Königsberg gewesen, pflegte Verbindungen zur Universität und Politik, setzte sich seit 1913 (vergeblich) für eine „größere auf möglichst umfassendem Quellenstudium beruhende Geschichte der Stadt Berlin“ ein und gründete 1927 eine „streng“ wissenschaftliche Bücherreihe.<sup>50</sup> Für ihn gab es kaum Schlimmeres, als mit ansehen zu müssen, „was für ein Unsinn heute noch von Akademikern in der ernsthaften Berliner Tagespresse zu Tage gefördert wird“, oder wie „wieder all die Unrichtigkeiten über das älteste Berlin, an deren Beseitigung eine Generation gearbeitet hat“, in neuen Büchern fortgeschrieben wurden.<sup>51</sup> Von Querdenkern und Abweichlern hielt er nichts, so lange sie nicht „mit ruhiger Aufmerksamkeit“ gearbeitet hatten: „Wer so von der herrschenden Lehre abweichende Theorien äußert“, hielt er 1928 einem solchen Abenteurer vor, „muß sie doch wohl ausführlicher begründen und die entgegenstehenden Anschauungen eingehender widerlegen.“<sup>52</sup> Mit seinen Kollegen teilte Kaeber ungeachtet weltanschaulicher Differenzen den Stil fachmännischer Ernsthaftigkeit. Nur von einem Außenseiter konnte daher jene kleine „Geschichte Berlins“ stammen, die er mit ganzen zwei Sätzen rezensierte: „Dieses Bändchen mit dem stolzen Titel zeigt alle Nachteile aber leider keinen einzigen Vorteil dilettantischer Geschichtsschreibung. Es wimmelt von Fehlern, beweist auf jeder Seite, daß

---

47 LA, A Rep. 021-02, 38, 183, Kaeber an Verlagsbuchhandlung, 8.12.1925. Einem ähnlichen Muster folgten seine Vorbehalte in: Ernst Kaeber, „Werner Hegemanns Werk: Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt oder: der alte und der neue Hegemann“, *MVGB* 47 (1930), S. 101–114.

48 Faden, „Berlin im Dreißigjährigen Kriege“, S. 45.

49 LA, A Rep. 021-02, 42, S. 35, Kaeber an Oberbürgermeister Sahn, 27. Juli 1931.

50 LA, A Rep. 001-02, 3313, S. 48f., Kaeber an Otto Hintze und Alfred Koser, April 1914. „Streng“ nannte Kaeber sie, „weil keine Schrift in dieser Reihe erscheinen soll, die nicht einen Fortschritt in der wissenschaftlichen Erkenntnis bedeutet.“ (Faden, *Berlin im Dreißigjährigen Kriege*, S. IX.)

51 LA, A Rep. 021-02, 40, S. 91, Kaeber an Agathe Lasch, 28. Januar 1928, bzw. Rezension zu Scheffler, *Berlin. Wandlungen einer Stadt*, *MVGB* 49 (1932), S. 93ff., hier S. 94. Zufrieden zeigte sich Kaeber dagegen, wenn durch seine Arbeit wieder einmal der „Weg zur positiven Erkenntnis von einem alten Vorurteil befreit worden“ war. (Kaeber, „Der Berlin“, *ZVGB* 52 (1935) Heft 3, S. 57ff., hier S. 59)

52 LA, A Rep. 021-02, 40, S. 135f., Kaeber an Herrn Direktor Krüger, 11.4.28.

seinem Autor wirkliches Verständnis fehlt und ist obendrein in einem trivialen Stil geschrieben, der mit echter Volkstümlichkeit nichts zu tun hat.“<sup>53</sup>

Viertens verband diese Forscher der Berliner Stadtgeschichte ein individualisierender *Historismus*, der historische Figuren meist durch ihr Entstehen in ihrer Umgebung, durch ihr „Werden und Wachsen“ zu erklären suchte, und der sich, in Analogie zur Naturkunde, eine *organische* Begriffswelt schuf. „Nüchterne Verstandesmäßigkeit erwächst bei einem Volkstamm, der im Sande der Mark schwer, gewissenhaft arbeiten muß“, schrieb Kaebers Geistesverwandte Agathe Lasch, und damit hatte sie diese Charaktereigenschaft hinreichend beleuchtet. Auf ihrer Suche nach der „typischen Berliner Art“ wurde sie spätestens im 18. Jahrhundert fündig, aber eine Rückverlängerung in die Vergangenheit erschien zwingend: „Diese Berliner Geistesart, die (...) *damals* deutlich in *Erscheinung getreten ist*, (...) kann aber natürlich nicht plötzlich entstanden sein“, denn eine neue Zeit „*schafft* den Typus nicht, sie wirkt ihn höchstens aus“.<sup>54</sup> In farbreichen biologischen Metaphern skizzierte auf ähnliche Weise Max Arendt Preußens Untergang in den Napoleonischen Kriegen, denn er glaubte „Verfallserscheinungen“ bereits unter Friedrich dem Großen ausmachen zu können, „dessen französische Sympathien und die von ihm gestattete Freigeisterei nicht gerade sittenverbessernd gewirkt haben. Es bildete sich eine Atmosphäre für Schmarotzer und Sumpfpflanzen, die um so üppiger ins Kraut schossen, als Friedrich Wilhelm II. seine eigene Sinnlichkeit nicht bändigen konnte. (...) So herrschte Fäulnis und Modergeruch im Staatswesen, als der König 1797 die Augen schloß. Das große Strafgericht konnte nicht ausbleiben“.<sup>55</sup> In diesem organischen Deutungsmuster, das allmähliche, sich selbst generierende Prozesse wahrnahm, lag das spätere Schicksal historischer Entitäten in ihrem Ursprung (in den „Wurzeln“) eigentlich schon beschlossen.

Auf die Stadt übertragen, schuf dieser organische Historismus als fünftes Leitmuster ein ebenso *organisches Gesellschaftsbild*, das nahtlos in die *völkische Gemeinschaftsidee* übergehen konnte. Das Denkbild wurde von allen als potentiell gültig akzeptiert. Den „Stadtorganismus“ verstand man „nicht nur als eine räumlich-starre Masse, sondern als ein geschichtliches Lebewesen“, dessen „Biographie“ man schreibe.<sup>56</sup> Für Kaeber, der sich als „Biograph der Reichshauptstadt“ verstand<sup>57</sup>, war Berlin „im Mittelalter, in der Renaissance, im 18. Jahrhundert und endlich im 19. Jahrhundert eine in sich geschlossene Gesamtpersönlichkeit von jedes Mal anderem, aber fest ausgeprägtem Charakter gewesen.“<sup>58</sup> Der Idee der Volksgemeinschaft war eine lange zeitliche Dimension eigen. Sie konnte im äußersten Fall herangezogen werden, um völkisch und kulturell die weite Vergangenheit und die ferne Zukunft zu überspannen. „Das Fortleben kultureller Erscheinungen etwa um 1500 v. Chr.

---

53 Kaeber zu H. Neumanns „Die Geschichte Berlins“, 16. Mai 28, Typoskript, in: LA, A Rep. 021-02, S. 115.

54 Lasch, *Berlinisch*, S. 14.

55 Arendt und Torge, *Berlin einst und jetzt*, S. 36f.

56 Robert Mielke, „Die Entstehung von Berlin-Cölln im Lichte der historischen Siedlungskunde“, in: *Brandenburgia* 35 (1926), S. 1–24, hier S. 2ff. Auch Faden meinte über „die Biographie einer Stadt“ u.a.: „Gleichwohl schreibt sie ein Leben, ein gelebtes Leben. Sie wächst, sie ruht, sie erfährt neue Anstöße“. In: ALVMB, NL Faden, Schreiben Faden an Kaeber, 2. Januar 1937.

57 Ernst Kaeber, „Die Berliner Juden im Mittelalter“, in: Vogel, *Ernst Kaeber*, S. 46–59, hier S. 46.

58 Kaeber zu Scheffler, *Wandlungen einer Stadt* (1931), *MVGB* (1932), S. 93.



Vorstandssitzung des Vereins für die Geschichte Berlins, 1928. Das Vereinszimmer befand sich im Deutschen Dom. Von links: Felix Hasselberg, Kurt Brockerhoff, Hans Jahn, Günther Tschöpe, Christoph Voigt, Willibald E. Meyer, Ernst Kaerber, Hermann Kügler, Eduard Brandt und Walter Vogt.

bis zur Gegenwart“, so rechnete Kügler 1930 vor, bedinge „eine Weitergabe“ durch 120 Generationen. „Bedenke man aber, dass in der Regel die Großeltern die Enkel gerade noch in dieses Hauswerk einführen, so erfolge die Weitergabe sogar nur 60 Mal von Mensch zu Mensch – eine Zahl, die (...) verschwindend klein erscheinen muß.“<sup>59</sup> Weniger weit ging Faden, der aber 1927 trotzdem von der Berliner Feigheit im Dreißigjährigen Krieg fast persönlich berührt war: „Freilich, von dem politischen Denken des alten Berlin führt, so scheint es, keine Brücke zu unserer Auffassung von Volk und Staat. Und doch sind wir einmal diese Stadt gewesen, welche – fern von dem Heldenmut Magdeburgs oder Stralsunds – im Kriege ihres eigenen Landesherrn sich für neutral erklärte.“<sup>60</sup> Auch seine Ansicht, dass „dem Lande und der Residenz“ damals schlichtweg „der Führer“ gefehlt habe, passt in die Denkkategorien der Volksgemeinschaft.<sup>61</sup>

Als Spezialwissenschaft hielt in diesen Jahren, nach anfänglicher Skepsis der Historiker, die „Volkskunde der Großstadt“ ihren „fröhlichen Einzug“ in die Stadtgeschichtsschrei-

59 Hermann Kügler, „Vorgeschichte und Volkskunde“, in: *Brandenburgia*, 39 (1930), S. 33–36, hier S. 34.

60 Faden, *Berlin im Dreißigjährigen Kriege*, XIII.

61 Faden, „Berlin im Dreißigjährigen Kriege“, S. 50.



bung.<sup>62</sup> Hermann Kügler, der in den 1920er Jahren alle Stufen des Vorstandes des Vereins für die Geschichte Berlins durchlief, bis er 1928 den Vorsitz antrat, war ihr fleißiger Vertreter. Er warb unaufhörlich für diese seine „hohe Wissenschaft“, die „die Erforschung der Volksseele“ zum Ziel habe und aus der Überzeugung lebte, „dass bei der Zerrissenheit unseres Vaterlandes hier ein Weg beschritten wird, der zur Volksgemeinschaft führt.“<sup>63</sup> Doch auch unter Historikern waren Fragen nach der stammesmäßigen Herkunft und Mischung der Berliner so selbstverständlich, dass der Landeshistoriker Johannes Schultze (1881–1976) noch 1960 schrieb, dass sich bestimmte Einwanderer im 18. Jh. „nicht mit der einheimischen Bevölkerung vermischten und sich blutmäßig gesondert hielten“ – um sich anschließend über die „idiotische Randbemerkung“ vom Verlagslektor aufzuregen, der diese Passage als „nazistisches Gedankengut“ streichen wollte.<sup>64</sup> Ein Gemeinplatz war es in den 1920er Jahren allemal, das „warme Mischblut der Großstadt“ (Lasch) in die Analyse einzubeziehen, die unterschiedlichen Volkstypen zu klassifizieren und den volkstümlichen Charakter der eigenen Wissenschaft zu beschwören.

## Kontroversen in der stadthistorischen Forschung

Auch wenn alle mit der Berliner Stadtgeschichte beschäftigten Wissenschaftler diesem Diskurs verhaftet waren und eine grundsätzliche Einigkeit über zulässige Argumentationslinien, zentrale Kategorien und verfolgte Leitfragen bestand, so wurden in Fachdebatten natürlich sehr unterschiedliche Meinungen vertreten. Zwei dieser Streitfragen sollen hier näher skizziert werden, wobei sie für den Zweck der Diskursanalyse nicht in ihrer ganzen fachlichen Breite wiedergegeben werden können. Das erste Dauerthema in der Berliner Geschichtsforschung betraf die in Nebel gehüllten Wurzeln Berlins und Cöllns (deutsch oder slawisch?) und das zweite den Volkscharakter der Großstadt („degeneriertes Mischblut“ oder doch „deutsch“?).

Die Debatte um die Ursprünge der Doppelstadt Berlin-Cölln – die Königsfrage der Berliner Stadtgeschichte – lebte seit jeher von den fehlenden Gründungsurkunden.<sup>65</sup> Bekanntlich wurde Cölln 1237 erstmals urkundlich erwähnt, Berlin 1244. In der Berliner Öffentlichkeit kursierten die wildesten Theorien, von denen das altradierte Gerücht über ein slawisches Fischerdorf, aus dem Berlin hervorgegangen sei, bis heute das bekannteste ist. Nachdem Adolf Streckfuß seine populäre Berliner Geschichte 1864 „Vom Fischerdorf zur Weltstadt“ überschrieb, hatte sich der Mythos endgültig festgesetzt.<sup>66</sup> Die neue, volkspädagogisch ambitionierte Wissenschaftlergeneration musste nunmehr gegen diese hartnäckige Legende ankämpfen, denn die Stadthistoriographie hatte sich seit längerem auf den Gründungszeitpunkt „um 1230“ für die *Stadt* Berlin geeinigt. Strittig war aber, was sich *vor* diesem Zeitpunkt am Orte befunden hatte (und wo also die wichtigen „Wurzeln“ der Stadt hinführten):

---

62 Faden und Zornemann, „Dr. Hermann Kügler“, S. 62.

63 Kügler, „Volkskunde, besonders in der Großstadt, und höhere Schule“, in: *Zeitschrift für Deutschlandkunde* 41 (1927), 305–312. Zitate S. 306, 307, 308 und 311.

64 Johannes Schultze, *Meine Erinnerungen* (Berlin, 1976, Selbstverlag), S. 77.

65 Einen neueren Überblick gibt Wolfgang Fritze, *Gründungsstadt Berlin. Die Anfänge von Berlin-Cölln als Forschungsproblem* (Berlin, 2000).

66 Adolf Streckfuß, *500 Jahre Berliner Geschichte Vom Fischerdorf zur Weltstadt*. Bd. 1–4 (Berlin, 1864).

eine slawische Fischersiedlung, wie die Überlieferung wollte, ein deutsches Dorf, wie vorgehichtlich informierte Heimatkundler behaupteten, oder gar nichts, eine auf Urkundenforschung gestützte These, mit der Ernst Kaeber 1925 die Debatte neu entfachte.

In seinem Aufsatz übte Kaeber unverblümt Kritik an den Methoden und Ideen einiger älterer Vertreter der märkischen Siedlungsgeschichte.<sup>67</sup> Seine Kontrahenten reagierten umgehend im antimodernen Heimatblatt *Brandenburgia*, und aus der Auseinandersetzung wurde ein offener Streit um die Grenzen des lokalhistorischen Fachdiskurses. Kaeber versuchte, seinen Gegner Robert Mielke (1863–1935), den völkisch inspirierten Heimatschutzbündler<sup>68</sup>, aus der seriösen Wissenschaft auszuschließen, indem ihm dessen „Phantasien“ kaum der Erwähnung wert schienen. Die Ansichten des renommierten Vorgeschichtlers Albert Kiekebusch nahm er dagegen auf mehreren Seiten sorgfältig auseinander, und akzeptierte ihn somit trotz der Meinungsunterschiede als vollwertiges Mitglied der Fachgemeinschaft.

In den Reaktionen wiederholte Mielke, dem „die Gefahren einer Blutverschlechterung durch Vermischung mit ungeeigneten Elementen“<sup>69</sup> vor dem geistigen Auge schwebten, und der meinte, dass „nationale Kultur nur auf rassischem Boden entstehen kann“, seine Auffassung von einer Jahrhunderte langen deutschen „Siedlungskonstanz“ im Berliner Raum.<sup>70</sup> Sogar die slawischen Bewohner treten bei ihm als assimilierte „Germano-Slawen“ auf. Der direkten Auseinandersetzung mit Kaeber wich Mielke aus. Kiekebusch dagegen verteidigte zwar zunächst seinen Freund Mielke, konnte ihn aber kaum in die wissenschaftliche Arena zurückholen mit der Würdigung, „dass Mielke Jahrzehnte hindurch auf zahlreiche Fahrten (...) eine solche Fülle von Beobachtungen gesammelt hat, dass wir alle – und auch alle Historiker – daraus reichen Nutzen ziehen können“. Daraufhin aber bestätigte Kiekebusch vielmehr die Fachgemeinschaft in Kaebers Sinne: „Wir werden vermutlich heute nicht zum letzten Male die Klagen kreuzen. Nie aber, wenn wir es getan, und wenn wir es tun, wollen wir vergessen, dass wir beide im Dienste der gleichen Sache unsere Arbeit leisten.“<sup>71</sup> Worauf er Kaebers Angriff präzise abwehrte und auf seiner These der Existenz eines deutschen Dorfes beharrte, das „um 1230“ zur Stadt wurde.

Niemand bestritt also die deutschen Wurzeln Berlins – ob sie nun zur urgermanischen Vorgeschichte (Mielke), zu einem frühen deutschen Dorf im Mittelalter (Kiekebusch) oder eben nicht weiter als zur deutschen Städtegründung selbst führten (Kaeber). Insofern konnte sich das zur 700-Jahr-Feier propagierte Bild eines deutschen Berlin auf den wissenschaftlichen Forschungsstand stützen. Die wirkliche Streitfrage war indes eine andere, und Kaeber

---

67 Ernst Kaeber, „Die Gründung Berlins und Cöllns“ in: Vogel, *Ernst Kaeber*, S. 1–26, hier S. 1.

68 Robert Mielke, „Meine Beziehungen zu Ernst Rudorff und die Gründung des Bundes Heimatschutz“, *Brandenburgia* 36 (1927), S. 1–16.

69 „Denn darüber sind sich heute alle ernstesten Forscher einig, dass eine für die Menschheit fruchtbare Kultur – nicht zu verwechseln mit äußerlicher Zivilisation! – abhängig ist von der Reinhaltung des Blutes – bei allen Völkern.“ (Robert Mielke, Rezension der Zeitschrift „Volk und Rasse“, *Brandenburgia* 39 (1930), S. 155f.)

70 Robert Mielke, „Die Entstehung von Berlin-Cölln im Lichte der historischen Siedlungskunde“, *Brandenburgia* 35 (1926), 1–24.

71 Kaeber hatte seinen Aufsatz dem „Kollegen und Mitstreiter“ Kiekebusch mit den Worten „amicus mihi K.; magis amicus veritas“ gewidmet, und Kiekebusch nahm die Geste an: „Diese Gesinnung weiß ich zu schätzen. Ich freue mich ihrer und erwidere sie von ganzen Herzen.“ (Albert Kiekebusch, „Die Gründung Berlins. Stellungnahme zu dem Aufsatz Dr. Kaebers“, *Brandenburgia* 35 (1926), 33–46, hier S. 34 und 46.)

hatte keine gute Karten, sie für sich zu entscheiden. Sie betraf die zugelassenen Methoden der historischen Wissenschaft. Der Hintze-Schüler Kaeber hatte hier zwei Vertreter der aufstrebenden Volksgeschichte herausgefordert, die „unmöglich heute noch das Problem der Entstehung eines Ortes von dem engen Bezirk *einer* Wissenschaft lösen“ wollten.<sup>72</sup> Und bei der äußerst lückenhaften Quellenlage im Falle Berlins erschien jene interdisziplinäre Siedlungskunde umso überzeugender, weil sie Erkenntnisse der Bodenkunde, Vorgeschichte, Siedlungsarchäologie und Sprachforschung integrierte. Kaeber konnte sich auf dem Boden dieses Diskurses nicht mit seiner Ansicht durchsetzen, „dass geologische, siedlungsarchäologische und volkswissenschaftliche Untersuchungsergebnisse sich mit dem m.E. eine größere Sicherheit gewährenden urkundlichen Quellenmaterial vereinbaren lassen müssen.“<sup>73</sup> In der Volksgeschichte galten diese interdisziplinären Erneuerungen nicht im Sinne Kaebers als unprofessionell, sondern vielmehr als wissenschaftlich zukunftsweisend.

Ihre Brisanz verlieh der Entstehungskontroverse die zweite laufende Diskussion, nämlich die um die Herkunft und in radikaler Form auch um die „Reinheit“ der Berliner Bevölkerung. Hintergrund war die oben umrissene Vorstellung einer organischen Volksgemeinschaft, die sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt habe und sich „biographisch“ beschreiben lasse. Stadthistoriker beteiligten sich vielfach an der in einer breiteren Öffentlichkeit ausgetragenen Debatte, wenn es darum ging, aus vergangener Bevölkerungszusammensetzung und Zuwanderung Rückschlüsse auf die völkische Verfasstheit der Großstadt zu ziehen. Dabei trennten die Verteidiger des „Berlinertums“ keine *grundsätzlichen* Ansichten von ihren Gegnern, die Berlin seit jeher als „ungeheure völkische Umschmelzung“ denunzierten. Solche Argumentationen wurden von allen als stichhaltig empfunden. Um den Ruf Berlins zu retten, hatte ein Hinweis auf die Pluralität als etwaige Stärke der Metropole keine Kraft. Es musste auf der gleichen Diskussionsebene die sachliche Unrichtigkeit des Angriffs bewiesen werden.

Dazu gab es im Prinzip zwei Möglichkeiten. Erstens konnte man eingestehen, dass es in Berlin viele „verdorbene“ Volkselemente gab, um diese dann vom vermeintlichen „Typus des echten Berliners“ abzugrenzen. Hermann Kügler beschritt diesen Weg, als er sich nach 1933 erneut von den bekannten Kritikern umstellt sah, die abwertend behaupteten, „aus aller Welt sei hier Blut zusammengeströmt“ und die Stadt „stoße die langsamen, ruhigen, besinnlichen Menschen ab und locke aus aller Welt die raschen, intellektuellen, beweglichen Individuen an; daher komme der starke Prozentsatz der Juden, dieser typischen, naturfremden, intellektualistischen Großstadtmenschen, die in der Provinz schon als ‚Berliner‘ schlechthin gelten“. Solche Angriffe trafen allesamt ihr Ziel, und Kügler versuchte deshalb eine zentrale Differenzierung: Dies alles betreffe „meist nicht eigentlich das ‚Volk‘ als solches“, sondern man rede hier „doch mehr von den Zugewanderten, den im öffentlichen Leben auffallenden Bewohnern Berlins.“ Wer also „den echten Berliner finden will, der darf weder in den Stadtgegenden suchen, die für den Fremdenverkehr bestimmt sind, noch in ‚Salons‘, noch in feinen Hotels.“<sup>74</sup> Schon zehn Jahre zuvor hatte Kügler zu den „wichtigsten Ergebnissen“ der

---

72 Mielke, „Die Entstehung“, S. 4. Vgl. Albert Kiekebusch, „Die ‚Inseln‘ Berlin und Cölln. Ein siedlungsarchäologischer Beitrag zur Frage der Gründung Berlins, *Brandenburgia* 36 (1927), S. 97–110.

73 LA, A Rep. 021-02, 38, Kaeber an Kiekebusch, 28.1.26; Oberkrome, *Volksgeschichte*.

74 Kügler, „Die Berliner“, S. 126ff. und 133. Hiermit grenzte Kügler sich zugleich von der endlich überwundenen „Systemzeit“ ab: „Es gab zur Zeit der Geldentwertung ein böses Wort, wonach Berlin schon

„Volkskunde der Großstadt“ die Erkenntnis gerechnet, dass „unsere Massen trotz ihres Anteils an unseren hohen Kulturwerten in ihrer primitiven Denkart mit der primitiver Völker ganz und gar übereinstimmen.“<sup>75</sup> Damit hatte Kügler das Unheil abgewendet, denn die angeklagten „Intellektuellen, Beweglichen‘ machen ja gar nicht die echten Berliner aus! Man sieht die Schale, aber nicht den Kern! Jenen gilt mit recht der Spott und der Zorn von Josef Goebbels, nicht dem unsnobbitischen, anständigen, gebildeten Bürgertum, den von jenen durch schlechtes Beispiel verführten Arbeitern, Handwerkern, Kleinbürgern.“<sup>76</sup>

Auf dem zweiten möglichen Weg zur Ehrenrettung Berlins versuchte man, den Degenerationstheoretikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man mit Lasch behauptete, dass das Blut der Berliner Bevölkerung gar nicht so „gemischt“ sei wie oft angenommen. Kaum ein Berlin-Historiker, der nicht einmal Fontanes bekanntes Urteil über die französische Einwanderung in diesem Sinne „blutsmäßig“ umdeutete: „Die Puritaner, die damals einzogen, konnten dem Typus des Berliners nichts geben.“<sup>77</sup> Auch in dieser Debatte spielte Ernst Kaeber eine Hauptrolle, weil er 1934 seine Bearbeitung des Berliner Bürgerbuches von 1701–1750 publizierte. Er konnte darin endlich alle Zweifel über massive nicht-deutsche Einwanderung und „Vermischung“ der Bevölkerung zerstreuen: „Ein starker Einschub märkisch-bäuerlichen Blutes, mit dem das Blut vieler, dem flachen Lande noch verbundener kleinstädtischer Einwanderer fast im gleichen Takt schlug, ist charakteristisch für das bürgerliche Berlin des 18. Jahrhunderts“. Eine weitere „Voraussetzung für die Entstehung des Berlinertums“ habe darin gelegen, dass dieser „märkisch-berlinische Grundstock durch den starken Einschlag sächsischen Blutes schon seit dem 16. Jahrhundert etwas leichter und lockerer wurde.“ Die Schlussfolgerung konnte in Hinblick auf diese für die Stadt so wichtige Periode also nur lauten: Berlin war „eine rein deutsche Stadt.“<sup>78</sup> Kaebers gemäßigte Ergebnisse wurden 1934 öffentlich gefeiert und vor allem von solchen „Mitstreitern“ dankbar angenommen, die sie in nationalsozialistischem Sinne fortinterpretieren konnten.<sup>79</sup>

In diesem Zusammenhang bedeutete der Aufstieg des Nationalsozialismus keine größere Zäsur, denn völkische Fachfragen wurden bereits vor der „Machtergreifung“ von der lokalen Wissenschaft im Sinne einer „Rettung“ Berlins (Faden) beantwortet. Obwohl nach 1930 die politischen Implikationen der wissenschaftlichen Standpunkte immer deutlicher sichtbar wurden und obwohl nach 1933 auch die Zunft im Sinne der Nazis, „gleichzuschalten“ war, konnte sich die nationalsozialistische Stadtverwaltung auf diese Disziplin und ihre Forschungsergebnisse aus den 1920er Jahren verlassen, um ihr „braunes“ Bild der Stadtgeschichte zur 700-Jahr-Feier 1937 wissenschaftlich zu untermauern.

---

in Asien liege und es keine echten Berliner mehr gebe.“ Doch auf den bekannten Plätzen sei gar „kein echtes Berliner Volkstum zu sehen“, und außerdem sah man hier „die Menschen einer grausigen Zeit, die nichts typisch berlinisches an sich hatte, sondern ganz Deutschland seelisch verödete – nur dass sie aus der Reichshauptstadt Berlin am grellsten hervorstrahlte, weil sich aller Augen im Reich mehr als sonst auf sie richteten.“ (Ebd., 127.)

75 Kügler, „Volkskunde der Großstadt“, S. 309.

76 Kügler, „Die Berliner“, S. 128.

77 Kügler, „Die Berliner“, S. 130; Lasch, *Berlinisch*, S. 13f. Etwas zurückhaltender: Ernst Kaeber, *Die Bürgerbücher und die Bürgerprotokollbücher Berlins von 1701–1750* (Berlin, 1934), S. 124ff.\*.

78 Kaeber, *Die Bürgerbücher*, S. 122\*, vgl. weiter S. 120\*–126.

79 Ernst Kaeber, Vom Werden des Berlinertums, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 21.10.1934; Eberhard Faden und Wilhelm Treue, „Sammelbericht. Zur Geschichte der Reichshauptstadt Berlin“, *Vierteljahrsschriften für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 31 (1938), S. 183–188, bes. S. 185.

### 3. Durchsetzung der „braunen“ Version der Stadtgeschichte

Auch wenn die lokale Historikerzunft mit geteilter Kraft daran ging, „falsche“ Legenden zu zerstören und die feste Verwurzelung Berlins in der deutschen Geschichte nachzuweisen, so konnte innerhalb dieses Rahmens die „Biographie“ der Stadt sehr wohl unterschiedlich gestaltet werden. Die antimodernen Heimatvereine standen mit ihren völkischen Erzählungen am einen Ende des narrativen Spektrums, dessen breite Mitte von preußisch-patriotischen Entwürfen besetzt wurde, die die Kurfürsten und Könige zu den Gestaltern der Stadtgeschichte beförderten. Schließlich versuchten einige am anderen Pol eine bürgerlich-republikanische Geschichte Berlins zu schreiben, in der städtische Autonomie und der mittelalterliche Bürgerrat heroisiert wurden. Zwischen Vertretern der verschiedenen Interpretationen bestanden lebhaft Diskussionen, beispielsweise an Vortragsabenden des Vereins für die Geschichte Berlins. Man verstand sich trotz auseinander laufender Entwürfe als „Mitstreiter“ im Dienste einer linearen Vermehrung des Wissens um die Stadtgeschichte.

Obwohl die „Machtergreifung“ zunächst inhaltlich keinen größeren Einfluss auf diesen stadthistorischen Diskurs hatte, änderte sich durch sie das Klima in der Zunft doch erheblich. Abweichende politische Meinungen, vorher kaum thematisiert, wurden rasch problematisch. Zwar konnten sich die meisten Stadthistoriker in der neuen Situation zurechtfinden und sich von der deutschen „Wiederauferstehung“ Vorteile für die eigene Geschichtsarbeit erhoffen. Einige empfanden das Jahr 1933 als den verheißungsvollen Beginn einer großen Zukunft und traten der NSDAP bei. Für einige wenige jedoch bedeutete die Nazi-Herrschaft den Ausschluss aus der Wissenschaft und später auch aus der „Volksgemeinschaft“.

In den Jahren zwischen 1933 und 1937 ging es mit der relativen Pluralität der Meinungen zu Ende. Im Vorfeld der 700-Jahr-Feier wurde eine „braune“ Erzählung der Stadtgeschichte durchgesetzt, die zum Stadtjubiläum vom dominierenden zum alleinigen Narrativ zur Geschichte der Reichshauptstadt wurde. Während dieses Prozesses integrierte sich der größte Teil der städtischen Historikerzunft in den Nationalsozialismus. Manche Historiker nahmen nach 1933 einen steilen Aufstieg, andere traten zurück. Zu den Letzteren zählte Ernst Kaerber, denn die Entfernung des demokratischen Stadtarchivars war eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung der „braunen“ Erzählung der Stadtgeschichte. Ausgerechnet die Festschrift zur 700-Jahr-Feier wurde Kaebers persönliches Waterloo. Als mit ihm 1937 der letzte Vertreter einer alternativen Sicht aus dem Weg geräumt worden war, konnte zum Fest eine weitgehend homogenisierte Berliner Geschichte verbreitet werden.

## Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung

Die „Machtergreifung“ bedeutete für eine Reihe Berliner Stadtforscher die ersehnte Befreiung vom Weimarer „System“. Sie sahen in ihr den Anfang einer „Wiederauferstehung“ des Volkes und seiner stolzen Reichshauptstadt. Mit der „undeutschen“ Republik hatten sich die meisten nie anfreunden können. Viele erhofften sich nun die Erfüllung romantischer Heimatträume, einen Aufstieg der Vaterstadt zu neuer Glorie und das Zusammenwachsen der gespaltenen Berliner Gesellschaft zur „Volksgemeinschaft“. Die Mehrheit der Stadthistoriker fand deshalb bald Anschluss an die neuen Machtverhältnisse. Für die einen war dafür ein expliziter Sinneswandel erforderlich, die anderen konnten sich ohne größere Umstellung in das Dritte Reich integrieren. Nur für eine Minderheit bedeutete es eine direkte Bedrohung.

Ein Wissenschaftler aus dem lokalhistorischen Geschichtsdiskurs konnte sich nach 1933 in besonderer Weise emporarbeiten: Willy Hoppe. Der märkische Landeshistoriker der Friedrich-Wilhelms-Universität war seit Januar 1932 Mitglied der NSDAP.<sup>80</sup> Sein Wirkungsfeld verlagerte sich nach 1933 rasch auf die nationale Ebene, wo er sich als hervorragender Organisator für die Wissenschaftspolitik des Dritten Reiches einzusetzen vermochte. Aufgrund seines „rückhaltlosen“ Bekenntnisses zum neuen Staat<sup>81</sup> ging es mit seiner Laufbahn bald steil aufwärts. Hoppe wurde 1935 Ordinarius für märkische Landesgeschichte, im gleichen Jahr Geschäftsführer der Historischen Reichskommission (um diese umgehend aufzulösen), saß im Beirat des Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands, war als Generaldirektor der preußischen Archive im Gespräch und übernahm dann 1937, als Kompromisskandidat, in Berlin das Rektorat der größten Universität Deutschlands. In dieser Stellung war er „so etwas wie oberster deutscher Hochschullehrer“.<sup>82</sup> Er trat etwa vor den vollzählig anwesenden deutschen Hochschulrektoren bei der Gründung der Reichsuniversität Posen 1941 auf und beteiligte sich am „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“.<sup>83</sup>

Auch in dieser exponierten Position widmete sich Hoppe der Landesgeschichte und der Heimatforschung. Er hatte am 6. September 1933 den Vorsitz des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine übernommen, dem alle deutschen Heimatvereine

---

80 Ba, BDC 3100, I0061, 2100 und J0067, 1420.

81 Willy Hoppe, „An die dem Gesamtverein angeschlossenen Vereine und Institute!“, *MVGB* 50 (1933), 4, S. 143f., hier S. 143.

82 Heiber, *Universität* II, 1, S. 104. Vgl. ders., *Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte Deutschlands* (Stuttgart, 1966); Schönwalder, *Historiker*, S. 82f.; Willy Hoppe u.a., *Reden zur feierlichen Einführung des Rektors der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 1. Dezember 1937* (Berlin, 1937).

83 In Posen verkündete Hoppe u.a.: „Von Königsberg und Danzig bis Wien und Prag säumt nun eine stattliche Reihe von Bastionen der Wissenschaft unsere Grenzlande. Als ein starker unzerstörbarer Warturm steht fortan Posen in den weiten Gefilden des Ostens. Erbaut in den Stürmen eines Krieges von unermesslichem Ausmaß, berufen, späteren Geschlechtern ein Wahrzeichen zu sein jener unbeirrbaren und zähen Kraft, die der Führer in uns wachrief und wir durch beispiellose Taten immer wieder erneuern.“ (Reichsuniversität Posen (Hg.), *Die Gründung der Reichsuniversität Posen am Geburtstag des Führers 1941. Reden bei dem Staatsakt zur Eröffnung am 27. April 1941* (Posen, 1941)). Zum „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“: Personalakte Hoppe BA, BDC, RFR, Eintrag Juli 1942. Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, und Haar, *Geschichtswissenschaft*. Hoppes Werdegang im Nationalsozialismus ist bislang so gut wie unerforscht geblieben. In den Debatten um die Historiker im Nationalsozialismus blieb er nahezu unbeachtet, weil seine wissenschaftlichen Leistungen so bescheiden sind.

angeschlossen waren.<sup>84</sup> In dieser Funktion war es Hoppes Aufgabe, die Gleichschaltung der deutschen Geschichtsvereine durchzuführen. Zwei Wochen nach seinem Antritt unterrichtete er in einem Rundschreiben, dass der Gesamtverein „seine Aufgabe in dem Dritten Reich nur dann erfüllen kann (...), wenn alle seine Glieder sich unbedingt die Forderungen Adolf Hitlers an die Geschichtswissenschaft zu eigen machen.“ Demnach müsse jeder Forscher der „heiligen Verpflichtung“ nachkommen, „nicht im Arbeitszimmer des Gelehrten“ zu verharren, sondern „alle Schichten unseres Volkes aufzuklären über die Bedeutung der geschichtlichen Vorgänge.“ Gerade die Landesgeschichte sei hierzu geeignet, „denn nirgends offenbart sich geschichtliches Leben leichter als in Bezug auf den Boden, auf dem dieses Leben wächst.“ Neben solchen Ausführungen um die Begriffe „Volkstum, Siedlung, Heimat“ beinhaltete das Rundschreiben die Anordnung des „Führerprinzips“: In allen Vereinen sei „die Führung so umzugestalten, dass vollauf Gewähr für ein Arbeiten im Sinne des neuen Deutschland gegeben ist. Wahlen unterbleiben. Der als Führer Bestellte bestimmt den ihm zur Seite stehenden Rat selbst.“ Abschließend wiederholte Hoppe noch einmal: „Wir forschen nicht um des Forschens willen! Alles für Deutschland, nur für Deutschland: in dieser Gesinnung reihen wir uns ein in das Arbeitstheater, das an dem neuen Deutschland baut.“<sup>85</sup>

Diese Leitbilder bedeuteten im Umfeld der ländlichen, antimodernen Heimatvereine oft keine größere Kursänderung. Und auch im Berliner Geschichtsdiskurs waren viele der von Hoppe genannten Ziele bereits in den 1920er Jahren formuliert worden. Gleichwohl bedeutete die Gleichschaltung für (groß)städtische Geschichtsvereine eine größere Bedrohung als für die Provinz. Immerhin hatte es in Berlin eine relative Pluralität in der lokalen Forschung gegeben, in der auch Vertreter alternativer Ansätze ihren Platz hatten. Und um den Berliner Geschichtsverein hatte sich gerade die Stadtgeschichte von jener Landesgeschichte emanzipiert, die nun wieder als höchstes Ziel der Lokalforschung galt.

Der Berliner Geschichtsverein empfing Hoppes Rundschreiben also von einem seiner Mitglieder, das im „neuen Deutschland“ zu einer höheren Berufung gefunden hatte. Wie wurde es in Berlin aufgenommen und umgesetzt? Zunächst einmal galt es ganz praktisch, die Organisationsstruktur umzuwandeln. Personeller Veränderungen bedurfte es dazu nicht, denn Hoppe hatte den bisherigen Vorsitzenden Hermann Kügler zum „Führer“ bestellt. Kügler bestätigte drei Wochen nach Eingang des Schreibens den bisherigen Vorstand als seinen „Führerrat“ und nahm zu diesem Zweck einige „kleinere stilistische“ Satzungsänderungen vor. Doch auch darüber hinaus, so fasste Schriftwart Ernst Kaeber später zusammen, stand „das Jahr für unseren Verein unter dem überwältigenden Eindruck der nationalsozia-

---

84 Die radikalnationalistische und deutschvölkische Dachorganisation lebte vor allem von ihren Jahrestagungen, die sie seit 1920 mit Vorliebe in Städten abhielt, „die für die Grenzgestaltung des Reiches und die Erhaltung des Deutschtums und des deutschen Gedankens besonders maßgebend gewesen sind.“ Der Gesamtverein betrachtete es laut seinem Vorsitzenden Georg Wolfram in Danzig 1928 als seine Aufgabe, „mit der Waffe der Wissenschaft jedem entgegenzutreten, der es wagt, dieses Deutschtum in Frage zu stellen oder gar zu vernichten.“ (*Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine* 77 (1929), Nr. 1–3, S. 4). In Königsberg löste Hoppe 1933 per Akklamation den 75-jährigen Wolfram ab. Er „erklärte, daß er als Nationalsozialist an diese Stelle gekommen sei, und er wolle auch als Nationalsozialist den Gesamtverein leiten und das zu verwirklichen suchen, was der Führer zu fordern nicht müde geworden sei. (...) Man müsse den deutschen Osten hineinragen in das Arbeitsgebiet des Gesamtvereins.“ (Ebd., 81 (1933), Heft 3, S. 186ff.)

85 Willy Hoppe, „An die dem Gesamtverein angeschlossenen Vereine!“, *MVGB* 50 (1933), 4, S. 143f.

listischen Revolution. Seinem ganzen Wesen und seiner bisherigen Arbeit nach konnte er sich ohne innere Schwierigkeiten in den neuen Staat einordnen, an dessen Aufbau mitzuarbeiten seine ebenso schöne wie verantwortungsvolle Aufgabe ist.“<sup>86</sup> So bereitete die Gleichschaltung dem Verein keinerlei Schwierigkeiten; man erwartete, auf dem bewährten Weg voranschreiten zu können. Die Anregung eines Mitglieds, der zeitgemäß „für eine volkstümlichere Gestaltung“ der Vereinszeitschrift eintrat, wurde von Kügler allerdings zurückgewiesen. Der Vereinsführer „warnte vor einem Rückfall in frühere Zustände und betonte, dass gerade auch die seit zwölf Jahren erreichte beachtliche Höhe der Zeitschrift dem Verein zu Ansehen verholfen hätte.“<sup>87</sup> Die geleistete Professionalisierung ließ sich der Verein nicht nehmen; sie stand nach Ansicht seines Führers auch nicht im Gegensatz zur Volkstümlichkeit.

Kügler blieb die gesamte nationalsozialistische Zeit „Vereinsführer“ und erlebte in den 1930er Jahren den Höhepunkt seines Wirkens. Hatte er als Volkskundler in den frühen 1920er Jahren noch einen schweren Stand gehabt, so galt Kügler in den 1930ern als unumstrittener und angesehener Leiter des Vereins. 1938 blickte er auf seine zehnjährige Amtszeit als Vorsitzender zurück, in der es immer sein Bestreben gewesen sei, „den Verein aus dem bei den meisten heimatkundlichen Vereinen in der Vergangenheit vorhandenen Dilettantismus herauszuführen, seine Zeitschrift auf wissenschaftliche Grundlage zu stellen und in seinen Vorträgen wissenschaftliche Forschungen gemeinverständlich den Berlinern vorzuführen.“<sup>88</sup> Für ihn überwogen die Kontinuitäten über 1933 hinaus, auch wenn Ernst Kaerber inzwischen aus politischen Gründen aus dem Vorstand ausgetreten war und der Parteigenosse Eberhard Faden 1934 den stellvertretenden Vorsitz übernommen hatte. Kügler selbst war im nationalsozialistischen Lehrerbund, der NSDAP aber trat er nie bei.<sup>89</sup> Trotzdem stand der Vereinsführer voller Überzeugung für das Dritte Reich ein. „Es ist eine andere als jene bößartige Zeit“<sup>90</sup>, witzelte er 1938 mit Verweis auf Gustav Böß, den Oberbürgermeister der „Systemzeit“. Dem Stil der Zeit entsprechend, zitierte er regelmäßig Hitler- und Goebbelsreden.<sup>91</sup> Zudem pflegte Kügler einen guten Draht zur NS-Stadtverwaltung: Es gelang ihm 1937, Julius Lippert zum Schirmherren des Geschichtsvereins zu machen. Zu Küglers 50. Geburtstag im Juli 1939 schenkte ihm „ein kleiner Kreis“ seiner „engeren Freunde innerhalb des Vereins“ eine „literarische Geburtstagsausgabe“. Die kleine Festschrift zeugt von Küglers Popularität und von der veränderten Zusammensetzung des führenden Kreises der Stadthistoriographie.<sup>92</sup> Selber baute Kügler seine volkskundlichen Studien zum Berliner Volkstum weiter aus: In zahlreichen Vorträgen und Zeitungsaufsätzen wies er immer wieder nach, dass „der wendische Einschlag (...) für Berlin nur unerheblich“ gewesen war, und

---

86 „Bericht über die ordentliche Hauptversammlung am 27. Januar“, *MVGB* 51 (1934), Heft 1, S. 29.

87 Ebd., 30.

88 *MVGB* 55 (1938), Heft 1, S. 28.

89 Die gleiche Haltung findet man beim völkischen Heimatforscher Robert Mielke, der 1934 Ehrenmitglied des Geschichtsvereins wurde. BA, BDC 3200, M0034 u. O0079.

90 *MVGB* 55 (1938), Heft 1, S. 29.

91 So z.B. im *Beiblatt zur ZVGB* 7 (1937), Heft 4, S. 14.

92 Es fehlte Ernst Kaerber – vielleicht meinten ihn die Herausgeber mit der Bemerkung, dass „einige Freunde“ leider „aus zwingenden Gründen an der Teilnahme verhindert“ waren? Vgl. Felix Hasselberg und Hans Winter (Hg.), *Beiträge zur Geschichte Berlins. Hermann Kügler zum fünfzigsten Geburtstage am 18. Juli 1939 dargebracht von einigen Freunden aus dem Verein für die Geschichte Berlins* (Berlin, 1939, Selbstverlag).



dass auch „der Einfluss der französischen Refugiés auf die Gestaltung des Berlinertums“ „stark überschätzt“ werde. Seine Forschungen kulminierten 1937 in einem „vielbeachteten“ Beitrag zum Sammelwerk *Der deutsche Volkscharakter*, dessen Auffassungen sich jedoch lediglich durch einen schärferen Antisemitismus gegenüber früheren Publikationen unterschieden.<sup>93</sup>

Während Kügler einen NSDAP-Beitritt und einen größeren Sinneswandel nicht für nötig hielt, um auch im Dritten Reich führend in der Stadtgeschichtsforschung tätig sein zu können, war dies bei Eberhard Faden sehr wohl der Fall. In den 1920ern war Faden derjenige, der sich als deutschpreußischer Patriot am stärksten über die „lächerliche Verunglimpfung Berlins als halbslawisch“ aufgeregt hatte.<sup>94</sup> Vom Nationalsozialismus erhoffte er die Rückgewinnung des Berliner Stolzes. Er wechselte im Mai 1933 von der DVP in die NSDAP und verheimlichte nicht seine Dankbarkeit: „Berlin ist endlich Gemeinschaft und Heimat geworden“, schrieb er 1935 in einer Rezension zu Walter Franks „Adolf Stoecker“. „Die Berliner Generation aber, die die letzten 25 Jahre mit Bewußtsein erlebt hat, wird dem Buche für viele schmerzliche wie heilsame Erinnerungen an die eigene politische Wandlung dank wissen.“<sup>95</sup> Diese „eigene politische Wandlung“ war bei Faden eine vollkommene. Zwar hatte er in den letzten Jahren der Republik nicht mehr viel Zeit in die Berliner Geschichtsforschung investiert, weil ihn die Arbeit am Gymnasium und an der „Prüfstelle für Geschichtslehrbücher der höheren Schulen“ beim Kultusministerium in Anspruch nahm. Zudem schrieb er 1936 ein Büchlein über „den Weltfrieden gegen das deutsche Volk“ und wurde in der lokalen NSDAP aktiv.<sup>96</sup> Bald schlüpfte er aber wieder in seine Rolle als strenger Wächter der Berliner Geschichte. Wiederholt schrieb er an den *Völkischen Beobachter*, sein Parteiblatt „wenn auch erst seit 1933“, um auf Fehler in Aufsätzen über Berlin hinzuweisen, die „sehr oft von längst überholten alten Büchern ausgehen. Aber das scheint eiserne Überlieferung zu sein (...). Es ist nicht angenehm, für die Geschichte Berlins zu arbeiten, und dann zu erleben, dass solche Arbeit völlig oder fast völlig unwirksam bleibt.“<sup>97</sup> Das größte Übel waren für Faden die „Legenden“ über Berlins Ursprung. Einen Monat vor der 700-Jahr-Feier beschwerte er sich, „dass der Völkische Beobachter bis jetzt drei verschiedene Angaben über Berlins Gründung veröffentlicht hat, am letzten Sonntag in der Bilderbeilage das Fischerdorf (!), früher den Tempelorden, und noch vorher die richtige: Gründung durch den Landesherrn.“<sup>98</sup> Solches Engagement entsprach Fadens früherem Kampf gegen Legenden und Verunglimpfungen.

Besonders deutlich wird Fadens Hinwendung zum Nationalsozialismus im Zusammenhang mit der Zerstörung des „alten Berlin“, die er in der „Systemzeit“ noch lautstark beklagt hatte. Jetzt konnte er sich für die nationalsozialistischen Umbaupläne der Reichshauptstadt, die doch auch auf Kosten der alten Stadtstruktur gingen, plötzlich begeistern. In der Festschrift für Kügler versah er Speers Gestaltung der Ost-West-Achse mit einer historischen

---

93 *Beiblatt zur ZVGB* 8 (1938), Heft 1, S. 2f.; Kügler, „Die Berliner“.

94 Notiz Faden „Entwurf Damals“ 1937, NL Faden, ALVMB, B 15.

95 *MGVB* 52 (1935), S. 108f. Ebenso lobend besprach er später Lipperts Erinnerungen an den „Kampf um Berlin“. MS zu Lipperts *Im Strom der Zeit* im NL Faden, ALVMB, B 15.

96 BA, BDC 3100, G0095, 0856. Vgl. Eberhard Faden, *Der Weltfriede gegen das deutsche Volk – Versailles und Saint Germain: Des Weltkrieges zweiter Teil: 1919–1935* (Breslau, 1936).

97 NL Faden, ALVMB, B 15, Schreiben Faden an VB, 5.8.35.

98 NL Faden, ALVMB, B 15, Schreiben Faden an VB, 21.7.37.

Legitimation, indem er ihr ein altes Baumodell von 1873 gegenüber stellte. Dieses sei damals nur deshalb unausgeführt geblieben, weil ihm „die starke Kraft“ gefehlt habe, „die sich gegen alle Widerstände durchsetzt“.<sup>99</sup> Der Bezug zu Fadens Gegenwart war eindeutig: „Nun ist der Schöpfer des großdeutschen Reiches selber der Baumeister seiner Hauptstadt. (...) Der erste Abschnitt der Neugestaltung – die Ost-West-Achse – ist nahezu vollendet. Jahrhunderte haben an dieser Straße gebaut (...). Endgültige Gestalt hat ihr der Führer gegeben, in echter Verbundenheit mit der Geschichte“.<sup>100</sup> Indem Faden in der Lage war, auch die kolossalsten Umbaupläne von Speer ausgerechnet mit dem ihnen zum Opfer fallenden „alten Berlin“ in Einklang zu bringen, zeigte er sich seines Postens als Stadtarchivdirektor der nationalsozialistischen Reichshauptstadt, den er zwischen 1939 und 1945 bekleidete, mehr als würdig.

Bis Faden 1939 in der Stadtverwaltung tätig wurde, war dort sein Freund Max Arendt als Direktor der Ratsbibliothek für historische Fragen zuständig. Arendt übernahm diese Rolle nach 1933 von Ernst Kaeber, der bis 1937 zwar noch Archivleiter blieb, aber für Lippert als Ansprechpartner nicht in Frage kam. Auch Arendt war kurz nach der „Machtergreifung“ in die Partei eingetreten.<sup>101</sup> Er publizierte verschiedene populärwissenschaftliche Beiträge zur Stadtgeschichte und legte 1934 eine Biographie des verstorbenen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg vor.<sup>102</sup> Weil er zur 700-Jahr-Feier als „Chefhistoriker“ der Stadtverwaltung im Rampenlicht stand, hat Arendt mehr als Faden die Kritik der späteren Forschung auf sich gezogen. Doch beide waren überzeugte Nazis und erlebten als befreundetes Zweigespann im Dritten Reich den Höhepunkt ihrer Karriere, auch wenn die Arbeitsbedingungen durch den Krieg nach 1940 sehr schnell schlechter wurden. Mit Kügler bemühten sie sich seit 1941 um eine neue „Landesstelle der Reichshauptstadt für Geschichte, Heimatforschung und Volkskunde“, die dann 1943 gegründet wurde.<sup>103</sup> Um so bitterer war für beide der Zusammenbruch 1945, der bei Arendt Stillschweigen und bei Faden Resignation und Wehmut nach „jenen frohen Jahren“ der 1930er hervorrief.<sup>104</sup> In zahlreichen Nachrufen lobte Faden bis tief in die 1960er Jahre die Verdienste der alten heimatkundlichen Kameraden: „Land und Leute, Boden und Blut – trotz des Mißbrauchs der Wörter in der NS-Zeit Grundtatsachen alles geschichtlichen Lebens.“<sup>105</sup>

---

99 Eberhard Faden, „Ein Plan der Berliner Ost-West-Achse aus dem Jahre 1873“, in: Hasselberg und Winter (Hg.), *Beiträge*, S. 26–32, hier S. 31. Schon der Verfasser der damaligen Denkschrift hatte „eine direkt vom Sr. Majestät ernannte königliche Kommission aus höchsten Staatsbeamten, im Range einem Ministerium gleich“ gefordert, um die „Achse“ zu einer Prunkstraße zu machen. (Ebd.)

100 Und damit nicht genug: „Die Straße des Dritten Reiches aber wird die Nord-Süd-Achse mit dem gewaltigen Versammlungsbau auf dem Königsplatz.“ (Ebd.)

101 Am 1. April 1933. (BA, BDC 3200, A0033, 0120.)

102 Arendt und Torge, *Berlin Einst und Jetzt*; Max Arendt, *Hindenburg. Ein Leben in der Pflicht* (Berlin, 1935).

103 LA, A-Rep 021-02, 62, Denkschrift 25.5.41. Zum Arbeiten kam man nicht mehr, aber Hoppes Programm wurde 1959 zur Grundlage der [West-]Berliner Historischen Kommission. Vgl. Willy Hoppe, „Brandenburgische und berlinische Geschichtsforschung auf alten und neuen Wegen“, in: Ludat, *Willy Hoppe*, S. 347–359.

104 Faden und Zornemann, „Dr. Hermann Kügler“, S. 55.

105 Eberhard Faden, „Friedrich Solger 1877–1965“, *JBLG* 18 (1967), S. 142–147, hier 144. Vgl. ders., „Martin Henning“; ders., „Willy Hoppe“; ders. und Zornemann, „Dr. Hermann Kügler“.

Kügler, Arendt und Faden sowie aus der Entfernung auch der aufgestiegene Hoppe wurden im Nationalsozialismus die führenden Köpfe des städtischen Geschichtsdiskurses. Sie prägten zum Stadtjubiläum 1937 das Geschichtsbild der Reichshauptstadt. Währenddessen verschwand der geistige Vater der professionalisierten Berlin-Geschichte nach 1933 stufenweise aus dem Blick. Ernst Kaeber, der Demokrat mit jüdischer Ehefrau, musste, als einflussreicher Vertreter einer alternativen Sicht auf die Stadtgeschichte, seinen Platz räumen. Auch wenn seine Kollegen an den Intrigen nicht direkt beteiligt waren, so nahmen sie doch bereitwillig die entstandene Leerstelle ein.

## Ernst Kaeber und der Untergang der Gegenerzählung

Als Julius Lippert die Stadtverwaltung zu „säubern“ begann, wurde die Stellung von Ernst Kaeber schnell schwächer. Gleichwohl war Kaeber schon vorher, in den letzten Jahren der Republik, auch im eigenen Fach zunehmend in Isolation geraten. Er hatte sich in der Debatte um die Entstehung von Berlin und Cölln mit seinem altmodischen Primat der schriftlichen Quellen selber ins Abseits gestellt. Und seine quellengesättigten Untersuchungen zu den Berliner Bürgerbüchern wurden von seinen Kollegen gerne herangezogen, um mit völkischen und rassistischen Argumentationslinien den deutschen Charakter des „alten Berlin“ weitaus radikaler nachzuweisen, als es Kaeber selbst getan hatte. Der „ruhig Betrachtende“ geriet in einer politisierten und kämpferischen Wissenschaft zunehmend in Bedrängnis.

Kaebers Unbehagen trat um 1930 in seinen Schriften deutlich zutage. Als die 700-Jahr-Feier für 1930 abgelehnt wurde, hoffte er heimlich: „Vielleicht ist in sieben Jahren auch die wirtschaftliche und politische Lage eine günstigere, so daß dann mit mehr Aussicht auf Erfolg die deutsche Reichshauptstadt sich für ein solches oder ähnliches Unternehmen einsetzen kann.“<sup>106</sup> Auch in einer langen Rezension zu Werner Hegemanns berühmtem Buch *Das steinerne Berlin* verbarg er nicht seine Verzweiflung angesichts der wachsenden Demokratiefeindlichkeit in Berlin. Hegemann hatte nach Kaebers Meinung eine zu platte Verurteilung des preußischen Militarismus und Absolutismus vorgenommen, was ihn gerade deshalb wurmte, weil er politisch mit Hegemann übereinstimmte. Dieser antipreußische Geist schien ihm eine der großen Schwächen des Buches: „Wenn dafür wenigstens das politische Ziel, das Hegemann vorschwebt, erreicht worden wäre, wenn sich als Resultat der Lektüre jedermann die Überzeugung aufdrängen würde, daß der absolutistische Städtebau in Berlin Schiffbruch gelitten hat und daß nur von einem demokratischen die Erlösung kommen kann! Aber wir fürchten, daß dieses Ergebnis gerade bei den Lesern ausbleiben wird, auf die es ankommt, bei den Schwankenden und bei den Gegnern der Demokratie. Bei ihnen wird die blinde Voreingenommenheit Hegemanns nicht nur gegen die Hohenzollern, sondern gegen alles Preußische so viel Widerspruch herausfordern, daß sie Hegemanns Kritik selbst da ablehnen werden, wo sie berechtigt ist.“<sup>107</sup>

Die Passage zeigt Kaebers zwiespältige Haltung in der Geschichtsschreibung über Berlin. Als preußischer Demokrat fühlte er sich mit der Hauptstadt aufs Engste verbunden; politisch motivierte Pauschalverurteilungen der Hohenzollern waren ihm fremd. Als Demokrat hatte

---

106 LA A Rep 021-02, 49, Kaeber an Frey, 31.7.30.

107 Kaeber, „Werner Hegemanns Werk“, S. 114.

er zwar viel Verständnis für solche Urteile, doch nach seiner Meinung konnten sie nur innerhalb einer übergreifenden Heimatliebe akzeptiert werden. Doch für solche Differenzierungen stand die Zunft in den Jahren nach 1930 kaum noch offen – in ihrem Kampf um die „Rettung“ Berlins gaben zunehmend jene Kollegen den Ton vor, die die Vergangenheit der Stadtgemeinschaft wie Hermann Kügler völkisch oder wie Eberhard Faden aus der Sicht der städtischen Führung modellierten.

Es ist Ernst Kaebers Tragik, dass er innerhalb dieses autoritär-völkischen Diskurses eine bürgerlich-republikanische Erzählung der Stadtgeschichte etablieren wollte. Einerseits war Kaeber, indem er den autoritär-völkischen Diskurs mittrug, dessen Regeln akzeptierte und deren Einhaltung mit überwachte, sehr wohl darin fest eingebunden. Die Verteidigung der Ehre Berlins war ihm ebenso wichtig wie den anderen, und dafür bediente er sich des gleichen Argumentationsstils. Hegemanns Kritik am Absolutismus der Hohenzollern wies er beispielsweise auch mit dem Argument zurück, dass Friedrich der Große seinerzeit „das deutsche Element vor dem Untergang im Polentum bewahrt“ habe.<sup>108</sup> Ebenso behandelte auch Kaeber in seiner Analyse der Bürgerbücher 1701–1750 die brennende Frage der Blutmischung, um ebenso wie seine Kollegen zum Schluss zu kommen, dass Berlin eine „rein deutsche Stadt“ war. Solche Themen waren Kaeber sehr wohl geläufig, solange sie nur „seriös“ bearbeitet wurden. Als Eberhard Faden 1934 im Geschichtsverein über „Rasse und Volkstum in Berlin im 16. und 17. Jahrhundert“ sprach – ein Vortrag, der laut dem Vereinsblatt „allen Teilnehmern wegen der Wichtigkeit der aufgeworfenen Fragen und des hohen wissenschaftlichen Standpunktes in Vortrag und Aussprache in besonderer Erinnerung bleiben“ sollte –, beteiligte sich Kaeber rege an der Diskussion. Nach seiner Meinung würde eine „nüchterne statistische Erfassung des Materials (...) wahrscheinlich den im wesentlichen *märkischen* Charakter des ‚richtigen‘ Berlinertums ergeben“.<sup>109</sup> Und als der Berlin-Kritiker Scheffler „den Folgen“ der „Blutmischung“ aus der frühesten Berliner Zeit „Wirkungen bis in die neueste Zeit“ zuschrieb, war Kaeber zwar verärgert, doch sein Ärger betraf nicht den langen Kontinuitätsanspruch an sich, denn diesen hielt auch er für grundsätzlich möglich. Es ging vielmehr um Schefflers „schiefe Ansicht vom Charakter der ältesten Berliner Bevölkerung“, nach der Cölln wendisch gewesen sei. Die ganze Doppelstadt war aber deutsch gewesen, wusste Kaeber, und nur deshalb konnte es keine große „Blutmischung“ bis zur Gegenwart gegeben haben.<sup>110</sup>

Aber andererseits standen solche Fragen für Kaeber nie im Vordergrund. In seiner wegweisenden Einleitung zu den Bürgerbüchern widmete er ihnen nur fünf von 150 Seiten. Vielmehr legte Kaeber mit diesem Projekt den Grundstein für eine umfassende Berliner Sozial- und Verfassungsgeschichte im Sinne seines Lehrmeisters Hintze, die zu einer weiteren Emanzipation der eigentlichen Stadtgeschichte von der borussischen Historiographie hätte führen sollen. Während seine Kollegen Berlin vor allem als Mitte der deutschen Volksgemeinschaft oder als Zentrum der kaiserlichen Dynastie darstellen wollten, schwebte Kaeber der Kontext des selbständigen, dezentralen deutschen Städtewesens vor. Ihn fesselten das Bürgerrecht und der bürgerliche Rat im Mittelalter, die für ihn mehr als die späteren

---

108 Ebd., S. 106. Und: „Man kann indessen heute überzeugter Pazifist sein, und wird doch zugeben müssen, dass im 17. und 18. Jahrhundert für einen Staat im Herzen Europas eine reine Friedenspolitik nicht möglich war.“ (S. 109)

109 *Beiblatt MVGB*, Nr 2, 1934, S. 6.

110 Kaeber zu Scheffler: *Berlin*, S. 94.

Könige den Kern der Stadt bildeten.<sup>111</sup> Ausgerechnet in jener *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, die am 31. Januar 1933 von der „Machtergreifung“ berichtete, vertrat Kaerber unter dem Titel „Sieben Jahrhunderte Berliner Verfassungsgeschichte“ seinen Entwurf zum letzten Male in aller Öffentlichkeit. Er modellierte ihn nicht um den Hof, sondern um den bürgerlichen Rat, der in der „fast republikanisch freie(n) Stadt“ des Mittelalters „sein Schiff mit fester Hand durch die drohenden Klippen“ steuerte und „über des Kaufmanns ehrbaren Handel“ wachte. Berlins verpasste Chance sah Kaerber im spätmittelalterlichen Aufstand, dem „Berliner Unwillen“ 1447/48, der durch Kurfürst Friedrich II. niedergeschlagen wurde. Danach verkam der freie Rat „zum Untermagistrat des Kurfürsten“. Treu schildert Kaerber dennoch das Schicksal der kurfürstlichen Residenz, wohl wissend, dass 1448 „die Unterwerfung Berlins (...) endgültig den Weg abgeschnitten (hat), der letzten Endes zur freien Reichsstadt geführt hätte“.<sup>112</sup> Immerhin konnte der Außenseiter bis 1933 seinen Gegenentwurf vertreten.

Zu einer Kaerber'schen Gesamtdarstellung der Stadtgeschichte ist es nie gekommen. Seit seinem Amtsantritt hatte sich der Stadtarchivar in wechselnden Koalitionen „für eine auf umfangreicher archivalischer Grundlage beruhende Geschichte Berlins“ in mehreren Bänden eingesetzt.<sup>113</sup> Bereits im Mai 1914 hatte er zu diesem Zweck eine Konferenz mit Vertretern der Stadtverwaltung, dem Generaldirektor der Staatsarchive Alfred Koser sowie seinem Mentor Otto Hintze organisiert, doch der Weltkrieg kam dazwischen.<sup>114</sup> Einige avisierte Mitarbeiter fielen und in der anschließenden Krise gab es keine Mittel für dieses Projekt, so dass erst Mitte der 1920er Jahre wieder von dem Vorhaben die Rede war. Nunmehr wollte Kaerber die Berlin-Geschichte in zwei Bänden zusammen mit Willy Hoppe verfassen, doch durch dessen Unzuverlässigkeit wurde auch aus diesem Plan nichts.<sup>115</sup> Schließlich hoffte Kaerber auf das 700-jährige Bestehen von Berlin. Wenn er schon größere Feierlichkeiten ablehnte, so wollte er Berlin aus diesem Anlass 1937 wenigstens die Krönung seiner Forschungen, eine geschlossene Darstellung der Stadtgeschichte, schenken.

Doch direkt nach der „Machtergreifung“ begann der Prozess der Ausschließung Kaerbers.<sup>116</sup> Er setzte, so erinnert sich Kaerber, mit einer Denunziation direkt nach der „Machtergreifung“ ein – eine Entlassung habe nur der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive

---

111 Kaerber, *Die Bürgerbücher*, ders., „Der ‚Berliner Unwille‘ und seine Vorgeschichte“, in: Vogel, *Ernst Kaerber*, S. 60–118; ders., „Berliner Juden“.

112 DAZ, 31.1.33.

113 LA A Rep 001-02, 3313: Schreiben Kaerber an Hintze, 29.4.13.

114 Protokoll in: ebd. Nr. 575, 28.5.1914.

115 Ebd. Korrespondenz Hoppe–Kaerber 1913–15; Ebd. 021-02, S. 38, Kaerber an Faden, 3.12.24.

116 Die Quellenlage über die Vorgänge, die Kaerber nach 1933 aus dem Archiv und aus dem eigenen Vorhaben der Festschrift stufenweise herausdrängten, ist sehr dürftig. Eine Aktenüberlieferung aus dem Stadtarchiv ist für die Zeit nach 1933 kaum vorhanden. Von zwei Akteuren, von Kaerber selbst und Eberhard Faden, der Kaerber als Archivdirektor ablösen sollte, liegen Erinnerungsberichte vor, die sie allerdings lange nach den Geschehnissen (1961 bzw. 1962) und unter völlig veränderten politischen Umständen veröffentlicht bzw. verfasst haben. (Kaerber, „Erinnerungen“; Faden an Lachmann, 28.1.62, in: LA E Rep 200–06 (Nachlass Faden), Teil A) Entsprechend Kaerbers Status als Traditionsträger der demokratischen Stadtgeschichtsschreibung hat sich die spätere Forschung vor allem an seiner Darstellung orientiert; Fadens knapper, apologetischer – und unveröffentlichter – Bericht ist bisher unbeachtet geblieben.

Albert Brackmann verhindern können. Kaeber wurde aber Max Arendt, dem Direktor der Magstratsbibliothek unterstellt, obwohl dies durch dessen „Kollegialität“ für Kaeber keinerlei Folgen gehabt habe.<sup>117</sup> Gleichwohl war klar, dass Lippert sein Ansinnen bei nächster Gelegenheit fortsetzen würde. Diese Gelegenheit bot bald die Festschrift zum Jubiläum. 1935 wurde Kaeber von Oberbürgermeister Sahm nahegelegt, sie nicht allein zu verfassen, weil er wegen seiner jüdischen Frau nicht tragbar sei. Ihm wurden die beiden Parteigenossen Arendt und Faden zur Seite gestellt: Arendt übernahm das 19. Jahrhundert und Faden sollte für die Jahre 1500–1648 einspringen, was seinem Fachgebiet entsprach. Kaeber blieben das Mittelalter und die Zeit 1648–1806, „da in dieser die Judenfrage rein sachlich behandelt werden könne.“<sup>118</sup> Faden, der nach 1945 mit dem Vorwurf leben musste, Kaeber aus dem Amt gedrängt zu haben, präsentierte sich rückblickend als passives Opfer der Umstände<sup>119</sup>, das nur im Interesse der Forschung die Kapitel der Festschrift von Kaeber übernommen hätte. Er sagte zu, wurde von einigen Lehrstunden befreit, und schrieb sein Kapitel. Im November 1936 schickte ihm Kaeber die Darstellung der Zeit 1648–1713 zum Lesen, worauf ihm Faden im Januar 1937 einen langen Kommentar schrieb.<sup>120</sup>

Zeitgleich war Julius Lippert Ende 1936 zum „Stadtpräsidenten“ aufgestiegen, und er entschied sich umgehend nun doch für ein Berliner Stadtjubiläum. Die Nachricht kam für viele überraschend.<sup>121</sup> Noch im Dezember 1936 traf sich zum ersten Mal Lipperts sechsköpfiger Vorbereitungsausschuss. Mit dabei war der neue „Chefhistoriker“ der Reichshauptstadt, Max Arendt. Der Ausschuss kam gleich auf „die Bedenken“ zu sprechen, „die gegen die Mitarbeit von Dr. Kaeber“ an der Stadtgeschichte bestanden: „Dr. Kaeber sei mit einer Jüdin verheiratet. (...) Dieser Frage müsse schon deshalb eine gewisse Bedeutung beigegeben werden, weil das Werk gleichzeitig als Fest- und Erinnerungsgabe der Stadt Berlin vergeben werden soll.“<sup>122</sup> Man kam überein, das Problem an Lippert heranzutragen, der Anfang Januar erwartungsgemäß entschied, dass „Herr Dr. Kaeber als Mitarbeiter nicht

---

117 Kaeber, *Erinnerungen*, S. 39ff., auch für das Folgende. In der Tat äußerte Brackmann Ende 1934 gegenüber Kaeber seine Hoffnung, dass bald alle diejenigen „Bestrebungen“ enden würden, „die sich gegen Sie und Ihre Tätigkeit wandten.“ (LA, NL Kaeber, E-Rep 200-8, 4, Brackman an Kaeber, 17.12.34.)

118 Kaeber, *Erinnerungen*, S. 41. Kaeber erinnert sich, dass er Faden und Arendt selber als Mitautoren vorschlug. (Kaeber, *Erinnerungen*, S. 41.) Faden jedoch meinte: „Ich erhielt zu meiner völligen Überraschung 1935 von Sahm einen persönlichen Brief mit der Aufforderung, mich für die Zeit 1500–1648 zu beteiligen. (LA E Rep 200-06, Faden an Lachmann, 28.1.62.) Arendt schrieb im Dezember 1936, dass die Autoren „dem Verlag von der Stadt genannt worden“ seien. (LA, A Rep 001-02, 428, Niederschrift über die Sitzung des Organisationsausschusses der 700-Jahr-Feier Berlins am 14.12.1936, S. 2.)

119 Faden erinnert sich: Sofort nach dem Eingang von Sahms Schreiben „wandte ich mich an Dr. Arendt, mit dem ich schon 1912–13 im Hintzeseminar zusammengesessen und persönlich vertrauter war als mit Kaeber – nicht erst seit 1933! –: warum für diesen kurzen Zeitraum noch ein dritter Bearbeiter?“ Arendt habe geantwortet, dass man Kaeber „nicht mit dem Judenprozeß 1511 belasten“ wolle. (LA, E Rep 200-06, Faden an Lachmann.)

120 NL Faden, ALVMB, B 15, Faden an Kaeber, 2.1.37.

121 LA, A Rep 001-02, 428, Niederschrift 14.12.1936, S. 2. Faden sprach am 2. Januar davon, dass Sahm „nun den Schleier etwas gelüftet und die in weiteren Kreisen gänzlich unbekannt Absicht des Feierns bekannt gegeben“ habe. (NL Faden, ALVMB, B 15, Faden an Kaeber, 2.1.37.)

122 LA, A-Rep 001-02, 428, Niederschrift 14.12.36, S. 2.

erwünscht ist und nicht in Erscheinung treten darf“.<sup>123</sup> Kaerber wurde bedeutet, so erinnert er sich, „dass es unmöglich sei, dem Führer ein Werk zu überreichen, an dem ein Mann wie ich mitgearbeitet habe.“ Er zog sich zurück und zeigte sich 1961 angesichts der „strengen Zensur“ froh darüber, dass er „an dem Buch nicht beteiligt gewesen“ war.<sup>124</sup> Unterdessen musste Arendt für Ersatz im Autorenteam sorgen. Er wollte das Mittelalter durch den Historiker Hans Jahn, Vorstandsmitglied des Geschichtsvereins, und die Zeit von 1648–1806 zusätzlich von Faden schreiben lassen. Faden erinnert sich: „Für mich ziemlich peinlich, da K(aeber) mir eben sein M(anu)skr(ipt) eingehändigt, ich also Kenntnis von Tatsachen gewonnen hatte, die nur durch Aktenstudium zu erlangen, für das ich jetzt keine Zeit mehr hatte.“ Faden sagte trotzdem zu. Zwei Wochen später war das Chaos komplett. Weil Jahn abgesagt habe, „rief mich Dr. Arendt abermals an: ‚Sie *müssen* auch das Mittelalter übernehmen‘“. Faden habe sich gewehrt, weil ihm das Mittelalter nicht vertraut war, doch er habe schließlich nachgeben müssen.

Am Ende übernahm Eberhard Faden also noch im Januar 1937 die komplette Stadtgeschichte 1237–1806, die im Sommer 1937 erscheinen musste. Mit Arendts Hilfe wurde er von weiteren Lehrstunden am Gymnasium befreit, so dass er sich ab Ostern der Festschrift widmen konnte. „Ich schrieb unmittelbar aus meinen Quellenauszügen die Darstellung, und unmittelbar aus der Niederschrift wurde die gedruckte Korrektur.“<sup>125</sup> Diese korrigierten Druckbogen gingen mit dem Vermerk „brandeilig“ am 12. Juli 1937 beim Verlag Mittler & Sohn ein – einen Monat vor Beginn der 700-Jahr-Feier.<sup>126</sup> Für irgendeine „strenge Zensur“, von der Kaerber spricht, gab es keine Zeit (und auch keine Hinweise). Direkt nach dem Jubiläum wurde Kaerber in den Ruhestand versetzt und legte nach vier Jahren Nationalsozialismus auch sein Amt als Schriftwart des Vereins für die Geschichte Berlins nieder.<sup>127</sup> Im Dezember 1937 bewarb sich Faden um die Nachfolge im Archiv, die er im April 1939 antrat.

Weniger Probleme bereitete die Integration der Berliner Vorgeschichte in die offizielle Geschichtsdarstellung. Eigentlich sollte Albert Kiekebusch diesen Abschnitt beisteuern, doch der war 1935 plötzlich verstorben. Sein Nachfolger im Märkischen Museum, Dr. Otto-Friedrich Gandert, sprang ein und schlug aufgrund Kiekebuschs Forschungen den Bogen von den Urgermanen im Spreerraum über die slawische Zeit hinweg zur deutschen Neubesiedlung der Mark im Mittelalter. Arendt, Faden und Gandert brauchten keine besondere Kontrolle. Die erwartete Tendenz der Darstellung hatten sie sich längst zu Eigen gemacht. Dabei stützten sie sich auf eine völkische Lokalgeschichte, die ihre radikalnationale Erzählung der Berliner Stadtgeschichte schon seit den 1920er Jahren durch zahlreiche Studien und Debatten wissenschaftlich beglaubigt hatte.

Beim Ausschluss Kaebers aus dem Diskurs der Stadtgeschichte fällt auf, dass dieser formell mit seiner jüdischen Ehefrau und nicht etwa mit dem Inhalt seiner stadthistorischen

---

123 Ebd., Hüber an Arendt, 7.1.37.

124 Kaerber, *Erinnerungen*, S. 41.

125 LA, LA E Rep 200-06, Faden an Brackmann, 28.1.61.

126 NL Faden, ALVMB, B 15, Druckbogen, 12.7.37.

127 Übrigens bemühte sich der Verein darum, Kaebers Rückzug einigermaßen erträglich zu machen, indem er ihm 1937 noch die silberne Vereinsmedaille verlieh und 1940 die Katalogisierung der Bibliothek übergab. (*Beiblatt zur ZVGB* 12 (1942), Heft 3, S. 10.) Auch schrieb Kaerber weitere Rezensionen und hielt Vorträge.

Ansichten begründet wurde. Vielmehr als über eine inhaltliche Kontrolle erfolgte die Homogenisierung des Berliner Geschichtsbildes im Vorfeld der 700-Jahr-Feier durch eine gezielte, aber improvisierte Personalpolitik. Für die Gesamtdarstellung wurde der Demokrat von Parteigenossen ersetzt, und damit war für Lippert die systemkonforme Darstellung der Stadtgeschichte gesichert. Eine ähnliche Figur prägte auch das Zustandekommen einer zweiten wichtigen Leitschrift zur Stadtgeschichte, nämlich des knappen stadthistorischen Überblicks für die Berliner Schuljugend. Bereits 1936 hatte der Pädagoge Hans Grantzow, „unter Mitwirkung“ von Ernst Kaeber eine kleine stadthistorische Broschüre für Schüler verfasst.<sup>128</sup> Doch für die Überarbeitung der Schrift wurde Kaeber 1937 nicht mehr gefragt. Das Heftchen, das „im Auftrage der Stadtverwaltung“ zur 700-Jahr-Feier in hoher Auflage verbreitet wurde, ging also wie die Festschrift auf die Substanz der Kaeber'schen Forschungen zurück, doch sein Name wurde 1937 schlicht gestrichen.

## Biographie eines Stadtorganismus

Die Gesamtdarstellung, die im Herbst 1937 erschien, erzählte die Geschichte Berlins als Lebenslauf eines einheitlichen Organismus, der in der Vorstellung der „Volksgemeinschaft“ verbürgt war. Diese Denkfigur erlaubte an erster Stelle einen Kontinuitätsanspruch bis in die germanische Urzeit hinein. Das Buch eröffnete somit ein weites Feld. Otto-Friedrich Gandert skizzierte die Vorgeschichte des Berliner Raumes und zeigte die feste Verwurzelung der Germanen im Boden des Spreelands. Dabei konstruierte er eine fast irrationelle Verwandtschaft zwischen den Urgermanen der Spreelandschaft und (deutschen) Berlinern der Reichshauptstadt. So fand er innerhalb „eines gänzlich lockeren Haufendorfes“ der „planlosen“ slawischen Illyrier (12. Jh. v. Chr.) plötzlich einige auffällig regelmäßige Hütten: „Hier spüren wir planvolles Bauen, wissen aber nicht, ob es der Dorfälteste war mit seinem Gesinde, oder gar ein germanischer Herr und sein Gefolge. Unmöglich ist es nicht, dass aus dieser Zeit germanischer Durchdringung des Grenzlandes nordischer Führerwille auf solche Weise *uns noch fühlbar* wird.“<sup>129</sup> Die Wichtigkeit solcher historischen Dimensionen der Volksgemeinschaft für die nationalsozialistische Geschichtsauffassung unterstrich auch Eberhard Faden: „Zu den 70000 Jahren menschlichen Daseins in unserem Raume Berlins (...) hat unsere Stadt Berlin erst 700 neue Jahre hinzugefügt, nicht mehr als den hundertsten Teil. Mag jene Schätzung auch um Jahrtausende irren, der Vergleich ist doch mehr als ein müßiges Zahlenspiel. Er löst uns von dem Wahne, als seien unsere 700 Jahre von Betracht. Die Rückschau mahnt an das Vergehen im Werden, aber sie festigt zugleich unseren Willen, das Erbe der Stadt zu pflegen und zu mehren, diesen Raum nicht anderen Völkern oder gar dem freien Spiel der Naturkräfte zu überlassen.“<sup>130</sup> Erst nach solchen Ausführungen und im Kontext der Landnahme kam die eigentliche Stadtgründung an die Reihe. Faden zeichnete sie differenziert und nach dem Forschungsstand der interdisziplinären Volks- und Siedlungsgeschichte.

---

128 Grantzow, *Berlin. Grundzüge seiner Geschichte*.

129 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 21; meine Hervorh. – KT.

130 Ebd., S. 44.



Vorgeschichte								
43								
Vergleichende Übersicht zur Vorgeschichte Berlins								
Jahr	Stufen	Neue Benennung	Alte Benennung	Klima	Rasse	Volk	Stamm	
1200—1300		Frühdeutsche Zeit	Frühes Mittelalter	wieder feuchter	nordisch-fälisch	Deutsche	Niederdeutsche Franen	
1000—1200			Späte Wendenzeit		nordisch und ostlich	Slawen	Thüringer	Wilzen
800—1000	VI	Jüngere Großgermanenzeit	Witingerzeit oder Frühe und Mittlere Wendenzeit	sehr trocken	nordisch und ostlich	Slawen	Wilzen	
700—800	V		Merowingerzeit					
500—700								Völkerwanderungszeit
400—500								
200—400	III	Mittlere Großgermanenzeit	Spät-römische Kaiserzeit	kühler, feuchter als heute	West- oder Elb-germanen (Herminonen)	West- oder Elb-germanen	Sweben	
1—200	II	Ältere Großgermanenzeit	Früh-römische Kaiserzeit			Ost-germanen	Sweben Burgunden	
100—1			Spätlatènezeit			germanen (Herminonen)	Sweben: Semnonen	
300—100			Mittellatènezeit					
400—300	I		Frühlatènezeit	nordisch-fälisch				
500—400			Vorlatènezeit					
800—500	VI	Späte Urgermanenzeit	Hallstattzeit oder Frühe Eisenzeit	Klimasturz		West-germanen		
1000—800	V		Jüngere Bronzezeit					Urgermanen
1200—1000	IV							
1400—1200	III		Mittlere Urgermanenzeit					Mittlere Bronzezeit
1600—1400	II	Frühe Urgermanenzeit	Ältere Bronzezeit	trocken, warm		Urgermanen		
2000—1600	I							
3000—2000		Indogermanenzeit	Jungsteinzeit	warm, küst-ländisch, Litorinazeit	nordisch = Cro-Magnon × Aurignac	Urindogermanen		
5000—3000		Urindogermanenzeit	Mittelsteinzeit					
8000—5000					warm, binn-ländisch, Ancyluszeit			
? —8000		—	Altsteinzeit	Ausklang der Eiszeit	Cro-Magnon und Aurignac	?		

Zeittafel von Otto-Friedrich Gandert in der *Geschichte der Stadt Berlin* (1937). Die Bevölkerung des Raumes durch Slawen erscheint ebenso wie die eigentliche Stadtgeschichte ab der „frühdeutschen Zeit“ als eine nur kurze Episode in einer vieltausendjährigen Geschichte der Völker und des Klimas.

Den Anschluss an die heterogene historische Denkwelt des Nationalsozialismus fand Faden eher über Begriffe von „Volk und Führung“ als über starken Antisemitismus. Selbstverständlich übergang er nicht die „Fremden“ in der mittelalterlichen Stadt, doch die Gegensätze zwischen Deutschen einerseits sowie Juden und Wenden andererseits spielte er fast herunter. Die Wenden waren christlich und lebten im separaten „Kietz“. Die Juden fasste Faden als wirtschaftliche und religiöse Gruppe, die sich nicht mit Deutschen „mischte“. Detailliert beschrieb er die alte Gesellschaft, die Zünfte und Stände, Handel und Tüchtigkeit der deutschen Einwanderer. Viel Aufmerksamkeit gab es für die Baugeschichte des „alten Berlin“, von dem 1937 so wenig übriggeblieben war. Auch wenn Faden die Stadtgemeinschaft als ein lebendiges Ganzes verstand, dessen „Glieder“ er als organische Einheit dachte, so schrieb er ihre mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte „von oben“. Der Stadtorganismus bedurfte bei Faden einer starken Führung, und zwar durch einen mächtigen, im Einklang mit dem Volke regierenden Fürsten oder König, und nicht durch einen elitären Rat, der sich im Mittelalter als „geschlossene Gesellschaft auf Gedeih und Verderb verbunden“ vom Volke entfremdet habe.<sup>131</sup> Exemplarisch war seine Deutung des gescheiterten „Berliner Unwillen“, der noch von Ernst Kaeber als das Ende der Berliner Eigenständigkeit bedauert wurde. Faden deutete den Konflikt aber als kurzen Irrweg. Bei ihm erschien Berlin als böser Junge vor seinem strengen, aber gerechten Vater. Der Kurfürst habe gegenüber dem „Starrsinn der Berliner“ und ihrer „offenen Widersetzigkeit“ so „lange Geduld“ bewiesen, bis sich die Stadt freiwillig unterworfen habe: „Berlin schien zum letzten entschlossen. Dann hat es sich doch gefügt.“ Die Stadt trat aus der Hanse aus und ordnete sich dann gemäß der Gemeinschaftsidee in größere Zusammenhänge ein.<sup>132</sup> Unter Führung des Hohenzollernhauses hat es die Residenzstadt Berlin in den nachfolgenden Jahrhunderten zu jener großen Blüte gebracht, die Faden zum stolzen Patrioten machte.

Es war sicher keine übertrieben glatte Darstellung der Ereignisse, die Berlin doch gleichsam fließend und organisch in die Rolle der Reichshauptstadt hineinwachsen ließ. Zahlreiche Rückschläge und hemmende „Gärungsprozesse“ mussten überwunden werden, bis der Aufstieg vollendet war. Gleichwohl gab es in dieser Stadtgeschichte keine scharfen Brüche, sondern immer schleichende Entwicklungen, die etwa „Niedergang und Erhebung“ jeweils schon lange vorher im Verborgenen vorbereiteten. Mit dieser Überschrift übernahm Arendt zum Jahre 1806 von Faden die Feder. Arendt erzählte die Stadtgeschichte auf gleiche Weise „von oben“, doch er flocht neben dem Volk-Führer-Motiv einen zweiten Erzählstrang ein, nämlich das radikal antisemitische Motiv des „Eindringens des Judentums“ in die Bevölkerung. Er historisierte den Antisemitismus in der Stadt und bezog dessen Formen pflichtgemäß als relevante historische Erscheinungen in die Darstellung ein. Vor allem die Entwicklung der Berliner Presse veranlasste Faden immer wieder zu seitenlangen Tiraden gegen den „jüdischen Schriftstellertypen“. Und er beklagte etwa am deutschen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts einen „verhängnisvollen Irrtum“: „Das Judentum ist als Religion angesehen, nicht als Rasse erkannt worden. Der Schlüsselpunkt für die Lösung der Judenfrage, der Rassengedanke und der Rassegesichtspunkt, ist erst ein Jahrhundert später gefunden wor-

---

131 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 98.

132 Ebd., S. 102f.

den.<sup>133</sup> Arendt arbeitete sein Feindbild detailliert heraus und überschritt dabei großzügig die Grenzen der Stadtgeschichte.

Denn Arendt hatte erheblich mehr Mühe als Faden, die Darstellung auf die Stadt zu begrenzen. Vielmehr erzählte er eine gesamte deutsche Volksgeschichte und behandelte nationale Ereignisse, soweit sie in Berlin stattfanden oder soweit Berliner an ihnen beteiligt waren. Prägend für die Erzählstruktur ist dabei ein deutlicher Niedergang im gesamten 19. Jahrhundert, der zum früheren, heroisierten „alten Berlin“ deutlich kontrastiert. Ab der Industrialisierung und dem raschen Bevölkerungswachstum Berlins wurden die Deutungsprobleme beim Chefhistoriker der Reichshauptstadt unübersehbar. „Dieser immer stärker anwachsende Zustrom, der fast einer Überflutung gleichkam, spülte das Kleid der alten Stadt davon.“<sup>134</sup> „Woher sind alle diese Menschen, die nun Berliner wurden, gekommen? Die Frage ist oft gestellt worden, sie hat aber stets nur mit Mutmaßungen beantwortet werden können.“ Arendts suchender Antwortvorschlag legte bereits in der Wortwahl seine Hilflosigkeit frei: „Alle deutschen Stämme und Landschaften werden in irgendeinem Verhältnis zu ihrer eigenen Stärke Ströme von deutschen Menschen nach Berlin entsendet und damit auch zu dem Typ, der Wesensart und dem Charakter des Berliners beigetragen haben.“<sup>135</sup> Die Deutungskategorien blieben völkisch; Bewunderung für den Berliner Arbeitsfleiß und Kaiser Wilhelm I. standen neben Skepsis gegenüber Fortschritt und Moderne. Diese haben „ihre Opfer aus der Schicht gefordert, die mit der Erfindung der Dampfmaschine entstanden ist und mit den schnellen Fortschritten der industriellen Entwicklung immer gewaltiger angewachsen ist, aus den Massen der besitzlosen Industriearbeiterschaft, einer grauen gestaltlosen Masse von Menschen, die, der Schaffensfreude des Handwerkers beraubt, verurteilt zur täglichen mechanischen Arbeit (...), schutz- und rechtlos dem Fabrikherrn preisgegeben war.“<sup>136</sup> Komplizierte gesellschaftliche Entwicklungen wurden als Bedrohungen wahrgenommen und im Zweifelsfall der Weltverschwörung zugeschrieben, wie „die von dem Judentum, der Freimaurerei und anderen Geheimbünden sorgfältig vorbereitete Revolution des Jahres 1848“, die „in Wirklichkeit“ einen „Kampf um Internationalismus, Parlamentarismus und Kapitalismus (...), letzten Endes um die Weltherrschaft des Judentums“ darstellte. Als etwas paradoxer zeitgleicher Versuch zur deutschen Reichseinigung sei sie ohnehin wegen mangelnder Führung zum Scheitern verurteilt gewesen.<sup>137</sup>

Die stete „Entwurzelung“ durch „die Loslösung der Städte vom Mutterboden des ewigen Landes“ war ein brauchbares Motiv, um den Nationalsozialismus umso nachdrücklicher als natürliche Erlösung von allem volksfremden Elend in die Geschichte einschreiben zu können. Arendts Erzählung wird zur Gegenwart hin immer knapper, bis „die verhängnisvolle Entwicklung“ das „Inferno“ der Republik erreicht. „Der Ansturm der zersetzenden Kräfte auf alles was noch deutsch und sittlich war an Gesinnung und Charakter, setzte nun in voller Stärke und auf allen Gebieten ein. Presse, Theater, Film, Kunst wurden zur Domäne des Judentums und öffneten sich bolschewistischen Ideen; Niggermusik und Niggertänze wurden die Mode, Rationalisierung die Forderung des Tages, Amerika oder Sowjetrußland das

---

133 Ebd., S. 347. Vgl. S. 345–350.

134 Ebd., S. 385.

135 Ebd., S. 375.

136 Ebd., S. 368.

137 Ebd., S. 369.

Vorbild der Lebenshaltung. Die nach der Stabilisierung der Währung entstehende Scheinblüte konnte naturgemäß nur von kurzer Dauer sein.“ Mit dem „Gelöbnis“, dass Berlin „Ehre, Stolz und seinen in Jahrhunderten bewiesenen Arbeitswillen“ daransetzen wird, „mit seiner ganzen Kraft dem Aufbau des Dritten Reiches zu dienen“, schloss jene Biographie der organischen Stadt, die die offizielle historische Darstellung zur 700-Jahr-Feier war.<sup>138</sup>

---

138 Ebd., S. 398ff.

## 4. Die 700-Jahr-Feier der deutschen Reichshauptstadt

Von Anfang an war das Stadtjubiläum von 1937 das Fest des „Stadtpräsidenten“ Julius Lippert. Der Mann, der die Stadtverwaltung „gesäubert“ hatte und der für Oberbürgermeister Sahm unkontrollierbar war, hatte dessen Amt im Januar 1937 endlich übernommen und stand jetzt allein an der Spitze der städtischen Administration. Um sich einen Platz im Kräftefeld der Reichshauptstadt zu erkämpfen, inszenierte er die 700-Jahr-Feier: Berlin sollte mit seinem Stadtpräsidenten verschmelzen. Vor diesem Hintergrund hielt Lippert die Vorbereitung und Durchführung streng in der Hand.

Der Organisationsausschuss bestand im Kern aus drei Vertretern der alten Stadtverwaltung und drei aus Lipperts Apparat. Federführend war der 29-jährige Regierungsrat Günter Hüber, der sich seit 1934 in Lipperts Umfeld emporgearbeitet hatte.<sup>139</sup> Lipperts Einfluss auf die Planung war allgegenwärtig. Lippert überwachte die Gestaltung des historischen Festzuges zur 700-Jahr-Feier, den Max Arendt organisierte.<sup>140</sup> Lippert beherrschte den Zugang zur Öffentlichkeit und bestimmte, dass „alle Vorbereitungen vertraulich getroffen werden.“<sup>141</sup> Und Lippert entschied in Personalfragen. So leitete Hüber das Problem „Kaeber“ sofort an ihn weiter. Das Gleiche gilt für den beabsichtigten Organisator eines großen Jubiläumss-Festspiels im Olympiastadion, Ernst Streubel, der einen hoch gelobten Entwurf vorgelegt hatte und doch von Lippert entlassen wurde. Wie bei Kaeber ging es hier um die Person, nicht

---

139 In den Ausschuss kamen vom Oberbürgermeister Oberschulrat Bohm, Obermagistratsrat Dr. Werner Müller und Ratsbibliotheksdirektor Max Arendt. Vom Staatskommissariat waren Pressereferent Rummert, ein Herr Blobel und, federführend, Regierungsrat Dr. jur. Günther Hüber dabei. Zu seinen Sitzungen, die alle in der ersten Jahreshälfte 1937 stattfanden, wurden bei Bedarf weitere Personen eingeladen. Hüber hatte teilweise als Mitarbeiter von Lipperts rechter Hand Ludwig Steeg, teilweise als Lipperts direkter „politischer Referent“, bei der Säuberung der Stadtverwaltung eine wichtige Rolle gespielt. Er war 1931 in die NSDAP eingetreten, begann seinen Dienst in der Stadtverwaltung am 1.1.34 als „juristischer Hilfsarbeiter beim Staatskommissar“ und wurde dort wegen seiner Verdienste für die „nationale Erhebung“ schon im Sommer zum Regierungsassessor befördert. Weil Hüber nach Lippert die längste Parteimitgliedschaft besaß, galt er als politisch zuverlässigster Mann im Staatskommissariat (LA, Pr Br 57, Nr. 54, Schreiben Reichs- und Preußischer Minister des Innern [Grauert] an Lippert, 9.4.35, S. 2. Vgl. weiter: ebd., Nr. 2, Abschrift Pfundtner an Reichsminister des Innern, 21.6.34; Nr. 53b, Steeg an sämtliche Dezernenten, 5.11.34; Nr. 41, Personaldaten Hüber, 24.11.34).

140 LA, A Rep 001-02, Nr. 428, Niederschrift über die Sitzung des Organisationsausschusses am 20.1.37, S. 2, sowie ebd., Nr. 429, Arendt, Dienstleistungsbericht, 20.10.37. Arendt hatte im Rahmen des „Stralauer Fischzugs“ 1936 bereits Erfahrungen mit Festzügen gesammelt. Vgl. Max Arendt, „Der große historische Festzug: ‚700 Jahre Berlin‘“, in: *Stralauer Fischzug. Berliner Volksfest an beiden Ufern der Spree im Olympia Jahr 1936. Programm.* (Berlin, 1936), S. 20–29.

141 LA, A Rep 001-02, 428, Niederschrift, 14.12.36, S. 7.

um die Qualität der Arbeit, denn die Festspielleitung wurde „unter Anlehnung an das honorierte *Streubel*’sche Manuskript“ an Hanns Niedecken-Gebhard übertragen.<sup>142</sup> Stets führte sich die „Zentrale“ der Jubiläumsorganisation als verlängerter Arm des Stadtpräsidenten auf.

Der Ausschuss organisierte die 700-Jahr-Feier in bürgerlicher Tradition. Die Festwoche bot das übliche Programm: ein fröhliches „Festkleid“ der Stadt, eine Ausstellung, eine feierliche Sitzung der Ratsherren mit anschließendem Empfang, ein historischer Umzug mit anschließendem Volksfest, ein Tag der Bezirke und einige Theaterspiele und Konzerte. Dieser traditionelle Kern wurde um nationalsozialistische Elemente ergänzt, wie eine Kranzniederlegung am Grabe Horst Wessels und SA-Sportwettkämpfe. Das Jubiläum der Reichshauptstadt unterschied sich vor allem dem Umfang nach von anderen Stadtjubiläen im Nationalsozialismus. Das glänzende Festspiel im Olympiastadion war zum Beispiel eine Berliner Zugabe, ebenso wie die vielfältige Versinnbildlichung des Berliner Hauptstadtcharakters im Fest.<sup>143</sup>

Lippert war die zentrale Gestalt der 700-Jahr-Feier. Er eröffnete die Veranstaltungen, empfing Geschenke und war als Stadtpräsident überall präsent. Ehrfürchtig unterwarf er sich stets dem „Führer“ und dem Gauleiter, doch weil es eine große nationale Beteiligung am Fest nicht gab, konnte er das Feld mit viel Propaganda selber besetzen. Doch die Parteigrößen waren unbeeindruckt. Goebbels schimpfte in seinen Notizen schon seit längerem auf seinen alten, zu „bürgerlichen“ Kampfgefährten, der nicht das „Format“ für die Reichshauptstadt habe: „Er ist aber unbelehrbar. Ob das auf die Dauer geht? Ich glaube kaum. Lippert ist ein kleiner Mann.“ Auch Hitler habe sich im Vorfeld „sehr scharf gegen Lippert und seine 700-Jahr-Feier“ geäußert. Zum Festanfang notierte Goebbels launisch: „Berlin hat sich zum 700 Jahrfest geschmückt. Sehr pompös, aber wenig geschmackvoll. Typisch Lippert“, und: „Großer Schmuck von Berlin. Eine wahre Feststadt. Die Zeitungen streuen Weihrauch auf Dr. Lippert. Der hat am wenigsten Verdienst daran. (...) Aussprache mit Speer. Über Berlins Baupläne. Auch er klagt sehr über Lippert.“<sup>144</sup> Allen war klar, dass die 700-Jahr-Feier Lipperts Projekt war. Aber selbstverständlich war der Stadtpräsident auf die Zustimmung und Mitwirkung der Berliner Bevölkerung angewiesen, um das Fest gelingen zu lassen. Nahm die Bevölkerung auch wirklich Anteil an dem Fest, das von Lippert ausging und das in der Forschung bislang als billiger „Mummenschanz“, als plattes „Kostümfest“ oder schlicht als „etwas piefig“ galt?<sup>145</sup>

---

142 LA, A Rep 001-02, Nr. 428, Bericht über die Besprechung am 2.4.37. Abschrift, S. 3, und Niederschrift über die Sitzung am 20.1.37, S. 3. Vgl. B. Helmich, *Händel-Fest und „Spiel der 10.000“*. Der Regisseur Hanns Niedecken-Gebhard (Frankfurt, 1989).

143 Ausführlicher zu den Details des Festprogramms: Falanga, *Berlin 1937*, S. 136–163, hier bes. 159–163. Vgl. für andere Stadtjubiläen in der NS-Zeit: Katrin Minner, „Zwischen Aufbruch und bürgerlicher Prägung. Ortsjubiläen in Sachsen-Anhalt und Westfalen im Nationalsozialismus“, in: Michael Ruck und Karl Heinrich Pohl (Hg.), *Regionen im Nationalsozialismus* (Bielefeld, 2003), S. 219–233; dies., „Städtische Erinnerung“; Alice von Plato, „Stadtjubiläen im Nationalsozialismus. Propaganda von oben oder Konsens von unten?“, *Die Alte Stadt* 28 (2001), 1, S. 30–39; Saldern, *Inszenierte Ereigniskeit*.

144 Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels: Sämtliche Fragmente, I: Aufzeichnungen* (München, 1998–2006), Bd. 3/II, S. 388 (23.2.37); Teil I, Bd. 4, S. 247 (3.8.37); S. 264 (14.8.37) und S. 265 (15.8.37). Zum Verhältnis zwischen Hitler und Lippert: Friedrich, *Die missbrauchte Hauptstadt*, S. 475–477.

145 Felix Escher, „Berlins 700-Jahr-Feier 1937“, S. 184 und 186; Friedrich, *Die missbrauchte Hauptstadt*, S. 477.

## Die „Intensität“ der 700-Jahr-Feier

Bei der Erforschung der Feier als ein gesellschaftliches und konsensstiftendes Ereignis kann man an eine Reihe jüngerer Studien anknüpfen, die städtische und regionale Fest- und Gedenkkulturen untersucht haben. Besonders das Instrumentarium, mit dem Werner Freitag im gelungenen Ausstellungsprojekt „Das Dritte Reich im Fest“ die „Intensität“ der Feste studiert, eröffnet nützliche Perspektiven.<sup>146</sup> Vielfältige Formen der Beteiligung und Zustimmung oder der Verweigerung und Passivität lassen laut Freitag auf die Erfahrung des Festes durch die Bevölkerung schließen – dabei bereiten positive Erlebnisse den Nährboden für die im Ritual transportierten Inhalte. Aus dieser Perspektive kann auch die 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt als „intensives“ Fest identifiziert werden, wie hier für drei Etappen zu zeigen ist.

Als wichtiges Untersuchungsfeld erweisen sich zunächst die *Festvorbereitungen*. Kreativität und Spontaneität in der Vorbereitung deuten auf Anteilnahme hin, strenge Durchführung einer standardisierten Festfolge auf Passivität. Können sich die Bürger an der Gestaltung beteiligen? Kommen Elemente aus der lokalen (Fest-)Tradition zum Zuge? Oder wird ein standardisiertes Programm vom Reich oktroyiert und schwindet so die Anteilnahme vor Ort? In Berlin liefen alle Fäden im Planungsausschuss Hübers zusammen, der das Programm unter Ausschluss der Öffentlichkeit gestaltete. Aber fehlte hier eine Interpretation, die die Vertraulichkeit dieser Runde als Beleg für die Nicht-Beteiligung der Bevölkerung wertete. Dass es 1937 im „Führerstaat“ für basisdemokratische Programmgestaltung „von unten“ keinen Platz gab, ist schließlich nichts Neues. Stattdessen sollte man die Anteilnahme der Berliner auf anderer Ebene suchen, denn die „Zentrale“ war auf deren vielfache Mitwirkung (nicht Mitbestimmung) angewiesen: etwa als Gestalter von Umzugswagen, beim kreativen Schmücken der Stadt oder einfach als begeisterte Zuschauer während des Festes selbst. Und hier wurde die Feier sehr „intensiv“ vorbereitet, wie im Folgenden das „bunte Festkleid“, der Blumenkorso und lokalfestliche Initiative belegen.

Das Schmücken der Stadt gehörte zu allen Ortsjubiläen dazu; Berlin bildete keine Ausnahme. In den Zeitungen wurde das „bunte Festkleid“ der Stadt hoch gelobt: „Unter den Linden und am Pariser Platz, auf der Charlottenburger Chaussee und an zahlreichen anderen Stellen sind bereits Hunderte riesiger Fahnenmasten errichtet worden, und Tausende von Fahnen und Wimpeln, Schleifen und Transparenten, fast unzählige Girlanden aus frischem Grün und Goldbändern sind hergestellt worden, um der Stadt ein festliches Gepräge zu geben.“<sup>147</sup> Doch der Schmuck blieb keinesfalls auf die pflichtmäßige Beflagung begrenzt. Wie Fotos belegen, waren zusätzlich viele Fenster von Wohnhäusern mit der Zahl 700 oder dem Berliner Bären verziert. Deshalb, so schrieb die *Morgenpost* eine Woche vor Festbeginn, „kann man hier und da schon ein festlich ausgeschmücktes Fenster sehen, vor dem man anerkennend stehen bleibt: ‚Donnerwetter, nicht unflott!‘“<sup>148</sup> Schaufenster präsentierten Mode aus vergangenen Jahrhunderten und in Konditoreien konnte man „das Brandenburger Tor, den Dom oder den Funkturm, alles schön aus Zuckerguß hergestellt, bewundern“.<sup>149</sup>

---

146 Werner Freitag, „Der Führermythos im Fest“.

147 *BMP*, 10.8.37, „Berlin legt sein Festkleid an“.

148 *BMP*, 6.8.1937, „Berlin macht sich schön“.

149 *VB*, 14. 8.1937, „Die 700-Jahr-Feier ‚steht‘“.



Geschmücktes Schaufenster zum Fest

Viele Berliner freuten sich auf das Ereignis und lieferten auf kreative Weise ihren Beitrag zur festlichen Kulisse. Erinnerungen an die Olympiade kamen auf – der Glanz der Spiele strahlte auf die 700-Jahr-Feier ab und weckte Vorfreude.<sup>150</sup>

Die Initiative der Berliner war auch bei einzelnen Festveranstaltungen gefragt. Am „Tag der Bezirke“ sowieso, aber auch auf zentraler Festebene. Hier war der vier Kilometer lange „Blumenkorso“ vom Adolf-Hitler-Platz (heute Theodor-Heuss-Platz) zum Alexanderplatz ein Medium bürgerlicher Selbstdarstellung. Es wurde ein Aufruf an „alle in Berlin ansässigen Wirtschaftsgruppen, Betriebe und Organisationen sowie alle Kraftwagenbesitzer“ verbreitet, sich „zu beteiligen und damit ihre Verbundenheit mit ihrer Vaterstadt in besonders schöner Weise zum Ausdruck zu bringen“.<sup>151</sup> Am fünften Festtag präsentierte Berlin sich selbst auf 300 Wagen, wobei Parteigliederungen den Rahmen bildeten, die einzelnen Wagen aber meist ohne kon-

kreten Bezug auf die NS-Herrschaft auskamen. Die Artefakte wurden vor einem großen Publikum durch die Stadt gefahren, darunter etwa „die Wasserwerke mit fahrbarem Springbrunnen“, „der Berliner Viehhof mit einem riesigen weiß-rosa Ochsen aus Astern“, „Lokomotiven, eine Rolltreppe aus Blumen, ein bezaubernder Riesenschuh, Kaffeekannen, Zigaretten“ – „Ganz Berlin rollt sozusagen blumengeschmückt zum Geburtstagsgruß herbei“.<sup>152</sup> Und wem kam dieser Gemeinschaftsjubel entgegen? Die Konzeption des Festes ließ darüber keinen Zweifel: Vor dem Deutschen Opernhaus nahm ein stolzer Lippert den Zug ab.

Ein weiterer Indikator für die Intensität der Festvorbereitungen ist bei Freitag der Lokalbezug der Feiergestaltung. In Berlin wurden 1937 mehrere lokale Festtraditionen in das Programm aufgenommen – oder solche, die es vermeintlich waren. An prominenter Stelle rangierte hier der „Stralauer Fischzug“, das Volksfest des ersten Fischfangs der Saison, bei dem traditionell ein Teil des Fanges dem Pfarrer der kleinen Spree-Gemeinde geschenkt wurde und anschließend ein rauschendes Fest stattfand. Dreißig Jahre nachdem der alte Brauch durch ständige Prügeleien untergegangen war, „erstand“ 1923 ein „Verein zur Erhal-

150 „Aber bereits jetzt verwandelt sich das Bild Berlins in einem Maße, wie man es bisher nur während der Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen beobachtet hat. Tausende fleißige Hände regen sich, um die Stadt in ein festliches Gewand zu kleiden“ (VB, 14.8.37, „Die 700-Jahr-Feier ‚steht‘“).

151 Etwa in der *BMP*, 31.7.1937, „Alle sollen sich beteiligen! Ein Aufruf Dr. Lipperts“.

152 *BLA*, 19. sowie 20.8. 37 (Abd.), „Mit dem grünen Bären durch Berlin“; „Berlins Geschichte und Leben in Blumen“.





Ansichtskarte: Festkleid des  
Roten Rathauses

tion des historischen Fischzuges von Stralau“. Für den wissenschaftlichen Unterbau der Vereinsziele hatten bekannte Stadthistoriker wie Paul Torge und Hermann Kügler verantwortlich gezeichnet.<sup>153</sup> Der Verein fand aber erst nach 1933 seriöse Anerkennung. Er synchronisierte seine Geschichte mit der NS-„Erhebung“ und erwarb die Schirmherrschaft von Lippert. Ähnlich wie andere „vergessene“ Rituale wurde der Stralauer Fischzug im Dritten Reich „wiederbelebt“, ja gar „zu dem Berliner Sommerfest“ gestaltet – ein Musterbeispiel für Eric Hobsbawms erfundene Traditionen.<sup>154</sup> Im Olympiajahr 1936 gab es vor großem (und vermutlich internationalem) Publikum eine aufwendige Aufführung. Max Arendt organisierte bereits hier einen kleinen historischen Festzug (übrigens in Zusammenarbeit mit

153 Hermann Kügler, „Der Stralauer Fischzug. Geschichte und Schicksale eines Berliner Volkfestes,“ *Niederdeutsche Zeitschrift für Volkskunde* 6 (1928), Heft 1, S. 44–61; Paul Torge, „Der Stralauer Fischzug“, in: *Stralauer Fischzug*, S. 3–8.

154 LA, A Rep 001-02, Nr. 428, Niederschrift über die Sitzung am 14.12.36, S. 4. Zur Synchronisierung der Geschichte des „Vereins zur Erhaltung des historischen Fischzuges“ mit jener des Nationalsozialismus: Schreiben des Vereins an Lippert, 26.1.1937, in: ebd., Nr. 249. Vgl. Eric Hobsbawm und Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition* (Cambridge, 1983).



Einer der BVG-Festwagen für den Blumenkorso



Viel Publikum beim Blumenkorso in Charlottenburg (Sophie-Charlotte-Platz)



Ansichtkarte: Idylle des Stralauer Fischzuges

dem 1937 nicht wieder einbezogenen Ernst Streubel) und man arbeitete mit einer Ausstellung an der Durchsetzung der „braunen“ Erzählung der Stadtgeschichte.<sup>155</sup> Zum Stadtjubiläum, ein Jahr später, fiel die Eröffnung des drei Wochen dauernden Rummels in Stralau mit der Ankunft des großen Festumzuges zusammen. Dies versah die 700-Jahr-Feier mit der Aura des Altberlinischen, auch wenn gar nicht gefischt, sondern vor allem getrunken und gefeiert wurde. Das eigentliche Ritual wurde als Abschluss des Stadtjubiläums nachgeholt: Morgens stach eine festliche Flotte in See und tagsüber wurde der gefangene Fisch auf einem traditionellen Kölnischen Fischmarkt verkauft. Lippert ernannte als Schirmherr die pro-

155 So wurde in der Abteilung „200 Jahre Berliner Geschichtsschreibung“ ein neuer Kanon gebildet, und „zum ersten Male in größerem Ausmaß der Versuch gemacht, die Literatur über die Vergangenheit Berlins kritisch zu sichten“ (...). „Zur Bekämpfung historischer Irrtümer“ sind daher einmal die ernsthaften und wertvollen älteren Geschichtsschreiber wie Clauswitz, Fidicin und Küster in ihren Werken zusammengefaßt und daneben die jüngeren Historiker wie Arendt, Torge und Kaerber in ihren Arbeiten und Forschungsergebnissen zu Wort gekommen.“ Kaerber war im Sommer 1936 eben noch nicht aus dem Diskurs ausgeschlossen – er hatte gerade seine Bürgerbücher publiziert –, und gehörte für die Ausstellungsmacher zu jener „Stadt-Berliner Geschichtsforschung“ noch fest dazu, „die in ihren Veröffentlichungen (...) alles daransetzt, um der Berliner Bevölkerung ein wirklichkeitstreuendes Bild des organischen Wachstums und der aus Raum und Landschaft natürlich bedingten Entwicklung Berlins zu erschließen.“ (Wolfgang Schöningh, „Die Ausstellung in Stralau: ‚Berlin in 7 Jahrhunderten‘“, in: *Stralauer Fischzug*, S. 9–15, hier S. 15.)



Der historische Festzug, aufgenommen vom Brandenburger Tor

duzierte Sympathie der Feiernden: Ihm wurde symbolisch der erste Fischfang des Jahres übergeben.<sup>156</sup>

Ein weiteres Beispiel für die lokalen Traditionen in der 700-Jahr-Feier gibt der alte Geselligkeitsverein der „Pankgrafen zu Berlin bey Wedding an der Panke“ her. Ihn nährte der Mythos, dass Wedding eigentlich älter sei als Berlin. Komplett mit Kostümen und eigenen Festformen hatten sich die lustigen Pankgrafen beim Organisationsausschuss gemeldet, um in den historischen Festzug aufgenommen zu werden. Dort herrschte aber strengste Seriosität, weshalb der Vorschlag „aus naheliegenden Gründen nicht in Frage“ kam.<sup>157</sup> Schließlich bekamen die Pankgrafen im Festprogramm einen eigenen Auftritt. Zwei Tagen vor dem Fest marschierten sie in vollem Ornat zum Amtsgebäude des Bezirks Mitte und hingen einen riesigen Fehdehandschuh auf. Der *Lokal-Anzeiger* spielte das

Spielchen mit: „Das Aussehen war gewaltig, denn die Pankgrafen kennt man ja. Querköpfe sind es, erklären einfach, Berlin habe kein Recht, die 700-Jahrfeier zu begehen, sondern höchstens der Wedding, die Stadt an der Panke.“<sup>158</sup> Die Fehde selbst wurde in der Festwoche im mittelalterlichen Kampf ausgetragen, ausgestattet mit Waffen, Papp-Mauern und kleinem Wald am Schlossplatz. Hier schlug Wedding die Berliner theatralisch in die Flucht. Vor dem Amtsgebäude fand darauf die Versöhnung statt, „denn die Pankgrafen tragen nichts nach, und Wohltun und Freundschaft werden bei ihnen groß geschrieben.“<sup>159</sup> Ohne den geringsten Bezug auf den Nationalsozialismus hatten sich die im Ritual Abtrünnigen in die Gemeinschaft wieder eingeordnet und diese somit bestätigt. Geschichte und Gegenwart reichten sich die Hand.

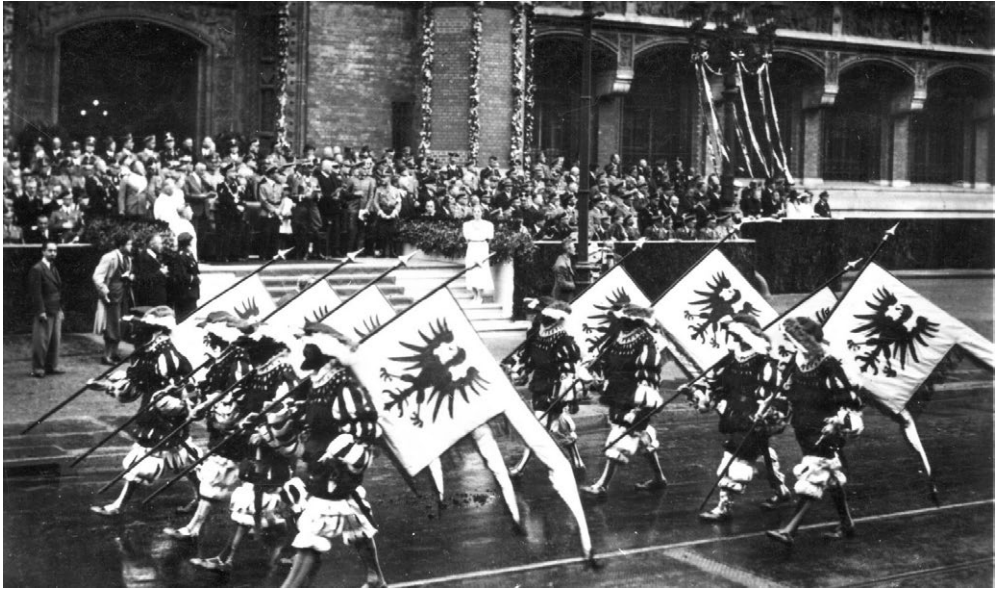
Werner Freitag misst die Intensität des Festes zweitens an der Beteiligung in der *Festwoche* selbst. Hier dienen vor allem Bilder als Quellenmaterial: Zeigen sie Zustimmung und Begeisterung oder Zwangmäßigkeit und Routine? Sind die Straßen gefüllt oder halb leer? Die Berichterstattung hatte dem Jubiläumsfest einen fruchtbaren Boden bereitet. Massen von Berlinern besuchten die Veranstaltungen. Alle lokalen Zeitungen kamen mit extra

156 *BLA*, 24.8.1937 (Abend), „Berlins Festabschluss: Stralauer Fischzug“.

157 *LA*, A Rep 002-01, Nr. 428, Niederschrift über die Besprechung vom 8.4. 1937 betr. 700-Jahrfeier, S. 6.

158 *BLA*, 14.8.37, „Pankgrafen-Fehde droht“.

159 *BLA*, 19.8.37, „Der Wedding erbeutete Berlins Schlüssel“; *DAZ*, 19.8.37, „Berlin aufs Haupt geschlagen“.



Ansichtskarte: Der historische Festzug vor der offiziellen Tribüne am Rathaus



Stadtpräsident Julius Lippert und NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels amüsieren sich (von rechts).



Der Festzug zieht an seinem Weg überall durch die Stadt viel Publikum an, wie hier am Schlesischen Tor (Kreuzberg). Schnappschüsse aus einer Wohnung für das private Fotoalbum.

dicken Sonderausgaben heraus; die Redakteure wetteiferten mit bunten Beilagen um die Publikungsgunst.<sup>160</sup> Broschüren und kleine Festprogramme wurden in hohen Auflagen verteilt. Es gab Musik, „Lindenbummel“, Tanz und Feier und immer wieder historische Kostüme. Alte Bräuche wurden „wiederbelebt“. Aber auch und gerade jene Festveranstaltungen, die wie der Festzug und das Festspiel sorgfältig inszeniert wurden, hatten enormen Publikumserfolg.

Der historische Festzug eröffnete das Jubiläum und war – wie üblich – der größte Publikumsschlager. Organisator Max Arendt hatte direkt nach dem „Münchener Tag der Deutschen Kunst“ im Juli festgehalten, „daß der Berliner Festzug dem Münchener Festzug – ohne Rücksicht auf Geld – nicht nachstehen dürfe. Ich wurde darauf hingewiesen, daß die Ausgestaltung des Berliner Festzuges möglichst pompös vorgenommen werden soll.“<sup>161</sup>

160 Vgl. *So Wuchs Berlin. Die Geschichte der Reichshauptstadt in zwölf bunten Kartenbildern. Eingeleitet und erläutert von Ludwig Sternaux. Überreicht vom Berliner Lokal-Anzeiger; Berlin ABC. Allerlei aus 700 Jahren Berlin. Ausgewählt von Adolf Heilborn. Kleines Angebinde der Berliner Morgenpost; Berliner Illustrierte Zeitung. Heimat Berlin. Sonderheft zur 700 Jahr-Feier der Reichshauptstadt* (alle August 1937); *Kraft durch Freude. Gau Berlin. Programm-Mitteilungen* 5 (1937), 8 (1. August, „700 Jahre Berlin“).

161 LA, A Rep. 001-02, Nr. 431, Vermerk Arendt, 17.7.37. Vgl. *Festzug 700 Jahre Berlin* (LA, A Rep. 001-02, Nr. 428).

4000 Männer und 300 Frauen boten laut Manuskript in 130 Bildfolgen die Stadtgeschichte dar. Die Zeitungen jubelten.<sup>162</sup> Bilder und Filme zeigten riesige Menschenmengen, die weder zur Anwesenheit gezwungen, noch zu bedeutungslosen Statisten routinemäßiger Veranstaltungen degradiert worden waren. Tausende hatten lange mit Spannung gewartet, und sie lachten, als die mittelalterlichen Ritter endlich vorbeimarschierten. Erst diese Begeisterung, so zeigt Werner Freitag, machte den Umzug zum Erfolg.<sup>163</sup> Auch der Festzug wurde von Lippert abgenommen, und vom Gauleiter Goebbels, der als Ehrengast zuvor eine feierliche Ratsherrensitzung eröffnet hatte.

Das Festspiel „Berlin in sieben Jahrhunderten seiner Geschichte“ im Olympiastadion wurde noch aufwendiger (und teurer<sup>164</sup>) inszeniert. Unter Mitwirkung von unter anderen 5000 Schulkindern wurden Streiflichter der Stadtgeschichte in Tanz und Musik aufgeführt. Das Olympiastadion bildete eine imposante Kulisse: Scheinwerfer folgten den hellen Kostümen durch das abendliche Dunkel. Hier wurden dem Zuschauer die Geschichte und Gemeinschaft Berlins auf eindringliche Weise nahegebracht.<sup>165</sup> Auch hier gibt es einen Beleg für die Annahme des Sinnangebots oder zumindest für das Interesse der Bevölkerung daran: Wegen der unerwartet hohen Besucherzahlen musste kurzfristig noch eine vierte Aufführung gegeben werden. Gespannt verfolgte die Berliner Bevölkerung im viermal ausverkauften Olympiastadion ihre nunmehr „eigene“ Vergangenheit.<sup>166</sup>

- 
- 162 „Schon in den frühen Vormittagsstunden strebten Tausende und aber Tausende hinein in die Innenstadt, um längs des Weges, den der Festzug anlässlich Berlins 700. Geburtstag nehmen sollte, Aufstellung zu nehmen. (...) Vom Brandenburger Tor bis hinunter zum Schloß eine Mauer von Menschen. Viele bewaffnet mit Hilfsmitteln wie Klappstühlen, Leitern, Ausguckspiegeln.“ (DAZ, 16.8.1937) Vgl. auch DAZ, 9.7.37, „DAZ-Unterredung mit Dr. Arendt: Der Festzug zur Berliner 700-Jahrfeier. Eine Regiesitzung zwischen Bücherreihen“.
- 163 VB, 16.8.1937, „700 Jahre Berlin im Bild“. Vgl. Freitag, „Der Führermythos im Fest“.
- 164 Das Festspiel war mit 600 000 RM die teuerste Veranstaltung (Festzug: 151 500 RM), es brachte aber durch den Kartenverkauf als einzige Veranstaltung mehr Geld ein: 650 000 RM. Das gesamte Jubiläum kostete zirka 1 400 000 RM („außerplanmäßig bewilligte Kosten“ im Etat). (LA, A Rep 001-02, Nr. 431).
- 165 Aus der „Regievorlage“: „Das Festspiel muss unter Verzicht auf die Darstellung einzelner historischer Begebenheiten versuchen, in klar gestalteten Symbolen und Allegorien den Geist der einzelnen Epochen zu versinnbildlichen. (...) Während der Festzug Einzelgeschehnisse und Einzelpersönlichkeiten nach historischen Jahresdaten bringen kann, sollen im Fest(spiel) die wichtigsten historischen Epochen in Massenbildern dargestellt werden. (...) Bei der Darstellung einzelner geschichtlicher Epochen wird angestrebt, altes Brauchtum wieder lebendig werden zu lassen (z.B. Gesellentänze und Schwerttanz im II. Bild, Erntetänze im IV. Bild). (...) Zur Erläuterung einzelner Bilder sollen durch einen Sprecher, der als ‚Herold‘ auftritt oder als ‚Ansager‘ unsichtbar bleibt, in knappen Worten (...) Sinn und Bedeutung der Vorgänge im Stadion gemeinverständlich angekündigt werden. (...) Besondere Bedeutung kommt der Musik zu. Chöre, von dem Musikpodium aus gesungen, Lieder der Darstellermassen, im Stadion selbst gesungen, wechseln mit Orchester- und Blasmusik sowie besonderen Fanfarenchören. Es wird Musik der einzelnen geschichtlichen Epochen mit heutiger Musik im Wechsel stehen.“ (Ebd., Nr. 428, H. Niedecken-Gebhard, „Berlin in sieben Jahrhunderten“, 6. Fassung, 1.6.37, S. 3ff.) Weitere technische und künstlerische Angaben bei: Helmich, *Händel-Fest und „Spiel der 10.000“*, S. 213–217.
- 166 Der Bericht von Hermann Kügler steht noch unter dem Eindruck des Erfahrenen und zeugt von der Wirkung der inszenierten Sinnwelt: „Großartige, überaus eindrucksvolle Massenszenen hielten die Zuschauer gebannt. Von den Marthontürmen erklangen Fanfaren; die Fahnen des Reichs und die Berliner Stadtflagge gingen hoch. Zu der Festmusik (...) zogen Heroldsgruppen des 13. bis 20. Jahrhunderts und Tempelritter ein. (...) Ein entsetzlicher Schrei ‚die Pest!‘ läßt das Lagervolk auseinander-“



Ansichtkarte:  
Ankündigung, des Festspiels

Drittens schließlich ist nach Vorbereitung und Durchführung die *Nachbereitung* des Festes für Freitag ein Indikator seiner Intensität.<sup>167</sup> Denn, so fragte bereits 1937 die *Berliner Morgenpost*, „was wäre ein Stadtfest ohne Erinnerungszeichen? – Ohne Ansteckbändchen, Plaketten und Fähnchen? Nichts! (...) Andenken sind Gesprächstoffmittler und erfüllen mit Stolz.“<sup>168</sup> Zeitungen regten Kinder an, den Festzug zu malen, und das Berliner Handwerk produzierte haufenweise Souvenirs zur 700-Jahr-Feier. Auch die Stadtverwaltung hielt die Erinnerung an das Jubiläum wach: Sie prägte eine Festmünze, gab eine Erinnerungsplakette

---

derstieben. Dies war das am meisten packende und erschütternde Bild, unvergeßlich in seiner grausamen Wirklichkeitsnähe. (...) Aus dem Folgenden sei noch der ‚Erntetanz nach altmärkischem Brauch‘ erwähnt und ‚Der endlose Zug der Regimenter des Weltkrieges‘, eine ergreifende Vorführung und erschütternd, als das Lied vom guten Kameraden aus der Ferne dazu ertönte.“ (Hermann Kügler, *Volkskunde* 15 (1937), Heft 3–4, S. 148–157, hier S. 156.)

167 Freitag, „Führermythos im Fest“, S. 14. „Spätestens am anderen Morgen beginnt die Erinnerungswürdigkeit des Festes: Fotoalben, Presseartikel und Schmuckwagen an zentralen Plätzen belegen den Erfolg des Festes.“

168 *BMP*, 12.8.1937: „Andenken und Erinnerung“.





Schlussbild des historischen Festspiels

heraus, eröffnete nach dem Fest einen öffentlichen „Geburtstagsstisch“ im Rathaus und publizierte noch 1938 ein Fotobuch zum Fest.<sup>169</sup> Das Jubiläum hatte sich auch bleibend auf die Berliner Museumslandschaft auswirken sollen. Doch der von Lippert am Ende der Festwoche kurzerhand angekündigte Ausbau des Märkischen Museums wurde durch Kompetenzgerangel und Krieg nie realisiert.<sup>170</sup>

Werner Freitag befand, dass Ortsjubiläen im Gegensatz zu vielen Standardfesten des NS-Festkalenders („Erntedanktag“, „Tag von Potsdam“, „Führergeburtstag“, „Tag der Macht ergreifung“) gerade in der Konsolidierungsphase der NS-Herrschaft sehr intensiv begangen wurden, lässt sich anhand der 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt bestätigen.<sup>171</sup> Sie stellt sich als ein erlebtes Fest dar, das viele zur Beteiligung und Anteilnahme mobilisierte. In einigen Fällen wurden örtlichen Gruppen Freiräume zur Selbstentfaltung überlassen (Stralauer Fischverein, Pankgrafen). Obwohl Lippert die Fäden fest in der Hand hielt, hätte das Fest ohne eine solche Beteiligung der Berliner kein „intensives“ Fest werden können. Auf

169 *BMP*, 26.8.1937: „Berliner Jugend und die 700-Jahr-Feier. Erlebnis und Gestaltung – Kinder zeichnen den Festzug“; Egenhart Kalanke, *Die 700-Jahrfeier der Reichshauptstadt im Bild* (Berlin, 1938.), zum Geleit sprach Lippert von den „wertvollen Erinnerungen an die glanzvollen und schönen Tage“ der Festwoche.

170 Andreas Teltow, „Das Märkische Museum in Platznot. Die Planungen für einen Erweiterungsbau in den Jahren von 1937 bis 1939“, *Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin* 6 (2001), S. 13–31.

171 Freitag, „Der Führermythos im Fest“, S. 42.

dieser Grundlage können nunmehr die Inhalte, die im Fest transportiert wurden, im Einzelnen untersucht werden: Die 700-Jahr-Feier konstruierte in aller Öffentlichkeit die Volksgemeinschaft der Reichshauptstadt und etablierte eine nationalsozialistische Version ihrer Geschichte. Das Fest erweckte den Eindruck, dass man die Stadt in „wiederbelebter“ historischer Kontinuität feierte, und nicht vorrangig das Dritte Reich und den Bruch von 1933. Dass aber unter der Hand die beiden Bezugsebenen verschmolzen, war der Erfolg der städtischen Führerschaft.

## Die Berliner Volksgemeinschaft

Die Beschwörung der Berliner „Volksgemeinschaft“ stand im Zentrum der 700-Jahr-Feier. In den Kundgebungen fehlen weitgehend Töne der Ausschließung, vielmehr bot das Jubiläum der Heimatstadt eine Gelegenheit zur Integration *aller* Berliner, die Lippert bewusst auch so wahrnahm. Gewiss lag in den Begriffen „Volksgemeinschaft“ und „Volksgenossen“ selbst bereits ein hohes exklusives Potential, doch in der Öffentlichkeit des Festes wurde dieses Potential – mit Ausnahme des Antisemitismus – kaum angesprochen. „Die Liebe zur Heimat und zum Volkstum, die Achtung vor der ehrwürdigen Tradition und das Bewußtsein volksgemeinschaftlicher Verbundenheit werden diese Festwoche tragen“, verkündete Lippert im Festprogramm. „Der ethische Wert und der tiefe Sinn der Festwoche liegt darin, daß jedem Volksgenossen damit der Weg in die Volksgemeinschaft bereitet wird.“<sup>172</sup> Ähnlich wurde das große Festspiel im Olympiastadion präsentiert: „Das Festspiel ist ein Spiel des Volkes für das Volk, Zehntausende spielen für Hunderttausende. Möge es alle zusammenschließen zu einer wahrhaft freudig bewegten und festlich erhobenen Gemeinschaft.“<sup>173</sup>

Auch Goebbels nahm dieses Zusammenwachsen für sich in Anspruch: „Es ist uns gelungen, in knapp zehn Jahren aus dieser nach Moskau einst rötesten Stadt der Welt wieder *eine wahrhaft deutsche Stadt* zu machen.“ Mit seiner Festrede war eine scharfe Kritik an der chaotischen Metropole der 1920er Jahre verbunden. „Wer an diesem Tage durch die Straßen unserer Stadt fährt und Zehntausende, ja Hunderttausende von fröhlichen, optimistischen und begeisterten Menschen sieht, dem geht eine Ahnung davon auf, dass unsere Aufgabe nicht nur eine wirtschaftliche, eine politische oder nur eine soziale gewesen ist, sondern dass es vielmehr eine *Aufgabe am Menschen* war, dass wir nicht nur diese Stadt in ihrem äußerlichen Bild, sondern dass wir sie geändert haben auch in den Menschen aller Schichten. Vor allem, dass der üble Beigeschmack, den man sonst im Lande empfand, wenn von Berlin oder vom Berliner die Rede war, nun geschwunden ist, daß wir Berlin von diesem üblen Ruf befreit haben“. Damit war der Gauleiter einer der wenigen, der die neue Volksgemeinschaft explizit vom Gegner abgrenzte. Er machte für das Chaos der „Systemzeit“ nicht die Berliner selbst, sondern „eine *parasitäre jüdische Oberschicht*“ verantwortlich, die nunmehr „beseitigt“ worden sei. Das neue Identitätsangebot war deutsch und historisch. Es stünde der Bevölkerung jetzt nichts mehr im Wege, neu anzuknüpfen an „das, was am Berliner gut und

---

172 Lippert, „Zum Geleit!“ in: *700 Jahre Berlin. Festfolge*.

173 Hanns Niedecken-Gebhard, „Zum Ausklang“ („Bildfolge des Festspiels ‚Berlin in Sieben Jahrhunderten deutscher Geschichte‘ im Olympia-Stadion“), in: *700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt. August 1937. Unter der Schirmherrschaft des Gauleiters Reichsminister Dr. J. Goebbels. Folge der Feier vom 14. bis 22. August*. (Berlin, 1937).

sympathisch ist, nämlich sein *Fleiß*, seine *Tüchtigkeit*, seine *Lebensbejahung* und seinen *Lebenshumor*, seinen *Lebensoptimismus* und seinen *Lebenswitz*, seine *Beweglichkeit* und seine *Disziplin*, seine Hinneigung zu *soldatischen Eigenschaften* und Tugenden“. Und deshalb freute sich Goebbels auch, „das 700jährige Bestehen für die ganze Stadt, von dem sich niemand ausschließt, feiern zu können.“<sup>174</sup>

Die Vorstellung der „Volksgemeinschaft“ band die Stadtbevölkerung auch über Berlin hinaus in das Dritte Reich ein. Die Verbindungen zwischen der Hauptstadt und dem Reich sowie zwischen „Volk und Führer“ waren in der 700-Jahr-Feier ein entscheidendes Moment der Inszenierung. So überbrachten die deutschen Gaue und Gemeinden ihrer Reichshauptstadt Geburtstagsgrüße, die zur Eröffnung des Jubiläums feierlich verlesen wurden, und als Antwort ließ Berlin 20000 Tauben aufsteigen, die „die Grüße der Reichshauptstadt in alle deutschen Gaue tragen“ sollten. Außerdem wurden zahlreiche Besucher aus ganz Deutschland erwartet: „Die vielen Tausende, die aus allen Gebieten des Reiches kommen, werden voll und ganz von den Darbietungen begeistert sein.“<sup>175</sup> Aus den ursprünglichen Plänen, die gesamte Reichsregierung als Gast zum Fest einzuladen, wurde allerdings nichts, jedoch zollten in Trachten gehüllte Vertreter der deutschen „Stämme“ ihren Tribut.<sup>176</sup> Und obwohl auch der „Führer“ selbst nicht am Fest teilnahm, wurde Berlins Verbundenheit und Dankbarkeit ihm gegenüber in Veranstaltungen mehrmals ausgedrückt. Hitler übersandte der Stadt seine Glückwünsche und Lippert schickte ein Berliner „Danktelegramm an den Führer“.<sup>177</sup> Die *Morgenpost* wollte „mit Adolf Hitler in das achte Jahrhundert“ der Stadtgeschichte und bei der Ausstellungseröffnung wurde Hitler als der Mann gefeiert, „dem wir letzten Endes auch diese Schau verdanken.“<sup>178</sup>

Trotz solcher Bekundungen ist es nicht zu übersehen, dass die 700-Jahr-Feier nicht die kommunale Ebene überstieg. Es ging nur um Berlin. Seine Stadtgemeinschaft wurde im Fest aus ihren zahlreichen Einzelgruppen zusammengeschweißt, indem diese jeweils ganz direkt angesprochen wurden. Der Ausstellungsführer stimmte ein Loblied auf das Handwerk in Geschichte und Gegenwart an, womit die Berliner Selbständigen unmittelbar für die neue Zeit in Anspruch genommen wurden.<sup>179</sup> Für Schulkinder gab es neben einem Vormittag schulfrei eine Broschüre über die Stadtgeschichte. „Jedes Berliner Kind soll sich als das Glied einer großen Familie fühlen, es soll wissen, was Berlin ist und wie es geworden ist, es soll stolz sein auf die Geschlechter, die vor ihm an dieser Stätte gearbeitet und gekämpft

---

174 VB, 16.8.37, „Ehrenschild Berlins für Dr. Goebbels“, S. 5.

175 BLA, 14.8.37, und VB, 14.8.37.

176 BLA, 23.8.37, „20 000 Brieftauben bringen Berlins Grüße“; LA, A Rep 002-01, Nr. 428, Niederschrift über die Sitzung am 14.12.36, S. 6.

177 VB, 16.8.37, „Danktelegramm an den Führer“.

178 BMP, 15.8.37, „Mit Adolf Hitler in das achte Jahrhundert“, VB, 15.8.37, „Beginn der Berliner Festwoche“.

179 „Mag die industrielle Front im letzten Jahrhundert zeitweise den Blick auf das Handwerk verdeckt haben, es steht, arbeitet und leistet wie alle Zeit und im Dritten Reich freudiger und gemeinschaftsbewußter als je zuvor.“ „Wenn die Betriebe des ehrsamem ‚Handwerks‘ vielleicht auch nur wenig mit großen Auslagen oder blendenden Lichtreklamen in Erscheinung treten – das deutsche Handwerk lebt und arbeitet im Sinne unserer Zeit auch im 700jährigen Berlin wie es seit sieben Jahrhunderten bereits gelebt und zum Nutzen aller an der Entwicklung Berlins mitgewirkt hat.“ (*Amtlicher Führer durch die Freigeländeschau am Funkturm ,700 Jahre Berlin‘ (Berlin, 1937)*, iii-v.

haben, um ihm die Heimat zu schaffen.“<sup>180</sup> Auch an die älteren und bedürftigen Berliner war gedacht worden.<sup>181</sup> Das Stadtjubiläum diente der Integration aller Gruppen in die national-sozialistische Volksgemeinschaft der Reichshauptstadt.

Das galt auch für die unteren Schichten der Bevölkerung, denn, so berichtete Hermann Kügler, „eine Jubelfeier, an der das Volk weithin teilhaben soll, kann nicht nur ernsthafte hohe Kunst bieten; denn dann kommt nur wieder allein die Oberschicht auf ihre Rechnung.“<sup>182</sup> Im Organisationsausschuss hatte Hüber aber davor gewarnt, „dass die Feier in keinen Jahrmarktrummel ausarten dürfe.“ Er war deshalb „gegen die vorgeschlagene Schaffung eines Volksbelustigungsplatzes“.<sup>183</sup> Stattdessen wollte der Ausschuss den Rummel unter Kontrolle halten, wofür sich eben der Stralauer Fischzug anbot. Indem der Festzug nach Stralau geführt wurde, wo er sich im traditionellen Volksfest auflösen sollte, wurde der Rummel in Altberliner Gestalt sinnvoll in das Gesamtprogramm eingebunden.

Ähnliche Überlegungen galten der Integration der einzelnen Bezirke in das Gesamtbild der Volksgemeinschaft. Denn auch die Kommunen, die 1920 eingemeindet worden waren, sollten die Gelegenheit bekommen, sich im Stadtjubiläum auf ihre lokale Identität zu besinnen. Aus dem üblichen Reservoir von Musikkapellen, Feuerwerk, Sport-, Tanz-, und Schützenfesten setzten die Stadteile ihr feierliches Programm zusammen. Bisweilen hob eine Ausstellung oder ein Umzug ihre stolze Geschichte hervor und „vertiefte“ so den „Heimatgedanken“.<sup>184</sup> Doch auch hier musste sorgfältig geplant werden. Denn der „Heimatgedanke“ auf Bezirksebene konnte nur allzu leicht in den gefürchteten „Separatismus“ der Stadteile ausufern, die ja erst 17 Jahre zuvor von Berlin geschluckt worden waren. Also sollten die Bezirksfeste, wie Hüber ausführte, „nicht unter dem Motto des Eigenlebens der Bezirke“ stehen, sondern nach dem Leitwort „wir alle gehören zur großen Mutter Berlin“ gestaltet werden.<sup>185</sup> Trotzdem sah Hüber Bestrebungen verschiedener Bezirke, „eigene Großveranstaltungen aufzuziehen, so dass damit den eigentlichen Festveranstaltungen Abbruch getan“ werde.<sup>186</sup> Andere Bezirke wurden wiederum ob ihrer mageren Programme gerügt, manche wussten überhaupt nichts anzufangen oder hatten schlicht kein Geld für ein Fest. Bei dem bunten Programm am „Tag der Bezirke“, das aus diesem typischen Organisationschaos hervorging, hing letztlich vieles vom Engagement vor Ort ab. Doch unter dem

---

180 Julius Lippert, „Zum Geleit“, in: Hans Grantzow, *700 Jahre Berlin. Im Auftrage der Stadtverwaltung dargestellt* (Berlin, 1937), S. 2.

181 Kügler, „Volkskundliches“, S. 151: „In 25 Droschken wurden die über 75 Jahre alten Berliner und Berlinerinnen nach den ‚Zelten‘ gefahren. In Zelt 1 gab es Kaffee und Kuchen, und Alfred Stein erfreute den Lebensabend durch Darstellung von Berliner Typen.“ Und „Steglitz bewirtete 250 Bedürftige und Kinderreiche im Schlosspark Lichterfelde“.

182 Kügler, „Volkskundliches von der 700-Jahrfeier“, S. 150f.

183 LA, A Rep 002-01, Nr. 428, Niederschrift über die Sitzung am 14.12.36, S. 4f.

184 Vgl. insbesondere die über 100-seitige Broschüre: Bezirksverwaltung Weißensee (Hg.), *Festschrift „700 Jahre Weißensee“ 1937* (Berlin, 1937). Weiter: *BLA*, 17.8.37: „Lebendiger Heimatgedanke. Die sehenswerten Ausstellung der Bezirke Wedding und Pankow“; *BLA*, 18.8.37: „700jährige Geschichte wird Erlebnis“ (zu Weißensee).

185 LA, A Rep 002-01, Nr. 428, Niederschrift über die Sitzung am 14.12.36, S. 4. Von „Separatismus“ war bei zunehmenden Schwierigkeiten im Mai 1937 die Rede: ebd., Bericht über die Bürgermeisterbesprechung betr. Die Ausgestaltung des Tages der Bezirke, 19.5.37, S. 2.

186 LA, A Rep 002-01, Nr. 428, Bericht über die Besprechung am 2.4.37, S. 2. Vor allem Mitte trieb es zu bunt, das einen anspruchsvollen Programmwurf vorlegte, der sich zu Hübers Ärger über die ganze Woche erstreckte.

Strich feierten die Stadtteile das Jubiläum mit und bestätigten so die Einheit der Reichshauptstadt.

Wie in der Berliner Geschichtsforschung, so war das Denkbild der städtischen Volksgemeinschaft auch im Jubiläum mit einer historischen Dimension versehen. „Wie jeder einzelne stolz sein möge auf seine Vorfahren, so soll er es auch werden auf diejenigen, die in der großen Familie der Berliner vor ihm gestrebt haben“, verkündete Lippert in jener Broschüre, die zeigen sollte, „wie aus kleinen und bescheidenen Anfängen durch Fleiß, Tatkraft und Opfersinn Großes entstehen kann. Das mag jedem ein Ansporn für das eigene Leben sein!“<sup>187</sup> Solche Tugenden der Berliner waren für Goebbels oder Lippert in der Volksgemeinschaft historisch verbürgt: „Und da eine Stadt, genau so wie jedes andere organische Wesen, sein Leben lebt gemäß dem Gesetz, nach welchem es angetreten ist, so ist die Geschichte Berlins bis in die jüngste Zeit hinein erfüllt gewesen von *Kampf*.“<sup>188</sup> Der Nationalsozialismus erschien hier als jene befreiende Instanz, die Berlin wieder den Weg zu seinem Selbst gebahnt hatte. Und so konnten Alt-Berlin und Drittes Reich verschmelzen.

## Das alte Berlin im Dritten Reich

Die inhaltliche Darstellung der Stadtgeschichte war beim Jubiläum nur indirekt vom Stadtpräsidenten bestimmt worden. Zwar kontrollierte Lippert persönlich die Drehbücher des Festzugs und des Festspiels, doch deren Machart beeinflusste er vor allem durch Personalauswahl. Der Chefhistoriker für das Jubiläum war vielmehr Max Arendt, der die historischen Veranstaltungen betreute und auch anregte, „über die jetzt in der Presse erscheinenden historischen Artikel eine gewisse Zensur auszuüben, weil diese Artikel teilweise völlig unsachverständig zusammengestellt sind.“<sup>189</sup> Den Festzug gliederte er in drei Teile: Der erste brachte die Geschichte des Stadtkerns, dann folgte die Geschichte der Bezirke und schließlich im dritten Teil die Gliederungen des „neuen Deutschland“. Und nur beim dritten Teil zeigte Lippert für den Inhalt ein spezielles Interesse. Daher sicherte sich Arendt bei verschiedenen Verbänden, die mitmarschieren wollten, immer nach oben ab. Der „von irgendeiner Seite gemachte Vorschlag (...), 50 ‚Kommunisten‘ im Festzug mitmarschieren zu lassen“, wurde weggelacht, und auch einen Antrag ehemaliger Freikorps wies Lippert zurück: „Abgelehnt! Mit dem gleichen Recht könnten auch andere Vereine mit nationaler Vergangenheit die Teilnahme erzwingen.“<sup>190</sup> Hier reagierte Lippert entschieden, denn ob-

---

187 Lippert, „Zum Geleit“, in Grantzow, *700 Jahre Berlin*.

188 VB, 16.8.37, „Festansprache Dr. Lipperts“.

189 LA, A Rep 002-01, Nr. 428, Niederschrift über die Besprechung vom 8.4.37, S. 3.

190 LA, A Rep 001-02, Nr. 429, Korrespondenz Arendt, Hüber und Lippert, 31.7. und 2.8.37. Es ging im ersten Fall um das Revolutionsmuseum: „Mit der Bitte um Entscheidung. Es erschien Herr Oberregierungsrat Schade vom Revolutionsmuseum und bat, das Revolutionsmuseum in irgend einer Form zur Mitwirkung am Festzuge heranzuziehen. Nachdem ihm der voraussichtliche Aufbau des dritten Teiles des Festzuges mitgeteilt worden war, schlug er vor, 50 Man in Rotfront-Uniformen mit Fahnen vor der S.A. einzugliedern. Die Uniformen wollte er selbst beschaffen. Mit Rücksicht darauf, dass der Festzug höchstwahrscheinlich von vielen Ausländern gesehen und von ausländischen Pressevertretern fotografiert werden wird, und die Gefahr besteht, dass die Mitwirkung dieser Gruppe bewusst oder unbewusst missverstanden wird, konnte ich dem Vorschlag des Herrn Oberregierungsrat Schade nicht zustimmen. Ich bitte daher, baldmöglichst eine Entscheidung über die Beteiligungswünsche des Revo-

wohl die Repräsentation der Vergangenheit insgesamt relativ zwanglos verlief, berührte diese Frage den ersten von zwei Kernpunkten des NS-Geschichtsbildes: die Kampfzeit der nationalsozialistischen Bewegung.

Die „Zeitgeschichte“ Berlins begann dort, wo die meisten historischen Darstellungen aufhörten – in etwa mit der Reichsgründung 1871. Im Zentrum stand aber der Weltkrieg. In knappen Zügen wurde als Negativfolie manchmal auch das „Inferno“ des „roten Berlin“ skizziert, doch der Totenkult um die Kriegsgefallenen stiftete den Grundkonsens. Bevor das Fest am Samstag begann, hielt die Reichshauptstadt zu ihren Ehren inne. Am Freitag, dem 13. August, wurde im Rathaus eine neue Ehrenhalle für „die im Weltkrieg und für das Dritte Reich gefallenen Kameraden der Stadtverwaltung“ eingeweiht. Zwischen den Toten der Front und der Berliner Straßenkämpfe entstand ein ehrenhaftes Band. „Es sind zwölftausend Beamte, Arbeiter und Angestellte – für eine einzige Verwaltung eine erschütternde Zahl“, schrieb Kügler.<sup>191</sup> Hier wurde historischer Sinn produziert, die traumatischen Erfahrungen wurden als Heldengeschichte in die neue Identität Berlins eingegliedert. Es folgten Kranzniederlegungen am nationalen Ehrenmal und am Grabe Horst Wessels.

Am Schluss jeder historischen Festveranstaltung wurde der Nationalsozialismus dargestellt. Der Festzug endete mit Parteigliederungen, die Ausstellung mit einem Wandgemälde des „Eroberers von Berlin“ und das Festspiel mit einem von Hunderten dargestellten Hakenkreuz im Olympiastadion. In Reden von Lippert und Goebbels wurde stets die neue Zeit als Befreiung beschworen, und der Sieg wurde noch dadurch bestärkt, dass er ausgerechnet im „roten Berlin“ schwer errungen worden war. Zeitungsaufsätze zeigten in Artikeln, „wie das Scheunenviertel endlich verschwand“ oder wie Goebbels seine „Eroberung von Berlin“ meisterte.<sup>192</sup> Gegen die übertriebene Mythologisierung dieses letzten Mythos erhoben eifrige Berliner Nationalsozialisten allerdings Einspruch, weil der Nationalsozialismus für sie „die Reichshauptstadt nicht von außen her, sondern von innen erobert hat.“<sup>193</sup> Hier stemmte sich lokaler Stolz zwar gegen die nationale Erzählung, aber er legitimierte so noch stärker die NS-Herrschaft in Berlin.

Das zweite Thema, das dem Nationalsozialismus neben der Zeitgeschichte besonders am Herzen lag, bildete die vorgeschichtliche Periode bis zur Stadtgründung. Es war das einzige Mal, dass sich Goebbels in die Geschichtsdarstellung direkt einmischte: „Es empfiehlt sich nicht, bei den Veranstaltungen anlässlich des 700-jährigen Stadtjubiläums der Reichshauptstadt (Ausstellung, Festzug, Ansprachen, Presse- und Schrifttum) auf die slawische bzw. wendische Vergangenheit der Reichshauptstadt näher einzugehen.“<sup>194</sup> Nötig war dieser

---

lutionsmuseums herbeizuführen, und empfehle im Interesse eines harmonischen Ablaufs des Festzuges den Antrag abzulehnen, obgleich angeblich das Gaupropaganda-Amt gegen eine Beteiligung nichts einzuwenden hat.“ (Arendt an Hüber, 2.8.37, Ebd.)

191 H. Kügler, *Volkskundliches von der 700-Jahr-Feier*, S. 152. Vgl. Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945* (Vierow bei Greifswald, 1996).

192 *BMP*, 15.8.37: „Das Schicksal eines Platzes. Wie das Scheunenviertel endlich verschwand“.

193 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 399.

194 „Dies ist bei den bisherigen Veröffentlichungen in der Presse, z.B. im „Völkischen Beobachter“ auch vermieden worden. Wenn auch in historischen Veröffentlichungen die vorübergehende Besiedlung Ostdeutschlands durch Slawen nicht geleugnet werden soll, so dürfte die besondere Unterstreichung dieser Vorgänge bei mehr repräsentativen Veranstaltungen, die sich zum Teil auch an Ausländer

Hinweis für die Fachleute kaum, denn bereits in den 1920er Jahren hatte ja die lokale Geschichtswissenschaft die Gründung und Geschichte der Stadt für das Deutschtum gesichert. Dennoch hielt sich nach wie vor die Legende vom wendischen Ursprung Berlins hartnäckig. „Glauben Sie nicht mehr, daß Berlin aus wendischen Fischerdörfern entstanden ist!“, rief Arendt den Berlinern zu, „Berlin ist von Anfang an eine bewußt deutsche Stadtgründung gewesen und hat in frühester Zeit sein gut Teil dazu beigetragen, daß das Deutschtum in den wiedergewonnenen Gebieten festen Fuß fassen und weiter vordringen konnte. Wie sie wissen, es hat eine Zeit gegeben, in der unser blankes Wappenschild verdunkelt war, Berlin kaum noch eine deutsche Stadt zu sein schien, aber diese trübe Zeitspanne ist überwunden, schon fast vergessen“.<sup>195</sup> Das Thema entlockte sogar Lippert einen historischen Beitrag, den er als „Unterredung“ in allen Zeitungen abdrucken ließ. „Nachdem eine unvoreingenommene Forschung aber die Planmäßigkeit auch dieser deutschen Städtegründung einwandfrei erwiesen hat, ist es endlich einmal an der Zeit, das alte Märchen vom wendischen ‚Fischerdorf‘ als der Kernzelle Berlins endgültig verschwinden zu lassen. Wird nämlich das Tor einmal aufgestoßen, das vor der Gründung Berlins scheinbar die Vergangenheit abschließt, dann flutet um so heller das Licht, und wir blicken hinein in die lebensvolle Kindheit unseres Volkes. Ugermanischer Siedlungsboden war das Gebiet der Reichshauptstadt durch Jahrtausende.“ Lipperts Ausführungen werden demonstrativ wissenschaftlich beglaubigt, indem er „höchst interessante Bodenfunde im näheren Grenzgebiet Berlins“ bei Cablow ansprach und seine „spontane“ Entscheidung bekannt gab, „mit Hilfe städtischer Mittel dort umfassende Ausgrabungen (...) durchführen zu lassen, mit denen schon in nächster Zeit begonnen wird“.<sup>196</sup> Während der 700-Jahr-Feier berichteten die Zeitungen über die Ausgrabungen, die von Gandert geleitet wurden und die noch im Zweiten Weltkrieg als Unterrichtsmaterial in Schulen dienen sollten.<sup>197</sup> Die lange Kontinuitätslinie vom ersten Menschen in diesem Raum bis zum „Tausendjährigen Reich“ war ein typisch nationalsozialistisches Motiv.

Außer diesen beiden Säulen der Vor- und der Zeitgeschichte bot die 700-Jahr-Feier inhaltlich kaum ein kohärentes Geschichtsbild dar. Vielmehr war es der gemeinsame Stil, der die Geschichtserfahrungen im Jubiläum zusammenband. Denn in den großen Veranstaltungen wurde Geschichte vor allem „wiederbelebt“ und dem Volke „nahe gebracht“. Die Freiluftausstellung am Funkturm wurde wie Festzug und Festspiel als eine Erlebnisattraktion organisiert.<sup>198</sup> Lippert erläuterte bei der Eröffnung, „daß der Nationalsozialismus grundsätzlich (...) eine tote und nur gelehrsame Darstellung der Vergangenheit ablehnt; denn für die Menschen unserer Zeit bedeutet Geschichte das Leben unseres Volkes und unserer städtischen Gemeinschaft im immerwährenden Ablauf der Geschlechter. (...) Darum verzichtet die Schau absichtlich darauf, ein lückenloses Bild der 700 Jahre zu geben. Sie will dafür um so einprägsamer darstellen, was an der Vergangenheit uns heute noch interessant und für die Entwicklung wichtig erscheint.“<sup>199</sup> Maßstäbe im „historischen Kabinett“ am Funkturmge-

---

wenden, untunlich sein.“ Goebbels zit. nach: Reichsminister Frick an Lippert, 1. Juli 1937, in: LA, A Rep. 001-02, Nr. 429.

195 Festzug 700 Jahre Stadt Berlin, S. 1.

196 *BMP*, 8.8.1937, „Das Märchen vom ‚Wendischen Fischerdorf‘“.

197 Die „Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht“ wollte für Schüler eine Farbaufnahme der Ausgrabungen machen. (LA, A Rep Pr Br 057, 204/7, Reichsanstalt an Lippert, 8.4.40.)

198 Vgl. Falanga, *Berlin 1937*, S. 139–145.

199 *VB*, 15.8.1937, „Die feierliche Eröffnung des Ausstellung am Funkturm“.

lände waren das Erstaunen und die Begeisterung. Viele Zuschauer konnten zwischen feierlicher Außeralltäglichkeit und Geschichte der Stadt gar nicht mehr unterscheiden, so dass der Beifall am Ende dem Ganzen galt: dem Fest, dem guten Wetter, der historischen Stadt und Goebbels, „dem Eroberer von Berlin“.<sup>200</sup>

Eine bestimmte Art von „Living History“ manifestierte sich hier und bei den anderen historischen Momenten der 700-Jahr-Feier. Es überwog 1937 das Bedürfnis, das Vergangene „wiederzubeleben“; Geschichte musste zum Anfassen sein und möglichst „wirklichkeitsnah“ nachgebildet werden. Kulissen wurden aufgebaut und zahllose Kostüme angefertigt. Bürger zogen Anzüge früherer Modeepochen an und gingen damit auf den „Lindenummel“. Alte Fahrzeuge fuhrten herum, und mittelalterliche Werkzeuge wurden hervorgeholt und in Schaufenstern ausgestellt. An dieser Geschichtswelle konnten sich alle beteiligen. Die Pankgrafen etwa versprachen, dass ihre Darbietungen „geschichtlich wahr und künstlerisch wertvoll sein“ würden.<sup>201</sup> Beim Festzug und Festspiel staunte man, wie „echt“ und „lebensecht“ alles aussah – man wollte die „geschichtliche Eindringlichkeit“.<sup>202</sup> Zentral stand in dieser historischen Deutungswelt also das nicht scharf definierte „alte Berlin“, das bereits in den 1920er Jahren in der städtischen Geschichtskultur zum Vorschein gekommen war. Inhaltlich konnte Geschichte damit fast beliebig praktiziert werden, so lange Berlin deutsch erschien. In Festspiel, Festzug und der Freigeländeschau wurden allerdhand Bräuche und Bilder aus der „alten Berliner Zeit“ dargestellt. Es erschienen reihenweise historische Ansichtskarten und Bücher mit Titeln wie *Das alte Berlin* oder *Das unbekannte Berlin*.<sup>203</sup>

---

200 Der heitere Bericht Küglers könnte dies verdeutlichen, denn noch in der Rückschau wird er von seinen Eindrücken eingefangen: „Die Freigeländeschau war eine der schönsten Ausstellungen, die jemals dort stattgefunden haben. Der Besucher durchschritt einen Ehrenvorplatz und betrat zwei Freitreppen aus Naturstein. Oben stand eine Nachbildung des Halleschen Tores (...). Stadtsoldaten in echter Uniform hielten Wache. Dann ging man durch einen Barockgarten im Stile des alten Lustgartens (...) auf das ‚Historische Kabinett‘ zu. Vor dem Eingang hing die alte Glocke des Berliner Rathauses, die seit 1583 die Stunden einläutete (...). Im Innern zeigten sehr sorgfältig ausgewählte Schaustücke die Entwicklung Berlins in sieben Jahrhunderten. Man sah die Urkunde von 1237, zwei Stadtmodelle aus Holz, ein Panorama von Berlin im Jahre 1708 und v.a.m. Ein großes Wandbild zeigte Dr. Goebbels, den Eroberer Berlins, mit seinen Mitarbeitern. In den Schaukästen lagen Erinnerungstücke an die alten Zünfte. Der Terrassengarten war immer dicht gefüllt; denn da kam groß und klein nicht aus dem Vergnügen heraus. Zwischen den vielen, vielen Blumenreihen tauchte zauberhaft eine Schar von 150 jungen Tänzerinnen auf, die den ‚Berliner Bilderbogen‘ tanzten (...). Der Zauberer Kaßner hatte eine Bude aufgeschlagen und entzückte die immer dichtgedrängt sitzenden Besucher mit herrlichen Kunststücken (...). Auf dem Festplatz waren die alten Berliner ‚Guckkästen‘ zu sehen, worin man durch dreißig Gucklöcher hindurch die Berliner Geschichte studieren konnte, und zwar in schrecklichen und humorvollen Begebenheiten aus dem Alt-Berliner Leben: nächtlicher Kriegsalarm, Hinrichtung, Verbrennung und Naturereignisse. Manchmal musste man stundenlang warten, ehe man an die Reihe kam.“ (Kügler, *Volkskundliches von der 700-Jahr-Feier*, S. 152f.)

201 LA, A Rep 001-02, Nr. 428, Programm des Vereins für die Förderung der Berliner Innenstadt, 4.5.37.

202 Gebhard, „Zum Ausklang“.

203 Vgl. etwa Hans von Wedderkop, *Das unbekannte Berlin. Ein Führer durch Straßen, Zeit und Menschen* (Leipzig und Berlin, 1936); G. Langenscheidt, *Naturgeschichte des Berliners. Zugleich ein Spaziergang durch das alte Berlin von 1739. Für Einheimische und Fremde. Faksimile der Ausgabe Berlin 1878* (Berlin, 1937); Friedrich Kuntze, *Das alte Berlin* (Berlin und Leipzig, 1937).





Das Berliner Rathaus des 16. Jahrhunderts vor Abtragung des Turmes im Jahre 1819 · Nach einer Lithographie von L. E. Lütke · Märkisches Museum, Berlin

Die Reichshauptstadt ihren Bürgern  
zur Erinnerung an die 700-Jahr-Feier

Berlin, August 1937

Oberbürgermeister und Stadtpräsident

Altberliner Idylle: Das Erinnerungsblatt des Stadtpräsidenten für die Berliner.

Indem die Vergangenheit in verschiedenen, meist lockeren Formen nostalgisch „wiedererweckt“ und neu „erlebt“ wurde, indem die „gute alte Zeit“, an die sich viele noch von vor der Krise erinnern konnten, hervorgeholt und bejubelt wurde, erntete auch der Nationalsozialismus Anerkennung, der dies ermöglicht und den tief sitzenden Alptraum der Niederlage, Geldentwertung, Straßenkämpfe und allgemeinen Unordnung endlich beendet hatte. Erst auf diese Weise legitimierte die 700-Jahr-Feier das Dritte Reich.<sup>204</sup> Denn natürlich beherrschten die Symbole des Nationalsozialismus große Teile der städtischen Öffentlichkeit beim Fest. Seine Fahnen übersäten die Stadt und seine Sprache prägte die Erzählung der Geschichte. Aber das Dritte Reich erschien 1937 weder als Anlass, noch als direkter Gegenstand der Feier, sondern vielmehr als jene Rahmeninstanz, die die Freilegung des wahren und historischen Berlin geleistet hatte. Erst über die historische Ausstellung hinaus dachte der *Völkische Beobachter* „an den nationalsozialistischen Aufbruch, der nötig war um eine Veranstaltung von diesen Ausmaßen überhaupt zu ermöglichen.“<sup>205</sup> Dem „Führer“ und dem Dritten Reich dankte man, das historische Berlin aber feierte und erlebte man. Symbolisch hierfür steht das offizielle Erinnerungsblatt, das Lippert seiner Bevölkerung schenkte: Es stellte eine Altberliner Szene um das mittelalterliche Rathaus dar und kam ohne jeden Verweis auf den Nationalsozialismus aus.<sup>206</sup>

---

204 Anders auch als Riecke, „Vom Dschungel zum Fahnenwald“, behauptet, dem der Blick für die Stadtgeschichte fehlt und übersieht, dass die 750-Jahr-Feier ein kommunales Fest war.

205 VB, 15.8.37, „Die feierliche Eröffnung der Ausstellung am Funkturm“.

206 Abgedruckt in: Kiersch, *Berliner Alltag*, S.38.

## FAZIT: Stadtgeschichte als Biographie eines Organismus

Die Untersuchung der 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt hat gezeigt, dass das Jubiläum ein intensiv begangenes Fest war, das allerdings lediglich auf kommunaler Ebene organisiert und erlebt wurde. In der Choreographie des Festes besetzte die städtische Vergangenheit einen zentralen Platz, verkörpert vom schillernden, sehnsüchtigen und aber dehnbaren Kernbegriff des „alten Berlin“.

Ihre Geschichte erzählte die nationalsozialistische Reichshauptstadt 1937 gleichsam als die Biographie einer organisch „werdenden“ und „wachsenden“ sowie starker Führung bedürftigen Stadtgemeinschaft. Das dominante Narrativ umfasste auch die germanische Vorgeschichte als inklusives Kapitel des Berliner Lebenslaufs und interpretierte das Dritte Reich als jene Instanz, die der Stadt nach einer langen Periode des Niedergangs wieder den Anschluss an glorreichere Epochen der Vergangenheit ermöglichte. Nicht die unmittelbare, sondern die entferntere – vorindustrielle – Geschichte Berlins stand somit im Zentrum des Geschichteerzählens und der Feierlichkeiten.

Aus der Rekonstruktion des stadthistoriographischen Diskurses der Zwischenkriegszeit ging hervor, dass diese Interpretation der Berliner Geschichte in vielerlei Hinsicht auf Denkweisen und Forschungsthemen der 1920er Jahren zurückgreifen konnte. Allerdings war die lokale Geschichtswissenschaft vor 1933 von einer relativen Heterogenität geprägt, die danach von den neuen Herrschaftseliten zurückgedrängt wurde. Dies geschah nahezu ausschließlich durch eine repressive Personalpolitik, die Vertreter von lokalhistorischen Alternativerzählungen aus der Fachgemeinschaft ausschloss und sie durch Parteigenossen ersetzte. Der Wettbewerb zwischen verschiedenen Erzählformen der Stadtgeschichte wurde auf diese Weise erst im Vorfeld der 700-Jahr-Feier zugunsten des organischen, auf lange Kontinuitäten und auf die Volksgemeinschaft ausgerichteten Narrativs entschieden – ein Prozess, der beispielhaft am Schicksal des demokratischen Stadtarchivars Ernst Kaerber beobachtet wurde.

Der größte Gewinn, den 1937 die nationalsozialistische Stadtverwaltung für sich verbuchen konnte, war die gelungene Horizontverschmelzung zwischen dem „alten Berlin“ und dem Dritten Reich. Der Metropole stolzer Ruf als „das rote Berlin“ wurde durch die Mobilisierung der älteren Stadtgeschichte ausgewischt. Nicht mehr die vergangenen zehn oder zwanzig Jahre der verhassten „Systemzeit“, sondern ein riesiges Gewölbe von der germanischen Urzeit bis in die tausendjährige Zukunft bildete die zeitliche Bezugsgröße der 700-Jahr-Feier. Die Darstellung des neuen Berlin als eine nach kurzzeitiger Entgleisung wieder in die ewige Tradition eingetretene Stadtgemeinschaft war der historische Kern von 1937. Sie unterscheidet diese „braune“ Version der Stadtgeschichte von anderen.



## II. West-Berlin 1987 Zeitlose Großstadt des Wandels



Abbildung Seite 95:  
Fragment der historischen Ausstellung „Berlin, Berlin“ im Martin-Gropius-Bau,  
August 1987

# 1. Jubiläum einer „geschichtslosen“ Halbstadt?

Das doppelte Stadtjubiläum, das fünfzig Jahre nach der 700-Jahr-Feier im geteilten Berlin stattfand, hatte einen ganz anderen Charakter als das Stadtfest von 1937. Von den gewandelten politischen Systemen einmal abgesehen, entstanden die Feiern 1987 in anderen Herrschaftskonstellationen. Während vier Jahre nach der „Machtergreifung“ der neue „Stadtpräsident“ das Fest zu seiner persönlichen Herrschaftsetablierung kurzfristig ausgerichtet hatte, so gab es West- und Ost-Berlin bereits rund 40 Jahre, als sie feierten. Ihre Jubiläen fanden in normalisierten Gesellschaften statt, sie wurden langfristig vorbereitet und waren sehr viel umfangreicher als die 700-Jahr-Feier. Zudem standen sie in direkter Beziehung zueinander und zum Vorgängerfest. Und die Stadt Berlin hatte sich geändert, sie war nicht nur wegen ihrer Spaltung eine ganz andere Stadt als die Reichshauptstadt von 1937.

Für West-Berlin waren die 1980er Jahre eine Umbruchzeit. Seine Existenz als inselartige Halbstadt verdankte es dem Kalten Krieg und der Systemkonfrontation zwischen Ost und West. Die Stadt nährte sich ideell von ihrer legendären Entstehung, von der Erinnerung an Kennedy, von ihrer ummauerten Insellage und von ihrem viel beschworenen demokratischen Behauptungswillen. West-Berlin, das war der Mythos der „Freiheit“. Doch die Systemkonfrontation war in den 1970er Jahren kanalisiert worden und in den 1980er Jahren entspannten sich die innerdeutschen Beziehungen. Die Teilung wurde zur Normalität und damit stellten sich Fragen nach der Zukunft West-Berlins. Während der ehemalige sowjetische Sektor längst in die DDR integriert worden war und als „Hauptstadt der DDR“ auftrat, wurde der „Vorposten des Westens“ weiterhin von drei Besatzungsmächten regiert – man sagte lieber „Schutzmächte“ – und bildete keinen konstitutiven Teil der Bundesrepublik Deutschland.

Der genaue Status West-Berlins war eine deutschlandpolitische Dauersorge. Sie ging auf das kunstvolle Vier-Mächte-Abkommen zurück, das in bezeichnender Weise den Status Quo von 1971 festgeschrieben hatte, ohne in Grundsatzfragen eine Einigung zu erzielen. In westlicher Sicht erstreckte sich der Viermächtestatus weiterhin auf das gesamte Berlin, in östlicher aber nur auf die „selbständige politische Einheit Westberlin“. Als Kompromissformel war im Vertrag ausweichend nur von „dem betreffenden Gebiet“ die Rede. Und so druckte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung fortan Informationsmaterial über „Das Viermächte-Abkommen über *Berlin*“, während der Staatsverlag der DDR der Bevölkerung den gleichen Text als „Das Vierseitige Abkommen über *Westberlin*“ präsentierte.<sup>1</sup>

---

1 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, *Das Vierseitige Abkommen über Westberlin und seine Realisierung. Dokumente 1971–*

Offizielle innerstädtische Beziehungen existierten nicht, denn die drei Westalliierten verboten dem Westteil die Anerkennung Ost-Berlins als eigenständige Stadt. Auch direkte Westberliner Kontakte zur Staatsführung der DDR waren schwierig, weil solche immer wieder die östliche „Drei-Staaten-Theorie“ zu bestätigten drohten. Die unterschiedlichen Lesarten des Viermächte-Abkommens begründeten jahrzehntelang die nahezu schizophrenen Feinheiten des diplomatischen Protokolls in Berliner Angelegenheiten.<sup>2</sup>

Doch diese Statusprobleme schienen manchem in den 1980er Jahren als Relikte einer fernen Vergangenheit. Die drei alliierten Stadtkommandanten hatten zwar weiterhin die offizielle Hoheit über West-Berlin, doch über seine täglichen Geschicke wurde im Abgeordnetenhaus und im Senat entschieden. Die Auseinandersetzungen und Berlinkrisen des frühen Kalten Krieges waren längst vorbei. Wegen der zunehmenden Normalisierung der Teilung befürchtete West-Berlin einen deutschlandpolitischen Bedeutungsverlust. Allgemein wurde die Insel zwar als Pfand der Einheit gesehen, doch diese war bis 1989 bekanntlich ein eher abstraktes Ziel. Sicherlich wollte man die Ost-West-Beziehungen verbessern und die Teilung überwinden, doch das war ein Projekt von Jahrzehnten, nicht von Jahren. Die Mauer gehörte zur alltäglichen Realität. Unterdessen weckte die Entwicklung der Halbstadt Sorgen. Ihre Bevölkerung schrumpfte, ihre Wirtschaft stagnierte und sie war nach wie vor von hohen Subventionen aus der Bundesrepublik abhängig. Es gab Bauspekulationen und politische Skandale, eine wachsende Hausbesetzerszene, aber immerhin eine lebendige kulturelle Szene. Doch kritische Beobachter registrierten in den 1980er Jahren auch hier „ein Schwinden der kreativen Ideen“.<sup>3</sup> West-Berlin hatte an Schwung eingebüßt.

Auch für dieses West-Berlin bot sich das Stadtjubiläum als eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung an. Doch wie sollte man die Stadt darstellen und was wollte man feiern? Und wie verhielt man sich hierbei zur anderen Stadthälfte, zu Ost-Berlin? Das Westberliner Selbstbild war nicht nur wegen der gewandelten deutschlandpolitischen Lage unklar, auch fehlte es der Halbstadt an geschichtlicher Substanz für ein historisches Fest. Das alte Stadtarchiv befand sich mit seinen Quellenbeständen im Osten und die Mauer trennte West-Berlin vom historischen Stadtkern – Jahrhunderte lang hatte sich die Stadtgeschichte auf dem Gebiet der Hauptstadt der DDR abgespielt. Jenes Westberliner Stadtgebiet, das an den Ostberliner Bezirk Mitte grenzte, beherbergte periphere, leblose Ecken, wie die Wüste des Potsdamer Platzes. Die Straße des 17. Juni lief wie eine Sackgasse auf die Mauer am Brandenburger Tor zu, der Reichstag stand leer und die Hauptattraktionen der Invaliden- und

---

1977 (Berlin, 1977); Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), *Die Berlin-Regelung. Das Viermächte-Abkommen über Berlin und die ergänzenden Vereinbarungen* (Bonn, o. J.), meine Hervorhebung, KT. Vgl. Jens Hacker, „Der Rechtsstatus und die politische Praxis 1945–1989/1990“, in: Karl Eckhardt und Manfred Wilke (Hg.), *Berlin* (Berlin, 1998), S. 23–56.

- 2 Weil der Westen nicht anerkannte, dass Ost-Berlin ein integraler Bestandteil der DDR war, sondern mit Sonderstatus unter Viermächteherrschaft und Besatzungsrecht stand, hatten die drei Westmächte ihre Ostberliner Botschaften nicht „in der DDR“ sondern „bei der Regierung der DDR“. Die Bundesrepublik hatte die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt, weshalb sie keine Botschaft, sondern eine „Ständige Vertretung“ in Ost-Berlin führte, also auch „bei“ und nicht „in“ der DDR. Die DDR dagegen nannte Ostberlin „Hauptstadt der DDR“, die Sektorengrenze wurde 1982 per Gesetz zur „Staatsgrenze“ erklärt und seit 1981 wählten die Ostberliner Bürger ihre Abgeordneten für die Volkskammer. Kurzum: Beide deutschen Republiken integrierten „ihre“ Berlinhälfte – freilich auf unterschiedliche Weise – in den eigenen Staat.
- 3 So Olaf Leitner, „Eine einseitige Einführung ins Thema“, in: ders., *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)*, S. 12–25, hier S. 25. Vgl. Peter Bender, *Wenn es West-Berlin nicht gäbe* (Berlin, 1987).



Friedrichstraße waren Grenzübergänge. Als Reaktion auf den Mauerbau hatte sich das städtische Leben vom Berliner Zentrum abgekehrt und sich in westlicher Richtung entfaltet – der Bau etwa des ICC (ab 1975) nahe dem Funkturm verkörperte dies. Die Westberliner „City“ lag in Charlottenburg und dem südwestlichen Tiergarten. Natürlich gab es hier auch historische Orte, doch diese waren jünger und zeugten eher von der historischen Selbständigkeit der Westbezirke. Die abrissfreudige Stadterneuerung der 1960er und 1970er Jahre hatte ein Übriges getan – das ummauerte West-Berlin galt als ziemlich geschichtslose Stadt. Welche Karten hatte man für ein historisches Jubiläum auf der Hand?

Die Frage war umso drängender angesichts der geschichtspolitischen Aktivitäten der DDR. Unruhig beobachtete West-Berlin die Restauration des Gendarmenmarkts, der Neuen Wache und des Nikolaiviertels in Ost-Berlin. „Sehr beachtlich“ fand man das alles, und die Abgeordneten befürchteten, dass die DDR die 750-Jahr-Feier dazu benutzen werde, „um vor der Weltöffentlichkeit deutlich zu machen, dass Berlin die Hauptstadt der DDR sei.“ Dem könne „von unserer Seite auch nur schwer begegnet werden“, schließlich habe die DDR mit dem Stadtbezirk Mitte „tatsächlich den funktional besseren Teil für eine 750-Jahr-Feier“.<sup>4</sup> Auf diesem Feld konnte West-Berlin nicht mithalten, man musste sich nach Kompensationen umschauen. Doch auch bei der Festgestaltung selbst war West-Berlin an Beschränkungen gebunden. Diese ergaben sich sowohl aus den Erinnerungen an den „Propagandajubel“ von 1937 als auch aus den Festvorbereitungen in Ost-Berlin. Der Senat wollte stilistisch ebenso wenig in die Fußspuren der nationalsozialistischen Masseninszenierungen treten, wie sich vom Osten zu einer wettbewerbsartigen Demonstration monolithischer Staatsmacht verführen lassen. Es blieb dem demokratischen Berlin nur ein schmaler Pfad zwischen Pomp und Propaganda – ein Pfad, auf dem es anfangs leichter war, sich von den Jubiläen in den beiden Diktaturen abzugrenzen, als eigene Ideen zu entwickeln. Deshalb gab es im unentschlossenen Abgeordnetenhaus 1982 doch Einigkeit darüber, dass West-Berlin keine 750-Jahr-Feier „von oben“ machen würde: „Wir wollen nicht, dass eine Feier per Dekret stattfindet, etwa wie jene, die jetzt mit militärischem Pomp in Ost-Berlin vorbereitet wird.“<sup>5</sup>

Die Konzipierung der Westberliner 750-Jahr-Feier fand größtenteils auf der politischen Bühne statt. Der Senat wurde seit Juni 1981 von CDU und FDP gebildet und vom Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker geleitet.<sup>6</sup> Als dieser Bundespräsident wurde, löste ihn im Februar 1984 der bisherige CDU-Fraktionschef Eberhard Diepgen ab. Innerhalb des Senats fiel das Jubiläum in das Ressort der Kulturellen Angelegenheiten, dessen Senator ab März 1983 Volker Hassemer hieß. Ihm stand ein „Beauftragter für die 750-Jahr-Feier“

---

4 Inhalts-Protokoll des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, 9. Wahlperiode, 21. Sitzung, 25.11.1982, S. 7. (Wohlrabe, CDU) Die Materialien des Abgeordnetenhauses und der Ausschüsse sind gesammelt in: Abgeordnetenhaus von Berlin, *Dokumentation der Materialien des Abgeordnetenhauses von Berlin*. Im Folgenden wird das parlamenteigene Abkürzungssystem gebraucht. Demnach werden Protokolle mit Wahlperiode und Laufnummer der Sitzung versehen, und folgende Abkürzungen gebraucht: DS (Drucksache); PP (Plenarprotokoll); Kult (Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten); WissFo (Ausschuss für Wissenschaft und Forschung); Bund (Ausschuss für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen) und UA (Unterausschuss 750-Jahr-Feier des Bundesausschusses). Das oben zitierte Protokoll wird also: Bund 9/21.

5 PP 9/28, 23.9.1982, 1737B (Biewald, CDU).

6 Zunächst als CDU-Minderheits Senat, der von einzelnen FDP-Abgeordneten toleriert wurde. Dieser Senat löste den am 10. Mai 1981 abgewählten SPD/FDP-Senat ab. Im März 1983 stieg die Berliner FDP doch noch in den Senat ein. Dieser CDU/FDP-Senat blieb bis 1988 im Amt.

zur Seite, der die eigentliche Entwicklung, Koordinierung und Durchführung des Festprogramms leitete. Im Abgeordnetenhaus beschäftigten sich zwei Ausschüsse mit der Feier: der für Kultur und der für „Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen“. Die Öffentlichkeit wurde durch Pressekonferenzen informiert, und je näher das Jahr 1987 rückte, desto intensiver wurden die Pläne auch in der Presse diskutiert und kritisiert.

Auf diese Weise prägten gesellschaftliche Dispositionen die Entscheidungsprozesse mit – sei es dadurch, dass die Politiker Rücksicht auf Erfahrungen und Empfindungen der Berliner nehmen mussten, sei es aber auch durch „selbständige“ Debatten in einer ungebundenen Öffentlichkeit, die es so in der DDR oder im Nationalsozialismus nicht gab. Denn obwohl der Westberliner Diskurs zur Gestaltung des Jubiläums vor allem von Politikern und Publizisten besetzt wurde, so war er doch für nahezu jeden offen. Durch die Imperative der Meinungsfreiheit war der Eintritt in diesen Diskurs – etwa über Diskussionsabende, Leserbriefe und Bürgerinitiativen – kaum an bestimmte Qualifikationen gebunden. Lediglich der Einfluss der diskursiven Praktiken variierte analog zur Stellung oder zum Ruf des Sprechenden. Aber insgesamt waren die Grenzen des Diskurses weicher und seine Ränder breiter als in der Diktatur. Er wird eher über seine (Re-)Produktion ‚positiver‘ Regelmäßigkeiten als über seine Ausschließung ‚negativer‘ Aussagen erkennbar.

Die Westberliner Debatte über die Ausrichtung des Stadtjubiläums beschränkte sich nie ausschließlich auf die 750-Jahr-Feier selbst, sondern verknüpfte sich mit anderen Themenfeldern. Zum einen flossen in diese Überlegungen Elemente aus den deutschlandpolitischen Diskussionen ein, denn das Jubiläum der geteilten Stadt rief zwangsläufig Fragen nach der anderen Stadthälfte hervor. Zum anderen wurden die Fronten aus den großen Geschichtsdebatten der frühen 1980er Jahren auf das historische Berlin-Fest übertragen. Die Verarbeitung dieser Geschichtsdebatten (Kapitel II.2) und die Positionsfindung gegenüber Ost-Berlin (II.3) sollten die Gestaltung der 750-Jahr-Feier entscheidend prägen. War Berlin im nationalen Rahmen als eigentliche Hauptstadt aller Deutschen darzustellen oder als postnationale, urbane Gemeinschaft der Freiheit und Vielfalt? Die Antwort auf diese Frage übte wiederum großen Einfluss auf die Interpretation der Stadtgeschichte aus, die sich vor allem in der Zentralen Historischen Ausstellung zur 750-Jahr-Feier spiegeln sollte. Es wetteiferten zunächst zwei unterschiedliche Erzählungen der Stadt und ihrer Vergangenheit um den Vorrang. Mit einer Entscheidung des Senats wurde daraufhin auch in West-Berlin ein zentrales Geschichtsbild kreiert, das gegenüber anderen Versionen der Stadtgeschichte Vorrang hatte (II.4). Inwieweit man diese anderen Versionen allerdings als „Gegenerzählungen“ bezeichnen kann, ist zu untersuchen – jedenfalls waren sie in West-Berlin frei artikulierbar und wurden zum Teil auch öffentlich gefördert. Zu diesen Alternativangeboten gehörte erstens das in der landesgeschichtlichen Forschungstradition wurzelnde Narrativ der Historischen Kommission zu Berlin (II.5) und zweitens die von Bürgerinitiativen getragene „Geschichte von unten“ (II.6). Abschließend steht eine Betrachtung des Jubiläumsjahres selbst, der „Topographie“ des Feierns und der Inszenierung West-Berlins als „Stadt der Gegenwart“ (II.7).

## 2. Der Westberliner Geschichtsdiskurs der 1980er Jahre

In geschichtskultureller Hinsicht waren die Bundesrepublik und West-Berlin in den 1980er Jahren stark in Bewegung. „Überall im Lande schüttelt man die Geschichtsmüdigkeit aus den Gliedern“, beobachtete die *Berliner Morgenpost* im Februar 1982.<sup>7</sup> Unaufhaltsam rollten historische Ausstellungen und Debatten über Deutschland hinweg – eine Wiederentdeckung der Vergangenheit, die in der Bundesrepublik in zwei parallelen, aber sehr unterschiedlichen Tendenzen zum Ausdruck kam. Einerseits trat die Regierung Kohl für eine „geistig-moralische Wende“ ein, die nicht zuletzt durch eine aktive Geschichtspolitik an Profil gewann.<sup>8</sup> Auch wenn sie nie unumstritten war, prägte Kohl damit „von oben“ das historische Bewusstsein der Gesellschaft. Andererseits wurde das Ende der „Geschichtsmüdigkeit“ auch „von unten“ getragen, nicht nur durch hohe Besucherzahlen bei Ausstellungen, sondern auch in einer „neuen Geschichtsbewegung“ von zumeist kritisch-linken Geschichtswerkstätten und Bürgerinitiativen.<sup>9</sup> Diese Entwicklung vollzog sich zwar parallel zu den Initiativen Kohls, profilierte sich aber gerade in ihrer Kritik daran.

Über die Ursachen dieses neuen Geschichtsinteresses wurde schon in der zeitgenössischen Presse viel debattiert. Man führte es gewöhnlich auf das Scheitern der optimistischen Reformpolitik zurück, wobei neokonservative und radikal-demokratische Vertreter durchaus ähnliche Diagnosen stellten. Die einen sahen darin „eine Folge des progressiven Überschwangs der siebziger Jahre“, die Quittung also für Rationalisierung und Machbarkeitsutopien, die jetzt nur durch eine „verstärkte Traditionsorientierung“ überwindbar schienen.<sup>10</sup> Die anderen stuften das gesamte Projekt der Modernisierung als gescheitert ein, argumentierten unter anderem mit einer „Geschichtsarbeit“, die „nicht aus der Sicht der herrschenden Klassen, sondern vom Standpunkt der *Abhängigen und Unterdrückten* aus“ geleistet werden

---

7 Rudolf Stiege, „In Berlin zeigen, was deutsche Geschichte ist“, *BMP* 14.2.1982, wiederabgedruckt in: Christoph Stölzl (Hg.), *Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven* (Frankfurt am Main und Berlin, 1988), S. 67ff., hier S. 67.

8 Rupert Seuthe, „*Geistig-moralische Wende*“? *Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten* (Frankfurt am Main, 2001); Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik*, S. 325ff.; Sabine Moller, *Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl* (Hannover, 1998).

9 Hannes Heer und Volker Ullrich (Hg.), *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung* (Reinbek bei Hamburg, 1985).

10 Hagen Schulze, „Bilanz eines Versuches“, *GWU* 1981/11, S. 649–663, hier S. 650. Vgl. auch Wolfrum, *Geschichtspolitik*, 303ff.

sollte.<sup>11</sup> So gegensätzlich beide Bewegungen auch waren, die avisierten Wege aus der krisenhaften Gegenwart führten beide zu neuem Interesse an der Vergangenheit.

Schauplatz der bundesdeutschen Wiederentdeckung der Geschichte war nicht zuletzt West-Berlin, die ehemalige „Reichshauptstadt“. Hier hatte es 1981 die große Preußenausstellung gegeben. Anschließend führte der Vorschlag der FAZ, ein Deutsches Historisches Museum zu gründen, erneut nach Berlin, was dort mit angeregten Debatten von Befürwortern und Gegnern quittiert wurde. Zu den Letzteren zählte auch die „neue Geschichtsbewegung“, die in West-Berlin besonders stark vertreten war. Sie forderte anstelle eines massiven Museums eine kritische, lokale und „aktive“ Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Aus diesen Themenkreisen – Preußen, DHM und „Geschichte von unten“ – entstand im Laufe der 1980er Jahre jener Westberliner Geschichtsdiskurs, in dem später auch das Jubiläum verhandelt wurde. Dabei sind die personellen, topographischen und konzeptionellen Kontinuitäten von Preußen über das DHM hin zur 750-Jahr-Feier (und weit darüber hinaus) unübersehbar.

## Die Preußenausstellung 1981

Am Anfang dieser Kontinuitätslinie stand 1977 die unerwartete Anregung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Dietrich Stobbe (SPD), in West-Berlin eine Ausstellung zu Preußen zu veranstalten. Er reagierte damit auf Ausstellungen im Süden der Bundesrepublik, zu den Wittelsbachern und den Staufern, doch dieses Thema war heikler. Nachdem Preußen 1947 von den Besatzungsmächten aufgelöst worden war, und lange Zeit ein unbequemes, teilweise tabuisiertes Thema dargestellt hatte, öffnete Stobbes Vorschlag nunmehr Schleusen. In hitzigen Debatten standen sich Würdiger der „preußischen Tugenden“ und radikale Ankläger des preußischen „Unheils“ unvereinbar gegenüber.<sup>12</sup> Als die Ausstellung 1981 aufmachte, erreichte die seit Jahren aufgeheizte Stimmung ihren Siedepunkt: Während die einen in der Ausstellung den „Mief des Revanchismus“ rochen, sahen die anderen im Martin-Gropius-Bau „die Feinde Brandenburgs (...), Kommunisten, Sozis“ am Werk.<sup>13</sup>

Hinter diesen Auseinandersetzungen stand die große Streitfrage, die in den 1980er Jahren anhand anderer Themen weiter diskutiert wurde und letztlich zum Historikerstreit führen sollte – die Frage nämlich, ob die Geschichtswissenschaft durch ein affirmatives Geschichtsbild der Bundesrepublik zu einer historischen Identität verhelfen sollte oder ob sie die Bevölkerung durch Kritik und Reflexion der Geschichte inspirieren sollte.<sup>14</sup> Obwohl

---

11 Hannes Heer und Volker Ullrich, „Die ‚neue Geschichtsbewegung‘ in der Bundesrepublik. Antriebskräfte, Selbstverständnis, Perspektiven“, in: dies, *Geschichte Entdecken*, S. 9–36, S. 21. „Dieses Modernisierungsprojekt war spätestens ab Mitte der siebziger Jahre gescheitert – an der weltweiten ökonomischen Entwicklung und den inneren Widersprüchen. Der Glaubenssatz vom schrankenlosen Wachstum hatte sich – wie die schrumpfenden Märkte und die beginnende Massenarbeitslosigkeit zeigten – offensichtlich überlebt.“ (Ebd., 13).

12 Zur Diskussion im Vorfeld der Ausstellung siehe: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), *Dokumentation. Preußen 1981. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien*. Teil 1 1977–1979.

13 Zit nach Schulze, „Preußen“, S. 658.

14 Edgar Wolfum spricht von einer „zentralen Gegenüberstellung“: „einheitlich affirmatives Geschichtsbild oder demokratisch-kritisches Geschichtsbewusstsein“. (*Geschichtspolitik*, 308).

Vertreter der ersten Sicht sich durch die Ausstellungspläne zunächst bestätigt sahen, entwickelte sich die Schau doch nicht zu einem „Preußentempel“. Mit der Organisation wurde die Berliner Festspiele GmbH beauftragt, deren Chef Ulrich Eckhardt den Mannheimer Historiker Manfred Schlenke als wissenschaftlichen Leiter und den Tübinger Volkskundler Gottfried Korff als Generalsekretär gewann. Die beiden Nicht-Berliner standen deutlich auf der Seite des „demokratisch-kritischen Geschichtsbewusstseins“. Aufklärung, Distanz und Experiment waren die Schlagwörter ihrer Ausstellung, die nach eigenen Angaben „Preußen zum Thema der öffentlichen Diskussion“ machen wollte.<sup>15</sup> Auch der umstrittene Titel „Preußen – Versuch einer Bilanz“ fügt sich in dieses Bild. Zugleich aber wollte sich die Ausstellungsleitung von den äußersten Polen des Meinungsfeldes distanzieren, wo die einen „die Bestätigung eines Geschichtsbildes auf Hochglanzfolie“ erwarteten, „um sich stolz einer wie auch immer gearteten historischen Identität zu versichern“, und wo die anderen eine Ausstellung „als Tribunal“ verstanden, „wo plakativ Gericht über die Vergangenheit und die (...) Fehlentwicklungen gehalten wird“.<sup>16</sup> Beide Positionen wurden abgelehnt, obwohl die Sympathien im Ausstellungsteam ungleich verteilt waren.<sup>17</sup>

Verbunden mit der Streitfrage von kritischem Urteil oder Identitätsbestätigung war ein zweites Problem, nämlich der Präsentationsstil der Preußen-Schau. Mit ihrer von aufklärerischen Absichten geleiteten Einladung zur Auseinandersetzung und Diskussion verabschiedete sich die Organisation von der üblichen, sachlichen Zurschaustellung von Exponaten. Das Team wählte „nicht selten auch den Weg der ‚Inszenierung‘, um Deutungen und Interpretationen nicht nur über das Wort erfolgen zu lassen. (...) In einigen Fällen wurde auch mit Rekonstruktionen, Nachbildungen und bühnenbildnerischen Andeutungen gearbeitet, um die historischen Zusammenhänge und kulturellen ‚Milieus‘ sichtbar und erfahrbar zu machen.“<sup>18</sup> Die „Aussagen“ der Ausstellung wurden selten in Textform, sondern häufiger durch suggestive Zusammenstellung der Exponate getroffen. Das Team wollte auf diese Weise in der Ausstellung erstmals „thesenhaft“ arbeiten; dies wurde zu einem Präzedenzfall, der nachher noch häufig imitiert und ebenso häufig kritisiert wurde. Denn konservativere Historiker wie Hagen Schulze lehnten diese Präsentationsform der „puren Schriftlosigkeit“ vehement ab.<sup>19</sup> Mit Unverständnis reagierten sie auf Ausstellungsstücke, die in den Boden

---

15 Gottfried Korff, „Zur Ausstellung“, in: Ulrich Eckhardt (Hg.), *Preußen – Versuch einer Bilanz*, Bd. 1 (Reinbek bei Hamburg, 1981), S. 23–28, hier S. 24.

16 Ebd., S. 23.

17 Für Korff war Preußen „ein sperriger Ausstellungsgegenstand, der nur bei Gefahr grober Simplifizierung auf das Maß eines schönen Schaubildes und glatter Identitätslinien zugeschnitten werden kann.“ (Ebd.) Auch Dietrich Stobbe – zur Zeit der Ausstellungseröffnung kein Regierender Bürgermeister mehr – betonte 1981 die kritische Distanz: „Mit Blick auf Preußen kann es sehr wohl wichtiger sein, sich darüber klarzuwerden, was wir nicht mehr wollen dürfen, als erfahrbar zu machen, was wir aus dieser Geschichte fortführen wollen.“ (Dietrich Stobbe, „Zur Aktualität Preußens“, in: Eckhardt, *Preußen*, S. 19ff, hier S. 21.) Schlenke sah es als seine Aufgabe, „Preußen in seinen Widersprüchen zu erfassen, kritisch zu würdigen, ungeschminkt darzustellen und sich weder als Tempelwärter noch als Gerichtstribun aufzuführen.“ (Manfred Schlenke, „Von der Schwierigkeit, Preußen auszustellen. Rückschau auf die Preußen-Ausstellung Berlin 1981“, *GWU* 1981/11, S. 550–567, hier S. 553.)

18 Korff, „Zur Ausstellung“, S. 27.

19 „Experimentierfreudig, wie die Ausstellungsleitung sich gibt, verweist sie getrost auf die mehr als 2000 Seiten umfassenden fünf Katalogbände, die freilich nur eine sehr kleine Minderheit tatsächlich lesen wird. Die Ratlosigkeit der meisten Besucher ist groß.“ (Schulze, „Bilanz“, S. 660.)



Lichthof der Preußen-Ausstellung im Gropius-Bau, 1981.

versenkt wurden, in der Luft hingen oder in scheinbar unpassender Umgebung präsentiert wurden. „Der Trick, dessen sich die Ausstellung anstelle des Worts im Übermaß bedient, ist die Symbolik“, stellte Schulze richtig fest. Aber, so fuhr er fort, „Symbole transportieren keine Kenntnis, sondern vage Unmittelbarkeit; statt rationalen Wissens werden bloße Eindrücke mobilisiert. Eine Ausstellung, die sich ihres aufklärerischen Anliegens rühmt, sollte ihre Besucher nicht ‚hineinmontieren‘, sondern unterrichten.“ Die Gründe für dieses Versagen fand Schulze in der „Identitätsangst“ der Ausstellungsleitung, die „eine Huldigung für Preußens Gloria“ um jeden Preis hätte vermeiden wollen. „Kein Verdacht hätte die Veranstalter tiefer treffen können, und deshalb präsentiert sich die Ausstellung wie eine einzige Abwehrgeste gegen jede Identifikation. (...) Der Besucher wird vor Identifikationserlebnissen geschützt wie vor einer ansteckenden Krankheit; preußische Mythen werden als Ideologie entlarvt, das durchgehende Stilmittel ist die ironische Brechung“.<sup>20</sup> Korff und Schlenke widersprachen solcher Kritik nicht: Die Ironie der Preußenausstellung war ihre gewollte Absicht.

Über den Umgang mit historischen Identitätsangeboten und über die Präsentation von Geschichte bestand seitdem eine ständige Auseinandersetzung, in der Einstimmigkeit nie erreicht wurde. Aber unterhalb der Streitebene bestand zwischen den meisten Diskussionspartnern sehr wohl ein Grundkonsens. Die „aufklärerischen Absichten“, welche Schlenke und Korff verfolgten, stellte Schulze nicht in Frage – gestritten wurde über die Mittel zum Ziel. Kritiker und Ausstellungsmacher waren sich im großen Ganzen darüber einig, dass ein eindimensionales und geschlossenes Bild von Preußen nicht vertretbar war. Es überwogen die „vermittelnden, ausgleichenden Sowohl-als-auch- oder Weder-noch-Darstellungen“. Man wollte „Preußen nicht auf bestimmte, unvermeidbarerweise einseitige Begriffe festlegen, ohne diese zu relativieren und durch Gegengewichte auszubalancieren.“<sup>21</sup> Zum einen dürfte dieser Konsens auf das wiederentdeckte Medium der großen Geschichtsschau zurückgehen, die verschiedene Ansichten und Perspektiven zusammenzubinden hatte. Es erfolgte eine Pluralisierung des Geschichtsbildes, indem die Ausstellungsmacher zur Befriedigung des (Fach-)Publikums keinen Teil Preußens ausgelassen, sondern die Politik-, Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- und auch Alltagsgeschichte integriert hatten. Und mochten über ihre Gewichtung Meinungsunterschiede bestehen, konsensfähig waren nur solche Beiträge, die sich offen und integrativ gaben und keine Monopolstellung beanspruchten. Zum anderen setzten sich die westdeutschen Historiker, diesem Grundsatz folgend, direkt oder indirekt mit der Diktatur im Osten auseinander. Denn obwohl die Ausstellung als bundesrepublikanisches Produkt zustande kam, so spielten deutsch-deutsche Motive bei der Preußen-Renaissance bald eine maßgebliche Rolle.<sup>22</sup>

Die Preußenausstellung bereitete weiteren Debatten über die deutsche und Berliner Geschichte den Boden. Sie bildete einen diskursiven Anfang, indem sie ein neues Diskussions-

---

20 Ebd., S. 660ff.

21 Joachim Rohlfes, „Das Interesse an Preußen. Eine Nachlese zum Preußenjahr“, *GWU* 1981/11, S. 523–549, hier S. 528. Auch Schlenke wollte „niemandem ein (ab)geschlossenes Bild, ideologisch verkrustetes Preußenbild aufdrängen, sondern an geeigneter Stelle Meinung und Gegenmeinung, These und Gegenthese sprechen lassen.“ Denn die preußische Geschichte sei „kein Beispiel von Ausgewogenheit, sondern ein Zusammentreffen von Gegensätzen, eine ‚coincidentia oppositorum‘. Das Gesamtphänomen Preußen könnte man zutreffend als die ‚Summe seiner Widersprüche‘ definieren. *Das Preußen, die Preußen, das Preußenbild hat es nie gegeben.*“ (Schlenke, „Von der Schwierigkeit“, S. 552ff.)

22 Edgar Wolfrum, „Die Preußenrenaissance: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Konflikt“ in: Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR* (Leipzig, 1997), S. 145–165.



Der Martin-Gropius-Bau an der Mauer in den frühen 1980er Jahren. Rechts der ehemalige Preußische Landtag, vorn das „Prinz-Albrecht-Gelände“.

feld über die Vergangenheit aufmachte, das von bestimmten Regelmäßigkeiten (Imperative der Vielseitigkeit und der Aufklärung), Verboten (gegen Einseitigkeit und Geschlossenheit) und bipolaren Leitfragen (Identität/Kritik, Sachlichkeit/Inszenierung) abgesteckt wurde. Aber nicht nur in diskursivem Sinne stand die Preußenausstellung am Anfang. Auch ihre personelle Besetzung sollte Spuren gar bis in die Nach-Wende-Zeit hinein markieren, denn ihr Erfolg sicherte den Gestaltern Nachfolgeprojekte. Aus Fehlern konnte man lernen, etwa wenn es um die multizentrische Organisationsstruktur ging oder um die schwierige Zusammenarbeit mit der lokalen Fachwissenschaft. Als gelungen wurde indes die weitere Gestaltung des Preußenjahres durch die Berliner Festspiele gewertet, die durch zahlreiche Publikationen und Veranstaltungen zu einem massiven Gesamtprogramm geführt hatte. Dieses Modell, das um eine zentrale Historische Ausstellung herum Dutzende Projekte aller Art gruppierte, sollte 1987 auch bei der 750-Jahr-Feier zum Einsatz kommen.

Schließlich prägte die Preußenausstellung die Berliner Geschichtskultur in topographischer Hinsicht. Für die Schau wurde der im Krieg beschädigte und lange vergessene Martin-Gropius-Bau provisorisch hergerichtet. Die Reaktionen waren überwältigend: Bald wurde der Gropius-Bau als das schönste Ausstellungshaus Europas und als „das schönste und aussagekräftigste Ausstellungsobjekt überhaupt“ bezeichnet.<sup>23</sup> Das Gebäude gelangte 1981 endgültig zurück ins kulturelle Rennen. Über seine Bestimmung sollte in den nächsten Jahren heftig diskutiert werden. Und nicht nur das Haus selbst, auch seine direkte Umgebung

---

23 Schulze, „Bilanz“, S. 655. Vgl. Winnetou Kampmann und Hans-Joachim Arndt, *Martin-Gropius-Bau. Die Geschichte seiner Wiederherstellung* (München, 1999).



wurde von der Preußenausstellung endgültig aus der Vergessenheit gehoben. Der Gropius-Bau lag direkt an der Mauer, sein ursprünglicher Haupteingang wurde von ihr versperrt. Durch diese Lage verwies der Ort unmissverständlich auf die deutsche Teilung, wodurch das Gebäude für historische Projekte besonders prädestiniert schien. Doch am meisten schockierte dieser Ort durch seine Verbindung mit der Geschichte des Dritten Reiches. Denn unmittelbar neben dem Gropius-Bau gab es ein brachliegendes Gelände, das seit 1945 für verschiedene Zwecke genutzt wurde. Dass es da eine Bebauung gegeben hatte, war verdrängt worden, denn hier, in der vormaligen Kunstgewerbeschule, hatte die Gestapo ihren Hauptsitz gehabt. Das Gebäude hatte den Krieg nicht überlebt, und das leere Areal hatte nach 1945 kaum Beachtung gefunden. Dieses typische Verdrängungsmotiv wurde Ende der 1970er Jahre an den Rändern des Geschichtsdiskurses unterminiert. Künstler und Bürgerinitiativen forderten ein Denkmal oder eine Erinnerungsstätte.<sup>24</sup> In der Preußenausstellung gewann dieses Thema erstmals feste Form, indem im Raum „Preußen und Nationalsozialismus“ gewissermaßen als Ausstellungsstück ein Fenster mit Blick auf das brachliegende Gelände aufgenommen wurde. Diese Aussicht stand sowohl für die Verbrechen des Dritten Reiches, deren Kontinuität zu Preußen übrigens nicht eindeutig behauptet wurde, als auch für die Versäumnisse ihrer Aufarbeitung. Seitdem bildete das Gestapo-Gelände, wie es alsbald genannt wurde, ein immer unbequemes Element in der Westberliner Kulturpolitik. Seine erstmalige Erschließung sollte zum Stadtjubiläum erfolgen.

## Ein Deutsches Historisches Museum in West-Berlin

Wie fließend die Geschichtsdebatten ineinander griffen, zeigt, dass gleich zur Eröffnung der Preußenschau die *FAZ* ihren bekannten Leitartikel brachte: „Die Zeit ist reif, in Berlin – und nur in Berlin – ein repräsentatives Museum für deutsche Geschichte zu gründen (...). Der von Martin Gropius vor hundert Jahren als Kunstgewerbemuseum errichtete Bau (...) ist der geeignete Ort für ein solches Museum. Dafür spricht auch seine geschichtsträchtige Nachbarschaft.“<sup>25</sup> Der Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden. Der Berliner Senat war dem Plan wohlgesonnen und auch andernorts wuchs die Unterstützung, obwohl wie üblich rasch auch Gegenstimmen aufkamen. Aber vor dem Hintergrund des Preußenjahres schien eine Institutionalisierung der historischen Erinnerung nur selbstverständlich. Die Debatten um ein DHM kreisten – wie schon zur Preußenausstellung – weniger um das „ob“ als um das „wie“. Zwei Gutachten, die der Senat von Berlin 1982 einholte, befürworteten jedenfalls auf unterschiedliche Weise die Gründung eines Deutschen Historischen Museums im Martin-Gropius-Bau.<sup>26</sup>

Während es zunächst vor allem um eine Westberliner Debatte ging, verhalf Bundeskanzler Helmut Kohl der Sache zu einer Beschleunigung, als er im Mai 1983 seine Unterstützung

---

24 *BMP*, 30.8.1981, „Hier saß das Gehirn des Grauens“; 14.3.1982, „Nicht länger warten! Anfangen!“; Akademie der Künste (Hg.), *Dokumentation. Diskussion zum Umgang mit dem „Gestapo-Gelände“* (Berlin, 1986); Matthias Hass, *Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors* (Frankfurt am Main und New York, 2002), S. 149ff.

25 Peter Jochen Winters, „Ein Museum für Deutsche Geschichte“, *FAZ* 15.8.1981, wieder abgedruckt in: Stölzl, *DHM*, S. 50f., hier S. 50.

26 Aufgenommen in: ebd., S. 61ff. und 84ff.

bekannt gab und auch einen Termin nannte: „Wir, die Bundesregierung, wollen bei der Verwirklichung helfen, und wir wünschen, dass das neue Museum im Jubiläumsjahr seine Tore öffnen kann.“<sup>27</sup> Doch die Konzeptionalisierung des DHM hielt nicht Schritt mit des Kanzlers Eile. Außerdem wuchs in Berlin Widerstand gegen die Besetzung des Gropius-Baus durch ein ständiges Museum und auch gegen das herkömmliche Museumskonzept selbst.<sup>28</sup> Der Senat wandelte das Projekt daraufhin in ein flexibleres „Forum für Geschichte und Gegenwart“ um, dessen erste Veranstaltung die Ausstellung zur 750-Jahr-Feier werden sollte. Aber Kohl zog einen Neubau für ein traditionelles Museum vor, und das „Forum“ geriet in Vergessenheit. Tatsächlich legte der Kanzler 1987 neben dem Reichstag den Grundstein eines Deutschen Historischen Museums, das es durch die Wiedervereinigung nie geben sollte. Die Jubiläumsausstellung im Gropius-Bau öffnete indes 1987 ihre Türen als selbständiges Projekt, das nur noch genealogisch mit dem einsamen DHM-Grundstein verwischert war.

Trotzdem waren die Gestaltung, die Personalbesetzung und die Konzeption der Berlin-Ausstellung deutlich von den DHM-Debatten geprägt worden, die wiederum auf das Preußenjahr zurückgingen. Auch die diskursiven Regelmäßigkeiten wurden reproduziert: das Verbot gegen Geschlossenheit, die methodische Vielfalt und die Präokkupation mit Fragen der historischen Identität. Und nun kam endgültig auch der das Eigenprofil bestimmende Blick über die Mauer hinzu. War die Absicht der Preußenausstellung noch hauptsächlich auf bundesrepublikanische Entwicklungen zurückgegangen, so wurde die anschließende Diskussion zum DHM von Anfang an vom deutsch-deutschen Vergleich durchzogen. Dass ein solches Museum für die meisten nur in (West-)Berlin denkbar war, deutete bereits auf den deutschlandpolitischen Bezug des Projektes hin. Die gängige Argumentationslinie setzte bei Ost-Berlin an, wo es bereits seit 1952 ein Museum für Deutsche Geschichte gab, um dann über einen Verweis nach dem „geschichtsträchtigen“ Ort Berlin zur Notwendigkeit einer „angemessenen Antwort“ des Westens zu gelangen – einer Antwort, die angesichts des „geschlossenen“ Geschichtsbildes der DDR nur in der Perspektivenvielfalt und der Differenzierung liegen könne. So wollte etwa die *FAZ* gegenüber dem Ostberliner Museum, das „streng marxistisch ausgerichtet“ einen Beitrag „zur Spaltung auch der Deutschen Nation“ bringe, „mit allem Aufwand an historischer Gewissenhaftigkeit eine breite, jede Einseitigkeit vermeidende, differenzierte Darstellung der deutschen Geschichte“ präsentieren.<sup>29</sup>

Diese letzte Forderung wurde in den folgenden Auseinandersetzungen nicht mehr hinterfragt. Vielmehr war eigene Offenheit durch die Wahrnehmung und Ablehnung der „geschlossenen“ DDR her gleichsam zwingend geworden. Durch das drohende Gegeneinander der Museen wurde die Positionsfindung gegenüber Ost-Berlin noch dringender als früher, auch wenn nicht alle so streitlustig waren wie der Berliner CDU-Abgeordnete Uwe Lehman-Brauns, der „die historisch-nationalen Anstrengungen der Behörden drüben“ als eine „Herausforderung“ verstand, der „auf dieser Seite der Mauer ein ähnlich starker Impuls

---

27 Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl, 4.5.1983, zit. nach ebd., S. 249.

28 So der Direktor der Staatlichen Kunsthalle Dieter Ruckhaberle: Es sei „nicht zulässig, nun wie der Kuckuck sein Ei in das gemachte Nest anderer zu legen und diese hinauszuschmeißen. Der Gropius-Bau ist keineswegs für die Preußen-Ausstellung wiederaufgebaut worden. Die Preußen-Ausstellung hat nur von unserer Arbeit profitiert.“ („Wie ein Kuckucksei im gemachten Nest“, *BMP*, 28.3.1982, zit. nach Stölzl, *DHM*, S. 79).

29 Winters, „Ein Museum für Deutsche Geschichte“, ebd., S. 50f.

zugunsten der Eigengeschichte folgen“ müsse: „Es geht um den Besitz der deutschen Geschichte.“<sup>30</sup> Aber auch die lautstarke Leugnung dieser Zusammenhänge war ein Zeichen des fortdauernden Problembewusstseins. Ein frappantes Beispiel hierfür lieferte die *Berliner Morgenpost*, die es für selbstverständlich hielt, dass das neue Museum „in weitgehender Unabhängigkeit vom Ost-Berliner ‚Museum für Deutsche Geschichte‘ konzipiert werden“ sollte. Schließlich zeige jenes Haus nicht, „wie es eigentlich gewesen ist“, sondern wie die deutsche Geschichte „durch die Brille des dialektischen Materialismus gesehen wird.“ Wäre damit die Abkopplung vom Zeughaus ohne weiteres gewährleistet gewesen, schoss sich die Zeitung mit dem folgenden Gedanken doch noch in den eigenen Fuß: „Das Museum in West-Berlin braucht sich (deshalb) nicht als Gegenpol oder Widerpart der Schau im Zeughaus zu begreifen. Es sollte nur zeigen, was dort verschwiegen wird.“<sup>31</sup> Deutlicher brachten die Befürworter den gegenseitigen Bezug beider Museumsprojekte kaum zum Ausdruck. Gegner griffen dafür umso häufiger zu diesem Argument, und wiesen auf die Gefahr, „dass wir reflexhaft reagieren: Weil es in der DDR, in Ost-Berlin ein Historisches Museum gibt und weil man in der DDR, mit dem Selbstverständnis dort, mit einer bestimmten ideologischen Prägung Geschichte darstellt, müssen wir ein gleiches tun, selbstverständlich pluralistisch.“<sup>32</sup>

In der Regel legte man aber auf subtilere Weise Rechenschaft über die Ost-West-Konkurrenz ab. Denn im Grunde waren sich alle einig, dass das DHM „auf anderer Ebene“ stand als das Museum in Ost-Berlin. „Es darf keineswegs nur zeigen, was im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin (Ost) verschwiegen wird“, meinte der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende. „Wenn es eine Parteilichkeit der anderen entgegensetzt, wird es auf meinen erbitterten Widerstand stoßen. Geschichte wird immer umstritten sein. Ihre Beschreibung darf nicht glatt sein und Stromlinie vortäuschen. Sie muss den emanzipatorischen Ansprüchen einer aufgeklärten Gesellschaft entsprechen.“<sup>33</sup> Ähnliche Töne, die von einer parteiübergreifenden Ablehnung geschlossener historischer Erzählungen zeugen, werden auch in der als konservativ erfahrenen Denkschrift hörbar, die die Historiker Hartmut Boockmann, Eberhardt Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer 1982 für den Senat verfassten.<sup>34</sup> Verweise auf Gegensätze und Spannungen in der deutschen Geschichte bildeten den roten Faden durch ihr Papier. Die umstrittene historische „Identitätsbestimmung“ etwa, die sie dem Museum als Aufgabe stellten, dürfte sich auch „weder auf Höhepunkte und Entscheidungssituationen beschränken noch selektiv vorgehen, sondern sie muss die ganze Geschichte in ihren Widersprüchen erfassen, Größe wie Belastung, Weimar wie Auschwitz.“ Hieraus folgte wiederum die obligatorische Forderung, eine reine Politikgeschichte zu vermeiden und „neuere methodische Ansätze zur Erforschung der materiellen Kultur wie der

---

30 Uwe Lehmann-Brauns, „Deutsche Geschichte bewahren“, Leserbrief im *BMP*, 11.9.1983, S. 51.

31 Rudolf Stiege, „In Berlin zeigen, was deutsche Geschichte ist“, *BMP*, 14.2.1982 – auch in: Stölzl, *DHM*, S. 67ff.

32 „Niederschrift einer Diskussionsveranstaltung der Akademie der Künste in Berlin am 14.9.1983“, S. 103 (Günther Grass, Präsident der Akademie der Künste).

33 Alexander Longolius, „Historisches Museum zwingt zu geistiger Offenheit“, *BMP*, 21.2.1982; ebd., S. 71f.

34 „Dabei sei ausdrücklich darauf verwiesen, dass das DHM sich nicht als frontales Gegenstück zum Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin verstehen solle; es geht um Fragestellungen auf anderer Ebene.“ (Hartmut Boockman, Eberhardt Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer, „Denkschrift“, Januar 1982, aufgenommen in: ebd., S. 61ff., hier S. 62.)

Mentalitätsgeschichte aufzunehmen.“<sup>35</sup> Um in diesem Diskurs gehört zu werden, musste zumindest rhetorisch ein integratives Geschichtsbild entworfen werden, das sich nicht auf absolute Erzähllinien festlegen oder andere Perspektiven ausschließen wollte.

Dass es aber entlang dieser diskursiven Regelmäßigkeiten trotzdem heftige Diskussionen geben konnte, zeigen die Reaktionen auf den Entwurf dieser „Vierergruppe“. Die meisten Kritiker nahmen das Gutachten ins Kreuzfeuer, nicht etwa weil sie mit der proklamierten Pluralität nicht einverstanden waren, sondern im Gegenteil weil sie diese nicht weit genug durchgeführt sahen. Neben Einwänden gegen Begriffe wie „Identitätsbestimmung“ und „deutsche Größe und Tiefen“, die etwa bei Hans Mommsen Bauchschmerzen hervorriefen, wendete man sich gegen bestimmte „Grundsatzentscheidungen der Vierergruppe“. So verstand Jürgen Kocka nicht, warum „die Frage der Entwicklung des Nationalstaates so privilegiert“ behandelt werden sollte, denn dies bedeute die Verdrängung „andere(r) Leitfragen mindestens ebenso wichtiger Art“. Kocka dachte an die regionale und europäische Geschichte sowie an die Entstehung der Demokratie, Probleme sozialer Ungleichheit und das Verhältnis der Menschen zur Natur.<sup>36</sup> Es blieb der Vierergruppe aber keine andere argumentative Möglichkeit als darzulegen, warum die Geschichte des deutschen Nationalstaats sehr wohl den verlangten integrativen Rahmen bieten konnte. Denn ein Plädoyer, das die von Kocka attestierte Einseitigkeit des Konzeptes zugab und verteidigte, war im westlichen Geschichtsdiskurs ausgeschlossen.<sup>37</sup>

Diese beiden Regelmäßigkeiten – der Imperativ der widersprüchlichen Vielfalt und die ihn begründende Erfahrung der Konkurrenz zur Diktatur – banden seit dem Preußenjahr die verschiedenen Meinungen im Westberliner Geschichtsdiskurs zusammen. An dritter Stelle trat das übergreifende Bekenntnis zur sachlichen Aufklärung des Publikums, das ebenfalls seit 1981 bekannt war. Die Denkschrift der Vierergruppe goss diese Absicht in eine konsensfähige Formulierung, die aber nur deswegen konsensfähig war, weil sie nach wie vor verschiedene Lesarten zuließ: „Es muss unbedingt vermieden werden, den Betrachter in Stimmungen zu versetzen, ihm eine uneigentliche Moralität des Ausgestellten aufzudrängen. Beabsichtigt ist eine intellektuell klare und ehrliche, von den Gegenständen ausgehende, nicht überwältigende, sondern die Einsicht fördernde Darstellungsweise.“<sup>38</sup> Dieser Grundsatz taugte aber auch denjenigen als Argument, die eine kritiklose Glorifizierung der Nation befürchteten, und die unter einer „die Einsicht fördernde Darstellungsweise“ gerade die kritisch-distanzierte Präsentation der Preußenausstellung verstanden.<sup>39</sup>

---

35 Ebd., S. 61f.

36 Protokoll der Anhörung des Senators für Kulturelle Angelegenheiten zum Forum für Geschichte und Gegenwart im Reichstagsgebäude in Berlin am 18. November 1983, in: ebd., S. 125–177, hier S. 136.

37 Hagen Schulze versuchte es deshalb so: „Nation soll ja nicht der einzige Gegenstand sein, sondern wir wollen lediglich davon ausgehen in heuristischer Absicht. (...) Geschichte ist natürlich auch Stadtteilgeschichte, und es besteht überhaupt kein Grund dafür, im Rahmen einer Wechselausstellung nicht auch einmal Wege der Graswurzel-Geschichtsforschung oder der Stadtteilgeschichtsforschung auszustellen. Das wäre hervorragend, wenn man das machen würde. (...) Nur, es braucht einen Bezugsrahmen, damit unser Museum nicht im Unwesentlichen und Unverbindlichen umherschwebt.“ (ebd., S. 143).

38 Ebd., S. 65.

39 Wie der kurzweilige Berliner SPD-Chef Hans-Jochen Vogel: „Allerdings muss ein solches Haus offen sein, auf jede vordergründige Glorifizierung früher üblicher Art verzichten und – wie Hagen Schulze es

Solche Streitpunkte entfalteten sich erst auf dem gemeinsamen Boden dieses Geschichtsdiskurses. Und es waren nach wie vor die Fronten von 1981, an denen gestritten wurde und die sich weiter verlängerten. Nach wie vor gab es einerseits Befürworter eines affirmativen, nationalhistorischen Geschichtsbildes, die den Bundesbürgern entsprechend der „geistig-moralischen Wende“ historische Identifikation bieten wollten.<sup>40</sup> Anders als häufig vermutet, findet man aber auch unter den radikaleren Vertretern dieser Geschichtspolitik keine Aussagen über ein „geschlossenes“ Nationalgeschichtsbild. Solche lagen schon alleine durch die Gegenwart des Ostens jenseits des „Sagbaren“.<sup>41</sup> Und weiterhin hielt eine Gruppe eher linker Historiker dagegen, die sich durchaus auf das Erbe von 1968 berief und die dem „konservativen“ Geschichtsbild eine kritische *Auseinandersetzung* mit der Vergangenheit vorzog. Sie war mehr auf Legendenzerstörung als auf Identitätsbildung aus und fühlte sich durch den Erfolg der „skeptischen“ Preußenausstellung gestärkt.<sup>42</sup> Diese Gruppe befürwortete die Umwandlung des Museums in ein modernes Ausstellungshaus, denn die „Ausstellung als Methode“ sei „ganz entschieden anders als die Museumsmethode“ und sie sei hier „deswegen die richtigere, weil ein Museum gerade in einer pluralistischen Gesellschaft darauf angewiesen ist, in jeder Fragestellung irgendwelche Kompromisse zu entwickeln. Und das wäre ja genau die falsche Antwort auf das Zeughaus in Ost-Berlin“.<sup>43</sup>

Dass die Westberliner Debatte schließlich auf die Ablehnung des DHM im Gropius-Bau hinauslief, dürfte weitgehend auf Kultursenator Hassemer zurückgehen. Trotz des Drucks seines Parteifreundes Kohl organisierte er mehrere Diskussionsveranstaltungen, um die Kritiker zu Worte kommen zu lassen und seine eigenen Zweifel öffentlich zu rechtfertigen. Der Kompromisscharakter der Forum-Idee war unübersehbar, aber immerhin könne, so meinte Hassemer, „die von wechselnden Fragestellungen angestoßene Erkundung, Erforschung und Präsentation von Geschichte (...) weder zu einheitlichen noch zu abgeschlossenen, noch zu auftragsgebundenen Geschichtsbildern führen“ – und das war im Berliner

---

zutreffend gesagt hat – klare, intellektuell ehrliche, von konkreten Gegenständen ausgehende Darstellung bieten.“ (Im Berliner Abgeordnetenhaus – neu abgedruckt in: ebd., S. 80f., hier S. 80.)

40 Ihre Stimme hörte man in der Feststellung der „Vierergruppe“, dass „gesteigerte Unsicherheit über die deutsche Ortsbestimmung“ gegenwärtig „zur Suche nach Befestigung politischer und gesellschaftlicher Identität“ führe und dass „ohne eine bewusste Auseinandersetzung mit Idee und Geschichte des deutschen Nationalstaats (...) ein Staatsbewusstsein der BRD unwirklich bleiben (muss).“ (ebd., S. 61).

41 Im Gegensatz zu Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 308. Alle wussten, „dass man bei uns im Westen weder über eine Ideologie, noch über die Autorität verfügt, um dem Museum vorab eine bestimmte Blickrichtung vorzuschreiben und ihm dann von überall her die nötigen Objekte zu beschaffen. So wird den politischen Gründern nur ein einzige Tugend, nur ein Charakter und ein Programm empfohlen: die Vielseitigkeit.“ (Sibylle Wirsing, „Ausfahrt ins Wunderland“, *FAZ*, 28.5.1983 – auch in: Stölzl, *DHM*, S. 99ff., hier S. 99.)

42 Niederschrift des Hearings in der Akademie der Künste, 19.9.1983, ebd., S. 104 (Ulrich Eckhardt). Ihre Vertreter befürchteten wie Wieland Schmidt, dass das Museum „ein Ort der deutschen Selbstbestätigung werden könnte“, während sie es „eher als einen Ort der Fragestellung und des In-Frage-Stellens verstanden wissen“ wollten. Ähnlich äußerte sich Walter Rasch (FDP) „Es ist natürlich immer bedenkenswert, warum man sich mit Geschichte auseinandersetzt, und ich will meine Sorge nicht verhehlen, dass zumindestens Ansätze vorhanden sind, die – ich will das mal so formulieren – sehr stark restaurative Tendenzen darstellen und die womöglich nicht eine aktive Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Geschichte darstellen.“ (ebd., S. 112 und 105).

43 Ebd., S. 104 (Ulrich Eckhardt).

Geschichtsdiskurs ein starkes Argument für ein offenes Ausstellungshaus.<sup>44</sup> Hassemer überzeugte den Senat und bestellte 1984 einen Beirat für das „Forum für Geschichte und Gegenwart“. Als ersten „Testfall für das langfristig aufzubauende Programm“ galt die historische Ausstellung zur 750-Jahr-Feier Berlins.<sup>45</sup>

Als Reaktion auf diesen Ausgang der Westberliner Museumsdiskussion nahmen die bundesdeutschen Verfechter des DHM einen neuen Anlauf. Michael Stürmer verspottete den Vorschlag, im Gropius-Bau auch kunst- und kulturhistorische Projekte zu zeigen: „An der Mauer neben dem nicht mehr vorhandenen Prinz-Albrecht-Palais nun alle möglichen ‚Lustbarkeiten‘ zu veranstalten, und seien sie noch so progressiv und noch so künstlerisch, halte ich zum einen für geschmacklos und zum zweiten für das völlige Verschenken dieser Möglichkeit.“<sup>46</sup> Helmut Kohl verlor ebenfalls sein Interesse an dem Forum: „Alles, was mir bisher in Berlin an freundlichen Vorschlägen gemacht wurde, entspricht nicht meinen Vorstellungen. Entweder wir machen etwas, was einmalig ist, was eine nationale Dimension hat, oder wir lassen das.“<sup>47</sup> Und weil es die Bundesregierung war, die Berlin mit dem DHM beschenken wollte, konnte sie auch über die Beschaffenheit des Geschenks entscheiden. Kohl ließ das Forum Forum sein und entschied sich für einen DHM-Neubau. So kündigte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen im Oktober 1984 ein neues DHM *neben* dem geplanten „Forum“ an. „Beide sollen zwei Beine bilden, auf denen der Umgang mit Geschichte in Berlin ruhen wird.“<sup>48</sup> Damit wurde das nationale Projekt des DHM aus dem unwilligen Westberliner Geschichtsdiskurs gehoben.

Vom Forum hörte man seitdem wenig mehr. Was es an Greifbarem gab, war der Gropius-Bau, ein Planungsbeirat und ein designiertes Einstiegsprojekt, nämlich die Ausstellung zum Berlin-Jubiläum. Mindestens ebenso wichtig für die 750-Jahr-Feier war aber das weniger Greifbare, nämlich die intensive Diskussion über Geschichte, ihre Darstellung und ihre Rolle für die Gegenwart. Die Leitbilder und die Konfliktlinien, die sich seit der Preußenausstellung entwickelt hatten, wirkten in der Jubiläumsplanung weiter.

---

44 Volker Hassemer, „Vergegenwärtigung der Vergangenheit“, *FAZ* 6.10.1983, auch in: Stölzl, *DHM*, S. 123ff., hier S. 123f. (Volker Hassemer, „Experten diskutieren: Wie ist deutsche Geschichte am besten im Martin-Gropius-Bau sichtbar zu machen?“, *BMP* 12.2.1984 – auch: ebd., S. 236ff., hier S. 237.)

45 Senatsbeschluss und Mitteilung des Präsidenten vom 16.4.1984, abgedruckt in: ebd., S. 238f.

46 Protokoll der Anhörung des Senators für Kulturelle Angelegenheiten, ebd., S. 163f. Mit einem Verweis auf die von Korff präsentierte Kulturgeschichte tobte Stürmer weiter: „Ich kann nicht neben das Prinz-Albrecht-Palais und die Mauer bestreute Sandböden und die Entwicklung des Fußbodens in Deutschland hinstellen. Dies geht leider nicht. (...) Die Stelle ist eine Vorgabe, die wir uns nicht gesucht haben; die Stelle ist ein Diktat der Geschichte, und dem kann man sich nicht verweigern.“ (ebd.) Auch Hagen Schulze trauerte, dass es jetzt auf „eine schicke Spielwiese für die lokale Kunstszene“ hinauslaufe, und auf nichts anderes als „die Beibehaltung der derzeitigen Nutzung des Gropius-Baus als Herberge bunt wechselnder Ausstellungen mit allen möglichen Themen, darunter auch solche der Geschichte.“ (Hagen Schulze, „Experten diskutieren“, in: ebd., S. 235f.)

47 Interview in *BMP*, 7.2.1985, aufgenommen in: ebd., S. 244.

48 Abgedruckt in: ebd., S. 239ff., hier S. 241f.

## Die „neue Geschichtsbewegung“

Auf einer ganz anderen Ebene bewegte sich die „Geschichte von unten“, die neben den großen Ausstellungen und Geschichtsdebatten eine weitere Manifestation der Wiederentdeckung der deutschen Vergangenheit seit den späten 1970er Jahren war. Die lokal gebundenen und radikaldemokratischen Aktivitäten der „neuen Geschichtsbewegung“ wurden ab den 1980er Jahren teilweise in sogenannten „Geschichtswerkstätten“ gebündelt. West-Berlin war einer der Orte, wo sich diese Tendenz verdichtete: Hier wurde 1981 Deutschlands erste Geschichtswerkstatt gegründet.<sup>49</sup> Zwar entstand die „Geschichte von unten“ aus ähnlichen Empfindungen wie die konservative „geistig-moralische Wende“ auch, aber im Gegensatz zu dieser setzte die „neue Geschichtsbewegung“ auf Traditionskritik und Fragmentarisierung. Ihr bevorzugtes Arbeitsfeld wurde die Zeit des Nationalsozialismus und ihr bevorzugter Ansatz war die mikrohistorische Erforschung des Alltagslebens. Ihre Arbeit enthielt eine radikale Kritik am bisherigen Geschichtsverständnis der Bundesrepublik.

Die kritische Alternative, die die „Geschichte von unten“ zu bieten versprach, bestand aus zahlreichen disparaten Elementen. Diese beruhten einerseits auf Pionierarbeiten aus dem Ausland. So standen die englischen History-Workshops für die Werkstattidee Modell, begründete das schwedische „Grabe wo du stehst“ den lokalen Bezug und lieferte der „oral history“ neue Methoden und Quellen.<sup>50</sup> Später lehnte man an die emanzipatorischen und feministischen Subdisziplinen Amerikas an und rekurrierte auf die französischen Poststrukturalisten. Andererseits sollten die Impulse, die aus der bundesdeutschen Gesellschaft selbst kamen, nicht unterbewertet werden. Vor allem in Hinblick auf die als defizitär bewertete „Vergangenheitsbewältigung“ durch nationale Institutionen fingen „Barfußhistoriker“ ab den 1970er Jahren an, die nationalsozialistischen Jahre selbst zu erforschen, im Betrieb, im Dorf, im Kiez oder auch in der Familie. „Vergessene“ Themen wie der Arbeiterwiderstand und die deutsch-jüdische Geschichte standen oben auf der Tagesordnung. Doch die lokale Verwurzelung war in der Anfangszeit vielleicht der größte gemeinsame Nenner. Man wollte die Geschichte wieder in überschaubare Räume zurückbringen und sie mit Gesichtern versehen.

Hiermit war auch eine Demokratisierung der Geschichtsschreibung geplant, denn die Vertreter der „Geschichte von unten“ waren zum größten Teil keine Fachleute, sondern engagierte Bürger, Amateurchistoriker oder auch Künstler. Sie optierten für Vielfalt und Öffentlichkeit in der Geschichtspraxis. Die Bewegung verstand sich als dezentral, basisdemokratisch und gesellschaftlich engagiert. Sie stand politisch den Grünen nahe, in Berlin der Alternativen Liste, deren Abgeordnete sich ab 1981 häufig als ihr Sprachrohr betätigten. Aber auch durch Darstellungsformen wie Stadtrundgänge, kleine Ausstellungen und Kampagnen für Gedenktafeln trat man in die Öffentlichkeit. Die „Geschichte von unten“ war, mit anderen Worten, ein durchaus präsentenes gesellschaftliches Phänomen und bot eine wahrnehmbare Alternative zur akademischen Geschichtsschreibung.

---

49 Volker Ullrich, „Entdeckungsreise in den historischen Alltag. Versuch einer Annäherung an die ‚neue Geschichtsbewegung‘“, *GWU* 76 (1985), S. 403–414, hier S. 403.

50 Entsprechende Beiträge in Ullrich/Heer, *Geschichte Entdecken*. Vgl. für Berlin: Thomas Lindenberger, „Werkstattgeflüster. Überlegungen zu Selbstverständnis und Praxis radikaldemokratischer Geschichtsforschung aus der Berliner Geschichtswerkstatt“, *Jahrbuch für Demokratie & Arbeitergeschichte* 3 (1983), S. 23ff.

Denn zusammengehalten wurde die heterogene Bewegung nicht zuletzt durch ihre Feindbilder, die nicht nur vom „Staat“ oder der konservativen Tendenzwende geliefert wurden, sondern eben auch von der „bürgerlich-konservativen“ Geschichtswissenschaft.<sup>51</sup> Für manche Vertreter der „Geschichte von unten“ gehörte der Sturm auf die Festung Wissenschaft denn auch zum Programm. Sie suchten eine akademische Ausbildung und immer häufiger die Auseinandersetzung mit den etablierten Geschichtswissenschaften an den Universitäten, und sie reichten der jahrelangen Praxis der Geschichtswerkstätten eine subjekt-orientierte Theorie der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit nach. Unter der Flagge der „Alltagsgeschichte“ betrat die „Geschichte von unten“ Mitte der 1980er Jahre die akademische Bühne. Sie setzte dem modernisierungstheoretisch fundierten *master narrative* der Sonderweggeschichte eine postmodern begründete „radikale Pluralität“ entgegen.<sup>52</sup> Auch diese Debatte war direkt mit dem Ort West-Berlins verbunden, denn hier fand 1984 der 39. Deutsche Historikertag statt, der nicht umsonst als „Grüner Historikertag“ bekannt wurde: Er war ein Höhepunkt der großen Auseinandersetzung zwischen Alltags- und Sozialgeschichte.<sup>53</sup> Doch eine ebenso wichtige Komponente der „neuen Geschichtsbewegung“ waren die interessierten Laien, die nicht den Weg durch die akademischen Institutionen gehen wollten.<sup>54</sup> In vielen frühen Projekten der Geschichtswerkstatt ist von den späteren akademischen Auseinandersetzungen noch nichts zu spüren. Hier wurde das historische Entdecken direkt als Suche nach Sinn und Identität erfahren, wodurch tendenziell die Grenze zwischen Gegenwart und Vergangenheit verschwand. Oft führte das in diesen Kreisen populäre „Nachspüren verborgener Widerstandspotentiale“ zu einer Verlagerung historischer Kämpfe in die Gegenwart: Die bürgerlichen „Verdränger“ und konservativen „Zudecker“ in West-Berlin spielten dabei die Rolle der Verbrecher von früher und der eigene Einsatz für das Freilegen vergessener Geschichte ähnelte dem heroischen Auftritt vergangener Widerstandskämpfer.<sup>55</sup>

---

51 Thomas Lindenberger beschreibt das Feindbild rückblickend so: „Egal ob wohlmeinend-sympathisierend oder polemisch-inquisitorisch vorgetragen: Jede Ordinarien-Frage nach den ‚eigentlichen Zielen‘, den ‚zentralen Begriffen‘ und ‚erkenntnisleitenden Fragestellungen‘, ganz zu schweigen von der nach politisch-moralischen ‚Wertvorstellungen‘, bestätigte den jüngeren, sich bewusst im Grenzbe- reich zwischen Zunft und Öffentlichkeit engagierenden Geschichtsaktivisten, dass sie mit ihrer Strategie, wie sie Themen, Projekte und Vermittlungsformen wählten, richtig lagen.“ (Ders., „Alltags- geschichte“ oder: Als um die zünftigen Grenzen der Geschichtswissenschaft noch gestritten wurde“, in: Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945* (München, 2003), S. 74–91, hier S. 77.)

52 Thomas Lindenberger und Michael Wildt, „Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik“, *Archiv für Sozialgeschichte* 1989, S. 393–411; Welskopp, „Identität ex negativo“. Vgl. auch *GG* 10 (1984), 4, mit Hans Medicks berühmten „Missionare im Ruderboot?“, ebd., S. 295–319.

53 Traute Petersen, „Unmut, Armut, Anmut. Vielfältige Strömungen auf dem 39. Historikertag in Berlin“, *FAZ* 4.10.1984. Vgl. auch Peter Schuman (Hg.), Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker in Berlin. 3. bis 7. Oktober 1984 (Stuttgart 1985); Lindenberger, „Alltagsgeschichte“, S. 74.

54 In dieser Hinsicht steht die Historisierung der gesamten Geschichtsbewegung immer noch aus, weil sich die Rückblicksliteratur vor allem mit ihrer „schwierigen“ Akademisierung beschäftigt. Hierdurch bleibt ein erheblicher Teil der Bewegung außer Sicht, nämlich jene Vertreter, die den Eintritt in die Universität immer abgelehnt haben und die bis zuletzt bei außerakademischen Projekten auf der Graswurzelebene geblieben sind.

55 So berichtete eine Berliner Mitarbeiterin: „Ermutigt durch die Fotos und Personaldaten der Hingerichteten in einem polnischen Buch nehmen wir die Suche nach dem Verbleib der Prozessakten auf. Eine der vielen schriftlichen Anfragen bringt schließlich positiven Bescheid: Die Akten liegen im Berliner ‚Do-



Zwar spielten diese „Barfußhistoriker“ in den Berliner Diskussionen um die Preußenausstellung und das DHM selbst keine vordergründige Rolle. Sie standen solchen großen Bühnen fern und ihre radikalen Auffassungen waren für die nationale Repräsentanz nicht konsensfähig. Trotzdem wurde ihre Gegenwart ab den frühen 1980er Jahren an den Rändern des Diskurses in steigendem Maße spürbar, und zwar auf zweierlei Weise. Erstens traten ihre Vertreter mit Kritik an zentralen Ausstellungsprojekten selbst in die Öffentlichkeit. Einige von ihnen nahmen an Diskussionsveranstaltungen teil und brachten ihre Ansichten ein. Sie kritisierten die Museumspläne, weil hier „die Herrschenden‘ ihre Geschichtsschreibung selbst in Auftrag geben“ und weil ein Deutsches Historisches Museum die Probleme der deutschen Geschichte „zudecken“ sollte: „Das Projekt liefert sozusagen den Ersatz für weiteres Nachdenken.“<sup>56</sup> Dazu kam noch, dass das DHM ausgerechnet am verdrängten „Gestapo-Gelände“ gegründet werden sollte, dessen Erschließung sich seit längerem die „neue Geschichtsbewegung“ angenommen hatte. Hier konnte man versteckte Geschichte aufdecken, über „oral history“ ehemalige Häftlinge zu Worte kommen lassen und die Westberliner „Verdrängungspolitik“ ins Kreuzfeuer nehmen. Der Nationalsozialismus bildete ohnehin ihren zentralen Forschungszeitraum und vor allem zum 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ 1983 waren überall in Deutschland lokale Initiativen entstanden. Diese Errungenschaften wurden nun gegen ein Deutsches Historisches Museum in Stellung gebracht, um „eine aktive Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit an diesem Ort durchführen“.<sup>57</sup> Die Debatte über eine angemessene Gestaltung des Gestapo-Geländes erlosch nicht, als die Museumsgründung an diesem Ort scheiterte. Im Gegenteil, die kommende 750-Jahr-Feier unterstrich erneut die Dringlichkeit eines angemessenen Umgangs mit dem Umfeld des zentralen Ausstellungshauses (vgl. II.6.).

Neben solchen direkten Kommentaren wurde das neue Geschichtsverständnis zweitens auch indirekt in den großen Geschichtsdebatten spürbar. Denn die Bewegung wurde nicht zuletzt durch ihren lokalen Rückhalt zu einem Faktor von Gewicht. Vorbeugend wollten die

---

document Center'. Bis zu ihrer Einsichtnahme sind jedoch noch viele bürokratische Hürden zu überwinden. (...) Die sterile Atmosphäre in dieser Amtstube und die faschistische Architektur dieses Gebäudes drängt mir unwillkürlich den Vergleich mit jenem menschenverachtenden Verwaltungsapparat auf, der die vor mir liegenden Akten produzierte. Ist diese Zeit wirklich verarbeitet und überwunden? Die niederschmetternde Erfahrung mit einer Bürokratie, deren Aufgabe darin zu bestehen scheint, das öffentliche Vergessen zu institutionalisieren, hat in mir neue Zweifel geweckt. Unser Antrag, die Akten zur Veröffentlichung freizugeben, wird (...) abgelehnt.“ (Gisela Wenzel, „Der vergessene Widerstand“, in: Heer/Ullrich, *Geschichte entdecken*, S. 217–231, hier S. 225) So wurden die „kleinen Leute“ nicht nur die Helden der Geschichte, sondern auch der Forschungsarbeit selbst: „Die Unterstützung öffentlicher Institutionen, Archive und Bibliotheken steht – so unsere Erfahrung – in oftmals schroffem Gegensatz zur Hilfsbereitschaft und zum Engagement unserer Interviewpartner.“ (Andreas Ludwig, „Historische Neugier und Projektpraxis“, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Projekt: Spurensicherung. Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre* (Berlin (West), 1983), S. 5ff., hier S. 7.)

56 Niederschrift der Diskussionsveranstaltung der AdK, 14.9.1983, Stölzl, *DHM*, S. 107 (Hajo Cornel) bzw. S. 115 (Hardt-Walther Hämer). Cornel wollte „Geschichte darstellen (...) in einer neuen Qualität (und sei es meinetwegen als Alternative oder Reaktion auf die Aktivitäten, die zur 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin vonstatten gehen)“ und verwies also auf „die Geschichtsschreibung von unten, das Sich-Befassen von Bürgerinitiativen mit ihrer Geschichte in Geschichtswerkstätten. Da gibt es doch Ansätze, sich mit Geschichte auseinanderzusetzen, die möglicherweise sehr viel fruchtbarer sind als so eine staatliche, von oben verordnete Form.“ (Ebd., S. 108).

57 Stölzl, *DHM*, S. 110 (Hajo Cornel). Zum „Aktiven Museum“ vgl. Hass, *Gestaltetes Gedenken*, S. 173ff.

etablierten Historiker deshalb die Alltagsgeschichte in ihre Konzeptionen einbeziehen. Zudem gab es unter ihnen nicht wenige, denen die „Geschichte von unten“ durchaus sympathisch war. Sie übernahmen Teile des neuen Programms – was übrigens misstrauisch mit dem Vorwurf der Vereinnahmung quittiert wurde – und brachten diese ein, soweit es ihrer eigenen Argumentation zugute kam.<sup>58</sup> Der Ethnologe Gottfried Korff etwa war mit den Konzepten der historischen Anthropologie vertraut und hatte Kontakt zu jenen Alltagshistorikern, die Eingänge in den akademischen Diskurs suchten.<sup>59</sup> Er war im Zentrum der Berliner Geschichtsdebatte vielleicht derjenige, der der „Geschichte von unten“ ideell am nächsten stand. Korff wusste in seinen Bemühungen um ein werkstattartiges DHM den einflussreichen Berliner Kulturmanager Ulrich Eckhardt an seiner Seite. Zwar hielten viele der konservativeren Fachhistoriker dagegen (Stürmer sprach von „Firlefanze“<sup>60</sup>), doch Korffs und Eckhardts Ansichten wurden von den meisten, und nicht zuletzt von Kultursenator Hassemer sehr ernst genommen. Und Eckhardt konnte sich immerhin auf seine Erfahrung als Generalsekretär der Preußenausstellung berufen. Über diese verschlungenen Wege floss in die Westberliner Entscheidung gegen ein monolithisches DHM und für ein offenes „Forum für Geschichte und Gegenwart“ auch ein Stück der „neuen Geschichtsbewegung“ ein.

Jedenfalls waren die geschichtspolitischen Vorschläge neokonservativer Vertreter einer „geistig-moralische Wende“ auf der eher kritischen Stadtebene West-Berlins kaum mehrheitsfähig. Die Preußenausstellung betrieb keine Identitätsbestätigung und das Konzept eines Deutschen Historischen Museums wurde so weit umgewandelt, dass es für Helmut Kohl nicht länger interessant war. Auch diese Linie sollte sich in der Gestaltung der 750-Jahr-Feier fortsetzen.

---

58 In seinem Kreuzzug gegen ein neokonservativ festgeschraubtes DHM war zum Beispiel Hans Mommsen gerne dazu bereit, Brücken nach „unten“ zu bauen und durch etwa „oral history“ das Museum auch „in diese Ebene zurückzubringen, wo sie heute in der Workshop-Bewegung steht.“ (Stölzl, *DHM*, S. 166)

59 Er malte für das DHM das Bild eines Laboratoriums, „weil von dort der Bogen zur Workshop-Bewegung geschlagen werden kann.“ Er hielt es für „sympathisch, wenn auch dieser Ansatz in dem Ausstellungshaus eine Chance hätte. Dann könnte solch ein Haus sofort mit einem breiten Interesse rechnen.“ (ebd., S. 167)

60 Ebd. und: „Ein Forum soll ja experimentell sein, es soll ein Laboratorium sein, und zur Natur des Laboratoriums gehört, daß es ab und zu einmal explodiert oder jedenfalls erheblich zischt. Dies scheint mir außerordentlich gefährlich. Irgendwo müssen Sie Maßstäbe setzen, irgendwo müssen Sie Grenzen ziehen, denn an diesem Ort läßt sich schlechthin nicht alles inszenieren und nicht alles machen.“ (Stürmer, ebd.)

### 3. Ost und West: Allein gemeinsame Sache machen?

Die Entdeckung des 750-jährigen Stadtjubiläums fiel in West-Berlin zwar mit den großen Geschichtsdebatten zusammen, doch die ersten Überlegungen betrafen nicht die Vergangenheit, sondern die geteilte Gegenwart Berlins. Auch wenn im Geschichtsdiskurs die andere Stadthälfte stets mitgedacht wurde, so stellte das Feierdatum erst richtig und unmissverständlich die Frage nach Ost-Berlin und nach dem Verhältnis der beiden Stadthälften zueinander. Für West-Berlin ging es dabei zudem um den eigenen Status: um deutschlandpolitische Probleme, das Verhältnis zu Bund und Ländern, den Status der Besatzungsmächte. Dieser berlinpolitische Diskurs ist der zweite Diskussionszusammenhang, der die Gestaltung des Westberliner Festes prägte.

In drei Etappen legte der CDU-FDP-Senat seine Ideen für das Festprogramm vor. Im September 1983 präsentierte er sein „erstes Entwurfskonzept“, das in groben Zügen eine erste Programmvorstellung skizzierte und „Leitlinien“ für die Gestaltung der Feier markierte. Nachdem dieses Entwurfskonzept vom Abgeordnetenhaus angenommen wurde, folgte seine Ausarbeitung im Kulturressort. Ein Jahr später – 1000 Tage vor dem Jubiläumsjahr 1987 – wurde in einer großen Pressekonferenz ein konkreteres Programm der Öffentlichkeit übergeben. Im Sommer 1986 bestätigte das Abgeordnetenhaus schließlich das endgültige Festprogramm.<sup>61</sup> Während dieser vier Jahre fanden mehrere Plenardebatten zum Thema statt und mehrere Parlamentsausschüsse beschäftigten sich damit. Zwar war das Parlament beileibe nicht das einzige Diskussionsfeld, denn die Durchsetzung oder Ablehnung bestimmter Pläne wurde nicht zuletzt durch Meinungsaustausch in der Öffentlichkeit und durch die Presse bewirkt. Doch anders als über die Selbstinterpretation West-Berlins wurde über die Politik gegenüber Ost-Berlin kaum kontrovers diskutiert. Hierüber bestand in West-Berlin ein breiter gesellschaftlicher Konsens.

#### Die Vorteile des Ostens

Vor allem in den frühen Überlegungen zur 750-Jahr-Feier übertrafen sich die Beteiligten, um die Dimensionen des Jubiläums zu bemessen. Die erste formelle Unterrichtung der Abgeordneten fand Ende 1982 statt, bezeichnenderweise nicht etwa im Kulturausschuss son-

---

61 Vgl. DS 9/1283, 13.9.1983, Ein erstes Entwurfskonzept zur Vorbereitung und Durchführung der 750-Jahr-Feier Berlins 1987; DS 9/2292, 30.11.1984, Das Programm der 750-Jahr-Feier Berlins 1987; DS 10/936, 29.8.1986, Das Programm der 750-Jahr-Feier Berlins 1987.

dem im Ausschuss für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen. Der Bericht des Senats bestand vorwiegend aus einer Skizze der „beeindruckenden“ Vorbereitungen Ost-Berlins und aus der Mitteilung, dass man, wie im Preußenjahr, die Berliner Festspiele GmbH in die Organisation einbeziehen wollte. Der Bericht blieb nicht ohne Wirkung; von Anfang an war die Konkurrenzsituation klar. Jürgen Wohlrabe (CDU) befürchtete, dass West-Berlin „ins Hintertreffen“ geriet, „da die DDR durch die Lokalität und durch das konzentrierte Bemühen der Staatskasse unter viel leichteren Bedingungen an das Vorhaben herangehen (kann).“ Deshalb schien ihm die Berliner Festspiele GmbH für das Fest zu leichtgewichtig. Denn ein „Gebiet, bei dem Berlin (West) mehr als Berlin (Ost) bieten“ könnte, war für Wohlrabe „der Kulturelle Bereich, vor allem das Entertainment in weltweitem Maßstab“. Er verlangte deshalb, „dass hier ein Profi vorzüglichsten Könnertums mit Weltniveau herangeholt (wird), um nicht in die Lokalität zurückzufallen, die hier manchmal geherrscht (hat).“<sup>62</sup> Niemand anders als der Regierende Bürgermeister sollte sich des Jubiläums annehmen, um der Sache Status zu verleihen.

Anders als in der Reichshauptstadt, aber dafür ähnlich wie in der DDR wurde das Stadtjubiläum in West-Berlin von Anfang an hoch angesetzt. Man fürchtete durchaus die Konkurrenz der „Hauptstadt der DDR“, weil diese dem Westen auf zwei Feldern überlegen schien. Zum ersten sah man eine Überlegenheit in den „strukturellen Bedingungen“ des Ostens, von denen auch Wohlrabe bereits gesprochen hatte.<sup>63</sup> Gemeint waren die staatsgelenkte Planwirtschaft der DDR und die Hauptstadtfunktion Ost-Berlins, die es der DDR ermöglichten (oder sie dazu zwangen), umfangreiche Mittel aus der Staatskasse in das Stadtfest zu pumpen. Gerade solche als „systembedingt“<sup>64</sup> eingestufte Vorteile Ost-Berlins verunsicherten die Verantwortlichen, denn West-Berlin befand sich in den frühen 1980er Jahren in akuter Finanznot. Und selbstverständlich war es für die Bundesrepublik keineswegs, dass sie West-Berlin in DDR-ähnlichen Dimensionen auf die Sprünge half. Bis 1984 hinein fehlten den Abgeordneten „konkrete Zusagen des Bundes zur Mittelbereitstellung“, und es blieb lange unklar, ob „Berlin nun eine nationale Aufgabe (ist) oder nicht“.<sup>65</sup> Um zu unterstreichen, dass „es sich bei dem Jubiläum nicht nur um ein Stadtfest, sondern um ein nationales Ereignis (handelt)“, zu dem auch ein „Engagement des Bundes“ gehören sollte, bliesen die Berliner die Bedeutung des Festes rhetorisch in vielerlei Hinsichten auf.<sup>66</sup> Der Bund sollte die strukturellen Vorteile Ostberlins ausgleichen.

Dabei brachten die Westberliner geschickt die Symbolfunktion ins Spiel, die die geteilte Stadt für die Bundespolitik hatte. Der SPD-Abgeordnete Harry Ristock betonte, dass „die historische Dimension des Auftrages“ durch etwaigen Geldmangel „nicht berührt werden“ dürfte, weil es hier „nicht allein um die Berliner Geschichte, sondern um die deutsche Geschichte (geht).“<sup>67</sup> Ein Parteifreund setzte auf die gleiche Karte: Das Fest sei kein „übliches“ Jubiläum, denn zur 750-Jahr-Feier sollte sich „der nationale Wille der Deutschen in ihrer

---

62 Bund 9/21, 25.11.1982, S. 7 und 8. Vgl. *TSP*, 3.9.1982, „Gedanken über 750-Jahr-Feiern“.

63 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 5 (Horst Kollat, SPD).

64 Diepgen im Bund 9/48, 3.10.1984, S. 11.

65 Kult 9/35, 10.11.1983, S. 4 (Gerd Löffler, SPD).

66 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 2 (Eberhard Diepgen, CDU).

67 Bund 9/30, 9.6.1983, S. 4.

Hauptstadt manifestieren“.<sup>68</sup> Alle wucherten mit West-Berlin als heimlicher Hauptstadt. Vom „Jubiläum der alten deutschen Hauptstadt“ sprach der Senat in einer geheimen „Bundesliste“ über die finanzielle Beteiligung Bonns. Er lockte den Bund mit dem Verweis auf die „politischen und materiellen Anstrengungen, die im Ostteil der Stadt“ unternommen wurden, „um den Anspruch auf Hauptstadtfunktionen für Ost-Berlin historisch zu legitimieren und materiell zu untermauern.“<sup>69</sup> Ohne jede Bescheidenheit meinte Wohlrabe: „Wir, die wir den Anspruch auf Hauptstadtcharakter (vertreten), (müssen) selbstverständlich in anderen Größenordnungen denken.“<sup>70</sup> Und Ristock ventilierte wiederholt seine Ansicht, dass die 750-Jahr-Feier „bedeutender“ sei „als die Olympischen Spiele“ in München 1972.<sup>71</sup>

Wo aber Verweise auf die „alte deutsche Hauptstadt“ oder die alte „Reichshauptstadt“ auf linke Einwände stießen, erwies sich die Bezeichnung „Metropole aller Deutschen“ insgesamt als tragfähiger. Die Bedeutung Berlins als Symbol der gespaltenen Nation und als Brücke zwischen Ost und West wurde von allen anerkannt. Zudem implizierte der Begriff eine nach der staatlichen Teilung fortbestehende, unteilbare deutsche Nation, die über die Stadt Berlin erfahrbar sei. Dieses Selbstverständnis wurde letztlich auch von den Kritikern geteilt. Bei ihren Einwänden gegen die vom Senat betriebene selbstgerechte Werbekampagne hielten sie es lediglich für „besser, wenn der Stadt dieser Stempel von außen aufgedrückt werde“. Ungeklärt blieb unterdessen der genauere Inhalt der Bezeichnung „Metropole aller Deutschen“ selbst. Dass aber die traumatischen Erfahrungen der Teilung mit dieser Suche nach dem nationalen Ort Berlin verbunden waren, zeigte sich in paradoxen Beschwörungen, dass Berlin etwa zugleich „die Metropole aller Deutschen und eine normale Stadt“ sei.<sup>72</sup>

Erst als der Senat Mitte 1984 die Zusage eingeholt hatte, dass Bonn einen „Sonderzuschlag“ von 70 Millionen DM für die 750-Jahr-Feier bereitstellen und die Länder zudem eigene Programmelemente beisteuern sollten (was durch den Viermächtestatus rechtlich nicht ohne Fußangel war), zeigte sich die Berliner Politik beruhigt. Wohlrabe freute sich, „dass der finanzielle Rahmen nunmehr die richtige Dimension“ hat und dass „die rich-

---

68 Bund 9/35, 10.11.1983, S. 5 (Thomas, SPD). „Es müsse ferner sichergestellt werden, daß Berlin (West) nicht in den repräsentativen Schatten von Berlin (Ost) gerate, da die Feier – nach DDR-Jargon – dort Aufgabe der gesamten Republik sei.“ (ders., ebd.).

69 LA, B-Rep 150, 115: „Beteiligung des Bundes am Stadtjubiläum“ 5.2.1984, S. 1.

70 Bund 9/21, 25.11.1982, S. 8.

71 So z.B. Bund 9/28, 28.4.1983, S. 5. Er meinte die Veranstaltung der Olympischen Spiele durch München 1972. Vgl. auch: *BMP*, 14.6.1984, „Diepgen stellt Drehbuch für 750-Jahr-Feier vor“ und *TSP*, 14.6.1984, „Staatsbesuche“.

72 Bund 9/43, 13.6.84, S. 7 (Wolfgang Fabig, FDP; Jürgen Adler, CDU). Ristock deutete den Begriff historisch: „Berlin sei nach wie vor die Metropole aller Deutschen, weil sich in dieser Stadt die deutsche Geschichte so wie sonst nirgendwo konzentriere.“ (Bund 9/30, 9.6.1983, S. 4). Wohlrabe las in ihm eine deutschlandpolitische Programmatik zur Entspannung: „Wenn Berlin schon als Metropole aller Deutschen bezeichnet werde, so sei darauf zu achten, dass auch Berlin (Ost) mit einbezogen werde.“ (Bund 9/43, 13.6.1984, S. 6). Sein Parteifreund Jürgen Adler verstand ihn als Kampfbegriff: „Berlin sei eine Stadt, die als Metropole aller Deutschen wegen der Anstrengungen der anderen Seite keine Minderwertigkeitskomplexe bekommen (...) dürfe. Berlin sei die Metropole aller Deutschen, und um dies darstellen zu können, müssten die entsprechenden politischen Vorgaben geliefert werden.“ (UA 9/2, 12.12.1984, S. 3). Und das endgültige Jubiläumsprogramm öffnete dann mit dem Konsens im Grundsatz: „Berlin ist nach wie vor die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen. Es ist das geistig-kulturelle Zentrum der Nation. Dies – nicht sein Alter – macht die 750-Jahr-Feier im Jahre 1987 zu einem wichtigen Ereignis.“ (DS 10/936, S. 2).

tigen – großen – Maßstäbe angelegt wurden.<sup>73</sup> Trotzdem begleitete die Beteiligten bis zum Jubiläum eine ständige Unsicherheit über den „Nachholbedarf“ West-Berlins.<sup>74</sup>

Ein zweites Gebiet, auf dem sich West-Berlin der anderen Seite unterlegen fühlte, war das Feld der Geschichte und der historischen Bausubstanz. Das verlorene Stadtzentrum war ein Symbol für die Geschichtslosigkeit West-Berlins. Wie sollte man die Feier mit einer historischen Kulisse versehen, wenn Ost-Berlin bestimmt „mit allen Kräften“ versuchen würde, „das alte, historische Berlin wiederherzustellen“? Man befürchtete, „dass 1987 Gäste aus aller Welt von dem im Ostteil der Stadt Dargebotenen stark beeindruckt (werden) und unser Teil der Stadt dagegen stark abfallen (könnte).“<sup>75</sup> Deshalb gehörte die Aufwertung des lange vernachlässigten Westberliner Stadtbildes zu den Jubiläumsplänen von Anfang an dazu. In der ersten großen Plenardebatte bildete 1983 die „Reparatur im Stadtbild“ den Kern der Redebeiträge. Getragen von der Hausbesetzerbewegung beklagte vor allem die AL die Baupolitik der 1960er und 1970er Jahre, als Abriss vor Renovierung ging. Diese „Stadterstörung“ habe die Menschen von ihrer Stadt entfremdet und die Stadt von ihrer Geschichte. Die AL drohte mit Protest: „Jawohl, meine Damen und Herren, diese 750-Jahrfeier wird von uns zu einem Datum der Anklage gemacht“. Doch ihre Absicht lief ins Leere, da das Bedauern über die vergangene Abrisspolitik nunmehr fraktionsübergreifend geteilt wurde.<sup>76</sup> Das Abgeordnetenhaus nahm den AL-Antrag zur Erhöhung der Mittel für die „Reparatur der Stadt“ ohne Gegenstimme an. Städtischer Wiederaufbau und die Betonung der Baugeschichte Berlins waren seitdem Schwerpunkte des Festprogramms, die den Löwenanteil der verfügbaren Mittel verschlangen. Auch die Verknüpfung der 750-Jahr-Feier mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) drückte diese Priorität aus.<sup>77</sup> Der Senat stellte in den nächsten Jahren „Schandflecklisten“ auf, die vor allem die ehemalige Mitte Berlins – das vernachlässigte Randgebiet an der Mauer – wieder zugänglich machen sollten.

Doch bei allen Bauvorhaben blieb die ungünstige Situation West-Berlins als „Vorstadt“ des „echten“ Berlins im Osten unübersehbar. Dieser Umstand verbreitete immer wieder Unbehagen – auch wenn es nur um die Neuauflage des zum 700. Stadtjubiläum erschienenen Folienatlas der Geschichte Berlins ging, dem der „Nachteil“ angekreidet wurde, „dass er die Entwicklung ausgehend vom historischen Stadtkern (darstellt) und das West-Berliner

---

73 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 6.

74 Dies äußerte sich einerseits etwa in den ständigen Beteuerungen, „daß unsere Seite, in ihren Bemühungen um ein Gelingen der 750-Jahr-Feier nicht hinter dem anderen Teil der Stadt hinterherlaufe“ (Diepen), und andererseits in oft wiederholten Warnungen, „die Bewältigung all zu vieler Probleme nunmehr mit dem Jubiläum zu verbinden“ (Hassmer). (Bund 9/43, 13.6.1984, S. 1, bzw. Kult 9/26, 11.4.1983, S. 3.)

75 UA 9/2, 12.12.1984, S. 2 (Harry Ristock, SPD).

76 Die ehemals verantwortliche SPD gestand bereitwillig ihre „Bausünden“ ein und auch die FDP gab zu, „daß im Eifer des Gefechtes zuviel getan worden ist“ (PP, 9/44, 5.5.1983, S. 2583B-2588A, hier S. 2583, Martin Jänicke [AL] und S. 25–85, Wolfgang Fabig [FDP]). Vgl. *Volksblatt Berlin*, 12.4.1983, „750-Jahrfeier soll ein Fest für alle werden“; *TSP*, 29.4.1983, „Kopferbrechen über das Stadtjubiläum“; *taz*, 13.7.1983, „Berlin als Stadt der Turner und Schlösser“.

77 DS 9/773, 8.10.1982, „Vorlage – zur Beschlußfassung – über Vorbereitung und Durchführung einer Internationalen Bauausstellung in Berlin“. Im „ersten Entwurfskonzept“ des Senats (1983) wurde festgehalten, dass das Jubiläum durch eine „Selbstdarstellung im Stadtbild“ „bleibende Spuren“ hinterlassen sollte. „Nach den Zerstörungen des Krieges und den Umwälzungen durch den Städtebau seit dem Kriege“ sei der Zusammenhang „zwischen der Bewahrung historischer Bausubstanz und der kulturellen und historischen Identität der Stadt“ nunmehr deutlich geworden.“ (DS 9/1283, S. 3, 5).

Gebiet deshalb nur in Randlage“ berücksichtigt.<sup>78</sup> Nie schwand die Unsicherheit gegenüber dem Osten, der sein Stadtbild ebenfalls mit Reparaturen versah, und der über weitaus eindrucksvollere Geschichtsbauten verfügte. Presse und Politiker verfolgten unruhig etwa den Wiederaufbau des Nikolaiviertels und des ehemaligen Gendarmenmarktes.<sup>79</sup> Ost-Berlin hatte die historische Initiative an sich gerissen. Was blieb dem Senat an geschichtspolitischem Handlungsraum noch übrig? Oder, um mit Uwe Lehmann-Brauns zu sprechen, „welche Antworten geben wir auf die Vorgaben Ost-Berlins?“<sup>80</sup>

Die Vorschläge reichten von Abstimmung mit der anderen Seite über Ausweichstrategien bis hin zum Gegenangriff. Die erste Variante brachte der ostpolitische Optimist Horst Kollat (SPD) ins Gespräch. Er verlangte eine Art geschichtliche Arbeitsteilung zwischen Ost und West und schlug vor, „daß zum Beispiel das Mittelalter unserer Stadt von der DDR behandelt werden möge; denn der Boden des Mittelalters befindet sich jenseits der Mauer, und daß, wenn es zum Beispiel um die Arbeiterbezirke geht, man uns den Wedding überlassen möge und wir den Friedrichshain der anderen Seite reservieren.“<sup>81</sup> Abgesehen von der Frage, wie man 1987 in West-Berlin anders hätte verfahren können, als den Friedrichshain „der anderen Seite“ zu überlassen, scheiterte dieser kreative Vorstoß im Abgeordnetenhaus an der allgemeinen Skepsis über die Abstimmungsbereitschaft der DDR. Moderatere Varianten dieser Denkrichtung tauchten aber immer wieder neu auf. Sie gingen von der fortbestehenden Einheit der Stadt aus und wollten die Schwachstelle West-Berlins, seine Geschichtslosigkeit, mit einem Verweis auf die Unteilbarkeit der Stadt aus der Welt schaffen.<sup>82</sup> Diese geschichtspolitische Entspannungspolitik gipfelte schließlich in Vorschlägen, dem Osten notfalls seinen Vorsprung zu lassen. Den CDU-Abgeordneten Adler etwa störte es „persönlich nicht, falls die andere Seite in den Vorbereitungen weiter als Berlin (West) sein sollte, denn schließlich sei Berlin *eine* Stadt.“<sup>83</sup> Hier verkam die von Kollat vorgesehene Arbeitsteilung gar zu einer Delegation von Geschichtsarbeit an den Osten.

Die zweite Strategie im Umgang mit den starken „Vorgaben Ost-Berlins“ suchte nach Möglichkeiten, von dem als Schwachstelle erfahrenen Posten „Geschichte“ abzulenken. Ost-Berlin könne „zwar mehr historische Bausubstanz bieten, aber doch nur relativ wenig internationale Kontakte mobilisieren. Die hiesigen Bezirke könnten hingegen ihre vielfälti-

---

78 UA 10/8, 23.4.1986, S. 4 (Volker Hassemer, CDU).

79 „Sie alle wissen, man ist dabei, in einer großartigen Form zum Beispiel die Nikolaikirche, zum Beispiel den Französischen Dom und andere Gebäude zu restaurieren. Also sind wir hier gerufen, in einen Wettbewerb einzutreten.“ (PP 9/41, 10.3.1983, S. 2445C (Horst Kollat, SPD)). *Die Welt*, 8.7.1983, „Zum Geburtstag gönnt sich Berlin ein neues Stück vom alten Kiez“; *Volksblatt Berlin*, 21.10.1983, „Ost und West im Wettbewerb“; *taz*, 8.2.1985, „Die Stadt verschönern“; *BMP*, 9.2.1985, „Ost-Berlin will sich 1987 herausputzen“; *TSP*, 11.12.1985, „Restaurierungen in Ost-Berlin mit Blick auf die 750-Jahr-Feier“.

80 PP 9/44, 5.5.1983, S. 2586A (Uwe Lehmann-Brauns, CDU).

81 PP 9/41, 10.3.1983, S. 2445A.

82 Auf diese Weise hatte 1981 auch Richard von Weizsäcker argumentiert, als die DDR die Welt mit der Rückkehr des Reiterstandbilds verblüffte: „Von Berlin müssen Antworten auf die Fragen ausgehen, wo die Deutschen herkommen, wohin sie gehen. Nur solche Antworten werden vor der Geschichte bestehen, die an der Mauer nicht halt machen. (...) Und wenn wir den Alten Fritz wieder Unter den Linden reiten sehen, dann ist dies für uns ein Grund zur Freude.“ (Regierungserklärung Weizsäcker, 2.7.1981, zit. nach. Stölzl, *DHM*, S. 60f.)

83 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 8.

gen internationalen Partnerschaften (...) einbringen.“<sup>84</sup> Auch die Flucht in die Gegenwart gehörte zu diesem Reaktionsmuster und Wolfgang Fabig (FDP) kam gar eine diachrone Spaltung Berlins in den Sinn, als er meinte, „dass die andere Seite ruhig das historische Zentrum aufbauen solle, das sei ein Blick in die Vergangenheit. In Berlin (West) sei die Zukunft der Stadt darzustellen.“<sup>85</sup> Das „erste Entwurfskonzept“ des Senats atmete in vielen Elementen diesen Geist der Ausweichstrategie. Viele Hinweise zur Zeitgeschichte überlagerten die ältere Vergangenheit, und überhaupt ersetzten hier Gegenwartsreflexionen und Zukunftsvisionen tendenziell den Blick auf die Geschichte der Stadt.

Und dennoch wurde die dritte Strategie schließlich am konsequentesten verfolgt: Man negierte weitgehend die östlichen „Vorgaben“ und konterte mit einer offensiven Darstellung des eigenen Narrativs der Stadtgeschichte. Man wusste sich ja durch das Aufblühen des historischen Interesses im eigenen Lande gestärkt. Zu solchen Überlegungen passte die Argumentationslinie von Lehman-Brauns (CDU), der die Ereignisse im Osten selbstbewusst (und weitsichtig) umdeutete: „Die Geister der Vergangenheit, die die Offiziellen drüben gerufen haben, werden ihnen eine Weile zu schaffen machen, in einem Sinne, der unser Sinn ist, nämlich in einem Sich-wiederfinden.“<sup>86</sup> Man einigte sich darüber, die Berliner Geschichte nicht dem Osten zu überlassen, sondern selbst eine aktive Rückschau zu betreiben. Auch wenn der Schwerpunkt zunächst auf der Zeitgeschichte lag, so bog man die vermeintliche Schwäche zur Stärke um. Die 750-Jahr-Feier fordere eine „exemplarische Selbstdarstellung“, so bestimmte das Abgeordnetenhaus, „die besonders die Entwicklung und die Erkenntnisse der letzten 50 Jahre berücksichtigt und dem Wiedererwachen des Geschichtsbewußtseins in Deutschland Rechnung trägt. Dabei soll die Spannung einer Stadt, durch die die Grenze zwischen zwei weltpolitischen Machtsphären verläuft, nicht geleugnet, sondern als Chance zu einer vielfältigeren Fragestellung an die Geschichte dieser Stadt genutzt werden.“<sup>87</sup> Eine solche Grundposition entsprach den Regelmäßigkeiten des Geschichtsdiskurses, der seit der Preußenschau entstanden war. In West-Berlin sollten historische Probleme nicht geleugnet, sondern zur Darstellung von Vielfalt und Offenheit genutzt werden.

## „Berlin ist eine Stadt!“

Trotz dieser im Ergebnis selbständigen Position West-Berlins waren die Blicke lange Zeit auf Ost-Berlin gerichtet. Dabei war es insbesondere die Frage, wie man „trotz des scheußlichen und die Stadt trennenden Bauwerks“ zu einem Höchstmaß an „Verbindungen“ und „Gemeinsamkeiten“ zwischen Ost und West kommen könnte.<sup>88</sup> Bereits 1979 hatte der Regierende Bürgermeister Stobbe einen ersten Anlauf in Richtung Ost-Berlin unternommen, um die Bereitschaft zu einem gemeinsamen Jubiläum zu prüfen. Doch den hatte die andere

---

84 Kult 9/26, 11.4.1983, S. 4 (Nils Ferberg, SPD).

85 UA 9/2, 12.12.1984, S. 4. Und: „Wichtig“ erschien Lehmann-Brauns (CDU), „sich aus dem Jubiläumsanlaß mit der heutigen Situation Berlins auseinanderzusetzen, zwar auch auf die Vergangenheit zurückzublicken, vor allem aber die aktuellen Funktionen der Stadt zu definieren.“ (Kult 9 / 26, 11.4.1983, S. 1.)

86 PP 9/44, 5.5.1983, S. 2586B. Diese Deutung vertritt auch: Brinks, *DDR-Geschichtswissenschaft*.

87 DS 9/1067, Antrag der Fraktion der SPD über Vorbereitung und Durchführung der 750-Jahrfeier Berlins, S. 2.

88 Bund 9/28, 28.4.1983, S. 5 (Ristock, SPD).



Stadthälfte mit dem Hinweis abgewimmelt, dass der Senat sich doch auf jenes Territorium beschränken solle, für das er sich 1948 „freiwillig“ entschieden habe.<sup>89</sup> Weil seitdem klar war, dass jede Stadthälfte ihre eigene Feier gestalten würde, befürchtete mancher für 1987 einen „Treppenwitz der Weltgeschichte“, indem man sich mit Dopplungen, Überschneidungen und Wiederholungen „mehr oder weniger der Lächerlichkeit der Weltöffentlichkeit aussetzen“ würde.<sup>90</sup> In den ersten Richtlinien bekannte sich der Senat deshalb zur Einheit der Stadt: „Alles, was den historisch entstandenen Charakter der Einheit und Zusammengehörigkeit der Stadt dokumentiert und was dem schrittweisen Zusammenkommen und Zusammenwachsen der getrennten Teile dient, wird uns in der Vorbereitung besonders am Herzen liegen. Der Senat von Berlin wird sich daher gegenüber dem anderen Teil der Stadt um Gedankenaustausch und Abstimmung, um gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme bemühen.“<sup>91</sup> Man erwartete von der 750-Jahr-Feier bisweilen eine Art Meilenstein in der Geschichte der geteilten Stadt. Einige hofften, dass sie „für Berlin zu einem Neubeginn“ werden könnte.<sup>92</sup> So führten alle Wege nach Ost-Berlin.

Doch die Verhandlungen mit der DDR, sofern sie überhaupt zustande kamen, erwiesen sich als schwierig. Die Hauptstadt der DDR bedeutete dem Westen 1983 erneut, dass „die Stadtteile, die 750 Jahre alt würden, im Ostteil der Stadt lägen, so dass der eigentliche Geburtstag der Stadt nur dort gefeiert werden“ kann. Ost-Berlin sah zu „Termin und Gestaltungsvereinbarungen“ deshalb keinen Anlass.<sup>93</sup> So wichen der Optimismus und die Hoffnung, die Westberliner Politiker anfangs an den Tag legten, bald Ärgernis und Streitlust. Die Berliner SPD wollte „die andere Seite in eine Situation (...) bringen, in der der Alleinvertretungsanspruch auf die Feierlichkeiten nicht mehr möglich sein werde.“<sup>94</sup> Auch Adler (CDU) überlegte, „ob Ost-Berlin nicht unfreiwillig zu Gemeinsamkeiten gebracht werden“ könnte. So entstand die Idee, in die eigenen Programmverzeichnisse 1987 auch die Ostberliner Veranstaltungen aufzunehmen. „Man könne so tun“, meinte Fabig (FDP), „als ob Berlin eine Stadt sei“ – worauf ihn Adler süffisant korrigierte: „Berlin *ist* eine Stadt!“<sup>95</sup>

Doch West-Berlin musste in den nächsten Monaten mit ansehen, wie der Osten seiner Abgrenzungspolitik konsequent treu blieb. Diepgen räumte im Juni 1984 ein, dass der Ost-West-Dialog über das Jubiläum „bisher noch nicht so richtig durchgeführt werden“ konnte.<sup>96</sup> Man versuchte wieder vom angedachten Wettbewerb wegzukommen, zumal die andere Seite der Stadt den Vorteil habe, „dass sich das historische Berlin auf seinem Gebiet befindet.“<sup>97</sup> Adler meinte im Oktober 1984, dass „ein Wettbewerb gegen den anderen Teil der Stadt (...) nicht zur Diskussion (steht).“ Doch ein Scheitern drohte. Diepgen konnte ledig-

---

89 Zit. n. *Spandauer Volksblatt*, 25.1.1979, „Stobbe: Jubiläum gemeinsam feiern.“

90 PP 9/41, 10.3.1983, S. 2445 A (Kollat, SPD).

91 DS 9/1283, 13.9.1983, S. 2f.

92 LA, B-Rep 150, 115: „Beteiligung des Bundes am Stadtjubiläum“ 5.2.1984, S. 1. So sah Adler (CDU) die Feier auch als eine Gelegenheit, die „Ost-Politik der Vergangenheit“, die „leider zu einer Schrumpfung des deutschlandpolitischen Bildes der Menschen geführt“ habe, zu korrigieren, indem 1987 „ein Höchstmaß an gesamtdeutscher Übereinstimmung“ erreicht werden sollte. (Bund 9/30, 9.6.1983, S. 4.)

93 Bund 9/30, 9.6.1983, S. 2.

94 Bund 9/30, 9.6.1983, S. 3 (Löffler, SPD).

95 Bund 9/28, 28.4.1983, S. 6.

96 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 9.

97 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 7 (Fabig, FDP).

lich seine Hoffnung ausdrücken, „dass die angestrebten Gesprächskontakte mit der anderen Seite in der nächsten Zeit zustande (kommen).“<sup>98</sup> Man hatte noch nichts erreicht.

Diepgen befand sich aber in seinem Bestreben, „bei den Feierlichkeiten kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander“ zu erreichen, stets mit dem Westberliner Meinungsspektrum im Einklang.<sup>99</sup> Die Presse blieb der Ein- und Ausreise von Delegationen auf dem Fuß. Man wartete gespannt auf Nachrichten, hoffte gemeinsam auf das Durchlässigwerden der Mauer und empörte sich jedes Mal über die Abweisungen aus Ost-Berlin.<sup>100</sup> Der Konsens umfasste auch die AL, die im Herbst 1984 ihre Verbalattacken einmal einstellte und ausnahmsweise den „Eindruck“ hatte, „der Senat bemüht sich tatsächlich, aber es ist sehr schwierig. Es ist schwieriger geworden, es geht nicht so voran, wie man vor ein, zwei Jahren mit guten Gründen hoffen konnte.“<sup>101</sup> Als im März 1985 endlich erste Gespräche zwischen dem Chef der Senatskanzlei, Detlef Stronk, und dem Koordinator des Ostberliner Festprogramms Kurt Löffler zustande kamen, war es schon reichlich spät. Zudem blieb die DDR stets zurückhaltend.

Trotz des Konsenses in West-Berlin konnten seine Unterhändler nicht frei auf den Osten zugehen. Sie mussten auf die Schutzmächte Rücksicht nehmen, die Hoheitsrechte über die Viermächtestadt ausübten. Und weil diese Rechte von Ost-Berlin abgestritten wurden, standen die Alliierten Annäherungen zwischen West- und Ost-Berlin traditionell argwöhnisch gegenüber. Eigene Senatsinitiativen waren politisch riskant. Wie Diepgen im September 1985 dem Bundestag berichtete, waren die „Vorbehalte der Alliierten gegen intensivere Kontaktaufnahmen auf politischer Ebene“ die wichtigste Ursache für die schwierigen Verhandlungen zwischen Stronk und Löffler – zusammen mit „Unklarheiten der Interessenlage der DDR“.<sup>102</sup>

Während dieser Jahre hatte sich die Westberliner Haltung immer durch die Hoffnung ausgezeichnet, dass die Abgrenzungspolitik der DDR irgendwie noch überwunden werden konnte. Ein schwerer Dämpfer war es deshalb, als Honecker im November 1985 nun auch in der westlichen Presse jede Zusammenarbeit ausschloss: „Von einer Bereitschaft der DDR, gemeinsam die 750-Jahr-Feier Berlins zu planen und durchzuführen ist mir nichts bekannt.“<sup>103</sup> Doch ein wirklicher Bewusstseinswandel bewirkte erst die Publikation der Ostberliner *Thesen 750 Jahre Berlin* im Dezember 1985, weil sie als unbeugsame Interpretation vor allem der Berliner Nachkriegsgeschichte jede Beweglichkeit der SED vermissen ließen (vgl. 3.5). Der *Tagesspiegel* reagierte empört und die *Morgenpost* sprach von einer „kalten

---

98 Bund 9/48, 3.10.1984, S. 11 (Adler) und 10 (Diepgen).

99 Bund 9/48, 3.10.1984, S. 10.

100 Wie etwa 1982: *TSP*, 11.12.1982, „Berliner Parlaments-Ausschuß führt Gespräche in Ost-Berlin“; 16.12.1982, „ZK-Funktionär sagte Gespräch mit Berliner Abgeordneten ab“.

101 PP 9/76, 25.10.1984, S. 4718A (Jürgen Kunze). *TSP*, 18.1.1985, „Hassemer will Ost-Berlin weiter gewinnen“.

102 LA B-Rep 150, 151, Klausurtagung 7.9.1985, Ergebnis-Protokoll, S. 1; *TSP*, 10.9.1985, „CDU/CSU-Bundestagsfraktion befaßte sich in Berlin mit 750-Jahr-Feier“.

103 „Berlin ist, wie Sie wissen, die Hauptstadt der DDR und wird als solche auch die 750-Jahr-Feier begehen. (...) Wir beabsichtigen nicht, uns in Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier in die inneren Angelegenheiten von Berlin (West) einzumischen. Diese Stadt besitzt einen eigenen Status und wird deshalb das Jubiläum auf ihre Weise begehen.“ (Zit. n.: *BMP*, 13.11.1985, „Nichts gemeinsames bei 750-Jahr-Feier Berlin“ sowie *ND*, 13.11.1985, „Das Interview Erich Honeckers für die ‚Saarbrücker Zeitung‘“.)

Abfuhr“: „West-Berlin wird wie ein überflüssiger Wurmfortsatz behandelt. (...) Das lässt wenig hoffen für eine gemeinsame Stadtfeier.“<sup>104</sup> Diepgen sagte die unregelmäßigen Gespräche zwischen Stronk und Löffler zwar nicht ab, doch jetzt klang seine Hoffnung mehr als schwach, dass die *Thesen* vielleicht „noch nicht das letzte Wort“ seien. Die Abgeordneten fühlten sich von Ost-Berlin vorgeführt und mutmaßten sogar, dass „die DDR unter dem Mantel der Kooperation auf billige Art Informationen erhalten wolle, um die Pläne von Berlin (West) um so leichter konterkarieren zu können.“<sup>105</sup> (Tatsächlich übernahm die DDR mehrere Programmideen aus dem Westen. Doch auch West-Berlin beherrschte dieses Spiel, denn sein Bürgermeistertreffen ging zum Ärger der DDR auf östliche Inspiration zurück.<sup>106</sup>)

Nach dem Bankrott der Abstimmungspolitik hielt die „Ständige Vertretung der Bundesrepublik“ in Ost-Berlin den Senat über die Vorbereitungen der „Hauptstadt der DDR“ auf dem Laufenden. Sie bestätigte, dass es „in Berlin (Ost) offensichtlich eine tiefe, auch emotional gespeiste Distanz zu Berlin (West)“ gebe. West-Berlin bleibe „für viele im Osten doch der ehemalige Gegner, mit dem man in einem ständigen Kampf stand und dem man auch heute noch nicht so leicht die Hand zur Versöhnung reichen will.“ Zudem brauche Ost-Berlin auch „das ‚Gegnerbild‘ einer sozial belasteten, historisch unbedeutenden und politisch unselbständigen Stadthälfte im Westen, um das eigene Selbstgefühl zu stützen. (...) Diese defensive Haltung wird verstärkt durch die Attraktivität, die Berlin (West) in den Augen vieler Ost-Berliner in Wirklichkeit besitzt.“ Das Fazit für die 750-Jahr-Feier lautete im Februar 1986: „Spektakuläre Annäherungen sind überhaupt nicht zu erwarten.“<sup>107</sup> Der Westen musste seitdem leidlich zusehen, wie Ost-Berlin die Feier zur großen Manifestation seines Berliner Alleinvertretungsanspruchs gestaltete.<sup>108</sup>

- 
- 104 TSP, 15.12.1985, „DDR legt einen Thesenkatalog zur 750-Jahr-Feier Berlins vor“; BMP, S. 25f., 12.1985, „Kalte Abfuhr“. Eine solche gemeinsame Feier war für die FAZ auch gar nicht mehr wünschenswert, denn „die Betonung des Gegensatzes der gesellschaftlichen Systeme ist von geradezu drastischer Feindseligkeit. Das alles ist keineswegs neu, zeigt nur aus besonderem Anlaß, wie abwegig die bei uns verbreitete These von einer Entideologisierung und vom neuen Pragmatismus der DDR-Politik ist. (...) Die für die Durchführung der 750-Jahr-Feier in West-Berlin Verantwortlichen haben trotz mannigfacher Warnungen zu lange auf Abstimmung und Kooperation gesetzt.“ (FAZ, 3.1.1986, „Die 750-Jahr-Feier Berlins“). Vgl. auch SZ, 15.12.1985, „DDR-Thesen zur Geschichte Berlins“; TSP, 25.12.1985, „Diepgen über die Ost-Berliner Thesen zur 750-Jahr-Feier“.
- 105 Bund 10/11, 16.1.1986, S. 3. (Thomas, SPD). Ulrich Eckhardt hatte hierauf bereits im Mai hingewiesen und gemeint, dass Ost-Berlin „weitgehend auf die weit früher veröffentlichten Planungen des Senatsbeauftragten reagiert und diese sogar in mancher Hinsicht kopiert. So werden wir mit thematischer Verdoppelung und Konkurrenz zu rechnen haben. Eine komplementäre Beziehung erscheint nicht möglich.“ (LA, B-Rep, 150, 153, Aktennotiz Eckhardt für Stronk, 20.5.1985).
- 106 Im Juni 1986 wurde Eckhardt als „neuer Plan aus der Senatskanzlei“ vorgeschlagen, „in offener Parallele zu Ost-Berlin“ zum Jubiläum „ein Treffen von Bürgermeistern aus aller Welt“ auszurichten. Es fand 1987 im Rahmen der Eröffnung der IBA statt. (LA, B-Rep, 150, 151, Tomerius an Eckhardt, 20.6.1986).
- 107 LA, B-Rep 150, 153, Bräutigam an die Landesvertretung Berlin, 21.2.1986, inkl. Vermerk über West-Berlin in den Thesen, 19.2.1986, hier S. 7f.
- 108 FR, 21.1.1986, „Die DDR will ihren Platzvorteil ausnutzen“; „Bis zuletzt das Ohr an der Mauer“; Welt, 1.3.1986, „Mit dem VEB-Bau zur strahlenden Metropole“; Die Welt, 21.8.1986, „Geteiltes Jubiläum in Berlin: Heiter im Westen – militärisch im Osten“; FAZ, 6.9.1986, „Erinnerung als Staatsakt“; SZ, 22.10.1986, „Auch ‚Berlinette‘ darf nicht fehlen“; FAZ, 2.12.1986, „Bagger und Bauleute in der ehemaligen Wilhelmstraße“.

Durch ihre These der Einheit der Stadt hatte sich West-Berlin sehr früh in eine Position der politischen Abhängigkeit vom Osten manövriert. Wo die Führung der Hauptstadt der DDR sich vom Westen abkoppelte und öffentlich einen Schein von Gleichgültigkeit gegenüber der 750-Jahr-Feier in den westlichen „Vororten“ demonstrierte, geriet man im Westen durch das mit viel Elan vorgetragene Ziel der Gemeinsamkeit unter Zugzwang. Die „andere Seite“, die ohnehin den alten Stadtkern „besaß“, wurde hierdurch einmal mehr unentbehrlich. Paradoxerweise führte aber eben die Betonung der Gemeinsamkeiten zu einer stärkeren Distanz zu Ost-Berlin, das diese Rhetorik als revisionistische Bedrohung zurückwies. Als mit der Zeit deutlich wurde, dass der Osten nicht geneigt war nachzugeben, musste West-Berlin die gemeinsame Sache eben alleine machen. „Wir sollten uns an dieser Stelle als die Klügeren erweisen und, auch wenn es zu keinen Abstimmungen mit Ost-Berlin kommt, bei unseren Planungen berücksichtigen, was drüben gemacht wird“, meinte Wolfgang Fabig bereits im Mai 1983 im Abgeordnetenhaus. Gleichwohl bedeutete die Ostberliner Zurückweisung für West-Berlin eine harte Blockade, die man selbst nur schwerlich beeinflussen konnte. Auch Uwe Lehman-Brauns wusste, dass, „wenn wir diese Hand ausstrecken, die andere Seite vermutlich noch nicht einmal den kleinen Finger ergreifen wird. Ich finde aber, um unseres Selbstverständnisses willen sollten wir diese Hand ausstrecken. Es freut die Menschen, und das Nein sollte nicht von unserer Seite kommen.“<sup>109</sup> Diese Politik wurde fraktionsübergreifend unterstützt. Den Launen der SED-Führung ausgeliefert, stand West-Berlin bis 1987 mit ausgestreckter Hand da, bereit, auf jedes Signal aus Ost-Berlin hoffnungsvoll zu reagieren.

---

109 PP 9/41, 5.5.1983, S. 2586C.

## 4. Konkurrenz der Erzählungen in der Berlin-Ausstellung

Trotz seiner Bemühungen um Austausch und Abstimmung mit dem Ostteil musste der Westteil Berlins seine Feier allein gestalten. Diese sollte wie selbstverständlich in der Tradition des beeindruckenden Preußenjahres stehen. Dies führte direkt zum Plan einer neuen großen Ausstellung zum Berlin-Jubiläum, erneut im Martin-Gropius-Bau. Ihre Ausrichtung und ihr Titel blieben zwar lange Zeit ebenso unklar wie die weitere Gestaltung des Programms, doch in Presse und Abgeordnetenhaus konzentrierte sich die Diskussion bis etwa 1985 auf die „Große Berlin-Ausstellung“, die meist stellvertretend für die gesamte 750-Jahr-Feier verhandelt wurde. Sie stand auch 1987 im Zentrum des Festprogramms – die Ausstellung war das Kernstück des Stadtjubiläums.

In ihrem Zustandekommen bündelten sich die politische Selbstvergewisserung West-Berlins ebenso wie die Interpretation und Aneignung der Geschichte der Stadt. Denn die Westberliner Identitätsbestimmung erfolgte zum einen in der Abgrenzung gegenüber dem „anderen“ Berlin jenseits der Mauer und zum anderen auch durch eine Verortung des eigenen Berlins in der Zeit, also in Abgrenzung von früheren Versionen der Stadt. So sollte der durch das Dritte Reich und die Spaltung zerstörte Stolz des früheren Berlin anlässlich der 750-Jahr-Feier „zurückgewonnen“ oder an ihn zumindest „erinnert“ werden. Das Fest war demnach eine „Chance“ für die Stadt, „einen kleinen Teil ihrer verlorengegangenen Identität wieder herzustellen“<sup>110</sup> und „einiges aus der historischen Perspektive mit Wirkung auf die Gegenwart zurechtrücken“ zu können.<sup>111</sup> In der großen Berlin-Ausstellung sollte die Neubewertung der Stadtgeschichte zu einer historischen Fundierung des Westberliner Selbstbildes führen. Aber welche Geschichte sollte es sein? Und wer entschied darüber?

### Der Senat und sein „Beauftragter für die 750-Jahr-Feier“

Beteiligt an diesem Prozess der Selbstrepräsentation war in erster Linie die politische Elite West-Berlins. Doch anders als bei der Ostberlinpolitik fanden über die innere Ausrichtung des Festes hitzige öffentliche Debatten statt; und das Rathaus Schöneberg war nicht das einzige Forum, wo Entscheidungen fielen. Jeder Schritt des Senats wurde in der Presse von Lob und Kritik begleitet – die verschiedensten Intellektuellen, Interessenvertreter, Promi-

---

110 Lehmann-Brauns (CDU), zit. n. *Die Welt*, 4.7.1984, „Im Streit um 750-Jahr-Feier ist der Senat gespalten“

111 PP 9/41, 10.3.1983, S. 2445B (Horst Kollat, SPD).

nenten und Bürgerinitiativen suchten so auf die Gestaltung des Festes Einfluss zu nehmen. Erhebliche Teile der Westberliner Gesellschaft traten als aktive Mitgestalter der Vorbereitungen in Erscheinung – im Falle der Ausstellung geschah dies insbesondere durch zahlreiche Beiträge auf den Meinungsseiten der größeren Zeitungen.<sup>112</sup> Hier, in der Reflexion einer ungebundenen Öffentlichkeit liegt die größte Differenz zwischen der Jubiläumsgestaltung in West-Berlin und der der beiden autoritär regierten Städte. Der Einfluss öffentlich appellierender Kritiker machte sich vor allem in der Frühphase der Planung bemerkbar, als im Senat über das Stadtjubiläum eine wiederholt als „ideologisch“ bezeichnete Auseinandersetzung geführt wurde. Auch im Abgeordnetenhaus und in der Presse stritten Vertreter unterschiedlich gefärbter Erzählungen der Stadtgeschichte um die Vormachtstellung beim Jubiläum. Nachdem im Sommer 1985 die Weichen für die „Zentrale Historische Ausstellung“ gestellt waren, flauten die „ideologischen“ Kämpfe ab, und die Presse beschränkte sich weitgehend auf ihre reflektierende und Bericht erstattende Rolle, die sie freilich nicht weniger vehement wahrnahm.

In der Praxis wurde aber ein Großteil der Entscheidungen über das Festprogramm außerhalb von Abgeordnetenhaus und Medien getroffen. Zwar kontrollierten der Regierende Bürgermeister und eine spezielle, vom Kultursenator geführte Senatskommission offiziell die Vorbereitungen. Diese Politiker mussten formell über die großen Linien der Feier entscheiden und diese öffentlich vertreten. Doch die konkrete, kreative Gestaltung des Festes war nicht ihre Arbeit. Hierfür wurde dem Kultursenator ein „Beauftragter für die 750-Jahr-Feier“ „zugeordnet“, der mit einem kleinen Büro die „Koordination des Gesamtprogramms“ übernahm. Zudem sollte er ein zentrales Stadtfest und eben die historische Ausstellung entwerfen. Auf diesen Posten des „Beauftragten“ wurde im Januar 1984 Ulrich Eckhardt berufen. Der Leiter der Berliner Festspiele GmbH prägte die 750-Jahr-Feier wie kaum ein Zweiter und nahm auch auf die Präsentation der Stadtgeschichte erheblichen Einfluss.

Eckhardt war nach seinem Job für das Preußenjahr zum führenden Kulturmanager in West-Berlin aufgestiegen. Der geschulte Orchesterleiter war von Anbeginn an den Überlegungen zur 750-Jahr-Feier beteiligt gewesen. Dass er das Jubiläum „machen“ würde, stand offiziös bereits kurz nach der Preußenausstellung fest, denn seine Erfahrungen als Kulturkoordinator und Ausstellungsveranstalter konnte sonst niemand vorweisen. In Eckhardts „Büro B750“ liefen ab 1984 die Fäden zusammen. Hier, und nicht etwa im Abgeordnetenhaus, wurden die ersten „Drehbücher“ für das Fest entwickelt. Eckhardts als „Vorschläge“ getarnten und mit Kultursenator Hassemer abgestimmten Entscheidungen wurden – wenn auch nicht ohne Diskussion – in der Regel von der Legislative bestätigt.

Unumstritten war indes Eckhardts Position als „Subunternehmer“ des Kultursenators nicht. Eckhardt hatte für die Festgestaltung ein halbes Dutzend Mitarbeiter. Ihm lag daran, seine Hände freizuhalten und den mühseligen Gang durch die Gremien möglichst abzukürzen.<sup>113</sup> Reibungen zwischen seinem Büro und politischen Institutionen nahm er dabei in

---

112 Ausgehend von der Annahme, dass das komplette Meinungsspektrum von den regionalen und überregionalen Tageszeitungen repräsentiert wird, wurde in diese Studie nur die gedruckte Presse einbezogen.

113 Giftig schrieb er einmal Hassemer, dass dessen „Verwaltung“ „unsere Papiere nicht zensieren, sondern als Vorlage benutzen“ sollte, „und sie mit dem administrativen Know-How, das alleine bei Ihnen

Kauf, denn Eckhardt wusste sich immer von den verantwortlichen CDU-Politikern gestützt: Der liberale Volker Hassemer hielt ihm ebenso den Rücken frei wie der Pragmatiker Eberhardt Dieppen. Dafür aber betrachtete das Abgeordnetenhaus Eckhardts Arbeit misstrauisch. Zu Spannungen führte vor allem seine Öffentlichkeitsarbeit, die er als wichtiger erachtete als seine Kontakte zur Volksvertretung.<sup>114</sup> Doch es blieb, sofern es Eckhardts Position betraf, bei den üblichen verbalen Reibereien im Abgeordnetenhaus.

Widerstände gegen Eckhardts Berufung traten eher in der Öffentlichkeit zutage, vor allem von Seiten der Springer-Presse, die mit Eckhardt seit 1981 noch eine Rechnung offen hatte. Insbesondere die Tageszeitung *Die Welt* entwickelte sich zu einem Forum für Gegenentwürfe der 750-Jahr-Feier. Denn sie erkannte in Eckhardt jenen Mann, der seinerzeit die verhasste Preußenausstellung „verbrochen“ hatte, und tat alles Mögliche, um die alten Fronten auf das Berlin-Jubiläum zu übertragen. Ein „Kasperletheater ohne jede politische Würde“, so erinnerte sich 1984 der stellvertretende Chefredakteur Günter Zehm an die Preußenausstellung, die „bei vielen Berliner Politikern merkwürdigerweise immer noch als ‚Erfolg‘ gilt.“ Nunmehr sei also „eine Neuauflage“ zu erwarten, erneut im Gropius-Bau „mit seinem tristen Ambiente“. Überhaupt schiebe der Senat das „Problem“ der 750-Jahr-Feier „eher lustlos“ vor sich her, und Zehm versäumte es nicht, auf die Vorbereitungen „jenseits der Mauer“ zu verweisen. Jenen Westberlinern, die im Jubiläum vor allem den Konkurrenzkampf mit Ost-Berlin sahen, war der reflektierende, vermeintlich zögernde Stil des Senatsbeauftragten ein Dorn im Auge. „Die Organisatoren der 750-Jahr-Feier sollten sich der Stadt, die sie so bald zu vertreten haben, endlich würdig erweisen.“<sup>115</sup>

## Stilelemente eines demokratischen Stadtfestes

Trotz solcher Proteste stellte Ulrich Eckhardt Anfang 1984 seine ersten Drehbuchentwürfe für das Stadtjubiläum fertig. Die Zusammenstellung von Programmideen verlief aber nicht problemlos. Zwangsläufig verband man mit dem Ereignis der 750-Jahr-Feier Erinnerungen an die 700-Jahr-Feier. Das Nazispektakel von 1937 hatte das Arsenal traditioneller Festelemente in vieler Hinsicht diskreditiert – der kreative Spielraum für die Festgestaltung West-Berlins war erheblich eingeschränkt. Bereits die frühesten Denkschriften zum Stadtfest mussten Abgrenzungsarbeit zur 700-Jahr-Feier leisten, wobei vor allem der historische Festzug verworfen wurde. „Um alle Peinlichkeiten mit historisierenden Aufzügen und einer dazu nötigen Massenregie zu vermeiden“, wollten die Westberliner Festplaner vielmehr spezifische Stilmittel eines demokratischen Stadtfestes entwickeln. So schlug eine Ideen-

---

vorhanden ist,“ zu „Senatsvorlagen, Hauptausschusspapieren und was sonst in der Welt der Verwaltung gebraucht wird,“ umwandeln sollte. (LA, B-Rep 150, 115, Eckhardt an Hassemer, 11.10.1984.)

114 Mehrfach monierte man, „dass die Informationsarbeit des Senatsbeauftragten die parlamentarischen Ebene offensichtlich und beharrlich ausklammert.“ (LA, B-Rep 150, 115, Wohlrabe an Hassemer, 15.10.1984) Und das Abgeordnetenhaus stellte einmal „rein vorsorglich“ klar, dass Eckhardt „Beauftragter des Senats von Berlin“ und „als solcher“ auch „abberufbar“ sei. (Ebd., Wohlrabe an Hassemer, 22.11.1984 (Hervorhebung im Original).) Vgl. auch DS 9/2125: Große Anfrage der Fraktion der SPD über Kompetenzgerangel und Programmwirrwarr bei der Vorbereitung der 750-Jahr-Feier, 5.10.1984.

115 *Die Welt*, 1.8.1984.

skizze vom September 1983 ein eher audiovisuelles Schauspiel vor, „das seine spektakulären Qualitäten nur sehr bedingt aus den personalen Auftritten von Menschen gewinnt.“ Mit technischen Mitteln und künstlerischen Leinwandprojektionen wollte man Kostümen und Trachten aus dem Wege gehen. „In Film-, Fernseh- und Bildarchiven läge ein kaum auszu-schöpfendes Material bereit, mit dem die Geschichte Berlins (...) eindringlich vor Augen geführt werden könnte. (...) Die paramilitärische Organisation von Massenaufzügen bliebe (...) allen erspart.“<sup>116</sup> Als später bekannt wurde, dass Ost-Berlin sehr wohl einen Festzug organisierte, sah man die historischen Umzüge als Präsentationsmittel totalitärer Systeme bestätigt.

Dennoch brauchte die Festorganisation lange, um Alternativen für dieses Kernstück traditioneller Stadtjubiläen zu formulieren. Und zudem mussten zuerst private Umzüge von eigensinnigen Bürgerinitiativen unterbunden werden. Denn als Ulrich Eckhardt im Januar 1984 seinen Posten antrat, fand er zu seiner Verärgerung bereits Vorarbeiten für aus seiner Sicht bedenkliche Trachtenprozessionen vor. Diese leistete auf besonders hartnäckige Weise der Berliner Bürgerverein (BBV), ein Zusammenschluss von etwa 40 Landsmannschaftsverbänden, der „bilaterale Kontakte“ mit allen deutschen Ländern pflegte. Der BBV war bereits im Sommer 1983 mit dem Vorschlag an Diepgen herangetreten, „ein(en) Festzug auf der Ost-West-Achse“ zu organisieren, der „auf dem großen Platz vor dem Reichstagsgebäude“ „ausufern“ sollte.<sup>117</sup> Und Diepgen hielt es durchaus für richtig, „durch eine populistische Veranstaltung Berlin als Zentrum und Anziehungspunkt der deutschen Nation darzustellen.“<sup>118</sup> Geschickt übernahm der BBV die Sprache der Senatskonzepte, indem er Berlin als Sammelbecken und Zentrum des Austauschs der deutschen Länder deutete. Doch was sich hinter diesen Plänen wirklich verbarg, wurde erst später klarer. „Wir haben hier in Berlin etwas, was sichtbar macht, dass Berlin die Deutsche Hauptstadt ist“, so kündigte der Vereinsvorsitzende an. „Aus allen deutschen Gauen gibt es Landsmannschaften, Verbände und Vereine, die das Andenken an die Heimat pflegen und altes Kulturgut, Trachten, Tänze, Bräuche, pflegen. Manche bereits über viele Jahrzehnte. Der Berliner Bürgerverein e. V. hat sich daher (...) an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepke (sic!) gewandt und folgenden Vorschlag gemacht: Berlin zeigt in einem Festzug all die Vielzahl der Trachten aus allen deutschen Ländern um zu zeigen, dass Berlin von allen deutschen Gauen geprägt wurde. (...) Eines ist bisher festgelegt: Unser Festzug und unser Fest findet am Sonntag den 30. August 1987 statt.“<sup>119</sup> In Eckhardts Büro B750 stieß dieser Plan auf entschiedene Ablehnung. Aber wie sollte ein solcher Festzug ersetzt werden?

Die Antwort: durch einen Korso auf dem Wasser. Anfang 1984 reiften die Pläne, einen historischen Umzug mit Booten stattfinden zu lassen, um so den gefürchteten „Gleichschritt“ zu vermeiden und zugleich Bewältigungsarbeit gegenüber 1937 zu leisten. „Der schwimmende Jubelkorso sollte eine weltstädtisch-elegante Alternative zu dem dumpfdröhnenden Massenpomp des braunen Stadtjubiläums 1937 demonstrieren.“<sup>120</sup> Es wurde beschlossen, historische Schiffe aus ganz Europa nach West-Berlin einzuladen, um spiele-

---

116 LA, B-Rep 150, 54, Jan Fiebelkorn und Winfried Ranke, „Festprogramm zur 750-Jahrfeier Berlins – Ideenskizze“, 29.9.1983, S. 3f.

117 LA, B-Rep 54, BBV an Diepgen, 15.8.1983.

118 LA, B-Rep 54, Vermerke der Kulturverwaltung, August und September 1983.

119 Ebd., Welker an Stadtverwaltung, 22.6.1984.

120 Ebd., Vermerk Von Schmeidel, 12.3.1984.



risch auf dem Wasser zu feiern. „Kein Jubiläum ohne Festzug! Doch diesmal muß nicht marschiert werden, denn der Umzug findet auf dem Wasser statt, auf den Kanälen, den Havelseen und natürlich auf der Spree, die unbeeindruckt von Grenzen die Stadt wie vor 750 Jahren in ihrem alten Bett durchfließt“, verkündete Eckhardt im September 1984.<sup>121</sup> Als die Entscheidung für einen Wasserkorso getroffen war, konnten die Festplaner auch der fragwürdigen Initiative des BBV entschiedener entgegenzutreten. „Wir bleiben bei unserem Angebot: Der BBV kann sich am Wasserkorso beteiligen. (...) Eine ‚Länderparade‘ der ‚deutschen Stämme‘ findet nicht statt. (...) Festzug muss abgelehnt werden!“<sup>122</sup> Nach erheblichen Protesten machten Teile der Bürgervereine schließlich beim Wasserkorso mit. Die Ablehnung der Festorganisation blieb aber unverkennbar. Als Eckhardts Mitarbeiter Bernhard Schneider im September 1984 erneut an einem Diskussionsabend des BBV teilnehmen sollte, kitzelte jemand auf den Rand der Einladung: „hat Herr Schneider nichts besseres zu tun?“<sup>123</sup>

Die Schwierigkeiten mit dem Festzug standen stellvertretend für die Schwierigkeiten mit dem Erbe von 1937. Sie wiederholten sich in der Westberliner Festvorbereitung immer wieder. Auch um ein zentrales Volksfest kam West-Berlin nicht herum, obwohl Eckhardt wusste, dass derart „populistische Massenveranstaltungen“ rasch in fragwürdiges Fahrwasser geraten konnten. „Großveranstaltungen etwa im Olympiastadion oder in Form von Paraden, auch von Volks- oder Trachtengruppen“ schienen ihm „problematisch“, und auch ein Stadtfest „zwischen Siegestsäule und Brandenburger Tor ist ein inhaltliches und organisatorisches Wagnis.“<sup>124</sup> Solche Festelemente waren durch die 700-Jahr-Feier beschmutzt und konnten nach Empfinden vieler Westberliner für eine demokratische Wiederverwendung kaum rein gewaschen werden. So erfand man als neue Veranstaltung auch die „historische Meile“, ein Jahrmarkt mit Buden, Handwerken und Rummelcharakter. Hier sollte der mündige Bürger gefördert werden, denn „die Zuschauer stehen nicht passiv am Straßenrand und bestaunen die vorbeiziehenden Fahrzeuge“, sondern werden „aktiv“: „Sie flanieren an den aufgebauten lebendigen Bildern zur Geschichte Berlins vorbei, können auswählen, sich entscheiden, wo sie verweilen wollen, sich einmischen.“<sup>125</sup>

So mussten alle Westberliner Programmteile den Prüfstein von 1937 bestehen. Dieser Prüfstein war oft rein sprachlich markiert. Als Ausrutscher galt zum Beispiel die Wortmeldung eines Abgeordneten, der ein Fest für „die Masse“ und „Volkstümlichkeit auf der Ost-West-Achse bis zum Brandenburger Tor“ verlangte: „Je monumentaler und geschichtsträchtiger die Feierlichkeiten aufgezogen würden, um so leichter (ist) es, die für die Feier erforderlichen Finanzierungsmittel aufzubringen.“ Umgehend wurde ihm nahe gelegt, vom Begriff der „Ost-West-Achse“ Abstand zu nehmen, „da damit nur negative Erinnerungen verbunden sein“ könnten.<sup>126</sup> Schlagwörter wie „monumental“ und „geschichtsträchtig“ kämen aus dem *Linguae Tertii Imperii*, vor allem wenn Veranstaltungen in diesen Dimensionen auch noch „aufgezogen“ werden sollten.<sup>127</sup> Im Gewand der „Straße des 17. Juni“ hatte da-

121 Ebd., Notiz o.D. (September 1984, „bisher beste Fassung“). Vgl. auch Pressematerialien 3.9.1984.

122 LA, B-Rep 150, 54, Vermerk B750, 17.7.1984.

123 Ebd., Einladung BBV, 11.9.1984.

124 LA B-Rep 150, 381, Problemstellung in Stichworten, 7.2.1985.

125 Zit. in Presseerklärung des Berliner Kulturrats, 5.10.1984 (LA B-Rep 150, 216).

126 Bund 9/43, 13.6.1984. Der erste Redner war Wohlrabe (CDU), der zweite sein Parteifreund Adler.

127 Viktor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen* (Berlin, 1947).

gegen niemand mehr Einwände gegen die Ost-West-Achse, und ebenso konnte das abschließende „Feuerwerk an der Siegessäule“, das die Reichshauptstadt 1937 präsentiert hatte, unter dem Namen „Abschlussfeuerwerk am Großen Stern“ 1987 doch wiederholt werden. „Populäre Großveranstaltungen“ ersetzten die „volkstümlichen Massenveranstaltungen“, aber ohne „Bühnenbilder“ und „Inszenierungen“ konnte man auch im Westen nicht auskommen – alles dies bildete das Glatteis, auf das man sich begeben musste. Feste Orientierung gaben nur die Absicht zur Abgrenzung und die Gewissheit, dass das Fest „drüben“ der 700-Jahr-Feier 1937 ähneln würde – auch wenn Horst Kollat (SPD) diese Referenz knapp verfehlte, als er sah „mit welcher Zielstrebigkeit und Vehemenz“ die DDR daran ging, „die 750-Jahr-Feier so zu gestalten, wie dies mit den Olympischen Spielen 1936 geschehen (ist).“<sup>128</sup>

Trotz dieses ständigen Problembewusstseins blieb die öffentliche Aufmerksamkeit für den Verlauf der 700-Jahr-Feier selbst bemerkenswert gering. Es blieb bei einigen wenigen Zeitungsartikeln, einem wissenschaftlichen Aufsatz und vielen deklamatorischen Verweisen.<sup>129</sup> Wurde das Nazifest schon nicht verschwiegen, so wurde es auch nicht wirklich aufgearbeitet. Im Jubiläumsjahr selbst stand dann der Vergleich zu Ost-Berlin im Zentrum.

So genoss West-Berlin die traditionellen, volksfestartigen Programmteile des Jubiläums meist mit Vorbehalten. Sie wurden ironisch gebrochen (Festzug auf dem Wasser) oder demokratisch umgewandelt („aktive Zuschauer“ statt „stumme Masse“). Das wichtigste Medium der Westberliner Selbstdarstellung wurde aber eins, das von nationalsozialistischen Massenauftritten nicht diskreditiert worden war, und das zudem seit 1981 an Popularität gewonnen hatte: die historische Ausstellung. Sie nahm im westlichen Programmdesign einen ähnlichen prominenten Platz ein wie die Umzüge in den beiden diktatorischen Berlinjubiläen.

## „Menschenwerkstatt“ oder „deutsche Hauptstadt“?

Für die Ausstellung waren im „ersten Entwurfskonzept“ des Senats (1983) nur grobe Richtlinien festgehalten worden. Das Abgeordnetenhaus hatte sich lediglich auf das Betonen der liberalen und toleranten Traditionen verständigt.<sup>130</sup> Zusammen mit den emphatisch vorgebrachten Bekenntnissen zur fortwährenden Einheit („Geburtstag des *ganzen* Berlin“) und der eigentlichen Hauptstadtfunktion („Metropole aller Deutschen“) bot dieses Konzept zwar eine Grundlage für die Gestaltung der 750-Jahr-Feier, aber es ließ noch jene Kernfragen unberührt, die die Geister im Westberliner Geschichtsdiskurs seit 1981 trennten. Sollte man,

---

128 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 5.

129 Die beeindruckendste Einschätzung der 700-Jahr-Feier war 1987 ein Zeitungsartikel von Heiner Krellig, *Tagesspiegel*, 16.8.1987, „Jubiläum eines Jubiläumscoups“. Vgl. weiter: *BMP*, 1.1.1985, „700-Jahr-Feier 1937 in Berlin: Duftender Blumenkorso vom Funkturm zum Alexanderplatz“, *BMP*, 1.1.1987, „Berlins Geburtstag ‚Erfunden‘“ und *taz*, 18.8.1986, „Berlin Berlin Berlin? Das Stadtjubiläum: Gefeierte haben es erst die Nazis“.

130 Erstes Entwurfskonzept, a.a.O., S. 3: Berlin habe sich schon „immer“ durch „die Tradition der Aufklärung und die besondere Urbanität der Metropole, die zu Weltoffenheit und Toleranz führen“, ausgezeichnet, sowie durch „die Bereitschaft und Fähigkeit zur Aufnahme und Integration“ und durch „die geistige und soziale Beweglichkeit und de(n) Mut zu unkonventionellen Wegen“.

wie die Springer-Zeitungen und konservative Teile der CDU verlangten, die prunkvolle Wiederentdeckung der alten Reichshauptstadt inszenieren und durch nationale Demonstration den Anspruch der Bundesrepublik auf das gesamte Berlin und auf die gesamte deutsche Geschichte untermauern? Oder sollte man, etwa mit Eckhardt und Hassemer, das Jubeldatum zu einem kritischen Nachdenken über die Vergangenheit nutzen, wofür sich zum Beispiel der an der Mauer und am „Gestapo-Gelände“ gelegene Gropius-Bau eignete? Ungewiss blieb vorläufig, wo man die „verlorene Identität“ der Stadt verorten wollte und auf welche Weise ihre „vergessene Geschichte“ zu gestalten war.

Erst als Ulrich Eckhardt im Januar 1984 seine Arbeit als Beauftragter aufnahm, wurde die Debatte über das historische Selbstbild West-Berlins konkreter. Am 23. Januar informierte er den Kulturausschuss über seine Pläne, nach denen das Jubiläumsjahr „nicht von bombastischen Veranstaltungen“, sondern vielmehr „von der Reflektion über die Stadt“ geprägt sein sollte. Deshalb sollte die Ausstellung „die bisherigen 750 Jahre Berlins als einen Musterfall der Zivilisationsgeschichte“ interpretieren.<sup>131</sup> Damit verwies Eckhardt auf die Denklinie des designierten Ausstellungsleiters – er hatte erneut den Tübinger Ethnologen Gottfried Korff auserkoren. Eckhardt setzte damit die Linie von Preußen und des „Forum(s) für Geschichte und Gegenwart“ fort und holte für die 750-Jahr-Feier den Mann, der wegen seiner eigenwilligen „Inszenierungen“ und seiner vermeintlichen „Identitätsangst“ eine beliebte Zielscheibe für die Protagonisten der „geistig-moralischen Wende“ geworden war.

Im Frühling 1984 legte Eckhardt das Ausstellungskonzept den parlamentarischen Gremien vor. Es war von Korff und dessen Mitarbeitern Bodo Baumunk, Wolfgang Weick und Marie-Louise von Plessen verfasst worden und trug, nach einer Bezeichnung Heinrich Manns, den Titel „Menschenwerkstatt Berlin“. Das dreiseitige Papier entwarf eine Urbanisierungsgeschichte Berlins und forderte zum „Nachdenken über das Wesen der Großstadt, über den Prozeß der Verstädterung und über die Eigenarten großstädtischen Lebens heraus.“ Berlin wurde in den Kontext anderer Metropolen wie New York, London und Paris eingereiht. Stoßrichtung war für Korff die sogenannte „innere Urbanisierung“ Berlins: „Der Mensch in der Großstadt wurde ein anderer. Sein Verhalten, seine Sinne, seine Vorstellungswelt passten sich den Reizen und Anforderungen einer urbanen Umwelt an“, und dieser „spezifisch großstädtischen Mentalität, die ebenso Nervosität und Hellwachheit, wie das dumpfe Einordnen in die alltägliche Massenanonymität einschloß“, wollte das Konzept folgen. Es gipfelte im Satz: „Es entwickelte sich der Großstädter, der Berliner.“<sup>132</sup>

Trotz dieser „Faszination Großstadt“ war das Konzept wie die Preußenausstellung von einer skeptisch-distanzierten Haltung gegenüber dem Ausstellungsgegenstand geprägt. Die seit dem 19. Jahrhundert bekannte „Kritik an der Verstädterung und am Zustand der Großstädte“ gehörte ebenso dazu wie der Hinweis, dass die Großstädte „durch die Flächenbombardements im 2. Weltkrieg“ in Frage gestellt worden seien. Auch, dass Berlin durch „Tei-

---

131 Kult 9/38, 23.1.1984, S. 4; TSP, 24.1.1984, „Der Tiergarten als Mittelpunkt der Feiern zum Stadtjubiläum“.

132 LA B-Rep 150, 140, Baumunk/Korff/Plessen/Weick: Expose der Ausstellung zur 750-Jahr-Feier Berlins „Menschenwerkstatt Berlin“, 19.3.1984, auch für die folgenden Zitate. Seinen Ansatz hatte Korff im September 1983 auf dem Deutschen Volkskunde-Kongress schon präsentiert: Gottfried Korff, „Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur ‚inneren Urbanisierung‘“, in: Theodor Kohlmann und Hermann Bausinger (Hg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung* (Berlin, 1985), S. 343–361.

lung, Isolation und Verlust der Hauptstadtfunktion“ ein „modifiziertes urbanes Selbstverständnis“ hervorgebracht habe, dessen „entsprechenden Mentalitätsverschiebungen“ es in der Ausstellung „nachzuspüren“ gelte. Es glänzte bei Korff „die Moderne“ als Leitbild der Geschichtsbetrachtung, denn sie rechtfertigte gleichsam die Konzentration auf die Metropole („Der Weg in die Moderne führte durch die Großstadt“). Korff ließ die eigentliche Stadtgeschichte Berlins deshalb erst „im genrehaft idyllisierenden Stadtporträt des Vormärz“ beginnen, als „Ursprung für die spätere Weltstadt“. Die Mentalität der „Berliner“, ihre Vorreiterrolle bei der Entstehung der Urbanität und die Metropolisierung in ihren anthropologischen Formen – das waren die Elemente, aus denen Korff das Geschichtsbild des offenen, pluralistischen, großstädtischen West-Berlin zusammensetzen gedachte.

Doch gemäß den Regelmäßigkeiten des Geschichtsdiskurses stießen diese Gedanken auf erheblichen Widerstand bei verantwortlichen Politikern, vor allem beim konservativen Flügel der Berliner CDU. Während in der Springer-Presse schon länger über die „linke“ Personalbesetzung und die „Konzeptionslosigkeit“ in Sachen Jubiläum gegrübelt wurde, waren die ersten politischen Reaktionen bestenfalls verhalten. Der Titel „Menschenwerkstatt“ wurde bereits im Verwaltungsapparat angeschossen, bevor er vom Senat als „nicht zu akzeptieren“ erledigt wurde.<sup>133</sup> Das Papier unter dem Titel stand erst später zur Debatte; hierzu lud Eberhard Diepgen seine Senatskommission und die beteiligten Ausstellungsleute im Juni 1984 in das ruhige Senatsgästehaus nach Berlin-Grunewald ein. Eckhardt rechnete mit Widerstand und hatte deshalb auch den bekannten Historiker Hagen Schulze zur Sitzung eingeladen, um eventuelles Misstrauen durch die fachliche Unterstützung eines konservativeren Kollegen abzubauen.

Eckhardts Vorgehen erwies sich aber als Eigentor. Denn es war Schulze, der die Aussprache eröffnete und mit seiner Kritik an Korffs Konzept den konservativen CDU-Senatoren ein Sprungbrett verschaffte. Schulze bemängelte, dass das „Menschenwerkstatt“-Konzept „die inneren Probleme der Stadt“ zu sehr hervorhob, um leicht widersprüchlich dazu hinzuzufügen, dass „der Geist der Ausstellung“ zugleich „zu wenig auf Berlin ausgerichtet“ sei.<sup>134</sup> Korffs Ausstellung „könnte auch im Ruhrgebiet, New York oder Sydney gezeigt werden“; sie sei der 750-Jahr-Feier deshalb „nicht angemessen.“ Schulze sprach vielen Senatoren aus dem Herzen. Gegenüber Korffs historisch-anthropologischem Konzept formierte sich eine starke Opposition, die „Berlin in seinem politischen Kontext“ (Bundes-senator Rupert Scholz) zeigen wollte. Das Jubiläum, so forderte Finanzsenator Gerhard Kunz, „muß die Zentralität Berlins für Deutschland darstellen“.

Diesen Senatoren schwebte eine nationalkonservative Erzählung der Stadtgeschichte vor, deren Umrisse zwar unscharf blieben, aber deren Gegensätze zu Korffs städtischer Moderne umso klarer hervortraten. Anstatt Berlin vor dem Hintergrund anderer europäischer und amerikanischer Metropolen darzustellen, forderten sie die Einbettung Berlins in die Nationalgeschichte. Dies sollte durch die Herausarbeitung der Hauptstadtrolle und der politischen Symbolfunktion der Stadt geschehen, was zu Titelvorschlägen wie „Berlin und die Deutschen“ oder „Berlin und Europa“ führte. Man wollte Berlin eher heroisch als reflexiv erzählen und, mit den Worten der Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien (Titelvorschlag: „Spree-

---

133 LA B-Rep 150, 152, Senatskommission am 17.4.1984; LA B-Rep 150, 115, Notiz Berliner Festspiele (Gieseler), 28.6.1984: Hassemer habe den Titel „innerlich auch noch nicht angenommen.“

134 LA B-Rep 150, 152, 5. Sitzung der Senatskommission, 29.6.1984, auch für die folgenden Zitate.

athen und Krisenstadt“), zeigen, „wie die Berliner an der Nahtstelle zwischen den Welten die Herausforderungen bestanden haben.“ Statt der Epoche der Industrialisierung und der modernen Metropole rückten die Zeit der „Könige“ (Scholz) und der preußischen Reformen (Laurien) in den Mittelpunkt und man hielt „die Beschränkung auf die letzten 200 Jahre (...) für eine Verengung“. Auch die symbolträchtige Nachkriegszeit trat hervor: „Welche Funktionen hat die ehemalige Hauptstadt in Deutschland, welchen Zweck und Sinn hat es, sich in dieser gefährdeten Situation zu behaupten“ (Schulze)?

Hinter diesen inhaltlichen Differenzen standen massive Meinungsunterschiede über die zum Jubiläum zu betreibende Geschichtspolitik. Die Fronten aus den Debatten um Preußen und das DHM erfassten auch das Berlin-Jubiläum. Bei Korff vermissten seine Gegner den „identitätsstiftenden Aspekt“. Ihre Absicht war es, die Ausstellung radikal vor dem Hintergrund des „deutsch-deutschen Geschichtsverständnis(es)“ einzurichten (Kunz). Scholz verlangte, dass sie „die Geschichtslosigkeit ‚arbeiten‘ und zur Beseitigung der deutschen ‚Identitätsschwäche‘ beitragen“ sollte. Aus dieser Warte erschien Korffs „Menschenwerkstatt“ lediglich als „eine vordergründige Zivilisationskritik“ (Scholz).

Und über allen diesen Einwänden schwebte nach wie vor das Phantom Ost-Berlin, das bekanntlich die besseren Ausstellungsstücke und den entscheidenden Platzvorteil besaß. Zu allem Überflus hatte Korff deshalb zugegeben, „eine stadthistorische Ausstellung wegen der Konkurrenz zu Ost-Berlin“ am liebsten vermeiden zu wollen, was für viele der Gipfelpunkt war. „Auch wenn die Beschaffung von Ausstellungsstücken schwierig ist“, warf Scholz ein, „darf die Besetzung der deutschen Geschichte nicht Ost-Berlin überlassen und der Wettbewerb nicht schon im Vorfeld aufgegeben werden.“ Überhaupt war es ein „Fehler“, meinte Schulze, bei der Konzeptionsfindung „von den Objekten auszugehen“. Vielmehr sei „die politische Bedeutung Berlins“ der richtige Ausgangspunkt. Laurien löste das Problem im Vorwärtsgang: „Wenn Ausstellungsstücke (...) fehlen, muß diese Lücke dargestellt werden, weil sie zur Realität in der Stadt gehört.“

Die Einwände und Gegenvorschläge der Berliner Senatoren bildeten gewiss keinen konsistenten Gegenentwurf zu Korffs Geschichte der Urbanisierung. Vielmehr lieferten die Politiker Bruchstücke eines Narrativs, das woanders konsequenter ausgearbeitet worden war. Eine solche auf nationale Zusammenhänge ausgerichtete Version der Berliner Geschichte hatte ein Jahr zuvor der bekannte Verleger Wolf Jobst Siedler in einer bis dahin unveröffentlicht gebliebenen Denkschrift für den Weizsäcker-Senat niedergeschrieben.<sup>135</sup> Siedler, der als ausgewiesener Kenner vor allem der Baugeschichte Berlins galt, hatte mit Blick auf das Jubiläum Überlegungen zu einer geeigneten Geschichtspolitik angestellt und dazu die Berliner Stadtgeschichte zu einer stringenten Erzählung geschliffen, die sich als früheres Gegenstück zu Korffs Urbanisierungsgeschichte erwies.

Die Unterschiedlichkeit beider Ansätze spiegelte sich bereits in Siedlers Ausgangspunkt, wonach die zentrale Ausstellung „zugleich politisch und historisch angelegt sein (muß), wenn sie die gewesene und gegenwärtige Rolle Berlins für die Nation deutlich machen

---

135 Obwohl die Denkschrift nicht veröffentlicht worden war, darf angenommen werden, dass die Berliner Senatoren als Adressaten des Memorandums mit ihrem Inhalt vertraut waren. Hierfür spricht auch die frappante Ähnlichkeit der Forderungen und Formulierungen. Allerdings wurde das Dokument oder Siedlers Name in der Diskussion nicht direkt erwähnt. Die Denkschrift wurde im August in der Zeitung *Die Welt* publiziert.

will.“<sup>136</sup> Genau das war aber nicht Korffs Ziel, wodurch eine Reihe weiterer Differenzen programmiert war. Denn wie die Senatskommission forderte Siedler „immer, leitmotivisch, die Frage nach dem nationalen Bezug“. Die schillernde „Freiheit Berlins“ galt ihm als regulative Größe, auf die Siedler „klare Fragen und Thesen“ beziehen wollte, um daraus „Sinn und Tragweite“ für die „Gegenwart und Zukunft“ zu erkunden. Es war für Siedler die Symbolkraft Berlins, die die Stadt zu ihrer Größe gebracht hatte. In diesem Sinne schob sich der Kollektivbegriff der Stadt sogar vor ihre Bevölkerung, denn „die Freiheit Berlins“ war für Siedler „von Bedeutung weit über die Lebensbedingungen der Bewohner der Westsektoren hinaus.“ Schließlich werde Berlin „nicht der Freiheit ihrer Einwohner wegen verteidigt, die sich mit einem Bruchteil der Mittel in den Westen hätten verpflanzen lassen, sondern um ihres symbolischen Charakters willen.“ Die Gegenwart der Teilung, in der Berlin umkämpftes Symbol, ja begehrtes Objekt im Wettstreit der Systeme geworden war, drängte so das Korffsche Interesse für die Entstehung der Metropole in den Hintergrund. Die Stadt konnte für Siedler ihr Eigenrecht „nicht aus der Darstellung irgendeiner Lebensqualität gewinnen“, sondern nur aus ihrem nationalen und später internationalen Kontext.

Auch in Sachen Präsentationsstil lagen Korff und Siedler weit auseinander. Korff marschierte auf dem 1981 eingeschlagenen Weg fort und verlangte damit das Äußerste von den gereizten Senatoren. Er wollte mit „Architekturentwürfen, Modellen, inszenierten Erlebnisräumen (...) und Objekten der Alltagskultur“ die „Lebensbereiche und -formen der Großstadt Berlin“ „imaginieren“ und kündigte an, dass die Ausstellung „das Erhabene und das Triviale, Zonen der Kontemplation und der Ruhe, aber auch Chaos und visuelle Schocks bereithalten“ werde – „wie die Großstadt selbst.“<sup>137</sup> Bei Korff war Platz für unterschiedliche und widersprüchliche Elemente, die zusammen die diffuse Großstadt repräsentieren sollten. Siedler hingegen hatte aber nach konventionelleren Mitteln gegriffen und wollte statt der chaotischen Vielfalt eine deutliche Linienführung, die dann aber nicht alle alternativen Ansätze in die Ausstellung aufnehmen würde. Wenn, so Siedler, „die Frage ‚Berlin und die Deutschen‘ die zentrale Ausstellung bestimmen soll, muss diese entlastet werden von den Pflichten orts- und landesgeschichtlicher Pietät. (...) Die zentrale Ausstellung muß ihre Ecken und Kanten und ihre Klarheit bewahren.“<sup>138</sup>

Die Papiere Korffs und Siedlers gingen aus unterschiedlichen Geschichtserzählungen hervor, die in mancher Hinsicht gegensätzliche Komponenten aufwiesen. Beide Erzählweisen rangen nun um die Deutungshoheit beim Berlin-Jubiläum – in ähnlicher Weise, wie dies in der Publizistik im Vorfeld der 700-Jahrfeier der Fall gewesen war. Dennoch entsprangen beide Erzählmuster dem gleichen Westberliner Geschichtsdiskurs. Vor allem vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen und realsozialistischen Entwürfe der Stadtgeschichte weisen die beiden Erzählmodelle unter der Oberfläche ihrer rivalisierenden Deutungsschemen eine Reihe von gemeinsamen Grundpositionen auf. So erkannte auch Siedler jene Urbanität, die bei Korff die Darstellung strukturierte, als hervorragende Eigenschaft Berlins

---

136 *Die Welt*, 25.8.1984. Auch für die folgenden Zitate.

137 LA, B-Rep 150, 140, Baumunk/Korff/Plessen/Weick: Exposé der Ausstellung, S. 2f.

138 *Die Welt*, 25.8.1984. „Die Dokumentation der Baugeschichte, die Manufaktur-, Handwerks- und Industriegeschichte, die Geschichte der Geselligkeit, des Militärs, der kleinen Leute, des Alltags, der Kunst und Literaturen, des Theaters und so fort hat ihr eigenes Recht, dem in Nebenausstellungen, begleitenden Veranstaltungen, Büchern, Vortragsreihen Rechnung getragen werden soll.“

an.<sup>139</sup> Und ähnlich wie Korff, wenn auch nicht so radikal, verzichtete Siedler auf jene mittelalterliche Geschichte der Stadt, die etwa fünfzig Jahre früher noch zentral für das Selbstverständnis der NS-Reichshauptstadt gewesen war (Siedler wollte bei der „eigentlich geschichtliche[n] Periode Berlins“ ab dem Dreißigjährigen Krieg anfangen). In diesen beiden Punkten ging es eher um eine unterschiedliche Gewichtung einzelner Aspekte der Entwicklung Berlins als um eine Polarität zweier umgekehrter Erzählungen. Drittens ist die Zurückweisung jeglicher Geschlossenheit und Eindimensionalität in der Darstellung des Vergangenen zu nennen, die sich in großen Ausstellungsprojekten bereits früher auf Westberliner Boden durchgesetzt hatte. Man findet sie sowohl bei Siedler als auch bei Korff, wenn auch beide mit „roten Fäden“ arbeiteten, um den Stoff zu organisieren. Korff beabsichtigte mit seinem „Menschenwerkstatt“-Konzept letztlich einen von Widersprüchen bestimmten Diskussionsanstoß, und auch Siedler behauptete für Berlin: „Die Kontinuität liegt hier in den Umbrüchen.“

Man brauchte eine solche Offenheit einerseits im Hinblick auf die eigene Gesellschaft, wo es darum ging, möglichst viele Gesichtspunkte aufzunehmen, um das Geschichtsbild einer pluralen Kultur nach innen zu vertreten. Aber andererseits berücksichtigte sie auch die Notwendigkeit, sich von Ost-Berlin zu unterscheiden. Denn dass es bei der Aneignung der Geschichte in West und Ost um zwei grundverschiedene Handlungen ging, war für den Senat eine unverrückbare Gewissheit. Schließlich stünden, so Diepgen, „auf unsere(r) Seite“ die „Selbstbesinnung, die Rückschau und die Bilanz der Gegenwart sowie der Ausblick auf die Zukunft im Vordergrund, während im anderen Teil der Stadt die gesellschaftspolitischen Positionen den Hauptaspekt darstellten“.<sup>140</sup> Mancher Senator wollte deshalb „eine stärkere Betonung des freiheitlichen Charakters“ der Westberliner Feier, und man scheute sich auch während langer geschichtspolitischer Senatssitzungen nicht zu betonen, „dass die Stadt sich ihre Geschichte ohne politische Richtlinie zu eigen mache.“<sup>141</sup> Zudem hätte der Osten in einer Konfrontation auf gleicher Ebene bekanntlich die geographischen und archivarischen Vorteile auf seiner Seite. Auch Siedler wusste dies: „Bei der Konzeption der Ausstellung muss also nicht mit kleineren Mitteln dasselbe, sondern mit anderen Mitteln etwas ganz anderes ins Auge gefasst werden“.<sup>142</sup> Die Programme von Korff und Siedler akzeptierten diese Bedingungen und wollten den Osten mit einer auf Diskontinuität und Offenheit gestützten Erzählung überholen ohne ihn einzuholen. Man suchte sein Glück auf einer anderen Ebene und in einem anderen Stil.

Die Entwürfe von Korff und Siedler standen erst innerhalb dieser Grundpositionen für sehr unterschiedliche Erzählungen, und in Vorbereitung auf das Stadtjubiläum musste der Senat nunmehr für die Zentrale Historische Ausstellung eine Entscheidung treffen. In der angesprochenen Sitzung der Senatskommission im Grunewald spitzte sich die Lage zu, da eine Mehrheit der Senatoren eine nationalhistorische Erzählung gegenüber Korffs innerer Urbanisierungsgeschichte bevorzugte. Ihrer massiven Kritik hatten Eckhardt und Korff wenig entgegenzusetzen. Auch Hassemer musste einräumen, dass „Urbanität als Phänomen“

---

139 Auch wenn er sie absichtsvoll mit der Gegenwart verband: „Berlin bildet als einzige deutsche Stadt – trotz München, Hamburg und Frankfurt – geistige, gesellschaftliche und politische Urbanität heraus, die noch heute seine Chance ist.“ (ebd.).

140 Bund 9/43, 13.6.1984, S. 1.

141 LA, B-Rep 150, 152. 6. Sitzung der Senatskommission, 23.10.1984.

142 *Die Welt*, 25.8.1984.

nicht ausreicht, „um die Identität der Stadt deutlich zu machen.“<sup>143</sup> Die Sitzung zog sich in die Länge und nach dem Abendessen rollte Diepgen um 22.00 Uhr die Debatte neu auf. Korff versprach nun zwar, „die Politikgeschichte mit einer deutschlandpolitischen und europäischen Ausrichtung stärker“ hinein zu nehmen, doch der Geist wollte nicht mehr in die Flasche zurück. Scholz stellte „weiterhin fest, dass die vorgeschlagene Zentrale Historische Ausstellung in jedem beliebigen anderen Jahr stattfinden könnte“ (was immerhin einen Fortschritt gegenüber „jeder beliebigen Stadt“ von vor dem Abendessen darstellte) und Laurien vermisste weiterhin, „was Freiheit und ihre Gefährdung für Berlin bedeuten.“ Das Protokoll hält fest, dass Korff „nicht die Bedenken der Gesprächspartner“ auszuräumen vermochte. Scholz plädierte für die Abberufung Korffs und bat Hagen Schulze, „seine Gedanken in die Ausstellung einzubringen.“

Der Regierende Bürgermeister musste nunmehr schlichten – er sollte jetzt über die Westberliner Darstellung der Geschichte entscheiden. Er setzte pragmatisch auf Integration und Konsens und auf das Verlagern und Verzögern von Konflikten. Diepgen wies die Scharfmacher seiner Partei zurück, berücksichtigte aber ihre Einwände, indem er entschied, „dass die Zentrale Historische Ausstellung eine historische Ausstellung sein muß, die die politische Rolle Berlins in den Vordergrund rückt. Das offene Ausstellungskonzept von Prof. Korff muß kurzfristig überarbeitet werden unter Einbeziehung des neuen Ansatzes und der vorgebrachten Argumente. (...) Herr Prof. Schulze wird um Hilfestellung gebeten.“ Um den Preis, dass ihm ein zweiter Mann an die Seite gestellt wurde, durfte Korff sein Konzept noch einmal überarbeiten. Für eine Abberufung Korffs und eine vollständige Umorientierung hatte es nicht gereicht, weil Eckhardt sein Schicksal mit dem seines Kandidaten Korff verband und auch Hassemer möglichst weitgehend an den Vorschlägen Eckhardts und Korffs festhielt. Erneut war ein neokonservativer Konsens in West-Berlin unerreichbar. Die Schlüsselämter waren mit Unionspolitikern des liberalen Flügels besetzt.

## Lenkung durch Personalpolitik

Es gelang dem Senat nicht, die Ergebnisse dieser entscheidenden Sitzung im Senatsgästehaus von der Öffentlichkeit fern zu halten. Journalisten der *Welt* hatten aufgeregten Senatoren einige Worte entlockt. In der Woche darauf machte die Zeitung Front gegen Eckhardts Kurs. Mit Genugtuung berichtete sie, dass der Senat „nach heftigen internen Diskussionen eine Änderung des Konzeptes des Senatsbeauftragten für das Jahrhundertfest beschlossen“ habe. Die Ausstellungspläne hätten „fast einen Eklat“ ausgelöst und Korff hätte „versagt“, weil er „die politische Rolle der Stadt und ihre Funktion für die Deutschen als künftige Hauptstadt außer acht gelassen“ habe. Finanzsenator Kunz habe gemeint, dass es „nicht die Aufgabe sein (kann), in einer zivilisatorischen Darstellung zu zeigen, warum wir mit Messer und Gabel essen gelernt haben.“ *Die Welt* fasste zusammen: „Die Kritiker der augenblicklichen Planungen fürchten wie Senator Gerhard Kunz einen städtischen Betriebsausflug in die dörfliche Vergangenheit und Vorstädte von Berlin, während das totalitäre Regime im Ostteil der Stadt agitatorischen Trommelwirbel weltweit ertönen lassen will.“<sup>144</sup> Am nächs-

---

143 LA B-Rep 150, 152, 5. Sitzung der Senatskommission, 29.6.1984. Auch für die folgenden Zitate.

144 *Die Welt*, 3.7.1984, „750-Jahr-Feier kam ins Gerede“



ten Tag berichtete die Zeitung von wachsendem „Unmut über die offenkundige Plan- und Konzeptionslosigkeit“ des Senats, mit Verweis auf die Maßnahmen jenseits der Mauer. West-Berlin dürfe sich nicht „abhängen“ lassen, „wenn es um die gemeinsame Geschichte und ihre Zeugnisse geht.“<sup>145</sup>

Einige Wochen später setzte Günter Zehm im Leitartikel „750-Jahr-Versäumnisse“ noch einen drauf.<sup>146</sup> Er sah den Westen hoffnungslos im Rückstand, sowohl was „das Wichtigste“ betrifft, nämlich „die Manifestation historischer Kontinuität durch anspruchsvolle Bauvorhaben“ als auch bezüglich der geschichtlichen Ausstellungen. Im Osten wird diese „eine einzige Jubel-Arie der SED sein, eine Orgie der Selbstbeweihräucherung, verziert mit zahllosen Traditionsrelikten aus den reichen Beständen Altberliner und märkischer Museen, die die Verwurzelung des diktatorischen Regimes in der Geschichte der alten Reichshauptstadt dokumentieren sollen.“ In West-Berlin seien dagegen „noch nicht einmal die Kompetenzen der Organisatoren hinreichend geklärt.“ Als Kronzeuge seiner Empörung verwies Zehm dann erstmals auf Siedler und sein bereits ein Jahr altes Memorandum, das bis dahin unpubliziert geblieben war. Zustimmend zitierte Zehm Siedlers Erfassung der politischen Symbolfunktion Berlins, die sich der Senat „endlich hinter die Ohren schreiben“ sollte: „Berlin wäre, wenn die Stadt Identität und Richtung verlöre, Anfang eines Dammbruchs. Diesen Damm zu sichern, ist Staatsräson der Bundesrepublik.“ Leider arbeite der Senat, so Zehm weiter, bisher „genau in die entgegengesetzte Richtung“: „Statt Politik Schrebergarten und biedermeierliches Sich-Beschränken auf bloße Stadtgeschichte, statt der großen Linie ein Sich-Verzetteln in unzählige Spezialgebiete, Manufaktur-, Handwerks- und Industriegeschichte, ‚Geschichte Berliner Geselligkeit‘, die ‚kleinen Leute‘ usw. usw. Und über allem dann die Soße dümmlich-ironischer Show-Designer a la Mode, die alles ‚nicht so tierisch ernst nehmen‘ und die seinerzeit die ‚Preußenschau‘ durch eine Kruppkanone in Styropor und ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Kranhaken ‚aufpeppten‘.“ Weil *Die Welt* die „führunglose Diskussion“ innerhalb des Senats „in eine Sackgasse geraten“ sah, publizierte sie daraufhin das Siedler-Memorandum selbst.<sup>147</sup>

Aber es erklangen auch andere Töne in der Presse, wenn auch meist etwas später und recht verhalten. Der *Tagesspiegel* reagierte nur knapp auf den vermeintlichen Richtungsstreit. Und aus der Ferne schlug sich etwa das *Düsseldorfer Handelsblatt* auf die Seite Eckhardts. Es sah einen „prinzipielle(n) Konflikt, der weit über den Streitanlaß hinaus in den Kern des Stadtbewusstseins greift“ voraus, der seine Ursache letztlich in der „auch kulturpolitischen Wende in Bonn“ hätte. Ob Eckhardt sich aber auf Dauer „gegen seine Widersacher“ durchsetzen könne, werde „auch vom Ausgang der Berliner Wahlen im März abhängen.“ So recht zutreffend war die letzte Einschätzung nicht, denn in Bezug auf die Ausstellung musste jetzt – im Sommer 1984 – schnell gehandelt werden. Eckhardt und Hassemer waren am Drücker.<sup>148</sup>

---

145 *Die Welt*, 4.7.1984, „Im Streit um die 750-Jahr-Feier ist der Berliner Senat gespalten“: „In Ost-Berlin werden Vorkehrungen getroffen, um sich aus Anlaß der 750-Jahr-Feier allmählich einen Alleinvertretungsanspruch auf die deutsche Kulturgeschichte zu sichern. Das Mittel: Schließung erheblicher bauhistorischer Lücken. Darauf muss adäquat geantwortet werden.“

146 *Die Welt*, 1.8.1984, „750-Jahr-Versäumnisse“. Auch für die folgenden Zitate.

147 *Die Welt*, 25.8.1984.

148 *HB*, 17.8.1984, „Volksfest oder Anlaß zur Selbstbestimmung?“ Vgl. *TSP*, 5.7.1984, „Mehr Vorschläge als Geld“.

Der „Kurswechsel“, von dem nach der Senatssitzung gesprochen wurde, fand seinen Ursprung zwar in Differenzen über die angemessene Darstellung der Vergangenheit, aber die Instrumente, mit denen dieser „Kurswechsel“ in West-Berlin durchgeführt wurde, griffen nicht auf der Ebene der inhaltlichen Kontrolle oder gar der Zensur. Denn anders als die SED mit ihren *Thesen 750 Jahre Berlin* lieferte der Senat keine Leitdokumente zur Stadtgeschichte – er deutete allenfalls eine Bandbreite an. Vielmehr beeinflussten die politischen Eliten im Westen die historiographische Arbeit durch Personalpolitik, wie im Nationalsozialismus auch, aber weniger rigoros. Die von Diepgen getroffene Entscheidung, an Korff festzuhalten, ihm aber jemanden wie Hagen Schulze zur Seite zu stellen, war nichts anderes als eine Bestimmung über die Darstellung der Berliner Vergangenheit zur 750-Jahr-Feier. Das galt ebenfalls für die zweite Personalentscheidung, die nun beschleunigt wurde: die Benennung eines Beratergremiums für die Ausstellung.

In beiden Maßnahmen war Eile angesagt, denn es blieben nur noch zweieinhalb Jahre Zeit. Außerdem war im September 1984 eine große Pressekonferenz über die laufenden Vorbereitungen geplant. Zudem wollte das Abgeordnetenhaus endlich über den Stand der Dinge informiert werden. Hier wuchs der Unmut darüber, dass die „ganz gewaltigen Kontroversen“ bisher nur „hinter den Kulissen“ geführt worden seien.<sup>149</sup> In der Kulturverwaltung lief die Maschinerie im Sommer 1984 auf Hochtouren. Während Hassemer und Eckhardt nunmehr um „die politische Platzierung der 750-Jahr-Feier in der Stadt“ bangten, mussten sie vor die Presse treten und zugleich vakante Stellen besetzen. Intern schimpfte Eckhardt über „grobe Fehler“, die „auf Senatsseite und von verantwortlichen Politikern“ gemacht worden seien, wodurch die 750-Jahr-Feier „in ein ideologisches Kampffeld zu geraten“ drohe.<sup>150</sup> „Gesucht: die große Idee“, meinte skeptisch die *Süddeutsche Zeitung*, die auf die neue Ausstellungsvorlage „sehr gespannt“ wartete.<sup>151</sup>

Die große 1000-Tage-Pressekonferenz fand am 3. September im Reichstag statt. Ohne stringentes Konzept für die Ausstellung – das „Kernstück des Jubiläums“ – mussten Hassemer und Eckhardt ihre Pläne offen legen.<sup>152</sup> Ihre Taktik war so einfach wie wirkungsvoll: Sie ergänzten kurzerhand Korffs Urbanität um die eingeforderte nationalhistorische Symbolik und stellten so alle Parteien zufrieden – auch wenn die „große Idee“ nach der Ablehnung der „Menschenwerkstatt“ noch nicht gefunden worden war. Laut Eckhardt musste „die Beschäftigung mit Geschichte aktuell bezogene Standortbestimmung sein, nicht rückwärtsgewandte Nostalgie.“ Dieses „gegenwartsbezogene Traditionsverständnis“ konnte durch seine

---

149 PP 9/76, 25.10.1984, S. 4718C, Kunze (AL) „Die notwendige öffentliche offene Auseinandersetzung in einer demokratisch verfaßten Öffentlichkeit hat bisher nicht stattgefunden. Die wichtigen inhaltlichen Kontroversen (...) sind vom Senat hinter die Kulissen bugsiert worden. (...) Wo gibt es denn die öffentliche Auseinandersetzung über das Papier von Wolf-Jobst Siedler? (...) Ich werfe dem Senat nicht vor, daß er sich darüber nicht einig ist, daß er darüber diskutiert hat, ist großartig. Natürlich muß der Senat darüber diskutieren, aber er darf es nicht hinter den Kulissen tun.“ (ebd.).

150 LA, B-Rep 150, 151, UA 9/3, 16.1.1985; ebd., 216: SenKult (Schneider) an B750 (Eckhardt), 29.7.1984.

151 SZ, 3.9.1984: „Wird sie noch enthalten, was West-Berlin allen ganzheitlichen und eindimensionalen Vergangenheitsdeutungen gegenüber als seine spezifische Qualität zu bieten hat?“ Und zwar: „die Bereitschaft zu mutiger, kritischer Sichtung eigener Positionen, die unbequeme Vielfalt kontrastierender Erfahrungen, den Facettenreichtum widerstreitender Meinungen und Ideen“.

152 Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, *Presseinformation zur Pressekonferenz am 3.9.1984. Noch 1000 Tage Vorbereitungen zum Stadtjubiläum*, 3.9.1984. Auch für die folgenden Zitate.

zeitliche Begrenzung wenigstens das Exponatenproblem lösen. „Die hier erreichbaren und verfügbaren Exponate vermögen die Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert besser darzustellen als die vollständige Chronologie der Stadt“. Damit rückte die moderne Geschichte Berlins endgültig in den Mittelpunkt. Fest stand auch der Präsentationsstil: „Legendenbildung, Mystifizierung und falsche Symbolik sind zu vermeiden. Pathos verbietet sich, es sei denn das Pathos der Nüchternheit.“ Die Schau müsse „internationale Aufmerksamkeit“ finden und durch „visuelle Attraktionen“ und „kontroverse Fragestellungen“ „motivieren“ und „breites Publikum anziehen“. Doch inhaltlich war Eckhardts Pressepapier nicht einmal ein Kompromiss zwischen den beiden konkurrierenden Entwürfen („Menschenwerkstatt“ – „Berlin und die Deutschen“). Es erzählte beide nebeneinander und bewahrte ein prekäres Unentschieden, obwohl Eckhardt unverkennbar versuchte, möglichst viel Masse der „Menschenwerkstatt“ hinüberzuretten.<sup>153</sup>

Trotz der unsicheren Pattsituation in der Ausstellungsentwicklung – Senator Hassemer schrieb nebenbei gar noch den althergebrachten Fischerdorfmythos fort – wurde die Pressekonferenz ein Erfolg. Anfang September berichteten die Zeitungen groß über die Jubiläumspläne. Und in den folgenden Monaten gingen Eckhardt und Hassemer offensiv an die Öffentlichkeit, um ihre Vorhaben selbst zu erläutern.<sup>154</sup> Zwar kam es im Oktober im Abgeordnetenhaus noch zu längeren Debatten – nicht zuletzt weil Eckhardt wieder einmal zuerst die Presse informiert hatte –, doch am Ende bestätigte die Volksvertretung die Programm-vorschläge des Senats. Und obwohl vor allem die *Morgenpost* ihre Proteste noch fortsetzte, legte sich im Herbst langsam der offene „Richtungsstreit“ um das Jubiläum.<sup>155</sup> Intern arbeitete die Kulturverwaltung umso eifriger an der Besetzung der offenen Stellen für die Ausstellung und somit an der endgültigen Form der Berliner Vergangenheit.

Für das geplante „Beratergremium“ wurde rasch eine elegante Lösung gefunden. Da die Zentrale Historische Ausstellung als Eröffnungsveranstaltung des zu gründenden „Forum(s) für Geschichte und Gegenwart“ galt, lag es auf der Hand, den für dieses Forum bereits existierenden „Planungsbeirat“ anzusprechen.<sup>156</sup> Somit strahlte die Debatte um das Deutsche

---

153 Ohne mit diesem abgeschossenen Begriff zu hantieren, brachte Eckhardt durch die Hintertür erneut „die Veränderung des Menschen durch die Großstadt“ und die Innovationskraft der Berliner herein. „Die neue Urbanität, die Berlin in seiner gegenwärtigen Verfassung als insulare Stadt in modifizierter Form weiterentwickelt hat, knüpft nach Brüchen wieder an die Geschichte an und macht heute wie einst die Anziehungskraft der Stadt aus. Nirgendwo sonst in Deutschland wird so viel experimentiert und nach Neuem gesucht, der Zeitgeist so hartnäckig beschworen und Überkommenes so radikal befragt wie in Berlin.“ (ebd.).

154 *TSP* 4.9.1984, „Carstens übernimmt Vorsitz im Beirat zur 750-Jahr-Feier“; *taz*, 4.9.1984, „Alles hat seinen Platz“; *SZ*, 3.9.1984, „Gesucht: die große Idee“; *FAZ*, 6.9.1984, „Beschreibung eines Standortes: im Westen“; *Die Zeit*, 14.9.1984, „Rüsten um die Wette“; Volker Hassemer, „Die Einzelheiten: noch 1000 Tage“, *Berliner Rundschau*, 10.9.1984; ders., „Zweiter Teil: Das Fest“, *Berliner Rundschau*, 11. Oktober 1984; *Morgenpost*, 11.11.1984, „Wenig Geld, wenig Zeit und einige Bedenken. Rudolff Stiege sprach mit Dr. Ulrich Eckhardt über die Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier Berlins“.

155 DS 9/2125; PP 9/76, 25.10.1984; DS 9/2292, Das Programm der 750-Jahr-Feier Berlins 1987, 30.11.1984. Vgl. *Berliner Stimme*, 13.10.1984, „Was sollen die Berliner feiern?“; *TSP* 31.10.1984, „Berlin als deutsche Metropole, Mitte und Grenze“. Zum weiteren Verlauf der neokonservativen Kritik vgl. *BMP*, 9.9.1984, „Klare Entscheidung ist jetzt erforderlich. 750-Jahr-Feier muß Berlins Hauptstadt-Funktion beweisen“; *BMP*, 11.11.1984, „Wenig Geld, wenig Zeit und einige Bedenken“.

156 LA B-Rep 150, 216, Schneider an Eckhart, 29.7.1984: „Ziel ist ein Votum des Beirats zur weiteren Behandlung“ der Jubiläumsausstellung. Im Beirat saßen Prof. Dr. Böhme, TH Darmstadt; Prof. Dr.

Historische Museum erneut auf das Berlin-Jubiläum ab, nunmehr auch in personeller Hinsicht. Es konnte die Hälfte der Beiratsmitglieder für das „Beratungsgremium“ der Berlin-Ausstellung gewonnen werden, nämlich Jürgen Kocka, Hagen Schulze, Christoph Stölzl und, selbstverständlich, Gottfried Korff. Hassemer ergänzte diese Gruppe um den konservativen Zeitgeschichtler Horst Möller (Erlangen) und um die Berliner Reinhard Rürup (TU) und Ilja Mieck (FU). Von dieser „Planungsgruppe“ war aufgrund ihrer gemischten Zusammensetzung zu erwarten, dass sie eine einseitige Urbanisierungsgeschichte à la Korff nicht durchgehen lassen würde; nach den vielsagenden Worten der Kulturverwaltung sollte sie Korff vielmehr „bei der konzeptionellen Arbeit“ für die Ausstellung „behilflich sein.“<sup>157</sup> Am 12. Februar 1985 wurde die „Planungsgruppe“ von Eberhard Diepgen konstituiert.

Weitaus schwieriger erwies es sich, den Posten eines „wissenschaftlichen Leiters“ zu besetzen, der neben Korff die Darstellung der Berliner Geschichte auch praktisch in die gewünschten Bahnen leiten sollte. Hassemer und Eckhardt hatten wenig Lust, einen konservativen Protagonisten der „geistig-moralischen Wende“ zu berufen, der das Konzept bis zur Unkenntlichkeit umstellen sollte. Gegen den Vorzeigekandidaten Hagen Schulze etwa hatten sie aus diesen Gründen Vorbehalte. Eine Zusammenarbeit mit der traditionalistischen Historischen Kommission zu Berlin schied für Hassemer und Eckhardt ebenfalls aus. Diese bündelte zwar die größte Fachkenntnis zur Stadtgeschichte, galt seit der Preußenausstellung aber als wenig geeignet für große öffentliche Auftritte. Die Verhandlungen mit anderen Kandidaten verliefen schleppend, und wiederholt beklagte sich Hassemer über „die Schwierigkeiten, Historiker von Rang nicht nur für gelegentliche Beratungen, sondern für die Arbeit an der Ausstellung selbst fest zu verpflichten.“<sup>158</sup> Unangenehm war die Suche auch, weil sie jene Konfliktlinie innerhalb des Senats offen legte, die man stets zuzudecken versucht war. Das Abgeordnetenhaus wollte wissen, warum „diese personelle Erweiterung im Nachhinein getroffen“ wurde, und wer „diese ungewöhnliche Maßnahme zu verantworten“ habe.<sup>159</sup> Zudem machten sich die Rufe der „neuen Geschichtsbewegung“ bemerkbar: Im Oktober fand in West-Berlin der erwähnte „grüne“ Historikertag statt, und die AL fragte an, in welche Weise denn die neue Alltagsgeschichte in die Ausstellung einfließen sollte.<sup>160</sup> Inzwischen traten auch andere Initiativen mit eigenen Ausstellungsplänen an die Öffentlichkeit: die Berlinische Galerie, der Hamburger Bahnhof, der DGB, das Berlin-Museum – die

---

Kocka, Uni Bielefeld; Prof. Dr. Korff, Uni Tübingen; Prof. Dr. Roters, Berlinische Galerie; Prof. Dr. Schulze, FU Berlin; Dr. Stölzl, Münchner Stadtmuseum; Prof. Dr. Hoffmann, Uni Oldenburg; Prof. Dr. Knopp, Stiftung Pr. Kult. Bes. Vgl. DS 9/2041, Kleine Anfrage Nr. 3843 des Abgeordneten Dr. Jürgen Kunze (AL) über geheime Beiräte für die 750-Jahr-Feier, 23.7.1984.

157 UA 9/3, 16.1.1985, S. 2 (Pufendorf, Kulturverwaltung).

158 LA, B-Rep 150, 152., 7. Sitzung der Senatskommission, 19.3.1985, S. 1. Es scheiterten Gespräche mit dem Sozialwissenschaftler Christian Graf von Krockow und dem Historiker Rudolf von Thadden. (*Die Zeit*, 14.9.1984). Laut Eckhardt seien viele Historiker „immer sehr gern bereit (...), theoretische Diskurse zu führen, wie Ausstellungen sein sollten. Wenn man sie aber in die Pflicht nehmen will, dann zucken sei meistens zurück.“ (Zit. n. *BMP*, 11.11.1984, „Wenig Geld, wenig Zeit und einige Bedenken“).

159 DS 9/2125, SPD-Anfrage „Kompetenzgerangel und Programmwirrwarr“.

160 PP 9/76, 25.10.1984, 4718D, Kunze (AL): „Soll in alter, konservativer Historikertradition, die ich nicht herabsetzen will, versucht werden, durch ein von oben aufgesetztes Geschichtsbild über Berlin zum Beispiel, über Deutschland und Europa, den kleinen Leuten zu sagen, was gut und böse ist? (...) Aber haben denn die inhaltlichen Diskussionen auf diesem Historikertag hier irgendwo eine Rolle gespielt?“

offizielle „Zentrale Historische Ausstellung“ brauchte dringend ein Profil. Es kamen wieder Vergleiche mit Ost-Berlin auf.<sup>161</sup>

Die Lösung für die freie Stelle wurde schließlich im Kreis der Planungsgruppe gefunden. Reinhard Rürup war hier inzwischen zum Vorsitzenden gewählt worden und er rutschte jetzt scheinbar selbstverständlich auch in die vakante Rolle des „zweiten Wissenschaftlers“ hinein. Er und Korff sollten die Konzeption der „Planungsgruppe“ „nach Vorlage und Billigung“ durch den Senat „konkretisieren und umsetzen“. Anfang 1985 setzten Hassemer und Eckhardt alle Karten auf diese mit Fachleuten besetzte „Planungsgruppe“, in der die „ideologischen“ Probleme, die im Sommer 1984 den Senat noch gespalten hatten, kaum mehr relevant schienen. Hassemer konnte im März „von der sehr offen, aktiv und kooperativ angelaufenen Arbeit dieser Gruppe“ berichten und schlussfolgerte, „dass die Berlin-Ausstellung nunmehr auf einem guten Wege sei.“<sup>162</sup>

Mit der Benennung Rürups wurden die Grenzen der Lenkungsmöglichkeiten durch Personalpolitik deutlich sichtbar. Denn obwohl man schließlich zufrieden war, wirkte die Wahl des zweiten Mannes für viele zunächst befremdend – zumindest für den konservativen CDU-Flügel und auch für die Berliner Geschichtswerkstatt, deren akademische Vertreter alle bei Rürup im Kolloquium saßen. Der TU-Historiker hatte in den 1970er Jahren über die deutsch-jüdische Geschichte gearbeitet, das sozialhistorische Flaggschiff *Geschichte und Gesellschaft* mitgegründet und über die deutsche Novemberrevolution promoviert. Nicht umsonst war der Sozialdemokrat als „Räte-Rürup“ oder „roter Rürup“ bekannt – man erwartete von ihm nicht gerade einen neokonservativen Input in die Berlin-Ausstellung. Trotzdem wurde Rürup von Hassemer und Eckhardt als hervorragender Kandidat gehandelt, weil er ebenso wenig wie Korff jene klare Thesenbildung scheute, ohne die Eckhardts Vorstellung von Geschichtsvermittlung nicht denkbar war. Und Rürup hatte gegenüber Korff den entscheidenden Vorteil, dass er als Person nicht polarisierte, sondern integrierte. Er konnte Konsens kreieren und schien daher der Richtige, um die Ausstellung aus dem an Korff entzündeten „Richtungsstreit“ herauszuführen. Zudem hatte Rürup im Gegensatz zu vielen Kollegen Erfahrung mit Museen und der Öffentlichkeit, weshalb er als hervorragender Vermittler wissenschaftlicher Forschung galt. Dass er auf die Berliner Stadtgeschichte nicht gerade spezialisiert war, schien das kleinere Übel.

Ein Dreivierteljahr nach dem hitzigen Richtungsstreit war es aber nicht mehr schwierig, Rürup politisch durchzusetzen.<sup>163</sup> Die Skeptiker beruhigten sich, als ausgerechnet Wolf Jobst Siedler einen Empfehlungsbrief für Rürup schrieb.<sup>164</sup> Diepgen versicherte, dass der Senat sich die Produkte der „Planungsgruppe“ „genau ansehen und darauf achten werde, daß

---

161 Die *NZZ*, 10.–11.2.1985, „Vorbereitungen zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin“, sprach vom Westberliner „Provinzialismus“; *Zitty* 7/1985, S. 25, äußerte ihr Mitleid mit West-Berlin und meinte, dass der „Jubilar“ trotz aller Anstrengungen „auf einer anderen Feier tanzen“ wird: „fünf Kilometer weiter östlich“; die *FAZ* brachte wieder das alte Thema ins Spiel, *FAZ*, 19.1.1985, „Berlin und die Deutschen“.

162 LA, B-Rep 150, 152., 7. Sitzung der Senatskommission, 19.3.1985, S. 2.

163 Auch wenn etwa Roman Legien (CDU) noch suggestiv wissen wollte, „inwieweit die Mitglieder der Konzeptionsgruppe mit denen, die die Preußenausstellung konzipiert hätten, identisch seien,“ und „ob der Senat den Mitgliedern der Konzeptionsgruppe Vorgaben machen bzw. sich eventuell von Vorschlägen dieser Gruppe distanzieren werde.“ Bund 9/54, 31.1.1985, S. 4f.

164 So berichtete jedenfalls später die *SZ*, Silvester 1986/Neujahr 1987, „Eine Ahnung von gestern und morgen“.

das Ausstellungskonzept authentisch umgesetzt werde.“<sup>165</sup> In der Presse spielte das Thema keine Rolle mehr. Auch das Tauziehen um den immer noch nicht festgelegten Titel der Ausstellung wurde in die ruhigere Historikergemeinschaft hinein verlegt. Diese tagte bis zum Sommer 1985 sechs Mal und während dieser Zeit glätteten sich endgültig die Wogen um das Ausstellungsprojekt. Den letzten politischen Angriffsversuchen setzte Hassemer rundweg ein Jahr nach dem berüchtigten Auftritt der Senatskommission endgültig ein Ende: „Die Zentrale Historische Ausstellung wird nicht von meinen Mitarbeitern gemacht, sie wird auch nicht von einem Politiker gemacht, auch nicht von mir. (...) Wenn Sie mich fragen, ob ich es für eine Aufgabe der Politiker halten würde, diesen berufenen Experten zu sagen, was sie zu tun hätten, dann muß ich Ihnen deutlich sagen: So mache ich meine Politik nicht!“<sup>166</sup>

## Eine Großstadterzählung der Widersprüche

Auf zwanzig Seiten präsentierte die Planungsgruppe am 6. Juli 1985 ihre „Empfehlungen“ für die Ausstellung.<sup>167</sup> Das Dokument zeigte sich in vielerlei Hinsicht konsensfähig und fungierte fortan als Fundament der Schau. Es war die verkörperte Lösung des Konfliktes zwischen den nationalhistorischen und kulturgeschichtlichen Entwürfen aus früheren Debatten. Und es war auch ein Manifest des Westberliner Geschichtsdiskurses. Die Leitfragen und Ordnungskategorien, die seit der Preußenausstellung zum Regelwerk der Vergangenheitsdeutung gehörten, kehrten in diesem Papier alle wieder und strukturierten die Gestaltung der Berliner Geschichte zum Jubiläum.

Auf ähnliche Weise, wie Ulrich Eckhardt auf der September-Pressekonferenz improvisiert hatte, ging die Rürup-Gruppe zunächst von einer konsequenten Sowohl-als-auch-Strategie aus, um den Konflikt zu entschärfen und neue Synthesen zu suchen. Die Historikerkommission hatte sich für „ein integratives Konzept“ entschieden, das sie aus der „zentralen Funktion“ der Ausstellung ableitete. Denn hier ging es um das repräsentative Kernstück des Senatsprogramms, das „sich in ihrer Anlage und ihrem Stellenwert deutlich von allen übrigen Vorhaben“ zum Jubiläum unterscheiden müsse. Angesichts der Fülle von Ausstellungsprojekten, die inzwischen für 1987 angekündigt waren, erwartete man Überschneidungen und auch Konkurrenz; aber im Zweifelsfall, so die „Planungsgruppe“, müsse der Zentralen Ausstellung im Gropius-Bau „eine eindeutige Priorität“ eingeräumt werden. Dieses „integrative Konzept“ bedeutete für die Ausstellung selbst, „dass keiner der großen Lebensbereiche der Stadt grundsätzlich ausgeblendet werden soll.“ Alle Sparten der Geschichte und alle Disziplinen der Geschichtsschreibung sollten in der Ausstellung ihren Platz finden, was den Deutungskampf aus dem Vorfeld in die Ausstellung selbst verlagerte. Auch die beiden geschichtspolitischen Rechtfertigungen holte man in die Ausstellung hinein. Nunmehr sollte diese sowohl „Denkanstöße liefern, zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte“ motivieren als „auch zur Identifikation mit der Stadt Berlin einladen.“

---

165 LA, B-Rep 150, 152., 7. Sitzung der Senatskommission, 19.3.1985, S. 1.

166 PP 10/6, 27.6.1985, 262B.

167 LA, 150,140: Berlin Berlin – die große Stadt. Zentrale Historische Ausstellung zur 750-Jahr-Feier 1987. Empfehlungen der vom Senator für Kulturelle Angelegenheiten eingesetzten Planungsgruppe, 6.7.1985. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders angegeben, aus diesen Empfehlungen.

Dabei hatte Korffs Geschichte der „inneren Urbanisierung“ Berlins die Korrekturen am besten überstanden – Korff war ja im Gegensatz zu Siedler im Gremium selbst vertreten. Zwar sollte die Ausstellung neben der „inneren Entwicklung Berlins“ nun auch ihre „besondere Funktion“ und ihren „Symbolcharakter“ für Deutschland herausarbeiten. Doch man fügte hinzu, dass auch bei der Betrachtung dieser „Hauptstadtfunktionen für Preußen und das Reich“ stets „die städtischen Gegebenheiten im Vordergrund stehen“ sollten. Als Hauptthema wurden „Aufstieg, Entfaltung, Krise, Selbstbehauptung und Erneuerung der großen Stadt Berlin seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert“ festgelegt, mit dem Schwerpunkt auf dem 19. und 20. Jahrhundert. Rürup und seine Kommission fügten beide Versionen rhetorisch als sich ausgleichende Gegenstücke zusammen. Die Gefahr dieser „integrativen Strategie“ war die Profillosigkeit, weshalb der Schlachtruf „Einheit in Vielfalt“ zu neuen Ehren kam.

Auch wenn die Konzeption positiv aufgenommen wurde, die „große Idee“ fehlte soweit noch immer.<sup>168</sup> Die Historikergruppe drehte die Speerspitze aber geschickt um, indem sie die widersprüchliche Vielfalt erstens der Geschichte selbst zuschrieb und sie dann zweitens zum authentischen Leitmotiv der Ausstellung stilisierte. Die Parallele zur Rhetorik der Preußenausstellung war unverkennbar. Berlin wurde als Stadt dargestellt, die „nicht auf einen Nenner“ zu bringen sei, nicht auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche reduziert werden könne, wo „schneller Wandel, nicht behäbiges Wachstum“ vorherrsche und deren Einwohnerschaft („Die Berliner“) aus der Integration „höchst unterschiedlicher städtischer, auch ländlicher Gebiete“ und aus „einer Vielzahl sozial, ethnisch-kulturell und religiös verschiedener Bevölkerungsgruppen“ entstanden sei. Eine Stadt also, die schon „immer etwas Eigenes, Selbständiges“ darstellte.

Die Rechtfertigung einer solchen Synthese der Widersprüche, die aus dem Westberliner Deutungskampf entstanden war, suchte man also in der scheinbar unabhängig vorhandenen Vergangenheit selbst; man wollte „der Vieldimensionalität der Geschichte Ausdruck geben“. Nur ein solcher Ansatz könne, so die Westberliner Historiker, „der widersprüchlichen Vielfalt, dem Reichtum und der Stärke der Berliner Geschichte“ gerecht werden. Deshalb, weil die Geschichte der Stadt *selbst* so widersprüchlich verlaufen sei, griffen jene runden Erzählungen, die nur einzelne Aspekte der Berliner Geschichte aufnahmen, zu kurz. Die Ausstellung werde also „kein geglättetes, von Spannungen und Krisen gereinigtes Bild der Geschichte konstruieren“, sondern vielmehr scheinbar authentisch „die Gegensätze, Konflikte und Ungleichzeitigkeiten in den einzelnen Phasen der Stadtgeschichte kenntlich machen“. Hieraus folgte auch die zentrale strategische Empfehlung der Planungsgruppe, wonach die Ausstellung „kein geschlossenes Geschichtsbild präsentieren (werde). Sie wird thesenfreudig sein, aber durch die Art der Darstellung unterschiedliche Sichtweisen auf die Geschichte ermöglichen. Sie wird in ihren Interpretationen zur Zukunft hin offen sein und Standortbestimmungen in der Gegenwart ermöglichen.“ Die Ausstellung soll „nicht Träger einer einzigen Botschaft sein, sondern sie wird aus dem Umgang mit der Geschichte unterschiedliche, auch widersprüchliche Anregungen zur Standortbestimmung in der Gegenwart bieten.“

---

168 FAZ, 22.7.1985, „Die Große Stadt“; *Die Welt*, 1.8.1985, „Berliner Kreidekreis“; *HB*, 9.8.1985, „Eine lückenlose Gesamtdarstellung ins Auge gefaßt“.



Verantwortlich für die Ausstellung ‚Berlin, Berlin‘: Volker Hassemer, Marie-Louise von Plessen, Gottfried Korff, Reinhard Rürup und Ulrich Eckhardt (v.l.n.r.).

Das war der Ausweg aus dem Konkurrenzkampf der Geschichtsbilder – und es war der im Westberliner Geschichtsdiskurs zwingende Ausweg, der über das Postulat der widersprüchlichen Vielfalt lief. Dieses Postulat wurde jetzt selbst das neue Regulativ der Geschichtserzählung von Berlin, und es entsprach der politischen Funktion der Geschichte im Westen. Nur durch Vielfalt und Widerspruch werde „man überdies der Pluralität der Erwartungen, Erfahrungen und Deutungen von Geschichte gerecht, die unsere Gegenwart kennzeichnet.“ Die „wahre“ Vergangenheit und die geschichtspolitischen Bedürfnisse der Gegenwart verkehrten auf diese Weise auch in West-Berlin in harmonischer Übereinstimmung.

Anknüpfend an die Geschichtsdebatten der frühen 1980er Jahre entwickelte diese „integrative Synthese“ ein „offenes Geschichtsbild“ für West-Berlin. Der offensive Umgang mit der Pluralität der Erzählungen eignete sich hervorragend für die von Eckhardt avisierte „gegenwartsbezogene Traditionsbildung“. Dieser Gegenwartsbezug (Kritik und Identifikation) gab auch den Präsentationsstil der Ausstellung vor. „Die Einheit der Gegensätze, die die Geschichte Berlins kennzeichnet, wird auch die Form der Darstellung mitbestimmen.“ Man wählte erneut den rhetorischen Mittelweg, doch auch hier wirkten die Erfahrungen der Preußenschau stärker als die Tradition des Museumwesens. Vor allem in der Frage nach dem großen Lichthof des Gropius-Baus, der als zentraler Raum die Ausstellung beherrschen würde, wurde das Korffsche Herangehen in Stil und Thema prägnant deutlich. Die Entscheidung fiel zugunsten der Metropole, die die Spannung der modernen Welt verkörpern



sollte. „In diesem Raum“, so empfahl die Planungsgruppe, „wird das zur Weltstadt entfaltete Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Zeit zwischen 1900 und 1933 präsentiert. Dabei werden ‚Fernsicht‘ (räumliche Verdichtung, Lichtfülle und Schatten, Dynamik und Hektik der Großstadt) und ‚Nahsicht‘ (Straßen und Passagen, Kaufhäuser und Banken, Presse und Rundfunk) miteinander verbunden. Hinzu kommen Darstellungen des Großstadt-Mythos einerseits und der antiurbanen Bewegungen und des apokalyptischen Verständnisses der Großstadt andererseits.“ Der große Lichthof sollte 1987 ein kleiner Tempel des Westberliner Selbstverständnisses werden, ein Loblied nicht auf Luftbrücke und Kennedy, sondern auf Tempo, Vielfalt und Kraft der Metropole.

Nur über den Titel hatte man sich lange Zeit nicht verständigen können. Das Thema war zu einem wahren Politikum geworden, nachdem alle über die Überschrift der „Menschenwerkstatt“ hergefallen waren. Doch in der Planungsgruppe wurden sämtliche von Politikern und Journalisten vorgeschlagenen Alternativen verworfen, weil sie jeweils nur Teilaspekte ausdrückten. Die integrative Ausstellung sollte alles umfassen, weshalb der Titelvorschlag der Historikergruppe nach langem hin und her etwas blass ausfiel, nämlich schlicht „Berlin, Berlin“. Die Wiederholung im Titel: Mythos, Tempo, Rhythmus Großstadt, und, natürlich, zweimal Berlin, Ost und West. Als die Ausstellung am 15. August 1987 öffnete, war das Komma zwischen „Berlin, Berlin“ vor schwarzem Hintergrund hellrot, wie eine Träne oder ein Blutstropfen auf der Geschichte der Metropole. Als Untertitel galt: „Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt“, um ein für allemal klar zu machen, dass es hier um die einzig offizielle und vollständige historische Schau in West-Berlin ging – oder vielleicht auch in ganz Berlin.

## 5. Die Verklüsterzählung der lokalen Fachtradition

Die Debatte um die Westberliner Ausstellung wurde von führenden Historikern der Bundesrepublik beherrscht. Lokalhistoriker wurden in die Konzeption der Berliner Geschichte kaum einbezogen; stattdessen griff der Senat auf national bekannte Wissenschaftler wie Korff, Schulze und Rürup zurück. Dieser bemerkenswerte Vorgang, der sich von der Gestaltung der Vergangenheit in der Reichshauptstadt – und auch in der Hauptstadt der DDR – auffällig unterscheidet, erklärt sich aus dem Unterschied zwischen den populären und fachlichen Feldern der Vergangenheitsaneignung. Denn der aktiven *Geschichtspolitik*, die der Senat etwa mit der Ausstellung betrieb, stand ein eher geringes Interesse für die *Geschichtswissenschaft* gegenüber. Im Plenarsaal des Rathauses Schöneberg wurde über den Inhalt fachhistorischer Darstellungen mit keinem Wort gesprochen. Dennoch war es selbstverständlich, dass „aus Anlaß des Jubiläums (...) die Stadtgeschichte Berlins neu geschrieben werden“ sollte.<sup>169</sup> Ohne weiteres erwartete man, dass eine Fachgeschichte die populäre Interpretation des Senats bestätigen, oder dieser zumindest nicht widersprechen sollte.

Diese fachliche Geschichtsschreibung war die Aufgabe der Historischen Kommission, die die Tradition der lokalen und regionalen Historiographie hütete. Sie hatte dem Senat schon in einem frühen Stadium ihren Publikationsplan vorgelegt und publizierte 1987 unter anderem die als „offiziell“ bezeichnete, über 1200 Seiten starke *Geschichte Berlins von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart*. Für das Westberliner Geschichtsbild in schriftlich-wissenschaftlicher Form zeichnete 1987 also die „HiKo“ verantwortlich, ausgestattet mit Mitteln und einem Mandat des Senats. Doch dieses Mandat kam nicht ohne Hindernisse zustande, denn auch im Westen gestalteten sich die Kontakte zwischen Fachhistorikern und städtischen Machteliten nicht immer reibungslos.

### Die Historische Kommission zu Berlin

Die „Berliner Historische Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin“ war 1958/59 gegründet worden. Sie trat bewusst das Erbe der 1925 gegründeten und 1939 wieder aufgelösten „Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin“ an, was sich in seiner programmatischen und personellen Kontinuität ausdrückte.<sup>170</sup> Doch über dieses Erbe war die HiKo rasch hinausgewachsen.

---

169 Erstes Entwurfskonzept, DS 9/1283, S. 5.

170 Zu den ersten Mitgliedern zählten viele führende Köpfe des Vorkriegsdiskurses, wie Otto-Friedrich

Erstens war die *inhaltliche Arbeit* über die herkömmliche Stadt- und Landesgeschichte hinausgegangen.<sup>171</sup> Das Motto lautete seit den 1960er Jahren „Landesgeschichte ist *auch allgemeine* Geschichte im *Ausschnitt* einer historischen Landschaft“ und damit hatte die HiKo im Laufe der Zeit Schwerpunkte zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, zur Arbeiterbewegung und zu der deutsch-polnischen und deutsch-jüdischen Geschichte entwickelt.<sup>172</sup> Auch wenn ihre Vertreter von einer „*Doppelaufgabe*“ sprachen, so hatte sich allmählich die Aufmerksamkeit von der Landesgeschichte hin zu diesen allgemeineschichtlichen Teilen der Arbeit verschoben.<sup>173</sup>

Zweitens war die *Mitgliederzahl* der HiKo stetig angewachsen. Aus den 23 Gründungsmitgliedern waren 1979 63 Mitglieder und acht Berater geworden. Das war zum größten Teil der Lehrkörper des Friedrich-Meinecke-Instituts, doch auch hier arbeitete die Kommission an der Überwindung der Westberliner Enge, indem sie bundesdeutsche und ausländische Historiker zum Mitglied wählte. Die HiKo kombinierte das traditionelle Vereinswesen mit einer professionellen Forschungsstelle und residierte ab 1976 in der Villa „Mittelhof“ in Berlin-Nikolassee. Neben drei Periodika publizierte sie eine Schriftenreihe und „Einzelveröffentlichungen“, die sich Ende 1983 zusammen auf stattliche 100 Bände beliefen.

Drittens schließlich wurde auch der *finanzielle Spielraum* der HiKo stetig aufgestockt. Die Grundausrüstung hatte von Anfang an das Land Berlin getragen und war von 20.000 DM 1959 auf 873.000 DM 1979 angestiegen. Darüber hinaus wurden zunehmend Stiftungsgelder und Bundesmittel (DFG) eingeworben, die den Grundetat bald weit überstiegen und sich 1979 auf 2,2 Mio. DM beliefen. Aber der größte Wurf war erst noch geplant: die Aufnahme der HiKo in die selektive „Blaue Liste“ der von Bund und Ländern gemeinsam geförderten Institutionen. Der Anstoß war vom Senat gekommen, der hierzu seinerseits 1981 den Grundetat der HiKo auf 1,8 Million DM an hob, um „wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Grundfinanzierung und den Fremdmitteln“ zu erreichen.<sup>174</sup> Aber statt des erhofften Höhenflugs trat Stagnation ein – der Eintritt in die Bund-Länder-Förderung scheiterte an der wirtschaftlichen Krise und es begann 1982 eine Phase der „Selbstbesinnung und Selbstbehauptung“.<sup>175</sup> Statt weiterer Etatsteigerungen musste die HiKo nun mit weniger Mitteln auskommen. Man holte einen erfahrenen Wissenschaftsorganisator, Wolfgang

---

Gandert, Ernst Kaerber, Johannes Schultze, Berthold Schulze und gar Willy Hoppe. (Mitgliederstand März 1959, „Bericht über Gründung und Tätigkeit der Berliner Historischen Kommission“, *JGMOD* 8 (1959), S. 665f.

171 Vgl. für das Folgende: Otto Büsch, „Historikervereinigung und Forschungsinstitution. Fünfundzwanzig Jahre ‚Historische Kommission zu Berlin‘. Zur Geschichte eines hauptstadt- und weltstadtorientierten Zentrums historischer Forschung in Deutschland“, in: *Beiträge zur Organisation der historischen Forschung in Deutschland* (Berlin, New York, 1984), S. 1–45; *25 Jahre historische Kommission zu Berlin. Rückblick – Struktur – Perspektiven* (Berlin, 1984); Ribbe, „Außeruniversitäre Forschungen“.

172 Büsch, „Historikervereinigung und Forschungsinstitution“, S. 6f.

173 Subtile Namensänderungen besiegelten diese Veränderung: Aus der „Berliner“ HiKo wurde 1963 eine HiKo „zu Berlin“ und 1979 strich man aus dem Programmsatz zur „selbstlose(n) Förderung der historischen Wissenschaften“ den Zusatz „insbesondere zur Geschichte Berlins und seines Umlandes“ heraus. (Beschlüsse der Mitgliederversammlung 1979, *Informationen* 4, November 1980, S. 13.)

174 DS 8/345, 7.3.80, „Vorlage über *Ausbau der Historischen Kommission zu Berlin e.V. zu einem geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt auf dem Gebiet der historischen Forschung*“, S. 1.

175 Büsch, „Historikervereinigung und Forschungsinstitution“, S. 39.

Treue, um die „Notlage“ zu meistern.<sup>176</sup> Obwohl ihm das während seines Vorsitzes (1982–1986) sicherlich gelungen ist, so war die Blütezeit der HiKo doch vorbei – zumindest quantitativ. Allerdings trat die am abgelegenen Nikolassee meist verborgene Kommission wegen des Preußenjahres und des Berlin-Jubiläums danach häufiger öffentlich in Erscheinung.

Trotz der eigenen Leistungen der HiKo lassen sich ihre Expansion und ihre tatkräftige Unterstützung durch den Senat sowie Bundesinstanzen nicht ohne die spezifische Lage West-Berlins erklären. Die HiKo verband die Halbstadt sowohl mit ihrer durch Krieg und Zerstörung verlorenen Vergangenheit als auch mit ihrem durch Teilung und Mauer verlorenen Umland, und sie stand auf diese Weise für Kontinuität und Neuanfang zugleich. Kontinuität, weil sie ausdrücklich die Tradition der Landesgeschichtsschreibung fortführte und das Fachwissen der Vorkriegszeit bündelte. Und Neuanfang, weil die Akademie der Wissenschaften durch die Teilung verloren war und dem Westen ab 1948 außeruniversitäre Forschungsinstitute fehlten – auch deshalb gründete man die Kommission. Ihre Existenz hing also unmittelbar mit der Existenz West-Berlins zusammen, sie wurde, wie so viele Westberliner Instanzen, durch die Spaltung legitimiert. (Dass die HiKo nach 1990 „abgewickelt“ wurde, war aus dieser Perspektive denn auch nicht zufällig.)

Umgekehrt diente die HiKo einer Reihe von Senatszielen. Innerstädtisch konnte sie Ausstellungen wie die Preußenschau begleiten oder später das Jubiläum mit fachlichen Darstellungen versehen. Aber sie sollte auch das wissenschaftliche Prestige West-Berlins steigern. Zudem teilten HiKo und Senat ein Interesse an Ost-Europa, denn gerade hier bestand „ein erhebliches Defizit an gemeinsamer wissenschaftlich-historischer Aufarbeitung, um zu einem von der Vergangenheit weniger belasteten und vorurteilsfreien politischen Verhältnis zu kommen.“ So lobte der Senat die HiKo-Abteilungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen und zu Berlin-Brandenburg-Preußen, sowie die „langfristige Kooperation mit Wissenschaftlern aus Osteuropa“.<sup>177</sup> 1980 brachte die HiKo einen Austauschvertrag mit der polnischen Akademie der Wissenschaften unter Dach und Fach.

Eins fehlte jedoch schmerzlich in den Tätigkeitsberichten der HiKo: die DDR. Hier war die Kommission in einer aussichtslosen Lage. Denn gerade der Kern ihres Forschungsinteresses – die Berliner Altstadt und die alte Mark Brandenburg – lagen jenseits der Westberliner Grenze. Das Bekenntnis zur landesgeschichtlichen Tradition führte in der HiKo-Abteilung „Berlin-Brandenburg-Preußen“ dazu, dass man die Stadt nicht ohne ihr Umland denken konnte. Dieses Paradigma bedeutete historiographisch einen Vorrang für die vorindustriellen Zeit und ein schwieriges Verhältnis zur Urbanität, aber forschungsstrategisch bedeutete es in der isolierten Halbstadt eine wahre Katastrophe. Denn für die landesgeschichtliche Denktradition lagen alle Quellen in der DDR. Hatte in der Vorgängerkommission der 1920er Jahre auch die Provinz Brandenburg ihre Vertretung gehabt, so quittierte nun Ost-Berlin alle Anfragen mit Archivblockaden. Gerade der „konzeptionelle Grundgedanke“ ihrer regionalgeschichtlichen Abteilung, „daß die Berliner Kommission schwerpunktmäßig für das gesamte Berliner Gebiet, für Gesamt-Brandenburg und den gesamten

---

176 Vgl. den Nachruf von Georg Kotowski und Jürgen Schmädeke, *Informationen* 15, Februar 1990, S. 12f.

177 DS 8/345, 7.3.1980, S. 2. Zudem ging es dem Senat beim Antrag für die „Blaue Liste“ auch um den „ersten Rangplatz“, den Berlin „unter den Forschungsgroßräumen der Bundesrepublik“ behaupten wollte. (ebd.).

Nordosten Deutschlands Forschungen und Publikationen zu besorgen habe<sup>178</sup>, wurde in der Hauptstadt der DDR als Kampfansage verstanden. An Zusammenarbeit war kaum zu denken. Auch als in den 1980er Jahren auf nationaler Ebene längst historiographische Entspannung geübt wurde, galt die HiKo im Osten noch als revisionistisches, revanchistisches Bollwerk.<sup>179</sup>

Aber ihrerseits war auch die HiKo nicht für entspannungspolitische Maßnahmen bekannt. Die Nichtanerkennung der DDR war im Grunde eine Voraussetzung ihrer Arbeit, und gerade in der regionalgeschichtlichen Abteilung herrschten gelegentlich konservative und anti-kommunistische Ansichten vor. Hier gab ein Historiker wie Gerd Heinrich den Ton an, der den Geist „der alten deutschen Hauptstadt“ reanimieren wollte und klare Antipathien gegen Bonn mit revisionistischen Träumen über den „Osten“ verband, „vor dem man nicht selten in rheinischen Gefilden und Bürgerhäusern die Augen verschlossen“ habe. Heinrich warnte noch in den späten 1980er Jahren: „Deutschland hat zwei Flügel und eine Mitte. Man sollte es nicht vergessen.“<sup>180</sup> Natürlich schrieb Heinrich nicht stellvertretend für alle Kommissionsmitglieder, aber verhindert wurde diese Publizistik auch nicht, im Gegenteil. Die DDR war nicht nur als Diktatur moralisch verwerflich, sondern hatte der HiKo auch ihr Forschungsobjekt weggenommen. Auch wenn im direkten Kontakt – mancher Ostberliner Historiker besuchte westliche Archive – differenziertere Haltungen geübt wurden, war die offizielle Tonart schroff. Verurteilungen durch die DDR-Propaganda verstand die HiKo als Auszeichnung; mehrmals schmückte sie sich aberwitzig mit dem „Originalton Ost“.<sup>181</sup> In den stolzen Berichten über die internationalen Aktivitäten kam die abweisende DDR nicht vor. Wie sehr ihre Existenz traumatisch war, verdeutlicht auch das Verständnis von der „gesamtdeutschen Aufgabe“, vor die sich die HiKo gestellt sah, denn diese wurde nicht etwa deutsch-deutsch sondern eher großdeutsch gedacht. Das erklärte „die Wichtigkeit der Beziehungen zu dem zu mehr als 50 % aus ehemaligen preußischen Landesteilen bestehenden Polen“, wie Treue im zuständigen Parlamentsausschuss argumentierte.<sup>182</sup> Einmal davon abgesehen, dass die andere Hälfte Polens in dieser Logik aus ehemaligen russischen Landesteilen bestand, ersetzte man durch die Zusammenarbeit mit Warschau regelrecht den Bezug zur DDR, in der ja Preußens Kern und Hauptstadt lagen.

Zwar konnte die HiKo bei ihren Bestrebungen, die Berlin-Brandenburgische Geschichte nicht dem Osten zu überlassen, immer mit der moralischen und finanziellen Unterstützung des Senats rechnen. Aber dennoch war die Arbeitssituation in der sich auf landesgeschichtliche Traditionen stützenden Sektion kaum vertretbar. Manche Publikationen gingen auf Manuskripte der Vorkriegszeit zurück. Die HiKo musste sich auf die internationalen Beziehungen Preußens konzentrieren, damit „der eigene Archivmangel (...) durch die Archive der

---

178 *Informationen* 10, Februar 1984, S. 4. (Gerd Heinrich).

179 Obwohl bei älteren Themen geregelt auch Entspannung geübt wurde. Einige DDR-Historiker konnten in den 1980ern zu Symposien kommen, wie etwa 1980 zur Hintze-Tagung. (*Informationen* 4, November 1980, 12).

180 Gerd Heinrich, „Brandenburgische Landesgeschichte“, S. 363.

181 Demnach war die HiKo in der Tat das „produktivste außeruniversitäre bürgerliche Wissenschaftsunternehmen auf historiographiegeschichtlichem, geschichtspropagandistischem und geschichtspublizistischem Gebiet in West-Berlin.“ (*Informationen* 14 (Februar 1989) und 15 (Februar 1990), beide S. 1).

182 *WissFo* 9/26, 15.11.1982, S. 4.

westlichen Staaten bis hin zu den USA ausgeglichen werden“ konnte. Und man wollte gar Polen in die Kommission berufen, um über sie Zugang zu den reichen DDR-Archiven zu haben.<sup>183</sup>

So wurde die überregionale Profilierung der HiKo aus der Not geboren. Während man immer weitere Themengebiete aufnahm und neue Sektionen gründete, verkam die Lokalgeschichte vom Ursprung zur bescheidenen Nebenaufgabe – bis eben dieses Feld in den 1980er Jahren ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Preußenjahr und Berlin-Jubiläum waren Termine, die der HiKo eine große Aufwertung versprachen. Sie veranstaltete ein viel gelobtes Begleitprogramm zum Preußenjahr.<sup>184</sup> Dass der damalige Vorsitzende Otto Büsch auch an der Ausstellung beteiligt war und ihrem wissenschaftlichen Beirat vorstand, war weniger glücklich. Die traditionelle Fachwissenschaft konnte sich mit den Korff'schen Inszenierungen nicht gut anfreunden und die Zusammenarbeit verlief schwierig. Beim nächsten Mal verzichteten Eckhardt und Hassemer darauf und beauftragten Rürup mit der Jubiläumsschau. Der Kommission blieben dafür die wissenschaftlichen Publikationen zur Stadtgeschichte.<sup>185</sup>

## Lenkung durch Förderung und „verlegerische Konzeptionen“

Die Historische Kommission war eine der Instanzen, die am frühesten für das kommende Stadtjubiläum planten. Getragen von der Hoffnung, „Preußen“ wiederholen zu können, konstituierte man noch 1981 einen „Beirat für Berlin-Forschung“ und eine spezielle Sektion für Berlin-Geschichte.<sup>186</sup> Es gab hohe Erwartungen, denn das Stadtfest ließ in diesen geldknappen Zeiten extra Mittel erwarten. Der Publikationsplan war entsprechend ambitioniert: Er umfasste eine Gesamtdarstellung der Geschichte Berlins und mehrbändige Reihen zu „historischen Stätten“, „Berliner Lebensbilder“ und Bezirksgeschichten. Insgesamt präsentierte die HiKo einen Sonderfinanzbedarf von fast zwei Millionen DM.<sup>187</sup> Die HiKo dachte sich für 1987 eine zentrale Rolle zu, denn „wer anders als die Historiker, die ja sozusagen das Gewissen der Nation (sind), sollte Bericht erstatten über die Leistungen des Volkes und seiner Hauptstadt“?<sup>188</sup>

Aber Eckhardt und Hassemer hatten andere Pläne. Beim ersten Brainstorming im Kulturausschuss verbargte der eben angetretene Senator nicht seine Skepsis. Natürlich solle 1987 der Stadtgeschichte „Rechnung getragen werden“, meinte er, und gewiss seien dafür „die Vorbereitungen der Historischen Kommission (...) sehr verdienstvoll; aber es müssten auch

---

183 WissFo 9/26, 15.11.1982, S. 3, 4 (Gerd Heinrich). Nach 1990 musste Wolfgang Ribbe ermüdet feststellen, dass viele „Desiderate der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Landesgeschichtsforschung“ während der Teilung nicht „realisiert“ werden konnten.“ (Ribbe, „Außeruniversitäre Forschungen“, S. 13).

184 Jürgen Schmädeke, „Die Historische Kommission zu Berlin und das Berliner ‚Preußenjahr‘“, *Informationen* 6 (November 1981), S. 4ff.; H. Schulze, „Preußen – Bilanz eines Versuchs“, S. 650.

185 Wie viele Historiker in West-Berlin war Rürup zwar auch Mitglied der HiKo, doch er gehörte weder zu den festen oder den geförderten Mitarbeitern, noch zur HiKo-Sektion für Berlin-Geschichte.

186 *Informationen* 5, Mai 1981, S. 3.

187 LA B-Rep 150, 150, Wolfgang Treue an die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten, 12.7.1983.

188 Wiss 9/26, 15.11.1982, S. 4 (Otto Büsch).

andere spezifische Ressourcen Berlins noch aktiviert werden.“ Vielsagend drängte er die Wissenschaft, sich „noch Gedanken über die Adressaten der einzelnen Publikationen“ zu machen. Und Eckhardt verlangte „eine populäre, lesbare, frische Berlin-Geschichte“.<sup>189</sup> Für sie zählte die HiKo mit ihrem etwas angestaubten Image nicht zu den „spezifischen Ressourcen“ der Stadt.

In diesem Stil spielten sich dann auch die Kontakte zwischen der HiKo und den Senatsvertretern ab. Nachdem die Kommission 1982 ihre Pläne und ihren Finanzbedarf vorgelegt hatte, folgten zähe Verhandlungen. Diese Verhandlungen drehten sich nicht wie etwa in der DDR um die „richtige“ Interpretation der Geschichte, sondern um die „richtige“ Vermittlung historischen Wissens. Und gemäß den Regeln der Marktwirtschaft waren dies in erster Linie Geldfragen. Zweitens drückten das freie Verlagswesen und drittens auch die ungebundene Öffentlichkeit den Gesprächen und ihren Ergebnissen ihren Stempel auf.

Um Zuschüsse ging es zunächst ganz direkt, als in Nikolassee die Nachricht aus der Kulturverwaltung eintraf, dass die Stadt bis zu 750.000 DM für die Projekte beisteuern könne. Das war nur ein Drittel der von der HiKo bezifferten Mittel für ihre Berlin-Bücher.<sup>190</sup> Sie sollte Drittmittel einwerben, was für die Kommission nichts Ungewöhnliches war. Aber die „großen Stiftungen“ dachten darüber diesmal anders, denn für sie musste „die Finanzierung des Berlin-Jubiläums von Berlin selbst gesichert werden“.<sup>191</sup> Somit kehrte HiKo-Vorsitzender Treue wieder zurück zu Hassemer, zumal im Herbst 1983 die zugesagten Mittel dringend gebraucht wurden. Der Senat wollte aber nicht zahlen, bevor der ganze Finanzplan stimmig war, um später nicht in einen „Vollzugszwang für die Gesamtfinanzierung“ der HiKo-Projekte zu geraten.<sup>192</sup> Doch längeres Warten würde, so Treue, „schwerste Probleme aufwerfen und vieles von dem, was geplant und vorbereitet ist, in Frage stellen“. Ohne Vorfinanzierung könne man eben nicht anfangen.<sup>193</sup> Anfang 1984 berichtete er sorgenvoll, dass bereits „die Historischen Stätten bis 1987 nur zu einem Teil im Druck vorliegen“ können. Die HiKo hoffte, dass „die Limitierung möglicher Staatszuschüsse auf DM 750000“ vielleicht doch noch „nicht das letzte Wort“ sei.<sup>194</sup>

Aber Hassemer und Eckhardt hatten große Vorbehalte. Auch der Senat ärgerte sich darüber, „daß offenbar der Arbeitsbeginn von der Gewährung der beantragten Zuschüsse abhängig gemacht wird“, und das hier „im öffentlichen Dienst stehende Professoren (...) noch einmal durch die Hintertür gefördert werden“ wollten.<sup>195</sup> Als kurz darauf auch noch der ehemalige HiKo-Vorsitzende „vertraulich“ im Büro B750 anrief, um seine Zweifel am geplanten Publikationspaket zu äußern, platzte Eckhardt der Kragen. „Ein sehr ungutes Gefühl“ habe er, so schrieb er dem Kultursenator, „was Konzeption und die rechtzeitige Fertigstellung der geplanten Publikationen betrifft.“ Er hielt „die Gewährung eines so hohen Zu-

---

189 Kult 9/26, 11.4.1983, S. 4; Kult 9/37, 5.12.1983, S. 4; LA B-Rep 150, 150, Eckhardt an Hassemer, 20.2.1984.

190 LA B-Rep 150, 150, Vermerk Kulturverwaltung, 18.8.1983.

191 Ebd., Treue an Hassemer, 7.12.1983.

192 Ebd., Vermerk Kulturverwaltung, 9.1.1984.

193 Ebd., Treue an Hassemer, 8.9.1983.

194 Ebd., zit. n.: Vermerk Kulturverwaltung, 9.1.1984.

195 Ebd., Eckhardt an Hassemer, 20.2.1984; ebd., Gesprächsnotiz, 30.3.1984. Auch Diepgen kritisierte die HiKo, weil „die Normalplanung von Forschungsprojekten im Rahmen des üblichen vorangetrieben und alles andere, für 1987 geplante, mit Sondermitteln ‚aufgesattelt‘ würde.“ (LA, B-Rep 150, 152, Senatskommission, 6.3.1984, S. 4.)

schusses“ nicht für vertretbar, „wenn jetzt schon erkennbar die geförderten Schriften nicht Anfang 1987 vorliegen können.“<sup>196</sup> Hassemer legte daraufhin sein Angebot an die Kommission fest, die Projekte maximal „mit einem Finanzierungsbeitrag bis zu 40 % der realen Kosten“ zu unterstützen, wobei die eigentlich schon zugesagten 750000 DM jetzt auf einmal als „Obergrenze“ galten. Hassemer ging davon aus, dass „ein sinnvolles verlegerisches Konzept“ für die Geschichtsbücher „diesen Betrag auf ¼ reduzieren kann.“<sup>197</sup> Damit hatten die Historiker 60 Prozent ihres Finanzbedarfs anderweitig zu organisieren.

Die Zauberformel, mit der die Politik die Geschichtswissenschaft ihren Finanzvorstellungen unterwarf, hieß „verlegerische Konzeption“.<sup>198</sup> Hier ging es um das freie Verlagswesen und die Vermarktung der Bücher. Probleme mit Verlegern konnten der Produktion von Büchern im Westen fast so hinderlich sein wie Probleme mit der Zensur im Osten, wie die Diskussionen um die HiKo-Projekte veranschaulichen. Anfangs hatten alle Beteiligten angestrebt, „die Jubiläums-Publikationen möglichst einem Verlag zu übertragen.“ Aber die Verleger standen wegen der „weniger lukrativen Teile“ des Pakets keineswegs Schlange.<sup>199</sup> Die HiKo bestand darauf und berichtete dem Senat im Februar 1984 gar, dass sie „nur unter der Bedingung der ‚en bloc‘-Publikation aller Projekte bei einem ihrer Hausverleger (de Gruyter, Colloquium-Verlag) die Fertigstellung eines Teiles der Bücher noch für möglich (hielt).“<sup>200</sup> Ein neuer Grund für Ärger, denn Eckhardt dachte „im Interesse effektiven Vertriebs und weiter Streuung“ lieber an Verleger wie Siedler oder Ullstein. „Aber offenbar möchte sich die Historische Kommission den Einwänden hinsichtlich der Konzeption entziehen, die von beiden genannten Verlagen zu erwarten sind. Tatsächlich ist es beispielsweise bedenklich, daß die ‚Geschichte Berlins‘ von 10 Autoren auf ca. 1000 Seiten geschrieben werden soll.“<sup>201</sup> Es entstanden erhebliche Irritationen, bis Hassemer im März zu einem Lösungsgespräch zusammenrief. Ein „rationelleres Verfahren“ sei „nunmehr unumgänglich“, meinte er, „man könnte durchaus von einem Notprogramm sprechen.“<sup>202</sup>

In diesem Schlichtungsgespräch mit Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig, Eckhardt, Ribbe und Treue urteilte Hassemer unmissverständlich, dass das „Paket“ in vorliegender Form inakzeptabel sei. Das „Mammutprogramm“ der HiKo zum Jubiläum umfasste nicht weniger als 36 Bände.<sup>203</sup> Dafür lasse sich, wie sich gezeigt habe, kein Verleger finden. Hassemer erklärte, dass „verlegerische Betreuung“ und „die daraus resultierenden Konflikte“ zwischen Autoren und Verlegern für Bücher „lebensnotwendig“ seien. Die HiKo könne „sich solchen Diskussionen nicht entziehen. Andernfalls würden langweilige, unlesbare und von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommene Publikationen entstehen. Solche könnten

---

196 Ebd., Eckhardt an Hassemer, 20.2.1984. Vgl. ebd., Aktennotiz Nachama, 20.2.1984. Eckhardt forderte, dass die Manuskripte wenigstens ein Jahr vorher „vollständig vorliegen“ müssten. „Erst wenn sich die Historische Kommission in dieser Richtung eindeutig verpflichtet, können meines Erachtens Zuschüsse gezahlt werden.“

197 Ebd., Hassemer an Treue, 5.3.1984 und Gesprächsnotiz B750, 19.3.1984.

198 Deutlicher noch bei Eckhardt: „Es mangle an einer verlegerischen (nicht subventionierten) Konzeption“ (LA, B-Rep 150, 152, Senatskommission am 6.3.1984, S. 2.)

199 Kult 9/37, gemeinsam mit WiFo, 5.12.1983, S. 2.

200 LA, B-Rep 150, 150, Vermerk Nachama, 17.2.1984.

201 Ebd., Eckhardt an Hassemer, 20.2.1984.

202 Ebd., Hassemer an Treue, 5.3.1984.

203 Eine dreibändige Geschichte Berlins, 12 Bände Lebensbilder, 6 Bände historische Stätten, 12 Bezirksgeschichten, und eine dreibändige Geschichte der Berliner Demokratie.



durch die Öffentliche Hand nicht gefördert werden.“ Treue und Ribbe sollten ein neues verlegerisches Konzept erarbeiten.<sup>204</sup> Für Eckhart war nur „die Publikation Nr. 1 (Die Geschichte Berlins)“ „absolut notwendig“. Die anderen Projekte müssten „auf ihre Durchführbarkeit und ihre Relevanz bezüglich B750 überprüft werden.“ Nach dem Gespräch hielt er fest, dass man „jetzt rasch grünes Licht geben (sollte) für die Geschichte Berlins in 3 Bänden von zehn Autoren (trotz unserer konzeptionellen Bedenken). (...) Es ist ein Verlag zu finden, der ohne Druckkosten-Zusschuß, lediglich mit einer Abnahme-Garantie, diese Berlin-Geschichte herausbringt.“<sup>205</sup> Die anderen Publikationsreihen waren für Eckhardt allesamt unwichtig. Die HiKo solle selbst schauen, was sie daraus mache.

In der HiKo war die Stimmung durch diese Maßregelung tief gesunken. Sie setzte noch einmal zum Protest an und versuchte dabei das Streitfeld zu erweitern. Denn die Kontakte zwischen Wissenschaft und Macht folgten in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht nur dem kommerziellen Imperativ. Auch die im Westen kontrollierende Öffentlichkeit, oder ihre bloße Drohung, hatte einen erheblichen Einfluss auf die definitive Regelung der Streitfragen. Eckhardt, den Medienprofi, störte es erheblich, dass die HiKo „seit Monaten eine rege Öffentlichkeitsarbeit entfaltet (hat), um in aller Öffentlichkeit auf ihr Publikationsprojekt aufmerksam zu machen.“<sup>206</sup> Über Zeitungen wie den Tagesspiegel beharrte die HiKo auf der „Dringlichkeit“ ihrer Projekte, deren „Finanzierung noch nicht abschließend gesichert“ sei.<sup>207</sup> „Die Historische Kommission trommelt und wirbelt an allen Fronten“, schrieb auch Eckhardts Mitarbeiter Andreas Nachama verärgert.<sup>208</sup> Und ihre Kampagne blieb am Ende nicht ohne Erfolg. Denn anders als von Eckhardt und Hassemer vorgesehen, kümmerte sich die HiKo nicht um die anderen 60 Prozent der benötigten Kosten für ihre Publikationen. Stattdessen straffte sie ihre Vorhaben so weit (von 36 auf 13 Bände), dass der versprochene Staatszuschuss von 750.000 DM den gesamten Bedarf decken konnte. Obwohl dies gegen Hassemers erklärte Absicht lief, nur 40 Prozent der Mittel beizusteuern, bat ihn Treue im Mai 1985 trotzdem um die Bewilligung.<sup>209</sup> Hassemer blieb keine Wahl. Eine Weigerung, so meinte seine Verwaltung, wäre „rechtlich zwar möglich, aber (...) politisch nur schwer vermittelbar. Auch dürfte das Interesse der Öffentlichkeit, wenn auch nur der interessierten Öffentlichkeit, an den Publikationen doch so stark sein, daß ein Abweichen von den bisherigen Vorstellungen unnötige Konflikte hervorrufen dürfte.“<sup>210</sup> Hassemer gab sein Ansinnen nunmehr auf und zahlte der HiKo ihren vollen Zuschuss.

Und das Korrektiv der Öffentlichkeit sanktionierte die Handlungsräume der Westberliner Eliten schließlich noch in einer anderen Weise. Ein drohender Skandal verhinderte nämlich eine vorzeitige Lösung der Probleme. Der Senat hatte der HiKo den Berliner Quadriga-Verlag als Partner zugewiesen, doch darüber war man in Nikolassee äußerst unzufrieden. Das Angebot dieses Verlags würde die Ladenpreise der Bücher dermaßen in die Höhe treiben, dass ein „Massenabsatz – wenn dieses Wort hier erlaubt ist“, völlig unmöglich wür-

---

204 LA, B-Rep 150, 150, Gesprächsnotiz 19.3.1984.

205 Ebd., Eckhardt an Nachama, 19.3.1984.

206 Ebd., Eckhardt an Hassemer, 20.2.1984.

207 TSP, 11.10.1983, „Historische Forschung für Berlin“. Vgl. auch TSP, 26.6.1983, „Historische Kommission kündigt große Berlin-Geschichte an“.

208 LA, B-Rep 150, 150, Nachama an Eckhardt, 7.5.1984.

209 Ebd., Ribbe und Kotowski an Kewenig, 29.6.1984, mit Anlage.

210 Ebd., Vermerk Kulturverwaltung, 7.6.1984.

de.<sup>211</sup> Aber der Verlagsleiter beendete die Zusammenarbeit aus ganz anderem Grunde, nämlich weil ihn Mitglieder der HiKo über „Gerüchte“ informiert hätten, „nach denen die Zusammenarbeit zwischen der HiKo und uns vom Wissenschaftssenator in besonderer Weise gefördert wird, weil seine Frau Mitarbeiterin unseres Verlages ist.“ Der Verlag wollte mit solchen Gerüchten nichts zu tun haben, „auch wenn sie jeglicher sachlicher Grundlage entbehren,“ und er nahm an, „daß es für die Organe des Senats in dieser Sache auch von Vorteil wäre, nicht in eine unangenehme Diskussion verwickelt zu werden (...), zumal in den Gesprächen Äußerungen gefallen sind wie ‚schwarzer Filz‘ wäre ja noch schlimmer als roter Filz“.<sup>212</sup> Die Weiterführung der Zusammenarbeit war damit unmöglich geworden. Die Suche ging weiter und am Ende wurden die Bücher doch in verschiedenen Verlagen untergebracht – die zweibändige Geschichte Berlins erschien 1987 im Münchner Beck-Verlag.<sup>213</sup>

Die Auseinandersetzungen über die Publikation historischer Bücher im Westen wurden nicht mit historisch-inhaltlichen Argumenten geführt. Und Politiker waren den Historikern nicht automatisch überlegen. Der Senat konnte zwar mit dem Geldhahn erheblichen Druck auf jene Forschungen ausüben, die in seinem Auftrage betrieben wurden. Doch immerhin konnten sich die Historiker diesem Druck auch wieder entziehen, als sie ihre Vorhaben so regelten, dass mit den bewilligten Mittel auch die abgelehnten Elemente noch publizierbar wurden. Aus politischen Gründen war nur das Erscheinen einer großen Berlin-Geschichte notwendig. Es war etwa Eckhardt gleich, was aus „uninteressanten“ Projekten wie den Verwaltungsgeschichten der Bezirke werden sollte. „Gleichwohl sollten wir uns hier raushalten. Dafür einen Verleger zu finden ist ohnehin aussichtslos.“<sup>214</sup> Aber solch ein Urteil eines Senatsbeauftragten hatte in West-Berlin keine große Bedeutung: Die Reihe konnte ganz normal erscheinen.<sup>215</sup>

Der überall akzeptierte Odem der Freiheit der Wissenschaften machte die Historiker im Westen insofern gegen unbegrenzte politische Übergriffe in die inhaltliche Substanz der Forschung immun, als dass diese gar nicht erst unternommen wurden. Als ein Abgeordneter Kritik an einer aus den Jubiläumsmitteln finanzierten HiKo-Publikation äußerte, weil der Beitrag „unausgewogen“ und seine Verfasserin „nicht kompetent“ sei, wurde er von seinen Kollegen zurechtgewiesen. Die „erwähnte Veröffentlichung“ stehe „nicht unter der Verantwortung des Senats“ und gelte deshalb „als eine private Meinungsäußerung“.<sup>216</sup> Dennoch

---

211 Ebd., Treue an Hassemer, 2.5.1984.

212 Ebd., Severin an Nachama, 24.4.1984. Wolfgang Treue bekundete einige Tage später allen Beteiligten sein Bedauern über die in seiner Abwesenheit gefallene „kränkende Äußerung“, „für die auch die Härte der Auseinandersetzung keinesfalls eine Entschuldigung bieten kann.“ (Ebd., Treue an Hassemer, 2.5.1984.)

213 Herausgegeben wurden die anderen Bücher in der Nicolaischen Verlagsbuchhandlung (Historische Stätten), dem Colloquium-Verlag (Lebensbilder und Bezirksgeschichten) und dem de Gruyter-Verlag (Berliner Demokratie 1919–1985). Vgl. *Volksblatt Berlin*, 25.3.1986, „Unmut unter Berliner Verlegern.“

214 Ebd., Eckhardt an Nachama, 19.3.1984.

215 Allerdings erst nach dem Jubiläum: Wolfgang Ribbe (Hg.), *Geschichte der Berliner Verwaltungsbirke*, 12 Bände (Berlin, 1988–1992). Nach 1990 wurden auch Projekte zu den Ostberliner Bezirken begonnen.

216 UA 10/10, 5.11.1986, S. 6. Es ging um Kritik von Roman Legien (CDU) an einer Darstellung von Marie-Luise Kreuter, „Der 2. Juni 1967. Bismarckstraße, Krumme Straße“ in: H. Engel, S. Jersch-Wenzel und W. Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse Band 1* (Berlin, 1986),

suchte die HiKo unter dem Anspruch der Autonomie der Forschung Schutz, als sie ihr Konzept der 36 Bände verteidigen musste. „Das gesamte Projekt scheint von der Autorensseite her wenig flexibel“, vermerkte etwa Nachama. „Vorschläge wichtiger Verleger (z. B. Wolf-Jobst Siedler) für eine gestrafftere Publikation, werden als Einmischung in die Autorenfreiheit verstanden und abgelehnt.“ Auch Hassemer musste sich tarnen, als er darum bat, seine durchaus zwingenden „Vorschläge“ „als Hilfsangebot und keinesfalls als unangemessene Einmischung verstehen zu wollen.“<sup>217</sup> In dieser ambivalenten Beziehung zwischen Senat und HiKo galt die Höhe der Zuschüsse als ein zuverlässiges Barometer für das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.<sup>218</sup>

## Eine Erzählung der verlorenen Stadt

Das Fehlen von politischen Konflikten über den *Inhalt* der Geschichtsschreibung bedeutet nicht, dass die Schriften der HiKo politisch bedeutungslos oder irrelevant waren. Einmal abgesehen davon, dass ein direkter politischer Eingriff in die Forschung im Westen unvertretbar war, gab es dazu im Falle der HiKo auch keinen Anlass. Denn insofern die Erzählungen über die Vergangenheit politische Motive transportierten, entsprachen diese den Vorstellungen der städtischen Elite. Dabei war die erzählerische Bandbreite des politisch Konformen in West-Berlin ohnehin nur grob markiert. So verlangten die Abgeordneten bei Visitationen im Rahmen der HiKo-Förderung inhaltlich nichts mehr, als „daß die östliche Stadthälfte nicht etwa vernachlässigt“ und „die Gesamtsituation Berlins (...) wo auch immer nur denkbar berücksichtigt werden (sollte).“<sup>219</sup> Solche politischen Bestrebungen gehörten seit jeher zu den Grundsätzen der HiKo, die damit sogar ihrer Satzung nach ‚auf der Linie‘ des Senats lag.

Wie die Historiker der Reichshauptstadt und der Hauptstadt der DDR auch, so identifizierten sich die Kommissionsmitglieder so weit mit ihrer Stadt, dass sie deren Geschichte von sich aus wie eine Westberliner Selbstgeschichte dachten. Als Beispiel kann die Themenwahl des Projektes „Berliner Demokratie 1919–1985“ von Otto Büsch herangezogen werden, das als Baustein dieser Selbstgeschichte genauso legitimatorisch aufgeladen war, wie die „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ in der DDR auch. (Womit diese Projekte selbstverständlich fachlich nicht gleichgesetzt werden.) Einmal abgesehen von den äußerlichen Ähnlichkeiten beider Publikationen, die in Ost und West als Festgaben für die 750-Jahr-Feier galten, wurden sie von ihren Autoren auch ganz konkret auf einander bezogen.<sup>220</sup> Für Büsch, der seit 1981 eine „Arbeitsgruppe Berliner Demokratie“

---

S. 459–473. Kreuter verurteilte scharf die Rolle der „staatlichen Institutionen“ bei der „Erschießung Benno Ohnesorgs“ beim Schahbesuch. Die Zurechtweisung im Ausschuss kam von Ristock (SPD).

217 Ebd., Vermerk Nachama, 17.2.1984. und Hassemer an Treue, 5.3.1984.

218 So bilanzierte Treue nach dem Aus der ‚Blaue Liste‘, „daß in diesen schwierigen Zeiten das Verhältnis zur Senatsverwaltung schwieriger geworden ist. Die Einengung des Freiraumes der Wissenschaft durch den Sparzwang ist wohl unvermeidlich. Er wird aber durch Reglementierungen bedroht, die der Besonderheit der Forschung und ihrer Organisation nicht gerecht werden.“ (*Informationen* 9 (Juni 1983), S. 1).

219 Kult 9/37, gemeinsam mit WissFo, 5.12.1983, S. 2 und 4.

220 So meinte Büsch im Parlamentsausschuss, sein Projekt sei für das Stadtfest „um so notwendiger als auch die Humboldt-Universität eine vierbändige Berliner-Geschichte vorlegen (wird).“ (Kult 9/37,

führte, um alle Berliner Wahlergebnisse statistisch auszuwerten<sup>221</sup>, war es selbstverständlich, dass im „zweiten Band, wenn von Demokratie in Berlin die Rede ist, seit 1948/49 stets nur jene in dessen westlicher Hälfte gemeint (ist).“ Der Ostteil blieb gänzlich außer Betracht. Identifikatorisch wirkte die Demokratieemphase der westlichen Wissenschaft, wo die Berliner Bevölkerung „in imponierender Weise“ die Chance zum „demokratischen Neuanfang“ genutzt habe, oder wo vorneweg „gleichsam ein elementares Verlangen nach Demokratie“ registriert wird, „das die Menschen dieser Stadt beherrschte, dem sie bei dem runden Dutzend von Wahlen während der letzten vier Jahrzehnte nahezu bekenntnishaft Ausdruck verliehen.“<sup>222</sup>

Eine grundsätzliche Synchronität zwischen Geschichtsschreibung und politischem Selbstverständnis gab es somit auch im Westen, jedenfalls in der Historischen Kommission. Gleichwohl kamen die Probleme ihrer Förderung zum Jubiläum nicht von ungefähr. Eckhardt und Hassemer vertraten eine sehr deutliche Position gegenüber der Geschichtsschreibung. Sie verlangten eine populäre, „frische“ und moderne Darstellung Berlins und seiner Vergangenheit, und engagierten dafür Korff und Rürup. Sie brachen mit der althergebrachten, lokalverwurzelten Tradition der Landesgeschichtsschreibung und verliehen damit der Modernisierung der Stadthistoriographie in Berlin einen starken Schub. Wenig überraschend zeigt sich diese unterschiedliche Gewichtung zur 750-Jahr-Feier am deutlichsten in der Mittelverteilung: Die Zentrale Historische Ausstellung konnte im stolzen Gropius-Bau mit einem großzügigen Haushalt von 15 Millionen planen (inkl. Forschung), während die Arbeit in Nikolassee nach langem Hin und Her mit mickrigen 750.000 DM gefördert wurde. Die HiKo wurde 1987 im Rang herabgestuft. Im Jubiläumsjahr entstand die paradoxe Situation, dass die historische Erzählung einer staatlich geförderten Kommission, die zudem noch die offizielle *Geschichte Berlins* beisteuerte, öffentlich die Rolle einer alternativen Deutung der Geschichte spielte, ja fast den Status einer Gegenerzählung zum Gropius-Bau genoss.

Denn innerhalb des systemloyalen Rahmens bestanden zwischen den historischen Erzählungen der HiKo und dem vom Senat kräftig geförderten Geschichtsbild im Gropius-Bau immense Unterschiede. Die HiKo-Sektion für Berlin hatte die alte Landesgeschichtsschreibung beerbt. Sowohl ihr Verständnis von Geschichtswissenschaft als auch ihre Wahrnehmung der Stadt Berlin waren weitgehend dieser Tradition verhaftet geblieben und dann in

---

5.12.1983, S. 2). Vgl. *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*, 2 Bände (Berlin, 1987); Otto Büsch und Wolfgang Haus, *Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. 1: Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933* (Berlin und New York, 1987); Georg Kotowski, *Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. 2: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945–1985* (Berlin und New York, 1987). Beide Schriften sind von mehreren Autoren erarbeitete Zweibänder (obwohl die östliche, wie noch zu zeigen sein wird, auf vier Bände angelegt war), beide widmen sich dem Kern der ideologischen Denkwelt ihrer Stadthälfte und beide verstehen sich als populärwissenschaftliche Darstellung und verzichteten deshalb darauf, den Büchern „einen komplizierten wissenschaftlichen Anmerkungsapparat beizugeben und die Darstellung mit methodologischen oder theoretischen Ausführungen über Vorgehensweise, Selektionskriterien oder kategoriale Definitionen etc. zu befrachten.“ (Ebd., Bd. 1, S. IX).

221 Damit führte er die Arbeiten seines Lehrmeisters Hans Herzfeld fort. Vgl. Gerhard A. Ritter, „Hans Herzfeld – Persönlichkeit und Werk“, in: Büsch, *Hans Herzfeld*, S. 13–92, hier 68ff.

222 Ebenso „blieb die Berliner kommunale Demokratie (...) eine auf die gemeinnötigen täglichen Bedürfnisse ihrer Bürger, besonders auf der Bezirksebene, hin ausgerichtete gemeindliche Selbstverwaltung.“ (Büsch und Haus, *Berliner Demokratie 1*, S. V und VI).

die Zeitgeschichte hinein fortgeschrieben worden. Dies wird nicht zuletzt in ihrer handbuchartigen *Geschichte Berlins* deutlich. Der Gegensatz zu den vom Senat geförderten Leittexten der Ausstellung könnte größer kaum sein. Wo Korff und Rürup Berlins Geschichte für die Gegenwart aufbereiten und explizit „deuten“ wollten, beanspruchte die HiKo Sachlichkeit und „objektive“ Würde. Ihre *Geschichte Berlins* führte die Arbeit der stadthistoriographischen Ahnen Fidicin, Streckfuß, Schwebel, Faden und Kaerber weiter. In dieser langen Tradition stehend, zeugt Ribbes Vorwort von einem unerschütterten Glauben an einen empirisch-linearen Forschungsfortschritt: Die Berlin-Sektion blickte ungebrochen auf ein von den wissenschaftlichen Urgroßvätern ausgemaltes Forschungsfeld, das in einer fernen, aber gewissen Zukunft, nämlich wenn alle „Forschungslücken“ „geschlossen“ sein würden, 1:1 abgebildet sein würde. Und „Forschungslücken“ verortete man vor allem im 20. Jahrhundert.<sup>223</sup> Dass einige Kilometer östlich, im Gropius-Bau an der Mauer, gerade dieses noch nicht „vollständig“ erforschte Berlin des frühen 20. Jahrhunderts wieder aufblühte, betrachtete die HiKo denn auch mit Skepsis. Natürlich seien die „Beschleunigungsprozesse“ seit dem 18. Jahrhundert für die Gegenwart besonders faszinierend, räumte man ein. „Insoweit ist der kräftige Modernitätsakzent des *populären* Geschichtsbildes der 750-Jahr-Feier auch berechtigt. Anders stellt sich das Problem für die *professionelle* Geschichtswissenschaft.“<sup>224</sup> Denn der HiKo ging es nicht um einen sinnstiftenden Gegenwartsbezug, sondern um die sachliche Wissensvermehrung auf dem ausgelegten Pfad der Landesgeschichte. Dazu trug „Berlin, Berlin“ nicht bei.

Der von der HiKo beschrittene Pfad fußte auf dem tradierten Paradigma, dass die Stadt nur organisch im Kontext des umringenden Landes erforschbar und zu verstehen ist. Wo Korff die universale Geschichte der modernen Metropole präsentierte, schrieb die HiKo Berlin und Brandenburg nach wie vor zusammen – insofern betrieb sie gar keine Stadtgeschichte im engeren Sinn, sondern, wie Ribbe es formulierte, eher „regionale Geschichte der Stadt Berlin“.<sup>225</sup> Auf dieser ehrenwerten Forschungstradition fußend<sup>226</sup> wurde die HiKo von etwaigen Selbstzweifeln oder konkurrierenden Forschungsrichtungen nicht geplagt. Sie konnte sich, scheinbar unbekümmert von zeitgenössischen Reflexionsdebatten, an die Forschungslücken setzen. „Weder Methode noch Theorie“ lautete die Überschrift des ersten Kapitels ihrer *Geschichte Berlins*. Entsprechend fand man progressivere, stadtsoziologisch

---

223 So musste Ribbe berichten, dass noch „nicht jeder Zeitabschnitt und nicht alle Bereiche der Geschichte Berlins (...) bisher gleich intensiv erforscht worden (sind).“ Vor allem für das 20. Jahrhundert gebe es noch „wesentliche Desiderate“, weshalb es hier die Aufgabe der neuen *Geschichte Berlins* sei, „auf Forschungslücken hinzuweisen, die noch zu schließen sind.“ (Ribbe, Vorwort, S. VI). Zu dieser Haltung gegenüber der unerforschten Geschichte vgl. Megill, „Grand Narrative“.

224 Klaus Zernack in: *Informationen* 13 (Feb 1988), S. 1f.

225 Ribbe, Vorwort, *Geschichte Berlins*, S. V. Vgl. auch Felix Escher, *Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts* (Berlin, 1985), der meinte, dass die „Geschichte des Platzes Berlin (...) nicht von der seines Umlandes zu trennen“ ist (S. 3, 4). Im Vorwort reflektierte Ribbe die Gründung der neuen „Sektion für die Geschichte Berlins“ unter seiner Leitung, und betonte den „regionale(n) Ursprung dieser Forschungsstelle“ der Historischen Kommission. (S. Vf.).

226 Auch wenn Ribbe meinte, dass sich durch das rasante Wachstum in Berlin gar „keine historiographische Tradition ausgebildet“ hätte, „die als Grundlage der modernen Geschichtsschreibung hätte dienen können.“ (Ribbe, „Ergebnisse und Aufgaben“, S. 1). Gerade dieses Argument schien die Dringlichkeit des Nachholens zu unterstreichen und erlaubte die hohe Wertschätzung der wenigen Pioniere des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

informierte oder „populäre“ Ansätze zur Erforschung der Berliner Vergangenheit vor allem außerhalb von Nikolassee: bei Korff und Rürup etwa, oder gar bei den „Barfußhistorikern“ in Schöneberg und Kreuzberg. Insgesamt blieb auf diese Weise gerade die Geschichte der Metropole der HiKo fremd. In der *Geschichte Berlins* verharrten die zeithistorischen Kapitel oft in Politikgeschichte aus Verwaltungssicht. Die Verzeichnung von Forschungslücken im 20. Jahrhundert war ebenso bezeichnend wie die Tatsache, dass für die Darstellung der Berliner Zeitgeschichte nicht einmal ein Zeithistoriker zur Verfügung stand.<sup>227</sup> Die Berlin-Sektion der HiKo dachte die Stadt von ihrem Ursprung und frühem Wachstum her, und nicht, wie Korff und Rürup, von ihrem Aufstieg zur modernen Großstadt.

Dieses schwierige Verhältnis zur Metropole bildete den Hintergrund für das geringe Interesse, das der HiKo aus dem Rathaus Schöneberg entgegen gebracht wurde. Nicht weil die HiKo etwa politisch „falsch“ lag, verliefen die Verhandlungen zwischen Senat und Nikolassee so schleppend, sondern weil die traditionalistische HiKo nicht imstande erachtet wurde, aus der modernen Geschichte Berlin ein spannendes Identifikationsangebot für die Gegenwart zu machen. Die HiKo trat, wo immer möglich, als Fürsprecher der frühen Stadtgeschichte auf. Deshalb monierte der Vorsitzende, dass 1987 erneut „der Nebel der Frühzeit vielfach undurchdrungen“ blieb, und dass „wie eh und je von der Entstehung Berlins aus dem – offenbar unverzichtbaren – Fischerdorf“ geredet wurde. Wie ihre wissenschaftlichen Großväter ärgerten sich die HiKo-Historiker über die „abenteuerliche(n) Vorstellungen vom Leben in der Stadt in den frühen Jahrhunderten“, die 1987 die Runde machten, sowie über das „Gerede davon, dass die Geschichte Berlins überhaupt erst interessant werde im letzten Drittel der 750 Jahre. In der Tat hatte man streckenweise den Eindruck, eine 300-Jahrfeier zu erleben.“<sup>228</sup> Aus der Perspektive der HiKo hatten Korff und Rürup hier den Kern der Sache verfehlt. Entsprechend war nicht weniger als die Hälfte ihrer eigenen *Geschichte Berlins* der vorindustriellen Vergangenheit der Stadt gewidmet. Die spätere Stadtgeschichte bildete hierfür bloß die Folgezeit der früheren, und der Zeitgeschichte kam kaum Eigengewicht zu. Dass die geteilte Großstadt durch ihre neuere Geschichte nicht mehr die gleiche war wie die vorindustrielle Stadt oder dass der bloßen Vorstellung „Berlin“ im späten 20. Jahrhundert eine andere Bedeutung anhaftete als in der Vorkriegszeit – das waren Feststellungen, mit der die HiKo nicht viel anfangen konnte.

So erzählte die Berlin-Sektion der HiKo die Geschichte der Stadt als eine Verlustgeschichte, die von der Gründung der mittelalterlichen Stadt und dem Aufstieg zur Reichshauptstadt in die Zerstörung und vor allem in die Teilung führte und dort jäh endete. Die Abtrennung vom Stadtkern und dem Umland machte den Verlust des eigentlichen, alten Berlin umso greifbarer. Diese Erzählung stimmte zwar mit den Grundwerten des Westberliner Selbstverständnisses überein, weil sie die künftige Wiedervereinigung von West-Berlin, Ost-Berlin und Brandenburg als fernen Telos hatte.<sup>229</sup> Doch in der Pflege dieses künftigen,

---

227 Mit Wolfgang Ribbe schrieb ein Mediävist die Abschnitte über die NS-Reichshauptstadt (mit Christian Engeli) und über die geteilte Nachkriegszeit.

228 Zernack, *Informationen* 13, Feb 1988, S. 1.

229 Mancher HiKo-Beitrag verstand sich denn auch als „Erinnerung und Mahnung an eine unvollendete Geschichte“, nämlich die Geschichte Groß-Berlins. (Otto Büsch (Hg.), *Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985* (Berlin, 1988) S. X). Berlin ist eine Stadt, so eröffnete Ribbe die *Geschichte Berlins*, die „Residenz der Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg, der preußischen Könige, Hauptstadt des Kaiserreiches, der ersten deutschen Republik und des NS-Staates

um 1987 utopischen Zielpunktes erschien die isolierte Halbmetropole der tristen Gegenwart wie eine historische Fehlentwicklung, ein Fremdkörper der Stadtgeschichte. Eine solche Verlustgeschichte mit restaurativer Aufladung eignete sich während der Teilung kaum für eine positive Identifikation mit West-Berlin. Die jenseits politischen Bedeutungsverlustes angelegte Urbanisierungsempfase von Korff hatte hier wesentlich mehr zu bieten.

Indem sich Eckhardt und Hassemer für Korff und Rürup entschieden, stellten sie die landesgeschichtliche Traditionslinie zurück. Nicht Berlin und die Mark Brandenburg standen 1987 im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern eine völlig neue Seite der Stadtgeschichte, die bis dahin so in der Berliner Öffentlichkeit nicht prominent präsent gewesen war, nämlich die Urbanisierung des städtischen Lebens. Mit ihrem vehementen Beharren auf die ältere Vergangenheit lieferte die HiKo einen Gegenentwurf gegen die Metropolenerzählung des Gropius-Baus. Solche Gegenerzählungen waren in West-Berlin unter Umständen frei artikulierbar. Wolfgang Ribbe meinte rückblickend, dass es in West-Berlin „lediglich über die zentrale historische Ausstellung den Versuch gegeben hat, ein ‚leitendes‘ Geschichtsbild zu entwerfen“, was aber „keinen Einfluß auf die zahlreichen Publikationen aus Anlaß der 750-Jahr-Feier hatte“.<sup>230</sup>

---

war, die heute mit ihren östlichen Bezirken als Hauptstadt der DDR fungiert, und die als Ganze wieder Hauptstadt eines geeinten Deutschland sein soll.“

230 Ribbe, „Ergebnisse und Aufgaben“, S. 6.

## 6. Die Umklammerung von Gegenerzählungen

Die Verlostergzählung der Historischen Kommission war nicht der einzige historiographische Alternativentwurf zur 750-Jahr-Feier. „Die freiheitlich-demokratischen Bedingungen, unter denen wir leben“, hatte der Senat 1983 verkündet, „verpflichten uns, ein Jubiläum vorzubereiten, dessen Kennzeichen die Offenheit nach innen und außen ist.“ Deshalb sollten ganz bewusst abweichende Geschichtsdeutungen gefördert werden, schließlich gehe es in West-Berlin „nicht um angeordnete Feierlichkeiten einer Administration“.<sup>231</sup> Die Bürger sollten aktiv einbezogen werden und es war ein „dezentrales“ Fest vorgesehen.<sup>232</sup>

Im Plenarsaal des Schöneberger Rathauses, in den Presstexten und in der Ausstellungsdebatte dominierten Schlagwörter wie Offenheit, Toleranz und Vielfalt. Aber in der Praxis konnte der Senat einem demokratischen Selbstwiderspruch nicht entkommen. Seine Absicht, über die Einbeziehung von Bürgerinitiativen das demokratische Selbstbild umzusetzen und Legitimität zu produzieren, stieß in der Realität der Organisation häufig gerade wegen der Unabhängigkeit, ja oft Widerständigkeit vieler „freier Projekte“ auf Probleme. Manche Bürgerinitiativen interessierten sich für das offizielle Selbstbild Berlins überhaupt nicht. Im Gegenteil, die „Geschichte von unten“ zeigte sich dem Senat gegenüber äußerst kritisch. Zudem gingen mit den Projektanträgen, die ab 1983 aus der Szene an den Kultursenator herangetragen wurden, hohe Subventionswünsche einher. So entstand ein Konfliktfeld, in dem einerseits die „freien Träger“ auf die vom Senat proklamierte Pluralität und Offenheit verwiesen, um an Mittel aus dem großen Topf der 750-Jahr-Feier heranzukommen. Andererseits musste der Senat das Festprogramm übersichtlich und finanzierbar halten und die Leitlinien zum Ausdruck bringen. Dieser Zwang hatte Modifikation und Ablehnung vieler Projekte zur Folge, was von Links als eine Verletzung der proklamierten Freiheit verstanden wurde.

Diese Problematik wird hier an vier Beispielen nachgezeichnet, die im Rahmen des Jubiläums teils oder komplett gefördert wurden, also „erfolgreich“ waren. Das gilt auf jeden Fall für „Mythos Berlin“ in der Ruine des Anhalter Bahnhofs. Danach werden das Projektbündel des linksradikalen „Berliner Kulturrat(s)“ und die von der Geschichtswerkstatt getragene

---

231 DS 9/1283, Erstes Entwurfskonzept, 13.9.1983, S. 2f.

232 Bereits von Weizsäcker hatte von einer Art „Familienfest“ gesprochen, „an das man sich gern erinnern könne“ (Bund 9/30, 9.6.1983, S. 2), und hierfür musste es laut Hassemer gelingen, „die Berliner in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen und Fronten und Verbindungen zu mobilisieren“. (PP 9/44, 5.5.1983, S. 2587 D).



Ausstellung „Die rote Insel“ in den Blick genommen. Schließlich war das Zustandekommen der Ausstellung „Topographie des Terrors“ auf dem Gestapo-Gelände für die Signatur der 750-Jahr-Feier immens wichtig. Das Projekt ging auf Bürgerinitiativen zurück und ihre Gegenerzählung gewann im Rahmen des Jubiläums erstmals eine institutionalisierte Form.

## Mythos Berlin

Im Falle des freien Projektes „Mythos Berlin“ kann von einem etwaigen inhaltlichen Widerspruch zum Senatsprogramm keine Rede sein. Lange sah es so aus, als würde es das Vorzeigeprojekt des Jahres werden. Die ambitionierte Kunstaussstellung am ehemaligen Anhalter Bahnhof trugen Intellektuelle um die Zeitschrift *Ästhetik und Kommunikation*, die über eine gute Lobby und viel Publizität verfügten. Zudem fand Ulrich Eckhardt am Projekt von Anfang an Gefallen. Es wurde vom Senat kräftig gefördert und galt dadurch als halboffizielles Jubiläumsprojekt. Doch die hochgesteckten Erwartungen wurden nicht erfüllt. „Mythos Berlin“ wurde statt des Flaggschiffs zum Irritationsobjekt der 750-Jahr-Feier.

„Mythos Berlin“ entsprach nahezu allen Vorstellungen des Büros B750. Es sollte die „Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole“ schreiben und sich auf den Großstadtcharakter Berlins konzentrieren. Es sollte den „Schandfleck“ des zerbombten und abgerissenen Bahnhofs im nördlichen Kreuzberg neu erschließen. Zudem arbeitete es unerschöpflich mit den Leitbegriffen der Inszenierung und Kritik. „Mythos“ war gleichsam die Reinform des Korff'schen Urbanisierungskultes. Die Initiativgruppe hatte von Anfang an die Öffentlichkeit gesucht und hohe Erwartungen geschöpft. *Ästhetik und Kommunikation* brachte bereits im September 1983 eine ausführliche Ankündigung des Projektes, das von mehreren Reflexionsebenen geprägt war. Es nahm Berlin als „begrifflichen Ort, als sinnlich erscheinende Wahrheit“ in den Blick und hüllte seine Absichten in Paradoxa und Ungreifbarkeiten.<sup>233</sup> Die Presse blieb vorerst abwartend, doch sie sollte im Laufe der Zeit stets wohlwollender berichten.<sup>234</sup> Die Initiativgruppe verhielt sich kooperativ und organisierte im Juni 1984 zusammen mit Eckhardt eine erste Pressekonferenz. Das Projekt vertrat eine „ästhetische Zugangsweise zur Geschichte dieser Stadt.“<sup>235</sup> Und neben der Reproduktion früherer Bilder Berlins beabsichtigte man auch die Präsentation neuer „Ensembles“, „Installationen“ und multimedialer „Environments“ zeitgenössischer Künstler. Die Ideen wurden in

---

233 *Ästhetik und Kommunikation*. Heft 52: *Mythos Berlin* (September 1983), Vorwort: „Mythos Berlin? – Nein, natürlich nicht“, eröffnete das Themenheft. „Und doch, ohne diesen Mißgriff – wie wäre das Thema da noch ausdrückbar. Dieser Titel ist ein selbstverschuldetes Missgeschick im Umgang mit einem Thema: insofern Spiegelbild der Sache und also unumgänglich. Mythos ist Wahrheit in der Form der durchschauten Unwahrheit.“

234 Die *taz* (9.11.1983, „Mythos Berlin – Ein Mißgeschick?“) spottete noch über die „Gedankensammlung, die ins theoretische Nirwana führen soll“; laut dem *Tagesspiegel* (7.6.1984, „Mythos Berlin GmbH“) stand „das noch etwas unausgegrenzte Projekt (...) zumindest auf einem festen Fundament.“ 1985 sprach das *Handelsblatt* (9.8.1985, „Eine lückenlose Gesamtdarstellung“) vom „vielversprechendsten Projekt“ der Feier.

235 Ulrich Baehr (Hg.), *Mythos Berlin – Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole* (Berlin, 1984), S. 10.

einer nächsten großformatigen Broschüre gebündelt und man gründete viel versprechend eine „Mythos GmbH“.<sup>236</sup>

Das Ganze wurde aber teuer. Es war beabsichtigt, das Südportal des Anhalter Bahnhofs wieder aufzubauen. Weiter sollten provisorische, aber anspruchsvolle Ausstellungsgebäude errichtet und mit Technik ausgestattet werden. Vorläufig war aber auf der Brachfläche noch gar nichts vorhanden, kein Wasser und keine Elektrizität. Die Projektgruppe selbst hatte einen Rahmen von 4,5 Millionen DM gesetzt, doch bald wurde deutlich, dass damit nicht auszukommen war. Ebenso wie die wirklichen Kosten wurde aber im Verlaufe der Zeit auch der Widerspruch zwischen den spannenden Konzeptionen der Projektträger und ihrem tatsächlichen Organisationsvermögen deutlich. Eckhardts Büro klagte 1985, „dass die Gruppe, statt an einigen überschaubaren Projekten konsequent und zielgerichtet weiterzuarbeiten, eher ständig neue Projekte und Ideen gebiert und diskutiert.“<sup>237</sup> Und als 1986 eine weitere Hochglanzbroschüre erschien, konnte Hassemer seine Skepsis im Vorwort kaum unterdrücken: „Intelligente und spannende Konzeptpapiere zu verfassen, ist eine Sache; dem Plan zur konkreten Gestalt zu verhelfen, eine andere.“ Er hoffte, dass „das im Konzept noch gigantomanisch Anmutende zu überschaubarer, faßbarer Darstellung von Einzelnem“ verarbeitet werden sollte.<sup>238</sup>

Doch 1987 passierte letztlich genau das, was Hassemer eingefordert hatte, und zwar in großem Stil. Die Fallhöhe von der Konzeption zur Ausstellung war enorm. Mit den glänzenden Broschüren aus den Vorjahren schien die windige und fragmentarisierte Schau 1987 wenig gemein zu haben. War 1986 noch „ein neuer Ausstellungstyp“ und eine mehrgeschossige Architektur mit fahrbaren Bühnen versprochen worden<sup>239</sup>, so fand die Ausstellung schließlich in bescheidenen Zelten statt, vermittelte das große Gelände den Eindruck der Leere. Ausgestellt wurden unter anderem das Bein von Marlene Dietrich, ein gecrashtes Auto in einem Ladenfenster, einige alte Lokomotiven – eine davon wurde am 1. August 1987 auf das Dach gedreht – und ein riesiger Gerüstbau, mit dessen Hilfe das Südportal zwar nicht wiederaufgebaut wurde, es aber doch als „Erinnerungsrest“ „andeutete“.<sup>240</sup> Die

---

236 Vgl. Eckhardt, „Vorwort“, in: Baehr, *Mythos Berlin*, S. 4.

237 LA B-Rep 150, 101, Weick an Eckhardt, 10.7.1985.

238 *Mythos Berlin Concepte. Katalog zur Werkstattausstellung „Mythos Berlin“ 1987* (Berlin, 1986), S. 4.

239 Ebd., S. 48ff. Zur Vorausstellung *Volksblatt Berlin*, 6.4.1986, „Musik und Theater im ‚angehaltenen‘ Bahnhof“.

240 Vgl. Rolf Brochschmidt, „Manchmal versteht man nur noch Bahnhof“, *TSP*, 16.8.1987: „Das Gelände am Anhalter Bahnhof war recht leer, sechs DM Eintritt sind ein stolzer Preis, aber stolz war auch der Preis der Ausstellung. Sechs Millionen. (...) Was soll's, auch der Blick in den Ausstellungsführer überzeugt mich nicht. Überhaupt dieses Faltblatt. Das hat es in sich. Jeder Punkt des Geländes, jede Kojе des Ausstellungshalle ist dort aufgeführt, hat klangvolle Namen wie ‚Urbanitätslabor‘, ‚Raumbilder und Gastbilder‘, ‚Zeitmaschine‘, ‚Reguisitenkammer‘, ‚Hamstergespäck‘. Ich bin froh, daß ich dieses Faltblatt mit der Eintrittskarte bekommen habe, denn es erklärt mir, was ich sehen soll, wenn ich Inszenierung oder Objekte betrachte. Von selbst kommt man kaum drauf, selbst bei Offenheit. Schon die niederländische Künstlergruppe ‚De Stýl‘ scheiterte, als sie den ‚Neuen Menschen‘ per definition als gegeben voraussetzte. Die Leute hatten es nicht verstanden.“ Vgl. *Mythos Berlin. Zur Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole. Eine szenische Ausstellung auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs* (Berlin, 1987).

Presse war beleidigt. Im Stadtmagazin *Zitty* entzündete sich eine Kontroverse, weil ein Redakteur die Schau mit Speers Größenwahn verglichen hatte.<sup>241</sup>

Auch nach dem Befinden des Senats war „Mythos“ gescheitert, doch mit einem Verweis auf die künstlerische Freiheit und Mut zum Risiko verteidigten Hassemer und Eckhardt ihre Politik. Das Abgeordnetenhaus erregte sich über die unerwartete Kostenexplosion und forderte hitzig die Offenlegung der Honorarverträge mit den Veranstaltern. Roman Legien (CDU) wollte nicht glauben, „dass sehr viel Geld in die Sachausgaben geflossen“ sei, und sprach von „grausamem Dilettantismus“ und einer „Peinlichkeit“ für Berlin. Zudem bewirke die intellektuelle Arroganz der „Mythos GmbH“ laut einigen, „dass man seinen eigenen Eindruck nicht mehr zu äußern (wagt), weil man fürchte(t), als Kulturdilettant bezeichnet zu werden.“ Doch obwohl die Kosten-Nutzen-Analyse des Projektes vernichtend ausfiel, war sich eine Mehrheit einig darüber, dass es richtig gewesen sei, die Ausstellung zu wagen. Auch Lehmann-Brauns (CDU) warnte davor, „sich die Diskussion zu einfach zu machen“ und meinte, „dass die Stadt aufgrund ihrer Lage und ihrer aktuellen Nachkriegsgeschichte gar keine andere Möglichkeit (hat), als experimentell vorzugehen im kulturpolitischem Bereich. Wenn man dies bejah(t), (muss) man auch bereit sein, Experimente öffentlich und massiv zu finanzieren.“<sup>242</sup> Dennoch wurde „Mythos“ von allen „als der einzige wirkliche Flop der 750-Jahr-Feier angesehen.“<sup>243</sup>

## Das Gegendrehbuch des Kulturrats

Neben „Mythos Berlin“ waren dem Aufruf zur Bürgerbeteiligung noch Hunderte andere Projektvorschläge gefolgt. Die Bezirke wurden einbezogen, mit der HiKo waren Gespräche im Gange (vgl. 2.5), der Bürgerverein schlug einen Festumzug vor (2.4) und zahlreiche Firmen wollten sich an dem Stadtjubiläum irgendwie beteiligen. Doch als unberechenbar erwiesen sich jene intellektuellen Gruppen, die sich traditionell in linker Opposition zum Senat bewegten.

Eckhardt wollte „die Beteiligung der Berliner Bevölkerung an der Vorbereitung“ aufmerksam „in die Wege“ leiten. Internen Überlegungen zufolge sollte dies „in Form eines

---

241 Eckhardt Britsch, „Nichts geht über Bärenmarke“, *Zitty* 14/1987, S. 38ff. Britsch fügte als Motto ein Goethewort hinzu: „Worte, Worte, keine Taten, lauter Sauce keinen Braten.“ Auf dem Gelände bekomme „von dem Salonwagen, Güterzugbegleitwagen, zwei Prothesen, bis zum Strohhallen, Biergarten und der Currywurst alles ‚Bedeutung‘: einen memorialen Habitus. (...) Dass der Biergarten nicht nur Biergarten ist, sondern ‚Biergarten‘ bedeuten muß, führt zur Verdoppelung der Realität und zur Verdoppelung des Preises der Currywurst“. Der *Tagesspiegel* drückte seine Enttäuschung etwas liebenswürdiger aus: „Das Problem inszenierter Ausstellungen ist, daß sie ihr Gedankengerüst in momenthaft einleuchtende Sinneseindrücke übersetzen müssen, die nirgends über sich hinausweisen.“ (*TSP*, 19.6.1984, „Mythos im märkischen Sand“). Vgl. „Mythos Berlin ist zu einem Haßraum geworden“, *Zitty* 16/1987, S. 14ff.; „Mythos Berlin“, *Bauwelt* 78 (31.7.1987) Heft 28/29, S. 1072ff.

242 Bund 10/31, 1.7.1987, S. 7 (Legien), S. 8 (Adler), bzw. S. 7 (Lehmann-Brauns) (alle CDU).

243 LA, B-Rep 150, 151, Tomerius an Eckhardt, 25.9.1987. „Mythos ist quer durch alle Parteien umstritten und wird allgemein als nicht gelungen angesehen. Trotz des offenkundigen Mißverhältnisses zwischen Kosten und Besucherzahl herrscht aber die Meinung vor, dass es doch richtig war, diese Ausstellung zu wagen.“

‚town-meeting‘ mit dem Regierenden Bürgermeister“ geschehen, wobei Eckhardt aber gleich klarstellte, dass auf jeden Fall „ein unvorbereitetes, spontanes ‚Palaver‘ zu vermeiden“ sei.<sup>244</sup> Doch bevor es so weit kam, reichte im April 1984 ein Konglomerat von Bürgerinitiativen eine lange Liste mit Projektvorschlägen ein. Sie zeigten sich schon jetzt über die Festplanung beleidigt und konterten mit einem eigenen Veranstaltungskatalog „750 Jahre Berlin – Wir schreiben unser Drehbuch selbst“.<sup>245</sup> Als koordinierende Instanz trat der Berliner Kulturrat auf, ein links-intellektueller Verein, der an der Wüste des Potsdamer Platzes residierte und auch das Gedenkjahr 1983 mit lokalen Projekten zur „Spurensicherung“ begleitet hatte (Thema: „Machtübergabe und Widerstand“).<sup>246</sup> Der Kulturrat reichte jetzt über 50 Projektideen ein, die von den vielfältigsten Gruppen getragen wurden. Man wollte an die Jubiläumsmittel heran; der Spruch „rechtes Geld in linke Taschen“ feierte Hochkonjunktur.<sup>247</sup>

Die meisten Vorschläge dieses Drehbuchs befassten sich kleinräumig mit der Vergangenheit Berlins. Hier klopfte die „neue Geschichtsbewegung“ an die Tür des Jubiläums; die Ideen waren durch ihre klassischen Themenfelder gegliedert: „Stadtgeschichte“, „Frauengeschichte“, „Kulturgeschichte“, und „neue Berliner“.<sup>248</sup> Aber so „neu“ waren diese Ideen Mitte der 1980er Jahre nicht mehr, denn die Geschichte „von unten“ war in West-Berlin inzwischen ein bekanntes Phänomen und konnte mit breiterem Zuspruch in der Gesellschaft rechnen. Im Anlauf zum Jubiläum verwies man selbstbewusst auf bereits gelungene und anerkannte Veranstaltungen, wie die zum 50. Jahrestag der Machtübernahme.<sup>249</sup> Trotzdem sahen sich viele Vertreter der „freien Projekte“ weiterhin marginalisiert. Manche operierten mit starken Feindbildern, die von nahezu allen „offiziellen“ Instanzen verkörpert wurden. Gerade die HiKo in Nikolassee repräsentierte für die Geschichtswerkstätten die bürgerliche Reaktion: Sie setzte „ungebrochen die Tradition staatserhaltend verpflichteter Geschichtsschreibung fort, unfähig, gesellschaftskritische und das Selbstverständnis der Zunft infragestellende Ansätze aufzugreifen und zu diskutieren.“ Umso schlimmer, dass die „bürgerlich-konservative Hegemonie im Zugriff auf die Ressourcen für Forschung und Lehre durch das Friedrich-Meinecke-Institut“ der FU immer noch „weitgehend gesichert“ sei.<sup>250</sup> Obwohl sie „nur bedingt“ eine Alternative war, wick man aus zur TU, wo der „rote“ Rürup immerhin

---

244 LA, B-Rep 150, 152, 2. Sitzung der Senatskommission, 6.3.1984.

245 Ebd., B-Rep 150, 216: Berliner Kulturrat, „750 Jahre Berlin – Wir schreiben unser Drehbuch selbst“ o.D.

246 Meine Hervorh. Vgl. Die Schriften aus der *Projektreihe des Berliner Kulturrats 1933, Zerstörung der Demokratie, Machtübergabe und Widerstand*: Berliner Geschichtswerkstatt, *Spurensicherung des Widerstands und Alltags im Faschismus in Charlottenburg* (Berlin, 1983); dies., *Spurensicherung in Schöneberg 1933: ‚Rote Insel‘ Lindenhof; ‚Jüdische Schweiz‘* (Berlin, 1983); Gottfried Altemüller u.a., *Widerstand in Neukölln: den lebenden und toten Neuköllner Widerstandskämpfern gewidmet* (Berlin, 1983); Rainer Klemke, *Komponierende Frauen im Dritten Reich* (Berlin, 1983).

247 Hier zit. n. *Zitty* 14/1987, S. 39.

248 „Gemeinsamer Ansatz der hier vorgelegten Projekte ist der Blick auf Geschichte von Fragestellungen unserer Zeit aus, von unserer eigenen Betroffenheit her. Möglichst viele Menschen, die in dieser Stadt leben, sollen nicht nur vom Feiern betroffen, sondern mitverantwortliche Akteure sein.“ („Wir schreiben unser Drehbuch selbst“, a.a.O., S. 1).

249 „Politische Kultur und historische Gegenöffentlichkeit“, in: Berliner Kulturrat (Hg.), *750 Jahre Berlin. Guter (Kultur)rat ist gar nicht so teuer* (Berlin, 1985), S. 16ff.

250 Lindenberger, „Werkstattgeflüster“, S. 23.

Respekt für die neue Bewegung aufbrachte. Dass ausgerechnet ihm vom feindlichen Senat die Berlin-Ausstellung übertragen wurde, stellte für das polarisierte Weltbild der Bürgerinitiativen denn auch ein großes Rätsel dar.

Doch so weit war man im Winter 1983/84 noch lange nicht, als das Gegendrehbuch entwickelt wurde. Seine Autoren übten radikale Kritik an Eckhardts Programmpolitik, der der Nichtbeachtung der Szene, Kulturimport und Vereinnahmung verdächtigt wurde. Eckhardts Mitarbeiter bekamen die Feindschaft fast körperlich zu spüren.<sup>251</sup> Die Streitlust spiegelte sich im Abgeordnetenhaus in den Beiträgen der AL wieder, und in der Sprache des Drehbuchs selbst. Hierfür steuerte etwa die Aktivistin Christiane Zieseke, AL-Abgeordnete und Vorstandsmitglied des Kulturrats, unter der Überschrift „Das gigantomanische Berlin“ einen Totalverriss der Eckhardt'schen Programmplanung bei. Die „freien“ Projektträger konnten „ihr Berlin“ in der „offiziellen“ 750-Jahr-Feier jedenfalls nicht wieder finden.<sup>252</sup>

Dementsprechend verhalten reagierte Eckhardt 1984 auf den Eingang des oppositionellen Drehbuchs. Es bedeutete nicht nur eine Bedrohung seiner Pläne, sondern vor allem seiner Zuständigkeit. Denn der *Tagesspiegel* berichtete, dass Hassemer inzwischen Drehbücher vom Beauftragten und vom Kulturrat erhalten habe: „Nunmehr werde man beide Konzepte sichten.“ Eckhardt verteidigte also sein Territorium, als er beim Kultursenator gereizt Einspruch erhob: „Hoffentlich wollen Äußerungen aus Ihrem Hause damit nicht das Drehbuch des Senatsbeauftragten auf eine Stufe stellen mit dem anmaßenden Forderungskatalog einer

---

251 Das zeigt ein Bericht, den Börries von Liebermann, ein B750-Mitarbeiter, seinem Chef Eckhardt schrieb. Liebermann erlebte einen heißen Abend in der Höhle des Löwen: „Völlig ahnungslos, welche Prügel ich für Sie, Hassemer und die gesamte Berliner Regierungsbank bekommen würde, besuchte ich gestern, 6.3.1984, die Sitzung des Berliner Kulturreferats (= Kulturrat, KT) zur 750-Jahr-Feier, wo ich mich einfach mal informieren wollte. Meine Freunde vom ‚Mythos Berlin‘, die dort unter anderen ihr Projekt vorstellen wollten, hatten mich zur Teilnahme aufgefordert. Es begann mit dem Vorstellungstreffen, wo ich mich als Mitarbeiter der Berliner Festspiele vorstellte. ‚Was ham die denn hier zu suchen?‘ tönte es aus der einen Ecke, ‚Die sind wohl wieder auf Ideenklau‘ aus der anderen. Aus der Vorstandsecke wurde dann konkretisiert: ‚Ja, man habe schon verschiedenfach Projekte beantragt, die abgelehnt wurden und dann plötzlich bei den Festwochen (dieser Titel für die GmbH lässt sich wohl nicht ausmerzen) mit ganz anderen Leuten im offiziellen Programm wiedergefunden. Danach begann die Vorstellung der einzelnen Projekte, wie museumspädagogischer Dienst, aktives Museum, Geschichtswerkstatt, Kunstämter Bezirke, Volkshochschule etc. mit ihren Vorhaben, vage Formulierungen von Ideen mit deutlich erkennbarer Unkenntnis über eine Realisierung kultureller Projekte. Sehr bald, nach verschiedenen Hinweisen auf das Fehlen kritischer Sehweise auf Berlins Geschichte im zu erwartenden offiziellen ‚Jubelprogramm‘, richtete sich die Aggressivität wieder gegen mich als Stellvertreter von Ihnen, Hassemer, Diepgen etc. ‚Jetzt wollen wir doch mal wissen, was Sie (also ich) bei der 750-Jahr-Feier machen‘. Langsam wurde ich sauer und sagte, dass ich nicht Dr. Eckhardt sei und Vorwürfe vom Ideenklau auch bei mir nicht ankämen, weil ich, wenn überhaupt, nichts damit zu tun habe (...). Meiner Aussage wurde kein Glauben geschenkt, sondern, – wieder an mich gerichtet – die mangelnde Greifbarkeit des Senators für Geldforderungen durch Verlagerung der Verantwortung auf Dr. Eckhardt beschimpft. Ich kann nicht sagen, dass mich ein unwiderstehlicher Drang bewegt, an irgendeiner weiteren Sitzung des Kulturrates teilzunehmen.“ (LA, B-Rep 150, 216, Von Liebermann an Eckhardt, 7.3.1984.)

252 Christiane Zieseke, „Das gigantomanische Berlin“, in: Berliner Kulturrat, *750 Jahre Berlin*, S. 6ff. „Das krampfhaft Bestreben der Planer, Berlin nicht nur als nationale Aufgabe zu begreifen, sondern auch als Mittelpunkt des Kosmos erscheinen zu lassen, zeigt ihre Unsicherheit über die tatsächlichen Qualitäten der Stadt, wenn nicht gar die eigene Provinzmentalität.“

Gruppe von Interessenten und ihren selbsternannten Funktionären.<sup>253</sup> Doch Eckhardt und Hassemer mussten zwangsläufig auf das Drehbuch eingehen, wenn sie ihren eigenen Ansprüchen der Dezentralität und Offenheit genügen wollten.

Die Kontakte zwischen Senatsvertretern und Bürgerinitiativen zeigen, dass hier zwei Westberliner Kulturen aufeinander stießen, die besonders im Kommunikationsstil kaum kompatibel waren. Der radikale, fundamentalkritische und ungeduldige Auftritt jener Aktivisten, die eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den „Offiziellen“ grundsätzlich ausschlossen, bestätigte und reproduzierte immer wieder die eigene Ausschließung. Und entsprechend ihrem Feindbild reagierte der Senat tatsächlich langsam, verbarg seine wahren Ziele und versteckte sich hinter nichts sagenden Verwaltungsfloskeln. Hassemer und Eckhardt machten in den ersten Monaten nach Eingang des Drehbuchs den Eindruck, mit dem dickleibigen Alternativprogramm nichts anfangen zu können. Zudem war Eckhardt von Entscheidungen der Senatskommission abhängig, und die Mühlen der Verwaltungen mahlten langsamer als die der aktivistischen Organe. Bereits nach fünf Wochen verlangte Zieseke von Eckhardt Auskunft über den Stand der Dinge. Eckhardt konnte vorläufig nur den Empfang der „Zusammenstellung von Projektvorschlägen“ bestätigen, die bei ihm „informationshalber“ eingegangen waren. Nur dass „es für einige der vorgeschlagenen Themen große Schwierigkeiten gibt, sie aufzugreifen“, konnte Eckhardt schon mitteilen, denn es seien „Überschneidungen zu vermeiden“ und die „Angebotspalette“ sei „übersichtlich zu halten“. Auch wenn manche Projekte „als einzelne betrachtet“ von „großer Bedeutung wären“, so musste er Zieseke „redlicherweise“ mitteilen, „dass mit Mitteln des Senats von Berlin die meisten der von Ihnen zusammengestellten Projekte im Jahre 1987 nicht realisiert werden können.“ Auf weitere Einzelheiten sei zu warten.<sup>254</sup> Zwei Monate danach reichte Zieseke eine aktualisierte Version des Gegendrehbuchs ein und wollte wissen, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei.<sup>255</sup> Doch während Eckhardt noch sein eigenes Drehbuch schrieb und die „Menschenwerkstatt“-Idee durchbringen musste, übten sich Eckhardt und Hassemer in Verzögerungstaktiken, was in Kreuz- und Schöneberg als eine Zumutung empfunden wurde. Eckhardt tröstete die Initiativen auf Mitte August und Hassemer wollte „das sogenannte ‚Drehbuch‘ des Berliner Kulturrats“ nicht einheitlich beurteilen, sondern „die Frage der Verwendbarkeit (...) immer nur auf Einzelprojekte beziehen.“<sup>256</sup> Im Abgeordnetenhaus wurden Fragen gestellt und auch die Presse hatte das „Drehbuch des Kulturrats“ registriert.<sup>257</sup> Mitte September forderte Zieseke einen Gesprächstermin bis Anfang Oktober, womit sie die Kulturverwaltung endgültig vor den Kopf stieß. „Wir lieben es überhaupt nicht, Fristen v. Fr. Z. gesetzt zu bekommen“, kitzelte jemand auf ihrem Brief. Zieseke wurde bedeutet, dass es

---

253 LA, B-Rep 150, 115, Eckhardt an Hassemer, 12.4.1984. Vgl. *TSP*, 11.4.1984, „Berliner Kulturrat will die 750-Jahr-Feier mitgestalten“ und *Volksblatt Berlin*, 11.4.1984, „Kultur vom Unten“ zur 750-Jahr-Feier Berlins“.

254 LA, B-Rep 150, 216, Zieseke an Eckhardt, 14.5.1984 und Eckhardt an Zieseke, 16.5.1984.

255 Ebd., Zieseke an Eckhardt, 29.6.1984.

256 DS 9/2026, KA Horst Kollat (SPD) und Antwort Hassemer, Juni 1984.

257 Zwar wurde in der nationalhistorisch orientierten Offensive der *Welt* und der *Morgenpost* mit keinem Wort über das Gegendrehbuch geredet, doch für den *Tagesspiegel*, das *Volksblatt* oder die *Süddeutsche Zeitung* und das *Handelsblatt* gehörte der Kulturrat dazu. (*TSP* 11.4.1984, VB 11.4.1984, HB 17/18.8.1984; SZ, 3.9.1984). Vgl. für die parlamentarische Debatte: DS 9/2026, KA 3728, Horst Kollat (SPD); DS 9/2041, KA 3842, Jürgen Kunze (AL), DS 9/2125, GA der SPD über Kompetenzangel und Programmwirrwarr, 5.10.1984.

erst „nach der Beschlussfassung des Senats, voraussichtlich Mitte Januar 1985 (...) eine bessere Grundlage für Gespräche“ gebe.<sup>258</sup> Dies bestätigte dem Kulturrat endgültig die Arroganz der Macht. Jetzt ging er offensiv an die Öffentlichkeit und publizierte das Gendrehbuch.<sup>259</sup>

Im Büro B750 stieg im Winter 1984/85 die Nervosität an. „Die Planungen für die 750-Jahr-Feier stehen unter öffentlichem Druck von Gruppeninteressen, z.B. des Kulturrats und von Fraueninitiativen“, hielt Eckhardt im Februar fest. Das Jubiläum werde „mit zu großen Erwartungen verknüpft“ und „überanstrengt, überanspruchert und überdehnt.“<sup>260</sup> Auch Hassemers Kulturverwaltung war mit ihrer Geduld am Ende. „Die Hoffnung, an den Mitteln für die 750-Jahr-Feier beteiligt zu werden“, habe „die Fantasie ungeheuer angeregt und zu einer Fülle von Vorschlägen geführt, die die finanziellen, räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten weit übersteigen.“<sup>261</sup> Jetzt geriet die Pluralität der Festplanung offen ins Gedränge. Ein scharfes Profil des Programms galt auf einmal als wichtiger und man versuchte zurückzuredern. Hassemers Mitarbeiter überlegten, wie „unnötige Eigenständigkeiten vermieden werden“ konnten. Stimmen kamen auf, dass „eine zu große Vielfalt“ „gefährlich“ sei.<sup>262</sup> Eckhardt stellte nunmehr „intellektuelle(n) Disziplinmangel“ sowie „fehlende Diskussionsbereitschaft“ bei den freien Projekten fest.“ Bei jenen Projekten, die realisiert werden sollten, bevorzugte er „eine direkte Zusammenarbeit, so dass die Koordinatorenrolle des Kulturrats diesmal nicht benötigt (wird).“<sup>263</sup> Und Diepgen bat ihn „im Fall von notwendigen Absagen mit besonderen politischen Implikationen um vorherige Abstimmung.“<sup>264</sup> Von einem „town-meeting“ mit den Initiativen war keine Rede mehr.

So nahmen die Festplaner die Zügel Anfang 1985 fest in die Hand. Trotzdem betrachtete der Senat die Projektvorschläge „aus der Bevölkerung“ weiterhin als Beleg für seine eigene Offenheit und Legitimität. Im Zwischenbericht über die Vorbereitungen (November 1984) rühmte er sich des „freiheitliche(n) Prinzip(s) der Planung des Jubiläums“ und umklammerte auch die noch nicht geförderten Bürgerprojekte bereits im Gesamtprogramm. Man sah sich im Kontrast zu Ost-Berlin als ein „freies Gemeinwesen, das auch sein Stadtjubiläum nicht nach politisch vorgegebenen Zielen und Programmen begehen muß.“ Immerhin räumte der Kultursenator jetzt auch die Grenzen dieser Freiheit ein, womit er prägnant den Widerspruch offen legte, der in einer einstimmig zu vertretenden Pluralität lag: „Die Planung hat die schwierige Aufgabe zu erfüllen, einerseits die Vielfalt Berlins authentisch darzustellen, ohne andererseits Unübersichtlichkeit zu produzieren; das Programm einerseits zu konzentrieren, ohne es andererseits einem falschen Vereinheitlichungszwang zu unterwerfen“. Auch Eckhardt suchte „ein System (...), das eine Vielfalt (z. T. integriert) als einheitliches Ganzes darstelle.“<sup>265</sup>

---

258 Ebd., Zieseke an Hassemer, 12.9.1984, und Schneider an Zieseke, 17.9.1984.

259 Ebd., Pressemitteilung, „Was ist eigentlich los?“, 5.10.1984. Vgl. Berliner Kulturrat, *750 Jahre Berlin*.

260 LA B-Rep 150, 381, Notiz Eckhardt „für Drehbuch und Arbeitsplan“, 11.2.1985.

261 UA 9/3, 16.1.1985, S. 2 (Pufendorf).

262 UA 9/2, 12.12.1984, S. 2 (Schneider, Kulturverwaltung), und UA 9/3, 16.1.1985, S. 2, zit. nach Adler (CDU).

263 UA 9/3, 16.1.1985, S. 3.

264 LA B-Rep 150, 152, 7. Sitzung der Senatskommission, 19.3.1985, S. 3.

265 DS 9/2292, 30.11.1984, Das Programm der 750-Jahr-Feier Berlins 1987, S. 3f.; UA 9/3, 16.1.1985, S. 3.

Am Ende überließ der Senat genau ausgewählten Gruppen einen genau abgesteckten Freiraum, um ihre Ideen durchzuführen. Eckhardt ignorierte den Kulturrat und eröffnete die direkte Kommunikation mit ausgewählten Projektträgern. In mühseligen Gesprächsrunden musste das Misstrauen zwischen beiden Seiten abgebaut werden, wie im Falle der verschiedenen Frauenprojekte.<sup>266</sup> Aber am Ende konnte die gebündelte Frauenausstellung „Kein Ort nirgends“ 1987 ihre Türen öffnen, oder, im Eckhardtschen Jargon, als „geschlossenes Vorhaben räumlich konzentriert präsentiert“ werden.<sup>267</sup> Das Projekt wurde mit immerhin 500.000 DM gefördert. Im Künstlerhaus Bethanien am Mariannenplatz (Kreuzberg) wurde 1987 die Geschichte der Berliner Frauenbewegung erzählt.<sup>268</sup> Obwohl Eckhardt eine Reihe von Projekten ablehnte, wurden andere modifiziert, oder, wie die der Berliner Geschichtswerkstatt, einfach bewilligt.<sup>269</sup>

Unter dem Strich fiel diese Arbeitsweise für viele Projekte nicht ungünstig aus. Verschiedene linke Gegenentwürfe wurden als lockere „Satelliten“ der Zentralen Historischen Ausstellung mit B750-Mitteln realisiert, wodurch sie zugleich als Alternativerzählungen selbständig blieben und dem Westberliner *master narrative* der urbanen Vielfalt zu- und untergeordnet wurden. Mit solchen Verknüpfungen versuchte Eckhardt, „die Ausstellung im Gropius-Bau in die Stadt hinein zu verlängern und auch umgekehrt Wege aus der Stadt nach dort zu ziehen.“<sup>270</sup> Wie die Geschichte Berlins in diesen Gegenerzählungen „von unten“ konkret gestaltet und verhandelt wurde, sei hier an zwei Beispielen erörtert.

---

266 Darunter waren eine mehrteilige Ausstellung zur „Geschichte der Berliner Frauenbewegung 1787–1987“ und ein akademisch ausgerichtetes Oral-History-Projekt zu „Frauenalltag und Frauenbewegung nach 1945 in Berlin“ (Kostenvoranschlag: 227.500 DM). (LA B-Rep 150, 217, Antje Finer, „750 Jahrfeier. 200 Jahre Berliner Frauenbewegung 1787–1987“, 4.4.1984; ebd., S. 216, Pressemitteilung 8.10.1984; ebd., Antrag für ein Projekt beim Berliner Kulturrat, o.D.) Doch die Verwaltungen sprachen in verhüllender Amtssprache von einer „Kombination geeigneter Projekte und die Mitteleinsparung durch Zusammenfassung bzw. Entscheidung zwischen Alternativen, sowie die Festlegung von Kostengrößen und Finanzierungswegen für alle Projekte des (vorläufigen) Gesamtprogramms.“ (Ebd., Schneider an Eckhardt, 29.7.1984). Solche Vokabeln weckten Argwohn, und nicht zu Unrecht. Denn Hassemers Kulturverwaltung hatte den Frauenprojekten eine marginale Rolle „im Rahmenprogramm der zentralen historischen Ausstellung“ zugeordnet. (Zit. n. Eckhardt, LA B-Rep 150, 381, Eckhardt an Pufendorf, 5.6.1985.) Eckhardt dagegen hielt die Ideen der Fraueninitiativen „für außerordentlich praktikabel und wirkungsvoll.“ Die Position der Kulturverwaltung, so teilte er den Projektträgerinnen mit, „entspricht nicht meinen Vorstellungen und Empfehlungen an den Kultursenator. Sie und ich wissen ganz genau, dass der Verweis auf die zentrale historische Ausstellung nur ein Ablenkungsmanöver ist und zu nichts führen kann.“ (Ebd., Eckhardt an Finger, 5.6.1985). Dennoch wollte auch Eckhardt die 15 Frauenprojekte „bündeln“, weshalb er stets erneut den Argwohn ausräumen musste: Es sei „keinesfalls daran gedacht, die Frauenprojekte gegeneinander auszuspielen“ oder „inhaltliche Zensur zu betreiben.“ (LA B-Rep 150, 217, Protokoll 24.6.1985.)

267 LA B-Rep 150, 381, Eckhardt an von Pufendorf, 5.6.1985.

268 LA B-Rep 150, 217, Unterlagen zum Gespräch mit Frau Waga, November 1985; DS 10/870, 12.6.1986.

269 Eine Liste enthält: DS 10/110, Anfrage von Zieseke über Förderung von selbstverwalteten Projekten, 7.6.1985.

270 UA 9/3, 16.1.1985, S. 3.



## Widerstandstradition und Kiezgeschichte

Die Berliner Geschichtswerkstatt reichte über das Gegendrehbuch des Kulturrats drei Projekte ein, die alle bewilligt wurden. Das Schöneberger Stadtteilprojekt „Die rote Insel“ zog die größte Aufmerksamkeit auf sich. Wie auch die anderen Projekte der Werkstatt ging „Die rote Insel“ auf die „Spurensicherung“ des Gedenkjahres 1983 zurück. Was damals neu war und in mancher Hinsicht nur angedeutet wurde, entwickelte sich im Jubiläum zum Vorzeigeprojekt der „neuen Geschichtsbewegung.“ Mit der „Roten Insel“ stand ein Schöneberger „Kiez“ im Zentrum, das von drei S-Bahn-Gleisen begrenzt wird und somit eine relativ abgeschottete Einheit bildet. Seinen Namen verdankt das Wohnquartier seinem Ruf als „rote Hochburg“.

Die Projektgruppe der „Roten Insel“ bestand aus etwa zwei Dutzend freien Mitarbeitern. So heterogen wie sich die „neue Geschichtsbewegung“ meistens präsentierte, war sie allerdings nicht: Akademisch gebildet waren jedenfalls alle und weitaus die meisten waren um die 30 Jahre alt.<sup>271</sup> Der Ausstellungskatalog liest sich wie ein Manifest der „Geschichte von unten“. In bewusster Ablehnung staatstragender Erzählungen „offizieller“ Institutionen, wollte die Geschichtswerkstatt über und für die vergessene Unterschicht schreiben.<sup>272</sup> Ähnlich wie im Gropius-Bau stand dabei die jüngere Vergangenheit im Zentrum: Vor allem die Weimarer Jahre und der Nationalsozialismus. Einerseits wurde dies durch das Thema selbst bedingt, da die „Rote Insel“ erst am Ende des 19. Jahrhunderts mit Mietskasernen bebaut wurde. Aber andererseits entsprach es dem Geschichtsverständnis der neuen Bewegung, das vorrangig um „Anpassung und Widerstand“ im Dritten Reich kreiste. Obwohl der Katalog zur „Roten Insel“ auch eine Entstehungs- und Strukturgeschichte des Viertels präsentierte, und das Projekt so über die Kernthemen der Geschichte „von unten“ hinausging, war der Aufsatzteil „Der Kampf um die Straße. Anpassung und Widerstand“ mit neun Beiträgen am stärksten vertreten. Darauf bezog die Werkstatt auch ihr oppositionelles Selbstverständnis.

„Die Rote Insel“ bezog sich auf die verdrängte, aber noch lebendige Geschichte eines Kiezes, und setzte deshalb auf das kommunikative Drei-Generationen-Gedächtnis des Stadtteils. „Wir wollten in Zusammenarbeit mit den älteren Bewohnern ihre Geschichte aufarbeiten. Mit Öffentlichkeitsaufrufen, Briefkastenaktionen, Ausstellungstafeln auf Straßenfesten etc. machten wir auf uns aufmerksam“. Doch die idealisierten Vorstellungen mussten bald revidiert werden, wie man offen berichtete: „Aber im Laufe unserer Arbeit kamen wir zu der Einsicht, dass der alte Lebenszusammenhang des Arbeiterkiezes nicht mehr vorhanden war, dass die Geschichte dieses Stadtteils jedoch auch weit vielfältiger und vielschichtiger war, als wir ursprünglich angenommen hatten.“ So gestaltete sich die Arbeit erneut als eine Spurensuche, und dabei erschloss sich das ersehnte Alltagsleben von früher doch „am leben-

---

271 Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Die Rote Insel. Berlin Schöneberg. Bruchstücke einer Stadtgeschichte* (Berlin, 1987), S. 198ff. Die Mitarbeiter waren Studenten, Lehrer, arbeitslose Akademiker oder Quereinsteiger.

272 Ihre Fragen zielten „nicht auf das Außergewöhnliche und Herausragende, was wir in der Geschichte dieses relativ unscheinbaren Kleine-Leute-Viertels (...) wohl auch vergeblich suchen würden.“ Vielmehr sollten „diejenigen mit ihrer Geschichte selbst zu Wort kommen, die in den offiziellen Feiern allenfalls als Konsumenten eingeplant werden.“ („Die Rote Insel“, in: Berliner Kulturrat, *750 Jahre Berlin*, S. 28.). „Ganz gewöhnliche Leute haben hier gewohnt, und ihr Alltag, ihre Wohn- und Lebensverhältnisse und ihre persönliche Erfahrungen interessierten uns in erster Linie.“ („Vorwort“, in: Geschichtswerkstatt, *Rote Insel*, S. 7ff., hier S. 7.)

digsten in den Interviews mit den Bewohnern.<sup>273</sup> Umgekehrt wollte man die rekommunizierte Vergangenheit den neuen Bewohnern nahe bringen, um ein „neues Kiezbewußtsein“ zu begründen. Über eine scharfe Moralisierung wurde die Geschichte einzelner Orte und Personen zugänglich gemacht und, nicht zuletzt, aktualisiert. Denn in der Schwerpunktbildung „Widerstand und Anpassung“ lag auch ein Stück Programm für die Westberliner Gegenwart der 1980er Jahre. Es ging darum, „die Geschichte von früher mit den Konflikten von heute in Beziehung zu setzen“. Deshalb wurden auch „aktuelle Beiträge von politischen Initiativgruppen im Kiez“ in das Projekt aufgenommen.<sup>274</sup> Nirgends verschmolzen Geschichte und Gegenwart klarer als hier; der Ausstellungskatalog schloss mit einer Mieterinitiative gegen die Westberliner Bauspekulation und einer Umweltinitiative gegen „den Traum der ‚autogerechten Stadt‘“.<sup>275</sup>

Geschichte hatte in diesem Subdiskurs eine offen politische Bedeutung, und das radikal-demokratische Geschichtsverständnis konnte einem nostalgisch-romantischen Konservatismus zum Verwechseln ähnlich sehen, wenn das Betrachten der „historisch gewachsenen Strukturen“ auf das Ablehnen von Veränderungen hinauslief, die durch „die Herrschenden“ schon seit Jahrzehnten in den Kleine-Leute-Kiez implementiert wurden. Anders als die Zentrale Historische Ausstellung oder auch die „Mythos Berlin“-Ausstellung, die nicht nur informieren, sondern auch „inszenieren“, „experimentieren“, „herausfordern“ und eben „unterhalten“ wollten, war die Geschichtsarbeit „von unten“ durch diese politische Implikation eine hochernste Angelegenheit; sie war Teil eines weltanschaulichen Programms. Sie war sicherlich selbstreflexiv, aber gewiss nicht selbstrelativierend, und für eine ironische Pointe à la Korff war hier kein Platz. Man führte einen erbitterten und harten Kampf für die Verdrängten und Vergessenen der Geschichte. Mit ihrer Thematik konstruierte die Geschichtswerkstatt oppositionelle Traditionslinien, und versah somit linke Bürgerinitiativen „von unten“ mit einer langen Geschichte und moralischer Überlegenheit. Die Spannung zwischen prinzipiellem Widerstand gegen die Herrschenden und programmbezogener Förderung durch den Senat blieb somit immer spürbar – sowohl in der Kommunikation mit den Jubiläumsplanern als auch im Ergebnis der Ausstellungen.

## Vom widerständigen Ort zur „Topographie des Terrors“

Noch schärfer kommt dieses Motiv im langen Einsatz des Vereins „Aktives Museum“ zum Ausdruck, der über Jahre, doch nicht ohne Erfolg, für die Aufarbeitung der Geschichte des „Gestapo-Geländes“ kämpfte. Was Ende der 1970er Jahre als eine anklagende Initiative anfang, entpuppte sich 1987 als integrierter, obgleich immer unbequemer und umstrittener Bestandteil des offiziellen *master narrative* der Stadtgeschichte. Denn die Umklammerung der Gegenerzählungen im Stadtjubiläum gewann in den Kellern und auf den Schutthaufen

---

273 „Vorwort“, in: Geschichtswerkstatt, *Rote Insel*, S. 7ff., hier S. 7.

274 Denn „ihr Widerstand wird sich auf Dauer nur dann bei den politischen Entscheidungsträgern durchsetzen können, wenn hinter ihm ein breiteres öffentliches Bewußtsein für die historisch gewachsenen Wohn- und Lebenszusammenhänge eines Stadtteils steht.“ (Berliner Geschichtswerkstatt, *Die Rote Insel*, S. 7 und 10.)

275 Jutta Bratz, „Unser Haus wird leergemietet! Die Mieterinitiative Hohenfriedbergstraße 22“ sowie Bürgerinitiative Westtangente, „Wider den Traum von der ‚Autogerechten Stadt‘“, in: ebd., S. 188ff.

des „Gestapo-Geländes“ ihre deutlichste Manifestation. Dass es 1987 zu seiner provisorischen Erschließung kam, war aber nicht zuletzt der Ausstellungsleitung im Gropius-Bau zu verdanken, sowie Eckhardt und Hassemer, die das Anliegen durch den Senat brachten.

Beim sogenannten „Prinz-Albrecht-“ oder „Gestapo-Gelände“ ging es um die Brachfläche von drei abgerissenen Gebäuden, die im Krieg zentrale Dienststellen der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie gewesen waren. Erstens hatte früher neben dem Gropius-Bau die Kunstgewerbeschule gestanden, die ab 1933 von der Gestapo in Gebrauch genommen wurde. Die Keller dienten direkt nach der Machtübernahme als Hausgefängnis und Folterstätte. Im benachbarten Haus, Prinz-Albrecht-Straße Ecke Wilhelmstraße, befanden sich zweitens das SS-Hauptquartier und der Amtssitz von Heinrich Himmler. Daneben stand, drittens, das Prinz-Albrecht-Palais an der Wilhelmstraße, wo Reinhardt Heydrich seinen SD unterbrachte – hier wurden die Aktionen der „Einsatzgruppen“ im Osten gesteuert und hier begann Adolf Eichmann 1935 seine Karriere.<sup>276</sup>

Unterschiedlich stark beschädigt, hatten diese Gebäude den Krieg überstanden – doch nach 1945 waren sie alle abgerissen worden. In Zeiten der Spaltung Berlins vergaß man schnell. Zudem wurde 1961 direkt entlang der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße die Mauer gebaut, wodurch das ehemals zentrale Gelände auf einmal völlig abseits lag. Ein Teil wurde an Bauschuttfirmen verpachtet, die hier Schutthaufen hin und her schoben. Auf einem anderen Teil betrieb ein gewisser „Straps Harry“ ein Transvestitenlokal und war ein provisorisches „Autodrom“ eingerichtet. Hier gab es jahrelang „Fahren ohne Führerschein“ auf überwucherten Pfaden neben der ungenutzten Halbruine des Gropius-Baus.

Die „Wiederentdeckung“ des Gropius-Baus als Ausstellungshaus rückte in den späten 1970er Jahren auch das Prinz-Albrecht-Gelände wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Bürgerinitiativen erforschten seine Geschichte, organisierten Führungen und forderten die Aufarbeitung der Vergangenheit. Auch die Preußenschau machte 1981 auf die Gestapogeschichte des benachbarten Grundstücks aufmerksam und es wurden erste Hinweisschilder auf seine Vergangenheit aufgestellt. Es gab Parlamentsfragen und auch die Diskussion um das Deutsche Historische Museum berührte die Geschichte des Prinz-Albrecht-Geländes. Doch seine erinnerungskulturelle Erschließung schritt vor allem auf Treiben der Bürgerinitiativen voran und musste sich gegen massive Widerstände durchsetzen.<sup>277</sup>

Der Senat betrachtete den Umgang mit diesem „Schandfleck“ im Stadtbild als eine heikle Sache. Er reagierte zögerlich und zeigte wenig Bereitschaft, sich der Erinnerung zu stellen. Um dem wachsenden Druck entgegenzukommen, schrieb er 1983 einen Wettbewerb zur Gestaltung des Geländes aus. Der Ausweichcharakter dieser Ausschreibung war unübersehbar, trat sie doch offen an die Stelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Ort. Wegen des eiligen Verfahrens, der widersprüchlichen Ausschreibungsanforderungen und der nicht ablassenden Kritik scheiterte der Wettbewerb, obwohl der Senat im April 1984 einen ersten Preis auslobte. Im Dezember 1984 verkündete Diepgen jedoch, dass der Ent-

---

276 Vgl. Dieter Hoffmann-Axthelm, „Zum Reichssicherheitshauptamt“, in: Aktives Museum (Hg.), *Zum Umgang mit einem Erbe* (Berlin, 1985), S. 11ff.; Johannes Tuchel und Reinhardt Schattenfroh, *Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Das Hauptquartier der Gestapo* (Berlin, 1987).

277 Vgl. Florian von Buttlar und Stefanie Endlich, „Synapse zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“, in: Akademie der Künste, *Diskussion zum Umgang mit dem „Gestapo-Gelände“*. Dokumentation (Berlin, 1986), S. 4ff.; Vgl. für die Aufarbeitungsgeschichte am Gelände auch: Hass, *Gestaltetes Gedenken*, Till, *New Berlin*.

wurf, der eine „Versieglung“ des Geländes mit gusseisernen Platten vorsah, nicht realisiert werden sollte. Beobachter vermuteten einen Zusammenhang mit der Gründung eines DHM, für das der Gropius-Bau noch im Gespräch war. Diepgen selbst wollte lieber das Prinz-Albrecht-Palais wieder aufbauen. Der vorschnelle Versuch des Senats, über den Wettbewerb die Deutungshoheit über das Gelände und seine Geschichte zu erringen und die Debatte zu kontrollieren, war somit gescheitert.<sup>278</sup> Beschlossen wurde, das Gelände für die 750-Jahr-Feier zunächst provisorisch zu erschließen.

Die schärfste Kritik am unentschlossenen Handeln des Senats kam vom Verein „Aktives Museum“, der 1983 in direkter Reaktion auf den Wettbewerb gegründet worden war. Er forderte anstelle einer schnellen, administrativen „Lösung“ eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Dritten Reiches. Das „Aktive Museum“ wurzelte in der „neuen Geschichtsbewegung“ und definierte sich wie diese in erklärter Opposition zum Staat. Seine Träger fanden es „unerträglich, wie politisch unsensibel und instinktilos in unserer Stadt mit einem Thema umgegangen wird, das hohe Einsicht und großen menschlichen Takt erfordert“, und beklagten das Unverständnis, „das uns (...) von den Verantwortlichen in dieser Stadt entgegenstand“. Als „engagierte Demokraten und Antifaschisten“ schlugen sie ein „Aktives Museum“ auf dem Gelände vor, das „mehr sein soll als ein Pavillon mit einigen historischen Fotos und Dokumenten“, dafür „Werkstattcharakter“ haben müsste und „ein Ort der ständigen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus, seinen Ursachen und seinen Folgen sein“ sollte.<sup>279</sup>

Auch im Verein „Aktives Museum“ gab es Tendenzen, die Vergangenheit in die Gegenwart hinein zu verlängern, etwa wenn man am „Gestapo-Gelände“ eine „kritische Aufarbeitung der Jahre 1933–1945 und der neofaschistischen Erscheinungen der Gegenwart“ forderte, oder wenn der „umfangreiche Karteiapparat“ der Gestapo und sein „Prinzip der vorgreifenden Fahndung“ als ein direkter „Vorläufer der heutigen Merkmale- und Rasterfahndung im BKA“ entlarvt wurde. Die gegenwartsbezogene Normativität spiegelte sich weiter in der Forderung, dass Besucher des Geländes „sich der eigenen Verantwortung als demokratische Bürger“ bewusst werden und „Lehren aus der Geschichte“ ziehen sollten. Zugleich waren aber auch ihre Vertreter den Strukturen des Westberliner Geschichtsdiskurses verhaftet, etwa wenn sie „Meinungsppluralismus“ forderten und Geschlossenheit verwarfen.<sup>280</sup> In Zusammenarbeit mit der Akademie der Künste, die den Umgang mit dem „Gestapo-Gelände“ zwischen 1983 und 1987 zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hatte, organisierte man Diskussionsabende und Rundgänge über das Grundstück, wo noch immer Bauschutt lag und ohne Führerschein gefahren wurde.<sup>281</sup>

---

278 So urteilt Hass, *Gestaltetes Gedenken*, S. 162. Zum Wettbewerb: *Dokumentation: Offener Wettbewerb Berlin, Südliche Friedrichstadt. Gestaltung des Geländes des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais* (Berlin, 1985); Gerhard Schoenberger, „Zum Wettbewerb“, in: Aktives Museum, *Zum Umgang mit einem Erbe* (Berlin, 1985).

279 Aktives Museum, *Zum Umgang*, S. 4 und 8f.

280 Ebd., S. 9ff.: „Nicht Konsensbildung durch Verwischung unterschiedlicher politischer Positionen, sondern provozierende Denkanstöße durch die Darstellung von Widersprüchen und Gegensätzen betrachten wir als Voraussetzung zur Entwicklung einer politischen Kultur und seines demokratischen Bewußtseins.“

281 Vgl. „Niederschrift einer Diskussionsveranstaltung der AdK am 14.9.1983“, in: Stölzl, *DHM*, und: AdK, *Diskussion zum Umgang*.



„Aktion Nachgegraben“ des „Aktiven Museums“, am 5. Mai 1985 auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“.

In diesen Kreisen herrschte die große Befürchtung, dass die provisorische Herrichtung des Geländes für 1987 jenseits der Öffentlichkeit in den Senatsverwaltungen geregelt werden sollte. Im Mai 1985 – zum 40. Jahrestag des Kriegsendes – beschloss das „Aktive Museum“, in einer symbolischen Grabeaktion Mitspracherecht einzufordern. Alle Überlegungen des Senats gingen zu dieser Zeit davon aus, dass es auf dem Gelände selbst keine Baureste der drei Häuser mehr gab. Doch die Rundgänge der Bürgerinitiativen hatten ihre Vermutung gestärkt, dass die früheren Abrissarbeiten nur oberflächlich durchgeführt worden waren und dass insbesondere noch Kellerreste vorhanden sein könnten. Es waren schon Pflastersteine, Fundamente, ein Tor und Spuren von Kellerschächten entdeckt worden. Am 5. Mai 1985, während Helmut Kohl und Ronald Reagan hochhoffiziell Kriegsgräbern in Bitburg die Ehre erwiesen (und damit einen Eklat auslösten, weil dort auch Angehörige der Waffen-SS begraben sind), zogen zahlreiche „Barfußhistoriker“ zum „Gestapo-Gelände“, um zu „graben, wo sie standen“. Diese symbolische Aktion wurde in einer Gegenöffentlichkeit veranstaltet und blieb ohne größeres Aufsehen. Außerdem wurde nichts Aufregendes gefunden. Selten aber wurde die spiegelbildliche Verklammerung der konservativen Geschichtspolitik und der neuen Geschichtsbewegung prägnanter deutlicher als an diesem 5. Mai in Bitburg und Berlin.<sup>282</sup>

---

282 Vgl. *TSP*, 5.5.1985, *taz*, 6.5.1985. Vgl. auch Sabine Weißler, „Der 5. Mai 1985 in Bitburg und Kreuzberg. Zwei sehr verschiedene Arten die Vergangenheit zu nutzen“, in: dies. (Hg.), *Der umschwiegene Ort. Ausstellung der neuen Gesellschaft für bildende Kunst* (Berlin, o.J. [1986]), sowie Assmann, *Erinnerungsräume*, S. 335f.

Der Auftrag zur vorläufigen Erschließung des Grundstücks lag seit dem Abbruch des Wettbewerbs in Händen der Jubiläumsplaner Hassemer und Eckhardt. Obwohl er dem Widerstand sowohl der Bürgerinitiativen als auch der Senatoren ausgesetzt war, setzte vor allem Eckhardt in den nächsten Monaten alles daran, den widerständigen Ort in das Programm der 750-Jahr-Feier irgendwie einzubeziehen. Die Fläche sollte im direkten Zusammenhang mit der großen Ausstellung präsentiert werden. „Ein Belassen des Geländes in seinem jetzigen Zustand und seiner jetzigen Nutzung ist für die 750-Jahr-Feier nicht vertretbar“, so vermerkte er. „Durch diese temporäre Nutzung darf jedoch nicht den Eindruck entstehen, dass der Wettbewerb faktisch umgangen wird. Dieser provisorische Charakter der Lösung für 1987 muss deutlich sein. Das bedeutet freilich Verzicht auf tiefgreifende landwirtschaftsgestalterische Maßnahmen und feste Bauten.“ Zudem sah Eckhardt „das bewusste Verdrängen- und Vergessenwollen“ als einen „Teil der Geschichte dieses Geländes, der 1987 deutlich werden muß.“<sup>283</sup> Im März 1985 schlug er dem Senat deshalb „eine behutsame Ordnung des Geländes“ vor.<sup>284</sup> Im Frühling beherrschten technische und politische Probleme um die Eigentumsverhältnisse des Geländes das Geschehen.<sup>285</sup>

Die unsichere Erschließung des Geländes erhielt im Juli 1985 einen starken Impuls als die Planungsgruppe der Ausstellung das Areal in ihrem Schlussbericht als „einen unverzichtbaren Bestandteil“ der Berlin-Schau einstufte.<sup>286</sup> Seitdem arbeiteten Eckhardt und Hassemer zusammen mit der Ausstellungsleitung an Gestaltungsplänen. In mehreren Sitzungen, zu denen manchmal auch einzelne Vertreter der Bürgerinitiativen hinzugezogen wurden, entwickelte man den Plan, einen temporären Ausstellungsbau zu errichten, und die Gestaltung des Geländes ansonsten sehr „zurückhaltend“ vorzunehmen.<sup>287</sup> Als Zeuge der Verdrängung sollte ein Schutthaufen erhalten bleiben. Diepgen willigte im Oktober 1985 ein, und obwohl sich die Enteignung der Baufirmen weiter verzögerte, schien die Gestaltung nun entschieden.

Doch die Rechnung wurde ohne die Bürgerinitiativen aufgestellt, die sich über diese „Hinterzimmerpolitik“ in den Senatsverwaltungen zunehmend ärgerten. Sie gründeten im Dezember 1985 eine neue gebündelte „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“.

---

283 LA, B-Rep 150, 41, Vermerk Eckhardt, 23.4.1985

284 LA, B-Rep 150, 152, Protokoll der 7. Sitzung der Senatskommission am 19.3.1985, S. 8. Demnach sollte ein Trümmerhügel „als Aussichts- und Übersichtspunkt“ sowie „auf dem derzeitigen Autoübungsplatz (...) das Wegsystem erhalten bleiben.“ Der Grundriss des Prinz-Albrecht-Palais sollte markiert werden.

285 Die Grundstücke waren „Eigentum des Deutschen Reiches“, und die Beschaffung durch den Senat berührte Statusfragen und Vier-Mächte-Rechte. (ebd.) Zu Eckhardts Ärger gewährten aber nicht alle Senatsverwaltungen ihre Mitarbeit. Im April schrieb er Hassemer, dass sein Verhältnis zum Bausenator „an einem Tiefpunkt angelangt“ sei, weil dieser keine rechtzeitigen Entscheidungen traf. Eckhardt brauchte Hassemers Unterstützung und machte Wirbel. Das Gelände müsse ihm „bis zum 1. Oktober 1985 zur vollen Nutzung ohne Beeinträchtigung durch die derzeitigen Nutzer zur Verfügung gestellt werden. Sollte dies nicht möglich sein, ziehe ich mich (...) aus diesem Projekt zurück, lehne ich die weitere Verantwortung für die Gestaltung des Geländes im Zusammenhang mit der Berlin-Ausstellung ab.“ (LA, B-Rep 150, 381, Eckhardt an Hassemer 12.4.1985.)

286 Planungsgruppe, „Empfehlungen“, S. 20.

287 Es gab zwar Pläne, denkmalartig eine große Pyramide aus dem vorhandenen Schutt aufzuschütten und diese mit gläsernen Schautafeln zu versehen. Doch Hassemer war der Meinung, dass „der Zustand 1987 (...) weniger ‚reizvoll‘, dafür von mehr Einfachheit und fast Härte gekennzeichnet sein“ sollte. (LA B-Rep 150, 140, Hassemer an Eckhardt, 23.9.1985.)

Diese schrieb Diepgen einen offenen Brief über die Zurückhaltung des Senats: „Er war und ist verpflichtet, seine neuen Überlegungen vorzulegen und die Öffentlichkeit in die weiteren Planungen einzubeziehen.“ Eine lange Liste mit Unterschriften bekannter Persönlichkeiten begleitete das Schreiben.<sup>288</sup> Es folgten weitere Diskussionsveranstaltungen, doch in der Kulturverwaltung waren die Würfel längst gefallen. Es sollten jetzt so schnell wie möglich die Firmen vom Gelände verschwinden, um mit den Arbeiten anfangen zu können. Auf Drängen der Initiativen gab Hassemer aber im Sommer 1986, als die letzte Baufirma ihre Stellung aufgegeben hatte, einer koordinierten „Spurensicherung“ vor Ort seinen Segen, noch bevor das temporäre Holzgebäude errichtet werden sollte. In Zusammenarbeit mit einem Archäologen förderte man in wochenlangen Grabungen und unter steigendem Medieninteresse erstaunliche Baureste zu Tage: Neben zahllosen Einzelobjekten, wie Helmen und Werkzeug lagen im Herbst 1986 verschiedene Kellerräume des Gestapo-Hauptquartiers frei. Diese Keller sollten der Herrichtung des Geländes seitdem in jeder Hinsicht ihren Stempel aufdrücken.

Die überraschenden Funde stellten Presse und Wissenschaft zunächst vor viele Fragen. Und die Konfrontation mit der Authentizität der Reste versetzte manchen Beobachter in Aufregung. Bereits bei den ersten unterirdischen Mauerresten berichteten die Zeitungen von gefundenen „Folterkellern“, doch nähere Prüfung ergab, dass es hier wahrscheinlich um Sanitärräume und normale Fundamente ging, die über die gesamte Gebäudelänge entlang der Mauer freigelegt wurden. Später wurden jedoch an anderer Stelle unverkennbar Zellen-trakte ausgegraben, jene Folterkeller der Gestapo, die im kommunikativen Gedächtnis noch überall präsent waren, und nun konkret verortbar wurden. Unter großem Zeitdruck mussten die Gestaltungspläne erneut umgestellt werden. Im März 1987 tauchten unerwartet noch einmal Kellerräume auf, die auf keinem Plan verzeichnet waren und vermutlich erst 1943/44 als Wohn- oder Kantinenräume für die Gestapo errichtet worden waren. Die ausgegrabenen Überreste wurden provisorisch geschützt und in die Herrichtung des Geländes einbezogen. Das hölzerne Ausstellungsgebäude wurde 1987 über den Überbleibseln der Kantinenräume errichtet, so dass ein zweigeschossiger Raum entstand, bei dem diese Keller begehbar waren.<sup>289</sup>

Am 4. Juli 1987 wurde die Ausstellung „Topographie des Terrors“ als Teil des Jubiläumsprogramms eröffnet. Die Eröffnung markierte die Aufnahme der einstigen oppositionellen „Geschichte von unten“ in den „offiziellen“ Diskurs. Aber sie zeugte auch vom fortwährenden Gegencharakter des Ortes. Zur Ausstellungseröffnung erschien nur ein Westberliner Senator, nämlich Volker Hassemer, der sich jahrelang für den Ort eingesetzt hatte.

---

288 Denn „hier ist eine zentrale Denkstätte von europäischem Rang mit einem Dokumentations- und Ausstellungszentrum (Aktives Museum) gefordert. Darüber muß gesprochen werden. Weder Politiker noch Fachverwaltungen oder Einzelpersonen sind kompetent, die nach einem vierzigjährigen Verdrängungsprozeß auf dem Gelände noch vorhandenen Spuren des Zentrums des staatlichen Terrors zu bewahren und dessen künftiges Bild zu bestimmen.“ (LA, B-Rep 150, 140, Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände, Dezember 1985.)

289 Zu den Ausgrabungen und den widersprüchlichen Angaben zur ehemaligen Funktion der ausgegraben Keller: Pressemitteilung des Senators für Kulturelle Angelegenheiten, 3.9.1986, in: AdK, *Diskussion zum Umgang*, S. 42f.; Dieter Robert Frank, „Spurensicherung auf dem Gestapo-Gelände“, in: ebd., S. 44ff. Für Pressereaktionen vgl. *Topographie des Terrors* (Hg.), *Topographie des Terrors. Zum Umgang mit dem ‚Prinz-Albrecht-Gelände‘ nach 1945* (CD-Rom, Berlin, 1997).



Ulrich Eckhardt spricht zur Eröffnung der Ausstellung „Topographie des Terrors“. Volker Hassemer, der einzige Senatsvertreter, (in der ersten Reihe sitzend) blättert in seinem Redemanuskript.

Seine Kollegen machten sich diese Mühe nicht, schon gar nicht der Regierende Bürgermeister, der damit seine bleibend distanzierte Haltung zum gesamten Projekt Ausdruck verlieh. Es gab in den Kellerresten Ansprachen von Eckhardt, Hassemer, Projektleiter Rürup und von einem ehemaligen Häftling, der von seinen grausamen Erlebnissen in diesen Kellern berichtete. Hassemer nannte den Ort einen „der schwierigsten“ in der Stadt und einen der wichtigsten Punkte der 750-Jahr-Feier.<sup>290</sup>

Die „Topographie“ war ohne Zweifel eines der beeindruckendsten Elemente der 750-Jahr-Feier, obwohl das Ganze durch die späten Funde in hohem Maße improvisiert war (die Eröffnung musste von Mai nach Juli verschoben werden). Sie wurde als Teil der Berlin-Ausstellung präsentiert, die umgekehrt explizit auf das Gelände nebenan verwies. Hier hatte man die temporäre Gestaltung tatsächlich behutsam vorgenommen. Große Teile der Schutthügel waren noch vorhanden, als Nachkriegsgeschichte des Grundstücks. Auf einen dieser Trümmerhaufen war eine Holzplattform gesetzt worden, damit Besucher sich auf dem Ge-

---

290 Die Schwierigkeit rührte nach Hassemers Meinung daher, dass „es der Ort der Täter ist. Es genügt also nicht, ihn zu einer Gedenkstätte für die Opfer zu machen. Für die Erinnerungsstätte, die die Täter und ihre Taten gegenwärtig hält, gibt es kaum Vorbilder.“ (Zit. n. *Tagespiegel*, 5.7.1987; *Zitty*, 15/1987, S. 9.) Hass, *Gestaltetes Gedenken*, beschreibt die für das Prinz-Albrecht-Gelände typische Wandlung von der Identifikation mit den Opfern zur Auseinandersetzung mit den Tätern, die sich seit den Ausgrabungen vollzog.



lände orientieren und auch über die Mauer hinüber blicken konnten. Die Fahrwege des Autodroms waren als Gehwege mit Kies aufgeschüttet worden und auf dem restlichen Gelände war Gras gesät worden. Hinweisschilder gaben Auskunft über die ehemalige Bebauung. Am beeindruckendsten waren allerdings die ausgegrabenen Kellermauern, die an drei Stellen freilagen. Begehbar war ein langer Graben entlang der Mauer, wo gekachelte Kellerschächte der Gestapo-Zentrale sichtbar waren. Unweit davon war das Bodenfundament dieses Gebäudes, mit Spuren von den Folterzellen, freigelegt und als Erinnerungsstätte überdacht worden. Schließlich gab es direkt daneben die unerwartet entdeckten zusätzlichen Keller, über denen das bescheidene Ausstellungsgebäude errichtet worden war. Das Ganze vermittelte den Eindruck direkter Authentizität, auch dort, wo es nur die Kantinenräume der Gestapo betraf.<sup>291</sup> Hier war eine schlichte Dokumentation in Schwarzweiß ausgestellt, die nicht nur die Ortsgeschichte zwischen 1933 und 1945 erzählte, sondern auch die ältere Geschichte und die Verdrängung nach 1945 reflexiv zum Thema machte.<sup>292</sup>

Die Reaktionen auf die „Topographie des Terrors“ waren überwältigend. Städtische, bundesrepublikanische und internationale Besucher waren beeindruckt.<sup>293</sup> Mitten im Festfeuerwerk der ersten Monate der 750-Jahr-Feier wurde die bescheidene Schau überall als Reflexionsmoment erfahren, das zudem wirklich Neues zu Tage förderte. Empörung gab es, vor allem international, lediglich darüber, dass diese Ausstellung nur als temporäre geplant wurde, und dass der zukünftige Umgang mit dem Gelände nach 1987 völlig unsicher war. In dieser Form blieb stets die Spannung zwischen Opposition und Herrschaftslegitimation in diesem Projekt spürbar. Zum Stadtjubiläum wurden aber der widerständige Ort und die Tätergeschichte Berlins wenigstens vorläufig im offiziellen Geschichtsbild zugelassen. Der Senat konnte sich, trotz seiner wenig konstruktiven Haltung, mit dem Erfolg der Initiativen und der Jubiläumsplaner schmücken.<sup>294</sup>

---

291 „Beklemmend wird der Abstieg in den freigelegten Keller, dessen Ziegelwände kaum Putz tragen, zum Teil ragen rostige Haken aus der Wand, Fundamente von Waschbecken. Auch wenn dieses Gebäude ‚keine historische Bedeutung hatte‘, wie Professor Rürup (...) in seiner Rede betonte – vermutlich haben hier Wachmannschaften gewohnt – so bekommt man doch eine Ahnung von dem Grauen.“ (TSP, 5.7.1987.)

292 Vgl. Reinhard Rürup (Hg.), *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem ‚Prinz-Albrecht-Gelände‘. Eine Dokumentation* (Berlin, 1987).

293 Presse-Ausschnitte enthält: Gottfried Korff und Reinhard Rürup (Hg.), *Berlin, Berlin. Bilder einer Ausstellung* (Berlin, 1988), S. 166–184; zum Gästebuch: Stefanie Endlich, „Gestapo-Gelände. Entwicklungen, Diskussionen, Meinungen, Forderungen, Perspektiven“, in: Akademie der Künste, *Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Gutachten im Auftrag der Akademie der Künste* (Berlin, 1988), S. 84ff.; „Berliner NS-Zeit zu wenig erforscht. Verdrängter Aspekt: Die Stadt war Zentrum des Verfolgungsapparates“, *Tagesspiegel*, 20.11.1987.

294 Vgl. für die Geschichte des Topo-Projektes nach 1987: Hass, *Gestaltetes Gedenken*; [www.topographie.de](http://www.topographie.de); Reinhard Rürup, „Die Berliner Topographie des Terrors in der deutschen NS-Gedenkstättenlandschaft. Erfahrungen des wissenschaftlichen Direktors“, *Vorgänge* 44 (2005), S. 75–92; Darius Zifonun, „Heilsame Wunden. Holocaust-Gedenkstätten als Orte nationaler Identitätsbildung – Das Beispiel der ‚Topographie des Terrors‘ in Berlin“, in: Hans-Georg Soeffner und Dirk Tänzler (Hg.), *Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft* (Opladen, 2002), S. 193–210; Till, *New Berlin*.

## 7. Die 750-Jahr-Feier der „Stadt der Gegenwart“

Das letzte Jahr vor dem Stadtjubiläum stand im Zeichen konkreter Festvorbereitungen. Die Zeit des „Richtungsstreits“ war vorbei, die Programmlinien standen fest. Politiker scharten sich um das Konzept und beschäftigten sich nun mit Einzelheiten. Gestritten wurde 1986 nur noch über einzelne Veranstaltungen und Renovierungsprojekte, und über die Weise, wie doch noch eine Öffnung nach Ost-Berlin forciert werden könnte. In dieser letzten Phase wuchs das Festprogramm aber zu enormen Ausmaßen an. Das „Super-Programm“, das Eckhardt im Januar 1986 vorstellte, hatte sich im Sommer, als die definitive Fassung vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde, noch einmal erheblich ausgedehnt. West-Berlin plante seine Feier zwischen April und November, und in diesen Monaten sollte kein Tag vergehen, an dem nicht irgendetwas im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier passierte. Hochrangige Gäste waren eingeladen, Auftritte weltberühmter Künstler waren geplant, Bauvorhaben und Buchpublikationen sollten in unübersehbarer Menge präsentiert werden. Das Programmbuch, das im November 1986 unter dem Titel *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart* erschien, konnte kaum eine überzeugende Ordnung herstellen.<sup>295</sup>

In der städtischen Öffentlichkeit überwogen deshalb in den letzten Monaten vor dem Festbeginn skeptische Töne über das Mammutprogramm und darüber, wie Berlin nun international für sich Werbung machte. „Man hat hier keine rechte Neigung zur Selbstfeier“, versuchte Eckhardt noch zu beschwichtigen, „das ist ja auch unberlinisch.“<sup>296</sup> Auch die nationale Presse betrachtete das Aufrüsten der beiden Stadthälften immer häufiger mit Spott. Und international war gar Mitleid spürbar für West-Berlin, die einst heroische Stadt der Freiheit, die nun, als überkommenes Relikt aus früheren Zeiten, keine richtige Funktion mehr zu haben schien und dies mit lauter Selbstdarstellung zu überdecken suchte.<sup>297</sup> Doch bevor das Fest im Mai begann, hatte Ost-Berlin noch einmal eine große Überraschung in petto.

---

295 Ulrich Eckhardt (Hg.), *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart* (Berlin, 1986); DS 10/936, Das Programm der 750-Jahr-Feier Berlins, 29.8.1986; *BMP*, 19.1.1986, „Super-Programm geplant“; *FAZ*, 21.1.1986, „Mit einem Superprogramm will Berlin 1987 seine Geschichte präsentieren“; *BMP*, 20.8.1986, „Die Queen besucht Berlin“.

296 Zit. n. *TSP*, 20.2.1987, „Festspiele mit Löwenanteil“.

297 In diesem Sinne: *Rheinischer Merkur*, 27.7.1985, „Berlin plant atemlos das Stadtjubiläum“; *FAZ*, 1.9.1986, „Kaputt-Geschichte“; *SZ*, 4.9.1986, „Die Welt zu Gast in Berlin“; *TSP*, 23.11.1986, „Nicht alles zeugt von Selbstbewußtsein“; *Die Welt*, 6.12.1986, „Ja zur Ungemütlichkeit“; *Spiegel*, 2/1987, „Wat de kriegten kannst, det nimmste“, S. 55–66; *FR*, 12.7.1987, „Kraftakt im Wettkampf der Systeme“.

## Ost-Politik im Jubiläum

Gemessen an den eigenen Ansprüchen des Senats, kam der Stärkung des Bewusstseins der historischen Einheit der Stadt im geteilten Jubiläum große Bedeutung zu. Und gemessen an diesem Anspruch drohte die 750-Jahr-Feier zu scheitern. Gemeinsame Veranstaltungen kamen nicht zustande, und die Gespräche mit der anderen Stadthälfte gaben wenig Anlass zu Hoffnung – es galt 1985 bereits als Erfolg, dass sie überhaupt noch zustande gekommen waren. Die Unterhändler Stronk (Senatskanzlei) und Löffler (Kulturministerium der DDR) sprachen dann hauptsächlich über die Rückführung von Kulturgütern, die kriegsbedingt im „falschen“ Teil der Stadt gelagert waren. Dieses Tauschgeschäft hatte eine Vorgeschichte seit 1981 und wurde, wenn auch etwas holprig, 1986 fortgeführt.<sup>298</sup> Zudem kam in dieser letzten Phase nun doch die beschränkte Übergabe von ausgewähltem Archivgut zustande, was angesichts der verschlossenen DDR-Archive ein beachtlicher Schritt war. In Frage kamen aber nur Dokumente, die „in einem gewissen Zusammenhang mit West-Berlin“ standen, so meinte Löffler, wie etwa „Dokumente zur Geschichte Wilmersdorfs“ oder „Pläne, die das Schloß Charlottenburg oder die Pfaueninsel (betreffen)“. Zudem musste West-Berlin die Quellen, für die es sich interessierte, ganz genau benennen.<sup>299</sup> Stronk ließ die Ausstellungsmacher eine Wunschliste zusammenstellen und überbrachte diese Löffler.

Welche politischen Schwierigkeiten der DDR die Freigabe historischer Quellen bereitete, zeigt die ausführliche Korrespondenz in der Parteispitze zu dieser Sache. Honecker wurde von verschiedenen Ministerien um grünes Licht gebeten, da jetzt „die Westberliner Seite der Forderung der DDR Rechnung (trägt), derartige Ersuchen auf offizieller Ebene und konkret objektbezogen zu stellen.“ Honecker war einverstanden, soweit die Übergabe „sich auf Dokumente und Archive bezieht, die das heutige Territorium Westberlins betreffen.“ Die historische Sinnwelt der kommunistischen Staatsführung kam auch prägnant zum Ausdruck in der Zusatzbestimmung, „dass es sich nur um historische Dokumente handeln kann“, also, dass es auf keinen Fall „Gespräche über Dokumente aus der Zeit des Faschismus und der Nachkriegszeit geben (kann).“<sup>300</sup> Egon Krenz bestimmte daraufhin die genauen Modalitäten, denn der West-Kontakt war etwa Ostberliner Stadthistorikern verboten. Ebenfalls war „es nicht vorgesehen, dass die Westberliner Vertreter Zugang zu unseren Archiven haben. Das gewünschte Material sollte durch Genossen Kurt Löffler ausgewählt werden. Ich gehe dabei davon aus, daß selbstverständlich nur Materialien zur Verfügung gestellt werden, die nicht

---

298 So lagen in West-Berlin alte Fassadenreste des Ephraimpalais, das Ost-Berlin im Nikolaiviertel wieder aufbaute, und im Rahmen der Entspannung waren diese 1984 dem Osten übergeben worden. (*TSP*, 12.3.1982, „Abgeordnetenhaus beschließt: Ost-Berlin erhält Fassadenreste des Ephraimpalais.“) Nun sprach man auch über das Schillerdenkmal, das im Westen war, aber eigentlich auf den renovierten Gendarmenmarkt (Platz der Akademie) gehörte. Im Gegenzug sollte auch Ost-Berlin solche Gesten machen, doch hier geriet das Geschäft ins Stocken, bis sich Honecker und Diepgen im März 1986 am Rande der Leipziger Messe trafen. Vgl. das Rätselraten der *FAZ*, 24.2.1986, „Zur 750-Jahr-Feier der Stadt ein merkwürdiger Querschuss aus Ost-Berlin“, die dem Osten mangelndes Entgegenkommen und Sabotage der Gespräche vorwarf. LA, B-Rep, 150, 153, Ergebnisprotokoll Kulturgüter, 5.6.1985. Die östlichen Gesprächsprotokolle befinden sich im SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2566-2568 (Büro Honecker). Zu Leipzig: Potthoff, *Koalition der Vernunft*, S. 387ff.

299 LA, B-Rep, 150, 153, Tomerius an Eckhardt, 21.3.1986; Gesprächsvermerk Stronk, 27.6.1986.

300 SAPMO-BArch, vorl. SED 2567, Fischer an Honecker, 25.9.1986; Krolkowski an Krenz, 21.10.1986.

unter Verschluss stehen.“<sup>301</sup> Immerhin wurde in diesen Unterhandlungen im April 1987 die kurze Leihgabe der echten Urkunde von 1237 nach West-Berlin erreicht.<sup>302</sup>

Ansonsten veranstaltete West-Berlin die 750-Jahr-Feier von sich aus möglichst gemeinsam – ob es nun um das Große Festfeuerwerk ging, dass „so hoch angelegt werden müsse, dass es auch von den Menschen in Ost-Berlin gesehen werden könne“, oder um das West-berliner Programmbuch, das auch eine Übersicht über das Ostberliner Programm enthielt.<sup>303</sup> Den großen und erhofften Durchbruch im innerstädtischen Verhältnis schien die 750-Jahr-Feier aber nicht zu bringen.

Bis es Honecker im September 1986 völlig unerwartet eine „Selbstverständlichkeit“ nannte, dass zum offiziellen Staatsakt der DDR im Oktober 1987 auch der Regierende Bürgermeister als Gast eingeladen sei.<sup>304</sup> Bis dahin waren lediglich einige Stadtoberhäupter aus der Bundesrepublik zum Weltbürgermeistertreffen nach Ost-Berlin eingeladen worden, was im isolierten West-Berlin mit Irritation registriert worden war. Doch die DDR überraschte den Westen, als Unterhändler Löffler am 8. Oktober tatsächlich zwei Briefe für Diepgen mitbrachte: eine Einladung von Honecker für den Staatsakt, sowie eine Einladung vom Ostberliner Oberbürgermeister für das Bürgermeistertreffen.<sup>305</sup>

Diese berlinpolitische Initiative der DDR brachte Diepgen in ernste Verlegenheit. Er brauchte monatelange Bedenkzeit. In den letzten Monaten vor der Feier bot sich hier noch einmal die Möglichkeit, den fehlenden Ostbezug im Jubiläum durch eine Aufsehen erregende Besucherdiplomatie wettzumachen. Doch die drei Schutzmächte würden peinlich genau auf Statusfragen achten. In der westlichen Presse wurden Vor- und Nachteile einer Annahme der Einladung breit abgewogen. Die *FAZ* formulierte das Dilemma am deutlichsten: „Folgt Diepgen der Einladung, kann das als eine Anerkennung des Ostsektors von Berlin als ‚Hauptstadt der DDR‘ gedeutet werden. Schlägt der Bürgermeister die Einladung aus, widerspricht er seiner immer wieder vertretenen These von der Brückenfunktion der Stadt zwischen Ost und West.“<sup>306</sup> Allgemein wurde Honeckers Einladung als geschickter Schach-

---

301 SAPMO-BArch, vorl. SED 2567, Krenz an Dickel, Mielke, Löffler und Krolikowski, 24.10.1986.

302 *BZ*, 3.4.1987, „Die Berlin-Urkunde wird im Rathaus Schöneberg gezeigt“; *BMP*, 3.4.1987, „Erst-Urkunde von 1237 in West-Berlin“; *ND*, 4.4.1987, „Gründungsurkunde ausgeliehen“. Weiter ging es um einige „Ablichtungen von Archivmaterialien über den antifaschistischen Kampf in Betrieben auf dem heutigen Territorium von West-Berlin“ (SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2568, Löffler, Information über das Gespräch am 13.2.1987, S. 3.).

303 *UA* 10/7, 21.2.1986, S. 9 (Wohlrahe); Eckhardt, *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart*.

304 *TSP*, 27.9.1986, „Honecker will Diepgen zur 750-Jahr-Feier einladen“.

305 *BMP*, 9.10.1986, „Honecker und Krack laden Diepgen ein“; *Die Welt*, 10.10.1986, „Einladung Ost-Berlins wird zur Tortur für Diepgen“.

306 *FAZ*, 18.10.1986, „Berlins Bürgermeister als Gast in Ost-Berlin?“ Weitere Stimmen: *BMP*, 4.9.1986, „Diepgen soll Bürgermeister Ost-Berlins zum Jubiläum einladen“; 7.9.1986, „Momper: Konzept zur 750-Jahr-Feier bringt beide Teile Berlins nicht näher“, *FAZ*, 29.9.1986, „Nur ganz Berlin“; *BMP*, 10.10.1986, „Diepgen: ‚Ich suche nicht nach Gründen für eine Ablehnung‘“; *NZZ*, 12.10.1986, „Die Doppeleinladung Diepgens nach Ostberlin“; *Die Welt*, 30.10.1986, „Berlin kann ohne Diepgens Besuch im Osten leben“; *Die Welt*, 7.11.1986, „Diepgen: Nicht nur die Statusprobleme beachten“; *SZ*, 27.12.1986, „Alliierte nehmen Einladung zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin an“; *Der Spiegel* 11/1987, 9.3.1987, „Rein und Drauf“. Vgl. für die Debatte im Abgeordnetenhaus (AL und SPD waren dafür, CDU und FDP verteilt): DS 10/1242, KA Gerd Löffler (SPD) über Einladungen zur 750-Jahr-Feier, 26.11.1986; DS 10/1414, Antrag der SPD über Stärkung der Gemeinsamkeiten im geteilten Berlin, 20.3.1987; PP 10/48, 12.3.1987, S. 2952D-2953B.

zug gewertet, und je länger Diepgen schwieg, desto mehr hoffte man auf ein Entgegenkommen der Alliierten, so dass Diepgen die Einladung annehmen konnte. Doch dieses Entgegenkommen kam nicht.

Diepgen fand einen Ausweg, indem er den Ball zurückspielte. Im März 1987 lud er, ohne vorerst Honeckers Einladung zu beantworten, seinerseits den DDR-Chef zur offiziellen Eröffnung der 750-Jahr-Feier ins Westberliner Kongresszentrum ICC ein. Diese stand für den 30. April an, so dass Honecker hierüber früher entscheiden musste als Diepgen über den Staatsakt im Oktober. Zudem bot dies dem Senat die Gelegenheit, zuerst Honecker zu empfangen, und zwar nach protokollarischen Gepflogenheiten, die der westlichen Lesart des Viermächteabkommens entsprachen. Zugleich mit der Gegeneinladung an Honecker sagte Diepgen aber „auf Grund von Einsprüchen der drei Westmächte“ seinen Besuch des Bürgermeistertreffens in Ost-Berlin ab. Eine Gegeneinladung für seinen östlichen Amtskollegen konnte er auch nicht aussprechen.<sup>307</sup> Nur auf der Staatsebene schien vielleicht Bewegung möglich, und dabei stand vor allem der Senat unter Erfolgsdruck. Das wusste auch DDR-Unterhändler Löffler, wie er nach einem Treffen mit Stronk festhielt: „Der für die Westberliner Seite vorhandene Handlungszwang, vor allem gegenüber ihrer eigenen Öffentlichkeit (...) war offensichtlich“. Der Senat versuche, „aus der politischen Defensive herauszukommen“.<sup>308</sup>

Und in der Tat war Diepgen in den folgenden Wochen zu ungewöhnlichen Zugeständnissen bereit, um Honecker nach West-Berlin zu bekommen. Es sollte vor allem die protokollarische Einrichtung der Veranstaltungen im ICC und des Staatsaktes der DDR entscheidend sein. Stronk und Löffler trafen im März wöchentlich zusammen, um über die genauen Programmabläufe zu verhandeln. Honecker lud, als „Entspannung der Umstände“, auch die Fraktionsvorsitzenden des Abgeordnetenhauses und Landeshäupter einiger Bundesländer zum Staatsakt ein, um nicht den Eindruck eines Westberliner Sonderweges entstehen zu lassen. Ebenso betonte er auf Diepgens Wunsch öffentlich, dass die Festreden in Ost-Berlin keine Statusprobleme berühren würden.<sup>309</sup> Doch drängender war die Teilnahme Honeckers an der Eröffnungsveranstaltung im ICC. Hier sollten neben Diepgen unter anderem Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl sprechen und zum Abschluss die Nationalhymne gespielt werden. In dieser Form standen aber „die eindeutige und umfangreiche Bundespräsenz“, die „Absicht des Senats auf umfassende Einordnung in den von seiner Seite vertretenen Status von Berlin-West“ sowie die „offensichtlich nicht gleichberechtigte Behandlung des Staatsratsvorsitzenden der DDR“, einer Zusage von Honecker im Wege.<sup>310</sup> Dieser wollte neben Kohl als gleichberechtigter Staatsmann behandelt werden, inklusive Redezeit und Nationalhymne. Das waren deutschlandpolitisch unmögliche Bedingungen. Doch Diepgen wagte sich weit vor. Mehrmals stufte er die Bundespräsenz herunter, er teilte die Veranstaltung in zwei Blöcke, um Honecker Redezeit zu gönnen, wollte die

---

307 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2568, Fischer an Honecker, 3.3.1987. Vgl. dasselbe, 11. 3.1987.

308 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2568, Löffler, Information über das Treffen am 27.2.1987, S. 5.

309 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2568, Löffler, Information über eine weitere Begegnung am 2.4.1987, S. 4f.

310 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2568, Löffler, Information über das Treffen am 27.2.1987, S. 2.

DDR-Flagge hissen lassen, sprach mit Honecker in Leipzig darüber und besuchte den sowjetischen Botschafter in der DDR, um Zustimmung einzuholen.<sup>311</sup>

Mitte April kam die SED-Spitze aber zum Schluss, dass der Senat anscheinend „auf die Demonstration der Bundespräsenz und angeblichen Stellung Westberlins als Bundesland der BRD nicht verzichten“ möchte. „Unter diesen Bedingungen erscheint die Annahme der Einladung und ein Zusammentreffen mit Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl politisch nachteilig.“<sup>312</sup> Honecker sagte ab, und lud später gar Diepgen wieder aus (aus West-Berlin war schließlich nur die AL beim DDR-Staatsakt anwesend). Die Westberliner Hoffnung, mit einem diplomatischen Coup ersten Ranges das Jubiläum doch noch zu einem Markstein der Entspannung zu machen, war verflogen. Später im Jahr besuchte Honecker erstmals die Bundesrepublik. Die 750-Jahr-Feier blieb unterdessen ein geteiltes Jubiläum.<sup>313</sup>

## Ein Fest „vor den Toren“ der Stadt

In West-Berlin gab es 1987 ein Fest „vor den Toren“ der Stadt. Wenn es schon keine Altstadt gab und Ost-Berlin seine Abgrenzung aufrechterhielt, so feierte der Westen wenigstens „vor den Toren“ dieser Altstadt und mit Blick auf Ost-Berlin. Die „Wiederentdeckung der historischen Mitte Berlins“ wurde vom Senat kräftig gefördert. Sie kam in der Choreographie der 750-Jahr-Feier deutlich zum Ausdruck, denn nahezu alle größeren Veranstaltungen fanden im Tiergarten nahe der Mauer statt. „Dieser Standort soll auch durchaus als politische Botschaft verstanden werden“, meinte Hassemer, denn das auf die Mitte Berlins ausgerichtete Konzept spiegele erneut die zentrale These der Einheit der Stadt.<sup>314</sup> In den Gärten an der Mauer hatten sich Ruinen zu Ausstellungshäusern gewandelt, hier wurde Geschichte ausgegraben und hier ersetzten Festfreude und bedrücktes Erinnern die gähnende Leere der Vorjahre.

Für das Jubiläum war der Gropius-Bau vollständig restauriert worden. Daneben war der „Schandfleck“ des „Prinz-Albrecht-Geländes“ in die eindrucksvolle Schau „Topographie des Terrors“ verwandelt worden. Eine Ecke weiter fand auf der Wüste des Anhalter Bahnhofs „Mythos Berlin“ statt. An der Invalidenstraße war für das Stadtfest der alte Hamburger Bahnhof wieder aufgebaut worden. Hier gab es die Schau „Die Reise nach Berlin“, die viele Besucher anzog. Am Kulturforum wurde der Kammermusiksaal der Philharmonie neu gebaut und in der Nationalgalerie war die Internationale Bauausstellung. Im Tiergarten war die 1980 eingestürzte Kongresshalle wieder aufgebaut worden, die „schwängere Auster“, in der eine – übrigens enttäuschende – Ausstellung über Wissenschaften in Berlin angeboten wur-

---

311 Ebd., Löffler, Bericht über eine weitere Begegnung am 2.4.1987; Potthof, *Koalition der Vernunft*, S. 491ff.

312 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 2568, Fischer an Honecker, 7.4.1987.

313 TSP, 14.4.1987, „Honecker lehnt Einladung nach West-Berlin ab“; TSP, 16.8.1987, „Berlin und das verzwickte Rollenspiel“; taz, 22.10.1987, „Nur AL-West beim Staatsakt Ost“; NZZ, 1.11.1987, „Bilanz des Berliner Jubiläums“.

314 Zit. n. BMP, 25.9.1986, „Blick zurück dient als Blick in die Zukunft“; Die Welt, 27.8.1986, „Blickt nicht in den Scherbenspiegel!“; Die Welt, 10.1.1986, „Zum Stadtjubiläum bedeckt Berlin seine Wunden“.

de. Obwohl es auch im Westen der Halbstadt zahlreiche Restaurierungen von Bauwerken gab, wie die Schlösser Charlottenburg und Glienicke, so lag der Schwerpunkt auf der „historische(n) Mitte“ – historisch im Sinne der Industriestadt des 19. Jahrhunderts, denn abgesehen von der Spandauer Zitadelle (Ausstellung „Berlin im Mittelalter“) gab es in West-Berlin kaum ältere Bauwerke.<sup>315</sup>

Auch das zentrale Stadtfest selbst, mit seinen „volkstümlichen Großveranstaltungen“, fand in diesem Bereich „vor den Toren“ statt. Und diese waren größere Erfolge, als man nach den zuletzt skeptischen Kommentaren hätte erwarten mögen. Im Juli und August gab es auf der Straße des 17. Juni den „Historischen Jahrmarkt“, der, obwohl der Sommer nicht so schön war wie gehofft, beim Publikum sehr gut ankam.<sup>316</sup> An der Siegessäule wurde die „größte Freilichtbühne Europas“ errichtet für den Höhepunkt des Volksfestes, die „SternStunden“. An acht Abenden im August wurden hier für jeweils 25 000 Besucher vier historisch ausgerichtete Programme inszeniert: die „Goldenen Zwanziger“, die Nachkriegsjahre, Preußischer Traum und Opernstadt Berlin.<sup>317</sup> Auch der Reichstag wurde in das Programm einbezogen. Zwar durfte ihn Christo zum Jubiläum noch nicht einpacken, doch hier fand im August wenigstens das Konzert „Rock Salute to Berlin“ statt, das in Ost-Berlin große Unruhe verursachte.<sup>318</sup> „Vor den Toren“ gipfelte auch der Besuch Ronald Reagans, der seine Grußrede an Berlin im Juni direkt vor dem Brandenburger Tor hielt, und hier die berühmten Worte „Mr. Gorbatschow, open this gate“ sprach. Die britische Schutzmacht hatte extra die Absperrungen ihres Sektors abgebaut, damit Reagan direkt vorm Tor sprechen konnte.<sup>319</sup> Nur die dezentralen Bezirksfeste und der Wasserkorso fanden nicht in der „historischen Mitte“ Berlins statt.

Für alle diese großen Festveranstaltungen war Abgrenzungsarbeit gegenüber 1937 geleistet worden. Vor allem die inszenierten SternStunden wurden von der ständigen Angst begleitet, dass sie einem propagandistischen Massenspektakel ähneln könnten. Sie waren tatsächlich in jeder Hinsicht das Äquivalent des historischen Festspiels, das 1937 im Olympiastadion abgehalten wurde, und bereits die Tatsache, dass das Stadion diesmal gemieden wurde, zeugt vom Erinnerungszwang. Trotzdem wimmelte es in den Arbeitsplänen der „SternStunden“ von den Begriffen „Inszenierung“ und „Bühnenbilder“, derentwegen die 700-Jahr-Feier verurteilt worden war. Man versuchte zwar, die „Zuschauermassen auf fes-

---

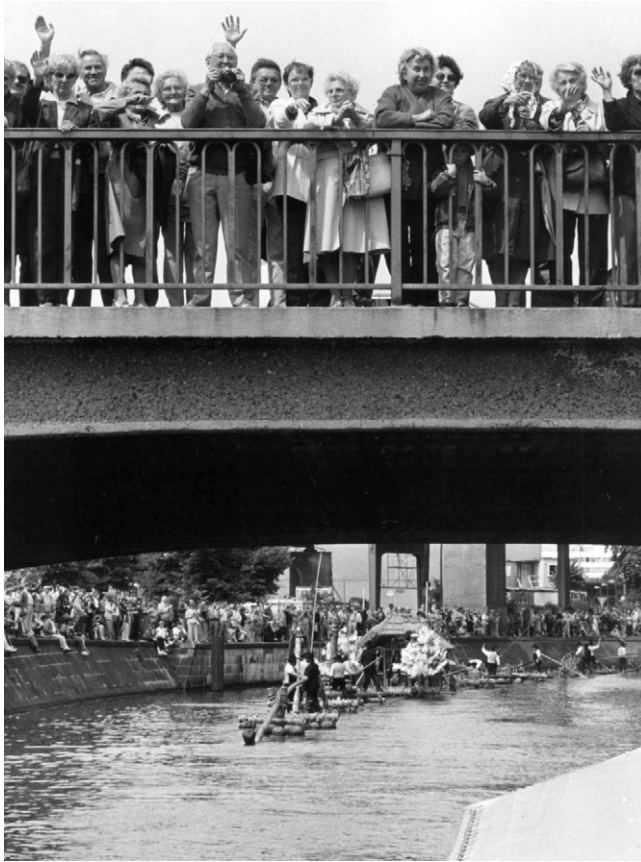
315 Die Baumaßnahmen in DS 10/936, „Das Programm der 750-Jahr-Feier. Vgl.: Josef Paul Kleihues (Hg.), *750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins* (Berlin, 1987); *Die Reise nach Berlin. Ausstellung im Hamburger Bahnhof. 1. Mai–1. November 1987* (Berlin, 1987); Museum für Vor- und Frühgeschichte, Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz (Hg.), *Bürger, Bauer, Edelmann. Berlin im Mittelalter* (Berlin, 1987).

316 *Zitty* 16/1987, S. 62f., „Allerley Ergetzlichkeiten für die Bevölkerung. Das Berliner Stadtfest“; *TSP*, 16.8.1987, „Manchmal versteht man nur noch Bahnhof“.

317 Torsten Maß, *750 Jahre Berlin 1987. SternStunden. Eine Dokumentation* (Berlin, 1988); *BMP*, 9.8.1987, „Glitter, Flitter, Glanz“.

318 Michael Cullen, „Chronologie des Reichstag-Projekts (1971–1993)“ in: Jakob Baal-Teshuva (Hg.), *Christo, Der Reichstag und urbane Projekte* (München, 1993, <sup>4</sup>1995), S. 33ff.; Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989* (München, <sup>2</sup>1999), S. 114f.

319 LA, 150, 151, Vertrauliches Ergebnis-Protokoll über die Klausurtagung am 15.6.1986, S. 5. Es wurden die Gitter an der Ostseite des Reichstags durch ein „angemessenes Material“ ersetzt, wie „steinerner Poller und schmiedeeiserne Ketten“ (Bund 21/10, 9.10.1986, S. 1).



Kein Marschieren im Stehschritt, sondern ein historischer Festzug auf dem Wasser: der Wasserkorso.

tem Grund zu belassen“, sich „auf relativ wenige, sprechsichere Schauspieler für oratorische Szenen“ zu beschränken und einen nur „geringen Kostümaufwand“ zu betreiben. Doch es sollten „durch Licht- und Klangbilder“ sehr wohl historische Ereignisse „evoziert werden“: „Mehrfachprojektionen und eine entsprechende Tonregie könnte ambientale Situationen ins Dunkel unter freiem Himmel zaubern, in die hinein durch schauspielerische Sprach- und Bewegungsgesten nur noch scharfe Akzente zu setzen wären.“<sup>320</sup> Die stilistischen Trennlinien zu 1937 waren stets unscharf.

Noch in anderer Hinsicht musste West-Berlin aus dem Arsenal der herkömmlichen Festkultur schöpfen: Es gab das traditionelle „Festkleid“ der Stadt, nämlich Fassadenschmuck und 3500 Flaggen, und abseits der großen Bühnen gab es Verweise auf den Stralauer Fischzug, die Rede vom Fischerdorf und gar einen Auftritt der Pankgrafen.<sup>321</sup> So musste sich die

320 LA, B-Rep 150, 54, Fiebelkorn und Ranke, „Festprogramm – Ideenskizze“, 29.9.1983, S. 3f.

321 *BMP*, 1.4.1987, „2000 Flaggen schmücken Berlin“; *Volksblatt*, 7.4.1987, „3500 Flaggen sollen Tag und Nacht wehen“; *BMP*, 4.7.1987, „Die Pankgrafen geben Wedding ihre Kriegskasse“.





Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (vierter von links) amüsiert sich beim Wasserkorso.

750-Jahr-Feier immer wieder gegenüber der 700-Jahr-Feier legitimieren.<sup>322</sup> In Hassemers Rückblick durfte 1937 denn auch nicht fehlen: „Mit mehreren Programmen wie dem Wasserkorso und dem Historischen Jahrmarkt, besonders aber mit den grandiosen Inszenierungen der SternStunden hat die 750-Jahr-Feier die 700-Jahr-Feier aufgehoben und unter Beweis gestellt, dass auch eine offene, demokratische Gesellschaft den großen Raum kulturell in Besitz nehmen kann und ihn nicht immer der Erinnerung an gleichgeschaltete Kolonnen einer unseligen Vergangenheit überantworten muß.“ Die Siegssäule sei in eine „Friedenssäule“ umgewandelt worden.<sup>323</sup> Obwohl die Grenzen fließend waren, war klar, was Hassemer meinte. Denn die „Inszenierung“, die 1987 in den Festen („SternStunden“) und Ausstellungen („Berlin, Berlin“, „Mythos“) Konjunktur hatte, war eine andere als die der Reichshauptstadt. Entsprechend dem Aufklärungsgebot des Westberliner Geschichtsdiskurses wurde immer durch künstlerische Brechung Distanz geschaffen, selbstkritisch reflektiert und ironisch relativiert. Gerade weil die Erinnerung an 1937 überall greifbar war, konnte die Inszenierung 1987 keine geschlossene werden, sondern sie blieb vielmehr kritisch und kommentierend. Musterbeispiel war der intellektuell-spielerische „Mythos Berlin“, das als Ausstellung zwar scheiterte, aber trotzdem Eckhardts konzeptuelles Steckenpferd war.

---

322 Etwa in der *Zitty* 7/1985, „Schall und Rausch“ S. 25: „Allerdings befindet man sich damit ausgerechnet auf dem Boden, der anlässlich der 700-Jahrfeier die faschistische Parade über sich ergehen lassen mußte. Bei aller Unterschiedlichkeit zeigt auch die moderne Regie Spuren einer Masseninszenierung.“

323 Hassemer in: Maß, *Sternstunden*, S. 3.

Die andere Veranstaltung, die aus der Negation von 1937 entstanden war, der Wasserkorso unter den Brücken von Berlin, wurde ein sehr gelungenes Volksfest mit einer Million Zuschauern. Doch hier endet schon der Vergleich mit dem Festzug im Dritten Reich, denn die Wasserfahrt bot kaum identifikatorische Merkmale, wie noch der historische Aufmarsch der Reichshauptstadt.<sup>324</sup> Zudem hatte sie im Vorfeld eher Schlagzeilen gemacht durch die Einmischung der anderen Diktatur. Denn die DDR hatte in Reaktion auf den Wasserkorso auch ein „Wasserfest“ organisiert, das rein „zufällig“ am gleichen Wochenende lief.<sup>325</sup> Zu einem Eklat kam es an der innerdeutschen Grenze, als ein Konvoi von 28 alten holländischen Schiffen, die von Eckhardt nach West-Berlin eingeladen worden waren, von den DDR-Grenzsoldaten angehalten wurden. Die Fahrt durch das Territorium der DDR sollte den Schiffen nur gestattet werden, wenn sie am östlichen statt dem westlichen Wasserfest teilzunehmen versprochen. Die Holländer zogen sich noch an der Grenze zur Beratung zurück, und zu aller Verblüffung und zu Eckhardts Wut verkündeten 16 Schiffer daraufhin, dass sie lieber auf dem Ostberliner Wasserfest auftreten würden. Nach eiligen Verhandlungen – die Holländer hatten Verträge mit dem Büro B750 – nahmen alle niederländischen Schiffe im Westen teil, wonach ein Teil am nächsten Tag auch im Osten aufkreuzte. Wie so viele Veranstaltungen endete auch das „Wasserduell“ unentschieden.<sup>326</sup>

## Die Geschichte einer „Stadt der Gegenwart“

Doch die wirkliche Gestaltung und Aneignung der Stadtgeschichte fand in West-Berlin nicht in Festveranstaltungen, sondern im Martin-Gropius-Bau statt, und in den ausgegrabenen Kellern an der Mauer. Mehr noch als die unübersehbare Menge an Geschichtsbüchern prägte die große Ausstellung das Geschichtsbild zum Jubiläum. Die Schau hatte sich zum repräsentativen Kernstück des Programms entwickelt, das einen breiten gesellschaftlichen Konsens hinter sich versammeln konnte. In nichts erinnerten die Eröffnung und die Bewertung an die Grabenkämpfe des „Richtungsstreits“ von 1984, und überhaupt schienen sich die Wogen der tiefen Auseinandersetzung zwischen historischer Identitätsbildung und kritischer Aufarbeitung 1987 gelegt zu haben (wenigstens in Berlin; in der Bundesrepublik tobte jetzt aber der Historikerstreit). Nichts bringt dies besser zum Ausdruck als die Tatsache, dass ausgerechnet Wolf-Jobst Siedler, der den Gegenentwurf formuliert hatte, die feierliche Eröffnungsrede der Ausstellung hielt und dass ausgerechnet Günther Zehm, der 1984 in der *Welt* die Kampagne gegen die Zivilisationsgeschichte geführt hatte, die Schau 1987 in derselben *Welt* sehr lobend rezensierte.<sup>327</sup> In Auseinandersetzung mit den Erzählungen Ost-

---

324 DS 10/1718, MA Biewald (CDU) über Sommerveranstaltungen, 8.9.1987. Begeistert auch *TSP*, 26.7.1987, „Über 40 Mal musste Willem den Schiffsschornstein legen“ und *Zitty* 16/1987, S. 63.

325 So versicherte Löffler gegenüber Stronk. (LA, B-Rep 150, 153, Vermerk Stronk, 27.6.1986, S. 2.)

326 *BMP*, 23.7.1987, „DDR‘ stoppt Fahrt holländischer Boote zum Wasser-Korso“; ebd., „Wasserschlacht‘ um holländische Bootsführer“; *TSP*, 25.7.1987, „Ost-Berliner Zeitung erwähnte erstmalig holländische Boote“.

327 Zehm lobte vollmundig die „Faszination und Einmaligkeit dieser Schau“ und meinte, es fehle „die demagogische Inszenierung, die bei der Preußenschau so unangenehm auffiel. Die Ausstellungsmacher von damals und heute (...) haben fraglos dazugelernt.“ Gleichwohl: „Die große Berlin-Schau ist zwar in Sachen Weltanschauung wohlthuend diskret, doch sie ist nicht objektiv. (...) Die Aufklärung wird in einer Weise gefeiert, als hätte noch nie jemand etwas von der Dialektik derselben gehört.“



Werbeblatt und Bildlogo der Ausstellung „Berlin, Berlin“

Berlins hatten sich die konservativen Westberliner Kritiker hinter die „inszenierte“ Ausstellung geschart.

Die Ausstellung „Berlin, Berlin“ erzählte die Geschichte Berlins als die Geschichte einer dynamischen, sich immer wandelnden und immer zeitgemäßen Großstadt. In den 36 Räumen des Gropius-Baus lag der Schwerpunkt auf der inneren Entwicklung der Stadt und ihrem explosiven Wachstum seit der Industrialisierung. Das Narrativ war gleichsam ein invertiertes Spiegelbild der „braunen“ Erzählung der 700-Jahr-Feier. Das Mittelalter, 1937 noch zentraler Bezugspunkt der stadthistorischen Verortung, war im Gropius-Bau buchstäblich ins Dunkel gehüllt. Nachdem auf die Bedeutung der frühen Zuwanderer (Juden, Franzosen, Böhmen) verwiesen worden war – laut den Historikern der Reichshauptstadt unbedeutend für den Berliner „Menschenschlag“ – ging es bereits im 5. Raum mit der Aufklärung und Emanzipation los. Ab Raum 8 stand alles im Zeichen der hektischen Großstadt, die noch 1937 den drohenden Untergang Berlins markiert hatte. Kronzeuge der Westberliner Erzählung wurde einer der von Kaeber, Faden und Arendt so verhassten Berlinkritiker, nämlich der Essayist Karl Scheffler, der 1910 den berühmten Satz geprägt hatte, Berlin sei „dazu verdammt: immerfort zu werden, und niemals zu sein.“<sup>328</sup>

Dreh- und Angelpunkt der Ausstellung war der große Lichthof. Er trug den Titel „Metropolis. Die schnellste Stadt der Welt“, in dem das Genre der inszenierten Ausstellungen zu neuen Höhen fand. Hier hatte Hans Dieter Schaal, der als „Ausstellungsarchitekt“ von Korff und Rürup bestellt worden war, ein riesiges Dekor der Großstadt aufgebaut, das bei allen Besuchern einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Hier erfand West-Berlin seine Tradition:

---

Doch 1987 war dies dem Konservativen keinen Grabenkampf mehr Wert, und auch nicht die Vernachlässigung der Spaltung Berlins: „Rudi Dutschke und seine Kulturrevolution von 1968 haben ein Vielfaches des Raumes zugebilligt bekommen, der dem Mauerbau sieben Jahre zuvor gewährt wird. In den begleitenden Texten fehlt jede Spur einer moralischen Bewertung kommunistischer Untaten.“ (*Die Welt*, 17.8.1987, „Metropolis für Fortschritts-Nostalgiker“). Wolf Jobst Siedler blieb in seiner Eröffnungsrede der Ausstellung der deutschlandpolitischen Erzählung der Stadtgeschichte treu. Vgl. „Nachdenken über Berlin“, *BGG* 1987, S. 157ff.

328 Karl Scheffler, *Berlin – Ein Stadtschicksal. Nachdruck der Erstausgabe von 191* (Berlin, 1989), S 219.



Lichtthof der Berlin-Ausstellung im Gropius-Bau, Titel „Metropolis – die schnellste Stadt der Welt“

„Im Mittelpunkt steht der einmalige Höhepunkt, urbaner Glanzraum der Welt: die Stadt Berlin in den zwanziger Jahren. Nachts. Lichter spiegeln sich im Asphalt. Die Wände stürzen, die Fenster tanzen, ein Geflecht aus sich kreuzenden heftigen Sehnsuchtswegen. Baustelle, Filmstudio, Labor. Im Entstehen und im Verfall. Kaum aufgerichtet schon zum leeren Skelett, zur Ruine verfallen. Transparenz. Gläserner Moment der Geschichte. Wie Realitätsinseln schwimmen darin die Nachrichten der Exponate. Flaschenpost aus der Nacht der Vergangenheit.“<sup>329</sup> Der Lichtthof war ein Erlebnisraum ohnegleichen, der den Rhythmus der Großstadt ausstrahlen sollte, und durch Motorradfahrer, Flugzeuge, Hochhäuser und Wer-

---

329 Hans-Dieter Schaal, „Planungsnotizen zu einer Ausstellungsarchitektur“, in: Korff und Rürup, *Berlin, Berlin, Bilder einer Ausstellung*, S. 24.

bung verführte. Presse und Besucher waren begeistert. Manche, nicht zuletzt aus dem Ausland, sprachen von der besten Ausstellung, die sie je gesehen hatten.<sup>330</sup>

Die goldene Zeit der Stadt hörte 1933 abrupt auf, und damit ließ auch die Aufmerksamkeit für die nachfolgende Zeit nach. Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus wurden in vier Räumen dargestellt (immerhin mehr als die drei für die Nachkriegsgeschichte), doch die wirkliche Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich fand nebenan statt, in der „Topographie des Terrors“. Die Ausstellung im Gropius-Bau wurde zudem von der Kunstaussstellung „Ich und die Stadt“ begleitet, für die einige Räume reserviert worden waren. Und vom Exponatenproblem war 1987 nur noch wenig zu spüren. Einerseits war durch die urbane Schwerpunktbildung bereits jene Zeitspanne in den Blick geraten, in der die Westberliner Bezirke selbst schon die historische Bühne betreten hatten. Zudem kamen im letzten Moment noch einige wenige Fotokopien historischer Dokumente aus Ost-Berlin. Schließlich hatten Rürup und Korff 1986 über die Presse Aufrufe für Leihgaben aus der Bevölkerung verbreiten lassen, was auf große Resonanz stieß.<sup>331</sup> Insgesamt zeigte die Ausstellung nicht weniger als 3000 Exponate zur Stadtgeschichte.

Reinhard Rürup wurde 1987 zum führenden Stadthistoriker im Jubiläum. Er vertrat die Ausstellung als „Sachverständiger“ nach außen und in den Medien, war maßgeblich an der „Topographie des Terrors“ beteiligt und steuerte in tonangebenden Essays zudem die schriftliche Version der Metropolengeschichte bei.<sup>332</sup> Doch der Chefhistoriker war in der Demokratie nie der einzige Vergangenheitsdeuter, denn der offizielle Katalog schloss mit einem Aufsatz Korffs, in dem er seine Menschenwerkstatt-Idee ausarbeitete, und im Programmbuch wurde Rürups langer Essay von 15 anderen Beiträgen flankiert. Auf die monolithische Darstellungsform der Ostberliner *Thesen* reagierte West-Berlin also mit einer Collage, die die behauptete Pluralität und die Widersprüche der Stadtgeschichte schon ihrer Gestalt nach ausdrückte.

In der gleichen Weise, wie Rürup zwar Chefhistoriker war, aber nie die alleinige Deutungshoheit hatte, war die Ausstellung im Gropius-Bau in der Westberliner Geschichtslandschaft zwar führend, ohne jedoch andere Stimmen völlig auszuschließen. Sie drängte die Gegenerzählungen höchstens an den Rand, in dem sie selbst im schönsten Gebäude auftrat und mit dem größten Finanzrahmen planen konnte. Doch zur 750-Jahr-Feier gelangten zahlreiche Alternativentwürfe an die Öffentlichkeit, mehr als je davor und danach in West-Berlin. In Ablehnung der populären Metropolenemphase verstand sich etwa die Historische Kommission in Nikolassee als Warte der strengen Wissenschaftlichkeit und knüpfte an die traditionelle Landesgeschichte an. Sie wählte herkömmliche Medien wie Vortragsabende

---

330 TSP, 15.8.1987, „Metropole auf schwankendem Boden“; BMP, 15.8.1987, „Berlins Geschichte unter einem Dach“; SZ, 17.8.1987, „Berlin, Berlin“; 3.9.1987, „Die schnellste Stadt der Welt“; FAZ, 22.8.1987, „Menschheitsdämmerung“; FR, 3.10.1987, „Menschen und Mächte in Metropolis“; Zitty, 18/1987, „Berlin, ach Berlin“, S. 40f. Vgl. auch die Pressestimmen und Besucherurteile in: Korff und Rürup, *Berlin, Berlin, Bilder einer Ausstellung*, S. 126ff. und S. 185ff.

331 BMP, 3.6.1986, „Schätze aus Boden, Keller und Hinterhof gesucht“; BMP, 19.6.1986, „Umzugskarren aus Kaiserszeit gefunden“.

332 Sowohl im Ausstellungskatalog als auch im Programmbuch führte Rürup in die Stadtgeschichte ein. Reinhard Rürup, „Vergangenheit und Gegenwart der Geschichte. 750-Jahre-Berlin“, in: Eckhardt, *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart*, S. 66–111; ders., „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, in: Korff und Rürup, *Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt*, S. 27–54.

und fachwissenschaftliche Publikationen. Und die Geschichtswerkstatt präsentierte die Geschichte der kleinen Leute in lokalen Stadtteilsausstellungen. Andere Bürgerinitiativen erzählten ihre Minderheitsgeschichten. Auch Umriss des einst entwickelten Gegenentwurfs einer deutschlandpolitischen Erzählung der Stadtgeschichte wurden 1987 formuliert – etwa in der *Morgenpost*, die die Geschichte Berlins in einer 75-teiligen Serie anhand von Königen, Schlössern und Systemkonfrontation porträtierte.<sup>333</sup> Zudem konnte die „Topographie des Terrors“ als eine große Anklage der Westberliner Verdrängungsgeschichte gelesen werden, doch sie gehörte zum Kern des Programms.

Alle diese Projekte waren in verschiedenen Größenordnungen vom CDU-FDP-Senat gefördert worden, nicht zuletzt auch die „Geschichte von unten“. Ungeachtet der Konflikte mit freien Projektträgern konnte der Senat die Umsetzung der ursprünglichen Richtlinie melden und sich mit seiner eigenen Toleranz nach außen (Osten) hin schmücken: „Berlin ist immer eine Stadt der Vielfalt und der Pluralität gewesen. Dies hat in der Programmgestaltung der 750-Jahr-Feier besonderen Ausdruck gefunden.“<sup>334</sup> Und weil die Geschichtsdeutung hier bewusst auf Offenheit setzte und die Geschichte als widersprüchlich präsentiert wurde, delegitimierten die Alternativerzählungen nicht das zentrale Urbanisierungsnarrativ Berlins, sondern konnten als dessen Bestätigung gelesen werden. Das ging tendenziell sogar so weit, dass der Senat auch den Osten in eine erstickende Umarmung einzuschließen bemüht war: „Dabei geht es uns nicht darum, ein geschlossenes Geschichtsbild vorzugeben. Vielmehr sollen unterschiedliche Perspektiven auf die gemeinsame Geschichte eröffnet werden. Dazu kann auch die Geschichtsausstellung im anderen Teil Berlins beitragen.“<sup>335</sup> (Tatsächlich enthielt das Programmbuch auch einige Zeilen Berlin-Deutung aus den Ostberliner *Thesen*.<sup>336</sup>)

Trotz dieser scheinbaren Beliebigkeit war die Westberliner Darstellung keine unkontrollierte Spielwiese. Im Gegenteil, die Jubiläumsplaner hatten ganz genau entschieden, wer welchen Freiraum für welches Projekt bekommen sollte. Unbequeme, unprofessionelle oder doppelte Projektideen wurden mit Verweisen auf die knappen Mittel abgelehnt, modifiziert oder zusammengefasst. Volker Hassemer und Ulrich Eckhardt behielten die Kontrolle fest in der Hand. Sie wussten ganz genau, was sie taten, als sie auch die Gegenerzählungen in das Westberliner Jubiläumskonzept integrierten. Das Bild der pluralistischen Stadt war aufmerksam konstruiert und gepflegt worden.<sup>337</sup>

---

333 Vgl. die 75 Folgen „Berlin bleibt doch Berlin. Lebenslauf unserer Stadt“ in *BMP* 1.1.1987–30.4.1987. Die Artikel wurden als Buch herausgegeben: Berliner Morgenpost (Hg.), *Berlin bleibt doch Berlin. Lebenslauf unserer Stadt* (Berlin, 1987) Vgl. *BMP*, 6.6.1986, „Kein einziges Wort von jenem Teil Berlins, der 750 Jahre alt wird“; 16.11.1986, „Deutschlands Osten nicht vergessen!“; 30.4.1987, „Die Hausbesetzer kommen, die Sozialdemokraten gehen“.

334 DS 10/936, Das Programm der 750-Jahr-Feier, 29.8.1986, S. 8.

335 DS 10/936, Das Programm der 750-Jahr-Feier, 29.8.1986, S. 2.

336 Eckhardt, *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart*, S. 26.

337 So drückte das die CDU-Fraktion aus: „Auf das mit ‚Mythos‘ präsentierte alternative Ausstellungskonzept hätte Berlin nicht verzichten können, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, nur ‚Offizialkunst‘ zu zeigen. Einen derartigen ‚Gegenentwurf‘ zu ermöglichen, sei für ein offenes Gemeinwesen unverzichtbar, auch wenn sich (...) schließlich ein negatives Ergebnis herausstelle.“ (Kult 10/34, 12.10.1987, S. 4).

## Feier und Randalere, Berliner und „Anti-Berliner“

Nicht jeder Protest war willkommen während der 750-Jahr-Feier, und nicht alle Protestler wollten willkommen sein. Zur Feier gehört Randalere, und Randalierer gab es 1987 auch.<sup>338</sup> Gegenüber dem Kreuzberger Protest stellen sich die intellektuellen Projekte etwa des Kulturrats, die bislang als „linksradikal“ durchgingen, eher gemäßigt dar. Sie wollten im Fest vertreten sein, und trugen das Jubiläum somit mit. Es gab aber auch „nicht-etablierte Linke“, und denen war das ganze Theater eines Stadtfestes, bei dem die politische Elite sich selbst feierte, zuwider. Hierzu gab es eine lange Vorgeschichte von APO, Friedensbewegung, Hausbesetzungen und Straßenschlachten – das Kreuzberger Viertel SO 36 glich manchmal einem „rechtsfreien Raum“, weggedrückt an den äußersten Westberliner Rand, in eine Ecke der Mauer.<sup>339</sup> Hier hörte der Westen auf: schlechte Wohnungen, viel zu viele Leute, viele Immigranten, hohe Arbeitslosigkeit, blühende Off-Szene und hohes Protestpotential. Und steigende Gewaltbereitschaft. Die „autonomen Gruppen“ meldeten sich auch im Festjahr. Auch durch die nervöse Reaktion der Polizei kippte die Stimmung im Sommer 1987, während das Stadtjubiläum eine Festveranstaltung nach der anderen hinter sich brachte.

Los ging es gleich am Eröffnungstag im ICC, am 30. April. Während die Bilder der schicken Würdenträger, ihrer hochrangigen Gäste und der üppigen Buffets im ICC auf den Mattscheiben liefen (das ZDF strahlte die Jubiläumseröffnung live aus), führte die Polizei in Kreuzberg einige „vorbeugende Maßnahmen“ durch, weil am nächsten Tag, auf dem traditionellen Maifest, Unruhe wegen einer geplanten Volkszählung erwartet wurde. Die Autonomen reagierten wütend und organisierten an diesem 1. Mai eine Gegendemo, die abends eskalierte. Während West-Berlin feierte, herrschte in Kreuzberg Ausnahmezustand: fliegende Steine, Feuer und umgestürzte Polizeiautos. Die Polizei sprach von 36 Plünderungen, 35 Bränden, 10 Barrikaden und 70 Festnahmen.<sup>340</sup> Der 1. Mai 1987 war eine Straßenschlacht von bis dahin ungekannten Ausmaßen (und übrigens etwas, das von der 750-Jahr-Feier blieb. Die Randalere am 1. Mai kehrte seitdem jährlich wieder). Am nächsten Tag bestätigte Diepgen in den Augen vieler Kreuzberger die Nicht-Zugehörigkeit ihres Bezirks zur Stadt: „Eine Clique von Anti-Berlinern hat sich in brutaler Gewalt zusammengerottet, um zu stören und zu zerstören. Das lassen sich die Berliner nicht gefallen.“<sup>341</sup> Nach diesen Worten blieb es in Kreuzberg den ganzen Sommer unruhig und die Wut richtete sich nun auch gegen die „in faschistischer Tradition abgehaltene 750-Jahr-Feier.“<sup>342</sup>

---

338 Vgl. Odo Marquardt, „Kleine Philosophie des Festes“, in: Uwe Schmitt, *Das Fest. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart* (München, 1988), S. 413ff.

339 Zur Szene der 1970er: Leitner, *Westberlin!*; Barbara Lang, *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils (1961–1995)* (Frankfurt am Main und New York, 1998); Michael Bühnemann, Michael Wendt und Jürgen Wituschek (Hg.), *AL. Die Alternative Liste in Berlin. Entstehung, Entwicklung, Positionen* (Berlin, 1984); Knut Nevermann, (Hg.), *Lokal 2000. Berlin als Testfall* (Reinbek bei Hamburg, 1983).

340 Polizeibericht in: *BMP*, 5.5.1987, „Um 21 Uhr 25 brannte es am Lausitzer Platz ‚an allen Ecken‘“; Gegendarstellung der Szene: Ermittlungsausschuss (Hg.), *Berlin 1. Mai 1987–12. Juni 1987. Eine Dokumentation des Ermittlungsausschusses Berlin* (Berlin, 1987).

341 Zit. n. Ermittlungsausschuss, *Berlin*, S. 8.

342 Flugblatt, zit. n. Ermittlungsausschuss, *Berlin*, S. 29.

Eine zweite Entladung gab es sechs Wochen später beim Besuch Ronald Reagans, der nicht nur in der Kreuzberger Szene einen besonders schlechten Stand hatte. Die Gegendemo zählte etwa 50.000 Teilnehmer, die den Namen von Gorbatschow skandierten.<sup>343</sup> Trotz umfangreicher Polizeivorkerungen endete die Kundgebung erneut mit schweren Krawallen. Die Polizei setzte schweres Gerät ein, Kreuzberg wurde abends stundenlang abgeriegelt. Am nächsten Tag wurde auch die Eröffnung der Ausstellung „Mythos Berlin“ von den Autonomen gestört. Angesichts der angespannten Situation beschloss das Bezirksamt einstimmig, das Kreuzberger Bezirksfest abzusagen; ein Jubiläum unter Polizeischutz hielt man nicht für „angemessen.“<sup>344</sup> Wenige Tage später errichteten die vermeintlichen „Anti-Berliner“ am Kottbusser Damm eine Kunstmauer, den sie den „Anti-Kreuzberger Schutzwall“ taufte, um die Sonderbehandlung Kreuzbergs anzuklagen. Zu dieser Zeit hatte man das Jubiläum mehr als satt: „750 Jahre. Es reicht!“<sup>345</sup>

Aber nicht nur in Kreuzberg setzte sich im Laufe des Jahres die Erkenntnis durch, dass das Stadtfest vielleicht ein bisschen sehr groß geraten war. „Berlin feiert sich kaputt!“, schrieb die *Zitty* bereits im Sommer, und auch andere Zeitungen kritisierten die Ausmaße des Dauerjubiläums, das von nicht aufhören wollenden Empfängen, Reden, Staatsbesuchen und Eröffnungen geprägt war und sogar die Tour de France 1987 in West-Berlin beginnen ließ. Zudem gab es Klagen, dass zu wenige Eintrittskarten für Berliner bereit stünden, weil ganze Kontingente für Bundesbürger und Touristen reserviert waren.<sup>346</sup> Zur Halbzeit des Festes zog Diepgen im Juni zwar eine positive Zwischenbilanz, doch die Presse sprach bereits von einer „zunehmenden Verkrampfung.“<sup>347</sup> Die *Süddeutsche Zeitung* spottete, „als sei die Zeit in den zwanziger Jahren stehengeblieben, ist immer wieder von der ‚Weltstadt‘ die Rede, wird eine brodelnde Metropole vorgegaukelt, dienen selbst die offiziell so ungeliebten Alternativen und Autonomen als Ausweis für ‚Zeitgeist‘ und liberale Urbanität.“<sup>348</sup>

Als im November zurückgeblickt wurde, überwog die Ernüchterung. „War dieses Jahr wirklich notwendig?“, fragte die *taz*, und auch Hassemer musste einräumen, dass manches vielleicht zu viel gewesen sei.<sup>349</sup> West-Berlin hatte sich von der Festkonkurrenz zu unbescheidener Selbstinszenierung verleiten lassen, und im Ergebnis stand Ende 1987 eine weit verbreitete Berlinmüdigkeit. Vor allem weil entgegen den Erwartungen keine vorzeigbaren Fortschritte im Ost-West-Verhältnis erzielt worden waren, fielen viele Bilanzen negativ

---

343 *TSP*, 12.6.1987, „Schwere Krawalle zum Ende der Demonstration“.

344 *TSP*, 17.6.1987, „Den Kreuzbergern ist nicht nach Feiern zumute“.

345 Auch später im Jubiläumsjahr parodierte das Kreuzberger „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen“ die 750-Jahr-Feier, „dieses Affentheater der hohen Politik“, etwa indem es im Oktober einen „großen satirisch-karnevalistischen Umzug“ als Gegenveranstaltung zum Mammutprogramm des Senats gab. *Volksblatt Berlin*, 22.10.1987, „Großer satirisch-karnevalistischer Umzug angesagt“. Siehe für eine Analyse der Presse-Berichterstattung über die Ereignisse in Kreuzberg: Lang, *Mythos Kreuzberg*, S. 148ff.

346 DS 10/1577, 29.5.1987; DS 10/1652.

347 NZZ, 21.6.1987, „Halbzeit des Berliner Stadtjubiläums“; *TSP*, 26.6.1987, „Diepgen zog positive Halbzeitbilanz“.

348 *SZ*, 3.9.1987, „Die Schnellste Stadt der Welt“.

349 *Die Zeit*, 49/1987, 27.11.1987, „Vieles war vielen zuviel“; *taz*, 24.12.1987, „War dieses Jahr wirklich notwendig?“.



aus.<sup>350</sup> Die ursprünglichen Hauptveranstaltungen aber, das Sommerfest und die Ausstellung im Gropius-Bau, konnten mit Recht als sehr gelungen beurteilt werden. Und auch in der alten Kernfrage war das Jubiläum ein Erfolg. Denn „bei aller geäußerten Kritik“ zog das Abgeordnetenhaus wenigstens den positiven Schluss, dass „Berlin (West) bei einem Vergleich mit den Aktivitäten im östlichen Teil der Stadt“ nicht schlecht abgeschnitten habe.<sup>351</sup>

---

350 TSP, 16.8.1987, „Berlin und das verzwickte Rollenspiel“; *Volksblatt*, 29.10.1987, „Das Stadtjubiläum endet“; *NZZ*, 1.11.1987, „Bilanz des Berliner Jubiläums“; TSP, 17.11. 1987, „Diepgen nennt 750-Jahr-Feier einen Gewinn für beide Teile Berlins“.

351 Bund, 10/32, 24.9.1987, S. 4. (Legien).

## FAZIT: Stadtgeschichte als großstädtischer Dauerwandel

Für die Organisation der 750-Jahr-Feier sah sich West-Berlin gezwungen, sich von der nationalsozialistischen 700-Jahr-Feier sowie vom parallelen Stadtjubiläum Ost-Berlins abzugrenzen. Die Suche nach Stilmitteln eines demokratischen Stadtfestes endete in der Ablehnung monolithischer Darstellungsformen wie Festzüge und Massenschauspiele und in der Integration zahlreicher (halb)selbständiger Alternativprojekte in das offizielle Festprogramm. Dennoch führte die Feierkonkurrenz mit Ost-Berlin zu einer teilweisen massiven und oft kritisierten Selbstdarstellung West-Berlins.

Die Programmelemente mit direktem Vergangenheitsbezug gehörten zu den erfolgreichsten des Feierjahres. Auch West-Berlin verständigte sich im Vorfeld des Jubiläums auf eine dominante Erzählweise der Stadtgeschichte. Anknüpfend an die Debatten zur Preußenausstellung und zum Deutschen Historischen Museum wurde ab 1984 öffentlich über die Ausrichtung der 750-Jahr-Feier gestritten. Dabei rangen zwei Entwürfe der Stadtgeschichte um den Vorrang. Der Festveranstalter vertrat die stadthistorische Version seines designierten Ausstellungsleiters, der Berlin als urbanisierte Großstadt erzählen wollte. Dagegen bezogen eher konservative Kulturpolitiker eine Position, die Berlins Geschichte an die Schicksalsergebnisse der Nation knüpfen wollte. Der Erzählungswettbewerb wurde schließlich durch eine personalpolitische Maßnahme vom Regierenden Bürgermeister entschieden, obwohl die Ausstellung schießlich deutliche Merkmale des Korff'schen Konzepts tragen sollte.

In Festreden, im Programmbuch und vor allem im Gropius-Bau präsentierte West-Berlin 1987 sein *master narrative* der Stadtgeschichte. Die Halbstadt erzählte ihre Vergangenheit als selbständige und dynamische Geschichte eines urbanen Wandelortes. Berlin erschien als eine immer zeitgemäße Metropole voller Widersprüche und Gegensätze – ungeeignet, sie in einheitlichen Formeln einzufangen. Das Jubiläum präsentierte Berlin als eine „Stadt der Gegenwart“ und dieses Bild eines der Stadt innewohnenden stetigen Wandels und Erneuerungsdrangs entsprach genau der Westberliner Selbstdeutung als Provisorium der Teilung und – etwas utopisch – als künftiger Hauptstadt Deutschlands.

Durch eine gezielte Subventionspolitik sicherte der Senat 1987 die dominante Stelle dieses „offiziellen“ Geschichtsentwurfs. Die Ausstellung konnte mit dem größten Haushalt planen und lag zentral in der Choreographie des Festes. Daneben konnten zwar zahlreiche Gegenerzählungen und kritische Projekte mit staatlichen Fördergeldern artikuliert werden. Doch ob sie von der Historischen Kommission, von der Springer-Presse, von linken Bürgerinitiativen oder (natürlich unsubventioniert) von Ost-Berlin formuliert wurden – diese Gegenerzählungen untergruben nicht das zentrale Urbanisierungsnarrativ der Vielfalt, sondern konnten als deren Bestätigung gelesen werden. Sie wurden der Großstadtausstellung als „Satellitenprojekte“ zu-, und damit untergeordnet. Aufmerksam inszenierte West-Berlin somit sein Selbstbild der freien, vielstimmigen und vor allem sich immer wandelnden Großstadt.

### III. Ost-Berlin 1987

## Historische Hauptstadt und schwindende Zukunft



Abbildung Seite 197:

Hoch reitet Friedrich der Große über den Helden der Arbeiterbewegung ...  
Vorbereitung des historischen Festzuges in Ost-Berlin

# 1. „Hauptstadt der DDR“ und „sozialistische Metropole“

Als in Ost-Berlin zum ersten Mal von einer 750-Jahr-Feier die Rede war, war die Hauptstadt der DDR im Aufschwung begriffen. Das Viermächte-Abkommen und die Anerkennungspolitik hatten zu einem erheblichen Statusgewinn Ost-Berlins geführt, das in Deutschland und international lange Zeit im Schatten des legendenumwobenen West-Berlin gestanden hatte. Doch in den 1970er Jahren waren die Zeiten des heißen Kalten Krieges, der Luftbrücke, des Volksaufstandes und des Mauerbaus vorbei. Wie in West-Berlin wurde die 750-Jahr-Feier in der DDR langfristig vorbereitet und planmäßig durchgeführt und nicht, wie seinerzeit die 700-Jahr-Feier, kurzfristig und in hohem Maße improvisiert „durchgezogen“.

Nach den zahlreichen Berlin-Krisen hatten die späten 1960er Jahre den Übergang zur realsozialistischen Normalität gebracht. Zudem richtete sich unter Erich Honecker Ost-Berlin auf seinen von den Westmächten nicht anerkannten Status als „Hauptstadt der DDR“ ein. Diese regierten offiziell Oberbürgermeister, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, doch sowohl die langfristigen als auch die tagespolitischen Entscheidungen wurden im Sekretariat der Bezirksleitung Berlin der SED getroffen. Zudem griff häufig die oberste Parteiführung in die Angelegenheiten der Stadt ein. So fasste das Politbüro 1976 den millionenschweren „Hauptstadtbeschluss“, um die Stadt planmäßig zur „sozialistischen Metropole“ auszubauen.<sup>1</sup> Die „Wohnungsfrage“ stand dabei im Vordergrund, doch auch auf anderen Feldern rechtfertigte dieser „Hauptstadtbeschluss“ bis zum Ende der DDR alle Bemühungen, Berlin zu einem Aushängeschild der Leistungen und Errungenschaften des Sozialismus auf deutschem Boden zu machen. Diese Bemühungen wurden von Anfang an von einer scharfen Abgrenzungspolitik gegenüber West-Berlin begleitet, denn der rechtlich ungeklärte Zustand Berlins begründete auch im Osten eine nahezu obsessive Beschäftigung mit Statusfragen. Ost-Berlin war die einzige Hauptstadt der Welt, die ihre Funktion im Namen mitführte: „Berlin, Hauptstadt der DDR“.

Im Rahmen des Ausbaus der Hauptstadt erschien in den späten 1970er Jahren das Stadtjubiläum auf der Agenda. Nach jahrzehntenlangem Zukunftspathos und Fortschrittslyrik bedeutete der Rückgriff auf ein historisches Datum als Anlass für ein Fest einen gewissen Wandel im Selbstverständnis Ost-Berlins, das nun auch jene Vergangenheit zu erschließen begann, die bis dahin abgewiesen und vernachlässigt worden war. 1976 verkündete der erste Sekretär der Bezirksleitung, Konrad Naumann, dass das Jubiläum „uns in besonderer Weise

---

1 Jürgen Rostock, „Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR“, in: Süß und Rytlewski, *Berlin*, S. 259–294, hier S. 288.



Konrad Naumann, 1979

anspornen wird, die progressiven Traditionen dieser Stadt weiter auszuarbeiten“. Damit war die innerstädtische Systemauseinandersetzung auf dem Feld der Geschichte programmiert, denn „die bevorstehende 750-Jahr-Feier unserer Stadt wird selbstverständlich auch der bürgerlichen Geschichtsfälschung willkommenen Anlaß sein, (...) die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik“ zu bestreiten. Deshalb umriss Naumann 1976 erstmals die Konturen eines Ostberliner Narrativs der Stadtgeschichte, mit dem er den Ost-West-Wettstreit um das historische Erbe antreten würde: „750 Jahre Berlin, das sind 750 Jahre wechselvolle Geschichte des Klassenkampfes. Sie reicht vom ‚Berliner Unwillen‘ im 15. Jahrhundert über die 48er Revolution bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, sie reicht von der symbolischen Hissung der roten Flagge am Reichstag als Symbol der Niederschlagung des Faschismus bis hin zu den neueren (...) revolutionären

Traditionen, die die Berliner Werktätigen und alle Werktätigen der Republik für ihre Hauptstadt mitgeschrieben haben.“<sup>2</sup>

Diese Enttabuisierung des Geschichtlichen fand nicht nur in Berlin statt. Vielmehr entwickelte sie sich ab den späten 1970er Jahren in der gesamten DDR und diente als eine Art Kompensation zu der auf innerdeutsche Abgrenzung aufgestellten „Zwei-Nationen-Theorie“, mit der Erich Honecker am Beginn der Dekade angetreten war. Durch eine Revision des sozialistischen Geschichtsbildes wurde der nationale Bezug in den folgenden Jahren neu hergestellt, wobei die Spannung zwischen einer proklamierten „sozialistischen Nation“ mit zunehmend nationaldeutscher Vergangenheit in den 1980er Jahren kaum übersehbare Risse im Ideologiegebäude der DDR verursachte. Jedenfalls drückte die neue Geschichtspolitik einen deutlichen Stempel auf das Berliner Stadtbild: Großzügige Renovierungen historischer Gebäude im Stadtzentrum sollten Berlin mit Hauptstadtfair versehen.

Doch während der langen Vorbereitungen für die 750-Jahr-Feier geriet die DDR, und mit ihr ihre Hauptstadt, zusehends in wirtschaftlichen Bedrängnis. Die Milliardenkredite, die die DDR in den frühen 1980er Jahren von der Bundesrepublik annahm, legten diese Probleme offen. Erschöpft vom andauernden Systemwettbewerb, verkündete die SED schließlich eine

2 Konrad Naumann, *Zu den Aufgaben bei der weiteren Entwicklung der Hauptstadt der DDR – Berlin. Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED* (Berlin, 1976), S. 12f.

„Koalition der Vernunft“ zwischen Ost und West, die der Sicherung des Weltfriedens Vorrang gegenüber dem globalen Klassenkampf gab. Die Verteidigung des deutsch-deutschen *Status quo* wurde zum Kern der DDR-Außenpolitik – westliche Versuche, die Mauer „durchlässiger“ zu machen und die Teilung zu überwinden, wies Honecker mit Verweis auf einen drohenden Atomkrieg scharf zurück. Ost-Berlin berief sich auf seinen 1979 vom Weltfriedensrat verliehenen Ehrennamen „Stadt des Friedens“. In der letzten Phase ihrer Existenz lebte die DDR in einer paradoxen Mischung von zunehmender wirtschaftlicher Abhängigkeit und gleichzeitiger politischer Abschottung von der Bundesrepublik. In diesem Rahmen wurde die 750-Jahr-Feier der „sozialistischen Metropole“ gefeiert. Das Fest sollte den Zustand der Teilung nach innen und außen bekräftigen und Ost-Berlin als zukunftsfähige und eigenständige Hauptstadt präsentieren.

Dieser Teil wird zunächst dem Wandel in der städtischen Geschichtskultur ab den späten 1970er Jahren nachgehen (III.2). Im Ergebnis dieses Wandels und mit Blick auf 1987 wurde in der Geschichtswissenschaft der DDR um 1980 eine Subdisziplin „Berlin-Geschichte“ gegründet. Gefragt wird nach dem Verhältnis zwischen Stadthistorikern und Stadtverwaltung in diesem Geschichtsdiskurs, und nach dem besonderen Selbstverständnis der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft (III.3). Auch in Ost-Berlin bestanden verschiedene Vorstellungen über die Stadtgeschichte, denn in der sich verschiebenden Geschichtskultur der DDR war die Repräsentation der Vergangenheit nicht länger selbstverständlich. Dies führte zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Konstruktion der sozialistischen Erzählung der Berliner Geschichte, die erst durch die Verabschiedung einer historischen Zeitschrift, die *Thesen 750 Jahre Berlin*, durch das Politbüro gelöst wurden (III.5). Unterdessen wuchs die 750-Jahr-Feier zu einer nationalen Angelegenheit, die von der SED-Spitze besetzt und wegen der Konkurrenz zu West-Berlin mit großen staatlichen Mitteln ausgestattet wurde (III.4). Den Folgen dieser Verwandlung vom Stadtfest zum Staatsfest wird im letzten Abschnitt nachgegangen, der das Ostberliner Selbstbild, die Vermittlung der Stadtgeschichte und die Rezeption der 750-Jahr-Feier in der realsozialistischen Gesellschaft untersucht (III.6).

## 2. Die Wiederentdeckung des historischen Berlins

Wie West-Berlin hatte auch Ost-Berlin seine Stadtgeschichte lange vernachlässigt. Anders etwa als die Nationalsozialisten in den 1930er Jahren hatten sich die deutschen Kommunisten nach 1945 kein besonderes Legitimationspotential aus ihr versprochen. Der Sozialismus war nach Kriegsende als System der Zukunft angetreten. Sein Sinnangebot bezog er ursprünglich aus dem vollständigen Bruch mit der Vergangenheit und aus dem Glauben an eine neue Epoche im historischen Entwicklungsprozess. Die SED hatte den zerbombten deutschen Städten beim Wiederaufbau ihren modernistischen Willen aufgezwungen.<sup>3</sup> Viele beschädigte Altbauten wurden aus dem Stadtbild entfernt, um dem sozialistischen Städtebau Platz zu verschaffen. Symbolträchtig war die Sprengung des Berliner Hohenzollernschlosses 1950, nachdem bezeichnenderweise Originalteile jenes Balkons gesichert worden waren, von dem Karl Liebknecht 1918 die sozialistische Republik ausgerufen hatte. Dieses IV. Portal des Schlosses wurde als Traditionskonstrukt nebenan in das modernistische Staatsratsgebäude eingebaut – die Erinnerungsarbeit wurde in Ost-Berlin äußerst selektiv geleistet. Die DDR schmückte sich mit den Mythen der Arbeiterbewegung. Diese prägten eine einseitige Erinnerungskultur und Gedenkstättenlandschaft, die vor allem Abrechnungen mit früheren Zeiten waren.<sup>4</sup> Wenn schon West-Berlin als eine „geschichtslose“ Stadt gekennzeichnet wurde, so war Ost-Berlin bis in die 1970er Jahre in mancher Hinsicht gar eine „geschichtsfeindliche“ Stadt.

### Verschundene Stadtgeschichte

In der SBZ/DDR wurde nach und nach die Fachrichtung Landesgeschichte als „reaktionär“ abgewickelt und mit der Auflösung der deutschen Länder in der DDR (1952) weiter tabuisiert. Jene Berliner Lokal- und Regionalhistoriker, die wie Eberhard Faden, Ernst Kaeber, Willy Hoppe oder Otto-Friedrich Gandert den Krieg überlebt hatten, gingen ausnahmslos in den Westen, um die alte Forschungstradition wieder aufzunehmen. Bescheidene Versuche, in der frühen DDR eine Heimatbewegung zu beleben, wurden rasch ausgemerzt. So erging

---

3 Ähnlich übrigens wie die Bundesrepublik. Vgl. Klaus von Beyme, *Der Wiederaufbau* (München, 1987).

4 Eberhard Kuhrt und Henning von Löwis, *Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR* (Paderborn, 1988), S. 197–218; Gerd-H. Zuchold, „Der Abriß der Ruinen des Stadtschlosses und der Bauakademie in Ost-Berlin. Vom Umgang mit Denkmälern preußischer Geschichte in der Frühzeit der DDR, *DA* 18 (1985), S. 178–207; Bernd Maether, *Die Vernichtung des Berliner Stadtschlosses. Eine Dokumentation* (Berlin, 2000).



es etwa der 1955 gegründeten Zeitschrift *Berliner Heimat*, die jene Quellen freilegen wollte, „die eine reaktionäre Geschichtsschreibung zugeschüttet und vernachlässigt hat“, um so vom „wahren Gesicht unserer Heimatstadt, dem fortschrittlichen und humanistischen Berlin“ zu berichten.<sup>5</sup> Unter dieser Oberfläche betrieb sie aber ein herkömmliches heimatkundliches Programm, das zudem die Einheit der Stadt implizierte, wie in gemeinsamen Tagungen mit Westberliner Heimatforschern wie Faden oder Gandert deutlich wurde.<sup>6</sup> Als das SED-Politbüro 1955 die Errichtung lokaler „Bezirkskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ beschloss, um die alte Heimatgeschichte zugunsten einer neuen, auf Arbeiter und Klassenkampf ausgerichteten Geschichtskultur zu verdrängen, waren die Tage der *Berliner Heimat* gezählt. Die Berliner Bezirksgeschichtskommission lancierte 1958 eine scharfe Kritik gegen die Zeitschrift, die dann Anfang 1961 abrupt abgewickelt wurde.<sup>7</sup>

Auch wenn die Probleme mit dem städtischen Erbe keine Besonderheit der preußischen Hauptstadt waren – überall in der DDR wurden die Selbstbilder der Städte auf Klassenkampf und Arbeitertradition umgekrempelt<sup>8</sup> – so entwickelte sich Berlin doch zu einem Extremfall. Die Spaltung der Stadt verursachte einen besonders verkrampften Umgang mit ihrer Vergangenheit. Während die Teilung West-Berlin einen identitätsstiftenden Gründungsmythos der „Freiheit“ lieferte, bildete sie für die um Anerkennung ringende Hauptstadt der DDR eine traumatische Erfahrung. Sie versperrte lange Zeit den Blick auf die gesamte Stadtgeschichte, verwies diese doch unmissverständlich auch auf jene Westbezirke, die sich 1948 „freiwillig“ abgespalten hätten, seit 1961 ummauert waren und seit etwa 1971 als „Ausland“ galten. Und die Systemauseinandersetzung innerhalb einer Stadt konnte kaum befriedigend mit dem Klassenkampf erklärt werden, wie es die offizielle Sprachregelung vorsah.

Die Erklärungen für die Spaltung wurden in der DDR somit nicht von Historikern, sondern von der Deutschlandpolitik definiert, die die städtische Vergangenheit völlig überformte. So nahmen die Autoren Percy Stulz und Gerhard Keiderling 1970 in ihr Überblickswerk *Berlin 1945–1968* auch ein Kapitel zur Entwicklung West-Berlins auf.<sup>9</sup> Es wurde geschrieben in einer Zeit, wo im Osten noch die „nationale Grundkonzeption“ galt und man bezüglich West-Berlins von einer „Freien Stadt“ sprach, die sich auf Dauer der DDR anschließen würde.<sup>10</sup> Doch als diese Konzeption mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker aufgege-

---

5 Friedrich Ebert, „Zum Geleit!“, *Berliner Heimat* 1 (1955), 1, S. 1.

6 Daniel Ostwald, „Ein verheißungsvoller Auftakt“, *Berliner Heimat* 1 (1955), 1, S. 46f.

7 Die Kritik lautete u.a.: „Die Thematik dieser Zeitschrift umfaßt höchstens 10 bis 15 % die Geschichte der Arbeiterbewegung. So erschien z.B. zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution überhaupt kein Artikel. (...) Oft fehlt jeglicher Gegenwartsbezug oder ist, wenn vorhanden, reaktionär. So wird breit über die Berliner U-Bahn berichtet, ohne auf die Lage und den Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter einzugehen. (...) (Es) ist notwendig, in der Zeitschrift die materialistische Geschichtsauffassung darzulegen und anzuwenden, Artikel über die Ereignisse von historischer Bedeutung der Gegenwart zu bringen, sich vor allem mit der Konzernideologie auseinanderzusetzen, die Rolle der Volksmassen zu erläutern und eine kämpferische Sprache zu reden.“ (Alfred Loesdau, „Zum Inhalt der ‚Berliner Heimat‘“, o.D. (1958), in: LA, C Rep 902, 1401). Zu den Bezirksgeschichtskommissionen: Lokatis, *Der Rote Faden*, S. 191ff.

8 Adelheid von Saldern, *Inszenierte Einigkeit*.

9 Gerhard Keiderling und Percy Stulz, *Berlin 1945–1968*, Hg. Roland Bauer (Berlin, 1970).

10 Gerhard Keiderling, „Die Westberlin-Frage in der historischen Forschung der DDR“ in: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat* (Berlin, 1999), S. 413–427.

ben, die Teilung hingenommen und die „sozialistische Nation“ proklamiert wurde, galten Bundesrepublik und West-Berlin als Ausland. Stadtpläne ließen nun den Westteil weiß und die zusammengezogene Schreibweise „Westberlin“ verweigerte ihm sogar den Stadtnamen. Stadthistoriker mussten nun mit dem Problem fertig werden, dass sich Berlins Nachkriegsgeschichte nur auf den Osten beschränken konnte. Als Keiderling für die 750-Jahr-Feier eine Neuauflage seines Buches vorbereitete, war seine alte Konzeption obsolet: Jetzt gehörten die zwölf West-Bezirke ab 1948 nicht mehr dazu, und sie wurden aus der *Geschichte Berlins 1945–1986* gestrichen.<sup>11</sup> In dieses politische Minenfeld, wo ein plötzlicher Kurswechsel ganze Forschungsfelder wegfegen konnte, hatten sich bis zu den 1980er Jahren kaum Historiker gewagt. Und diese Lücke wurde sofort registriert, als sich die Berliner Bezirksleitung Gedanken über das Stadtjubiläum zu machen begann.

Ähnlich wie in der Reichshauptstadt und West-Berlin geriet das Jubiläum in Ost-Berlin etwa zehn Jahre vorher in den Blick der verantwortlichen Behörde. Und ähnlich wie Ernst Kaeber 1928 war es 1976 ein lokalpolitisch tätiger Historiker, der als erster Handlungsbedarf sah. Im März 1977 informierte SED-Bildungssekretär Roland Bauer die Bezirksleitung über eine 750-Jahr-Feier, die Berlin „in der ersten Hälfte der 80er Jahre“ zu begehen habe: „Eine exakte, durch Dokumente bewiesene Angabe über die Gründung der Stadt liegt nicht vor. Da Cölln 1237 und Berlin 1244 erstmals urkundlich erwähnt wurden, wurde 1937 der 700. Jahrestag der Gründung Berlins begangen. Nach den Ausgrabungsfunden der 50er und 60er Jahre wird von unsern marxistischen Historikern übereinstimmend spätestens 1230 als Gründungszeit Berlins angegeben.“<sup>12</sup> Doch mehr als die Bestimmung des genauen Zeitpunktes der Feier beschäftigte Bauer der mangelhafte Forschungsstand zur Stadtgeschichte, denn der gelernte Historiker<sup>13</sup> sah einen beunruhigenden „Rückstand“ gegenüber der „bürgerlichen“ Historiographie: „Von 900 Arbeiten zur Geschichte Berlins von 1945 bis 1966 stammen 796 aus der Feder westlicher Autoren und nur 104 von Historikern der DDR. Und von ca. 70 Gesamtdarstellungen der Geschichte Berlins (...) ist nicht eine einzige von DDR-Historikern.“ Das war nichts weniger als eine Berliner Sonderlage, denn „Städte wie Weimar, Magdeburg, Rostock, Erfurt, Stralsund, Wernigerode und andere haben bereits marxistische Stadtgeschichten vorliegen.“ Doch gerade im Vergleich zu West-Berlin wusste Bauer auch um die lokalhistorischen Schätze, die in der Hauptstadt verborgen lagen. Praktisch alle Urkunden und Quellen lagerten im Ostberliner Archiv, es gab das Märkische Museum, Forschungen zur Arbeiterbewegung und nicht zuletzt das „alte Berlin“ selbst – oder was noch davon übrig war. Zuversichtlich schloss Bauer: „Das alles (...) braucht nur richtig

---

11 Gerhard Keiderling, *Berlin 1945–1986* (Berlin, 1987).

12 LA, C-Rep 902 (D), 077, Roland Bauer, „Information über die gegenwärtige Lage und Vorschläge zur Verstärkung der geschichtswissenschaftlichen, propagandistischen und publizistischen Arbeit über die Geschichte Berlins“, Beschluß des Sekretariats der BL 10/77, 14.3.1977. Ohne Hinweis auf 1937 meinte der Stadtarchivdirektor Liening, dass Berlin 1987 feiern sollte. (LA, C Rep 104/2, 187, Liening an Krack, 3.2.77.)

13 Bauer war in Moskau als Historiker ausgebildet worden und hatte 1958 promoviert. Nachdem er in die unheilvollen Debatten zum Charakter der Novemberrevolution verwickelt war, wurde er stellvertretender Direktor der Parteihochschule und dann Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML), bevor er 1964 in die Berliner Bezirksleitung wechselte. Vgl. Roland Bauer, „Über den Charakter der Novemberrevolution“, *ZfG* 6 (1958), S. 133–169; Joachim Petzold, „‘Meinungsstreit’ im Herrschaftsdiskurs“, in: Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs*, S. 287–314, hier S. 297 und 301; Lokatis, *Der rote Faden*, S. 102f.

genutzt, durchgeforscht und in der historischen zeitgenössischen Publizistik verarbeitet zu werden.“<sup>14</sup>

Deshalb beschloss die sozialistische Stadtverwaltung 1977 die Aufholjagd, sowohl „gegenüber anderen Städten der DDR, als auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus“. Sie verpflichtete sich, „den zahlreichen Veröffentlichungen der BRD und Westberlins mehr marxistische Arbeiten mit unserem Standpunkt zu den Traditionen Berlins und insbesondere zur jüngsten Geschichte von 1945 bis heute entgegenzusetzen.“<sup>15</sup> Ost-Berlin ging daran, eine Gegenerzählung über die Spaltung der Stadt zu entwerfen und die Erfolge des Sozialismus als Ziel- und Endpunkt der Berliner Stadtgeschichte zu unterstreichen.

## Utopieverlust und Abgrenzungszwang

Die Neuentdeckung der Berliner Vergangenheit wurde nicht nur durch das kommende Jubiläum hervorgerufen. Sie entsprach dem gewandelten politischen Selbstverständnis der DDR durch die Verkündung der „sozialistischen deutschen Nation“ Anfang der 1970er Jahre.<sup>16</sup> Nunmehr manifestierte sich die DDR als eigenständiger nationaler Staat, was sowohl zu einer Aufwertung der Rolle Berlins als Hauptstadt der DDR als auch zu einer Neubewertung der deutschen Vergangenheit führte. Das veränderte Nationsverständnis brachte das ideologische Gefüge der DDR gründlich durcheinander, denn die mit dem Schlagwort von der „sozialistischen Nation“ beabsichtigte verschärfte Abgrenzung von der Bundesrepublik war zugleich das offizielle Eingeständnis, dass das Ziel des Aufbaus des Sozialismus in ganz Deutschland als nicht realisierbar aufgegeben war. Mit dieser gegenüber auch den 1960er Jahren weitaus stärkeren Defensivposition wurde die deutsch-deutsche Systemauseinandersetzung im Grunde für gegenstandslos erklärt. Nach der Errichtung der undurchlässigen Grenzbefestigungen versuchte der Realsozialismus, sich hinter diesem zusätzlichen ideologischen Bollwerk als eigenständige Republik mit halber Hauptstadt nunmehr dauerhaft einzurichten.<sup>17</sup>

Diese ideologische Notlösung zeigt, dass der deutsche Sozialismus bereits in den 1970er Jahren das meiste von seinem anfänglichen Zukunftspathos und Utopiegehalt verloren hatte.

---

14 LA, C-Rep 902 (D), 077, Roland Bauer, „Information über die gegenwärtige Lage und Vorschläge“. Und Bauer ging selbst mit gutem Beispiel voran: Roland Bauer und Erich Hühns, *Berlin. 800 Jahre Geschichte in Wort und Bild* (Berlin, 1980).

15 LA, C-Rep 902 (D), 077, Roland Bauer, „Information über die gegenwärtige Lage und Vorschläge“.

16 Der Nationsdiskurs in der DDR der frühen 1970er Jahre war von vielen Wendungen und Brüchen gezeichnet, die allerdings stets darauf hinausliefen, nationale Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik zu betreiben. Vgl. Walter Schmidt, *Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren* (hefte zur ddr-geschichte 38) (Berlin, 1996).

17 1974 präsentierte Honecker unerwartet eine neue Verfassung der DDR, aus der jeglicher Bezug auf Deutschland herausgestrichen worden war. Der Verwirrung, die hierauf folgte, nachdem der Begriff „deutsch“ aus dem öffentlichen Leben der DDR entfernt worden war, wurde zwei Jahre später mit dem neuen Programm der SED ein Ende gesetzt. Dieses behauptete zwar weiterhin die Eigenständigkeit der „sozialistischen deutschen Nation“ der DDR, gab aber die ethnische Zugehörigkeit der DDR-Bürger zur „deutschen Nationalität“ zu. Mit diesem ambivalenten Unterschied zwischen Nation und Nationalität sollte das Problem gelöst sein, auf jeden Fall tilgte die SED 1976 alle Hinweise auf den Fortbestand einer einheitlichen deutschen Nation. Vgl. Schmidt, *Das Zwei-Nationen-Konzept*; Wolle, *Die Heile Welt*, S. 96–105.

Anders noch als Walter Ulbricht, der stets alle Kräfte dem Systemwettbewerb gewidmet und seine Politik auf die Gewissheit des sozialistischen Sieges im gesamten Deutschland gegründet hatte („Überholen ohne Einzuholen“), ging Honecker zum pragmatischen Konzept einer Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik über, das dem Konsumbedürfnis in der Bevölkerung mehr nachkam als dem ideologisch verbürgten Klassenkampf mit der Bundesrepublik. Und dennoch blieb Westdeutschland sowohl für die Parteiführung als auch für die Bevölkerung immer der obsessive Maßstab der eigenen Leistungen, auch als sich die DDR weitgehend aus dem offenen Systemwettbewerb gelöst hatte. Die innere Legitimität der DDR gründete sich nun weniger auf die Gewissheit der eigenen Überlegenheit, als vielmehr auf der Aufrechterhaltung eines erheblichen Maßes von Wohlstand, die jedoch bald die wirtschaftliche Kraft der DDR sprengte.<sup>18</sup> In den 1980er Jahren sollte die defensive Rhetorik der Sicherung des Weltfriedens die offene Systemkonfrontation endgültig verdrängen.

Der Verschleiß des sozialistischen Denksystems zeigte sich auch im Ostberliner Parteiapparat. Obwohl die direkte Systemauseinandersetzung durch die allgemeine Entideologisierung an Präsenz verloren hatte, blieb das von „Westberlin“ verkörperte Feindbild vor allem in der Hauptstadt deutlich präsent. Das Ostberliner Selbstbild stützte sich weitestgehend auf die Abgrenzung von West-Berlin, das nach kommunistischer Theorie als spätkapitalistische Gesellschaft zum Untergang verdammt war. Allerdings fiel es den Funktionären beim ausbleibenden Weltsieg des Sozialismus immer schwerer, den baldigen Kollaps des Imperialismus herbeizureden – es wurden dazu sehr kreative Steigerungen einer sich stets weiter vertiefenden Krise der kapitalistischen Welt erfunden. Demnach spiegelte „Westberlin“ etwa „in zugespitzter Form die Vertiefung der allgemeinen Krise des Imperialismus und ihre immer engere Verflechtung mit Erscheinungen der zyklischen Krise und die politische Sackgasse der imperialistischen NATO-Politik“ wider. Konrad Naumann meinte noch 1979 „sehr genau“ beobachten zu können, „wie auf dem Hintergrund unserer Erfolge (...) das politische, ökonomische und geistig-kulturelle Fiasko, das der Imperialismus mit seiner Westberlinpolitik erleidet, besonders deutlich hervortritt.“ Doch im 30. Jahr der DDR musste er den Genossen explizit erklären, dass dies „ganz konkret schon heute (gilt) und nicht nur im großen historischen Sinne.“ Auf eine Gewissheit pochend, die der DDR bereits abhanden zu kommen begann, sprach er von steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Bevölkerungszahlen in West-Berlin, von mangelhaften „Krisenmanagementsbemühungen“, „politisch brisanten Fehlinvestitionen“ und dem „häßlichen Bau des ICC am Funkturm, dessen Gigantismus keinesfalls unpolitischen Charakter trägt.“ Der konkrete Vergleich mit dem Klassengegner war längst zur Bedrohung geworden, weshalb Naumann keine Übertreibung scheute und Auswege nicht selten in aberwitzigen Metaphern suchen musste: „Wer Westberlin als ‚Schaufenster‘ in den Osten betrachtet, gibt die komische Figur ab, in diesem ‚Schaufenster‘ mit einer Leiche für ein Lebenselixier werben zu wollen.“<sup>19</sup>

Die Wahrnehmung des Klassenfeindes gestaltete sich in Ost-Berlin weitgehend gemäß Hannah Arendts Begriff des „objektiven Gegners“ in totalitären Gesellschaften.<sup>20</sup> Das be-

18 Andre Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR* (München, 2004).

19 Konrad Naumann, *Zu Erfahrungen der Berliner Parteiorganisation bei der weiteren Erfüllung der vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe (Aus einem Vortrag am Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED am 28. März 1979)* (Berlin, 1979), 49ff., hier S. 49.

20 Hannah Arendt schreibt, „daß es zum Wesen totalitärer Bewegungen gehört, ihre Feinde in Übereinstimmung mit ihrer bereits vor der Machtergreifung voll entwickelten Ideologie zu definieren, und da

deutete erstens, dass etwa Naumann unabhängig vom konkreten Verhalten des Westberliner Senats von dessen notwendig feindlichen Zielen überzeugt war. „Nach Bedarf“ handhabte dieser den „Zankapfel“ Westberlin, „je nachdem, ob man Spannungen zu schüren beabsichtigt oder ob einem gerade der zeitweilige Abbau von Spannungen zweckmäßiger erscheint.“ Zweitens projizierte er das eigene Selbstverständnis umstandslos auf den Feind, weshalb Naumann zu den Westberliner Untergangssymptomen auch wachsende „Polizei und Spionageorganisationen“ und gar eine „undemokratische Gesinnungs- und Überprüfungsschnüf-felei“ zählen konnte. Er setzte für den Senat dieselbe Feindfixierung voraus, die dem wahren SED-Parteisolddaten eigen war.<sup>21</sup>

Ein stets wiederkehrendes Motiv dieser Profilschärfungen waren auch die ungelösten Statusfragen, auf die die auf nationale Normalität bedachte DDR überempfindlich reagierte. Naumann demonstrierte Selbstsicherheit: „Das Vierseitige Abkommen über Westberlin erwähnt die Hauptstadt der DDR überhaupt nicht.“ Aufgeregt wehrte er westliche Versuche ab, „die Hauptstadt der DDR widerrechtlich in dieses Abkommen einzubeziehen, ihre Hauptstadtfunktion zu leugnen und eine heuchlerische Berlin-Nostalgie zu schüren, die Westberlin als ‚eigentliches Zentrum‘ einer so genannten ‚einheitlichen deutschen Nation‘ betrachtet“.<sup>22</sup> Doch unter der Oberfläche dieser scharfen Zurückweisungen verfestigte sich das defensive Respektieren der Verträge (nach eigener Auslegung) und des *Status quo* vor allem in der DDR zu einer rhetorischen Regelmäßigkeit – anders als in der Sprache des Westens, der erklärtermaßen die Grenze durchlässiger zu machen suchte.<sup>23</sup> Auch hier zeigte sich der Utopieverlust: Die DDR verstand sich zunehmend als Friedensstaat und kaum länger als eine dem Gegner gesetzmäßig überlegene Fortschrittsgesellschaft.<sup>24</sup> Gleichwohl bedurfte ihre Existenz einer fortdauernden Bestätigung, wenn sie nicht länger, wie noch in den 1960er Jahren, aus der sicheren Überlegenheit und Zukunftsgebundenheit des eigenen Gesellschaftssystems hervorging.

Vor diesem Hintergrund bedeutete das Berlin-Jubiläum sowohl eine Chance als auch eine Bedrohung. Einerseits stand für die SED-Führung von Anfang an außer Frage, dass Westberlin das Ereignis für eine Propaganda der „Gesamtberliner Gemeinsamkeiten“ nutzen und somit die Grundlagen einer selbständigen DDR in Frage stellen würde. Andererseits bot das Stadtjubiläum die Möglichkeit, „Berlin, Hauptstadt der DDR“ und die gesamte DDR vor

---

diese Definitionen mit freundlichen oder feindlichen Gedanken der Betroffenen nichts zu tun haben, braucht die Polizei auch keine besonderen Erkundungen, um ‚verdächtige Personen‘ festzustellen. Die ideologisch definierten Gegner werden aus den natürlichen oder historischen Ablaufgesetzen, deren Exekutor der totalitäre Machthaber zu sein vorgibt, ‚objektiv‘ errechnet.“ (Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Frankfurt am Main, 1955; München 1986, 82001), S. 876f.)

21 Naumann, *Zu Erfahrungen*, S. 45, 51. Demnach beabsichtigte der Senat mit der Planung der 750-Jahr-Feier in erster Linie „entsprechend einer schon gängigen Strategie die Wirkung der umfangreichen Vorbereitungen der DDR möglichst in ihrer internationalen und nationalen Ausstrahlungskraft zu schmälern.“ (Ebd., S. 46.)

22 Und: „Das ‚freie Berlin‘ – hier muß man schon dreimal dazu sagen, daß damit seltsamerweise Westberlin gemeint sein soll – wird als ‚letzte Klammer der deutschen Einheit‘ bezeichnet. (...) Das ist natürlich ein Gerede gegen den Wind.“ (Konrad Naumann, *Zu den Aufgaben*, S. 5ff.)

23 Eberhard Diepgen (Hg.), *Berlinpolitik. Rechtsgrundlagen, Risiken und Chancen* (Berlin, 1989).

24 Martin Sabrow, „Zukunftsparadigma als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR“, in: Heinz-Gerhard Haupt und Jörg Requate (Hg.), *Aufbruch in die Zukunft*, (Göttingen, 2005), S. 165–184.

aller Welt als eine stabile, prosperierende und Frieden liebende Gesellschaft zu präsentieren und dadurch an Legitimität zu gewinnen. Politbüromitglied Kurt Hager fasste die obsessive Beschäftigung mit deutsch-deutschen Problemen 1981 bündig zusammen, als er die wichtigsten Ziele für das Jubiläum festhielt: Es könne erstens „einen wesentlichen Beitrag bei der Festigung des sozialistischen Heimat- und Nationalbewußtsteins der Bürger der DDR leisten“, zweitens „das internationale Ansehen Berlins als sozialistische Metropole stärken“ und schließlich „imperialistische Konzeptionen von einer ‚Gesamtberliner Geschichte‘ bzw. vom ‚Offenhalten der deutschen Frage‘ wirksam zerschlagen helfen.“<sup>25</sup>

Damit war eines von vornherein klar: Man würde 1987 auf keinen Fall mit West-Berlin zusammen feiern. Im Gegenteil, grundsätzliche Abgrenzung prägte von Anfang an die Vorarbeiten Ost-Berlins. Naumanns Urteil über die ersten westlichen Anfragen war denn auch vernichtend: „Es ist ein hilfloser Ausdruck dieser nationalistischen Reichshauptstadtdarstellung, wenn der gegenwärtig tätige Bürgermeister von Berlin (West), Herr Stobbe, sich anmaßt, uns den Vorschlag zu unterbreiten, wir sollten doch das 1987 bevorstehende Jubiläum (...) gemeinsam feiern. Diese Neuauflage der Alleinvertretungsanmaßung hat keine Zukunft und entspricht in keiner Weise den Realitäten der Nachkriegsentwicklung.“ Zudem, so schlug er in die Westberliner Kerbe, lagen „dieses Berlin und Cölln, die beide um 1230 herum unmittelbare Nachbarn waren, beide auf dem heutigen Territorium der Hauptstadt der DDR“. West-Berlin solle mit seinem eigenen Territorium auskommen: „Wir jedenfalls werden, und wie könnte es anders sein, das 750. Jubiläum Berlins im Sinne der weiteren Gestaltung unserer sozialistischen Hauptstadt (...) begehen.“<sup>26</sup>

Diese „weitere Gestaltung“ Ost-Berlins war im nunmehrigen Nationalstaat DDR möglich und notwendig geworden. In Konkurrenz zu „Westberlin“ und sozialistischen Metropolen wie Prag oder Budapest musste die DDR mit einer weltstädtischen Kapitale ausgestattet werden. Doch das Ausbauprogramm nahm bald überraschende Züge an. Nach jahrzehntelangem sozialistischem Neubau erfolgte nach 1976 eine plötzliche Neubewertung der historischen Bausubstanz Berlins. Obwohl noch im „Hauptstadtbeschuß“ der Abriss von 80 000 Altbauwohnungen angekündigt worden war, um die Wohnungsfrage bis 1990 mit Neubauten „endgültig“ zu lösen, wurde kurz darauf als neues Leitbild die „komplexe Rekonstruktion“ der Mietskasernen verkündet. 1979 wurde gar ein allgemeiner Abrissstopp verkündet. Zweifellos spielten hierbei wirtschaftliche Argumente eine Rolle, denn was die DDR unter „komplexer Rekonstruktion“ verstand, war billiger als Abriss und Neubau. Zudem waren die Mietskasernen als Symbole kapitalistischer Arbeiterunterdrückung sehr stark vernachlässigt worden. Ihre wenigstens oberflächliche Instandsetzung war dringend notwendig und damit veränderte sich die Haltung gegenüber diesem Bauerbe. Während der großflächige Plattenbau in neuen Bezirken am Stadtrand unvermindert voranschritt, wurden in der Innenstadt mehrere ausgewählte Straßenzüge äußerlich renoviert. Weil sich unter den Leitbegriffen der „Sanierung“ und „Stadterneuerung“ ähnliche Prozesse in West-Berlin abspielten, zeigten sich auch westliche Bauplaner außerordentlich interessiert.<sup>27</sup>

---

25 SAPMO-BArch, DY30/vorl. SED 38791, Hager an Naumann, 9.7.1981.

26 Konrad Naumann, *Zu Erfahrungen*, S. 45.

27 So beispielsweise Hans Stimmann, *Stadterneuerung in Ost-Berlin vom „sozialistischen Neuaufbau“ zur „komplexen Rekonstruktion“*. *Überblick und Materialien* (Berlin, 1985). Vgl. auch Rostock, „Ost-Berlin“.

Doch das größte Aufsehen erregte Ost-Berlin mit der Neubewertung der preußischen Prunkbauten im Stadtzentrum. Das war der Wandel, der in West-Berlin so viel Unruhe verursachte. Der Kontrast zur üblichen Errichtung futuristischer Neubauten in der Innenstadt wirkte zudem überraschend. Denn auch wenn das Rote Rathaus, die Alte Nationalgalerie, das Zeughaus oder das Forum Fridericianum nach dem Krieg wiederaufgebaut worden waren, so hatte die SED das Stadtzentrum vor allem durch modernistische Projekte geprägt. Von der Stalinallee der 1950er über den Fernsehturm und das Interhotel der 1960er bis zum Palast der Republik der 1970er Jahre war Altes abgerissen und Neues gebaut worden. Doch um 1980 wurden der Berliner Dom und der Lustgarten im alten Stil wiederhergestellt und danach fand die Integration der älteren Baugeschichte in das Selbstbild des sozialistischen Berlins mit zwei großen Projekten ihren Höhepunkt. Der Gendarmenmarkt war lange eine imposante Ruinenlandschaft gewesen, bis die DDR zwischen 1978 und 1984 das „Schauspielhaus“, den Französischen Dom und ab 1984 auch den Deutschen Dom wieder aufbaute. Der nunmehrige „Platz der Akademie“ versah die Hauptstadt der DDR mit einer historischen Kulisse. Ebenso überraschend war der Wiederaufbau des Nikolaiviertels an der Spree. Noch Anfang der 1970er Jahre hatte man das im Krieg beschädigte „alte Berlin“ der Fischerinsel abgerissen, um fünf Wohntürmen Platz zu verschaffen. Ähnlich hätte man mit dem Nikolaiviertel, Berlins Geburtsstätte, verfahren können, doch zehn Jahre später optierte die DDR für seinen Wiederaufbau. Die total zerstörte Nikolaikirche wurde ab 1981 detailgetreu wiederaufgebaut, und um sie herum entstand auch Altberlin von neuem – zwar in modernistischen Platten, aber orientiert an den alten Fassaden und Grundrissen.<sup>28</sup> In den 1980er Jahren glänzte Ost-Berlin, indem es die Geschichte wieder aufleben ließ und nicht indem es, wie noch zwanzig Jahre früher, einen futuristischen Sozialismus inszenierte.

## Nationalgeschichte und Preußenkonkurrenz

Neben einer stolzen Hauptstadt brauchte der verselbständigte Nationalstaat auch eine vollwertige nationale Vergangenheit. Bis zur Mitte der 1970er Jahre hatte die DDR-Geschichtsideologie die deutsche Vergangenheit theoretisch in zwei entgegen gesetzte Linien unterteilt: Eine reaktionäre, mit der die Sozialisten gebrochen hätten und die ihren Fortgang in der Bundesrepublik fände, und eine progressive, die zur DDR führte und mit der sich ihre Historiker beschäftigten. Doch nach der jahrzehntelangen Konzentration auf die Geschichte der Arbeiterbewegung schien sich das Legitimationspotential dieser selektiven Erinnerungsarbeit weitgehend erschöpft zu haben. Die selbständige Nation der DDR sollte durch eine vorsichtige Öffnung zur *ganzen* deutschen Geschichte breiter unterbaut werden. Dazu formulierten die Historiker in der Debatte um „Erbe und Tradition“ eine eigene Geschichtstheorie, während in der Öffentlichkeit eben durch Restaurationsprojekte und Auftritte der Parteiführung neue Akzente gesetzt wurden.

---

28 Zur Baugeschichte Ost-Berlins: Florian Urban, *The invention of the historic city. Building the past in East Berlin 1970–1990* (Diss. TU Berlin, 2006) und Benedikt Goebel, *Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert* (Berlin, 2003)

Zwar hatte die übersichtliche Zwei-Linien-Konzeption nicht völlig ausgedient, sie wurde aber in der Geschichtswissenschaft bis zur Verwässerung differenziert. Der Durchbruch war die These gewesen, dass manche historische Vertreter der herrschenden Klassen, die bis dahin integral der reaktionären Klassenlinie zugerechnet wurden, „objektiv“ fortschrittliche Leistungen erbracht hätten, mit denen sie die Geschichte vorangetrieben und (ungewollt) den Sozialismus näher gebracht hätten. Das neue Konzept ließ die DDR nicht länger nur im progressiven Teil, sondern in der ganzen deutschen Geschichte wurzeln (dem „Erbe“), während die „Traditionen“ weiterhin den fortschrittlichen Kern bildeten, den die DDR „pflege und weiterführe“.<sup>29</sup> Auf diese Weise konnten etwa aufgeklärte Fürsten trotz ihrer „falschen“ Klassenzugehörigkeit doch ob progressiver Leistungen gerühmt werden, was ein erheblicher Kulturbruch war. So wurde auch die Restaurierung der preußischen Prunkbauten erläutert: „Die steinernen Zeugen der Vergangenheit lassen die unlösliche Verknüpfung der sozialistischen DDR mit der ganzen deutschen Geschichte plastisch hervortreten. (...) Wir sind die Erben alles dessen, was unser Volk in Jahrhunderten hervorgebracht hat. Da bleibt nichts von der Unterscheidung bürgerlicher Ideologen und Politiker, unser Staat sei ‚geschichtslos‘.“<sup>30</sup> Im Zuge der neuen Definitionen stürzte sich ein Großteil der DDR-Historiker hung- rig auf das neu erschließbare Erbe, das eine rasche Erweiterung des ostdeutschen Ge- schichtsbildes ermöglichte. Eine Welle von Studien über Luther, Bismarck, Preußen und Friedrich den Großen ließ die Außenwelt staunen und wurde von der eigenen Bevölkerung in Dankbarkeit gefeiert, der die Nuancen der Theorien über „Erbe und Tradition“ weitge- hend entgingen.

Auf dem Höhepunkt dieser neuen Geschichtspolitik wurde 1981 das Reiterstandbild Friedrichs des Großen in der Straße Unter den Linden wieder aufgestellt und Honecker selbst übernahm den Vorsitz des Komitees zur Luther-Ehrung. Bezeichnend war, dass die Festlichkeiten zum 500. Geburtstag Luthers 1983 die Ehrung von Karl Marx (100. Todes- tag) weitaus überlagerten.<sup>31</sup> Der plötzliche Anspruch der DDR auf die gesamte deutsche Geschichte verursachte in der Bundesrepublik erhebliche Nervosität, bekanntlich nicht zu- letzt in West-Berlin. Doch die Bewegung öffnete Schleusen und entwickelte bald eine Dy- namik, die kaum mehr kontrollierbar war. Die Geschichte der Arbeiterbewegung, weiterhin der offizielle Kern des Selbstverständnisses der SED, verblasste zusehends. Versuche zu

---

29 Horst Bartel, „Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR“, in: Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*, S. 129–140, hier S. 132f. Vgl. Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*; Johannes Kuppe, „Die Geschichtsschreibung der SED im Umbruch“, in: Fischer und Heydemann, *Geschichtswissenschaft in der DDR*, S. 103–128; Ulrich Neuhäuser-Wespy, „Erbe und Tradition in der DDR. Zum gewandelten Geschichtsbild der SED“ in: ebd., S. 129–153; Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 197–223; Helga Schultz, „Die DDR-Geschichtswissenschaft in der Mitte der siebziger Jahre: Paradigmenwechsel oder konservative Wende?“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 227–240.

30 Helmut Meier und Walter Schmidt (1980), zit. nach Kuhrt und von Löwis, *Griff*, S. 199.

31 Adolf Laube, „Die Luthererehrung in der DDR und ihre historisch-politische Motivation“, in: Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*, S. 265–279. Vgl. auch Laurenz Müller, *Diktatur und Revolution. Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des „Dritten Reiches“ und der DDR* (Stuttgart, 2004); Martin Roy, *Luther in der DDR. Zum Wandel des Lutherbildes in der DDR-Geschichtsschreibung* (Bochum, 2000), S. 228ff.



einer „Reideologisierung“ des Geschichtsbildes in den späten 1980er Jahren brachten keine ungeteilten Erfolge mehr.<sup>32</sup>

Nicht nur wegen der historischen Stadtbildpflege wurde Berlin zum Hauptschauplatz der erweiterten Geschichtsarbeit. Die Hauptstadt war auch theoretisch Gegenstand der frühesten Proben des Konzepts von „Erbe und Tradition“. Denn die Verschiebung in der Geschichtskultur wurde mit einer Umdeutung ausgerechnet der preußischen Geschichte losgetreten. 1978 verwies die Absolutismusforscherin Ingrid Mittenzwei erstmals öffentlich auf die Einseitigkeiten der „Zwei-Linien-Konzeption“. In ihrem Aufsatz über „Die zwei Gesichter Preußens“ nannte sie eine differenziertere „Beschäftigung mit Preußen ein dringendes Bedürfnis“, denn „es gibt nicht nur ‚Sternstunden‘ in der Geschichte eines Volkes, nicht nur Empörung, sondern auch Unterwerfung, nicht nur ‚Weimar‘, sondern auch Preußen, nicht nur das Volk, sondern auch die herrschende Klasse. Diese automatisch auf der anderen Seite der Barrikade zu suchen und mit dem Attribut ‚reaktionär‘ zu versehen, ist zumindest für die Aufstiegsphase dieser Klasse nicht richtig. Sie haben zum Fortschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung beigetragen“.<sup>33</sup> Mittenzweis Aufsatz bedeutete das Startsignal für eine tief greifende Aufwertung der preußischen Geschichte, die in der DDR also parallel zur Diskussion der Preußenausstellung im Westen verlief.

Die deutsch-deutsche Konkurrenzsituation stimulierte die Dynamik der doppelten Preußenrenaissance in der DDR und der Bundesrepublik<sup>34</sup>, aber deutlicher noch wird die direkte Interaktion im engen Berliner Raum, wo die westlichen Eliten vom Wiederaufbau im Osten verunsichert waren (vgl. 2.2). Umgekehrt sah sich Ost-Berlin seit 1977 von der „geplanten, von der Bonner Regierung unterstützten und vom West-Berliner Senat beschlossenen ‚Preußen-Ausstellung‘“ direkt herausgefordert.<sup>35</sup> Diese verfolge „antikommunistische Absichten“, stelle einen „Versuch zugespitzten Mißbrauchs der Berliner Geschichte“ dar und sollte obendrauf „direkt an der Staatsgrenze zur DDR“ Platz haben. Statt einer schlichten Verurteilung und dann Vernachlässigung der Preußenausstellung entschied man sich im führenden Institut für Marxismus-Leninismus (IML) 1978 dazu, mit dem Westen in den Wettbewerb zu treten. Man konzipierte kurzerhand eine Gegenausstellung. Unabhängig von Bauers Initiative in der Bezirksleitung kündigte das IML an, „in Berlin eine zentrale Ausstellung zu den geschichtlichen Traditionen unseres sozialistischen Staates vorzubereiten“, und zwar direkt, um der Preußenausstellung „zuvorzukommen“. Ein Konzept dazu vom stellvertretenden IML-Direktor Ernst Diehl verlangte im Sinne des sich wandelnden Erbeverständnisses „auf lange Sicht, planmäßig und kontinuierlich *alle* Möglichkeiten auszuschöpfen, um den An-

32 Vgl. Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 220ff.

33 Ingrid Mittenzwei, „Die zwei Gesichter Preußens“, *Forum* 32 (1978) H. 19, wieder abgedruckt in: Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*, S. 72ff.

34 Schon Ingrid Mittenzwei hatte zunächst im Westen eine „Neuaufgabe des Preußenkultes und der Friedrich-Verehrung“ registriert, „die eindeutig reaktionär motiviert ist“, um erst daraus abzuleiten, dass die DDR „eines eigenen, nämlich materialistisch-dialektischen Bildes von der preußischen Geschichte“ bedurfte. (Mittenzwei, „Die zwei Gesichter Preußens“, S. 75f.) Spiegelbildliche Verlautbarungen gab es in der Bundesrepublik, so dass sich die wandelnden Geschichtskulturen gegenseitig beflügelten. Vgl. Wolfrum, „Die Preußenrenaissance“; Assmann und Frevert, *Geschichtsvergessenheit*, S. 242; Schultz, „DDR-Geschichtswissenschaft“, S. 234ff.

35 SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.024/61, Rat für Geschichtswissenschaft, „Vorschlag für eine zentrale Ausstellung in Berlin Anfang 1981“, 21.7.78, auch für die folgenden Zitate (Hervorhebungen im Original).

spruch der sozialistischen DDR auf alle progressiven Traditionen der deutschen Geschichte in ihrer ganzen Vielfalt und Breite hervorzuheben“. Und diese Fragen wollte Diehl in der Gegenausstellung ausgerechnet „am Beispiel der Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlins“ behandeln.

Die Pläne bezeugen sowohl den zentralen Platz, den die Parteinstanzen der Berliner Geschichte nunmehr einräumen wollten, als auch den Zusammenhang zwischen dem neuen Erbeverständnis und der Dominanz des Gegners im eigenen Denken. Denn der Vorstoß war zunächst ein früher Versuch, das neue Erbeverständnis exemplarisch auszuarbeiten und „eine Reihe komplizierter Fragen früherer Epochen, die gegenwärtig verstärktes Interesse finden, zum Beispiel die Geschichte Brandenburg-Preußens, *ausgewogen*“ zu behandeln. Doch der Zusatz, dass dies „unter einer offensiven, von uns bestimmten Fragestellung“ geschehen sollte, verriet bereits die Geschichtskonkurrenz. Die eigene Berlin-Ausstellung solle „im Zusammenhang mit der in den 80er Jahren zu begehenden 750-Jahr-Feier unübersehbar *unseren* Anspruch auf die gesamte Geschichte Berlins, auf alle seine progressiven Traditionen“ hervorheben, sowie „den Versuchen unserer imperialistischen Feinde, den Begriff und die Traditionen Berlins gegen den realen Sozialismus (...) zu mißbrauchen, offensiv, ja demonstrativ“ entgegenwirken.

Das Vorhaben scheiterte schließlich am gleichen Rückstand, der auch den Bezirkssekretär Bauer beschäftigte. Diehl hatte schon Probleme in dieser Richtung befürchtet, „weil über die Geschichte Berlins, ausgenommen die Geschichte der Arbeiterbewegung, lange Zeit relativ wenig gearbeitet worden ist und es nur wenig marxistisch-leninistische Kader auf diesem Gebiet gibt.“ Der Ausstellungsplan kam also zu früh und wurde schließlich auf 1987 vertagt. Stattdessen stellte Ost-Berlin Anfang 1981 eben das Reiterstandbild Friedrichs des Großen wieder auf, und machte damit wahrscheinlich mehr westliche Schlagzeilen, als es eine sozialistische Berlinschau vermocht hätte. Trotzdem veranschaulicht die Argumentation des IML das bis in die oberen Etagen der sozialistischen Planwissenschaft reichende Bedürfnis, die Berliner Geschichte rasch zu erschließen. Von verschiedenen Seiten drängte sich eine Beschäftigung mit ihr auf: Es gab den Ausbau Ost-Berlins zur „sozialistischen Metropole“, die Neubewertung der nationalen Vergangenheit, die bevorstehende 750-Jahr-Feier und die Abgrenzungsarbeit gegenüber West-Berlin, das sich auch der Stadtgeschichte zuwandte.

### 3. Die Gründung einer stadthistorischen Disziplin

Aus den dargelegten Gründen konnten die Ostberliner Stadthistoriker mit der bereitwilligen Förderung durch die staatlichen Planinstanzen rechnen, als sie ihre stadthistorische Disziplin aufzubauen begannen. Der Rückstand sollte rasch wettgemacht werden, zumal, so Naumann 1979, „die herrschenden Kreise“ West-Berlins „die Geschichte unserer Stadt Berlin für sich zu okkupieren“ suchten.<sup>36</sup> Um die Hauptstadt der DDR mit einem eigenen historischen Narrativ zu versehen, wurde ab 1977 verstärkt an der Stadtgeschichte gearbeitet.<sup>37</sup>

Eine Betrachtung der ostdeutschen Version der Berliner Stadtgeschichte muss stärker als bei den analogen Erzählungen im Dritten Reich und in West-Berlin die Einbindung der Stadthistoriker in einen staatlich gebundenen, marxistisch-leninistischen Geschichtsdiskurs berücksichtigen. Gewiss, auch in den beiden anderen Systemen war die Stadthistoriographie national überformt und durch übergeordnete Fragen und Denkweisen vorstrukturiert. Doch nirgends war der Anspruch auf eine einheitliche, in allen ihren Gliedern und Ausdrucksformen homogene Geschichtskultur stärker als in der DDR, nirgends hat sich der Staat vergleichbare Instrumente zugelegt, um diesen Anspruch durchzusetzen, und nirgends verband sich dieser Anspruch mit einer so radikalen Ablehnung der „bürgerlichen“ Wissenschaftstradition. Die ostdeutsche „Berlin-Geschichte“ wurde innerhalb der bereits etablierten marxistisch-leninistischen Historiographie aufgebaut. Durch die Abwicklung der Vorkriegstradition in den 1950er Jahren standen die Ostberliner Stadthistoriker weniger als ihre Kollegen im Dritten Reich und West-Berlin in der Kontinuität der bürgerlichen Heimatforscher und Geschichtsvereine; vielmehr übernahmen sie Ziele, Maßstäbe und Kategorien direkt von der staatlich fixierten DDR-Geschichtswissenschaft. Bevor im Folgenden der Aufbau der „Berlin-Geschichte“ untersucht wird, folgt deshalb zunächst eine allgemeine Skizze des besonderen Geschichtsdiskurses der DDR.

---

36 Denn dort werde momentan „die Geschichte der Stadt von den Urgermanen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges eifrig und natürlich gefälscht dargestellt“, sie werde „gezielt und, was die jüngste Geschichte betrifft, betont und demagogisch wider besseren Wissens als ‚gesamtberliner‘ Geschichte geschrieben. (...) Damit soll überdies ein besonderer Status unserer Hauptstadt vorgespiegelt werden, der dem Westberlins adäquat sei. Das alles ist aussichtsloses Gerassel und wird als Geschichtsfälschung des deutschen Imperialismus eben in die Geschichte eingehen.“ (Naumann, *Zu den Erfahrungen*, S. 46f.)

37 LA C Rep 902, 6550, Abt. Agit/Prop, Erste Vorschläge zur politisch-ideologischen Vorbereitung, 1979.

## Der Geschichtsdiskurs der DDR

In Anlehnung an die kulturhistorischen Forschungen Martin Sabrows ist in der DDR ein „historischer Herrschaftsdiskurs“ erkennbar, der nach eigenen Regeln funktionierte und nach außen hin geschlossen war. Mit seiner auf Foucault (und nicht auf Habermas<sup>38</sup>) zurückgehenden Anwendung der systematischen Diskursanalyse zielt Sabrow „auf die mit verbindlichen Denkmustern, Deutungskonzepten und Ausgrenzungen besetzten Verständigungsebenen über die Vergangenheit in der DDR, die vor allem von den ideologischen Normen und politischen Ansprüchen der sozialistischen Diktatur bestimmt war(en).“<sup>39</sup> Für die 1950er und 1960er Jahre hat er „unhinterfragbare Diskursstrukturen“ nachgezeichnet, die die Vergangenheitsaneignung in der DDR prägten. Vier Merkmale der „historischen Sinnwelt im Realsozialismus“ sind hier hervorzuheben.

Erstens war im marxistisch-leninistischen Wissenschaftsverständnis für eine Trennung zwischen Wissenschaft und Politik kein Platz. Vielmehr kennzeichnete eine proklamierte „Einheit von Politik und Wissenschaft“ die Fachdisziplinen der DDR (sowie umgekehrt auch die Parteiführung ihre Politik für wissenschaftlich hielt). Neutrale Geschichtsschreibung konnte es hier nicht geben. Die Historiographie wurde nach leninistischem Dogma zu einer Waffe im Klassenkampf geschmiedet.<sup>40</sup> Allerdings bedeutete diese „Einheit von Politik und Wissenschaft“ nicht nur die bloße Überformung der Wissenschaft durch die Politik, vielmehr standen beide idealiter vor allem in wechselseitiger Befruchtung. Die Politik der SED bildete in diesem Denken ein immanentes Element der Wissenschaftspraxis: Kursänderungen etwa galten als Erkenntnisfortschritt und historische Streitfragen konnten im Extremfall per Politbürobeschluss entschieden werden.<sup>41</sup>

Dieses politisierte Wissenschaftsverständnis ging zweitens mit einem gewandelten Wahrheitsbegriff einher, der das westlich-traditionelle Objektivitätsideal als naiv und bürgerlich verurteilte und zugunsten politischer Parteinahme zurückstellte. „Parteilichkeit“ war in der sozialistischen Wissenschaft eine Voraussetzung historischen Wissens, und sie schloss eine sachliche und handwerklich saubere Erschließung des historischen Tatsachenmaterials nicht aus, sondern im Gegenteil mit ein. In diesem Denken bedurfte es für eine einwandfreie Arbeit sowohl der rankeanischen Fachstandards als auch der politischen Stellungnahme. Das Besondere bestand laut Sabrow also darin, „dass im Konfliktfall einem DDR-Historiker nicht die Vetokraft der Quellen zu Gebote stand. Forschungsergebnisse, die

---

38 Hierzu: Peter Schöttler, „Wer hat Angst vor dem ‚linguistic turn‘?“, *GG* 23 (1997), S. 134–151; Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*; Landwehr, *Geschichte des Sagbaren*.

39 Martin Sabrow, „Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft“ in: Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs*, S. 9–35, hier S. 19. Vgl. auch Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie“, *GG* 24 (1998), S. 412–445.

40 Ein bei DDR-Historikern populäres Leninzitat war denn auch: „So kann die Frage *nur so* stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht ausgearbeitet, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, keine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes Abschwanken* von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“ (Lenin, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* [Berlin, 1951], S. 77.)

41 So z.B. zum Charakter der Novemberrevolution: vgl. Petzold, „Meinungstreit“; Lokatis, *Der Rote Faden*.

allein den Standards der historischen Quellenkritik genügten, konnten als ‚objektivistisch‘, ‚faktologisch‘ oder gar Flucht ‚in einen scheinwissenschaftlichen Empirismus und Positivismus‘ abgetan werden, ohne dass dies einen Verstoß gegen die Regeln wissenschaftlicher Verständigung bedeutet hätte“.<sup>42</sup>

Drittens war diese Historiographie von einem prägnanten Pluralitätsverbot geprägt (weshalb Sabrow sie auch als eine „historische Konsenswissenschaft“ identifiziert). Widersprüche zwischen verschiedenen Publikationen wurden als Verletzungen der Geschichtsideologie verstanden und durch das Postulat von „Einheitlichkeit“ ausgemerzt. Das Vertrauen in Kollektivarbeiten als Mittel gegen individuelle „Fehler“ rührte ebenso daher wie das Gutachtenverfahren, das einzelne Arbeiten erst dann „publikationsreif“ nannte, wenn sie von zwei Fachgenossen kontrolliert worden waren. Man ging von der Vorstellung einer eindeutigen, vorhandenen und erkennbaren Realität aus, und dies führte zum eindimensionalen Urteilsrahmen, aus dem alle Grautöne verschwinden konnten, zugunsten der beiden übrig gebliebenen Kategorien „richtig“ und „falsch“.<sup>43</sup>

Ein viertes Merkmal der DDR-Historiographie war schließlich ihr starkes Feindbild, mit dem sich die ostdeutsche Disziplin über Jahrzehnte hinweg gegen Einflüsse der westdeutschen Schwesterprofession zu immunisieren suchte. Denn die DDR-Geschichtswissenschaft projizierte ihr politisiertes Selbstverständnis auf ihr „bürgerliches“ Gegenüber und unterstellte dem „Gegner“ politische Gebundenheit, Geschichtsfälschung und revanchistische Bemühungen im Dienste des Imperialismus. Das Bewusstsein von ständiger Gefahr aus dem Westen bürgte für die eigene Homogenität, Identität und Geschlossenheit. Es machte eine geschlossene Front gegen den Gegner notwendig und so verurteilte man sein Schriftgut im Idealfall noch ungelesen als imperialistische Propaganda. Die polemische Auseinandersetzung mit der „klassenfeindlichen Geschichtsfälschung“ im Westen wurde zu einem Qualitätsmaßstab im Osten.<sup>44</sup>

Das hier nur knapp umrissene Modell eines „historischen Herrschaftsdiskurses“ lenkt den Blick auf die Andersartigkeit der „historischen Sinnwelt“ in der DDR, in der auch die Historiker der Hauptstadt agierten, als sie zusammen mit den Politikern der Bezirksleitung ihre

---

42 Sabrow, „Einleitung“, S. 23. Vgl. auch den Eintrag „Parteilichkeit“ im *Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung* (Berlin, 1970), S. 256: „In der ganzen Geschichte der menschlichen Gesellschaft ergreifen die Menschen – bewußt oder unbewußt – praktisch Partei. Auch scheinbare Neutralität, Gleichgültigkeit gegenüber dem Kampf der Parteien, ist parteilich; sie erweist sich als stillschweigende Unterstützung der herrschenden Klassen. Neutralität ist in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft unmöglich. (...) Es ist bürgerlicher Klassensubjektivismus, wenn bürgerliche Ideologen vorgeben, unparteiisch nur der objektiven Forschung der reinen Wahrheit zu dienen. Diese Pseudo-Objektivität wird Objektivismus genannt. Objektivismus ist das Gegenteil von echter Objektivität. (...) Diese Auffassung der Objektivität als Wesenszug der Wissenschaft widerspricht nicht der von der marxistisch-leninistischen Philosophie geforderten Parteilichkeit, sie bildet vielmehr mit ihr eine Einheit. (...) Daher fällt die proletarische Parteilichkeit nicht nur mit echter Objektivität zusammen, sondern bildet geradezu eine Voraussetzung für die wahre Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge. (...) Die marxistisch-leninistische Philosophie unterscheidet sich bezüglich ihrer Parteilichkeit von den bürgerlichen Philosophien dadurch, daß sie ihre Parteilichkeit offen ausspricht, sie zu einer philosophischen Kategorie erhebt.“

43 Martin Sabrow, „Der ‚ehrliche Meinungsstreit‘ und die Grenzen der Kritik“ in: Gustavo Corni und Martin Sabrow (Hg), *Die Mauern der Geschichte: Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie* (Leipzig, 1996), S. 79–117.

44 Sabrow, „Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr ‚objektiver Gegner‘“.

neue Subdisziplin aufbauten. Die disziplinierende Kraft dieses Diskurses kann anhand eines Beispiels aus der Berliner Stadtgeschichtsschreibung illustriert werden. Denn seit den 1970er Jahren arbeitete Gerhard Keiderling an der Akademie der Wissenschaften an einer Habilitationsschrift, die die westliche Schuld an der Spaltung der Stadt wissenschaftlich und vor allem quellenbezogen nachweisen sollte. Im Rahmen der aufsteigenden „Berlin-Geschichte“ sollte sie als Buch publiziert werden, was wegen Papiermangels nicht die Regel war.<sup>45</sup> Als Erscheinungstermin wurde 1979 ausgemacht, damit das Buch den 30. Jahrestag der DDR bereichern würde. Einige Verzögerungen in der Forschung und die unerwartete Verdoppelung des Manuskriptumfangs führten dazu, dass der Termin nicht eingehalten wurde: Erst im Sommer 1979 lieferte Keiderling das fertige und begutachtete Manuskript im Verlag ab. Der Erscheinungstermin wurde um ein Jahr verschoben.<sup>46</sup>

So weit verlief alles glatt. Ein Blick in die beiden Fachgutachten lehrt, dass das Manuskript allen Anforderungen der parteilichen Wissenschaft entsprach. Sein zugleich politischer und wissenschaftlicher Anspruch spreche „aus der Thematik, dem Wert des Ms. für die Geschichtswissenschaft der DDR sowie aus der Aktualität der Darlegungen in der gegenwärtigen politischen und ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.“<sup>47</sup> Wichtig war es auch, dass Keiderling „von den richtigen konzeptionellen Positionen“ ausgegangen sei, die ihm Einsicht in den wahren Verlauf der Geschichte erlaubt hätten. Nur so habe er nämlich „die Verantwortlichkeit der Verschwörungsclique, die von den westlichen Besatzungsmächten über das einheimische Großkapital bzw. ins Lager der rechten SPD-Führer reichte“, für die Spaltung Berlins sowie „das beharrlich und unbeirrbar Ringen der Sowjetunion um die Sicherung des Friedens“ darlegen können.<sup>48</sup> Und die Kraft des Parteilichkeitsgebotes veranschaulicht der Einwand eines Gutachters, dass Keiderlings „sehr ausführliche Abhandlung der Organisierung und technischen Seite der ‚Luftbrücke‘ (...) die Erkenntnis des Wesens dieser Provokation“ beeinträchtigt habe, und dass „der Begriff ‚Luftbrücke‘ als quasi wertfreier Ausdruck verwendet wird.“<sup>49</sup> Gemäß den Diskursregeln hatte sich Keiderling den Hinweisen gebeugt und das Manuskript überarbeitet. Dass die „Einheit von Politik und Wissenschaft“ dabei nicht zwingend eine bloße Unterdrückung der Quellenarbeit bedeutete, zeigt Keiderlings Eingeständnis, dass auch er die sozialistische Seite im Berlinkonflikt gerne ausführlicher dargelegt hätte, wie die Gutachter forderten. Doch dies verbot ihm eben sein Gefühl für Wissenschaftlichkeit. Denn weil ihm die östlichen Archive verschlossen geblieben waren, hatte er seine Arbeit vor allem auf „Westquellen“ stützen müssen. „Die Wünsche nach einer stärkeren Darlegung der sowjetischen Politik“ ließen sich also „aufgrund der gegebenen Quellenlage nicht realisieren.“<sup>50</sup> Wissenschaft

---

45 Hierzu: Siegfried Lokatis, „Einwirkungen des Verlagssystems auf die geschichtswissenschaftliche Forschung der DDR“ in: Sabrow und Walther, *Historische Forschung*, S. 180–192.

46 ABBAW, AV 2776, Keiderling, „Konzeption ‚Die Berliner Krise, die Bildung der NATO und die Gründung der BRD 1948/49. (Dezember 1977)“; Tesche an Cheflektor Zeisler, 19.9.1978.

47 ABBAW, AV 2776, Karlheinz Gerlach, „Gutachten über das Werk: Kalter Krieg um Berlin“, 17.11.78, S. 3.

48 ABBAW, AV 2776, Rolf Badstübner, „Gutachten zu der Monographie G. Keiderlings“, 9.11.78, S. 3ff.

49 ABBAW, AV 2776, Karlheinz Gerlach, „Gutachten über das Werk: Kalter Krieg um Berlin“, 17.11.78, S. 2b.

50 ABBAW, AV 2776, Keiderling, Notiz zur „Überarbeitung des Manuskripts“, Juli 1979.

bedurfte in der DDR beider Elemente, der richtigen Stellungnahme und der genauen Quellenforschung. Deshalb wurde Keiderlings Begründung vom Verlag auch akzeptiert.

Doch obwohl das Manuskript im Juli 1979 durch das innerwissenschaftliche Gutachtenverfahren abgesichert worden war, sah sich der Akademie-Verlag angesichts der „großen politischen Bedeutung“ des Buches zu einigen „sichernden“ Maßnahmen gezwungen.<sup>51</sup> Dazu gehörte erstens die (ungewöhnliche) Anfertigung eines „politischen Gutachtens“, wofür Keiderling Roland Bauer gewann. Zweitens hatte das für die Druckgenehmigungen zuständige Amt entschieden, dass bei außenpolitischen Themen auch „eine Stellungnahme“ des Außenministeriums vorliegen müsse.<sup>52</sup> Beide Maßnahmen lösten große Verzögerungen und einen aufschlussreichen Konflikt aus, der die „Ränder“ sowie die Wirkung des „historischen Herrschaftsdiskurses“ bloßlegen kann.

Die erste Verzögerungsrunde wirkt etwas verblüffend, da es ein Dreivierteljahr dauerte, bis Bauers politisches Gutachten den Verlag erreichte. Nach endlosen bürokratischen Umständlichkeiten, Missverständnissen und Ineffizienz lag es im Mai 1980 endlich vor<sup>53</sup> – und enttäuschte durch Inhaltslosigkeit. Zwei Seiten umfasste dieses wichtige Papier, in dem Bauer „eine baldige Veröffentlichung nur befürworten“ konnte. So konnte das Manuskript im Juni 1980 endlich zum Außenministerium weitergeleitet werden, wo es aber ungelesen abgelehnt wurde. Monatelang blieb es ohne Aussicht auf weitere Behandlung liegen. Trotz der Einhaltung aller Diskursregeln war Keiderling in Diskredit geraten. Der Grund war, dass dem Ministerium die „Zweckmäßigkeit“ einer Veröffentlichung „zu dieser Thematik“ nach neuesten politischen Überlegungen „zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben“ schien.<sup>54</sup> Moskau sprach nämlich über Keiderlings Thema das letzte Wort und man wollte die Sowjetunion gerade nicht vor den Kopf stoßen. Mit der gewandelten politischen Haltung lag Keiderling auf einmal nicht mehr auf der Linie und dies war im Konfliktfall genug, um den rein fachlichen Wert des Manuskriptes uninteressant werden zu lassen – es lag bereits ungelesen im politischen Niemandsland. Auch wenn Kollegen und Verlag die Veröffentlichung „sowohl aus politischen als auch aus wissenschaftlichen Gründen (als) notwendig“ einschätzten, urteilte das Ministerium anders.<sup>55</sup>

Auf Druck des Verlages, der Akademie und der Berliner Bezirksleitung, die jetzt die „Berlin-Geschichte“ kräftig förderte, wurde nach einem halben Jahr eine Öffnung erreicht.<sup>56</sup> Im Ministerium hatte man das Manuskript nunmehr gelesen und man erklärte, dass die „Freigabe des Titels möglich“ sei, nachdem „einige Dinge“ geklärt seien.<sup>57</sup> Weil die Funktionäre ihre Argumentation entlang derselben Diskursstrukturen aufbauen mussten wie die Historiker und weil das Buch gemäß diesen Diskursregeln bereits abgesegnet worden war,

---

51 ABBAW, AV 2776, Cheflektor Zeisler an Seeber, 11.10.78.

52 ABBAW, AV 2776, Verlagsdirektor Lothar Berthold an das MfAA, 24.6.1980.

53 Bauer war in der ČSSR. Die Vorgänge reichten von Gutachten, die „auf dem Postwege verloren gegangen“ waren, über Briefe, die ohne die entsprechenden Anlagen verschickt wurden, bis hin zu einer vergessenen Druckfreigabe von der Akademie. (ABBAW, AV 2776, Schriftgut des Verlages vom Januar bis Juni 1980; Dr. Roland Bauer, „Politisches Kurzgutachten“, 8.5.1980.)

54 ABBAW, AV 2776, Müller (MfAA) an Lektor Hertel, 9.7.1980.

55 ABBAW, AV 2776, Kruschwitz, „Anlage zur VA-Vorlage“, 11.10.1978.

56 ABBAW, AV 2776, Aktennotiz zum Gespräch mit Vertretern des ZIG und des Akademie-Verlages, 14.11.1980.

57 ABBAW AV, 2776, Aktennotiz zum „Gespräch zwischen MfAA, Gen. Bühring, und AV, Prof. Berthold, Kolln. Kruschwitz und dem Autor Keiderling“ am 3.2.1981.

trug der Vortrag des Ministeriumsvertreters deutlichen Verlegenheitscharakter. Die Mitte haltend zwischen den Bedürfnissen in Moskau und Berlin, forderte er Nachbesserung nicht in der Faktensammlung, sondern nur in Ton und Präsentationsstil.<sup>58</sup> Keiderling hatte nur wenige Chancen, die Forderungen zurückzuweisen. Fachliche Argumente über die dünne Quellenlage im Osten hatten in einer solchen direkten Auseinandersetzung nur begrenzten Wert. Im Kampf um die politische Verwendbarkeit der Studie stand Keiderling auf verlorenem Posten und es blieben ihm in diesem Diskurs keine Argumente, um sich den Anforderungen zu entziehen. Nach einer abermaligen Überarbeitung des Textes trat er explizit in die Diskursgemeinschaft zurück, indem er den politischen Hinweis zum Bestandteil seiner Arbeit erklärte und dem Ministerium für die „mühevoll[e] Arbeit“ dankte, „das Manuskript gründlich gelesen und viele wichtige, notwendige wie anregende Hinweise gegeben zu haben.“<sup>59</sup> 1982 kam das Buch in Ost- und in West-Berlin auf den Markt.<sup>60</sup>

Im Konflikt um die Habilitationsschrift von Gerhard Keiderling zeigt sich ein fachlicher Diskurs, der die „Einheit von Politik und Wissenschaft“ zum Ausgangspunkt gemacht hatte. Es zeigt sich auch der Sinn eines Ansatzes, der die Andersartigkeit der DDR-Geschichtswissenschaft zum Ausgangspunkt nimmt, denn im Falle Keiderlings geht eine Interpretation fehl, die den Streit in Kategorien von Widerstand zu beschreiben versucht. Gerhard Keiderling war kaum verdächtig, im Widerstand gegen die DDR oder die Normen ihrer Historiographie zu stehen. Vielmehr entsprach er in diesem Fall dem Typus des „ungewollten Abweichlers“, denn hier ging es um „Dissens in der Sachfrage“ bei Konsens in der Grundfrage.<sup>61</sup> Die Regeln des Geschichtsdiskurses wurden in diesem Konflikt akzeptiert, bestätigt und somit reproduziert.

## Professionalisierung und Differenzierung

Als Roland Bauer 1977 die Gründung der städtischen Geschichtsschreibung in Ost-Berlin vornahm, war die parteikontrollierte Geschichtswissenschaft der DDR über ihre Konsolidierungsphase längst hinaus. Die Grundwerte des Diskurses mussten in Berlin nicht mehr etabliert werden, vielmehr fand man sie als Normierung bereits vor. Mehr noch, die Normalisierung dieser Regeln hatte gegenüber der Etablierungsphase, die Sabrow untersucht, in den

---

58 Aus der kurz gefassten „Aktennotiz“ (ebd.): „1. Wertung der Politik der SU erscheint zu defensiv, Darstellung so, als müßte SU-Politik verteidigt werden. 2. Luftbrücke → techn. Seite zu detailliert. Gefahr besteht, daß die Wertung, Inhalt, Absicht untergeht (Provokation, Frage d. Krieg und Friedens, techn. Glanzleistung zu vordergründig). 3. Im Kap. 1 wäre als Ausgangspunkt die kurze sachliche Darstellung der polit.-rechtl. Position der UdSSR in Berlin notwendig. Keine Details, sondern: das war so!!“ Weiter habe Keiderling die Unterschiede zwischen den Westmächten etwas überzogen: „Es kann der Eindruck entstehen, daß z.B. die Politik Frankreichs zum Positiven tendiert.“ Schließlich sei Keiderlings Einschätzung des „Modus Vivendi“ nicht überzeugend genug. „Eindruck: SU geht von der Außenministerkonferenz mit einem mageren Ergebnis weg.“ Dem Autor wurde noch einmal die richtige Wertung vorgeführt: „Blickwinkel: SU will ein Optimum an Sicherheit für Entwicklung in der SBZ, das wurde erreicht, ergo offensiv – nicht mager.“

59 Ebd., Keiderling, „Einarbeitung der im Gutachten des MfAA enthaltenen Hinweise“, 13.3.1981, S. 3.

60 Gerhard Keiderling, *Die Berlinkrise 1948/1949. Zur imperialistischen Strategie des kalten Krieges gegen den Sozialismus und der Spaltung Deutschlands* (Berlin, 1982).

61 Vgl. Sabrow, „Ehrlicher Meinungsstreit“, S. 84ff.



1970er Jahren eine scheinbare Entspannung in der DDR-Geschichtswissenschaft hervorgebracht, die es ihr erlaubte, von den ideologischen Übersteigerungen der Anfangsjahre etwas Abstand zu nehmen, ohne jedoch das Regelwerk jemals außer Kraft zu setzen.

Zunächst hatte innerhalb der Diskursgrenzen eine partielle Professionalisierung oder „Entpolitisierung“ stattgefunden. Diese machte DDR-Arbeiten zunehmend auch für westliche Wissenschaftler rezipierbar, die in der Entwicklung der östlichen Historiographie eine „Verwissenschaftlichung“ zu erkennen glaubten.<sup>62</sup> Im Gleichschritt gelangte sie auch zu einem bemerkenswerten Maß an Selbstreflexion, indem sie zum Beispiel ihre eigene Disziplinengeschichte schrieb und auf die äußerst politisierten Anfänge mehr oder weniger gelassen zurückblickte.<sup>63</sup> Über den 1969 gegründeten Rat für Geschichtswissenschaften, von seinen Mitgliedern nachträglich als liberales „Selbstverwaltungsorgan“ dargestellt<sup>64</sup>, gewann die DDR-Historiographie eine scheinbare Autonomie gegenüber der Politik zurück. Es erfolgte eine immer weitergehende Bürokratisierung der Forschungspraxis, die durch Perspektivenpläne, Arbeitspläne, Erfüllungsberichte und eine verfeinerte Gutachtenpraxis ein unentwirrbares Netz von Verantwortlichkeiten bildete, und die somit jenen direkten Druck der Parteieliten auf die alltägliche Forschung milderte, die noch unter Ulbricht überall greifbar gewesen war. Ein Fall wie Keiderlings offener Konflikt mit dem Außenministerium war um 1980 zur Ausnahme geworden, und es war bezeichnend, dass diese auf dem Feld der Zeitgeschichte lokalisiert war. Denn die Professionalisierung verlief von Anfang an innerhalb deutlicher Grenzen: Sie beschränkte sich hauptsächlich auf politikfernere historische Bereiche wie Mittelalter, Neuzeit und Sozialgeschichte.<sup>65</sup> Es bildeten sich in der DDR-Historiographie thematische Subdiskurse heraus, in denen auch die diskursiven Normen unterschiedlich gehandhabt wurden.<sup>66</sup> Darunter war auch eine neu aufgelegte Heimat-, Stadt- und Regionalgeschichtsschreibung.<sup>67</sup>

---

62 Bernd Florath, „Von der historischen Mission der SED. Wandel der politischen Vorgaben in den sechziger Jahren und die Entpolitisierung der Historiker der DDR“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 205–226. Die Verwissenschaftlichungsthese, u.a. vertreten von Georg Iggers, „Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere Deutsche Geschichte“, *GG* 14 (1988), S. 542–557, und Fischer und Heydemann, „Weg und Wandel“, ist heute umstritten. Vgl. Jaraus, Middell und Sabrow, „Störfall DDR-Geschichtswissenschaft“.

63 Walter Schmidt, „Zur Konstituierung der DDR-Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren“, *Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Gesellschaftswissenschaften* (1983), 8, S. 5–23; Heinz Heitzer (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien* (Berlin, 1989).

64 Walter Schmidt, „Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Lenkungsinstanzen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR“, *ZfJ* 40 (1992) S. 1013–1030, hier S. 1021, 1030.

65 Georg G. Iggers, „Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere Deutsche Geschichte“, *GG* 14 (1988), S. 542–557; Wolfgang Küttler, „Zum Platz der DDR-Sozialgeschichtsforschung in der internationalen Wissenschaftsentwicklung“, *BzG* (1992) 3, S. 55–66.

66 Vgl. hierzu: Krijn Thijs, „Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen Erosion und Kontinuität in der späten DDR“, *Comparativ* 12 (2002) Heft 2, S. 86–113.

67 Karlheinz Blaschke, „Die ‚marxistische‘ Regionalgeschichte. Ideologischer Zwang und Wirklichkeitsferne“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 341–368; Wolfgang Küttler und Gustav Seeber, „Historischer Charakter und regionalgeschichtliche Anwendung des marxistisch-leninistischen Erbeverständnisses“, *ZfJ* 29 (1981), S. 726–734; Helga Schultz, „Zu Inhalt und Begriff marxistischer Regionalgeschichtsforschung“, *ZfJ* 33 (1985), S. 875, S. 887.

Zweitens wurde in den 1970er Jahren die internationale Abschottung etwas zurückgefahren. Nach der Etablierung der marxistisch-leninistischen Fachhistoriographie und ihrer Verabschiedung aus der „scientific community“ unter Ulbricht erfolgte unter Honecker ihre vorsichtige Reintegration. Die Parteiführung erwartete auch von ihren Historikern einen Beitrag zur internationalen Entspannung. Die Parteiwissenschaft trat 1970 in den Internationalen Historikerverband ein.<sup>68</sup> Dies war aber ein erster Schritt zur Aufweichung jener klaren Fronten zwischen den feindlichen „Klassenwissenschaften“, die die eigene Identität der DDR-Historiographie gewährten. Auch wenn die eigene Wachsamkeit nun noch stärker gefordert wurde und somit der integrativen Kraft des Feindbildes zunächst eine höhere Bedeutung zukam, wuchsen durch den Kontakt mit den bürgerlichen Leistungen doch die internen Spannungen. Die Anzahl von internationalen Einladungen, Reiseanträgen und Archivstudien im Ausland in den 1980er Jahren wuchs mit hoher Geschwindigkeit. Anstelle der „prinzipiellen“ trat zunehmend eine „differenzierte“ Auseinandersetzung mit dem Gegner. Man fing an zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der „bürgerlichen“ Historiographie zu unterscheiden und nahm einige gar als Vorbild. Laut Wolfgang Küttler „geriet die DDR-Historiographie gerade vom Moment internationaler Anerkennung ihres Staates an (...) immer mehr in den Zwang nachholenden Reagierens“, und Martin Sabrow beobachtet gar einen langsamen Wandel „vom Feindbild zum Leitbild“.<sup>69</sup> Die Preußenkonkurrenz, in der man sich vom Gegner die eigene Agenda vorschreiben ließ, war nur ein Symptom dieser Entwicklung.

Die dritte Veränderung im Geschichtsdiskurs der DDR ging mit den beiden vorherigen Prozessen von Professionalisierung und internationaler Öffnung einher und betraf die erwähnte Renationalisierung des Geschichtsbildes. Was außerhalb der DDR oft als ein Zeichen der Normalisierung und des Erwachsenwerdens der jungen marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft beurteilt wurde, rief innerhalb des ostdeutschen Fachs ab Mitte der 1980er Jahre große Spannungen hervor. Die Debatte um „Erbe und Tradition“ entwickelte eine Eigendynamik, die die traditionelle Verschmelzung von Politik und Wissenschaft bedrohte. Der zentrale Begriff im Geschichtsbetrieb wurde die „Differenzierung“, und immer öfter entfalteten Historiker jetzt in ihren Forschungsplänen die Absicht, den historischen Prozess „in seiner breiten Vielfalt“ und „voller Komplexität“ inklusive aller „Widersprüche“ zu erfassen. Obwohl solche Formulierungen den Diskurs nicht offen verletzen, so höhlten sie doch sein Regelwerk von innen aus. In ausgefeilten Theoriedebatten wurde das übersichtliche Zweilinienskonzept bis zur Unkenntlichkeit differenziert.<sup>70</sup> Allerdings brachte auch das Erbe-und-Tradition-Konzept keinen wirklichen Bruch in der Parteiherrschaft über die Geschichte. Wichtige Bereiche blieben von den Veränderungen ausgespart (wie die DDR-Geschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung) und auch in den favorisierten For-

---

68 Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, S. 191f. Vgl. auch Klein, *Drinne und Draußen*, S. 259ff.

69 Wolfgang Küttler, „Die DDR-Historiographie in der ‚Ökumene der Historiker‘. Selbstverständnis und Praxis als Wissenschaftsdisziplin“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 107–130, hier S. 123f. Vgl. Sabrow, „Zwischen Ökumene und Diaspora. Die Westkontakte der DDR-Historiographie im Spiegel ihrer Reiseberichte“, *BdI* 1996, H. 3, S. 86f.; Peter Hübner, „Sozialgeschichte in der DDR – Stationen eines Forschungsweges“, *BzG*, 3/92, S. 43–54.

70 Zur Wirkung der Differenzierung: Ralf Possekel, „Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker als analytisches Problem. Befund einer Diskussion“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 131–152.

schungsfeldern lief das Projekt eher auf eine Verästelung von Differenzierungen als auf eine völlige Umgründung hinaus. Zudem rief „Erbe und Tradition“ statt der erhofften breiteren Legitimation eher gesamtdeutsche Sentiments hervor – sie entkam kaum der paradoxen Zwickmühle von deutscher Abgrenzung bei gesamtdeutscher Vergangenheit.<sup>71</sup> Ihre Eigen- dynamik sollte sich auch im Berlin-Jubiläum spürbar machen.

## Ambitionierte Historiker

Auch in Berlin wurden die Veränderungen in der Geschichtskultur der DDR mit Hoffnung wahrgenommen und vorangetrieben. Viele Historiker, die sich bislang vereinzelt oder am Rande mit Themen der Berliner Vergangenheit beschäftigt hatten, erwarteten nun eine Aufwertung ihrer Arbeit, und die Politik von Roland Bauer schien diese Hoffnungen zu bestätigen. Stadthistorische Forschung wurde bis dahin mehr oder weniger in drei Institutionen betrieben. Erstens gab es an der Akademie der Wissenschaften das Zentralinstitut für Geschichte (ZIG), das verteilt über alle Fachbereiche mehrere hundert Mitarbeiter zählte. Hier wurde Berlin seit 1977 bevorzugt behandelt, und auch hier musste man den Nachholbedarf anerkennen. Neu eingearbeitete Mitarbeiter staunten über „das Ausmaß, in dem die Erforschung der Berliner Geschichte von der borussischen Geschichtsschreibung erstickt wurde“ und bestätigten das parteiliche Wissenschaftsverständnis, indem sie die rasche Herausbildung eines „objektiven, marxistisch geprägten Geschichtsbildes“ von Berlin vornahmen.<sup>72</sup> Am ZIG war etwa Gerhard Keiderling (in enger Zusammenarbeit mit dem Außenministerium) dabei, seine Habilitationsschrift abzuschließen, und hier betreute Ingrid Mittenzwei im Rahmen ihrer Differenzierung der preußischen Geschichte ein ambitioniertes sozialgeschichtliches Projekt zur Residenzstadt.<sup>73</sup> Eine zweite Instanz auf dem Feld der Stadtgeschichte bildete die Bezirksleitung der SED, die die bereits erwähnte „Bezirkskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung“ unterhielt. Diese verwaltete den Kern des sozialistischen Bildes der Stadtgeschichte, indem sie die Tradition der Arbeiterbewegung im lokalen Raum konstruierte – davon wird noch zu berichten sein. Drittens gab es das Stadtarchiv, das seit 1976 „Archiv der Hauptstadt der DDR“ hieß. Hier lagerten fast alle Bestände zur Stadtgeschichte. Nur den Ostberlinern stand der Zugang zu den Originalen der Berliner Geschichte offen – und sie nutzten dieses Monopol im Wettkampf mit dem Gegner bekanntlich kräftig aus. Zudem war der Archivdirektor Mitglied des Magistrats und verfügte als einer der wenigen über die „Westpresse“. Im Zuge von Bauers Initiativen expandierte das Archiv erheblich. Im Mai 1981 wurde der langjährige Direktor Rudi Liening von seinem bisherigen Mitarbeiter Werner Gahrig abgelöst, der sich als Parteisoldat allerdings weniger in der Forschung als durch seine Berichterstattung über den Klassengegner in „Westberlin“ hervortat.

Trotz der viel versprechenden Anfänge drohte aber die Entwicklung der stadthistorischen Forschungsdisziplin durch einen Personalswechsel ins Stocken zu geraten. Roland Bauer

---

71 Zu diesem Schluss kommt auch: Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft*. Vgl. Schmidt, „DDR-Geschichtswissenschaft im Umbruch“, S. 185 und Schultz, „Die DDR-Geschichtswissenschaft“, S. 239.

72 ABBAW, ZIG 562, Ralf Straubel, *Auswahlbibliographie*, 1978 (Hervorhebung von mir, KT).

73 ABBAW, ZIG 562, Mittenzwei, „Vorhaben zur Berlin-Geschichte“, 25.11.1977; *Direktionsberichte* 1977–1980.

schied 1978 nach fünfzehnjähriger Tätigkeit aus der Bezirksleitung aus und kehrte in seine Heimat, die ČSSR, zurück, wo er Redakteur der Zeitschrift *Probleme des Friedens und Sozialismus* wurde. Sein plötzliches Verschwinden bedeutete für die Stadthistoriker einen herben Rückschlag, denn Bauer war als Fachmann stets der Motor hinter dem Aufbau gewesen. Sein Nachfolger als Bildungssekretär, Horst Oswald, hatte weniger Bezug zur Geschichte. Das gleiche galt für den Bezirkssekretär für Agitation und Propaganda, Reginald Grimmer, der die ersten Pläne der 750-Jahr-Feier machte. Beide waren in historischen Fragen unsicher, zögerten mit Entscheidungen und suchten Absicherung in ihrem Umfeld. Die stadthistorischen Aktivitäten wurden nun nicht mehr zentral angeleitet.

Auf einer Tagung des Stadtarchivs zur „langfristigen Vorbereitung des 750. Jahrestages (1987)“ im Juni 1980 schlugen die Historiker selbst die Alarmglocke. Aus allen Institutionen der Hauptstadt waren Vertreter gekommen, um über eine „Neubestimmung des Platzes der Berliner Geschichte im Rahmen der Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Volkes“ zu konferieren. Im Ergebnis stand ein starkes Votum für ein zentral koordiniertes Forschungsprogramm – die Fachleute drängten nach Bauers Weggang auf ein neues Lenkungsorgan.<sup>74</sup> Längst funktionierte der normalisierte Geschichtsdiskurs der DDR nicht mehr etwa nur hierarchisch von „oben“ nach „unten“. In Berlin liefen die Dinge jetzt über die Netzwerke engagierter Historiker, die zum Jubiläum gediegene Forschung machen wollten. Ein Mitarbeiter im Apparat der Bezirksleitung, Wolfgang Richter, schrieb im Oktober 1980 direkt an seinen obersten Chef Konrad Naumann. Richter hatte auf der Archivkonferenz unter anderen mit dem Stadtverordneten und Historiker Laurenz Demps (Humboldt-Universität) gesprochen und berichtete nun von „vielen engagierten Berlin-Historikern (...), die offensichtlich erwarten, daß sich nach dieser Konferenz manches in der vorgeschlagenen Richtung schneller bewegt, und eine Reihe von Vorschlägen entwickelten, die ich gegenwärtig für richtig ansehen würde, zu unterstützen.“ Zu diesen Vorschlägen gehörte an erster Stelle und nach Westberliner Vorbild die lang ersehnte „Bildung einer historischen Kommission der Hauptstadt der DDR, Berlin“. In ihr sollten Stadthistoriker, Museen und Archive und auch „öffentlichkeitswirksame Einrichtungen“ wie Fernsehen und Verlage zusammengefasst werden. „Mit der Gründung einer solchen Kommission,“ so legte Richter Naumann nahe, „sollte meines Erachtens, und das spiegeln auch Gespräche mit Historikern wider, nicht lange gezögert werden, da sie einschätzen, daß wertvolle Zeit verrinnt und die wissenschaftliche Arbeit ebenfalls ihren Vorlauf benötigt.“ Zu den weiteren Ideen gehörten stadteschichtliche Kolloquien und die Gründung einer lokalhistorischen Zeitschrift, die sich, „nicht den gleichen Vorbehalten wie damals aussetzen müßte“ (gemeint war die 1961 eingestellte *Berliner Heimat*).<sup>75</sup> Die Augen waren jetzt auf die Bezirksleitung gerichtet, die mit der Vorbereitung des Jubiläums nach aller Erwartung bald ernst machen musste.

Doch die Bezirksleitung war bis dahin über die konzeptionelle Bestimmung des „Ranges“ des Jubiläums noch nicht hinausgekommen. Die zuständige Agit-Prop-Abteilung war gerade dabei, Verantwortlichkeiten auf nationale Einrichtungen zu verlegen, um den Status des Festes anzuheben und nationale Ressourcen in die Stadt zu lenken. Bezirkssekretär Grimmer vertrat mit Verweis auf den „Hauptstadtbeschuß“ von 1976 die Ansicht, „daß

---

74 Rudi Liening, „Beratung zur Geschichte Berlins“, *Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivs* XXX (1980), Heft 5, S. 200.

75 LA, C Rep 902, 4985, Richter an Naumann, 21.10.1980.

750 Jahre Berlin nicht ausschließlich eine Angelegenheit unserer Bezirksleitung und des Magistrats sein kann.“<sup>76</sup> „Der 750. Jahrestag Berlins ist ein politisches Ereignis von nationaler und internationaler Bedeutung“, begann eine erste Denkschrift aus seiner Abteilung. Im Zentrum des historischen Festes solle die Zeit nach 1945 stehen, um zu veranschaulichen, „daß mit der Erringung der Macht der Arbeiterklasse (...) eine neue historische Etappe in der Entwicklung und dem Aufblühen der Hauptstadt (...) begann“, dass „alles progressive der 750jährigen Geschichte Berlins in der Hauptstadt der DDR seine würdige Fortsetzung findet“, und dass „die DDR das fortschrittlichste deutsche Staatswesen ist“. Die Dominanz des deutsch-deutschen Verhältnisses kam erneut klar zum Ausdruck, zumal als vorrangiges Ziel der 750-Jahr-Feier auch die „offensive Entlarvung aller Versuche des Klassegegners, am Beispiel der erfolgreichen Entwicklung der Hauptstadt die auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik der SED zu diskreditieren“, festgeschrieben wurde.<sup>77</sup>

Somit gab es zwar erste Konzepte für das Jubiläum, doch auf die Initiative der Stadthistoriker, die mit der Feier wissenschaftliche Hoffnungen verbanden, war die Bezirksleitung kaum vorbereitet. Richters Schreiben löste in der Bezirksleitung neben Zustimmung denn auch vor allem Unruhe aus. Naumann leitete es an Grimmer weiter, der sich umgehend einverstanden erklärte und „schnellstens“ Maßnahmen forderte, „wenn alles, was im Zusammenhang mit dem 750jährigen Jubiläum Berlins vorgesehen ist, mit der notwendigen Wissenschaftlichkeit und Gründlichkeit vorbereitet werden soll.“<sup>78</sup> Doch auch Grimmer spielte den Ball weiter und engagierte die ZK-Abteilung Wissenschaften. Diese rief im März 1981 Vertreter der Bezirksleitung, des IML, des Rates für Geschichtswissenschaften und des Hochschulministeriums zu sich, um zwei für die Apparate eng zusammenhängende Fragen zu diskutieren: „1. Was ist notwendig, um konzentrierter und koordinierter an der Forschung und Propagierung der Geschichte Berlins zu arbeiten? 2. Welche Maßnahmen sind notwendig, um den 750. Jahrestag der Gründung Berlins würdig vorzubereiten und durchführen zu können?“ Als Antwort auf die erste Frage sollten die Historiker kurzerhand mehr bekommen als sie gehofft und gefordert hatten, nämlich einen speziellen Lehrstuhl für Berlin-Geschichte an der Humboldt-Universität. Auch in der zweiten Frage vereinbarten die Anwesenden eine Zusammenarbeit von städtischen und staatlichen Stellen, um klarzustellen, „welche zentralen Maßnahmen für ‚750 Jahre Berlin‘ einzuleiten sind.“<sup>79</sup> Wachgerüttelt durch die Aktivitäten in der „Berlin-Geschichte“ nahm die Partei 1981 die Vorbereitung des Jubiläums in Angriff.

Die unverhoffte Gründung eines speziellen Lehrstuhls für „Territorialgeschichte (Berlin-Brandenburg)“ an der Sektion Geschichte der Berliner Universität war die Krönung der Etablierung einer neuen Stadtgeschichte in Ost-Berlin. Die etwas technische Bezeichnung sollte erneut den Bruch mit den nationalkonservativen Traditionen der „Landesgeschichte“ unter Beweis stellen. Die Besetzung des Lehrstuhls wäre eigentlich die wichtigste personalpolitische Entscheidung für das Jubiläum, denn der neue Professor würde der designierte Ostberliner „Chefhistoriker“ sein. Doch in der staatssozialistischen Planwissenschaft spielten Personalentscheidungen letztlich eine weniger prägende Rolle als in der Reichshaupt-

---

76 LA, C Rep 902, 4985, Grimmer an Naumann, 27.10.1980.

77 LA, C Rep 902, 6550, „Erste Vorschläge zur politisch-ideologischen Vorbereitung“ (o.D., Ende 1979).

78 LA, C Rep 902, 4985, Grimmer an Naumann, 27.10.1980.

79 LA, C Rep 902, 4985, Protokoll der Beratung beim Genossen Hannes Hörnig am 16. März 1981.

stadt oder in West-Berlin. Durch die verordnete Einheitlichkeit und das Ideal von Kollektivarbeiten gab es in der DDR weniger Raum für individuelle Profilierung. Nach der hinter ihrer Geschichtsauffassung stehenden Ideenwelt waren Wissenschaftler austauschbar, da die einzig richtige Version der Vergangenheit nicht durch die Pluralität der Meinungen, sondern nur durch Konsens und Einheit erschließbar war. Neben den richtigen wissenschaftlichen Qualifikationen – etwa auf dem Gebiet der Arbeiterbewegungsgeschichte – war also auch ein parteimäßig unbefleckter Status für einen Ruf erforderlich, und dieses Kriterium entschied die Besetzung des neuen Lehrstuhls. Denn obwohl alle Kandidaten gestandene Parteimitglieder und erfahrene marxistisch-leninistische Historiker waren, lagen einige gerade 1981 parteipolitisch schief. Laurenz Demps etwa hatte just 1981 inhaltlich-ideologische Probleme mit seiner Habilitation über die Gestapo und Gerhard Keiderling wurde gerade vom Außenministerium gemaßregelt. So wurde am 1. September 1981 Ingo Materna zum ordentlichen Professor an die Universität berufen.<sup>80</sup> Materna kam vom Museum für deutsche Geschichte, wo er 25 Jahre gearbeitet hatte und seit 1969 stellvertretender Direktor gewesen war. Dort hatte sich der 1932 geborene Mecklenburger auf die Berliner Arbeiter in der Novemberrevolution spezialisiert. Zwei Mitarbeiter standen dem Bereichsleiter zur Seite: eben Laurenz Demps und Heide Pankau.

In der Bereichskonzeption vom Dezember 1981 schmiedete Materna professionelle Wissenschaft und politische Indienstnahme selbstbewusst zur Einheit: Der Bereich diene zur „weiteren Ausarbeitung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes, zur Verbreitung und Festigung sozialistischen Geschichtsbewußtseins, zur Heranbildung sozialistischer Kader sowie zur offensiven Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie“.<sup>81</sup> Für die Forschung bestätigte er die bekannten Fragen der sozialistischen Geschichtsschreibung, nämlich „die weitere Aufdeckung des Wirkens grundlegender Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung im territorialen und städtischen Rahmen“, obwohl „die Entwicklung der Klassen und des Klassenkampfes als entscheidende Triebkraft“ längst identifiziert war. Die Probleme mit der Definition des Forschungsobjektes in der gespaltenen Stadt wurden durch eine zäsurale Objektverwandlung gelöst. Demnach ging es „zeitlich“ um „die Geschichte Berlins von der Gründung bis 1948 und die Geschichte der Hauptstadt der DDR bis zur sozialistischen Gegenwart“. „Topographisch“ aber bedeutete dies „das Territorium, auf dem Berlin entstand“, also bis 1948 das gesamte Stadtgebiet, und „auf dem es liegt“, nämlich die Hälfte davon. Bis zum Stadtjubiläum wollte man die brandenburgische „Territorialgeschichte“ vorerst zurückstellen.

Hiermit fand die institutionelle Etablierung der Stadtgeschichtsschreibung in Ost-Berlin ihren Schlussstein. Doch auch wenn Materna demonstrativ alle Ziele und Normen der instrumentellen Wissenschaft reproduzierte, trug die Konzeption erkennbare Spuren eines wissenschaftlichen Eigensinns, der mit der herrschaftsorientierten Funktionalität der „Berliner-Geschichte“ zumindest teilweise disharmonierte. „Für ein hohes wissenschaftliches Niveau der Lehre, eine massenwirksame Geschichtspropaganda (...) und für die überzeugende Auseinandersetzung mit imperialistischen Verfälschungen“ nannte Materna „die

---

80 1984 holte Materna seine Habilitation nach: Ingo Materna, *Die revolutionäre Berliner Arbeiterbewegung 1914–1919. Die Herausbildung der KPD* (Berlin, 1984).

81 LA, C-Rep 902, 05411, „Konzeption für die Arbeit des Bereichs Territorialgeschichte (Berlin-Brandenburg) an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin“, Dezember 1981. Auch für die folgenden Zitate.

eigenständige und kooperative Forschung fundierende Voraussetzung.“ Er akzeptierte die politischen Vorgaben als Denkraum, um dann kaum verhüllt vor allem die fachwissenschaftliche Eigenlogik zu verfolgen: Er wollte „den disziplinären und interdisziplinären wissenschaftlichen Meinungsaustausch“ stärken und die Erbedebatte vertiefen. Und anders als viele Funktionäre dachten die Historiker explizit auch über das Jubiläum hinaus. Zudem wollten sie ihre Arbeitskraft neben der Forschung vor allem einer umfangreichen Lehre widmen. Deshalb erfüllte der Lehrstuhl zwar „eine anleitende und koordinierende Funktion“ für die Berlin-Geschichte insgesamt, doch verweigerte er die straffe Lenkungsrolle, die ihm von der ZK-Abteilung Wissenschaften und der Bezirksleitung zugedacht worden war. Nach wie vor sei „ein Leitungsorgan notwendig, das nicht der Bereich Territorialgeschichte (...) sein kann.“ Die Historiker plädierten für ein mit politischem Gewicht und guten Ressourcen ausgestattetes Gremium bei der Bezirksleitung, dem Magistrat oder dem Rat für Geschichtswissenschaft. „Das Gremium sollte (...) die gesamte Arbeit planend lenken. Der Bereich würde in solchem Gremium vertreten sein.“

Obwohl die für die zentrale Planwissenschaft so wichtige Lenkungsfrage also weiterhin offen war, nahmen die Forschungsarbeiten ab 1981 ihren Lauf. Nach jahrzehntelangem Schattendasein war innerhalb von vier Jahren eine komplette Subdisziplin aus dem Boden gestampft worden, die das Berlinjubiläum nun mit einer wissenschaftlich fundierten, marxistisch-leninistischen Gegenerzählung der Stadtgeschichte versehen sollte.

## 4. Staatskonkurrenz zu „Westberlin“

Die Initiativen der Historiker hatten 1981 das Jubiläum auf die Tagesordnung der Bezirksleitung gebracht. Bis dahin war deren Haltung wenig konkret gewesen. Grimmer hatte lediglich angefangen, nationale Institutionen in die Planung einzubinden, um zu verhindern, dass „die gesamte Angelegenheit (...) einzig und allein auf den Berliner Tisch gezogen wird.“<sup>82</sup> Der neue Lehrstuhl war ein direktes Ergebnis dieser Bestrebungen, und im Mai 1981 machte die ZK-Abteilung Wissenschaften das zuständige Politbüromitglied Kurt Hager auf die Fragen der 750-Jahr-Feier aufmerksam. Auch Hager verlangte eine zentrale Organisation: „Das Jubiläum der Hauptstadt der DDR betrachten wir selbstverständlich nicht als regionalgeschichtliches Ereignis, sondern als Jubiläum von großer nationaler und internationaler Bedeutung“, bestätigte er Naumann.<sup>83</sup> Im Oktober 1981 brachte dieser eine Vorlage ins ZK-Sekretariat, die den „Rang“ des Jubiläums als ein „hervorragendes Ereignis“ der DDR bestimmte.<sup>84</sup> Es sollten zwar unter Leitung des Oberbürgermeisters ein „repräsentatives Komitee“ sowie eine kompetente Arbeitsgruppe gegründet werden, aber das ZK sollte die Sache kontrollieren.

Mit dieser Korrespondenz zwischen Berliner und nationaler Parteiführung geschah bei der Festvorbereitung in der DDR etwas grundlegend Anderes als in der Reichshauptstadt und in West-Berlin. Nachdem jeweils die Stadtverwaltung die Überlegungen gestartet hatte, mobilisierte sie in der DDR bald die Staatsführung, um das Ereignis zu betreuen. Zwar wurde vorläufig Oberbürgermeister Krack zur zentralen Festfigur erklärt – wie Lippert oder auch Diepgen –, doch die Entscheidungskompetenz lag jetzt beim ZK. Diese Hierarchiebildung geschah nicht gegen den Willen der Bezirksleitung oder des Magistrats. Im Gegenteil, beide hatten ausdrücklich die Zusammenfassung der Festplanung unter zentraler Führung betrieben. Hier ging es um das Ansehen ihrer Hauptstadt. Deshalb wurde das Berlinjubiläum in der DDR fortan als Staatsangelegenheit betrachtet, was es im Dritten Reich und etwa in der Bundesrepublik deutlich nicht war. Und diese Tendenz sollte sich bis 1987 noch erheblich verstärken.

---

82 LA, C Rep 902, 4985, Grimmer an Naumann, 27.10.1980.

83 Ebd., Hörnig an Hager, 15.5.1981; SAPMO-BArch, DY30/vorl.SED 38791, Hager an Naumann, 9.7.1981.

84 SAPMO-BArch, DY30/J IV 2/3/3279, Beschluß des ZK-Sekretariats 71/81, 5. Oktober 1981, „Vorbereitung des 750. Jahrestages der Gründung Berlins (1987)“.



## Eine nationale Angelegenheit

Abgesichert durch den ZK-Beschluss konnte die Stadtverwaltung etwa sechs Jahre vor dem großen Ereignis ihre Vorbereitungen beginnen. Grimmer und Krack sammelten Vorschläge der Bezirks- und Magistratsabteilungen, was im Januar 1983 in einer fast 50-Seiten-Vorlage für das Sekretariat der Bezirksleitung mündete.<sup>85</sup> Man werde 1987 „im In- und Ausland“ „die historischen Lehren der Geschichte Berlins“ vermitteln und deutlich machen, „daß Berlin als Hauptstadt der DDR die Kontinuität alles Guten sowie den Bruch mit allen Reaktionen in der deutschen Geschichte verkörpert“, ja gar „daß in Berlin in den wenigen Jahrzehnten seiner von Sozialismus geprägten Geschichte mehr für den Menschen, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt geleistet wurde als in den vielen Jahrhunderten der Stadtgeschichte zuvor.“ Am Beispiel der „erfolgreichen Entwicklung seiner Hauptstadt“ seien 1987 vor allem „die Werte und Vorzüge des realen Sozialismus“ darzustellen.<sup>86</sup>

Die ersten Umrisszeichnungen eines Festprogramms wurden sichtbar, das die nationale Präsenz weiter hervorhob: Angedacht waren eine offizielle Eröffnung mit dem DDR-Ministerrat, eine Festschrift mit einem Vorwort von Honecker und ein internationales Bürgermeistertreffen. Die Stadtgeschichte sollte in 15 Ausstellungen und 39 Buch- und Filmpublicationen dargestellt und verbreitet werden. Von Anfang an dachte man auch an einen historischen Festzug, denn die DDR wurde im Gegensatz zu West-Berlin nicht von einer offenen Problematisierung der 700-Jahr-Feier geplagt. Zudem hatte man vor, „beispielgebende Leistungen in Städtebau und Architektur zu vollbringen“. Und „die Werktätigen der Hauptstadt“ sollten die „planmäßige Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms“ nicht alleine, sondern „gemeinsam mit den Arbeitskollektiven aus den anderen Bezirken“ durchführen.<sup>87</sup> Damit wurde deutlich, dass das Berliner Fest eine Kraftanstrengung der gesamten Republik erfordern sollte. Während andere Bezirke der DDR unter dem wirtschaftlichen Druck zusehends verödeten, sollte Berlin zum Aushängeschild des zweiten deutschen Staats werden.

Der Übergang vom Ideensammeln zur Ausführung fiel in der Hauptstadt der DDR ebenso wie in West-Berlin auf Anfang 1984. Grimmer stellte im März fest, dass jetzt auch konkrete Aufgaben „aktuell“ wurden, „die einer strafferen staatlichen Leitung bedürfen als bisher.“<sup>88</sup> Es wurde nun die angekündigte Arbeitsgruppe beim Oberbürgermeister Krack gebildet, um einen konkreten Politbürobeschluss vorzubereiten. Das Gremium arbeitete in strikter Abschottung von der Öffentlichkeit. Anders als in West-Berlin, wo der Senat seine Legitimation stets aufs neue durch tatsächliche oder deklamatorische Einbeziehung der Bevölkerung reproduzieren musste, war die proklamierte Einheit zwischen Volk und Führung ein so unerschütterlicher Bestandteil des Selbstverständnisses der SED-Funktionäre, dass öffentliche Appelle an die Bevölkerung zur Teilnahme oder Ideenspende zugleich selbstverständlich und überflüssig schienen. In diesem Denken bestand überhaupt kein Gegensatz zwischen dem Wunsch, „daß die Masse der Berliner in die Vorbereitung des Jubiläums einbezogen“ werden müsste, und der Forderung, die „Festlegungen und Maßnahmen zur Vorbereitung des 750. Jahrestages der Stadt Berlin (...) vertraulich zu behandeln und nicht zu veröffentli-

---

85 LA, C Rep 902, 5106, „Maßnahmen zum 750. Jahrestag der Gründung der Stadt Berlin im Jahre 1987“, 20.1.1983. Für die Vorschläge der verschiedenen Magistratsabteilungen: LA, C Rep 124-1, 312.

86 LA, C Rep 902, 5106, „Maßnahmen zum 750. Jahrestag“, 20.1.1983.

87 LA, C Rep 902, 5106, „Maßnahmen zum 750. Jahrestag“, 20.1.1983, S. 14f.

88 LA, C Rep 902, 6527, Grimmer an Naumann, 21.3.1984.

chen.“<sup>89</sup> Die Volksbeteiligung konnte nur in den ideologischen Kategorien des SED-Apparates gefasst werden, und eine etwaige Integration von eigenständigen Gegenaktivitäten, wie dies in West-Berlin geschah, war in der DDR buchstäblich undenkbar. Vielmehr konnte ein solcher Dualismus zwischen Volk und Herrschaft nach der Wahrnehmung des Realsozialismus nur in der „spätkapitalistischen“ Gesellschaft West-Berlins vorkommen, und so sah sich die Partei vom Streit zwischen dem Senat und dem Kulturrat nur bestätigt.<sup>90</sup> Derartige Probleme, so wusste der Berichterstatter, kannte man im Sozialismus nicht.

Größer als der Einfluss der Bevölkerung auf die Festplanung war bezeichnenderweise der Einfluss des Westberliner Parallelvorhabens. Die öffentliche Präsentation der Pläne Ullrich Eckhardts im Herbst 1984 leistete den Ostberliner Anstrengungen erheblichen Vorschub. Die sozialistische Stadtverwaltung stand jetzt unter Druck, nachzulegen und die Westberliner Programmgestaltung angemessen zu beantworten. Ende 1984 stimmte sie mit Egon Krenz den endgültigen Maßnahmenkatalog ab, der im Januar 1985 ins Politbüro gebracht werden sollte. Und Krenz hatte Neuigkeiten zu vermelden: Nicht Berlins Oberbürgermeister Krack sollte länger dem Komitee vorstehen, sondern Staats- und Parteichef Erich Honecker selbst. Nach dem Vorbild des Lutherjahres sollte Honecker damit demonstrativ die Aneignung der Berliner Stadtgeschichte durch die DDR unter Beweis stellen. Der Jubiläumsbeschluss, der am 22. Januar vom Politbüro verabschiedet wurde, galt der Organisation des Festes bis 1987 als Handlungsagenda und zählte 53 Seiten mit Programm- und Bauvorhaben. Das Jubiläum war auf gewaltige Ausmaße angewachsen.<sup>91</sup>

Mindestens so wichtig wie die formelle, interne Verständigung über die Festplanung war für die Parteiführung die öffentliche Konstituierung des „Komitees der Deutschen Demokratischen Republik zum 750jährigen Bestehen von Berlin“ am 7. Februar 1985. Sie sollte den Start der Jubiläumsvorbereitung „massenwirksam“ markieren. Bis in die kleinsten Details war die Veranstaltung im Staatsratsgebäude vorbereitet worden. Sie war durch Konsenswillen und Einmündigkeit geprägt und lieferte nach außen hin ein von Debatten bereinigtes Bild. Mehr oder weniger „draußen“ standen in diesem Sinne auch die Komiteemitglieder selbst, die eine rein repräsentative Funktion erfüllten. Sie erhielten keine Einsicht in den Politbürobeschluss, sondern bekamen „ein etwas allgemeineres Material“. Auf einer noch niedrigeren Stufe standen die Medien der DDR und des Westens, denn diese kleine Broschüre sollte der Presse bloß als „Hintergrundmaterial“ dienen und war „nicht für die Veröffentlichung gedacht.“<sup>92</sup>

Das Komitee war zwar seit dem frühesten ZK-Beschluss 1981 angedacht worden, doch es hatte sich im Laufe der Zeit erheblich geändert. Die Mitgliederzahl war von 51 auf nicht weniger als 169 gestiegen, darunter Politbüromitglieder, Minister, Arbeiter, Veteranen, Intellektuelle und Künstler – kurz: „169 Persönlichkeiten aus allen Bereichen des gesell-

---

89 LA, C Rep 124-1, 308, Aktennotiz der ersten Beratung, 16.5.1984.

90 LA, C Rep 902, 6526, Werner Gahrig, „Information über die Vorbereitung der 750-Jahr-Feier Berlins durch den Senat von Berlin (West)“, o.D. (Frühling 1986), S. 2f.: „Der Senat verhält sich im Widerspruch zu der (...) geforderten ‚breiten Bürgerbeteiligung.‘ (...) Die vom Beauftragten des Senats (...) herausgegebene Broschüre zeigt, daß nur sehr wenige Vorhaben dieser Gruppen, in deren Mittelpunkt der ‚Alltag des Menschen‘ steht, eine gewisse finanzielle Förderung durch den Senat erfahren werden.“

91 SAPMO-BArch, DY30/JIV 2/2A, 2723, Protokoll des Politbüros 3/85, 22.1.1985, „Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung des 750. Jahrestages Berlins“.

92 SAPMO-BArch, DY30/vorl. SED 2565, Naumann an Honecker, 14.1.1985 (Herv. im Original); DY30/J IV 2/2A, 2715, BP Protokoll 49/84, 18.12.1984.

schaftlichen Lebens unserer Republik“. Der Schwerpunkt lag bei Vertretern nationaler Institutionen, was nicht zuletzt im Vorsitz des Staatschefs zum Ausdruck kam. Staatssekretär Kurt Löffler trat als „Sekretär“ auf; er sollte auf staatlicher Ebene die Organisation des Festes übernehmen, während Krack in Berlin verantwortlich war. Das Komitee trat in geschlossener Reihe zusammen. Obwohl alle Redebeiträge im Januar genauestens abgestimmt worden waren, galt es als wichtig, die Veranstaltung ähnlich den Parteitag als eine „Beratung“ zu verstehen, in der verschiedene Genossen „das Wort ergriffen“.<sup>93</sup> Die Sitzung strahlte Einigkeit aus, und politisches Gewicht. Die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ wurde angewiesen, volle 20 Minuten über die Konstituierung zu berichten, und der Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, Günther Schabowski, stimmte mit Egon Krenz im Detail die Titelseite für den 8. Februar ab.<sup>94</sup> Der Parteiverlag Dietz brachte eine „repräsentative“ Broschüre über das Ereignis heraus.<sup>95</sup> In allem spiegelte sich die nationale Bedeutung des Berlinjubiläums.

## Feindbild West-Berlin

Diese nationale Bedeutung der 750-Jahr-Feier stand zwar auch im Einklang mit dem Hauptstadtstatus Berlins, wurde aber doch vor allem von der direkten Festkonkurrenz mit der anderen Stadthälfte begründet. Alle Reden, Konzeptpapiere und Programmideen waren von einer tiefen Obsession mit deutschlandpolitischen Fragen und dem Wettbewerb mit der „selbständigen politischen Einheit Westberlin“ geprägt. Eine Propagandaveranstaltung wie die Konstituierung des Komitees wurde nicht nur auf ihre Binnenwirkung in der DDR, sondern mehr noch auf ihre Ausstrahlung nach Westen ausgerichtet. Nur deshalb hatte man ausländische Journalisten zum Ereignis eingeladen, auch wenn das sogar auf Kosten des eigenen Medienmonopols ging, weil nun vielleicht „Westmedien über die beabsichtigte Konstituierung eines Staatlichen Komitees früher berichten als DDR-Medien“.<sup>96</sup> Und der Plan ging auf, denn die westliche Presse war beeindruckt vom großen Bauprogramm, das Ost-Berlin mit der 750-Jahr-Feier verband. West-Berlin inszenierte umgehend den Arbeitsbeginn seines hoch besetzten Jubiläumsbeirats unter Vorsitz des Altbundespräsidenten Karl Carstens.<sup>97</sup>

Die Beobachtung des Gegners im Westen durchzog die Festvorbereitungen. Alle Arbeitsgruppen wurden von den Ministerien für Staatssicherheit und für Auswärtige Angelegenheiten regelmäßig mit Berichten über den Stand der Westberliner Vorbereitungen versehen. „Zu gegnerischen Aktivitäten gegen (!) die Feierlichkeiten zum 750jährigen Bestehen Berlins im Jahre 1987“ war ein solcher Bericht 1985 überschrieben, der keinen Zweifel daran ließ, „daß die gegenwärtige BRD-Regierung und der Westberliner Senat weiterhin an einem revanchistischen Konzept von der ‚nationalen Aufgabe Westberlins‘ beim ‚Offenhalten der deutschen Frage‘ festhalten. (...) Es soll sowohl bei den Westberlinern als auch bei

---

93 ND, 8.2.1985. Vgl. DY30/vorl. SED 2565, Korrespondenz im Büro von Erich Honecker.

94 SAPMO-BArch, DY30/vorl. SED 2569, Krenz an Honecker, 31.1.1985. Die Titelseite war für mehr als Dreiviertel der Konstituierung des Komitees gewidmet, und auch auf den nächsten Seiten wurden alle „Diskussionsbeiträge“ und die Liste der Komiteemitglieder komplett abgedruckt.

95 *750 Jahre Berlin. Konstituierung des Komitees der Deutschen Demokratische Republik zum 750jährigen Bestehen von Berlin am 7. Februar 1985* (Berlin, 1985).

96 SAPMO-BArch, DY30/vorl. SED 2569, Krenz an Honecker, 31.1.1985.

97 TSP, 22.2.1985, „Senat will Staatsoberhäupter der drei Westmächte einladen“.

den Bürgern der DDR der Eindruck erweckt werden, daß es sich um ein gemeinsames Stadtjubiläum handelt. Damit verbunden wird die Feindthese vom uneingeschränkten Fortbestehen des ‚Viermächtestatus von Groß-Berlin‘ propagiert.“ Man deutete die Geschehnisse in West-Berlin mit den eigenen Kategorien, wodurch „der Gegner“ strukturell auf der gleichen Ebene und mit spiegelbildlichen Zielen operierte. Nur deshalb konnte man sich über den „sogenannten“ Berlin-Beirat des Senats aufregen, in den nur „Interessenvertreter des Monopolkapitals“ berufen wurden und dem „weder ein Arbeiter noch ein fortschrittlicher Intellektueller der BRD und Westberlins angehört. Welch ein Unterschied zur Zusammensetzung des am 7. 2. 1985 in der Hauptstadt gebildeten Komitees!“<sup>98</sup> Das Feindbild schirmte die Denkwelt der Funktionäre für Außeneinflüsse ab, und statt einen Anlass zur Selbstreflexion gab die Wahrnehmung des „objektiven Gegners“ in der Regel einen Grund zur Selbstbestätigung her.<sup>99</sup>

Doch die Abschottung von der Denkwelt des Feindes war in der DDR der 1980er Jahre nicht mehr so vollkommen wie noch unter Ulbricht. Die sozialliberale Koalition hatte die Wahrnehmung eines einheitlichen Feindblocks angetastet, denn sogar die größten Scharfmacher mussten mit Naumann 1976 „eine Scheidelinie zwischen den liberaleren und entspannungswilligeren und den rechten und erzkonservativen imperialistischen Kräften“ eingestehen.<sup>100</sup> Solche Differenzierungen hatten die Feindkonstruktion in ihrer Effizienz untergraben, und sie lieferte deshalb nicht mehr in allen Fällen die zuverlässige Richtschnur für die Interpretation und Abwehr der gegnerischen Aktivitäten.

Der zunehmende Verschleiß des Gegnerbildes, aber auch die hartnäckigen Versuche, an ihm festzuhalten, sind beispielhaft beobachtbar in den Berichten des Stadtarchivars Werner Gahrig. Er war als Berichterstatter erstmals anlässlich der Preußenausstellung vor den Magistrat bestellt worden, um die Westberliner Neuigkeiten „in der offensiven Auseinandersetzung mit gegnerischen Konzeptionen und Auffassungen zur Geschichte Berlins berücksichtigen zu können“.<sup>101</sup> Seitdem schrieb Gahrig in regelmäßigen Abständen Berichte. Zunächst sah er im geschichtlichen Erwachen West-Berlins eine deutliche Bedrohung für die DDR.<sup>102</sup> Weil aber die Ausstellung mit ihren feindlichen Zielen offensichtlich nicht von den konservativsten DDR-Gegnern konzipiert worden war, blieben die alten, starren Kategorien des Historikers kaum an ihr haften. Gahrig musste sein Instrumentarium erheblich verfeinern, um das ganze Projekt, wie es das Bild des „objektiven Gegners“ forderte, doch als politische Tat einzuordnen. Unsicher urteilte er, dass die Schau Produkt „*rechtsozialdemokratischer, pseudoliberal-flexibler Kräfte*“ sei.<sup>103</sup> Auch wenn „bestimmte Züge der konservativen Variante, die Preu-

---

98 LA, C Rep 902, 6528, „Zu gegnerischen Aktivitäten gegen die Feierlichkeiten zum 750jährigen Bestehen Berlins im Jahre 1987“, ohne Autor, 31.5.1985.

99 In dieser Hinsicht traf Bräutigams Einschätzung über das „Gegnerbild“ Ost-Berlins sicher zu, vgl. II.3.

100 Naumann, *Zu den Aufgaben*, S. 76.

101 LA, C Rep 902, 4985, Günter Hoffmann (Magistrat) an Grimmer, 19.6.1981, S. 10.

102 Die Preußenausstellung „geschieht *nicht bloßer Nostalgie wegen, sondern verfolgt (...) eindeutig politische Interessen*. Um für die abenteuerliche These von ‚Berlin als Ausdruck der ungelösten deutschen Frage‘ (...) die Blicke der Welt wieder auf Westberlin auszurichten, muß für die regierenden Parteien im Westberliner Rathaus Preußen weiterleben – zumindest als Idee.“ (LA, C Rep 902, 4985, Gahrig, Information über den Besuch der Preußenausstellung, 24.8.1981, S. 2.)

103 LA, C Rep 902, 4985, Gahrig, Information über den Besuch der Preußenausstellung, 24.8.1981, S. 4. (Herv. im Original.) Vgl. ebd., Hoffmann an Grimmer, 19.6.1981, S. 6: „Die Ausstellung ist konzeptionell wesentlich von der *sozialgeschichtlichen und sozialreformistischen Richtung, von flexiblen gemäßigt-liberalen Kräften* in der BRD-Historiographie geprägt worden. Wir haben es dabei mit einer Richtung

ßen glorifiziert, nicht gänzlich ausgespart“ seien, so dominiere offenbar „der Versuch, ein differenziertes Preußenbild zu vermitteln, das auch kritische Akzente setzt.“ Nichtsdestoweniger, so zog sich Gahrig wieder auf sicheres Gelände zurück, „dient die partielle Kritik an Preußen letztlich dazu, das gegenwärtige imperialistische System in der BRD zu rechtfertigen.“<sup>104</sup>

Auch inhaltlich wurde prinzipielle Fundamentalkritik von einer partiellen Anerkennung für die Ausstellung begleitet, was den Klassengegner auf einmal wenigstens teilweise kompatibel mit der eigenen Geschichtsschreibung zu machen drohte. Zwar monierte Gahrig einerseits, dass „die Große Sozialistische Oktoberrevolution“ im Gropius-Bau „völlig unerwähnt“ blieb, und dass „die beiden Klassenlinien (...) kaum deutlich“ wurden.<sup>105</sup> Aber „auffallend“ fand Gahrig andererseits die „Orientierung auf die sog. ‚Sozialgeschichte‘“, die etwa „die materiellen, insbesondere der technisch-wissenschaftlichen Produktivkräfte in Preußen“ jetzt „z.T. beeindruckend“ darzustellen vermocht habe. Ein anderer „neuer Aspekt“ sei, dass das Scheitern der Weimarer Republik „ausschließlich auf reaktionäre, rechte Kräfte zurückgeführt“ wurde und dass dafür nicht länger „ebenso die linken Kräfte mitverantwortlich gemacht werden.“ Gespannt wartete Gahrig jetzt auf die Reaktionen, denn dies „dürfte von Seiten der CDU/CSU und nahe stehenden Politikern und Historikern nicht unwidersprochen bleiben.“<sup>106</sup> Solche Differenzierungen schwächten das Bild eines „objektiven Gegners“, der nach Hannah Arendt selbst keinen Einfluss auf seinen Feindstatus hat.

Gahrig informierte die 1984 gegründete Arbeitsgruppe beim Oberbürgermeister laufend „über die Aktivitäten des Westberliner Senats“ zum Berlinfest.<sup>107</sup> Auch hier vermischten sich Differenzierungen mit klaren Frontstellungen. Fremd- und Selbstbeschreibung gingen nahtlos ineinander über, als Gahrig feststellte, dass der Senat „die 750-Jahr-Feier Berlins in enger Abstimmung und mit Unterstützung der BRD-Regierung als ein ‚Ereignis von nationaler Bedeutung‘ vor(bereitet).“<sup>108</sup> Zufrieden beobachtete er „die Sorge“ vieler Westberliner Abgeordneten, dass „die Hauptstadt der DDR ‚zur 750-Jahr-Feier viel mehr auf die Beine stellen könnte“, doch voller Wachsamkeit registrierte er sogleich den „Versuch der herrschenden Kreise Westberlins (...), eine ‚gemeinsame 750-Jahr-Feier‘ mit der Hauptstadt der DDR zu erreichen“ und „Informationen über konkrete Vorhaben“ des Ostens zu erhalten. Wegen dieser „neuen gegnerischen Machenschaften“ ordnete Gahrig „nochmals mit Nachdruck“ an, über alle Vorhaben zum Stadtjubiläum „absolutes Stillschweigen zu wahren.“<sup>109</sup>

---

zu tun, die zwischen einer pseudo-demokratischen Konzeption im Sinne Heinemanns und der preußisch-reaktionären Richtung liegt und den Intentionen der sozialliberalen Regierungskoalition entspricht.“

104 LA, C Rep 902, 4985, Gahrig, Information über den Besuch der Preußenausstellung, 24.8.1981, S. 4.

105 LA, C Rep 902, 4985, Gahrig, Information über den Besuch der Preußenausstellung, 24.8.1981, S. 5: „Vor allem bleibt weitgehend im Dunkel, daß alle progressiven Kräfte gegen das Preußentum einen erbitterten Kampf führten.“ Vgl. ebd., Hoffmann an Grimmer, 19.6.1981, S. 7: „Die Volksmassen werden bis hinein in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts nicht als aktive und selbständige in der Geschichte auftretende Kraft gezeigt. (...) Statt dessen wird die Geschichte der Arbeiterbewegung in den allgemeinen Geschichtsablauf ‚integriert‘. (...) Die revolutionäre Linie in der deutschen Arbeiterbewegung wird entweder gänzlich verschwiegen oder (...) radikaldemokratisch als marxistisch beurteilt und damit als im Grunde nicht systemsprengend hingestellt. Die KPD wird in der Darstellung gänzlich ausgeklammert.“

106 LA, C Rep 902, 4985, Gahrig, Information über den Besuch der Preußenausstellung, 24.8.1981, S. 5f.

107 LA, C Rep 124-1, 308, Aktennotiz 16.5.1984.

108 LA, C Rep 124-1, 336, Werner Gahrig, „Handmaterial über Aktivitäten des Senats“, o.D. (Frühjahr 1984).

109 LA, C Rep 902, 6527, Gahrig, „Information über neue Aktivitäten des Senats“, 28.12.1982, S. 1f.

Präzise führte er Buch über die Tendenzen, „Westberlin“ „widerrechtlich“ als ein Bundesland zu inszenieren, über die Mitfinanzierung des Jubiläums durch den Bund, über die Verunsicherung, die die scheiternde Abstimmung mit Ost-Berlin im Westen verursachte und vor allem über die Gesamtberliner Absichten des Senats.<sup>110</sup>

Doch wie schon Jahre früher zu Preußen, war Gahrigs Hand auch in der Einordnung der Westberliner Jubiläumsvorbereitungen in Wahrheit nicht so fest, wie es seine selbstsichere Sprache vermuten ließ. Unhinterfragbar war für ihn auf jeden Fall das Bestreben etwa Ulrich Eckhardts, die Veranstaltungen „konzeptionell eindeutig im aktuell-politischen Sinn des Senats auszurichten.“<sup>111</sup> Die scharfen Debatten verlangten aber nach einer genaueren Einschätzung eines Westberliner Diskussionsfeldes, das nur in Teilen noch die alte Übersichtlichkeit besaß. „Von den rechtesten Kräften wird dem Senat mangelnder Antikommunismus vorgeworfen“, das war ebenso einfach wie die Lokalisierung der „Proteste verschiedener Bevölkerungsschichten bzw. ‚freier Gruppen‘ (Frauen, Ausländer u.a.), die sich durch das Bestreben des Senats (...) unterrepräsentiert und diskriminiert fühlen.“ Die Haltung der SPD zwang aber zu schwammigen Ausdifferenzierungen. Einerseits habe sie sowohl „massive Kritik“ am Senatskonzept geübt als auch „eigene Anregungen“ eingebracht, wobei es unklar war, „ob hier tatsächlich konzeptionelle Divergenzen zwischen dem Senat und SPD bestehen oder letztere sich von wahltaktischen Überlegungen leiten läßt.“ Und andererseits gebe es noch „innerhalb der SPD Diskussionen um die Senatskonzeption und Kritik von rechts.“<sup>112</sup> Derartige Unsicherheiten führten zu inhaltsleeren und selbstwidersprüchlichen Diagnosen, etwa als sich Gahrig zu Unterscheidungen noch zwischen „führenden Kreisen des Westberliner Senats“ und dem „Senat selbst“ veranlasst sah.<sup>113</sup> Doch sobald die Übersicht durch schlichte Vernachlässigung der empirischen Beweisführung wieder hergestellt wurde, konnte das „objektive“ Feindbild auch in den 1980er Jahren noch in voller Kraft erstrahlen. Denn umgehend stellte Gahrig klar, dass West-Berlin „eine wesentliche Funktion in der Systemauseinandersetzung mit dem realen Sozialismus einnehmen“ wird, auch wenn „der Beauftragte des Senats für die 750-Jahr-Feier (...) dies nicht so klar (formuliert).“<sup>114</sup>

Auf diese Weise diente die Beobachtung der Westberliner Vorbereitungen einerseits der Selbstbestätigung der DDR-Hauptstadt, aber andererseits auch einer aus wachsender Wettbewerbsnervosität gespeisten Reaktionspolitik. Aus Westberliner Vorgaben wurden pragmatische Handlungszwänge abgeleitet. Vor allem die Terminsetzung der Festveranstaltungen wurde vom Westprogramm abhängig gemacht. Zufrieden konnte Gahrig 1986 denn auch bestätigen, dass fast alle „Vorhaben in der Hauptstadt der DDR zu früheren Terminen stattfinden.“<sup>115</sup> Dafür hatten die SED-Apparate aber auch bis in die höchsten Ebenen gearbeitet.

---

110 Zum Westprogramm berichtet Gahrig 1986 zusammenfassend: „Im Mittelpunkt (...) steht die angebliche ‚Offenheit der deutschen Frage‘, wird das Stadtjubiläum zur ‚nationalen Aufgabe‘ deklariert, soll eine ‚Faszination‘, die das westliche Berlin, zum Teil stellvertretend für die gesamte Stadt auch weiterhin auszuüben vermag, erzeugt werden.“ Gahrig fand es bezeichnend, „daß in der Senatsplanung weder von der Friedensfrage noch von demokratischen Rechten der Werktätigen, zum Beispiel dem Recht auf Arbeit, die Rede ist.“ (LA, C Rep 902, 6526, Gahrig, „Information über die Vorbereitung“, Frühling 1986, S. 4f.)

111 LA, C Rep, 124-1, 336, Gahrig, „Information über neue Aktivitäten des Senats“, 16.7.1984, S. 4.

112 LA, C Rep, 124-1, 336, Gahrig, „Information über neue Aktivitäten des Senats...“, 10.11.1984, S. 2ff.

113 LA, C Rep, 124-1, 336, Gahrig, „Information über neue Aktivitäten des Senats...“, 16.7.1984, S. 4.

114 LA, C Rep 902, 6526, Gahrig, „Information über die Vorbereitung...“, o.D. (Frühling 1986), S. 4.

115 LA, C Rep 902, 6526, Gahrig, „Information über die Vorbereitung...“, o.D. (Frühling 1986), S. 7.

Denn obwohl zum Beispiel „die erste urkundliche Erwähnung Berlins Ende Oktober 1235 (sic!) bekannt ist“, wollte Egon Krenz den Staatsakt doch nach vorn verschieben, weil „der Westberliner Senat seine Veranstaltungen Ende Oktober plant. Mit dem Staatsakt der DDR am 1. Oktober würden wir die wichtigsten Veranstaltungen für den Jubiläumsmonat einleiten.“<sup>116</sup> Das auf Reaktion ausgelegte Handlungsmuster bestimmte in vielen Aspekten die Programmgestaltung in Ost-Berlin: Es prägte die Entscheidung für ein Wasserfest, für wissenschaftliche Konferenzen und für eine Bauausstellung.

Zugleich ließ sich Ost-Berlin selbst nicht in die Karten schauen. Öffentliche Kundgebungen wie die Konstitution des staatlichen Komitees hatten Seltenheitswert. Westliche Anfragen wurden lange abgewiesen, und als 1985 endlich Gespräche zustande kamen, gab Löffler kaum Konkretes preis. Direkte Berührungen mit dem Gegner waren von Geheimniskrämerei und politischer Wachsamkeit durchzogen und wurden nur echten Parteisoldaten überlassen. Kontakte zwischen Ost- und Westberliner Historikern waren deshalb verboten; Maternas Wunsch, selbst in den Westen fahren zu können, um „die notwendige Nutzung von Archiven und Bibliotheken in Westberlin“ vorzunehmen, wurde abgewiesen.<sup>117</sup> Als der Westberliner Jubiläumsbeirat 1985 das Märkische Museum besuchen wollte, um sich über die östliche Geschichtsarbeit zu informieren, wurde eiligst der Oberbürgermeister informiert. „Wenn alle als Einzelpersonen ihre Karten kaufen, ist der Besuch meines Erachtens nicht zu verhindern“, meinte sein Büro. „Sollten sie sich anmelden als genannte Institution, sollten sie abgewiesen werden, falls sie keine Genehmigung unserer staatlichen Organe vorweisen können.“ Krack verordnete, dass „keine Führung“ gemacht und vor allem „keine Diskussion“ geführt werden sollte.<sup>118</sup> Die Mitarbeiter des Museums verhielten sich demonstrativ ignorant, ließen die westlichen Besucher aber keine Minute aus dem Auge und schrieben nachher lange Berichte.<sup>119</sup> Und als schließlich 1986 doch dem Westen ausgewähltes Archivgut zugänglich gemacht werden sollte, rief dies, wie oben berichtet, die halbe Parteiführung auf den Plan (vgl. II.7). Der Kampf um die Stadtgeschichte war in der DDR eben Staatsangelegenheit.

---

116 SAPMO-BArch, DY30/vorl. SED 2565, Krenz an Honecker, 21.1.1985; vgl. DY/30 J IV 2/2A, 2723, PB Protokoll 3/85, 22.1.1985, Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung.

117 LA, C-Rep 902, 05411, „Konzeption für die Arbeit des Bereichs Territorialgeschichte...“, 1981. Vgl. Schöne, *Stabilität und Niedergang*, S. 14f.

118 LA, C Rep 902, 6080, Helga Rönsch an Krack, 5.3.1985 (Hervorhebung im Original).

119 LA, C Rep 902, 6526, Information, 8.3.1985: „Am 8.3.1985 von 10.05 bis 11.55 Uhr besuchten 15 Mitglieder des Westberliner Vorbereitungskomitees zur 750-Jahr-Feier das Märkische Museum (Sie stellten sich nicht als Mitglieder dieses Komitees vor). Es entstand der Eindruck, daß sie in Arbeitsgruppen aufgeteilt waren. Alle Mitglieder machten handschriftliche Aufzeichnungen. (...) Im Eingangsbereich sagten sie, daß eine Führung für sie angemeldet wäre. Der anwesende Kollege sagte, daß ihm nichts bekannt sei. Daraufhin drucksten sie herum und verlangten einen Herrn Hanke oder so ähnlich. Der Kollege antwortete daraufhin, daß er einen derartigen Kollegen nicht kenne. Die nächste Frage war, ob es einen so ähnlich heißenden Herrn im Museum gäbe. Es wurde geantwortet ja, der Direktor (Herbert Hampe – KT), aber der ist gegenwärtig nicht da. Daraufhin wurde ordnungsgemäß Eintritt bezahlt und der öffentliche Bereich besichtigt. Während der gesamten Zeit des Rundgangs war der Genosse Kubit, Stellvertretender Direktor, und Genossin Pischke (Mitarbeiterin), in der Nähe. In Gesprächen, die beide Genossen mithören konnten, kam zum Ausdruck, daß bedauert wurde, daß eine Führung nicht zustande gekommen sei. Es wurde die Frage gestellt, ob es möglich ist, die Außenstelle Linienstraße zu besichtigen. Ihnen wurde geantwortet, daß das nur nach Voranmeldung möglich sei. Weiterhin wurde gefragt, wo die Modelle der Friedrichstraße und des Nikolai-Viertels zu besichtigen seien. Sie wurden an die Berlin-Information verwiesen. Gegen 11.55 Uhr verließen alle das Museum.“

## 5. Die unsichere Gegenerzählung

Die Besetzung des Stadtjubiläums durch die Parteiführung hob auch die Erzählung der Stadtgeschichte auf eine nationale Ebene. In den Beschlüssen wurden Umriss der Berliner Vergangenheit gezeichnet, die vollständig um die „historische Wende“ vom 7. Oktober 1949, die Gründung der DDR, gruppiert waren. „Im einstigen Hort des deutschen Imperialismus, von dem die zwei verheerendsten Kriege der Menschheitsgeschichte ausgingen, wurde das Zeitalter des Sozialismus und des Friedens auf deutschem Boden eingeleitet“, gab die Präambel des Politbürobeschlusses vor. „Die Macht der Arbeiterklasse und der Fleiß der Werktätigen haben Berlin von Grund auf verändert. In den wenigen Jahrzehnten der Geschichte, in denen der Sozialismus das Antlitz der Stadt prägte, hat sich in Berlin mehr zum Guten gewandelt, als in all den Jahrhunderten der früheren Stadtgeschichte.“<sup>120</sup> Diese radikal gegenwartsbezogene Einordnung der Geschichte entsprach zwar der Hauptstadtrhetorik und dem Ausbau Berlins zur „sozialistischen Metropole“, doch weniger den Entwicklungen der Geschichtswissenschaft.

Mitte der 1980er Jahre hatte die Erbe-Debatte alte geschichtskulturelle Fundamente der DDR in Frage gestellt. Viele erwarteten eine Neubewertung der Vergangenheit jetzt auch in der jüngeren Geschichte. Hierdurch und durch das unverkennbare Interesse der Parteiführung an der 750-Jahr-Feier war die Unsicherheit über die Interpretation der Stadtgeschichte im fachfremden Bezirksapparat der SED weitaus größer als etwa im Westberliner Senat, wo Korff, Eckhardt und Hassemer kontroverse Fragen als „offen“ und „widersprüchlich“ präsentieren konnten. Zudem traten viele Historiker, die sich durch neue Spielräume und internationale Kontakte gestärkt wussten, dem politischen Apparat zunehmend selbstbewusst entgegen. Vielerorts stand der einst geschlossene Geschichtsdiskurs der DDR erheblich unter Druck. Eine langsame und unregelmäßige Erosion zentraler Kategorien sollte nach anfänglichem Schwung große Schwierigkeiten in der Komposition der Gegenerzählung der Stadtgeschichte verursachen. Am Ende musste die Parteiführung selbst eingreifen, indem sie die orthodoxen *Thesen 750 Jahre Berlin* mit ihrer vollen Autorität versah. Diese dienten in der undeutlichen Lage als Richtschnur und schrieben die unsichere Gegenerzählung autoritativ fest.

---

120 SAPMO-BArch, DY30/J IV 2/2A, 2723, Protokoll des Politbüros 3/85, 22.1.1985, a.a.O.



## „Berlin-Geschichte“ im normalisierten Geschichtsbetrieb

Zunächst schien im Vorfeld der 750-Jahr-Feier vieles möglich. Die Historiker, die den Aufbau einer Stadtgeschichte vorangetrieben hatten, entfalteten nun rege Aktivitäten. Jenseits der Fachwissenschaft sprachen das Märkische Museum und das Stadtarchiv ein wachsendes Publikum an und wurden neue Schriftenreihen gegründet, obwohl die Möglichkeiten dafür durch den Papiermangel begrenzt waren.<sup>121</sup> Vor allem unter dem Dach von Denkmalpflege und Heimatkunde entstanden stadthistorische Freiräume. Hier betätigte sich etwa der halbhohe Kulturbund der DDR mit seiner „Interessengemeinschaft für Denkmalpflege, Kultur und Geschichte der Hauptstadt Berlin“. Diese publizierte kleine Schriften, organisierte Vorlesungen, setzte sich für Wiederaufbauprojekte ein und begleitete diese mit historischen Dokumentationen.<sup>122</sup> Der heimatkundliche Aufschwung gipfelte in einer Ausgabe der Reihe „Werte unserer Heimat“, deren Bände jeweils einer Region oder Ortschaft gewidmet waren. Zum Jubiläum gab es endlich den Berlinband, an dem Dutzende Wissenschaftler mitarbeiteten und in dem es einmal nicht vorrangig um Klassenkämpfe ging, sondern um Kultur- und Sprachgeschichte, Denkmäler und Bodenbegebenheiten. Dabei beschränkte man sich selbstverständlich auf das Ostberliner Stadtgebiet.<sup>123</sup>

Auch in der Geschichtswissenschaft gab es seit längerem eine aufstrebende Regionalgeschichtsschreibung, an die man in Berlin anknüpfen konnte. Ihre Themen standen dem ideologischen Kernbereich des DDR-Selbstverständnisses etwas ferner, weshalb hier oft ein liberaleres Forschungsklima herrschte als andernorts. Mit Blick auf das Jubiläum hatte Ingrid Mittenzwei 1980 am ZIG ein ambitioniertes Projekt zur Berliner Sozialgeschichte 1650–1800 entworfen, das von Helga Schultz ausgeführt wurde, die 1979 aus Rostock gekommen war. Die Studie beruhte auf den Daten aus 150 000 Eintragungen in Registern zweier Berliner Kirchengemeinden, die zum ersten Mal in der DDR mit EDV ausgewertet wurden. Im Ergebnis entstand eine quantifizierende und marxistische *histoire totale* zum neuzeitlichen Berlin, die ein Vorzeigeprojekt der ostdeutschen Geschichtswissenschaft wurde und im Westen als weiterer Beleg der „Verwissenschaftlichung“ der DDR-Historiographie galt. Das Buch, das 1987 erschien, musste dem Vergleich mit westlichen Forschungen auf keiner Ebene scheuen. Abgesehen von Begriffen wie „Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus“ trägt es kaum Spuren des Realsozialismus.<sup>124</sup>

---

121 Vgl. *Berliner Geschichte. Dokumente, Beiträge, Informationen* 1 (1980) bis 11 (1990). Eine weitere „periodische Zeitschrift zur Berliner Heimatgeschichte“ konnte allerdings „wegen der Papierkontingentierung nicht herausgegeben werden.“ (LA, C Rep 124-1, 308, Protokoll 2. Beratung AG, 20.7.1984.)

122 Kulturbund der DDR, *Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalpflege Berlins*, Nr. 10 (1983); Laurenz Demps und Dieter Bolduan u.a., *Berlin, Hauptstadt der DDR. Bauten unter Denkmalschutz* (Berlin, 1982).

123 Joachim Hermann (Leitung), *Berlin. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme (Werte unserer Heimat 49/50)* (Berlin, 1987). Die lange Verdrängung der Berliner Geschichte belegt auch die hohe laufende Nummer des Bandes. „Werte unserer Heimat“ stammte aus den 1960er Jahren; es sollte aber 20 Jahre und 48 Bände zu anderen Orten dauern, bis die Hauptstadt an der Reihe war.

124 Helga Schultz, *Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz. Mit einem Beitrag von Jürgen Wilke* (Berlin, 1987), mit veränderter Einführung 1992 neu aufgelegt. Die Studie wurde vor und nach 1990 sowohl im Westen als im Osten ausnahmslos mit lobenden Rezensionen aufgenommen: *ZfG* 36

Das Projekt spiegelt deutlich die verblässende Kraft des einst so prägnanten „Herrschaftsdiskurses“ der DDR. War die Parteiwissenschaft früher in radikaler Abgrenzung von der „pseudo-objektivistischen“ Klassenhistoriographie entstanden, so ließ sich die neue Sozialgeschichtsschreibung trotz vieler Widerstände von den Leistungen der „bürgerlichen“ Gesellschaftsgeschichte inspirieren. Auch Schultz nahm offen auf die westliche Theorieentwicklung Bezug und beabsichtigte 1981, „die von französischen, anglo-amerikanischen und BRD-Historikern entwickelten Methoden unseren marxistischen Fragestellungen dienstbar zu machen“. So wandelte sich der einstige Gegner zum neuen Lehrmeister. Zwar reproduzierte Schultz noch pflichtgemäß die Absicht, den „Aktivitäten, die von der Westberliner Historischen Kommission ausgehen werden, entgegenzutreten.“ Doch die Formulierung, dass hier „besonders die von A. E. Imhof an der FU eingeleitete Auswertung der Kirchenbücher der Dorotheenstädtischen Gemeinde vom 17. bis ins 19. Jh. *von Interesse*“ sei, zeigt, dass Schultz in Arthur Imhof eher einen Geistverwandten als etwa einen gefährlichen Repräsentanten des Monopolkapitals sah.<sup>125</sup> Mit dem Verlust des Feindes ging auch das Eigenprofil verloren, denn von „Parteilichkeit“ war bei Schultz nie die Rede, und auch nicht davon, dass etwa nur ihr Klassenstandpunkt die historische Wahrheit erschließen könne. Schultz führte die übliche „Auseinandersetzung“ nur halbherzig und „größtenteils immanent“, und zwar „indem den inzwischen zahllosen Publikationen bürgerlicher Sozialgeschichte“ nichts mehr als nur der „*Versuch* einer marxistischen Gesellschaftsgeschichte entgegengestellt wird.“<sup>126</sup>

Die Aushöhlung des parteigebundenen Geschichtsbetriebes erfolgte nur schleichend. Solche Veränderungen fanden an den Rändern des Diskurses und jenseits der ideologischen Kernbereiche statt. Zudem änderte Schultz’ programmatische Westorientierung nichts an ihrer Loyalität, auch nicht wenn sie ihre Arbeiten lieber als „marxistisch“ denn als „marxistisch-leninistisch“ einstufte.<sup>127</sup> Die Verschiebungen blieben implizit und führten auch nicht zu einem gespannten Verhältnis zu den heimischen Behörden. Vielmehr machte die parteigebundene Historiographie Schultz’ Sozialforschung zu einem Aushängeschild. Die Akademie stimulierte die Untersuchung nach Möglichkeiten und die unverdächtige Historikerin konnte Konferenzen in der ganzen Welt besuchen. (Rückblickend stellt Schultz gar die

---

(1988), S. 1039f. *Das Historisch-Politische Buch* 36 (1988), 226; *HZ* 260 (1995), S. 889ff.; *FPBG* (neue Folge) 5 (1995), S. 106ff. Vgl. Georg Iggers, „Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR“.

125 ABBAW, ZIG 561, Schultz, „Konzeption zur Sozialgeschichte“, o.D. (Januar 1981), S. 5. (meine Herv., KT)

126 Schultz, *Berlin 1650–1800* (1987), S. 15 (meine Herv., KT). Vgl. Hübner, „Sozialgeschichte“; Wolfgang Küttler, „Zum Platz der DDR-Sozialgeschichtsforschung in der internationalen Wissenschaftsentwicklung“, *BzG* 3/92, S. 55–66.

127 Schultz gehört zu den wenigen DDR-Historikern, die sich nach 1990 ausführlich zu ihren Erfahrungen in der DDR geäußert haben. Helga Schultz, „Ansätze zur Geschichte des sozialen Wandels in der DDR“ in: Jarausch, *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität*, S. 77–91; dies., „Stadtgeschichtsforschung in der DDR“, in: Grzywatz, *Stadtgeschichte*, S. 15–22; dies., „Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR?“, *ÖZG* 2 (1991), S. 22–40; dies., „Beispiel: Sozialgeschichte“ in: Eckert, Kowalczuk und Poppe, *Wer schreibt die DDR-Geschichte?*, S. 27–35; dies., „Die DDR-Geschichtswissenschaft in der Mitte der siebziger Jahre: Paradigmenwechsel oder konservative Wende?“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 227–240.

Instrumentalisierungsthese mit der Feststellung auf den Kopf, dass *sie* den „Jubiläumsfetischismus“ der SED für ihre Forschungszwecke instrumentalisiert habe.<sup>128)</sup>

So lange diese Dinge in der frühen Neuzeit passierten und so lange sie dem Statusgewinn der DDR-Historiographie dienten, regierte im Wissenschaftsbetrieb der 1980er Jahre reiner Pragmatismus. Dies bestätigt ein kleiner Ableger aus Schultz' Projekt, nämlich die Edition eines Tagebuchs von einem Berliner Bäckermeister des 18. Jahrhunderts. Die Verlage und Behörden pflegten einen entspannten Umgang mit der Editions-idee. Der Akademie-Verlag reagierte offen: „Man könnte das ganze Vorhaben streng wissenschaftlich und routinemäßig abwickeln und mit etwa 500 Exemplaren und in Broschur rausbringen und dann vergessen. Man kann aber auch, vor allem im Hinblick auf das Berlin-Jubiläum, das Bäckerbuch als Rarität und Unikum (...) ansehen und verlegerisch behandeln.“<sup>129</sup> Dieser marktwirtschaftliche Begriff war auch der DDR nicht länger fremd, zumal es hier tatsächlich um ein Buchprojekt ging, das „vor allem für den Export“ gedacht war, für den Westen.<sup>130</sup> Wie alle Sektoren der Wirtschaft waren auch die Verlage gehalten, Devisen einzubringen, und hier boten sowohl Schultz' Sozialgeschichte als auch das kleine Bäckerbuch gute Möglichkeiten. Der Verlag schloss 1985 einen lukrativen Vertrag mit Siedler in West-Berlin, der einen großen Teil der Auflage übernahm. Für dieses Geschäft war die DDR auch gerne bereit, die Einführung „sachlich“ zu halten. Ideologische Überlegungen waren in Zeiten der wirtschaftlichen Krise längst dem ökonomischen Kalkül gewichen.<sup>131</sup>

So kamen die historischen Publikationen auf politikfernen und lokalhistorischen Spezialgebieten in den 1980er Jahren in guter Zusammenarbeit mit benachbarten Institutionen zustande. Das galt auch für das *Jahrbuch für Geschichte*, das wie so viele Periodika 1987 mit einem Berlinband herauskam. Herausgeber Wolfgang Schröder (ZIG) konnte bei der Sammlung der Beiträge, deren Großteil Themen aus dem sozialistischen Narrativ der Stadtgeschichte aufgriffen, frei improvisieren: „Der Berlin-Band macht Fortschritte. Bisher liegen 7 oder 8 Beiträge vor, die allesamt sehr gut sind“, schrieb er dem Lektor 1985. „Nach Quellenlage, Niveau und Erkenntnisgewinn können wir uns mit diesen Sachen dicke sehen lassen – wären alle Aufsätze so, würde es ein interessanter und sehr guter Band. Leider fehlen noch profilbestimmende Beiträge (...). Ich komme mit Liebknecht und der Druck des Kommunistischen Manifestes in Berlin 1866 ins Gedränge, will's aber unbedingt machen; für den Notfall hab ich etwas über die Wohnungsverhältnisse 1871/73 in Petto“.<sup>132</sup> Derartige Unsicherheiten brachten die normalisierte Planwissenschaft nicht mehr durcheinander.

Wie in West-Berlin war auch in Ost-Berlin zum Jubiläum nahezu alles publizierbar, was „Berlin“ im Titel führte – das Zentralkomitee ließ schließlich gar extra Papier aus der Bun-

---

128 Schultz, „Ansätze zur Geschichte des sozialen Wandels“, S. 81; dies., „Was bleibt“, S. 30.

129 ABBAW, AV 3089, Schreiben Lektor an Verlagsleiter Berthold, 7.12.1984.

130 ABBAW, AV 3089 Cheflektor Zeisler an altes Museum über Bildmaterial, 23.1.1986.

131 Am 29.10.1985 fand ein Gespräch mit dem Siedler-Verlag statt, in dem alle seine Wünsche berücksichtigt wurden. Übrigens betrafen diese meist technische Bemerkungen, denn der Verlag hatte von sich aus den Begleittext nicht ideologisch überfrachtet (Gesprächsvermerk in: ABBAW, AV 3089). Vgl. Helga Schultz, *Der Roggenpreis und die Kriege des großen Königs. Chronik und Rezeptsammlung des Berliner Bäckermeisters Johann Friedrich Heyde (1740 bis 1786)* (Berlin, 1988); Lokatis, „Einwirkungen des Verlagssystems“; ders., „Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages“, *GG* 22 (1996), S. 46–61.

132 ABBAW, AV 3462, Wolfgang Schröder an Arthur Isatzky, 4.11.1985. Vgl. *JbG* 35 (1987), herausgegeben von I. Materna, G. Keiderling und W. Schröder (übrigens ohne Beitrag von Schröder).

desrepublik importieren, um im Jubiläumswettbewerb nicht zurückzubleiben.<sup>133</sup> Die Bezirksleitung stellte lange Listen mit Publikationsvorhaben auf, um sie mit Westberliner Projekten zu vergleichen. Allerdings fällt auf, dass, abgesehen etwa von Helga Schultz' großer Sozialgeschichte, nicht sehr viele primäre Forschungsprojekte unternommen wurden. Im angesprochenen *Jahrbuch* publizierten viele Historiker zufällige Ableger anderer Forschungsprojekte. Viele Bücher betrafen kleine Spezialthemen, auf die sich das gegenwartsbezogene Selbstverständnis der Hauptstadt der DDR kaum gründen ließ, wie etwa Laurenz Demps' Geschichten der neuen Wache oder des „Gensd'armenmarkts“ (der pikanterweise in der DDR Platz der Akademie hieß).<sup>134</sup> Zudem bestand ein gehöriger Teil des Publikationsprogramms zur 750-Jahr-Feier aus Nachauflagen, wie etwa der populären Bücher von Annemarie Lange aus den 1960er Jahren.<sup>135</sup> Und nicht zuletzt ging es bei den meisten Studien um die Stadtgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg oder höchstens bis 1933, während mit dem sich wandelnden Status des Jubiläums zur nationalen Sache immer deutlicher wurde, dass 1987 vor allem eine Aufstiegsgeschichte der Hauptstadt der DDR selbst erzählt werden sollte. Diese Schiefelage geriet 1984 in den Blick der Jubiläumsplaner.

## Der gespaltene Diskurs

In der Arbeitsgruppe des Oberbürgermeisters, die im Mai 1984 gegründet wurde, hatte auch Ernst Diehl einen Sitz, der als promovierter Historiker und führender Funktionär in der die Geschichtswissenschaft lenkenden Parteibürokratie so etwas wie die personifizierte Einheit von Politik und Wissenschaft war. Diehl war Mitglied des Zentralkomitees, stand dem Rat für Geschichtswissenschaft vor und war stellvertretender Direktor des IML. Er war die Schaltstelle zwischen den zentralen Forschungsplänen und einzelnen Instituten und Wissenschaftlern. Weil sich Diehl in Sachfragen auskannte, wurde er unter Fachleuten mehr geschätzt als viele fachfremde Funktionäre. Um einen Überblick über den Stand der „Berlin-Geschichte“ zu gewinnen, rief er gleich im Juni 1984 die zerstreut arbeitenden Stadthistoriker zu sich. Direkt traten die unterschiedlichen Erwartungen zutage, die Historiker und Parteibehörde mit dem Jubiläum verknüpften. Vor allen die Weiterführung der Erbedebatte stand zur Diskussion. Bei Diehl waren Versuche erkennbar, die kumulative Erweiterung des Geschichtsbildes unter Kontrolle zu bringen. So forderte er, dass „gerade in Vorbereitung

---

133 SAPMO-BArch, DY30/vorl. SED 2568, Werner Krolikowski an Egon Krenz, 8.1.1987, über die „materiell-technische Sicherung“ des Jubiläums: „Für die Erfüllung der polygraphischen Aufgaben anlässlich der 750-Jahrfeier wurde durch die SPK (staatliche Plankommission) ein einmaliger Sofortimport von 132,6 t Kunstdruckpapier, 27,0 t holzfreiem Papier und Karton (und) 3,3 t Vorsatzpapier aus der BRD mit einem Valutaaufwand in Höhe von 755 TVM veranlaßt. Zum Import von 230 t LWC-Papier für die NBI-Sonderausgabe anlässlich der 750-Jahrfeier von Berlin werden 1987 337 TVM/BRD bereitgestellt.“

134 Der Titel „Gendarmenmarkt“ wurde Demps deshalb verboten. Laurenz Demps, *Der Gensd'armen-Markt. Gesicht und Geschichte eines Berliner Platzes* (Berlin, 1987); ders., *Die Neue Wache. Entstehung und Geschichte eines Bauwerks* (Berlin, 1987); ders., *Historisches Berlin Lexikon* (Berlin, 1987).

135 Annemarie Lange, *Berlin zur Zeit Babels und Bismarcks* (Berlin 1959, 41984); dies., *Das Wilhelminische Berlin* (Berlin, 1967, 41984). Posthum herausgegeben: dies., *Berlin in der Weimarer Republik* (Berlin, 1987).

des Berlin-Jubiläums“ an nicht mehr als „3 bis 4 Stellen (...) neue Erkenntnisse und Resultate erbracht“ werden sollten. Für manchen Historiker ging es dagegen um viel mehr, und Ingo Materna, der neue Professor für Territorialgeschichte, verlangte nichts weniger als „eine neue Qualität der Berlin-Geschichtsforschung“, „die voll und ganz den Erfordernissen unserer marxistisch-leninistischen Traditionsauffassung und Erberezption entspricht“.<sup>136</sup>

Besorgniserregend waren vor allem einige Forschungslücken, besonders auf dem Gebiet der Zeitgeschichte. Neben Gerhard Keiderling wagten sich nur wenige über die „Epochenschwelle“ von 1948/49 hinaus, und schon gar nicht in die Honecker-Ära ab 1971 hinein. Gleichwohl bildete diese Ostberliner Selbstbeschreibung seit neuestem den Kern aller politischen Jubiläumspäne, weshalb Diehl „die jüngste Geschichte seit 1945 bis zur Gegenwart“ dringend stärken wollte. „Die Thematik ‚Berlin – Stadt des Friedens‘ muß dabei verstärkt zum Gegenstand der Arbeit gemacht werden.“ Wer aber solche Projekte organisieren sollte, war völlig unklar, denn der Universitätsbereich hatte sich dem verweigert, und nun meinte auch Diehl, dass die „vielfach aufgeworfene Frage“ nach Koordinierung der Berlin-Geschichte „nicht Sache des Rates für Geschichtswissenschaft ist.“ Deshalb beschloss man die Einrichtung einer „Koordinierungskommission“, die Forschungslücken verorten und durch zentrale Anleitung schließen sollte. Ingo Materna wurde als Vorsitzender bestimmt.<sup>137</sup>

Allerdings war dies drei Jahre vor dem Stadtfest reichlich spät, und in der Koordinierungskommission wurden im Oktober 1984 die Defizite noch viel deutlicher. Materna benannte nun schonungsloser als noch in Anwesenheit Diehls die Problemstellen und präsentierte seine Lösungsvorschläge, die alle in die Richtung von fachlicher Forschung und inhaltlicher Differenzierung wiesen.<sup>138</sup> „Hält man Rückschau und sieht auf die geplanten Projekte für die nächsten Jahre“, so meinte er, „so fällt auf, daß nicht systematisch genug zu Schwerpunkten der Berlin-Geschichte geforscht wird.“ Über allem sei die Zeitgeschichte Berlins unterrepräsentiert, denn es gebe „keine systematischen Forschungen auf diesem entscheidenden Gebiet“. Deshalb sei „keine lineare Fortsetzung der bisherigen Arbeit denkbar“. Vielmehr verlangte Materna gerade wegen seiner doppelten „hohe(n) wissenschaftlichen und politischen Verantwortung“ eine Unterfütterung des master narratives durch eine „Forschung, die von der breiten Quellenbasis in den Archiven ausgehen muß.“<sup>139</sup>

Hier, im forschungspolitischen Plädoyer, wurden also auch die Konturen der gebundenen marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft wieder sichtbar, denn um in diesem Diskurs gehört zu werden, musste Materna wissenschaftliche und politische Anliegen sprachlich vereinbaren. „Für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR ist ein breites, reiches Geschichtsbild erforderlich, das keine weißen Flecken verträgt, und in

---

136 LA, C Rep 124-1, 322, Kurzniederschrift über die Beratung am 26.6.1984.

137 LA, C Rep 124-1, 322, Kurzniederschrift über die Beratung am 26.6.1984.

138 LA, C Rep 124-1, 322, Gahrig, Kurzprotokoll der Beratung der Koordinierungskommission am 23.10.1984. Materna wiederholte sein Referat einen Tag später in Potsdam: Ingo Materna, „Aufgaben und Probleme bei der Erforschung der Berlin-Brandenburgischen Territorialgeschichte und ihrer Propagierung“, in: Staatsarchiv Potsdam (Hg.), *Kolloquium zur Regionalgeschichte. Vorträge des am 24. Oktober 1984 in Potsdam anlässlich der ‚Archivwoche der DDR‘ veranstalteten Kolloquiums* (Potsdam, 1985), S. 60–82.

139 Materna, „Aufgaben und Probleme“, S. 64; LA, C Rep 124-1, 322, Kurzprotokoll Beratung am 23.10.1984.

dem die hauptstädtische Geschichte einen kräftigen, farblichen Blickpunkt bietet.“ Zudem verlangte er mehr Information über die Jubiläumsvorbereitungen, um wirklich koordinieren zu können. Schließlich hoffte der Ostberliner Chefhistoriker auf die fortschreitende Differenzierung und Erweiterung des Geschichtsbildes, denn es könne „bei der Berlin-Geschichte“ nur darum gehen, „kühner“ alle progressiven Traditionen „für die sozialistische Gegenwart fruchtbar zu machen“.<sup>140</sup>

Während die „Einheit von Politik und Wissenschaft“ in diesem Sinne hervorragend funktionierte, hatte aber das Bild des „objektiven Gegners“ weiter an Kraft eingebüßt. Allerdings nicht bei den Funktionären, denn in der Arbeitsgruppe des Oberbürgermeisters standen die Zeichen klar auf Abgrenzung. „Bei der Darstellung der Berliner Geschichte muß alles vermieden werden, was einen Gleichklang zu Westberlin ausdrückt“, hatte Bezirkssekretär Horst Oswald festgehalten. „Über jede Publikation, die in Westberlin ein Gegenstück hat, muß fallweise konkret entschieden werden.“<sup>141</sup> Obwohl ähnliche Sprüche hin und wieder auch in West-Berlin zu hören waren, bildete die Feindwahrnehmung in Ost-Berlin eine weitaus größere Stütze der Eigeninterpretation der Stadtgeschichte, als andersherum. Auch für Materna stand die Feindlichkeit der bürgerlichen Historiker außer Frage, was ihn jedoch nicht hinderte, auf dieser Grundlage Nuancierungen anzustreben, die dem Feind unbemerkt Tür und Tor öffneten. Denn selbst wenn etwa die Westberliner Historische Kommission „mit der neugeschaffenen Sektion für die Geschichte der Arbeiterbewegung offenbar einen Versuch (unternimmt), unserer Arbeit in dieser Hinsicht entgegenzuwirken“, so meinte Materna jetzt, dass „viele“ der bürgerlichen Publikationen „realistische und rationale Züge erkennen (lassen), die nutzbar für uns sind.“ Deshalb forderte er erneut „die systematische Auswertung, Bewertung und Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Historiographie“.<sup>142</sup> Wie gefährlich aber eine solche Teilöffnung für das Profil der DDR-Geschichtswissenschaft war, zeigte sich, als Materna die eigenen Forschungslücken dann genau dort verortete, wo seit kurzem bürgerliche Arbeiten erschienen waren.<sup>143</sup> Ähnlich wie in Schultz' Sozialgeschichte ließ man sich vom einstigen Feind jetzt die eigene Marschrichtung vorschreiben – eine eigentümliche Mischung aus Abwehr und Nachahmung prägte Mitte der 1980er Jahre die Ostberliner Wahrnehmung des Gegners.

Allerdings bestanden über die konkreten Maßnahmen zur Aufholung des Rückstandes sehr unterschiedliche Vorstellungen. Nicht alle teilten Maternas für den DDR-Kontext fortschrittlichen Forderungen nach Differenzierung, ‚Westforschung‘ und Vorrang der Empirie. Archivdirektor Werner Gahrig etwa war unangenehm überrascht worden. Zwar legte er nach Maternas Problemskizze sogleich „erhöhte Anstrengungen“ für Quellenschließung an den Tag, indem er etwa Dokumente publizieren wollte, „die eindeutig die Schuld des Imperialismus an der Spaltung Berlins belegen; diese Problematik dürfte in der Klassenauseinandersetzung mit dem Gegner von besonderem Wert sein“. Doch weil solche Projekte des Ar-

---

140 Materna, „Aufgaben und Probleme“, S. 63ff.

141 LA, C Rep 124-1, 308, Steinwasser an Krack, 14.11.1984.

142 Materna, „Aufgaben und Probleme“, S. 69.

143 So gebe es in der DDR noch „keine Berlin-Bibliographie, keine Ortslexika, kaum biografische Werke (Gegner arbeitet an 240 Lebensbildern)“ und „keine Arbeit an der Geschichte der Stadtbezirke (Gegner schreibt schon lange an Geschichte der Westberliner Bezirke)“. (LA, C Rep 124-1, 322, Kurzprotokoll der Beratung der Koordinierungskommission.)

chivs oft in den Anfängen stecken blieben, bewies Gahrig seinen Wert einmal mehr im Berichtswesen. Er misstraute Maternas selbständiger Haltung und nahm dessen Verlangen nach Transparenz in der Festorganisation zum Anlass, um Oberbürgermeister Krack von der Sitzung zu berichten. Er erinnerte an die Absprache, „die vorbereitenden Maßnahmen zum 750. Jahrestag (...) geheim zu halten“, und meinte, „daß es völlig genügt, daß Genosse Prof. Dr. Diehl *nur* die Fragen der weiteren Erforschung zur Berlin-Geschichte mit dem Leiter der Koordinierungskommission (...) berät. Alle anderen Aufgaben und Festlegungen (...) gehören nicht in das Forum der Koordinierungskommission“.<sup>144</sup>

Mit einer solchen Warnung konnte sich Gahrig der Unterstützung wachsender Parteisoldaten in der Stadtverwaltung sicher sein. Am 9. November wurde Materna in der Bezirksleitung zur Verantwortung gerufen. Hier kamen auch die zuständigen Grimmer und Oswald zur Einsicht, dass sich eine bedrohliche Schiefelage entwickelt hatte: Während in peripheren Forschungsfeldern spannende Projekte anliefen, wiesen gerade die Kernbereiche der Ostberliner Gegenerzählung erhebliche Schwachstellen auf. Grimmer zog die Notbremse: „Wir besitzen für die Zeit nach 1945 nur ungenügende Geschichtsdarstellungen. Rückstand ist nicht aufholbar. Es sind umgehend Maßnahmen einzuleiten, um zu retten, was zu retten ist!“ Die Koordinierungskommission wurde aufgelöst, aber damit war man keinen Schritt weiter. Unsicherheit und Misstrauen prägten das Denken in der Bezirksleitung, unbeirrt wurden neue Gremien vorgeschlagen und schob man die Verantwortung hin und her.<sup>145</sup> Am Ende stand die letzt denkbare Notlösung: Das Politbüro selbst, das gerade seinen großen Jubiläumsbeschluss vorbereitete, sollte die „noch offenen, aber unbedingt notwendigen Themen“ als zentrale Projekte in den Fünfjahrplan 1986–1990 aufnehmen lassen, damit sie unter zentraler Aufsicht, und mit höchster Priorität versehen, bis 1987 fertig gestellt werden konnten.<sup>146</sup> Zudem setzte der Parteiapparat nunmehr alle Hoffnung auf die *Thesen 750 Jahre Berlin*, an denen seit Jahresanfang gearbeitet wurde, und deren Bedeutung als Leitschrift zur Stadtgeschichte durch die Stagnation immer rascher wuchs.

Mit diesen Notlösungen musste die Ausrichtung der „Berlin-Geschichte“ auf die Erfolge der DDR forciert werden. Bis dahin war vieles ohne Bezug auf den Sozialismus in einer Art Berlin-Nostalgie hängen geblieben, und dies entsprach nicht den Erwartungen der Jubiläumsplaner. Der eigentliche Chefhistoriker Materna wurde Ende 1984 zurückgepfiffen. Im Kollektiv der *Thesen* führte dann nicht ein Berliner Stadthistoriker die Regie, sondern Ernst Diehl selbst. Doch im einmal verblassten Geschichtsdiskurs ließen sich die Uhren nicht mehr so einfach zurückdrehen. Wie die Schicksale der Prioritätsprojekte zeigen, waren restaurative Forderungen durch die Grenzverschiebungen der letzten Jahre schwierig geworden, gerade im zentralen ideologischen Bereich. In den Zentralen Forschungsplan wurden vier Projekte zum Jubiläum aufgenommen. Die quantitative Sozialgeschichte von Helga Schultz war dabei, als Beweis der Vitalität marxistischer Geschichtsforschung. Dann sollte

---

144 LA, C Rep 124-1, 322, Kurzprotokoll der Beratung der Koordinierungskommission am 23.10.1984, S. 5ff.

145 „Die Grundfrage – wie wird eine exakte Übersicht über alle bisherige Aktivitäten und Möglichkeiten der Geschichtswissenschaft erreicht; wer leitet diese Arbeit; wer gibt die notwendigen Informationen – ist gegenwärtig nicht beantwortet,“ meinte Grimmer ratlos. (LA, C-Rep 124-1, 308, Steinwasser an Krack, „Information über zwei Beratungen“, 14.11.1984, S. 1.)

146 LA, C-Rep 124-1, 308 Steinwasser an Krack, „Information über zwei Beratungen“, 14.11.1984, S. 1f.

es zwei Gesamtdarstellungen geben, nämlich erstens einen Überblick über die Berliner Geschichte von den Anfängen bis 1945, der unter Maternas Leitung am Fachbereich der Berliner Universität vorbereitet wurde, sowie Keiderlings einsame Darstellung der Entwicklung der Hauptstadt der DDR. An vierter Stelle legten die Apparate nun große Hoffnung auf die vierbändige *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*, die in der Geschichtskommission der Bezirksleitung entstand, und die in einem Rundumschlag die Stadtgeschichte als klassenkämpferische Entwicklungslinie auf die Gegenwart zuschreiben würde.

Während Helga Schultz ihr Projekt 1985 plangemäß abschloss, verdeutlichte die gegensätzliche Entstehungsgeschichte der beiden Überblicksdarstellungen von Maternas Kollektiv und von Keiderling das Auseinanderfallen des Diskurses in Themenfelder vor und nach 1945. Beide Bände waren staatstragende Projekte ersten Ranges, doch der eine kam in entspannter Atmosphäre unter weitreichender Selbstverantwortung der Autoren zustande, während der andere mehrfach von politischen Eingriffen betroffen war und am Ende zur pflichtmäßigen Propagandaschrift verkam. Im Autorenkollektiv der *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945* waren neben Materna, Demps und Schultz auch Heinz Seyer und Eckhardt Müller-Mertens vertreten. Sie alle waren erfahrene DDR-Historiker, die ihr Projekt in der Normalität der gebundenen Geschichtswissenschaft definierten und ausführten. Sie kannten die verschiedenen Aushandlungsprozesse der DDR-Historiographie, in denen politischer Gehorsam auf der einen Seite für inhaltliche Freiräume auf der anderen getauscht werden konnte.<sup>147</sup> Ihre Erzählung orientierte sich also an den größeren sozialistischen Darstellungen zur Deutschen Geschichte und erschien im parteieigenen Dietz-Verlag, dessen Lektor den Autoren bekannt war. Sie setzten den Endpunkt der Darstellung 1945, um nicht in die politisch empfindliche Selbstbeschreibung zu geraten. Sie rüttelten nicht an die pflichtgemäße einseitige Darstellung der Berliner Arbeiterbewegung, die aus lauter Kommunisten zu bestehen schien. Dafür konnten sie im Bereich der Kultur und Wissenschaft einige neue Namen nennen, die sie als „Weiterführung“ des Geschichtsbildes empfanden. Ihr Projekt wurde nicht scharf kontrolliert und sie wagten sich nicht zu weit vor. Die Stadtverwaltung interessierte sich ohnehin kaum für die Vorgeschichte der DDR. Ohne viel Aufsehen wurde 1986 die marxistisch-leninistische Darstellung der Berliner Stadtgeschichte fertig gestellt. Das Buch lag pünktlich zur Feier in den Geschäften und verfehlte knapp die angestrebte Zahl von 750 Seiten.<sup>148</sup>

Ganz anders erging es dem Buch Keiderlings, das erst 1945 einsetzte und damit die höchste Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog. Das Projekt war eine Aktualisierung des erwähnten Buches von 1970, das noch West-Berlin mitbehandelt hatte. Nun resultierte es im über 900 Seiten zählenden Band *Berlin 1945–1986*. Keiderling wollte sich gerne allerlei Probleme ersparen, indem er auf der Eröffnungsverteidigung am ZIG 1982 vorschlug, das „Schwergewicht auf eine breite Darstellung der 40er und 50er Jahre“ zu legen. Das Buch sollte vor allem die Identifikation der Jugend mit der „Grundsteinlegung des Neuaufbaus der Hauptstadt“ verstärken, weshalb Keiderling am liebsten mit dem Mauerbau 1961 aufhören wollte. Doch hier protestierten die Fachkollegen des Instituts. Gemäß den bekann-

---

147 Vgl. Peter Hübner, „Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt“, *FAZ*, 9.9.1993, wiederabgedruckt in: Eckhardt, Kowalczyk, Stark, *Hure oder Muse?*, S. 273ff.

148 Ingo Materna (Leiter), *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945* (Berlin, 1987).



ten Richtlinien bildete gerade die Zeit nach 1961, und vor allem die Ära Honecker, den Höhepunkt der Berliner Geschichte, und diese sollte deshalb im Buch „den ihr gebührenden Platz einnehmen.“<sup>149</sup> Keiderling nahm das kollektive Votum hin, dehnte die Zeit nach 1961 auf ein Viertel des Textes aus und begab sich damit in schwieriges Fahrwasser.

Das Manuskript war 1984 fertig. Der Gutachter meinte lobend, „daß sich in dieser Geschichte der Hauptstadt Berlin all jene im echten Sinne wiederfinden, die an den Klassenkämpfen und Aufbautaten teilgenommen haben. Für den jungen Leser wird all dies, was er nicht erlebt hat, nachvollziehbar.“<sup>150</sup> Das Ziel des Buches war also erreicht; die Akademie gab es zum Druck frei. Doch wie schon bei der Habilitationsschrift erhoben die politischen Apparate ihren Deutungsanspruch über die Zeitgeschichte noch nach dem innerwissenschaftlichen Kontrollverfahren. Die Bezirksleitung meldete sich, um das schon „druckreife“ Manuskript durchzusehen. Und sie formulierte von neuem den alten Einwand: Die beste Zeit Berlins sei die nach 1971, und dies solle sich im Kapitelumfang ausdrücken. Die letzten Abschnitte mussten weiter ausgedehnt werden.

Eigentliche Geschichtsforschung war für diese Gegenwartsperiode unmöglich. Archive waren verschlossen und die einzigen Quellen bildeten Zeitungen und Parteibeschlüsse. Um die „richtigen“ Proportionen zu erreichen, musste Keiderling das letzte Drittel seines Buches chronikartig mit Rechenschaftsberichten der Bezirksleitung füllen. Das Manuskript wurde dicker und dicker und die Qualität schwächer und schwächer.<sup>151</sup> Das war auch den Fachkollegen klar, obwohl sie, die Fassade aufrechterhaltend, Keiderling dafür lobten, „auch in diesen Teilen die Breite und Vielschichtigkeit der stadthistorischen Entwicklung“ beibehalten zu haben. Aber alle wussten, dass sich „ein gewisser Bruch in der Darstellung der Teile vor und nach 1961“ schlichtweg „nicht vermeiden“ ließ und deshalb „vertretbar“ war. Als Entschuldigung führte man wie üblich nicht den politischen Oktroy, sondern vielmehr real existierende „Forschungslücken“ an. Zum einen hatte Keiderling ja „viel Zeit“ aufwenden müssen „für eine einfache Aufarbeitung des chronologischen Materials und für die Auswertung verstreut liegender Literatur“. Zum anderen wirkte erschwerend, „daß auch noch kein geschlossenes Geschichtsbild für die DDR in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre vorliegt, in das die Berlingeschichte eingebettet werden kann.“<sup>152</sup> In einer Auflage von 15 000 Exemplaren wurde *Berlin 1945–1986* im Jubiläumsjahr herausgebracht. Die politische Durchdringung war erneut weitaus größer geworden, als es die Projektvorstellung 1982 versprochen hatte.

---

149 ABBAW, ZIG 226/2, Eröffnungsverteidigung Dr. Keiderling ‚Unser Berlin‘ am 1.3.1982. Heinz Hadedank brachte das Dilemma treffend zum Ausdruck: Die „kurze Abhandlung der 70er Jahre, als der erfolgreichsten ist (eine) polit(ische) Frage, wobei klar ist, daß die anschauliche Darstellung der 70er Jahre schwieriger ist.“ (Ebd., S. 3.) Weiter hierzu: „Zu große Verknappung für die 60er u. 70er Jahre, woraus eine qualitative Disproportion entstehen kann.“ (Dr. Hübner); „Würde 60er und 70er Jahre doch stärker bringen“ (Dr. Graffunder); „Die 70er und 80er Jahre müßten den ihnen gebührenden Platz einnehmen“ (Materna).

150 ABBAW, ZIG 266/2, Prof. Dr. Rolf Badstübner, „Freigabegutachten“, 30.5.1984, S. 2.

151 Am Ende waren 40 % des Buches der Zeit nach 1961 gewidmet.

152 ABBAW, ZIG 266/2, „Kurzprotokoll über die Ergebnisverteidigung (...) am 20. Dezember 1983“.

## Selbstblockierung in der Arbeiterbewegungsgeschichte

Der Umstand, dass für die Zeitgeschichte „noch kein geschlossenes Geschichtsbild“ vorlag, war für die Geschichtsschreibung der Hauptstadt ein bezeichnendes, aber sehr schwerwiegendes Problem. Denn in der DDR verbot das Leitbild der historiographischen Einheitlichkeit Gegensätze zwischen nationalen und lokalen Erzählungen. Vielmehr wurden lokale Narrative strengstens am Erzählmuster der nationalen und internationalen Geschichte entlang organisiert. Sie transportierten die gleichen Akteure, Zäsuren und Einschätzungen, was mit der Formel „der Dialektik von Weltgeschichte, Nationalgeschichte und Berlin-Brandenburgischer Territorialgeschichte“ ausgedrückt wurde.<sup>153</sup> Wegen dieser narrativen Kohärenz war es ein großes Problem für die Konstruktion der Ostberliner Gegenerzählung, dass das nationale master narrative der DDR in den 1980er Jahren durch die Erbedebatte eine Großbaustelle war. Im Institut für Marxismus-Leninismus (IML) arbeitete man an einer neuen vierbändigen *Geschichte der SED*, die die alte achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* von 1966 ersetzen sollte. Ebenso wurde an einer neuen zwölfbändigen *Geschichte des deutschen Volkes* gearbeitet, deren erste Bände zwar erschienen waren, die aber, wie Keiderling zu spüren bekommen hatte, noch nicht an die Gegenwart der DDR heranreichte. Es fehlten also autoritative Darstellungen, an denen sich die Stadthistorie orientieren konnte.

Dieser Mangel wurde am deutlichsten spürbar im Kernbereich der ostdeutschen Geschichtsschreibung. Angesichts der zunehmenden Schiefelage in der stadthistorischen Forschungslandschaft hatte der SED-Bezirksapparat die zu schreibende *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung* mit großen Erwartungen überladen. Sie sollte die städtische Repräsentation wieder auf die sozialistische Ideologie ausrichten – sie sei, so meinte Materna 1984, zwar nicht identisch mit der Geschichte der Hauptstadt, bilde aber gleichsam ihren „Grundstock“.<sup>154</sup> Doch die Verunsicherung über die Neuinterpretation der Vergangenheit hatte auch diesen zentralen Bereich der DDR-Historiographie erfasst. Die Darstellung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Fundament des Legitimationsanspruchs der SED-Eliten, litt unter dem fehlenden Orientierungsrahmen, den sie hätte selbst liefern sollen. Nirgends wurde die Stagnation, ja die Selbstblockade deutlicher als im Autorenkollektiv dieser großen vierbändigen Berliner Parteigeschichte. Hier drohte die Konstruktion der Gegenerzählung regelrecht zu scheitern.

In der parteieigenen Geschichtskommission der Berliner Bezirksleitung arbeitete seit den 1960er Jahren ein Autorenkollektiv an einem „Abriß der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, um die achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* regional zu verwurzeln.<sup>155</sup> Doch mit Ulbrichts Sturz hatte der „Achtbänder“ viel von seiner Autorität als Leittext verloren, weshalb die Autoren der Bezirksgeschichtskommission auf dem Feld der Parteigeschichte einigermaßen orientierungslos umherschwebten. Ihr Abriß war 1975 an der deutschlandpolitischen Wende der SED gescheitert und zur „Geschichte der revolutionären

---

153 LA, C-Rep 902, 05411, „Konzeption für die Arbeit des Bereichs Territorialgeschichte“, 1981. Ein Musterbeispiel für diese Dialektik hatte Maternas *Geschichte Berlins* gebracht, die wegen der französischen und russischen Revolutionen auch in Berlin 1789 und 1917 „neue Epochen“ anfangen ließ.

154 Materna, „Aufgaben und Probleme“, S. 66.

155 Die Unterlagen dieser Kommission sind erhalten in: LA, C-Rep 902 (E) S. 381–400.

Berliner Arbeiterbewegung“ (GrBA) umgewandelt worden. Bis tief in die 1970er Jahre hinein war das freiwillige und ehrenamtliche Kollektiv ein ständig wechselndes Sammelsurium von Propagandisten, Parteiveteranen, Wissenschaftlern und Hobbyhistorikern gewesen. Es war erneut dem Engagement Roland Bauers zu verdanken, dass sich das Projekt danach etwas professionalisierte und das Kollektiv bis auf 24 Mitglieder wuchs. Sogar das IML selbst steuerte sechs Autoren bei – zudem zeichnete es, auf Drängen Bauers, für die Begutachtung der GrBA verantwortlich. Trotzdem blieben aber die großen Unterschiede in den Fähigkeiten der Kapitelautoren. Hauptsorge war daher immer das Schließen von „Kaderlücken“ oder das Ersetzen „unfähiger“ Mitarbeiter. Auf freiwilliger Basis war eben kaum eine hochwertige Mannschaft zu gewinnen. Diese Tatsache und die hochempfindliche Thematik der kommunistischen Parteigeschichte in Deutschlands Hauptstadt waren zentrale Gründe für ein Trauerspiel, das bis zum Untergang der DDR fort dauern sollte.

Denn wie so viele historiographische Kollektivprojekte der DDR lässt sich auch die Entstehungsgeschichte der GrBA als eine endlose Reihe von Terminüberschreitungen und Verzögerungen lesen. Die 1975 vorgenommene Umwandlung des Projektes zur „Geschichte der *revolutionären* Berliner Arbeiterbewegung“ bedeutete die Ausdehnung von drei auf vier Bände, die 1980 fertiggestellt werden sollten.<sup>156</sup> Nachdem aber zwei Jahre später die ersten Probleme mit bestimmten Kapiteln unübersehbar wurden, musste man diesen Termin Ende 1979 fallen lassen. Im „Bericht über die Jahre 1978/79“ an die Bezirksleitung meldete Kollektivleiter Heinz Habedank (ZIG), „daß einige Genossen ihre Arbeit nicht termin- oder qualitätsgemäß abgeschlossen haben“. Als Ursachen sah er „zentrale Aufgaben in ihren wissenschaftlichen Einrichtungen“; „schlechte(n) Gesundheitszustand“; „Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Bewältigung und bei der Darstellung des Stoffes“ oder schlicht „Unfähigkeit“ der Autoren.<sup>157</sup> Die Termine wurden um etwa vier Jahre verschoben. Insgesamt sah Habedank den Hoffnungsschimmer, dass die gerade erschienenen Schriften zur Parteigeschichte, der *Abriß* der Geschichte der SED (1978) und die Thälmann-Biographie (1980), einigen Halt boten. Zugleich liefen nun die Vorbereitungen für das Jubiläum an, in deren Rahmen die Kollektivarbeit der Bezirksgeschichtskommission an Status gewann. Sie wurde in den „Zentralen Forschungsplan“ aufgenommen, was ihr eine Vorrangstellung sicherte (mancher Autor konnte auf diese Weise einige Wochenstunden für die Arbeit an der GrBA freigestellt werden). Allerdings stiegen hierdurch auch die Erwartungen weiter an. Es wurde eine aktualisierte Konzeption aufgestellt, nach der sich die 1984 abzuliefernde Darstellung „indirekt und direkt mit den vorherrschenden Konzeptionen, Verfälschungen und Entstellungen der bürgerlichen Historiker und sozialreformistischen Ideologien auseinander(setzte) (...) Die vorrangige Form der Auseinandersetzung ist die marxistisch-leninistische Darstellung der historischen Wahrheit.“<sup>158</sup>

Doch auch in der Zeit nach 1980 fiel ein Termin nach dem anderen. Im Mai 1981 musste Habedank berichten, dass – obwohl für die ersten drei Bände jetzt so genannte „Feindisposi-

---

156 Die letzten drei Bände, die die Zeiträume 1917–1945, 1945–1961 und 1961–1976 zu umfassen hatten, sollten gemäß der Planung bis 1980 fertig gestellt werden. Band I (Anfänge bis 1917), der mit der Umwandlung zur GrBA erst neu entstand, sollte „nach 1980“ erscheinen.

157 LA, C Rep 902, 633/1, Heinz Habedank, Bericht über die Jahre 1978/1979. Entwurf, 2.1.1980.

158 LA, C Rep 902, 387: „Konzeption für die Ausarbeitung einer vierbändigen ‚Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart.‘“ (November 1980), S. 5.

tionen“ vorlagen – bei einzelnen Kapiteln noch immer keine Fortschritte verbucht worden waren, während „allgemeine konzeptionelle Probleme“ über den ganzen Inhalt ungelöst blieben. Erst ein weiteres Jahr später, im März 1982, konnte er der Bezirksleitung einen mäßigen Fortschritt melden, wobei die Qualität und der Stand der Kapitel noch „sehr unterschiedlich“ seien. Band 4 (1961 bis Gegenwart) blieb merklich zurück. Erst noch ein Jahr später, im Frühjahr 1983, wurde tatsächlich das vorläufige Manuskript des zweiten Bandes (1917–1945) zur Probe-Begutachtung ins IML gebracht. Zur Verblüffung des Kollektivs kam im Juli ein 60seitiges Gutachten zurück, das vor allem den Abschnitt 1939–1945 in Grund und Boden stampfte. „Es gibt derart viel grob Falsches, Halbwahres, Verzerrtes über den Widerstandskampf, daß es mir unmöglich ist, auf alle Schiefheiten einzugehen, trotz beiliegender umfangreicher Einzelbemerkungen“, urteilte Gutachterin Luise Kraushaar (IML) vernichtend.<sup>159</sup> Die Darstellung dieser entscheidenden Zeitspanne wurde auf 23 Gutachtenseiten völlig auseinander genommen, doch auch die anderen Kapitel bekamen ihr Fett weg – ein harter Schlag für die Geschichtskommission.

Aber vor allem *wie* die Autoren gerügt wurden, versprach wenig Gutes. Der Autor des angesprochenen Kapitels 1939–1945, Günther Wehner, hatte sich im Wald von andauernden Korrekturen, Neuinterpretationen und wechselnden Linien verlaufen. Gutachterin Kraushaar zeigte sich wachsam: „Das Material stützt sich häufig auf Forschungsergebnisse, die vor 10 bis 15 Jahren veröffentlicht wurden, aber in Veröffentlichungen der Jahre 1981 und 1982 korrigiert wurden.“<sup>160</sup> Zudem hatte Wehner seinem Text gar „auch eigene Gedanken oder vielleicht auch Forschungsergebnisse“ hinzugefügt und sich in seiner Verunsicherung so sehr auf den bekannten Parteijargon verlassen, dass es der Gutachterin graute. „Bei dem ständigen ‚in die Breite Wachsen der KPD‘ wundert man sich, daß sie das Hitlerregime nicht gestürzt hat“, urteilte sie treffend. „Die Hälfte der Seite ist gefüllt mit Beteuerungen, wie unermüdlich und konspirativ die KPD bis Sommer 1944 arbeitete. (...) Warum heißt es ständig (...) ‚Das ZK verstärkte seine Tätigkeit‘, ‚die Leitung verstärkte ihre Bemühungen‘ – so an vielen Stellen seit Kriegsbeginn. Unwillkürlich drängt sich dem Leser infolge des schlechten Stils der Eindruck auf, daß die Funktionäre vorher recht lahm gearbeitet haben, wenn sie so oft und immer wieder ihre Bemühungen steigern können.“ Und über die für die DDR typische Kritik hinaus, dass seine historische Darstellung nicht aktuell genug wäre, hatte Wehner sich auch noch der Gefahr des „Objektivismus“ ausgesetzt, als er in seinem Kapitel zwar alle Fakten präsentierte, aber nicht den erforderlichen, parteilichen Zusammenhang. Durch eine solche Methode sei Wehner „nicht zu den richtigen Schlußfolgerungen“ gekommen.<sup>161</sup>

Das IML verwendete hier Begriffe, die in anderen Sektoren der DDR-Historiographie ihre Stoßkraft längst verloren hatten. Formeln wie „Objektivismus“ und „Faktologie“ und verabsolutierte Vorstellungen von „richtig“ und „falsch“ wurden derart gegen „Fehlinterpretationen“

---

159 LA, C Rep 902, 389, Walter Wimmer an die Kommission, 25.7.1983, mit sechs Teilgutachten; Luise Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6, Juni 1983, S. 1.

160 LA, C Rep 902, 389, Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6, S. 1. Kraushaar scheute sich nicht, sich sogar von eigenen überholten Arbeiten zu distanzieren, um den Abweichler auf seine Fehler hinzuweisen. „Der Autor stützt sich restlos auf die Darstellung von Biernat/Kraushaar aus dem Jahre 1970. Inzwischen liegen völlig davon abweichende Einschätzungen von der Tätigkeit und Wirksamkeit der Antifaschisten (vor). (...) In diese Richtung muß der Autor des Kapitels 6 umarbeiten.“ (Ebd., S. 4.)

161 LA, C Rep 902, 389, Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6, Zitate auf S. 4, 18f. bzw. 1.

tationen“ in Stellung gebracht, dass die 1950er Jahre nahe schienen. Vor allem das Parteilichkeitsargument war eine Brechstange. Seit den Revisionismusedebatten um Jürgen Kuczynski 1957/58 wusste jeder, dass man bei diesem Vorwurf besser einlenkte.<sup>162</sup> Das galt im Konfliktfall unvermindert noch 1983 und auch für Wehner, der die Kritik akzeptierte und zwei Jahre später (!) eine überarbeitete Version des Kapitels vorlegte, das nunmehr wegen seiner „parteiliche(n) Darstellung der Ereignisse und Kämpfe“ gelobt wurde.<sup>163</sup> Das Gutachten zu Band 2 (1917–1945) wurde Pflichtlektüre für das gesamte Kollektiv und das Manuskript musste überarbeitet werden.

Das größte Hindernis bei der Arbeit an der *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung* war nicht der Zeitmangel oder gar subversives Verhalten der Autoren, sondern ihre Abhängigkeit von der neuen Parteigeschichte, die im IML noch in Arbeit war. Diese vierbändige *Geschichte der SED* sollte für die gesamte DDR-Historiographie einen klaren Leitcharakter erhalten; Kurt Hager selbst stand dem offiziellen Autorenkollektiv vor. Doch die Revision der Parteigeschichte verlief in der späten DDR äußerst schleppend, und der „Reformstau“ im historiographischen Großprojekt hatte verheerende Wirkung auf die GrBA. Seit den 1970er Jahren wurde über das Verhältnis beider Darstellungen diskutiert, sollte doch ihr Inhalt eng übereinstimmen.<sup>164</sup> Doch ein klares Leitbild fehlte, denn der „Achtbänder“ war überholt und der „Vierbänder“ noch nicht fertig. Die GrBA befand sich in der akuten Gefahr, dem Prestigeprojekt des IML vor dessen Erscheinen in die Quere zu kommen und somit „Falsches“ über die Parteigeschichte zu verbreiten.

Das Autorenkollektiv war sich dessen sehr wohl bewusst. Bauers Bemühungen, gerade das IML als Gutachter für die GrBA zu gewinnen, hingen mit diesem Problem zusammen, ebenso wie die Aufnahme einiger IML-Autoren ins GrBA-Kollektiv. Auch die Erleichterung, mit der die Publikation des *Abrisses* und der Thälmann-Biographie im Berliner Kollektiv empfangen wurde, wird vor diesem Hintergrund verständlich: Beide Werke transportierten wenigstens „abgesicherte“ Kenntnisse und Leitlinien. Dennoch traten bei der GrBA eine Menge Berliner Probleme in Erscheinung, deren Lösung aus dem *Abriß* nicht abzuleiten war. Deshalb hatte Habedank die Genossen des IML schon im Juli 1981 erneut gebeten, „uns zu helfen, daß die neuen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Arbeit an der 4-bändigen SED-Geschichte auch in unsere Arbeit einfließen können.“<sup>165</sup> Das IML willigte ein und mehrmals schickten die Kollektivleiter fortan jene Kapitelautoren, die „Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Bewältigung des Stoffes“ hatten, ins Eckhaus an der Wilhelm-Pieck-Straße (heute Torstraße). Dort bekamen sie als „Orientierungshilfe“ manchmal

---

162 Vgl. H. Haun, *Kommunist und „Revisionist“*. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1957) (Dresden, 1999) mit weiterer Literatur.

163 LA, C Rep 902, 388, Heinz Habedank, Stellungnahme zu Günther Wehner, o.D. (Februar 1985): „Das Kapitel ist so angelegt, daß es durch parteiliche Darstellung der Ereignisse und Kämpfe gängige Grundthesen der bürgerlichen und reformistischen Geschichtsschreibung über die Tätigkeit der Kommunisten und über die Befreier widerlegt.“

164 „Es wäre sicherlich unzweckmäßig, wenn die ‚Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung‘ in wesentlichen Fragen ohne hinreichenden Grund andere Standpunkte und Einschätzungen enthielte als die zukünftige ‚Geschichte der SED‘.“ (LA, C Rep 902, 389, Walter Wimmer an die Kommission, 25.7.1983, S. 2.)

165 LA, C Rep 902, 383, Referat der Bezirkskommission vor dem Problemrat: Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung/Betriebsgeschichte am 9. Juni 1981 im IML, 6.7.1981, S. 13.

sogar Einsicht in die höchstgeheimen Textentwürfe der SED-Geschichte selbst.<sup>166</sup> So konnten sie die aktuellsten „Erkenntnisfortschritte“ und „Forschungsergebnisse“ in die GrBA einarbeiten.

Einige Zeit funktionierte diese Zusammenarbeit relativ gut, bis die Angst vor Abweichungen Anfang 1984 erneut überhand nahm. 1983 waren erneut „einige Probleme und Schwierigkeiten deutlicher geworden“ und die Berliner Empirie war nicht in allen Fällen mit den Leitbildern des IML in Einklang zu bringen.<sup>167</sup> Dem fiel zuerst der vierte GrBA-Band zum Opfer, ohnehin „inhaltlich und politisch der komplizierteste Band“, weil er sich für den Zeitraum 1961–1981 nicht einmal teilweise auf autorisierte „Forschungsergebnisse“ hatte stützen können. Es stand faktisch nichts auf dem Papier. Dem ehrenamtlichen Berliner Kollektiv fehlten die Autorität und die Kompetenz; die Herausgeber verbargen sich hinter allen möglichen Ausreden<sup>168</sup> und schoben die Fertigstellung in die ferne Zukunft. Für die übrigen Bände formulierte das IML das Konsensideal, das sich von alleine nicht verwirklichte, zu einem strengen Konsenszwang um: „Voraussetzung für das Erscheinen der Bände ist eine inhaltliche und politische Übereinstimmung mit der SED-Geschichte.“<sup>169</sup>

Dafür aber nahm der überarbeitete Band 2 die Hürde der IML-Begutachtung im zweiten Anlauf erfolgreich: Ende 1984 war das Manuskript nunmehr „gelingen“ und könne „mit einem vertretbaren Aufwand in relativ kurzer Zeit zur Veröffentlichungsreife gebracht werden.“<sup>170</sup> Das hieß: Gutachter Walter Wimmer fügte diesmal nur 15 Seiten mit Bemerkungen hinzu, darunter einige, die in starkem Widerspruch zum Gutachten vom Juli 1983 standen. Die Autoren waren vom Hin und Her nicht gerade begeistert. Die abermalige Überarbeitung nahm fünf Monate in Anspruch, dann wurde der Band 2 im Frühling 1985 der Bezirksleitung vorgelegt. Auch Band 1 befand sich inzwischen zur Begutachtung im IML.

Nach dem Eklat mit Band 2 war die Bezirksgeschichtskommission aber vorsichtig geworden, vor allem bezüglich Band 3 (1945–1961). Hier war die Thematik noch sperriger als in der „Epoche des Imperialismus und Faschismus“. Band 3 sollte empirisch das Auftreten der Kommunisten bei der Befreiung, der Vereinigung von KPD und SPD, der deutschen Spaltung und dem „konterrevolutionären Putsch“ im Juni 1953 darstellen, und dazu gab es als Berliner Zusätze etwa die Blockade, die Luftbrücke und die „Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze“ vom 13. August 1961. Vorsorglich baute man noch im Autorenkollektiv zusätzliche „Bearbeitungsstufen“ ein, um das Manuskript erst mit einem weiteren Jahr Verspätung im Mai 1985 dem IML zu übergeben. Die bösen Vorahnungen sollten sich erfüllen:

---

166 Aus den vielen Beispielen: „Wir schlagen vor, daß das Autorenkollektiv zu gegebener Zeit (...) Einsicht in den dann vorliegenden Entwurf der ‚Geschichte der SED‘ nimmt. (...) ‚Ähnlichkeiten‘ im Text dürfen natürlich nicht herauskommen.“ (Walter Wimmer, Gutachten zu Band 2, 25. Juli 1983). Auch dem Genossen Guido Graehn (Humboldt-Universität, Kap. 1945–1949) „sollte ermöglicht werden, sich mit der Gedankenführung zum Vereinigungsprozeß im entsprechenden Band der SED-Geschichte vertraut zu machen.“ (LA, C-Rep 902, 389, Protokoll der Sitzung des Herausgeberkollektives am 2.6.1984.)

167 LA, C Rep 902, 388, Beratung Herausgeberkollektiv, 11.11.1983.

168 „Die Erarbeitung einer spezifischen Konzeption für die 60er und 70er Jahre (...) hat längere Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen. Für diese Zeiträume ist der Forschungsvorlauf am geringsten. Das Autorenkollektiv für diesen Band ist erst am Beginn der achtziger Jahre gebildet worden und muß sich noch festigen.“ (LA, C Rep 902, 388, Beratung Herausgeberkollektiv, 11.11.1983.)

169 LA, C-Rep 902, 388, Beratung zu Fragen und Problemen der Arbeit am Z-Projekt am 4. Januar 1984.

170 LA, C-Rep 902, 387, Walter Wimmer, Gutachten zum Manuskript des 2. Bandes, 20.11.1984, S. 1.

Aus dem IML kam diesmal gar kein Gutachten, sondern eine knappe Durchsage – ein Verbot. Das Parteiinstitut entschied nach der Lektüre des Manuskriptes des Bandes 3, dass die gesamte GrBA „erst nach der Herausgabe der Geschichte der SED erscheinen kann.“<sup>171</sup> Deshalb wurde auch die Begutachtung des ersten Bandes eingestellt. Wenn man auf die SED-Geschichte warten musste, konnte es sich nur um Jahre handeln.

Damit drohte das Projekt durch den Zwang der Einheitlichkeit zu scheitern. Band 3 der GrBA war nicht mit den internen Textentwürfen der Geschichte der SED zu vereinbaren. So hatte beispielsweise Gerhard Keiderling, der als „Bandredakteur“ des dritten Bandes auftrat, gar eine andere Periodisierung vorgenommen: „Schlußpunkt des Kap. 2 liegt bei Jahresende 1947 (...). Das weicht von SED-Geschichte ab, die die Zäsur April/Mai 1948 ansetzt, entspricht meines Erachtens aber besser der Berliner Lage.“<sup>172</sup> Da aber gerade die Periodisierungsfragen die Kardinalfragen der marxistisch-leninistischen Theorie bildeten, war ein solcher Vorgang für das IML indiskutabel.<sup>173</sup> Doch das Parteiinstitut spielte auf Zeit. Es war bei der Erarbeitung der *Geschichte der SED* von den Anweisungen der Parteispitze abhängig und hatte also auf dortige Entscheidungen zu warten. Eine vorzeitige Veröffentlichung über Berlin, die vielleicht Teile einer späteren Geschichtsrevision vorwegnehmen oder blockieren sollte, wäre ein Altraum für die Einheitlichkeit des Geschichtsbildes gewesen.

Die Vertagung des Erscheinungstermins bedeutete, dass das Berlin-Jubiläum ohne Darstellung der Berliner Arbeiterbewegung auskommen müsste. Und das wurde angesichts der direkten Geschichtskonkurrenz mit West-Berlin als „ein schwerwiegender Mangel“ betrachtet. Auf Betreiben der Berliner Bezirksleitung und der ZK-Abteilung Wissenschaften wurde eine Teillösung erreicht. Sie informierten im Januar 1986 Kurt Hager darüber, dass „vom Erarbeitungsstand her“ eine Publikation „der ersten beiden Bände der auf vier Bände angelegten ‚Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung‘“ möglich wäre. Die Frage war also, „ob unter den gegebenen Umständen eine solche Kopplung“ zwischen GrBA und SED-Geschichte „noch zweckmäßig ist.“<sup>174</sup> Hager, der sowohl für das Jubiläum als auch für die SED-Geschichte zuständig war, gab der vorzeitigen Publikation zweier GrBA-Bände seinen Segen. Das Jahr 1945 blieb jedoch erneut die unüberwindbare Grenze. Der fertig gestellte Band 3 (1945–1961) verblieb weiterhin in der Schublade.<sup>175</sup>

Zügig erarbeitete das IML jetzt das noch ausstehende Gutachten zum ersten Band. Im Mai 1986 urteilte es immerhin vorwiegend zustimmend.<sup>176</sup> Nach rascher Überarbeitung wurde das Manuskript im September von der Bezirksleitung abgesegnet und zusammen mit Band 2, der schon anderthalb Jahre „publikationsreif“ war, in den Dietz-Verlag gebracht.

---

171 LA, C-Rep 902, 385, Protokoll der Leitungssitzung am 3.10.1985. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/9.04, 23, Information Kurt Hager an das Politbüro, 26.3.1986: Bericht der Abteilung Wissenschaften des ZK über die Verwirklichung der Aufgaben des Zentralen Forschungsplanes der Gesellschaftswissenschaften im Jahre 1985, 19. Februar 1986. Zur GrBA hieß es: „Das endgültige Gutachten durch das Institut für Marxismus-Leninismus wird erst nach Fertigstellung (...) der Geschichte der SED erfolgen. Deshalb wurde auch der ursprünglich vorgesehene Erscheinungstermin 1987 (...) vertagt.“ (Ebd., S. 32.)

172 LA, C Rep, 389, Keiderling, Bericht über Fertigstellung der Bandfassung, o.D. (April/Mai 1984).

173 Vgl. hierzu: Lokatis, *Der Rote Faden*, S. 77ff.; Christina von Buxhoeveden, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR. Das Problem der Periodisierung* (Bielefeld, 1980).

174 SAPMO-BArch, Büro Hager, vorl. SED 38791, Abt. Wiss (Hörnig) an Hager, 13.1.1986.

175 Da liegt er übrigens heute noch: LA, C-Rep 902, 391–400.

176 LA, C Rep 902, 387, Laschitzka, Gutachten zu Band 1, Mai 1986.

Wie sehr es aber die Konsenswissenschaft schmerzte, jetzt ein Manuskript veröffentlichen zu müssen, über das keine Einigkeit erreicht worden war, spricht aus dem resignierten – in seiner offenen Verletzung des Konsensideals selten deutlichen – Begleitschreiben des Autorenkollektivs. Demnach betreffen „einige wichtige Aspekte einzelner Teilgutachten (...) Fragen, in denen es unterschiedliche Meinungen unter den marxistisch-leninistischen Historikern gibt.“ Und weil man dem IML keine Vorentscheidungen abringen konnte, hatte man „in diesen Fällen (...) Formulierungen angestrebt, die den gesicherten Forschungsstand wiedergeben und zugleich für künftige Entscheidung offen sind.“<sup>177</sup> Ende 1987, noch im Jubiläumsjahr, erschienen zwei Bände der *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung* (Anfänge bis 1945).

Die Entstehungsgeschichte der GrBA war eine Geschichte des Scheiterns. Zwei der vier Bände erschienen fünfzehn Jahre später als ursprünglich geplant, der dritte wurde nie veröffentlicht und der vierte nie geschrieben. Das Einheitlichkeitsideal, das die narrative Abhängigkeit kleinerer Erzählungen von größeren bedeutete, wurde in dem Moment zur Selbstblockade, wo die Große Erzählung unsicher geworden war. Die längst fälligen Reformen im offiziellen Bild der Parteigeschichte – vor allem hinsichtlich des Nationalsozialismus, der Gründung der SED oder auch der Revisionismusdebatten 1957 – vermochte die erstarrte SED-Führung in den 1980er Jahren nicht mehr durchzuführen. Zu sehr hätte eine Lockerung dieses Bildes, aus dem sich ihre persönliche Autorität speiste, die Legitimation ihrer Herrschaft untergraben. So verharrte man im Stillstand: Die neue SED-Geschichte blieb über Jahre hinweg ein interner Dauerentwurf.<sup>178</sup> Und sie blockierte währenddessen die an sie gekoppelten Projekte, wie die GrBA.

So konnte die marxistisch-leninistische Konsenswissenschaft ihre Fassade in den 1980er Jahren kaum aufrechterhalten. Um die Hauptstadt der DDR zur 750-Jahr-Feier mit einer wissenschaftlich „bewiesenen“ Tradition der Parteigeschichte zu versehen, musste sie ihre eigenen Regeln verletzen. Der ideologische Kernbereich war handlungsunfähig, während weite Teile der DDR-Historiographie sich von der Orthodoxie zu verabschieden suchten. Und es war gerade diese Diskrepanz zwischen den Themenfeldern, die einer selbstbewussten Profilierung der kommunistischen Parteigeschichte in den 1980er Jahren den Boden entzog. Draußen wüteten die Differenzierungsdebatten um „Erbe und Tradition“; führende DDR-Historiker saßen mit den Kollegen aus dem Westen an einem Tisch und übten Verantwortungsgemeinschaft und Dialog mit jenen „Gegnern“, deren „Lügen“ laut dem Konzept der GrBA entschiedenst widerlegt werden sollten. Weil die meisten Kapitelautoren *nota bene* selbst an Akademieinstituten oder an Universitäten arbeiteten, war ihnen das erstickende Klima in der Geschichtskommission eine anachronistische Zumutung. Als Helga Schultz am ZIG ihr Projekt vorstellte und offen auf die Leistungen etwa der Bielefelder Schule verwies, waren unter den Zuhörern nicht wenige, die zeitgleich im GrBA-Kollektiv sowohl „gegen die antikommunistischen, antisowjetischen, nationalistischen und rassistischen, als auch gegen die opportunistischen und revisionistischen Konzeptionen“ vorzuziehen hatten, „mit denen die bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD in die DDR einzu-

---

177 LA, C Rep 902, 388, Stellungnahme des Herausgeberkollektivs zur Übergabe des Bandes 1, 19.9.1986.

178 Vgl. Petzold, *Parteinahme wofür?*, S. 283.



dringen versucht.“<sup>179</sup> Ihre Manuskripte wurden immer wieder abgelehnt, weil die „Auseinandersetzung“ mit dem Gegner für zu schwach befunden wurde.<sup>180</sup>

Der Gegensatz zwischen den beiden Diskursebenen ist um so schärfer, weil er nicht nur zwischen DDR-Historikern bestand, sondern oft von einzelnen Historikern *in persona* ausgehalten werden musste. Wolfgang Schröder beispielsweise, der „verantwortliche Redakteur“ des bereits angesprochenen *Jahrbuchs für Geschichte*, war nur nebenbei Mitherausgeber und Mitautor der *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung* (Band 1). Die Gutachten zum *Jahrbuch* sind mit den IML-Verdikten zur GrBA unvergleichbar. Erste lesen sich ausnahmslos wie zustimmende Rezensionen<sup>181</sup>, während Schröders Arbeit in der Geschichtskommission im Stile der Ulbrichtzeit kritisiert wurde, weil sie „nicht frei von faktologischen Zügen“ war.<sup>182</sup> Auch Ingo Materna bekam die Gegensätze zwischen den Sektoren des DDR-Geschichtsdiskurses zu spüren. Wo er in seiner Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität im Oktober 1984 etwa für mehr Offenheit in der Darstellung der Berliner Sozialdemokratie eintreten konnte, musste er einen Monat später derartige Forderungen in der Welt der Bezirksgeschichtskommission wieder zurückweisen. Und während der von ihm betreute Band der GrBA vom IML auf 60 Seiten niedergeschmettert wurde, verkam das Gutachtenwesen außerhalb der Parteigeschichtsschreibung zum leeren Ritual. Denn als derselbe Materna im Frühjahr 1986 das kleine Bäckerbuch von Helga Schultz absegnen sollte – und sich „lediglich gegen die frühe Benutzung des Begriffs ‚Bourgeoisie‘“ wendete – stellte er mit dem lapidaren Kommentar „(Allerdings wird Dr. Schultz auf ihrer Position mit guten Argumenten beharren)“ das System der Gutachten insgesamt in Frage.<sup>183</sup>

Unter diesen Umständen sanken Arbeitsmoral und Produktivität vor allem auf dem für das Selbstverständnis der DDR so wichtigen Feld der Parteigeschichtsschreibung auf ein Minimum. Es gehörte zur unbequemen Normalität im ehrenamtlichen GrBA-Kollektiv, dass allerlei Textvorlagen, „Feindispositionen“, Kapitelentwürfe, Erst-, Zweit- und Drittfassungen von den Herausgebern und Gutachtern so lange zurückgewiesen wurden, bis „abgesicherte“ Kenntnisse aus dem IML vorlagen. Tendenziell mussten nach jedem Kurswechsel der SED auch die GrBA-Kapitel umgeschrieben werden, um die neue Politik mit langen Traditionen und historischem Vorlauf zu versehen. Immer wieder findet sich in den Akten die Einschätzung, dass ein neu bearbeiteter Kapitelentwurf „zwar Fortschritte“ aufwies, zugleich aber noch nicht die „erforderliche Reife“ erreicht habe. Durch diesen chronischen Stillstand griffen in den 1980er Jahren Frustration und Resignation um sich. In den überlieferten Akten kommen diese Probleme kaum direkt zum Ausdruck, aber Protokollnotizen

---

179 LA, C Rep 902, 387, Konzeption für die Ausarbeitung einer vierbändigen GrBA (November 1980).

180 Wie etwa im November 1984: „Die Polemik im Zusammenhang mit der Sozialfaschismus-These oder vielmehr ihre Ausnutzung durch antikommunistische Ideologen ist jedoch nicht gelungen (...). Die übrigen Stellen sollten sprachlich besonders sorgfältig bearbeitet werden, um ein Maximum an Überzeugungskraft zu erreichen, den politischen Zweck der gegnerischen Lügen möglichst deutlich anzuprangern und jede Banalität in unserer Argumentation zu vermeiden.“ (LA, C Rep 902, 387, Wimmer, Gutachten zum 2. Band, 20.11.1984, S. 3.)

181 So das inhaltslose und trotzdem zehnteitige Gutachten zum Berlin-Band des *JbG*, in: ABBAW, AV 3462.

182 LA, C Rep 902, 387, Laschitzka, Gutachten zu Band 1, Mai 1986, S. 2f.

183 ABBAW, AV 3089, Materna, Gutachten zu Schultz, April 1986.

wie: Wir sollten „deutlicher sagen, was uns hemmt“, und: „Terminüberschreitungen sind zum Teil ein ideologisches Problem bei den Autoren“ weisen auf Unstimmigkeiten hin, die offiziell nicht existierten.<sup>184</sup>

## Ein Leittext für Berlin

Das Ausbleiben „gesicherter“ Texte zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Hauptstadt der DDR behinderte lange Zeit konkrete Vorbereitungen der 750-Jahr-Feier. In der sozialistischen Stadtverwaltung war die Verunsicherung groß, zumal nunmehr die oberste Parteiführung ihrem großen Interesse am Jubiläum Ausdruck verlieh. Das machte auch die Berliner Vergangenheit zum Politikum, aber es lagen kaum belastbare Schriften vor. Um die Fertigstellung etwa der GrBA zu forcieren, flüchtete man in einen sich immer weiter steigenden Beratungs-, Kontroll- und Abstimmungswahn – den ungewollt komischen Höhepunkt bildete 1984 ein bezeichnender Protokollfehler, der den Vorschlag festhielt, „daß der gesamte Band 2, bevor er geschrieben wird, von den Genossen Grimmer und Oswald gele-

---

184 LA, C-Rep 902, 633/1, Leitungssitzung am 5.11.1979, bzw. ebd., 383, Leitungssitzung am 1.6.1981. Dass Motivationsprobleme nicht selten zu den größten Hindernissen werden konnten, zeigen prägnant die Kapitel 1945–1949 von Guido Graehn (Humboldt-Universität), der schon seit den 1960er Jahren in der Bezirksgeschichtskommission dabei war. Seine Textentwürfe wurden wiederholt vom Herausgeberkollegium zurückgewiesen: „Wir sind nach wie vor dafür, daß Gen. G. Graehn das Kapitel (...) überarbeitet, und wir hoffen, daß er nicht nur deshalb resigniert, weil die Leitung der Kommission bei der Vorlage seines Manuskriptes entschieden hat, daß die erreichten Fortschritte noch nicht zur Weiterleitung des Kapitels an das Sekretariat ausreichen. Vor solchen Situationen haben doch auch schon andere Kapitelautoren gestanden und wird in Zukunft gewiß noch dieser oder jener Autor stehen, der eine besonders komplizierte Periode der Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung darzustellen hat. Da kann es nur heißen: Eine weitere Überarbeitung des Manuskriptes vornehmen.“ (Ebd., 633/1, Bericht des Autorenkollektives über 1980/81, 4.5.1981.) Drei Jahre und unzählige Sitzungen später berichtete ein verärgerter Bandredakteur Keiderling, daß Graehn seinen Text viel zu spät eingereicht und „faktisch nichts daran gemacht“ habe. (ABBAW, ZIG 562, ZIG-Hausmitteilung Keiderling an die Direktion, 5.6.1984.) Wie sehr Graehn von Apathie ergriffen worden war, veranschaulicht auch Keiderlings Klage, „daß der Vf. keine Überarbeitung des Kapitels auf der Grundlage der Klausurtagung vom Juni 1983 vorgenommen und auch nicht früher bereits gegebene Hinweise eingearbeitet hat. Es ist nicht ersichtlich, ob und in welcher Weise der Vf. Anregungen aus Bd. 3 der SED-Geschichte eingearbeitet (hat).“ (LA, C Rep 902, 389, Keiderling, Bericht über Fertigstellung der Bandfassung, o.D. (April/Mai 1984.)) Aber umgehend traf es auch Keiderling, der Graehns Text unter hohem Zeitdruck bearbeitet hatte, um den nächsten Abgabetermin im März 1984 einzuhalten. „Seitens der Leitung des Projektes (...) wurde ich angehalten, die Überarbeitung schnell vorzunehmen, um den Abgabetermin ans IML zu halten. Ohne einen mir (...) zustehenden Arbeitsurlaub in Anspruch zu nehmen und andere Verpflichtungen zu vernachlässigen, habe ich bis 5.3.1984 die Gesamtüberarbeitung des Bd. 3 vorgenommen, was nur durch Nacharbeit und Inanspruchnahme der Wochenenden möglich war. (...) Die Leitung des Projektes hat jedoch stillschweigend eine Korrektur der Planung vorgenommen. Die Verteilung der Manuskripte an die Mitglieder des Herausgeberkollektives erfolgte schleppend; einige hatten sie Ende April noch immer nicht.“ Keiderling war empört, denn er hätte doch „mit mehr Zeit und Ruhe und ohne den Druck der Leitung, den März-Termin unbedingt zu halten, auch intensiver an der Bandfassung arbeiten können.“ (ABBAW, ZIG 562, ZIG-Hausmitteilung Keiderling an die Direktion, 5.6.1984.) So waren am Ende alle unzufrieden – ein Zustand, der sich im GrBA-Kollektiv bis zum Ende der DDR nicht mehr ändern sollte. Vgl. Thijs, „Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses“.

sen wird.<sup>185</sup> Angesichts der strukturellen Lähmung in den Kernbereichen des Ideologiegebäudes wurden Notmaßnahmen notwendig, um die Gegenerzählung der Stadtgeschichte zu stützen und die Jubiläumsveranstaltungen doch gemäß einem „gesicherten“ Geschichtsbild vorbereiten zu können. Die Lösung wurde in der Delegation des Problems nach oben gesucht. Die zentrale Parteispitze sollte eine kurze Musterdarstellung der Stadtgeschichte autorisieren.

Zu den *Thesen* entschloss man sich im Winter 1983/84, nach dem Vorbild der Thesen zum Lutherjahr.<sup>186</sup> Mit der Leitschrift hob die Parteiführung erneut den Status des Jubiläums an. Im Anlauf zum Stadtfest wuchs sie immer mehr zum Leittext, in der die Parteiorgane über alle Probleme in der Geschichtswissenschaft hinweggehen konnten, um ihre Version der Berliner Stadtgeschichte bündig und autoritativ festzuschreiben. Das betraf vor allem das Selbstbild der SED, denn die führende Rolle der Partei war gerade in der wichtigsten Phase der Stadtgeschichte – der Zeit nach 1945 – in der *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung* als nicht publizierbar befunden worden. Sie wurde in den *Thesen* wenigstens plakativ zusammengefasst. Zudem erfüllte die kurze Schrift die dringende Funktion einer Richtschnur bei der Organisation der Festveranstaltungen, weshalb ihr in den Arbeitsgruppen mit großer Ungeduld entgegengesehen wurde.<sup>187</sup>

Im Auftrag von Ernst Diehl hatte Ingo Materna Anfang 1984 die Arbeit an der notwendigen Leitschrift begonnen. Einen ersten Entwurf von 57 Seiten legte er im September 1984 vor.<sup>188</sup> Für die Ausarbeitung zog Diehl bald weitere Autoren hinzu, nämlich führende Berlinhistoriker wie Keiderling und Schultz. Für sie war es eine Ehre, an der Verfassung der Thesen mitzuarbeiten, auch wenn sie vorher wussten, dass dies ein anderes Textformat war als die üblichen historischen Abhandlungen. Die „Thesen“ sollten vom Politbüro „beschlossen“ werden. Sie kamen ohne wissenschaftlichen Apparat aus, obwohl sie nach dem Selbstverständnis der parteilichen Wissenschaft als Parteibeschluss „wissenschaftlichen Charakter“ tragen sollten. Chefhistoriker bei der Darstellung der Stadtgeschichte war nicht länger ein Stadthistoriker, sondern der Geschichtsfunktionär Ernst Diehl.

Im Frühling 1985, nach einem Jahr Arbeit an den Thesen, informierte die ZK-Abteilung Wissenschaften Berlins Bezirkschef Konrad Naumann über den Fortgang. „Gegenwärtig liegt eine bereits mehrmals überarbeitete Fassung von über 70 Schreibmaschinenseiten vor, die jedoch weiter qualifiziert werden muß.“ Die Thesen seien „zur grundsätzlichen Orientierung über Hauptlinien und Schwerpunkte der Geschichte Berlins bestimmt und sollen gleichzeitig Grundlagen zur Erarbeitung vielfältiger Materialien für eine massenwirksame Propagierung Berliner Geschichte schaffen.“ Entsprechend dem politischen Selbstverständnis

---

185 LA C Rep 902, 388, Beratung zur Auswertung des Gutachtens zum Band 2, 19.12.1984.

186 In den 1980er Jahren waren parteioffizielle „Thesen“ ein erprobtes Mittel, um das politische Gewicht historischer Jahrestage auszudrücken: Es gab die Thesen zum Karl-Marx-Jahr und zum 500. Geburtstag Luthers 1983, und nach 1987 auch zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution 1988 und zum Thomas-Müntzer-Jahr 1989.

187 „In anderen Bereichen Berlins laufen bereits Vorarbeiten zum 750. Jahrestag, die bisher nicht durch die Arbeitsgruppe erfaßt sind (Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen u.a.). Alle diese Aktivitäten sind zusammenzuführen und auf der Grundlage der bestätigten Thesen zu koordinieren.“ Kurzum: „Grundlage für die einheitliche Lösung aller Aufgaben zum 750. Jahrestag ist die schnellstmögliche Erarbeitung der Thesen. Erste Entwürfe sollten bis Ende 1984 vorgelegt werden!“ (LA, C Rep 124-1, 308, Protokoll zur 2. Beratung der Arbeitsgruppe am 17.7.1984 (Oswald und Grimmer).)

188 LA, C Rep 902, 6182, Ingo Materna, Thesen 750 Jahre Berlin, September 1984.

nis Ost-Berlins trat „die Entwicklung Berlins als Hauptstadt der sozialistischen DDR“ als „Höhepunkt der gesamten Berliner Geschichte hervor“ und wurde „großes Gewicht“ auf die „Rolle Berlins als Zentrum der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gelegt.“ Andererseits aber sei den Verfassern auch „am Nachweis gelegen, daß *alle* progressiven Traditionen der 750jährigen Stadtgeschichte“, also „auch geschichtlich bleibende Leistungen von Vertretern ehemals herrschender Ausbeuterklassen, zu unserer sozialistischen Gegenwart hingeführt haben und von uns bewahrt und fortgesetzt werden.“ Letzteres kam den Debatten um „Erbe und Tradition“ entgegen, war aber „auch notwendig für die offensive Auseinandersetzung mit den vielfältigen Versuchen in Westberlin und in der BRD, sich im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum Teile der Berliner Geschichte anzueignen und diese gegen den Sozialismus zu mißbrauchen.“<sup>189</sup>

Die Parteiführung interessierten aber vor allem die Problemfragen mit direktem Gegenwartsbezug. Zu diesen heiklen Punkten gehörte erstens der Umgang mit „Westberlin“. Hier ging man „nach der in unserer Geschichtswissenschaft üblichen Praxis heran“, nach dem zwischen 1945 und 1948 „auf den Kampf für antifaschistisch-demokratische Veränderungen in *ganz* Berlin“ eingegangen werde. Aber „von 1949 konzentriert sich die Darstellung ganz auf die Behandlung der Hauptstadt der DDR.“ Ein zweiter Diskussionspunkt war ein in ideologischen Fragen typischer, nämlich die Proportionen zwischen Selbstdarstellung und Vorgeschichte. Hierüber war im Autorenkollektiv viel diskutiert worden. Scheidelinie war erneut 1945. Unter dem Druck der Parteibehörden war das Verhältnis seit den ersten Entwürfen von 70:30 über 60:40 zu 55:45 gesunken, und sogar dies war vielen noch nicht genug. Die Abteilung Wissenschaften warb bei Naumann darum, die Proportionen nicht weiter zu kippen: „Angesichts der Tatsache, daß ein dreiviertel Jahrtausend Geschichte zu behandeln ist, sollte etwas mehr als die Hälfte des Umfangs der Thesen der Zeit bis 1945 gewidmet werden.“ Das schien jedem redlich: Am Ende waren es 43 gegen 40 Druckseiten.

Doch wie schon bei Keiderlings Darstellung der neuesten Geschichte Berlins waren es interessanterweise gerade die immer weiter auszudehnenden Jahre seit dem VIII. Parteitag 1971, die „konzeptionell“ am schwierigsten zu bewältigen waren. Diehl musste gleich zwei neue Mitarbeiter aus Parteiinstituten hinzuziehen, um dieses Kapitel zu schreiben, doch die Darstellung dieser Zeitspanne sollte auch von der Parteiführung selbst noch erheblich bearbeitet werden. Die SED-Spitze bekam Ende Oktober 1985 erstmals eine Entwurffassung der *Thesen* zu Gesicht, die vierte. Egon Krenz, Kurt Hager, Erich Honecker und Konrad Naumann wurden mit der Bemerkung „Hinweise von Dir werden wir natürlich berücksichtigen“ um ihre Einschätzung gebeten.<sup>190</sup> Naumann meldete sich umgehend mit dem Vorschlag zurück, „den Apparat der Bezirksleitung für die Fassung der letzten These mit einzubeziehen“. Er legte dem Kollektiv „eine aktuelle Bilanz“ über die letzten zwanzig Jahre vor<sup>191</sup> – es ging um einige „konkrete Sachangaben und Zahlen vor allem im letzten Abschnitt (über die Zeit seit 1971)“, die speziell „auf den neuesten Stand“ gebracht wurden.<sup>192</sup>

Ein Vergleich zwischen der vierten und fünften (publizierten) Fassung zeigt, dass von Honecker, Krenz, Hager und Naumann unter anderem der Auftritt von Walter Ulbricht in

---

189 LA, C Rep 902, 6557, Hannes Hörnig an Konrad Naumann, 8.4.1985, auch für die folgenden Zitate.

190 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 2565, Büro Honecker, Hannes Hörnig an Egon Krenz, 22.10.1985.

191 LA, C Rep 902, 6557, Vermerk für Naumann über ein Gespräch zwischen Diehl und Grimmer, 4.11.1985.

192 LA, C Rep 902, 6556, Ernst Diehl, Bemerkungen, 27.11.1985.

der Berliner Geschichte stark gekürzt wurde (Ulbricht war in den 1920er Jahren Chef der Berliner KPD) und die von Klassikern wie Marx, Engels und Karl Liebknecht stärker hervorgehoben. Und was die angesprochene Korrektur der Zahlen anging, so wurden die Proportionen der Stadtgeschichte grob bearbeitet: Auf einmal waren etwa nicht mehr 30 000, sondern 100 000 Sowjetsoldaten in der Schlacht um Berlin gefallen, und wurden zwischen 1961 und 1970 in Berlin nicht 45 000, sondern 58 608 neue Wohnungen fertig gestellt.<sup>193</sup> Prägnant war auch Krenz' Einspruch gegen die folgende Passage, die um genau fünf Wörter gekürzt wurde: „Ungezählte hervorragende Persönlichkeiten wurden aus der Stadt und aus dem faschistischen Deutschland vertrieben. Auch sportliche und kulturelle Ereignisse wurden für die menscheitsfeindlichen Zwecke imperialistischer Politik mißbraucht, wie die Olympischen Spiele 1936 und die 700-Jahr-Feier Berlins 1937.“<sup>194</sup> Dass es bereits 1937 ein Stadtjubiläum gegeben hatte, wurde in Ost-Berlin nicht öffentlich thematisiert.

Schließlich hatte Diehl auf Ratschlag aus Naumanns Apparat auch „alle Namen von Aktivisten und Neuerern aus der Arbeiterklasse aus der Zeit seit den fünfziger Jahren gestrichen, die sich in früheren Entwürfen befanden“.<sup>195</sup> Die Erklärung hierfür trug ein bekanntes Merkmal der parteigebundenen Historiographie, nämlich ihren anachronistischen Präsentismus, nach dem die ursprünglichen Leistungen von Genossen im Lichte späteren Fehlverhaltens herabgestuft oder ganz ausgelöscht werden konnten.<sup>196</sup> Mit anderen Worten, so ergänzte Reginald Grimmer, „ein Teil derer, die genannt werden müßten, spielen heute parteimäßig und in ihrem persönlichen Verhalten nicht mehr die Rolle, die sie entsprechend ihrer einstigen Haltung und Leistung spielen müßten.“<sup>197</sup> Deshalb wurde über diese einstige Haltung und Leistung lieber gänzlich geschwiegen. Aber in diesem Zusammenhang entstand noch im November 1985 ein viel aktuelleres und ungeheuer sperriges Problem, als ironischerweise Berlins Bezirksleiter Konrad Naumann selbst wegen „parteischädigenden Verhaltens“ seines Amtes enthoben und durch den bisherigen Chef des *Neuen Deutschlands* Günter Schabowski ersetzt wurde. Der in diesem Diskurs so erfahrene Diehl kannte die Konsequenzen und hatte aus der Stadtgeschichte umgehend die „Aussage darüber, daß die Bezirksparteiorganisation seit 1971 von Konrad Naumann geleitet wurde, gestrichen.“<sup>198</sup> Dass Naumann schließlich doch nicht wegetuschert wurde, verdankte er seinem langjähri-

---

193 *Thesen*, S. 51 und 76. Vgl. die vierte Fassung vom Oktober 1985 in: LA, C Rep, 6183.

194 Ebd., S. 49 (meine Hervorhebung, KT). Genauso aufmerksam war Krenz an anderer Stelle, wo die Historiker zum Juni-Aufstand geschrieben hatten: „Am 17. Juni 1953 zerschlugen die bewaffneten Organe der DDR gemeinsam mit den in der Republik stationierten sowjetischen Streitkräften einen konterrevolutionären Putschversuch.“ Um Missverständnissen über die Fronten aus dem Wege zu gehen, änderte Krenz den Text wie folgt: „Am 17. Juni 1953 zerschlugen die Arbeiterklasse der DDR und ihre bewaffneten Organe gemeinsam mit den ...“. (Vgl. die vierte Fassung der Thesen, Oktober 1985, S. 61, und *Thesen*, S. 71.) Übrigens nannte Krenz nur die Seitenzahlen, wo er eingegriffen hatte. Das entsprechende, von ihm beschriebene Manuskript der vierten Fassung ist nicht erhalten geblieben. Ein Vergleich mit der publizierten fünften Fassung weist auf, welche Stellen Krenz änderte. (Vgl. SAPBO-BArch, DY30/vorl. SED 2565, Krenz an Hörnig, 13.11.1985.)

195 LA, C Rep 902, 6556, Ernst Diehl, Bemerkungen, 27.11.1985.

196 Vgl. Sabrow, *Diktat*, S. 410f.

197 LA, C Rep 902, 6556, Reginald Grimmer an Günter Schabowski, 3.12.1985.

198 LA, C Rep 902, 6556, Ernst Diehl, Bemerkungen, 27.11.1985. Vgl. Karl Wilhelm Fricke, „Naumanns Sturz – ein Sieg für Krenz. Die kaderpolitischen Beschlüsse des 11. ZK-Plenums“, *DA* 18 (1985), 1251ff.; Otto Wenzel, „Der Sturz des Politbüromitglieds Konrad Naumann im Herbst 1985“, *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* (1998) 5, S. 84ff.

gen Politbürokollegen Kurt Hager, der es „nicht für richtig (hielt), die Tatsache zu verschweigen, daß Konrad Naumann seit 1971 die Bezirksorganisation leitete. Nach dieser Feststellung kann man einfügen, dass nach der 11. Tagung des ZK die Bezirksleitung von Günter Schabowski geleitet wird, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen.“ Schabowski, der bis dahin mit den Thesen nichts zu tun gehabt hatte, erklärte sich damit einverstanden.<sup>199</sup>

Hier spiegelt sich die historische Sinnwelt der zentralen Parteispitze: Mit scheinbarer Willkür des Streichens und Ergänzens praktizierte sie die „Einheit von Politik und Wissenschaft“ – aber nur scheinbar willkürlich, weil diese Eingriffe in Wirklichkeit nicht wahllos, sondern nach einem eigenen Regelwerk verliefen, das bestimmte, und manchmal gar zwingende Gründe für solche Korrekturen erkannte. Trotzdem erscheint vor allem die Ostberliner Zeitgeschichte als ein nahezu freies Feld, auf dem die Parteispitze ihr Selbstbild nach Belieben konstruieren konnte. Zahlen und Namen kam dieser kommunistischen Selbstdarstellung eine geradezu magische Bedeutung mit weit reichenden politischen Dimensionen zu. Dem stand eine krasse Geringschätzung der älteren Geschichte Berlins gegenüber, denn die wichtigste Korrektur, die hierzu gemacht wurde – übrigens noch während der Politbürositzung im Dezember 1985, in der die Thesen in Anwesenheit Maternas und Diehls abgesegnet wurden –, war Krenz' Einwand, dass man den Stadtnamen Köpenick im Mittelalter mit „C“ schrieb.

1986 erschien im parteieigenen Dietz-Verlag die kleine Broschüre mit den *Thesen*. Die Schrift wurde vom „Komitee der Deutschen Demokratischen Republik zum 750jährigen Bestehen von Berlin“ präsentiert und stellte auf 83 Druckseiten die komplette Berliner Stadtgeschichte dar.<sup>200</sup> Das Büchlein begann mit einem ganzseitigen Staatsporträt Erich Honeckers und die Präambel zitiert seine Reden. In der luxuriösen Ausführung der Broschüre, die in einer Auflage von 30 000 Stück ausgeliefert wurde, folgen dem Textteil noch 63 weitere Seiten mit ausgewählten Bildern zur Berliner Geschichte. Der Text wurde im Dezember 1985 auch in allen Zeitungen und ideologischen oder historischen Zeitschriften vollständig abgedruckt. Dazu gab es noch 63 600 Exemplare in fremdsprachiger Ausführung.<sup>201</sup> Die *Thesen* waren „offiziell“, 83 Seiten historische Wahrheit, abgesegnet vom Staatschef selbst.

Die Proportionen und die Darstellung nicht nur der Zeitgeschichte Berlins waren ein klares Signal zur 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin. Die *Thesen* waren ein Dokument der Innerberliner Abgrenzung, der „Reideologisierung“, und nicht der weiteren Liberalisierung des DDR-Geschichtsbildes. Dies bestätigte im Februar 1987 auch die internationale geschichtswissenschaftliche Konferenz, denn die Versuche führender Historiker, die Debatte über Erbe und Tradition vorsichtig auch in die Weimarer Republik auszudehnen, trugen wenige Früchte.<sup>202</sup> Hier ging es um eine Parteierzählung der Berliner Stadtgeschichte erster Güte. Vor allem in der Selbstdarstellung der SED und der Hauptstadt der DDR transportierte die Leitschrift

---

199 LA, C Rep 902, 6556, Kurt Hager an Erich Honecker, 29.11.1985; Günter Schabowski an Hager, 3.12.1985.

200 *Thesen 750 Jahre Berlin* (Berlin, 1986).

201 Zahlen nach SAPMO-BArch, DY 30/2/2.040, 21, Büro Schabowski, Krack an Schabowski, Zwischenbericht für die Parteikommission zur Vorbereitung des Jubiläums, 31.1.1986.

202 Joachim Petzold, *Parteinahme wofür?*, S. 335 und 314. Die Beiträge der Konferenz in *ZfG* 35 (1987), S. 6. Vgl. die Zeitungsberichte in Ost und West: *Die Neue Zeit*, 14.2.1987, „Eine 800jährige feiert ihren 750.“; *SZ*, 12.2.1987, „Historikerkongreß in Ost-Berlin: Stadtgeschichte mit Scheuklappen“.

grobe Einseitigkeiten und eine plakative Kampfsprache, die sie weit von anderen DDR-Publikationen entfernte. Sie war als Kernfassung der Gegenerzählung nicht zuletzt gegen West-Berlin gerichtet. Und in diesem Sinne waren die *Thesen* eine herbe Enttäuschung für diejenigen Westberliner, die auch Ende 1985 für das Jubiläum noch Gesamtberliner Hoffnungen hatten. Eberhard Diepgen antwortete zu Weihnachten 1985 im Westberliner *Tagespiegel* und nannte die Leitschrift „ein klassisches marxistisch-leninistisches Lehrbuch. Insbesondere die Nachkriegsentwicklung wird durch eine ideologische Brille gesehen. Parteilichkeit im Sinne des Sozialismus nennt man das.“ In seiner Absicht, die Spaltung nicht zu vertiefen, deutete Diepgen aber die Würdigung vieler historischer Persönlichkeiten bemüht positiv: „Alle diese Namen stehen für die Leistungen, mit denen auch wir uns identifizieren. (...) Ich meine also, es wäre viel gewonnen, wenn Berliner in West und Ost sich bei der 750-Jahr-Feier aller gemeinsamen Traditionen besinnen könnten.“<sup>203</sup> Überzeugen konnte er das Abgeordnetenhaus jedoch nicht mehr, denn das Ostberliner Narrativ transportierte einen zu deutlichen Alleinvertretungsanspruch. Abgrenzung und Hauptstadtstatus bestimmten die realsozialistische Version der Berliner Geschichte.

Allerdings betraf dies vor allem den Leittext der Parteiführung. Direkt unter dieser Ebene der demonstrativen Repräsentanz bröckelte bereits das plakative Geschichtsbild, denn schon die populärwissenschaftlichen Gesamtdarstellungen unterwanderten in ihrer Ausführlichkeit die Orthodoxie der *Thesen*. So wurde etwa die aus der Leitschrift gestrichene 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt in der Kollektivarbeit der Humboldt-Universität genauso ausführlich beschrieben wie in der Westberliner Gesamtdarstellung auch. Ebenso ließ die schlichte Leugnung der „angeblichen ‚Blockade‘“ Berlins als eine „von der imperialistischen Propaganda bewußt hochgespielte Lüge“ in den *Thesen* kaum vermuten, dass Gerhard Keiderling woanders über dieselbe seitenlang ausführte.<sup>204</sup> Das gleiche galt für Helga Schultz, die ihren Beitrag zu den *Thesen* und ihre *Sozialgeschichte der Residenz* gleichsam mit zwei unterschiedlichen Federn geschrieben zu haben schien. Die Publikationspalette zur 750-Jahr-Feier lief im erodierenden Ostberliner Geschichtsdiskurs weit auseinander, und vor allem was die Berliner Nachkriegsgeschichte anging, wurden die *Thesen* als orthodoxe Leitschrift kaum von empirischen Studien gestützt. Es hatte die Autorität der höchsten Parteiführung gebraucht, um die Ostberliner Gegenerzählung der Berliner Stadtgeschichte in die gewünschte Form zu gießen, doch ihre *Thesen* standen in der späterealsozialistischen Wirklichkeit der Hauptstadt der DDR, mit ihren wieder aufgebauten mittelalterlichen und preußischen Gebäuden, ziemlich isoliert da.

---

203 Eberhard Diepgen, „Antwort auf die Ost-Berliner Thesen zur 750-Jahr-Feier Berlins“, *TSP*, 25/26.12.1985.

204 *Thesen*, S. 61; Keiderling, *Berlin 1945–1968*, S. 283. Zur 700-Jahr-Feier: Autorenkollektiv (Materna), *Geschichte Berlins*, S. 669; Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 972.

## 6. Die 750-Jahr-Feier der „Stadt des Friedens“

Die Hauptstadt der DDR beging das Jubiläumsjahr mit einem noch umfangreicheren Festprogramm als West-Berlin. Im Osten dauerte das Fest das ganze Jahr. Es gab nicht ein, sondern gleich drei Volksfeste. Dazu kamen noch das Wasserfest, zahllose Bezirks- und Sportveranstaltungen.<sup>205</sup> An erster Stelle beeindruckte die Hauptstadt der DDR 1987 aber mit dem Stadtbild, das in einer enormen Kraftanstrengung erheblich aufgewertet wurde. Neben den beachtlichen Wiederaufbauprojekten im Zentrum waren viele Häuserfassaden ausgebessert worden und neue Wohnungen entstanden.

Allerdings hatte die Gestaltung der Stadt die marode Staatswirtschaft viel Kraft gekostet. Und unter dem „Festkleid“ waren die buchstäblichen Risse kaum zu verhüllen. Auch die größten Anstrengungen konnten in grauen Arbeitervierteln nur einige Straßenzüge glänzen lassen. Daneben verbarg sich über die Jahrzehnte vernachlässigte Bausubstanz, und Wetterbedingungen wie Schnee und Frost waren im Winter harte Gegner gewesen. Berlin musste in einer geballten Aktion „so schnell wie möglich vom Winterschmutz und den Winterschäden“ befreit werden, um „vor allem dem Stadtzentrum ein würdiges Geburtstagskleid anzulegen.“ Oberbürgermeister Krack rief auch die Bevölkerung zum „Frühlingsputz“ und zur „Verschönerung“ der Stadt auf. Das Arsenal des Festkleids selbst entstammte auch im Realsozialismus übrigens der langen deutschen Stadtfesttradition: „Zum Einsatz kommen vor allem farbige Schmuckfahnen an Masten und Kandelabern sowie Fahnen mit dem Signet ‚750 Jahre Berlin‘ und die Berliner Stadtfahne.“<sup>206</sup>

---

205 Am 30. Dezember 1986 gaben Krenz und Schabowski folgende Übersicht: „Dem Jubiläum sind insgesamt 2200 Veranstaltungen gewidmet. Dazu gehören 83 massenpolitische Großveranstaltungen, ein das gesamte Jahr ausfüllendes vielseitiges Kulturprogramm – getragen von den bedeutendsten Berufs- und Volkskünstlern der Republik –, 154 Konferenzen und Tagungen, 331 Ausstellungen, 67 Neuinszenierungen in den Theatern, Volksfeste im Zentrum Berlins und in allen Stadtbezirken unter Beteiligung der Bezirke der DDR sowie 749 internationale Gastspiele bedeutender Orchester, Solisten und Ensembles. Außerdem stehen die Programme aller Berliner Theater, Filmtheater, Kulturhäuser und Klubs während des ganzen Jahres 1987 im Zeichen des Jubiläums.“ (SAPMO-BArch, DY30, vorl. SED 2567, Vorlage für das Politbüro am 6.1.1987: „Information über den Stand der Verwirklichung des Programms zum 750. Jahrestag von Berlin und weitere Festlegungen“, 30.12.1986.)

206 Noch im April verzeichnete das „Straßennetz“ „Winterschäden auf einer Fläche von 190000 Quadratmetern, davon entfallen 64000 Quadratmeter auf das Stadtzentrum und die Haupttrichtungsstrecken.“ (LA, C Rep 902, 6570, Erhard Krack, „Bericht vor der Parteikommission am 6.4.1987“, S. 3ff.)



## Eine ganz normale Hauptstadt

Die 750-Jahr-Feier war Staatsfest und kaum Stadtfest. Die zentrale Festfigur war Erich Honecker, und nicht Oberbürgermeister Krack. Im Jubiläum wurde weniger die Berliner Stadtidentität etwa gegenüber anderen DDR-Städten profiliert, sondern in Abgrenzung von „Westberlin“ der Hauptstadtcharakter Berlins und seine Verschmelzung mit der DDR betont. Das Fest war deshalb wenigstens so sehr an den Westen und die Weltöffentlichkeit als an die Ostberliner gerichtet. Ost-Berlin berief sich wie West-Berlin auf seinen Metropolencharakter, aber auch auf seinen Hauptstadtstatus und auf seine internationale Anerkennung. Zum offiziellen Staatsakt am 23. Oktober 1987 – ohne Diepgen – blickte Honecker zufrieden auf die Sommerfeste zurück, die gezeigt hätten, „wie kraftvoll der Puls des Lebens in unserem Lande schlägt. Berlin, die Stadt des Friedens, erwies sich als weltoffener Ort der Begegnung, des Dialogs und der Zusammenarbeit, als Anziehungspunkt für namhafte Künstler und Ensembles der internationalen Kultur.“<sup>207</sup>

Die Rhetorik der Völkerverständigung beherrschte alle Ansprachen des Jubiläums, sie zielte auf die Besiegelung der Eigenständigkeit der DDR und ihrer Hauptstadt. Angesichts der massiven wirtschaftlichen Probleme und der Verunsicherung in der sozialistischen Welt strebte Honecker unverhohlen nach einem klassenübergreifenden Nichtangriffspakt. Der Wohlstandswettbewerb mit der Bundesrepublik war aufgegeben worden und das neue Maximalziel war die vollständige Anerkennung der DDR, ihrer Staatsbürgerschaft und ihrer Hauptstadt durch den Westen. Honeckers Einladung an Diepgen entsprach genau diesem Ziel, und Diepgens Reise wurde von den drei Westmächten mit eben dieser Begründung blockiert (vgl. II.7). Doch später im Jahr wurde Honecker als Friedenstaube und international geschätzter Staatsmann beim ehemaligen Klassegegner in Bonn empfangen.

Die veränderte Haltung in der Systemauseinandersetzung kam im Berlin-Jubiläum zweifach zum Ausdruck. Erstens hatte sich die Sprache der Macht gegenüber den Anfangsjahren der DDR gewandelt. In Honeckers Rede zum Staatsakt kam der Begriff „Frieden“ öfter vor als die beiden ehemaligen Leitbegriffe „Fortschritt“ und „Sozialismus“ zusammen.<sup>208</sup> In der nunmehrigen Behauptung der „Wesensgleichheit von Sozialismus und Frieden“ spiegelte sich ein ideologischer Ausverkauf, der mit der Friedensrhetorik als neue Legitimationsressource ausgeglichen werden sollte. Das einzig konkrete Zukunftsideal in der erwähnten Ansprache war das einer „atomwaffenfreie(n) Welt, die wir bis zum Jahr 2000 erstreben“, und Ost-Berlin führte stolz seinen durch den Weltfriedensrat verliehenen Namen „Stadt des Friedens“.<sup>209</sup> Zweitens geriet die Inszenierung der 750-Jahr-Feier durch das Fehlen weiterer utopischer Ziele zu einer rückwärtsgewandten Schau des bereits Erreichten. Von einem gesetzmäßigen Vorsprung des Sozialismus war keine Rede mehr. Noch

---

207 750 Jahre Berlin. Staatsakt der Deutschen Demokratischen Republik 23. Oktober 1987 (Berlin, 1988), S. 7.

208 Zudem fiel „Fortschritt“ bezeichnenderweise vor allem rückblickend, etwa um bei der Spaltung der Stadt die reaktionären Kräfte von den progressiven zu unterscheiden. (ebd.)

209 Ebd., S. 15. Der Ehrenname wurde in großen Buchstaben an die Fassaden des Nikolai-Viertels angebracht. Vgl. Rainer Gries, „... und der Zukunft zugewandt.“ Oder: Wie der DDR das Jahr 2000 abhanden kam“, in: Enno Bünz, Rainer Gries und Frank Möller (Hg.), *Der Tag X in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit tausend Jahren* (Stuttgart, 1997), S. 309–333.



Die Fotoausstellung  
„Erreichte Ziele“ in der  
Ruine des Franziskaner-  
klosters

innerhalb der Festvorbereitungszeit von 1977 bis 1987 war der Utopieverlust messbar, denn als die Bezirksleitung 1979 erste Ideen zu Papier brachte, hielt sie noch voller Zuversicht (sowie mit einem bezeichnenden Schönheitsfehler) ihre Absicht fest, auch „die künftige Entwicklung Berlins“ durch „Modelle und Fotos (!)“ auszustellen, „um auch hier die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren.“<sup>210</sup> Doch die 1987 realisierte Freiluftschau in der Ruine des Franziskanerklosters kam nicht weiter als die erreichten Erfolge beim Wiederaufbau Berlins. Niemand hatte 1987 noch das Gefühl, zuversichtlich an der Schwelle der Zukunft zu stehen.<sup>211</sup>

Vor diesem Hintergrund suchte Ost-Berlin im Stadtjubiläum Normalität und Stabilität zu demonstrieren. Honecker trat betont so auf wie jedes Staatsoberhaupt in seiner Hauptstadt. Die (West-)Berliner *Morgenpost* berichtete am 3. Januar herablassend, aber doch etwas neidisch vom Ostberliner Eröffnungskonzert im wieder aufgebauten Schauspielhaus. Die „perfekt inszenierte sozialistische Unterhaltungs-Show“ hätte gezeigt, „wie die ‚DDR‘ den 750. Geburtstag Berlins feiern will: mit staatlichem Pomp, Glanz und Gloria. Erich Honecker und Frau Margot wurden im Stil von Barockfürsten durch Turmbläser begrüßt, die auf den Kuppeln des Deutschen und Französischen Domes postiert waren.“<sup>212</sup> Um die scheinbare Selbstverständlichkeit des Ostberliner Hauptstadtstatus zu bekräftigen, waren vor allem die internationalen Gäste wichtig, die die DDR zur 750-Jahr-Feier mobilisieren konnte. Weder Kosten noch Mühe waren gescheut worden, um die beeindruckendsten „Gastspiele aus aller Welt“ nach Ost-Berlin zu holen. Auch das internationale Bürgermeistertreffen stand auf der Liste weit oben; kaum eine andere Veranstaltung bereitete die obere Parteispitze mit soviel Sorgfalt vor. Das Treffen, das unter dem Motto „Politik für den Frieden und

210 LA, C Rep 902, 6650, Erste Vorschläge zur politisch-ideologischen Vorbereitung, Ende 1979, S. 5.

211 Vgl. auch Rainer Gries, „Die runden ‚Geburtstage‘, künstlicher Pulsschlag der Republik. Zeitkultur und Zeitpropaganda in der DDR“, in: Monika Gibas, u.a., (Hg.), *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR* (Leipzig, 1999), S. 285–304.

212 *BMP*, 3.1.1987, „Honecker wie ein Fürst empfangen“. Vgl. *ND*, 2.1.1987, „Festliches Konzert im Schauspielhaus“.

das Wohl der Menschen“ stehen würde, sollte die „Hauptstadt Berlin“ von der „besonderen politischen Einheit Westberlin“ deutlich abheben.

Deshalb gab es helle Aufregung, als im Sommer 1986 das endgültige Programm des Westberliner Senats bekannt wurde. Trotz der aufmerksamen Beobachtungen aller westlichen Pläne wurde nun völlig überraschend „für Mitte Mai 1987 ein internationales Bürgermeistertreffen in West-Berlin angekündigt“, das, so schrieb Außenminister Oskar Fischer erregt an Krack, „offensichtlich in Reaktion auf entsprechende Vorbereitungen der DDR“ organisiert worden war. Er erkannte hierin die „feindselige Linie des Senats“, denn dieser versuche durch ihre „Gegenkonferenz“ die Vorbereitungen der DDR „aktiv“ und „im internationalen Rahmen zu stören“.<sup>213</sup> Tatsächlich hatten mehrere Bürgermeister westlicher Städte ihre Zusagen für Ost-Berlin wieder zurückgenommen, um nach West-Berlin zu reisen. Die DDR ergriff „zusätzliche Maßnahmen“, um den Erfolg ihres Treffens zu garantieren, was schließlich mit 168 teilnehmenden Städten „aller fünf Kontinente unseres Erdballs“ auch gelang.<sup>214</sup> Das Legitimationspotential dieses Bürgermeistertreffens wurde der Bevölkerung direkt zugänglich gemacht, indem eine Ausstellung „Grüße und Glückwünsche aus aller Welt“ im Palast der Republik die Geburtstagsgeschenke der Tagungsgäste zeigte.

Solche internationalen Anlässe auf eigenem Boden boten Ost-Berlin die Chance, sich unbehelligt von Statusfragen und deutsch-deutschen Empfindlichkeiten als prosperierende und normalisierte Hauptstadt der DDR zu inszenieren. Krack skizzierte seine Halbstadt als eine Metropole wie jede andere auch. Bis im Detail berichtete er seinen Kollegen von den Bauprojekten, nannte Zahlen des Erfolgs und verwies auf die „normalen“ Probleme, die Ost-Berlin mit den anderen Metropolen der Welt teile: die Regelung des öffentlichen Verkehrs, das Wohnen in der Innenstadt, das Schaffen von Parkplätzen und Kindertagesstätten. Ansonsten hob sich Krack staatsmännisch über die Parteien und stellte die Berliner Stadtteilung beiläufig als lebenswichtigen Schlussstein der aktuellen Friedensordnung dar. Seine Worte verrieten mehr über seine Sehnsucht nach Normalität als über die realsozialistische Wirklichkeit: Die Hauptstadt der DDR sei eine „Stadt des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde und der friedlichen Arbeit“ und „750 Jahre nach der Gründung Berlins können sich seine Stadtväter dem Urteil der Bürger mit gutem Gewissen stellen.“ Der Bürgermeister der Mauerstadt versicherte seinen Gästen gar „im Namen der Bürger dieser Stadt“, dass „die Tore Berlins (...) für alle weit geöffnet (bleiben), die ehrlichen Herzens dafür eintreten, daß nicht der Krieg, sondern der Frieden die den Menschen gemäße Lebensweise ist.“<sup>215</sup>

Dieses Selbstbild der „Stadt des Friedens“ sollte auch von der internationalen Presse ausgetragen werden. Und im Vergleich zu den Staatsgästen waren Journalisten schwierig einzubinden. Ihrer „Betreuung“ galt deshalb die ungeteilte Aufmerksamkeit der Stadtverwal-

---

213 LA, C Rep 902, 6526, Fischer an Krack, 28.8.1986, Anlage: „Programm des Senats“.

214 Erhard Krack, *Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen. Ansprache des Oberbürgermeisters von Berlin zur Plenartagung des „internationalen Treffens des Bürgermeister“ am 2. Juni 1987* (Berlin, 1987), S. 1. Ungefähr die Hälfte der Teilnehmer stammte aus „national befreiten Ländern, und jeweils ein Viertel aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern (inkl. Saarbrücken und Nürnberg). (SAPMO-BArch, DY30, vorl. SED 2567, Krenz und Schabowski an Honecker, Vorlage für das Politbüro am 6.1.1987: „Information über den Stand der Verwirklichung des Programms zum 750. Jahrestag von Berlin und weitere Festlegungen“, 30.12.1986.) Vgl. ND, 1.6.1987, „Treffen von Bürgermeistern aus über 80 Ländern heute in Berlin“; ND, 2.6.1987, „Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen – das ist für uns ein historischer Auftrag“.

215 Krack, *Politik für den Frieden*, S. 9, 24 bzw. 60.

tung. Zu Anfang des Jahres wurde ein spezielles dreitägiges Programm für westliche Pressevertreter organisiert. Nach einer ausführlichen Präsentation wurden sie an ausgewählten Stellen der Stadt vorbeigefahren und danach „herzlich eingeladen, über die 750-Jahr-Feier in der Hauptstadt der DDR zu berichten“ und „den Lesern, Hörern und Zuschauern in aller Welt ein objektives Bild über das sozialistische Berlin zu vermitteln.“<sup>216</sup> Doch weil die Presse eben dies zu tun beabsichtigte, wurden solche Rundfahrten genauestens vorbereitet. Unangekündigte Besuche, spontane Rundgänge oder freie Befragungen des Publikums waren immer schwierig. Wenn sie wegen internationaler Abkommen nicht blockiert werden konnten, sollten sie zumindest mit „Begleitung“ versehen werden. „Das ZDF plant zum Festzug eine Zuschauer-Umfrage“, berichtete das Pressebüro beispielsweise besorgt. „Entsprechend unserer Vorschriften ist eine Begleitung nicht zwingend vorgeschrieben, da es sich um den ständig akkreditierten Korrespondenten handelt. Es wird versucht zu ermitteln, wann und wo die Umfrage erfolgen soll.“<sup>217</sup> Nach zahlreichen Anstrengungen<sup>218</sup> bilanzierte das Pressebüro am Ende zufrieden, dass der Festzug „durch die Journalisten des In- und Auslandes (...) allgemein als eine gelungene Sache eingeschätzt (wurde). Vom Rundfunkstudio des Internationalen Pressezentrum übertrugen der Deutschlandfunk und der SFB längere Reportagen in ihre Sendegebiete, die im wesentlichen sachlich und freundlich gehalten waren.“ Glücklicherweise hatte das auch für jene Vertreter der „wichtigsten Medien der BRD“ gegolten, die „nicht die Möglichkeit nutzten, sich ihren Platz auf der Pressetribüne und den Balustraden zu wählen“, sondern die „sich ihre Standorte außerhalb der Karl-Liebknecht-Straße im Publikum (suchten).“<sup>219</sup>

## Die „ganze“ Geschichte und der Festzug

Zu den Gemeinplätzen in den Reden der Parteiführung gehörte 1987 der Satz, dass „wir kein gestörtes Verhältnis zu unserer Geschichte haben“.<sup>220</sup> Gemeint war damit, dass die DDR sich nunmehr der Geschichte in ihrer Gesamtheit zu stellen bereit war, wobei mit „Geschichte“ vor allem die Zeit bis zum Faschismus gemeint war. So wie die Ausformulierung des Erbe-und-Tradition-Konzeptes transportierte diese Haltung eine deutliche Abgrenzungskomponente gegenüber der Bundesrepublik und West-Berlin. Ernst Diehl erläuterte im November 1986, dass sich die 750-Jahr-Feier voraussichtlich „in der Situation eines scharfen ideologischen Klassenkampfes vollziehen wird.“ Seine Überlegungen mündeten im für das Ostberliner Geschichtsverständnis zentralen Satz, „daß wir nichts, aber auch gar nichts,

---

216 LA, C Rep 124-1, 196, Erhardt Krack, „Begrüßung von internationalen Journalisten“, 5.5.1987.

217 LA, C Rep 124-1, 305, Tagesbericht des Pressebüros, 4.7.1987.

218 Erfolgreich wurde etwa der Wunsch von RIAS-Reporter Lausch gemeistert, dem ein Interview mit dem Regisseur des Festzuges, Jochen Lohse, nicht verweigert werden konnte. Ob der begleitende dritte Mann für Lausch oder Lohse gedacht war, bleibt offen, jedenfalls „reagierte Gen. Lohse sehr souverän und richtig“ im Zweigespräch. Ähnlich unternahm ein Reporter vom Deutschlandfunk – ebenfalls unter Begleitung – einen Rundgang durch den Historischen Markt und äußerte „einige Gesprächswünsche, die ihm zum Teil vermittelt werden konnten.“ (LA, C Rep 124-1, 305, Tagesbericht des Pressebüros, 5.7.1987.)

219 LA, C Rep 124-1, 305, Tagesbericht des Pressebüros, 4.7.1987.

220 LA, C Rep 124-1, 196, Erhardt Krack, „Begrüßung von internationalen Journalisten“, 5.5.1987.

das *uns* gehört, anderen überlassen.“<sup>221</sup> Deshalb präsentierte Ost-Berlin 1987 etwa ein großzügiges Ausstellungsprogramm. Es ging klar chronologisch vor und füllte entlang der „Epochen“ gleich mehrere Ausstellungshäuser. An Exponaten fehlte es bekanntlich nicht, und man wollte ja „alle Möglichkeiten, die unsere Archive und Museen dafür bieten, voll ausschöpfen, um auch den Spielraum des Gegners für historische Fälschungen weiter einzuzengen“, und um zu zeigen, dass das wahre historische Berlin im Osten liege.<sup>222</sup> Mit systemübergreifendem Lob wurde vor allem die Ausstellung „Kunst in Berlin 1648–1987“ im Alten Museum überschüttet.<sup>223</sup>

Durch den selbst erklärten Kampf um die „ganze“ Stadtgeschichte konnte es passieren, dass 1987 die klassenkämpferischen Kernbereiche des Geschichtsbildes in der öffentlich manifestierten Gegenerzählung der Stadtgeschichte zugunsten der „allgemeinen“ Geschichte zurücktraten. Beim dünnen Angebot an Fachpublikationen zur Arbeiterbewegung und Gegenwartsgeschichte vermittelte das Schriftgut zur Berlinfeier ohnehin diesen Eindruck. Doch es war nicht zuletzt der große historische Festzug, der zwar die revolutionären Volksmassen am deutlichsten inszenierte, aber das Publikum vor allem durch die scheinbar unproblematische Aufnahme zahlreicher ehemals ausgeschlossener und „reaktionärer“ Figuren und Ereignisse erneut überraschte.

- 
- 221 LA, C Rep 902, 6526, Ernst Diehl, Referat auf der Jahrestagung der Bezirksgeschichtskommission am 26.11.1987, S. 9 und 5. Und: „Gerade, weil wir auch zum Berlin-Jubiläum (...) aus der Welt des Imperialismus Attacken zu gewärtigen haben, die den Sozialismus bei uns (...) als Fremdkörper auszugeben versuchen, ist es um so wichtiger, alle geschichtlichen Tatsachen über die tiefe Verwurzelung des Sozialismus in der Berlin-Geschichte zum Tragen zu bringen und bewußt zu machen.“ (ebd., S. 6.) In Westberlin werden „sowohl grobschlächtige wie verfeinerte Mittel der Verfälschung von Geschichte wie Gegenwart angewendet“, um die „dauerhafte Existenz dieses unseres Staates“ und „seiner Hauptstadt“ zu leugnen. „Alles, was von den historischen Wurzeln des Sozialismus in Berlin zeugt, wird aus ihren geschichtlichen Betrachtungen entweder ausgeklammert oder es wird in eine für sie akzeptable Richtung umgedeutet. Es ist, schaut man genau hin, die Methode des Wegdenkens von Realitäten, die hier praktiziert wird.“ (Ebd., S. 10.)
- 222 LA, C Rep 902, 6650, Erste Vorschläge zur politisch-ideologischen Vorbereitung, Ende 1979. Die wieder aufgebaute Nikolaikirche zeigte die Geschichte der „mittelalterlichen Handelsstadt Berlin/Kölln“. Im Märkischen Museum gab es Berlin „von der „brandenburgisch-preußischen Residenz zur junkerlich-bourgeoisen Kaisermetropole“ (1648–1871); dieselbe Periode wurde im ebenfalls rekonstruierten Ephraim-Palais im Nikolaiviertel in „ausgewählten Werken der Malerei und Graphik“ veranschaulicht. Die anschließende „Entwicklung Berlins zu einer Metropole des Imperialismus und zu einem Zentrum des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse“ wurde samt Befreiung vom Faschismus im Museum für Deutsche Geschichte ausgestellt. Die Stadtgeschichte gipfelte in der Selbstdarstellung Ost-Berlins (1945–1987). Unbeirrt von wachsender Opposition und hoffnungslosen Wirtschaftszahlen wurde die Hauptthese („Nie zuvor wurde so viel produziert, gebaut und rekonstruiert wie im jüngsten Abschnitt der Geschichte Berlins“) in der Ruine des Franziskanerklosters mit einer ausführlichen Fotodokumentation belegt. Vgl. *750 Jahre Berlin. Das Buch zum Fest* (Berlin, 1986) und die Ausstellungskataloge: Wolfgang Gottschalk (Red.), *Die Mittelalterliche Handelsstadt Berlin/Kölln. Die Doppelstadt von den Anfängen bis 1648* (Berlin, 1987); ders. (Red.), *Das Bild der Stadt Berlin von der kurfürstlichen Residenz bis zur bürgerlichen Großstadt des 19. Jahrhunderts. Ausgewählte Werke der Malerei und Graphik aus drei Jahrhunderte* (Berlin, 1987).
- 223 Henry Götzelmann (Hg.), *Kunst in Berlin 1648–1987* (Berlin, 1987). Wegen dieser Schau rief die FAZ den Osten im Jubiläumswettlauf zum „Sieger nach Punkten“ aus. (FAZ, 8.8.1987, „Sachlich. Jubiläum in Ost-Berlin“.)



Revolution und  
Arbeitskampf im  
Festzug:

Barrikadenkämpfe von  
1848 vor der Haupttribüne



Streikende Arbeiter

Mit der konkreten Vorbereitung des Festzuges wurde erst 1986 ernst gemacht, als die *The-sen* vorlagen. Die Gestaltung wurde einem erfahrenen „Gestalterkollektiv“ unter Leitung des Leipziger Jochen Lohse übertragen.<sup>224</sup> Lohses „Ideenprojekte“ wurden zunächst vom Magistrat, dann von der Bezirksleitung und schließlich auch vom Politbüro so lange begutachtet, bis die staatliche Präsenz das Städtische weitaus überlagerte. Die Prozession sollte zwar „eine Selbstdarstellung der Berliner sein“, aber auch „symbolisch zeigen, daß Berlin die Hauptstadt der DDR ist“. Nach einer Konzeption vom Juni 1986, die von zahlreichen *The-sen*-Zitaten zusammengehalten wurde, sollte das proportionale Verhältnis zwischen der

224 LA, C Rep. 124-1, 195, Bildung Gestalterkollektiv, 13.7.1986; ebd., C Rep 902, 6808, Jochen Lohse, Plan der Kulturdirektion beim Magistrat für Großveranstaltungen (o.D., Ende 1985).

Stadtgeschichte im ersten Teil und „Berlin Heute“ im zweiten Teil des Zuges ungefähr 1:1 betragen. Vorgesehen waren etwa 30 000 Teilnehmer und eine Dauer von etwa zwei Stunden.<sup>225</sup> Doch der Festzug wuchs auf über 40 000 Teilnehmer an, die zusammen mit den Festwagen von Betrieben und Parteigliederungen bereitgestellt wurden. Das Projekt kostete 1987 fünf Millionen Ost-Mark und der Vorbeimarsch dauerte volle fünf Stunden.<sup>226</sup> Der Berliner Festzug war im Realsozialismus über zehnmal so groß wie im Nationalsozialismus.

Die Transformation vom Stadt- zum Staatsfest kam im Umzug deutlich zum Ausdruck. Die Selbstdarstellung des sozialistischen Berlin hatte gegenüber dem historischen Teil proportional eindeutig die Überhand gewonnen: die 700-jährige Stadtgeschichte bis 1945 wurde in knapp hundert Bildern versinnbildlicht, aber ihr standen fast 200 Bilder zum Aufstieg der sozialistischen Metropole seit 1945 gegenüber. Alle möglichen Organisationen, Themen und Kunststücke bekamen einen Auftritt in diesem zweiten Teil: von der Elektrotechnik und den Theatern über NVA und Volkspalast bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr, Rollschuhfahrern und gar einem rosaroten Elefanten. Es wurden auch ausführliche Auftritte der Bezirke in den Zug aufgenommen, doch der bezeichnende Unterschied lag darin, dass es 1987 nicht wie 1937 um die *Berliner* Stadtbezirke ging, die sich in die Gesamtstadt eingliedern, sondern um die Selbstdarstellung der 14 Bezirke der Republik, die im Festzug Grüße an die Hauptstadt brachten.<sup>227</sup> Der Wandel vom Stadt- zum Staatsfest kam schließlich auch an der Haupttribüne gegenüber dem Roten Rathaus zum Ausdruck. Hier nahm die gesamte Staatsführung den Festzug ab, während der Berliner Oberbürgermeister zunächst vorne im Zug mitlief, um dann vor der Tribüne Halt zu machen, Honecker Blumen zu überreichen und dann neben ihm Platz zu nehmen. Anders als 1937, als der Stadtpräsident selbst durch Geschenk aus dem Festzug geehrt wurde, überstieg das Ritual fünfzig Jahre später die kommunale Ebene. Berlin gliederte sich symbolisch in die DDR ein.

Die historische Inszenierung entsprach den Erzähllinien der *Thesen*. Doch anders als die Leitschrift, in der jedes Wort sorgfältig abgewogen worden war, sollte der Festzug spannender werden. Manche Überraschungen waren im historischen Teil versteckt, der mehr für den Erfolg des Festzuges bürgte als der danach noch drei Stunden andauernde Vorbeimarsch der sozialistischen Leistungen. Die Historiker, die zur Beratung hinzugezogen worden waren, hatten den ängstlich am Wortlaut der *Thesen* hängenden Bezirksfunktionären einige inhaltliche Zugeständnisse abgerungen.<sup>228</sup> So wurde beispielsweise das von Ulbricht gesprengte Stadtschloss bis zu dreimal in den Zug aufgenommen, wurden die Westberliner Bezirke mehrmals beim Namen genannt, und gab es etwa einen Wagen zum oft geleugneten „Goldenen Berlin“ der 1920er Jahre. Auf die 700 000 Zuschauer machten vor allem solche Themen Eindruck, die sonst lieber verschwiegen wurden. Doch auch die Art der Darstellung selbst machte den Festzug zum gelungenen Ereignis, denn dieser wurde bewusst „aufgelockert“ gestaltet als die üblichen Kampfdemonstrationen. „Die Inhalte werden vor allem szenisch umgesetzt, viel Kulturelles ist eingefügt, die Formationen sind nicht so streng formiert – alles ist auf viel Freude und Spaß ausgerichtet; es wird der enge Kontakt zu den

---

225 LA, C Rep 902, 6556, Vorlage f. d. Sekretariat der BL (Konzept für den Festzug), 27.6.1986.

226 LA, C Rep 124-1, 253, Beratung mit dem Oberbürgermeister, 23.2.1987; C Rep 902, 6553, Bezirksleitung Berlin, Information über den Historischen Festumzug am 4.7.1987.

227 Berlin-Information, *Das Bilderbuch vom Festumzug* (Berlin, o.J. (1987)).

228 So Laurenz Demps und Werner Gahrig. LA, C Rep 124-1, 195, Festlegungsprotokoll, 5.11.1986.



Der fröhliche Auftakt des  
fünftündigen historischen  
Festzuges

Zuschauern gesucht und hergestellt.<sup>229</sup> Ende 1986 wurde im Konzept für den „festlich-fröhlichen Umzug“ auf Anordnung Schabowskis und Kracks noch einmal „eine Reduzierung der Darstellung von Militärs zugunsten von Volksszenen und demonstrativen Aktivitäten gegen die Militarisierung“ vorgenommen.<sup>230</sup> Im Ergebnis stand zumindest für die ersten zwei Stunden ein gelungenes Volksfest, das die ältere Stadtgeschichte auf lockere Weise und mit beeindruckenden Dekors präsentierte.

Die spielerische Inszenierung beschränkte sich allerdings auf die Zeit bis zum Faschismus. Bis ins ZK diskutierte man die Anzahl von Teilnehmern an den einzelnen Bildern, denn wichtigere Traditionslinien sollten auch von größeren Teilnehmergruppen versinnbildlicht werden.<sup>231</sup> Dies führte dazu, dass der antifaschistische Widerstand eines der am reichsten bevölkerten Bilder des Zuges war, während Hinweise auf Nazis kaum vorkamen. Überhaupt war die Darstellung des Faschismus in der Berliner Geschichte vielleicht der merkwürdigste Teil des Umzuges. Der ganze Geschichtsmarsch war durch ein hohes Maß von Anschaulichkeit geprägt. Sogar der „antifaschistische Schutzwall“ wurde mitgeführt, obwohl dessen Existenz in den Festreden zur 750-Jahr-Feier doch meist überspielt wurde. Nur beim Faschismus kam man nicht über Symbole und Metaphern hinaus, auch nicht als Erich Honecker selber noch am 31. März in den Entwurf eingriff. Bis dahin war von der plastischen Darstellung eines wahren „Faschismusmonsters“ die Rede gewesen, in Form einer durch „Elektrotechnik“ und „Effektlicht“ inszenierten „dreiköpfigen Hydra“ mit „Hitler-

---

229 LA, C Rep 902, 6556, Vorlage für das Sekretariat der BL (Konzeption für den Festzug), 27.6.1986, S. 22.

230 LA, C Rep 124-1, 195, Festlegungsprotokoll, 5.11.1986.

231 Um die „richtigen Proportionen“ zu erreichen, nahm man die „Massendominanten Generalstreik gegen Kapp und antifaschistischer Widerstand“ zum Maßstab, um „davon ausgehend die anderen Demonstrationsteile (zu) reduzieren.“ (LA, C Rep 902, 6570, Protokoll Hinweise E.H., 31.3.1987, „Zum vorliegenden Marschband“.)





Die Parteiführung amüsiert sich: Willi Stoph, Margot und Erich Honecker, Oberbürgermeister Erhard Krack (von links).

mütze, Stahlhelm und Zylinder“.<sup>232</sup> „Begleitet von dumpfem Trommelrhythmus“, so sprach das Drehbuch, „erscheint in einem Stacheldraht- und Glutbett die gefährliche faschistische Hydra.“<sup>233</sup> Doch nachdem Honecker dieses Bild abgelehnt hatte – das knappe Protokoll enthält nur den Satz: „Symbolische Darstellung Faschismus eliminieren. Statt dessen Dokument: Hitler bedeutet Krieg usw.“<sup>234</sup> –, wurde eine neue Metapher gewählt, die das „Faschismusmonster“ in ihrer ungewollten Doppeldeutigkeit noch übertraf. Eingebunden zwischen Darstellungen der antifaschistischen Einheitsfront und des Widerstandskampfes (beide einige Hundert Teilnehmer) fuhr im Festzug eine große schwarze Kiste mit, beschriftet mit Opferzahlen und KZ-Namen. „50 Millionen Tote“ schrieb der abstrakte Kubus dem „Blutkonto des Faschismus“ zu.

Obwohl etwa die *FAZ* die „knappe, aber beeindruckende“ Darstellung lobte, symbolisierte die menschenleere, verschlossene Kiste zugleich auch die Tabuisierung dieses Kapitels der Stadtgeschichte – sie stand in deutlichem Kontrast zur schmerzhaften Dokumentation

---

232 LA, C Rep 124-1, 267, Jochen Lohse und Rolf Weinhold, „Ideenprojekt Gestaltungsbuch Teilnehmer/Ausstattung Festumzug ‚750 Jahre Berlin‘ Historischer Teil (1937–1971)“, 20.12.1986, Thema 24.1.

233 LA, C Rep 124-1, 196, Jochen Lohse „Beschreibung des Historischen Festumzugs ‚750 Jahre Berlin‘ am 4.7.1987, 13.00 Uhr. Stand 25.3.1987“, Thema 24.

234 LA, C Rep 902, 6570, Festzug, Protokoll Hinweise E.H., 31.3.1987.



Kein Faschismusmonster, sondern eine schwarze Kiste. Die Zahl von 50 Millionen verweist auf alle Opfer des Zweiten Weltkrieges.

der Verbrechen am „Gestapo-Gelände“, die am gleichen Tag in West-Berlin eröffnet wurde. Es war im fast 300 Bilder starken Festumzug der einzige Hinweis auf das Dritte Reich. Die Opfer wurden allesamt in den antifaschistischen Widerstand integriert, zum größten Teil als politisch Verfolgte dargestellt, was sich um so deutlicher feststellen lässt, als dass die wenigen Juden im Festzug nahezu karikiert wurden; mit ihren Bärten, schwarzen Anzügen und runden Hüten kamen sie den antisemitischen Stereotypen der NS-Zeit frappierend nahe.<sup>235</sup> Trotz der doppeldeutigen Geschlossenheit der Darstellung blieb die schwarze Kiste beim Publikum nicht ohne Eindruck.<sup>236</sup> Verwunderlich war dies nicht, denn in der Namen- und

235 Die im DDR-Geschichtsdiskurs so wichtigen Proportionen von Verfolgten / Widerständlern waren: 130 Arbeiter, 35 KZ-Häftlinge, 35 Arbeiterfrauen und Intellektuelle, 25 Juden, 5 Häftlingskinder, 15 Arbeiterkinder, 15 Kriegsgefangene“. (LA, C Rep 124-1, 267, Lohse und Weinhold, „Ideenprojekt Gestaltungsbuch“, 20.12.1986, Thema 24.2; Vgl. Berlin-Information, *Bilderbuch vom Festumzug*, S. 58f.)

236 Dies geht etwa hervor aus den – gleichwohl keinesfalls für die gesamte Bevölkerung repräsentativen – Dankschreiben, die Oberbürgermeister Krack nach dem Volksfest erhielt. Selbstverständlich schrieben nur überloyale DDR-Bürger an die Stadtverwaltung, aber es fällt dennoch auf, daß in diesen Briefen überdurchschnittlich oft und lobend von der Faschismusedarstellung im Festzug die Rede ist. Ein Gratulant bezeichnete den schwarzen Kubus ungewollt recht treffend, als er berichtete, „daß überall kräftig diskutiert und gelobt wurde, Fragen gestellt, manches hin-und-her erwogen, so zum Beispiel die ‚Verschlußsache 1933–1945‘“. (LA, C Rep 124-1, 214, Schreiben vom 9.7.1987.)



Symbolische Darstellung der Opfer des Faschismus: Arbeiter, politische Häftlinge und einige Juden.

Zahlensprache der DDR war der Festzug ein Stilbruch. Nach jahrzehntelangem Zögern rehabilitierte er nun auch öffentlich den nichtkommunistischen Widerstand und integrierte, wenn auch unbeholfen, das mit KZ-Namen und Opferzahlen ausgestattete „Blutkonto des Faschismus“ in die Stadtgeschichte der Hauptstadt.

## Legitimation oder Delegitimation?

Das Publikum ließ sich die glänzende Inszenierung des Festzuges gut gefallen. Man freute sich über überraschende Figuren im Geschichtsteil, über seltsame Oldtimer, akrobatische Aufführungen oder Vorführungen altmodischer Gewerbe. Die Stimmung war blendend – und nicht zuletzt gab es strahlendes Sommerwetter. (Übrigens: 1937 hatte es beim Umzug geregnet, wie beim Westberliner Wasserkorso 1987.) Die Dankschreiben an den Oberbürgermeister hoben allesamt den Festzug als Höhepunkt des Jubiläums hervor, und auch die staatlichen Organe berichteten wie die Presse von der guten Atmosphäre entlang der Strecke.<sup>237</sup> Allerdings waren es offenkundig nicht die zentralen ideologischen Kernpunkte, die

---

237 Die *FAZ* meinte, dass es „so etwas wie bei diesem Umzug (...) in der bisherigen Geschichte der Paraden, Aufmärsche und Festumzüge in der sozialistischen DDR noch nie gegeben (hat).“ (*FAZ*, 6.7.1987, „Erich und Willi als ‚frühe Pioniere des Wohnungsbaus‘“). Vgl. auch: *Neue Zeit*, 6.7.1987,

die Ostberliner bei Laune hielten. Weniger als der narrative Kern der Klassenkämpfe und sozialistischen Errungenschaften war es gerade die Abweichung von der üblichen Enge, die den Festzug zum Erfolg machte. (Sowohl in der Presse als auch in Zeitzeugenaussagen ist etwa überdurchschnittlich oft von den beiden barbusigen Damen am Strandwagen die Rede, weil auch das in der DDR ein Tabubruch war.<sup>238</sup>) Staatliche Informanten beobachteten in der Zuschauermenge Begeisterung, weil sich der Festumzug „nicht auf eine historisch enge Illustration geschichtlicher Daten beschränkt hat.“ Vor allem die „Elemente des Volkswitzes, viele humoristische und andere Einlagen“ hielten das Publikum „fortwährend gefesselt“.<sup>239</sup> So stand die 750-Jahr-Feier wie jedes Fest im Gegensatz zum Alltag, um diesen auf solche Weise zu bestätigen.

Im Gegensatz zum Alltag stand auch die außergewöhnlich gute Versorgung der Berliner Bevölkerung im Jubiläumsjahr. Sie trug erheblich zur Feststimmung bei, denn in der ost-deutschen Mangelwirtschaft bedeutete es eben etwas, wenn es auf dem „Historischen Markt“ zum Jubiläum plötzlich ein breites und ungewöhnliches Warenangebot gab. Nicht umsonst war die Souvenirproduktion in den Jahren zuvor bis ins kleinste Detail von den Parteorganen begleitet worden. Es gab ein knappes Tausend von Gelegenheitsprodukten, darunter drei „neue Getränkesorten“ und ein „Jubiläumsbier“.<sup>240</sup> „Der Markt wird mit insgesamt 320 Verkaufseinrichtungen, darunter 8 Spezialmärkten und 23 Ständen des Handwerks mit Drechslern, Druckern, Sattlern und Glasbläsern durchgeführt“, berichtete die Organisation. Es wurde eine Million Besucher gezählt. Es gab sowohl „von der Bevölkerung“ als

- 
- „Ein Panorama der prallen Lebensfreude“; *ND*, 6.7.1987, „Über 700 000 sahen den Riesenkorso der Lebensfreude und des Friedenswillens“; „Das größte Volksfest, das die Jubiläumsstadt an der Spree je erlebt hat.“) Ein Beispiel aus den Dankbriefen: „Die Vielfalt der Ideen und Darstellungen war einfach überwältigend. Alle Mitwirkenden waren mit so einem Enthusiasmus und so einer Freude dabei, daß sofort der Funke zum Zuschauer übersprang und eine Superbegeisterung auslöste. Es war eine so großartige faszinierende Sache, daß dieser Umzug wohl in die Geschichte Berlins eingehen wird“. (LA, C Rep 124-1, 214, Dankschreiben vom 5.7.1987.) In der Sprache der Kontrollorgane hieß das: „Von vielen Zuschauern des Festumzuges sowie von vielen ausländischen Besuchern und Gästen wurde als besonders eindrucksvoll empfunden, daß sich der Festumzug durch eine Atmosphäre der Lebensfreude und des Optimismus auszeichnete.“ (LA, C Rep 902, 6553, Bezirksleitung, Information über den Historischen Festumzug am 4.7.1987. Vgl. auch: LA, C Rep 902, 6312, „Information über Stimmungen und Meinungen zum Historischen Festumzug und dem Historischen Markt“, 6.7.1978“.)
- 238 „Führen doch in einem Ensemble, das die Freizeitgestaltung der glücklichen sozialistischen Menschen an sonnigen See-Gestaden darstellen sollte, tatsächlich zwei Oben-ohne-Mädchen mit neckischem Strandspielzeug die Paradestrecke entlang. Wir wissen nicht, welchen Eindruck sie zum Beispiel auf den bald 80 Jahre alten Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke machten (...). Dank des Fernsehens der DDR aber war deutlich zu sehen, daß SED-Generalsekretär Honecker dieser Art von Offenheit oder Glasnost begeistert applaudierte, während die ‚Landesmutter‘ an seiner Seite, Volksbildungsminister Margot Honecker, erst einmal leicht konsterniert den Kopf schüttelte.“ (*FAZ*, 6.7.1987, „Erich und Willi als ‚frühe Pioniere des Wohnungsbaus‘“.)
- 239 LA, C Rep 902, 6553, BL Berlin der SED, Information über den Historischen Festumzug am 4.7.1987.
- 240 LA, C Rep 124-1, 016, S. Schmidt „Information über die Souvenirausstellung zur 750-Jahr-Feier Berlin“, o.D.; ebd., 194, Meyer, Information für die Arbeitsgruppe des Ministerrats zur operativen Durchführung und Kontrolle des Versorgungsplanes, 10.12.1986.



Viel Publikum beim historischen Jahrmarkt

eben auch von „den eigenen Mitarbeitern“ große „Zustimmung zur Breite und Tiefe der angebotenen Sortimente“.<sup>241</sup> Hier waren es durchaus materialistische Motive, die das Publikum in der versorgten und verschönerten Stadt wenigstens während der Hauptveranstaltungen bei Laune hielten.

Dass sich aber in der Hauptstadt der DDR unter der Oberfläche der sorgfältig inszenierten Selbstrepräsentation ein wachsender Unmut in der Bevölkerung breit machte, davon waren die Apparate 1987 bestens unterrichtet. So ganz traute man dem Volk nicht, wie die Behinderung von Zuschauerumfragen bereits zeigte. Nicht umsonst wurden beim Festzug im weiten Bereich um die Haupttribüne nur geladene Gäste zugelassen, während die „normalen“ Berliner woanders an der Strecke standen. Zudem wurden zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet, denn erst „durch die Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit sowie politischer Wachsamkeit“ konnte der Festzug „zu einem nachhaltigen Höhepunkt der engen Verbundenheit der Bürger der DDR zu ihrer Hauptstadt“ werden. Aus den Erfahrungen mit der Friedens- und Protestbewegung schlaue geworden, galt es eben „alle Angriffe des Klassengegners wie Provokationen, Störungen u.ä. Beeinträchtigungen vorbeugend zu verhindern.“<sup>242</sup>

---

241 „Für die Versorgung der Bevölkerung stehen u.a. 2000 Faß Limonade, 10 t Bockwurst, 8 t Brat- und Currywurst, 50.000 Eier, 10000 Blumensträuße und auf dem Gebiet der Industriewaren u.a. 300 verschiedene Keramikerzeugnisse, 50.000 Luftballons, über 500 Artikel Spielwaren und ca. 300 Artikel Souvenirs zur Verfügung.“ (LA, C Rep 902, 6312, BL „Tagesinformation 6.7.1987“.) Auch im „Abschlußbericht zur Versorgung der Organisatoren, Teilnehmer und Zuschauer am historischen Festumzug“ wurde hervorgehoben, daß „die Teilnehmer und Zuschauer (...) sich lobend über den konzentrierten Einsatz der Versorgungseinrichtungen an der Festzugstrecke, zur Stabilität des Sortimentes während der gesamten Versorgungszeit und zum Engagement der Handelsmitarbeiter (äußerten).“ (LA, C Rep 124-1, 305, Abschlußbericht, 5.7.1987; vgl. ND, 7.6.1987, „Kieken und koofen‘ im bunten Gewimmel“.)

242 LA, C Rep 124-1, 256, Hannalore Mensch, „Sicherungskonzeption zur Vorbereitung und Durchführung des ‚historischen Festumzuges‘ am 4.7.1987 und des ‚historischen Marktes‘ am 4. und

Zumindest waren diese Sorgen, soweit sie den Festzug betrafen, überflüssig. Das Fest gelang sehr gut und die Berichterstatter sahen „keine besondere(n) Vorkommnisse“.<sup>243</sup> Trotzdem hatte die Strategie der Legitimitätsproduktion durch Stadtrenovierung und Versorgungslage zwei Nachteile. Erstens war die Loyalität der Bevölkerung hiermit nur für kurze Dauer und sehr teuer erkaufte. Und zweitens galt sie nur den Berlinern. Denn die Bevorzugung Ost-Berlins ging offenkundig auf Kosten der anderen Bezirke der DDR. Von den 60 000 Bauarbeitern, die Berlin zur exemplarischen Stadt der Republik machten, stammte etwa die Hälfte aus der Provinz. „Bei uns verfällt, was vielleicht an Bausubstanz noch zu retten gewesen wäre, und in Berlin spielt man den dicken Max“, schimpfte etwa ein Magdeburger.<sup>244</sup> Auch vom Kulturprogramm und den vollen Läden der Hauptstadt hatte man im Rest der Republik nichts. Nicht so sehr aus Hauptstadtbegeisterung, sondern um einzukaufen reisten DDR-Bürger 1987 in Massen nach Berlin. Das Versorgungsproblem sei gelöst, so ein Volkswitz: „Ganz einfach, wir schaffen alles nach Berlin. Da holt sich jeder ab, was er braucht.“<sup>245</sup> In der Provinz quittierte man die Dauerfeier mit Spott und Feindseligkeit. „750 Jahre Berlin und keinen Tag länger!“ hieß es im Volksmund. Die Gästebücher in Berlin erhielten fragwürdige Eintragungen. Trabbis mit Berliner Kennzeichen wurden in der Provinz mit der Zahl 750 beschmiert und im Süden gab es Aufkleber mit „781 Jahre Dresden“, „821 Jahre Leipzig“ und gar „1026 Jahre Halle“. Versuche, diese Proteste zu unterdrücken, schlugen fehl, weshalb die Behörden sie schließlich als angeblichen Ausdruck einer „tiefen Heimatliebe“ tolerierten.<sup>246</sup>

Auf diese Weise litt das Ostberliner Fest, wie auch das westliche, bald an seiner eigenen Überdimensioniertheit. Sogar den Berlinern ging die Dauerfeier schließlich auf die Nerven. Manche schmückten sich nach einigen Monaten demonstrativ mit dem Dresdner Löwen, verspotteten das Feierspektakel („Hollywood“), fanden das „Jubiläumsbier“ geschmacklos oder zu teuer und schimpften gar auf die fremden Bauarbeiter, die zu Hunderten in Berlin bleiben und „uns wieder die neuen Wohnungen weg(nehmen)“ würden.<sup>247</sup> Zudem wurden zum Ärger der Behörden gerade die repräsentativen „Protokollveranstaltungen“ mit internationalen Gastspielen enttäuschend schlecht besucht, während es für populäre Westkonzerte endlose Warteschlangen und Rangeleien beim Kartenverkauf gab. Überhaupt war die Verteilung von begehrten Karten ein Dauerthema in der „sozialistischen Metropole“. Feste Kontingente für die Konzerte von Peter Maffay, Shakin Stevens oder Carlos Santana wurden über die FDJ und Betriebe verteilt, weshalb sonstige Interessenten tagelang anstehen oder Wucherpreise bezahlen mussten. Ein Großteil der Korrespondenz zwischen Bürgern

---

5.7.1987“, S. 1ff. Vgl. Schöne, *Stabilität und Niedergang*, S. 33–38, über die Maßnahmen der Stasi beim Festumzug.

243 So etwa der Behördenblick am 2.7.1987: „Es kann eingeschätzt werden, daß am Tage eine stabile Gesamtlage vorhanden und die öffentliche und staatliche Ordnung und Sicherheit jederzeit gewährleistet war. (...) Besondere Vorkommnisse gibt es nicht.“ (LA, C Rep 124-1, 305, Tagesbericht 2.7.1987.)

244 Zit. n. *Die Welt*, 28.7.1987, „Und in Berlin spielt man den dicken Max“.

245 Zit. n. *FR*, 12.5.1987, „Großer Festakt mit Jubiläumspflicht“.

246 *Die Welt*, 28.7.1987, „Und in Berlin spielt man den dicken Max“; Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 650.

247 Zit. n. *Die Welt*, 28.7.1987, „Und in Berlin spielt man den dicken Max“.



„1026 Jahre Halle“:  
Arbeiter aus der Provinz  
protestieren gegen die  
Bevorzugung der  
Hauptstadt.

und Stadtverwaltung betraf nicht den Inhalt der Festveranstaltungen, sondern Klagen über die Kartenverteilung.<sup>248</sup>

Dass es gerade die Westkonzerte waren, die die Ostberliner in lange Warteschlangen trieben und sogar an die Stadtverwaltung schreiben ließen, sagt viel über den dünnen Erfolg der Abschottungspolitik der SED aus. „Westberlin“ war 1987 in Wirklichkeit längst nicht so

---

248 Die Kulturabteilung der BL verarbeitete Dutzende Eingaben und Berichte zur Kartenproblematik (LA, C Rep 902, 6807 und 6808.) Legendär war das Chaos beim Kartenverkauf für Santana, das mehrfach in den Eingaben auftauchte: „Viele Interessenten standen schon seit dem Vorabend (also Freitag Abend) an, ich persönlich ab 5 Uhr Sonnabend früh. Seitens der Interessenten wurde also ein erheblicher physischer und psychischer Aufwand zum Erwerb von Eintrittskarten vorausgesetzt und auch aufgebracht. Um so unverständlicher erscheint es mir, daß seitens der Verantwortlichen des PdR (Palastes der Republik, KT) alle ordnenden Maßnahmen unterblieben, wie etwa die Ausgabe von Wartenummern oder das Ziehen einer Absperrleine zum Zwecke des geordneten Anstehens. Somit hatten viele, die erst wesentlich später dazukamen, die Möglichkeit, sich gleich vorne anzustellen, was zu dauernden Rempelen führte. Bereits gegen 9 Uhr wurde vom Einlaßpersonal des PdR. eine kleine Tür, rechts neben dem Eingangsportal (Spreeseite), geöffnet und eine kleine Gruppe von etwa 50 Personen eingelassen, die sich zumeist erst kurz zuvor dort angestellt hatten. Die Vermutung liegt nahe, daß dabei Bekannte des Einlaßpersonals waren. Die große Gruppe Wartender stand *links* neben dem Eingangsportal (Spreeseite) bis zur Rathausstraße bzw. Spreebrücke, da für diese Tür (eben links neben dem Eingangsportal) durch einen angehefteten Zettel auf den Vorverkauf hingewiesen wurde. In diesem entstandenen Durcheinander rannten viele Personen, die bereits stundenlang gewartet hatten, zur Tür an der rechten Seite und als diese sofort geschlossen wurde zurück zur linken Tür, die anschließend geöffnet wurde und durch die dann etwa 200–300 Personen eingelassen wurden. Anschließend wurde diese Tür endgültig geschlossen“. (...) Es kann ja keine gewünschte Verfahrensweise sein, daß die Leute die am besten drängeln und sich durchmogeln können, bei der Kartenvergabe bevorzugt werden. Ähnliche katastrophale und unwürdige Zustände herrschten schon zu den Tangerine Dream (1979) und BAP (1983) Vorverkaufsterminen. (...) Da kann ich nur unterstellen, daß ein Teil der Karten am offiziellen Vorverkauf vorbeigelenkt wurden. Da ja dreistellige Summen und mehr für solche Karten ‚unter der Hand‘ verlangt werden, ist es sicher ein lukratives Geschäft für den, der die Karten en gros besorgen kann. Ich muß leider feststellen, daß ich als Facharbeiter (im durchgehenden Dreischichtsystem arbeitend) keine Möglichkeit habe, auf reellem Wege Karten für solch gesuchte Veranstaltung zu erhalten.“ (Ebd., 6807, Wolf-Peter Sachse an die Direktion des PdR, 20.3.1987; ND, 7.4.1987, „Umjubelte Rockmusik“.)

weit weg, wie es in den offiziellen Reden und Schriften suggeriert wurde, und sei es nur durch die Omnipräsenz westlicher Medien. Am klarsten wurde dies im August, als in West-Berlin am Reichstag das dreitägige Popfestival „Rock Salute to Berlin“ veranstaltet wurde. Am ersten Abend hatten sich unerwartet einige Tausende jugendliche Ostberliner beim Brandenburger Tor gesammelt, um über die Mauer David Bowie zu hören. Als die Polizei die Menge auseinander trieb, skandierte diese „die Mauer muß weg“ – Willy Brandt zitierend, aber mehr noch jenen Westberliner Popsong, der berühmte Berlinreden von Reuter, Ulbricht und Brandt auf Popbeat zusammenklebte und gerade in den (West-) Charts stand. Am nächsten Abend gab es erneut Sprechchöre und Prügeleien an der Mauer.<sup>249</sup>

Anders als es die offizielle Repräsentanz vermitteln wollte, war die realsozialistische Welt 1987 eben nicht mehr in Ordnung. Längst hatte sich in der DDR eine unabhängige Friedens- und Oppositionsbewegung herausgebildet. Sie gelangte im November 1987 in der so genannten „Schlacht um Zion“ zu einem ersten öffentlichen Erfolg, als die Staatsorgane die geplante Zerschlagung der unabhängigen Umweltbibliothek in der Berliner Zionskirche wieder aufgeben mussten.<sup>250</sup> Ostberliner Schriftsteller fingen an, öffentlich die Zensur zu kritisieren<sup>251</sup>, und auch zum Berlin-Jubiläum hatte die Festorganisation große Mühe, kritische Stimmen aus dem Festprogramm fernzuhalten. Viele Literaten untergruben das hochstilisierte Wunschbild der Hauptstadt, indem sie mit ihren Erzählungen und Theaterstücken die Alltagsrealität zu erfassen suchten. Ein Stück von Ulrich Plenzdorf, der schon früher wegen einer alternativen „Berlin-Anthologie“ gemäßregelt worden war, wurde aus diesem Grund aus dem Programm entfernt: „Offenbar paßte die ‚etwas gegen den Strich gebürstete Geschichte‘ nicht zum Jubelton, wie er zu den 750-Jahr-Feiern in Ost-Berlin gewünscht werde, hieß es in literarischen Kreisen.“<sup>252</sup> Die Samisdatzeitschrift *Grenzfall* hielt die verbotene Erinnerung an die 700-Jahr-Feier wach und nannte das Jubiläum eine Erfindung von Joseph Goebbels.<sup>253</sup>

Aber nicht nur jugendliche Popfans oder kritische Intellektuelle verabschiedeten sich aus der realsozialistischen Normalität. Wie die regelmäßigen Parteiberichte zur „Stimmungslage in der Bevölkerung“ zeigen, stand die gesamte Gesellschaft Ost-Berlins unter Druck. Allgemeine Verunsicherung und gleichzeitige Hoffnungen auf Reformen und Freiheit gab es ab 1985/86 durch die Person von Michail Gorbatschow. Mit großem Unbehagen registrierten die Apparate die „politischen Diskussionen“ etwa über Gorbatschows Bericht an den XXVII. Parteitag der KPdSU. Es wurden in den Berliner Betrieben ungewöhnliche Fragen aufgeworfen, die sowohl die Desorientierung der Partei als auch die Hoffnungen der Bürger widerspiegeln: „Können wir nicht auch so offen wie die KPdSU die Probleme behandeln? Auch bei uns gibt es ähnliche Mängel in Bezug auf Qualität, Leistungsfragen usw. – müssen

---

249 Peter Joachim Lapp, „Rock an der Mauer“, *DA* 20 (1987), 682ff.; Wolle, *Heile Welt*, S. 114f.

250 Schöne, *Stabilität und Niedergang*; Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 695.

251 Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 648.

252 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 38998, DPA-Meldung, 25.5.1987. Kurt Hager, der die Nachricht empfing, hatte das Verbot übrigens nicht erteilt. Er schrieb zornig darauf: „Trifft diese Meldung zu?“ Vgl. auch: Ulrich Plenzdorf, Klaus Schlesinger und Martin Sade (Hg.), *Berliner Geschichten. „Operativer Schwerpunkt Selbstverlag“ . Eine Autoren-Anthologie: wie sie entstand und von der Stasi verhindert wurde* (Berlin, 1995).

253 Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 651.



wir uns nicht viel stärker damit auseinandersetzen und Veränderungen erreichen?“<sup>254</sup> Doch Glasnost und Perestroika wurden von der SED-Führung nicht übernommen, vielmehr ging sie zur Empörung der Bevölkerung ausgerechnet jetzt erstmals auf Distanz zum „großen Bruder“. Kurt Hager löste im April 1987 Bestürzung aus, als er Gorbatschows Umgestaltung als bloßen Tapetenwechsel abzutun versuchte.<sup>255</sup> Die Äußerung löste eine Flut von Protestbriefen an die Parteiführung aus, was an sich schon ungewöhnlich genug war.

Überhaupt nahm in Ost-Berlin die Anzahl von Eingaben und Schreiben an die Stadtverwaltung zu. 1987 registrierte die Bezirksleitung eine Verdoppelung gegenüber 1986 und 1985 und fast eine Versechsfachung gegenüber 1983.<sup>256</sup> Fast die Hälfte der 6410 Eingaben aus 1987 (davon nur 537 von Parteimitgliedern) betraf abgelehnte Besuchsreisen nach West-Berlin oder in die Bundesrepublik. „Die Bürger wünschen immer häufiger, zu Personen oder zu Anlässen zu reisen, die von den gesetzlichen Festlegungen (...) nicht erfaßt werden.“ Auch „wohnungspolitische Probleme“ waren ein stets wiederkehrendes Motiv und die Schilderung der unwürdigen Wohnverhältnisse, langen Wartezeiten und schlep-penden Reparaturen standen in scharfem Widerspruch zu den glänzenden Festansprachen Kracks und Honeckers. Zudem stellte die Bezirksleitung 1987 eine Verschärfung des Tons fest. Die Eingaben hätten zunehmend „einen fordernden Charakter, die Bürger bringen sehr deutlich ihr Unverständnis und ihre Unduldsamkeit zum Ausdruck.“ Und die Stadtverwaltung war machtlos; die Anträge auf bessere Wohnräume oder Telefonanschlüsse konnten auch dort, wo sie „berechtigt“ waren, „zum überwiegenden Teil nicht realisiert werden.“<sup>257</sup>

Das Berliner Stadtjubiläum wurde nach zehnjähriger Vorbereitungszeit 1987 gefeiert in einem Jahr, das nach längerer Zeit von Stagnation und Unsicherheit erstmals offene Zeichen des Zerfalls der sozialistischen Gesellschaft trug. Unter diesen Umständen entsprach die Aufnahme der realsozialistischen Version der Stadtgeschichte nicht mehr den Erwartungen der Parteiführung. Einen Einblick in diese schwer zugängliche Welt der Rezeption gibt ein Bericht des ZK-Instituts für Gesellschaftswissenschaften, das Untersuchungen zum Geschichtsbewusstsein bei den „Werkträgern“ der DDR ausführte.<sup>258</sup> Aus dem Bericht, der sich auf Befragungen in sieben Berliner Betrieben im Mai 1987 stützt, spricht unmissverständlich die Skepsis der Arbeiter, die sogar direkt gegenüber den Parteifunktionären die Abgren-

---

254 LA, C Rep 902, 5662, Information zur politischen Diskussion in Partei- und Arbeitskollektiven, 6.3.1986. Weitere Fragen waren: „Es gibt außerordentlich kritische Einschätzungen. Wie konnten sich solche Probleme so umfangreich und über so lange Zeit entwickeln? (...) Was versteht man in der Sowjetunion unter Selbstverwaltung der Betriebe? Worin bestehen die Ursachen der Lebensmittelknappheit? (...) Warum muß so ein energischer Kampf gegen Alkoholismus geführt werden? (...) Gen. Gorbatschow kritisiert die 70er Jahre. Gegen wen richtet sich die Kritik? Gegen die Parteiführung?“ Der Bericht klammerte zugleich an alten Deutungssicherheiten fest: „Vereinzelt wird die Meinung vertreten, daß der Parteitag der KPdSU mit der ‚Breschnew-Ära‘ abrechnet. Hier wird der Einfluß westlicher Massenmedien sichtbar.“

255 „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn ihr Nachbar seine Wohnung tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ (ND, 10.4.1987, Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten „Stern“.)

256 Dies geht hervor aus einer Information der Bezirksbehörde von Anfang 1988, in: LA, C Rep 902, 6200, Birgit Fachse (Bezirksleitung) an Günter Schabowski, o.D. (Anfang 1988).

257 LA, C Rep 902, 6200, Birgit Fachse (Bezirksleitung) an Günter Schabowski, o.D. (Anfang 1988).

258 LA, C Rep 902, 386, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Information über die Ergebnisse von Untersuchungen über Kenntnisse und Meinungen zur Geschichte Berlins bei Berliner Werkträgern, Mai 1987.

zungsrhetorik offen verwarfen. Einige Befragte meinten, „daß die Hauptstadt der DDR keinen historischen ‚Alleinvertretungsanspruch‘ vertreten dürfte. Die Westberliner hätten auch ein Anrecht, das 750jährige Bestehen Berlins zu begehen.“ Zudem wurde „vereinzelt“ gar „für den Abbau der ‚Mauer‘ und ‚Freizügigkeit‘ in Berlin plädiert.“ Die Behörden fanden weiter „die Erscheinung“ vor, „daß nur sehr wenige Befragte die Thesen gelesen hatten. Selbst Leitungskadern waren die Thesen nicht bekannt.“ Weil den Kollektiven zugleich immer weniger Zeitgenossen angehörten, „die die Auseinandersetzungen in Berlin in den 40er und 50er Jahren selbst miterlebt haben“, so schlossen die Befrager, würden von den Werktätigen, die auch noch unter dem Einfluss der „westlichen Massenmedien“ standen, jetzt viele „historisch unhaltbare und politisch anfechtbare Positionen“ vertreten. Die protokollierten „Fehlaussagen“ lassen sich sogar in der hölzernen Amtssprache des ZK-Instituts wie eine massive Widerlegung aller zentralen Leitlinien der Thesen lesen: „Die Spaltung Berlins geht auf die Beschlüsse der Antihitlerkoalition zurück. Die Teilung der Stadt hat ihre Ursachen in der Uneinigkeit der Besatzungsmächte. Keine Seite wollte ihren Besitz aufgeben. Die Westmächte erhielten ihre Sektoren im Austausch gegen die von ihnen eroberten Gebiete der späteren sowjetischen Besatzungszone. An der Spaltung Berlins hat auch die DDR durch die Errichtung der ‚Mauer‘ ihren Schuldanteil usw. Mehrfach wurde bekannt, dass man sich die Teilung Berlins nicht erklären könnte, und es wurden Fragen nach einem angeblichen besonderen ‚Berlinstatus‘ aufgeworfen. Die hier aufgeführten Meinungsäußerungen blieben niemals unwidersprochen, aber auch die Gesprächsteilnehmer, die die Richtigstellungen vornehmen wollten, waren sich ihrer Argumente nicht sicher.“<sup>259</sup>

Die Leitschrift der Parteiführung stieß 1987 auf wenig Gegenliebe der Bevölkerung. Der Zerfall der sozialistischen Wirklichkeitsordnung spiegelte sich zuvorderst darin, dass besonders die krampfhaft Deutung der Zeitgeschichte als glatte Aufstiegserzählung des sozialistischen Berlins als solche nicht rezipiert wurde. Dennoch belegte die Untersuchung des ZK-Instituts unter der Bevölkerung ein „lebhaftes Interesse an Geschichte“. Gerade die so fehlerhaft gedeutete Spaltungszeit und die ältere Vergangenheit Berlins, seine Kultur-, Bau- und Technikgeschichte, wurden als „interessant“ beschrieben. Keinen der Befragten aber interessierte die offiziell wichtigste Periode seit dem Jahr 1971 und bei Nachfragen konnten auch „solche verallgemeinernden Erkenntnisse, daß Berlin z.B. ein Zentrum revolutionärer Auseinandersetzungen der Geschichte war, nicht konkret belegt werden.“<sup>260</sup>

Die Ergebnisse der Befragungen liefern also weitere Argumente für den Schluss, dass zwischen der Integration der breiteren Vergangenheit in das historische Selbstbild der DDR und der traditionellen parteiorthodoxen Erfolgserzählung ein deutlicher Gegensatz bestand. Sie korrespondieren auch in auffälliger Weise mit dem Auseinanderfallen des historischen Fachdiskurses der DDR, der in den 1980er Jahren blühen konnte, wenn differenziert etwa an die preußische und bauhistorische Vergangenheit Berlins herangegangen wurde, aber in Selbstblockade und Stagnation verfiel, sobald mit der Arbeiterbewegung und DDR-Geschichte das narrative Zentrum der Ostberliner Gegenerzählung konstruiert werden sollte. Die *Thesen 750 Jahre Berlin* waren zwar ein Versuch, diesen Gegensatz zu überspielen, doch dies gelang nur in der papiernen Textform der Leitschrift.

---

259 LA, C Rep 902, 386, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Information..., S. 2ff.

260 LA, C Rep 902, 386, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Information..., S. 1f.

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, inwieweit die Ostberliner Repräsentationen der Stadt und ihrer Geschichte die realsozialistische Herrschaftsordnung zur 750-Jahr-Feier noch zu legitimieren vermochten. Auf der kommunalen Ebene war das Fest nicht autonom, denn es wurde von der Staatsführung der DDR mit viel Nachdruck besetzt und als Staatsfeier begangen. Stadt und Staat sollten offiziell verschmelzen, weshalb das Jubiläum der Hauptstadt der DDR anders als dasjenige der nationalsozialistischen Reichshauptstadt oder West-Berlins kaum Gelegenheit für eine Profilierung einer selbständigen Stadtidentität bot. Die Stadtgeschichte wurde mit der nationalen und der Weltgeschichte synchronisiert, und der offizielle Staatsakt der DDR zum Berliner Geburtstag überlagerte im Bild des Festes bei weitem die feierliche Sitzung des Magistrats eine Woche später. Auf diese Weise bildete die Staatspräsenz einen ungeheuren Ballast für die Ostberliner 750-Jahr-Feier.

Während die DDR durch die aufwendige Inszenierung einer prosperierenden Hauptstadt an internationalem Ansehen gewonnen haben mag – denn etwa im Westen war man von der demonstrativen Aneignung des alten Stadtzentrums durch die DDR durchaus beeindruckt –, so scheint die Vermutung berechtigt, dass die Feier nach innen eher zur Erosion der sozialistischen Wirklichkeitsordnung beitrug. Die Bevorzugung der Hauptstadt stieß in der Republik auf deutliche Ablehnung und die Erschließung der alten Stadtgeschichte stand dem wachsenden Utopieverlust des realsozialistischen Staates in scharfem Kontrast gegenüber. Die mittelalterlichen Kulissen des Nikolaiviertels ermöglichten, so schrieben Beobachter 1987, den Ostberlinern eher den „nostalgischen Rückzug aus der kühlen Monumentalität des Marx-Engels-Platzes und der zugigen Ungemütlichkeit des Alexanderplatzes“.<sup>261</sup> Zwar trat die Staatsführung demonstrativ auf dem historischen Platz der Akademie auf und knüpfte der Magistrat zur Festsitzung „in mittelalterlicher Tracht“ überraschend deutlich an altbürgerliche Rituale an.<sup>262</sup> Doch anders als noch 1937 war ein nostalgisches „Altberlin“ 1987 gar nicht mehr im kommunikativen Gedächtnis der Stadt vorhanden. Seiner Wiederauferstehung in der „sozialistischen Metropole“ haftete somit ein hohes Maß an Künstlichkeit an (zudem trugen dieselben mittelalterlichen Ratsherren aus der gar nicht überlieferten „Gründungsurkunde Berlins“ vor).<sup>263</sup> Zwar versuchte Ost-Berlin mit der demonstrativen Aneignung der ganzen Geschichte Berlins und des historischen Stadtzentrums West-Berlin in die Rolle eines unbedeutenden und geschichtslosen Nicht-Ortes zu drängen, doch zuhause entwickelte die begeisterte Wiederauferstehung gerade der vorsozialistischen Geschichte Berlins eine die Fortschrittsgewissheit weiter zersetzende Kraft. Erfolgreich wurde 1987 Zukunftsorientierung gegen Vergangenheitsbegeisterung getauscht, und damit stand die vor mittelalterlichen Kulissen begangene 750-Jahr-Feier als Symbol für den Abschied von der sozialistischen Utopie in der nunmehrigen „Stadt des Friedens“.

---

261 Von Beyme, *Der Wiederaufbau*, 301.

262 ND, 29.10.1987, „Die Stadt begeht Jubiläum als blühende Metropole der DDR“; LA, C Rep 124-1, 137, Ablaufplan für die Festsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.10.1987.

263 Ebd. TSP, 22.10.1986, „Im Roten Rathaus die Wappen aller Berliner Bezirke“.

## FAZIT: Stadtgeschichte als verblassender Fortschrittsweg

Anders als die Jubiläen im Dritten Reich und West-Berlin, wurde die 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin mit Einvernehmen der Stadtverwaltung als nationales Ereignis angesetzt. Bauprogramme und Konsumgüter wurden Mitte der 1980er Jahre großzügig nach Berlin gelenkt, und die Staats- und Parteiführung stand 1987 im Mittelpunkt des Festes. Weil die 750-Jahr-Feier in der DDR nie als primär kommunales Fest beabsichtigt war, fehlten ihr die städtische Intensität und Lokalbindung der beiden anderen Berlinfeste.

Zudem wurde die Feier vorbereitet und durchgeführt in einer Periode von langsamer Erosion der staatsozialistischen Welt. Neben der Wirtschaft geriet auch die geschlossene Denkwelt des Sozialismus unter Druck, wie etwa am verblassenden Fortschrittsoptimismus und am schwindenden Systemwettbewerb beobachtet wurde. Nach Jahrzehnten von Zukunftspathos entdeckte das sozialistische Berlin plötzlich seine Vergangenheit.

Mit Blick auf die 750-Jahr-Feier wurde um 1980 eine Berliner Stadtgeschichtsschreibung geschaffen, die nach den Regeln der marxistisch-leninistischen Historiographie funktionierte: Neben dem Wissenschaftsverständnis, das einen parteilichen Wahrheitsbegriff und die Verschmelzung von Politik und Profession erstrebte, sicherten bürokratische Kontrollverfahren und eine zwingende Gutachtenpraxis ihre Konformität. Somit wurde die öffentliche Vergangenheitsaneignung im Ostberliner Geschichtsdiskurs durch ein hohes Maß von Homogenität geprägt.

Diese äußerliche Einheitlichkeit vermochte aber kaum die Risse zu überdecken, die im staatsozialistischen Ideologiegehäuse der 1980er Jahre entstanden waren. Die Erosion des klassischen Feindbildes und inhaltliche Differenzierungsbewegungen hatten die einstige Geschlossenheit ernsthaft untergraben. Vor allem im ideologischen Kernbereich war eine „normale“ Geschichtsschreibung kaum mehr möglich: Das ambitionierte Projekt zur Berliner Arbeiterbewegung scheiterte an Verunsicherung und allgemeiner Stagnation. Der Engpass musste von der Parteiführung selbst verdeckt werden, indem sie die Leitschrift der *Thesen* herausgab. Diese modellierte die Stadtgeschichte nach dem bekannten Fortschrittmuster als Auseinandersetzung zwischen Kräften des Fortschritts und Reaktion und sie synchronisierte sie mit dem Weltprozess. In dieser Form kamen den 700 Jahren Berlin bis 1945 kaum eigenständiges Interesse zu, sondern dienten, wie die Proportionen der *Thesen* oder des Festzugs zeigten, als Vorspiel der DDR, des Höhepunktes der Stadtgeschichte.

Allerdings gelang die Rettung der Einheitlichkeit nur in der Leitschrift. Kaum verhüllt fiel das Geschichtsbild 1987 in die politisch deutlich überformten Diskurse der Arbeiter- und Zeitgeschichte einerseits und in flexibler deutbare Bereiche des Mittelalters und der Neuzeit auseinander. Die verblassende Fortschrittserzählung wurde öffentlich von Berliner Hauptstadt- und Friedensrhetorik kompensiert, doch die beiden unterstützenden Erzählstränge legten 1987 eher die Erosion als die Kraft der sozialistischen Denkwelt bloß.





# 1. Leittexte der Berliner Geschichtskulturen

Die vorangegangenen Kapitel haben untersucht, wie im Vorfeld der drei Jubiläen stadthistorische Diskurse entstanden sind, in denen die Ausrichtung der Feiern und die Darstellung der Berliner Vergangenheit verhandelt wurden. Sowohl in der nationalsozialistischen Reichshauptstadt als auch im liberalen West-Berlin und der sozialistischen Hauptstadt der DDR gingen aus diesen Diskursen kohärente Geschichtserzählungen hervor, die mit den politischen Zielen und Erwartungen der jeweiligen Stadtverwaltungen im Einklang standen. Einerseits wurde diese Kohärenz von den kulturell verbürgten Einstellungen, Wahrnehmungskategorien und Deutungsmustern gesichert, die in vielen Fällen sowohl von den Historikern als auch von den städtischen Herrschaftsträgern geteilt wurden. Andererseits standen Letzteren sehr unterschiedliche Instrumente zur Verfügung, um Gegenerzählungen zu kontrollieren. Dazu gehörten etwa eine restriktive Personalpolitik im Dritten Reich, die Mittelverteilung in West-Berlin und das Gutachtensystem in Ost-Berlin.

Das Ergebnis waren drei unterschiedliche Geschichten der Stadt Berlin. Dieses Kapitel wird die leitenden Geschichtsbilder der Stadtjubiläen als drei Narrative näher untersuchen. Es abstrahiert nunmehr von deren Entstehungskontext; die drei Erzählformen sollen hier vielmehr als textuelle Endprodukte der diskursiven Praktiken verglichen werden. Welche Gestalt nahm die Berliner Vergangenheit in den Geschichten der „deutschen Reichshauptstadt“, der „Stadt des Friedens“ und der „Stadt der Gegenwart“ an? Mit welchen Techniken organisierten sie die einzelnen Geschehnisse zu kohärenten Erzählungen? Welche „narrative Struktur“ trugen diese? Handelte es sich wirklich um Erzählungen zum gleichen Gegenstand? Wurden die Historiker bei der Modellierung ihrer Narrative durch eine außerhalb ihrer Erzählung liegende historische Wirklichkeit eingeschränkt? Oder durch die Existenz anderer Erzählungen? Oder durch bereits vorhandenes Wissen im Publikum? Mit welchen Mitteln versuchten sie konkurrierende Erzählungen zu delegitimieren und ihre eigenen Entwürfe als „wahr“ oder „richtig“ zu autorisieren?

Die nachfolgende Textanalyse beschränkt sich auf die dominanten Erzählungen der drei Berliner Geschichtskulturen 1937 und 1987. Zwar haben die vorherigen Kapitel gezeigt, dass die dominanten Entwürfe nie die einzigen Erzählungen in der Stadt waren, doch nunmehr geht es gleichsam um die „Sieger“ der innerstädtischen Erzählwettbewerbe. Damit soll weder eine künstliche Homogenisierung der Geschichtskulturen vorgenommen, noch die innere Vielfalt der historischen Sinnbildung in den Berliner Gesellschaften überspielt werden. Es geht vielmehr darum, jene „offiziellen“ Leittexte der Geschichte Berlins auf ihre Repräsentation der Vergangenheit näher zu vergleichen, die von den politischen Eliten gefördert wurden.

Als historische Leittexte der drei Erzählformen sind einerseits die großen Stadtgeschichten auszumachen, die mit Blick auf die Jubiläen verfasst und verlegt wurden<sup>1</sup>, und andererseits die knapperen Kurzinterpretationen, die die aktuelle Deutung der städtischen Vergangenheit einem größeren Lesepublikum zugänglich machten. Diese letzte Rolle erfüllte in der nationalsozialistischen Reichshauptstadt die kleine Schrift *700 Jahre Berlin* von Hans Grantzow, in Ost-Berlin gab es die Kollektivarbeit der *Thesen 750 Jahre Berlin* und im Westen steuerte Reinhard Rürup eine richtungweisende Kurzdarstellung bei, die gar zweimal an prominenter Stelle (sowohl im Programmbuch als auch im Ausstellungskatalog) präsentiert wurde. Diese kurzen Texte präsentieren auf knappem Raum – sie sind von gleicher Größenordnung<sup>2</sup> – Abrisse der kompletten Stadtgeschichte und bringen somit die narrative Grundstruktur der drei Geschichtserzählungen deutlicher zum Ausdruck als die detail-satten Gesamtdarstellungen. Alle sechs Texte machten einen umfassenden Anspruch auf die Stadtgeschichte geltend, wurden auf unterschiedliche Weise von den Stadtverwaltungen autorisiert (sei es durch politische Vorworte, durch ihre Veröffentlichung in Parteiverlagen oder durch ihre Funktion als repräsentatives Geschenk für Staatsgäste), sie wurden in hohen Auflagen gedruckt – kurz: Sie standen im Zentrum der städtischen Geschichtsdeutungen. Diese Leittexte werden im Folgenden als Manifestationen der jeweiligen Narrative zur Stadtgeschichte verstanden.

Zunächst erkundet ein methodischer Exkurs den textnahen Vergleich historischer Erzählungen, wobei die Theorieangebote des postmodernen Narrativismus und der Narratologie nebeneinander gestellt werden (IV.2.). Es folgt eine komparative Analyse der übergreifenden Plotformen, der narrativen Makrostrukturen, der Stadtgeschichten (IV.3). Schließlich wird anhand einiger Beispiele untersucht, welche verschiedenen Formen einzelne stadthistorische Ereignisse innerhalb der Erzählmuster annehmen konnten (IV.4). Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei stets die Frage nach intertextuellen Momenten – zwischen nationaler und lokaler Geschichte und zwischen den konkurrierenden Geschichten Berlins untereinander.

---

1 Für 1937: Die *Geschichte der Stadt Berlin* von Max Arendt, Eberhard Faden und Otto-Friedrich Gandert; für Ost-Berlin die *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945* vom Autorenkollektiv unter Leitung von Ingo Materna sowie Gerhard Keiderlings *Berlin 1945–1986* (die allerdings nicht als zweibändiges Werk konzipiert wurden, sondern als zwei getrennte, aber an einander anschließende Werke entstanden) und für West-Berlin die von Wolfgang Ribbe herausgegebene zweibändige *Geschichte Berlins*.

2 Eine grobe Hochrechnung der Wortzahl (Seiten x Zeilen pro Seite x durchschnittliche Zahl der Worte pro Zeile) ergibt für Grantzows *700 Jahre Berlin* etwas mehr als 10000 Wörter (25 x 42 x ca. 10), für die *Thesen* etwas mehr als 20000 Wörter (82 x 31 x ca. 9) und für Rürups „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“ (in: ders. und Korf, *Berlin, Berlin*, S. 27–54) knappe 15000 Worte (27 x 46 x ca. 12). Rürups Aufsatz wurde in leicht bearbeiteter Version unter dem Titel „Vergangenheit und Gegenwart der Geschichte“ auch in das Programmbuch (Eckhardt, *750 Jahre Berlin*.) aufgenommen.



## 2. Exkurs: Bausteine historischer Erzählungen

Für den Vergleich der drei Geschichten Berlins wird ein Ansatz benötigt, der die Erzählungen als narrative Konstrukte näher zu identifizieren vermag. Wie hier kurz darzulegen ist, bieten die Arbeiten postmoderner Narrativisten für einen textnahen Vergleich konkreter Geschichtserzählungen nur wenig Halt. Eine viel versprechende Perspektive bietet hingegen die Erzählwissenschaft der Narratologie, die in den vergangenen Jahrzehnten formale Methoden und Begriffe entwickelt hat, um erzählende Texten zu beschreiben und zu vergleichen.

### Historische Erzählungen im postmodernen Narrativismus

Die Theorien der Erzählung sind zum größten Teil aus der Analyse *fiktionaler* Texte hervorgegangen und auch auf diese angewandt worden. In dieser Studie geht es um *historische* Erzählungen – Texte, die auf eine außer ihnen liegende Wirklichkeit referieren und einen Anspruch auf *Wahrheit* besitzen. Die Debatten über den Unterschied (und über die Gemeinsamkeiten) zwischen literarischen und historischen Erzählungen sind seit den 1970er Jahren verbunden mit den Namen postmoderner Narrativisten, allen voran Hayden White. Nachdem Geschichtstheoretiker vor allem im angelsächsischen Sprachraum lange darum bemüht gewesen waren, die Erzählung als spezifisch historisches Erkenntnismedium epistemologisch zu bestimmen<sup>3</sup>, beschritt White in seinem bekannten *Metahistory* (1973) historiographisches Neuland, indem er an die historischen Texte literarische statt, wie üblich, rationale und wissenschaftstheoretische Maßstäbe anlegte. Viele Historiker wandten seitdem mit wechselndem Erfolg erhebliche Energie auf, um diese als Angriffe aus der Literaturwissenschaft verstandenen Theorien zu entkräften.<sup>4</sup>

---

3 Arthur C. Danto, *Analytical Philosophy of History* (Cambridge, 1968), wieder abgedruckt in: ders., *Narration and Knowledge* (New York, 1985; Louis O. Mink, "Narrative form as a cognitive instrument", in: R. H. Canary und H. Kozicki (Hg.), *The writing of history. Literary form and historical understanding* (Madison, 1978), S. 129Ebd.–149. Auch Frank Ankersmits *Narrative Logic. A semantic analysis of the historians language* (Den Haag, 1983 – Promotionsausgabe Meppel, 1981) steht in dieser Tradition der Bestimmung der narrativen Erklärungsweise. Vgl. Chris Lorenz, *Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie* (Köln, Weimar, Wien, 1997).

4 Vgl. z.B.: C. Behan McCullagh, "The truth of historical narratives", *HT* 37 (1987), Beiheft 1987, S. 30–46; Megill, „Recounting the past“; Jerzy Topolski, "A non-postmodernist analysis of historical narratives", in: ders. (Hg.), *Historiography between modernism and postmodernism. Contributions to the methodology of the historical research* (Amsterdam, 1994), S. 9–85; Georg G. Iggers, „Zur ‚Lin-

Doch sowohl in *Metahistory* als auch in seinen späteren Arbeiten wählte White eine Denkrichtung, die ihn kaum näher an die Analyse konkreter Geschichtserzählungen brachte.<sup>5</sup> Ihn und viele seiner Geistesverwandten interessierten eher die wissenschaftskritischen Implikationen ihrer Geschichtsphilosophien als die technischen Narrativisierungsleistungen vergangener Ereignisse durch Historiker. Rückblickend fällt auf, wie wenig Aufmerksamkeit man für die Konstruktionsmechanismen und Funktionsweisen dieser historischen Erzählungen selbst entwickelte. Es wurden kaum narrativ strukturierte Geschichtstexte untersucht – auch nicht von Hayden White, der sich in *Metahistory* auf den ideologischen Vorannahmen der Historiker, auf ihre Absichten als Geschichtsschreiber und auf ihre expliziten Äußerungen zum Geschichtsprozess beschränkte. Deshalb stellte Georg Iggers vor einigen Jahren richtig fest, dass White im Grunde sein eigenes Programm nicht ausgeführt hat. „Es wäre interessant gewesen, den unausgesprochenen ideologischen Inhalt, die narrative Struktur und die Formen der Argumentation, die White interessieren, an der wirklichen historischen Erzählung zu untersuchen.“ So war es ausgerechnet der des radikalen Textualismus unverdächtige Iggers, der White nun „zu einer stärker textorientierten Interpretation“ aufrief, um so etwa am Beispiel Rankes „tatsächlich einen Blick auf die Struktur seiner Texte zu werfen, auf seine Helden (und Bösewichter), seine Psychologie, sein Verständnis des menschlichen Verhaltens und die unausgesprochenen politischen Inhalte.“<sup>6</sup> Gleiche Einwände sind gegen die Arbeiten von Ankersmit formuliert worden, der seine Theorien nur an

---

gustischen Wende‘ im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung“, in: *GG* 21 (1995), 4, S. 557–571; Richard Evans, *In defence of history* (London, 1997); Chris Lorenz, „Can histories be true? Narrativism, positivism and the ‘metaphorical turn’“, *HT* 37 (1998), S. 309–329; ders., „Postmoderne Herausforderungen an die Gesellschaftsgeschichte“?, *GG* 24 (1998), S. 617–632. Übrigens dürfte die von der Gesellschaftsgeschichte auf die Spitze getriebene Polarisierung zwischen erzählender und erklärender, eben „wahrhaft moderner(r) Geschichtswissenschaft“ (Wehler) dafür verantwortlich sein, dass die angelsächsischen Narrativitätsdebatten in Deutschland nur wenig und verspätet rezipiert wurden, denn „Erzählen“ wurde hier lange Zeit nur mit historistischem Traditionalismus assoziiert. Bezeichnend ist die Polemik in: Jürgen Kocka und Thomas Nipperdey (Hg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte* (München, 1979) (das Zitat von Wehler auf S. 57). Vgl. weiter: Siegfried Quandt und Hans Süßmuth (Hg.), *Historisches Erzählen* (Göttingen, 1982); Jörn Rüsen, *Grundzüge einer Historik* 1–3 (1983–1989); ders., *Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens* (Frankfurt, 1990). Vgl. aber seit 1990: Hartmut Eggert, Ulrich Profitlich und Klaus Scherpe (Hg.), *Geschichte als Literatur. Formen und Grenzen der Repräsentation von Vergangenheit* (Stuttgart, 1990); Conrad und Kessel, *Geschichte schreiben*; Jörg Stückrath und Jürg Zbinden (Hg.), *Metageschichte: Hayden White und Paul Ricoeur; dargestellte Wirklichkeit in der europäischen Kultur im Kontext von Husserl, Weber, Auerbach und Gombich* (Baden-Baden, 1997); Rainer Kiesow und Dieter Simon (Hg.), *Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Zum Grundlagenstreit in der Geschichtswissenschaft* (Frankfurt am Main, 2000); Hans-Jürgen Goertz, *Unsichere Geschichte. Zur Theorie historischer Referentialität* (Stuttgart, 2001); Nolte, „Darstellungsweisen deutscher Geschichte“ und jetzt auch: Jan Eckel, „Der Sinn der Erzählung. Die narrotologische Diskussion in der Geschichtswissenschaft und das Beispiel der Weimargeschichtsschreibung“, in: ders. und Thomas Etzmueller (Hg.), *Neue Zugänge zu Geschichte der Geschichtswissenschaft* (Göttingen, 2007), S. 201–229.

5 Vgl. Whites Aufsatzsammlungen *Tropics of Discourse: Essays in cultural criticism* (Baltimore, 1978) und *Content of the form. Narrative discourse and historical representation* (Baltimore 1987).

6 „Das Problem bei Whites Untersuchung (in *Metahistory*, KT) besteht darin, dass er nicht das tut, was er zu tun behauptet. Es handelt sich hierbei größtenteils nicht um textorientierte, sondern um kontextuelle Analysen.“ Iggers zeigte sich „überrascht, dass White keines von Rankes großen erzählenden Werke untersucht hatte“, und dennoch über Rankes Modellierung der Vergangenheit ein deutliches Urteil hatte. (Georg G. Iggers, „Historiographie zwischen Forschung und Dichtung. Gedanken über Hayden Whites Behandlung der Historiographie“, *GG* 27 (2001), 5, S. 327–340, hier S. 330–333.)

kurzen, fiktiven Beispiele erläuterte.<sup>7</sup> So betrachtet, war paradoxerweise die historische Erzählung selbst die große Abwesende der Narrativitätsdebatten der 1980er und 1990er Jahre.

Der hier beabsichtigte textnahe Vergleich der drei Erzählformen der Berliner Stadtgeschichte 1937 und 1987 setzt dort an, wo das Interesse etwa Hayden Whites oder Frank Ankersmits aufhörte, nämlich bei der empirischen und komparativen Erforschung erzählender Texte zum gleichen historischen Gegenstand. Und wenn die Beobachtungen von Iggers richtig sind, dann bieten die Anregungen aus der Narratologie weiterhin ein Potential, das von linguistischen Narrativisten kaum erschlossen, geschweige denn ausgeschöpft ist. Einen Eindruck dieses Potentials bietet die Studie *The rhetoric of historical representation* der Literaturwissenschaftlerin Ann Rigney.<sup>8</sup> Ihre Untersuchung ist eine der wenigen, die die Arbeiten Roland Barthes', Michel de Certeaus und Hayden Whites für einen konkreten Vergleich dreier erzählenden Texte zur französischen Revolution aufgegriffen hat. Ausführlich zeigt Rigney, welche Erzähltechniken Jules Michelet, Louis Blanc und Alphonse de Lamartine anwendeten, um ihre Darstellungen derselben Reihe von Geschehnissen in unterschiedlichen Erzählungen mit unterschiedlichen ideologischen Implikationen zu organisieren. Zwar nimmt ihre Studie vor allem rhetorische Strategien in den Blick, und nicht so sehr die übergreifenden narrativen Strukturen, die Geschehnisse über einen längeren Zeitraum hinweg zusammenzubinden vermögen (die Fallbeispiele erzählen die Ereignisse einiger Jahre, während etwa die Stadtgeschichte Berlins mehrere Jahrhunderte umfasst). Dennoch bietet Rigney vielfältige Anknüpfungspunkte für einen Vergleich der drei Geschichten der Stadt Berlin, vor allem, wenn es um ihre intertextuellen Verbindungen und kommunikativen Eigenschaften geht.<sup>9</sup>

In Hinblick auf die postmodern-narrativistische These, dass weder mit rationalen Argumenten, noch mit Verweisen auf Quellen oder auf die historische Wirklichkeit bestimmte Erzählformen gegenüber anderen zu bevorzugen seien, sei noch einmal betont, dass der hier vorgenommene Vergleich der Berliner Geschichten die Frage nach ihrem relativen oder absoluten Wahrheitsgehalt, oder gar die Frage nach dem „besten“, oder dem „wahrsten“ Narrativ weder stellen noch beantworten wird.<sup>10</sup> Diese Zurückweisung normativer Evaluie-

---

7 Chris Lorenz nannte Ankersmits Beispiele „trivial“ (Chris Lorenz, „Het masker zonder gezicht. F. R. Ankersmits filosofie van de geschiedschrijving“, *Tijdschrift voor Geschiedenis* 97 (1984), S. 169–194, hier S. 189) und C. Belan McCullagh leitete seine Rezension zu Ankersmits *Narrative Logic* mit dem Satz ein: „From its title one might expect this to be a book about the structure of narratives in history, but it is not.“ Ankersmits Beitrag sei nicht überzeugend, „precisely because it is not empirical enough and not analytical enough. General accounts on historical knowledge and understanding are only illuminating of based upon fine analysis of actual examples. The absence of such analysis in this book explains its inadequacies.“ (*HT* 23 (1984), S. 394–403, hier S. 394 und 403.)

8 Rigney, *The rhetoric of historical representation. Three narrative histories of the French Revolution* (Cambridge u. a., 1990). Vgl. aber für das kollektive Gedächtnis: Zerubavel, *Time maps*; Wertsch, *Voices of collective remembrance* (Cambridge, 2002). Ähnlich wie Rigney argumentiert jetzt: Eckel, „Der Sinn der Erzählung“.

9 Vgl. auch Rigney, „Time for visions and revisions“ und: dies. „Relevance, Revision and the fear of long books“, in: Kellner und Ankersmit, *A new Philosophy*, S. 127–147.

10 White behauptete in den 1980er Jahren bekanntlich, dass alle narrativen Modellierungen epistemologisch gleich plausibel seien, wenn ihre „Fakten“ richtig sind. Somit gebe es nur ästhetische, politische oder moralische Gründe, um bestimmte Versionen der Geschichte zu bevorzugen und andere abzulehnen. „Any given set of real events can be emplotted in a number of ways, can bear the weight of being told as any number of different kind of stories. Since no given set or sequence of real events is intrinsi-

rung – gleichviel, ob wissenschaftlich, ästhetisch oder politisch motiviert – bedeutet nicht, dass „Fakten“ und „Wahrheit“ für die narratologische Analyse bedeutungslos werden, im Gegenteil. Auch in der nachfolgenden Untersuchung geht es um die Grenzen der Interpretierbarkeit der Historie, doch diesen Grenzen wird hier durch einen Vergleich realer Erzählungen untereinander nachgespürt.<sup>11</sup> Weil alle Versionen der Stadtgeschichte den Anspruch hatten, in der historischen Wirklichkeit begründet zu sein, lässt sich nur komparativ feststellen, welche Ereignisse und Daten in die Erzählungen jeweils aufgenommen oder ausgelassen, hervorgehoben oder versteckt wurden, und ob und wie diese Wahl im Text gerechtfertigt wurde. Gab es bestimmte Ereignisse, die in der Darstellung der Geschichte Berlins nicht fehlen durften? Wie gingen die Historiker mit Geschehnissen um, die nicht in ihre Plotstruktur passten? Einseitigkeiten, „weiße Flecken“, Tabus oder Verzerrungen können nur relativ verstanden und anhand inner- und intertextueller Analyse der Erzählungen der Berliner Stadtgeschichte untersucht werden.

## Narrative Elemente in der Narratologie

Anders als der postmoderne Narrativismus hat die (post)strukturalistische Erzähltheorie ein reiches Instrumentarium für die systematische Analyse von Narrativität entwickelt. Die Narratologie abstrahiert von den Inhalten einzelner Erzählungen und fragt nach ihren ordnenden Prinzipien. Durch diese Abstraktion von den Inhalten und durch die Aufmerksam-

---

cally tragic, comic farcical, and so on, but can be constructed as such only by the imposition of the structure of a given story type on the events, it is the choice of the story type and its imposition upon the events that endow them with meaning.” Und: “One must face the fact, that when it comes to apprehending the historical record, there are no grounds to be found in the historical record itself for preferring one way of construing its meaning over another.” (White, *Content*, S. 44 und 75. Zum problematischen Unterschied zwischen „wahren“ Fakten oder „Statements“ und „wahrheitslosen“ Narrativen: Lorenz, „Can histories be true?“, und ders. „Het masker zonder gezicht“.) Zwar hat White auch diese Ansicht nicht durch eine Textanalyse konkreter Erzählungen veranschaulicht, doch letztlich ist seine halbherzige Zurücknahme der These auf einer Tagung zu den Grenzen der Repräsentation des Holocausts eher als ihre ironische Bestätigung denn als ihre Falsifizierung lesbar. Denn die Empörung über Whites provokante Behauptung der kognitiven Beliebigkeit der Erzählform mündete 1990 in die Frage, ob es etwa möglich sei, die Geschichte der Ausrottung des Europäischen Judentums auch als „Komödie“ zu modellieren. (Die Beiträge in: Saul Friedländer (Hg.), *Probing the limits of Representation. Nazism and the “Final Solution”* (Cambridge, London, 1992)). Konfrontiert mit der versammelten Historikerzunft und mit dem historischen Eckstein des moralischen Selbstverständnisses seiner Gesellschaft kapitulierte White, indem er die „Komödie“ als mögliche „wahre“ Erzählform des Holocausts ausschloss. (Hayden White, „Historical emplotment and the problem of truth“, in: Kiesow und Simon, *Auf der Suche*, S. 37–53, bes. 40.) Dennoch hielt White den Kern seiner Theorie aufrecht, indem er mit einigen Beispielen immerhin die Möglichkeit *verschiedener* Erzählweisen darlegte – die Veranstaltung vermittelte fast den Eindruck, als wollten einige White „in die schäbige Nähe von Holocaust-Leugnern“ rücken, wie Dieter Simon später anmerkte (ebd., S. 142), als habe er vor allem vor dem moralischen Druck kapituliert und als wurde die Komödie – entsprechend Whites Theorie – vor allem aus moralisch-ideologischen Gründen aus der Gruppe von konkurrierenden Erzählungen zum Holocaust ausgeschlossen.

11 Dies entspricht im Übrigen dem Vorschlag, den Ankersmit entwickelt (aber nicht ausführt), um die „relative Objektivität“ der „Narratios“ festzustellen, wobei hier aber Ankersmits Verständnis von „Scope“ als Originalität und Unkonventionalität nicht übernommen wird. Vgl. Ankersmit, *Narrative Logic*, S. 251–260.

keit für die Regelmäßigkeiten von Erzählungen hat sie insbesondere zwei Leistungen erbracht, die dem Vergleich dreier historischen Erzählungen über denselben Gegenstand dienlich sein können.<sup>12</sup>

Erstens hat sie einen analytischen Unterschied zwischen verschiedenen Ebenen der Erzählung etabliert, etwa zwischen dem Text und der Erzählung oder zwischen der Erzählform und dem Erzählstoff. Diese Erschließung der „Tiefenstruktur“ der Erzählung kann dem Historiker helfen, in Geschichten den Erzählkern bloßzulegen und ihre sprachliche Vermittlung und Ausgestaltung zu untersuchen. Und obwohl die Theoretiker verschiedene solcher Ebenen kreieren und diese auch verschieden bezeichnen, steht eine grundsätzliche Unterscheidung am Anfang nahezu aller erzähltheoretischen Arbeiten, nämlich die Trennung zwischen einerseits den Ereignissen, von der die Erzählung handelt, und andererseits ihrer Repräsentation durch die Erzählung.<sup>13</sup> Dabei liegt der eigentliche Zusammenhang, der Sinn oder die Bedeutung des Stoffes nicht in ihm selbst beschlossen, sondern wird von seiner narrativen Organisation erst geschaffen.

Die Parallele zur Vergangenheit und Geschichtsschreibung liegt auf der Hand. Denn wenn *historische* Erzählungen zum Gegenstand narratologischer Fragen werden, so steht dieser Unterschied zwischen dem *Stoff der Vergangenheit* und der *Erzählung einer Geschichte* im Zentrum. Anders als der Autor fiktiver Literatur kann der Historiker die Ereignisse, die er als Stoff für seine Erzählung nimmt, nicht beliebig erfinden. Sein Anspruch, eine wahre Geschichte zu erzählen, beschränkt ihn, auch wenn die Geschehnisse nicht mehr beobachtbar, sondern vergangen und damit unerreichbar sind. Die Menge des Erzählstoffes, der ihm zur Verfügung steht, ist durch Überlieferung, Erinnerung und Forschungstradition nicht endlos und zudem durch die bestehenden Erzählungen seiner Vorgänger, Kollegen oder Konkurrenten bereits vorstrukturiert. Die Chronologie des Vergangenen bildet das Material, aus dem er durch Selektion, Hervorhebung, Weglassung, Bewertung und Verbindung eine Erzählung komponiert, um den historischen Geschehnissen die von ihm gewünschte Bedeutung zu verleihen – weitere kann er nicht dazuerfinden, und auch die Möglichkeit, zentrale Ereignisse schlicht wegzulassen, ist für Historiker in der Praxis beschränkt.<sup>14</sup> Ich werde im Folgenden den erzähltheoretischen Unterschied zwischen den beiden Ebenen übernehmen und den Begriff des „Stoffes“ für die Geschehnisse, Daten und Personen der Berliner Geschichte verwenden sowie die Begriffe des „Plots“ oder der „narrativen Struktur“ für die übergreifende Erzähllinie in ihrer Repräsentation durch Historiker.

---

12 Gerald Prince, „On narratology (Past, Present, Future)“, in: A. Maynor Hardee und F. G. Henry (Hg.), *Narratology and Narrative*, 1–14; Mieke Bal, *Narratology. Introduction to the theory of narrative* (Toronto u. a. 1985, 2nd edition 1997, 4<sup>2004</sup>); Karl Wagner (Hg.), *Moderne Erzähltheorie* (Wien, 2002); Susana Onega und José García Landa (Hg.), *Narratology: An Introduction* (London, New York, 1996); Paul Ricoeur, *Zeit und Erzählung*, 3 Bd. (München, 1988–1991) sowie klassisch Eberhard Lämmert, *Bauformen des Erzählens* (Stuttgart, 1955).

13 Gleichviel, ob diese Trennung wie bei den russischen Formalisten unter den Begriffen *fabula* und *szujet* vollzogen wird, ob die Ebenen wie in der angelsächsischen Erzähltheorie *story* und *plot* heißen, oder *Geschichte* und *Fabel*, wie in Eberhard Lämmerts *Bauformen des Erzählens* – der Unterschied zielt immer auf die chronologisch sortierbaren Ereignisse, die den Stoff der Erzählung bilden, und ihre sinnvolle Anordnung in der eigentlichen Erzählung. Vgl. Onega und Landa, *Narratology*, S. 6; Bal, *Narratology*, S. 5; Lämmert, *Bauformen des Erzählens*, S. 25.

14 Dies zeigt Rigney, *The rhetoric of historical representation*, S. 17f. und passim.

Zweitens hat die Narratologie eine Reihe von narrativen „Elementen“ benannt, womit Erzählungen identifiziert, beschrieben und verglichen werden können. Diese narrativen Elemente sind als Ordnungsleistungen zu begreifen, die den Stoff zu einer Erzählung transformieren. Ihre Kombination ergibt eine spezifische narrative Struktur, die die Erzähllinie der gesamten Geschichte prägt. Zu diesen narratologischen Ordnungsleistungen gehören: die Einrichtung der Sequenz der Ereignisse, die Konstitution zentraler Akteure, die Konzeption von Wandel und Kontinuität über einen bestimmten Zeitraum, die Betonung von Frequenz oder Wiederholung und schließlich der Rhythmus der Erzählung.<sup>15</sup> Bevor diese fünf Kategorien für die Analyse der drei Berliner Geschichten herangezogen werden, seien sie hier kurz erläutert, denn ihr Transfer von der Analyse fiktiver zur Analyse historischer Erzählungen verlangt einige Modifikationen.

So fällt von den fünf genannten „Bauformen des Erzählens“ die erste, das Manipulieren der *zeitlichen Sequenz* des Stoffes („flashbacks“ und „flashforwards“), für den Historiker in der Regel als offene Gestaltungsmöglichkeit weg. Im Großen und Ganzen erzählen Historiker ihre Geschichten chronologisch, besonders wenn es sich, wie im vorliegenden Fall, um Überblicksdarstellungen handelt. Allerdings sind drei Bemerkungen zu machen, die auf Ausnahmen hinweisen. Erstens hat Arthur Danto mit seiner Definition des „narrative sentence“ gezeigt, dass die Retrospektive eine inhärente Voraussetzung historischer Bedeutungszuschreibungen ist. Obwohl Historiker dies oft verbergen, schafft erst das Ende einer Geschichte ihren Sinn, ihre Erzählperspektive und ihre Ordnung.<sup>16</sup> So betrachtet, ist alle Geschichtsschreibung antizipierend, denn der Ausgang historischer Erzählungen ist in der Regel sowohl den Historikern als auch ihrem Publikum vorher bekannt. In diese Richtung weist auch die zweite Bemerkung, denn eine übliche Form offener Antizipation ist die zusammenfassende Vorschau am Beginn. Die stadthistorischen Kurzfassungen von Hans Grantzow, Reinhard Rürup und dem *Thesen*-Kollektiv nehmen in der Tat Verlauf und Ergebnis der Geschichte Berlins bereits kurz vorweg, bevor dann im eigentlichen Text genau erzählt wird, „wie es so gekommen ist“.<sup>17</sup> Drittens bietet die Abweichung von der strengen Chronologie dem Historiker ein einflussreiches Instrument für die Narrativisierung seines Stoffes, wenn es konkret um die Repräsentation historischer Ereignisse geht. Denn Historiker können (und müssen, denn der Text ist linear) manchmal zeitgleiche Geschehnisse nacheinander, also anachronistisch behandeln. Beispiele wären das Aufteilen von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen in einem bestimmten Zeitabschnitt, oder

---

15 Vgl. Lämmert, *Bauformen des Erzählens*, S. 24–42; Bal, *Narratology*, S.78–131.

16 Danto definiert „narrative sentences“ wie folgt: „Their most general characteristic is that they refer to at least two timeseparated events though they only *describe* (are only *about*) the earliest event to which they refer.“ (Danto, *Narration and Knowledge*, S. 143–181, hier 143.) Er selbst nennt das Beispiel der Geburt Newtons, der zwischen 1685 und 1687 seine *Principia* schrieb. Die Feststellung „The Author of *Principia* was born at Woorlethorpe on Christmas Day, 1642“ verweist auf beide Daten. Vgl. Danto, *Narration*, S. 158.

17 „This type (of anticipation, KT) robs the narrative of suspense, at least a certain kind of suspense. The suspense generated by the question ‘how is it going to end?’ disappears; after all, we already know how it is going to end. However, another kind of suspense, or rather a tension which keeps the reader engaged, may take its place, prompting questions like ‘How could it have happened like this?’, with such variants as ‘How could the hero(ine) have been so stupid?’ or ‘How could the society allow such things to happen?’“ (Bal, *Narratology*, S. 95.)

das getrennte Erzählen von zeitgleichen Ereignissen an verschiedenen Orten. Auf diese Weise nehmen Historiker Rangordnungen, Trennungen und Deutungen vor.

Das zweite Element der übergreifenden „narrativen Struktur“ ist die Identifikation und Konzeption der *zentralen Akteure* der Erzählung – eine in der Geschichtsschreibung zutiefst ideologische Angelegenheit. Denn obwohl die drei Geschichten der Stadt Berlin in erster Linie von der Stadt Berlin handelten, so war die Stadt deshalb nicht zwingend auch der zentrale Akteur. Konnte „Berlin“ alle Handlungen der Erzählung verrichten? Meistens wurden handelnde Akteure, oder Gruppen von Akteuren, in politisch prägenden Kategorien wie den Königen, dem Volk, den Arbeitern, den Bürgern oder der Gesellschaft gesucht, und oft galten diese wiederum als Agenten größerer Kräfte, etwa historischer Gesetzmäßigkeiten oder Entwicklungsprozesse. Wenn von Berlin die Rede war, aber eigentlich seine Führung, sein Volk oder seine Bürgerschaft auftraten, so wurde der Stoff der Geschichte narrativisiert und gedeutet. Die Frage ist also, welche Figuren die Stadt im narrativen Text jeweils repräsentierten und wo die Essenz oder der eigentliche Kern der Stadt verortet wurde. Zudem wurden die Erzählungen von einer Reihe Akteuren bevölkert, die keine explizite narrative Funktion erfüllten. Schließlich ging es hier um historische Erzählungen mit Wahrheitsanspruch, und deshalb *mussten* manche Personen oder Gruppen der Vollständigkeit halber auftreten.

Das dritte narrative Element ist für Narratologen der *Zeitraahmen* der Erzählung, der im Stoff der Geschichte Berlins scheinbar präzise abgesteckt ist – nämlich die 700 oder 750 Jahre zwischen Stadtgründung (oder erster urkundlicher Erwähnung) und der Gegenwart. Bei genauerem Hinsehen werden hier aber große Variationen deutlich, denn vor allem im Hinblick auf den „eigentlichen“ Anfang der Geschichte Berlins bestanden zwischen den systemgebundenen Stadthistorikern sehr verschiedene Auffassungen. Der gewählte Zeitraumen implizierte stets eine Entwicklung, einen Wandel des Anfangszustands zum Endzustand, gleichwohl, ob diese Veränderung durch harmonisches Wachsen, Krisen, Rückfälle oder Beschleunigungen zustande kam. Die Art des erzählten Wandels (und dessen Begründung) bestimmte den erzählten Zeitraum entscheidend mit, und sie prägte somit die narrative Struktur der Geschichte.

Die Inszenierung von Ereignissen oder Perioden als Wiederholungen ist eine vierte Ordnungsleistung, die in der Narratologie als „*Frequenz*“ bezeichnet wird.<sup>18</sup> Frequenzkonstruktion findet in der Regel Anwendung in der Konfiguration und Repräsentation konkreter Ereignisse, etwa wenn das Errichten von Barrikaden in Revolutionen nicht als ein Gesamt ereignis, sondern jede einzelne Blockade als einzelnes Ereignis erzählt wird. Durch solche repetitiven Präsentationsformen wird die Präsenz der Ereignisse hervorgehoben und die Aufmerksamkeit des Lesepublikums auf die gemeinsamen Aspekte solch mehrfach erzählter Geschehnisse gelenkt.<sup>19</sup> In einer besonderen Form prägen repetitive Muster aber auch übergreifende Plotstrukturen in der Geschichte, etwa als regelmäßige Wiederkehr von Aufstieg und Niedergang, von Kriegen, Revolutionen oder Reichsgründungen. Meistens dienen solche Wiederholungsmomente als Antizipationen auf die Gegenwart, beispielsweise als heroische Versuche, das erzählte Telos schon früher zu erreichen. In diesem Sinne wird die Kategorie der Frequenz im Folgenden auch auf die narrativen Strukturen der Berliner Erzäh-

---

18 Bal, *Narratology*, S. 111ff.

19 Rigney, *The rhetoric*, S. 81ff.

lungen angewandt, nämlich in der Frage nach einem „Goldenen Zeitalter“ der Geschichte Berlins, dem sich die Gegenwart verwandt fühlte und an das sie als dessen Wiederholung oder Erneuerung anzuknüpfen versuchte.

Fünftens gelten das *Tempo* und verändernde Rhythmen in der Narratologie als ein zentrales Merkmal der narrativen Struktur von Erzählungen. Der Begriff des Rhythmus zielt auf den bekannten Unterschied zwischen „Erzählzeit“ und „erzählter Zeit“, der auf Günther Müller zurückgeht und unter anderem von Paul Ricoeur ausgearbeitet wurde.<sup>20</sup> Das manipulative „Spiel mit der Zeit“ (Ricoeur) ist für den Historiker ein kraftvolles Mittel, um bestimmte historische Ereignisse „wahr“ wiederzugeben und zugleich hervorzuheben oder zurückzustellen: Durch Zusammenfassungen können längere Perioden übersprungen werden, während kürzere Geschehnisse durch Verlangsamung des Erzähltempos narrative Schlüsselfunktionen gewinnen können. Diese Wechsel des Erzähltempos bilden zentrale Merkmale der narrativen Struktur auch in historischen Erzählungen.<sup>21</sup>

Allerdings herrscht in der Narratologie über das genauere „Messen“ der Tempi eine etwas hilflose Unsicherheit. Zwar ist die erzählte Zeit im Sinne der Uhr- oder Kalenderzeit meistens sehr genau feststellbar. Aber was ist die Erzählzeit? Ist das die Zeit, die der Autor braucht, um ihn zu erzählen, also zu schreiben? Ist es die Zeit, die der Leser braucht, um den Abschnitt zu lesen? (Und wie misst man das?) In der narratologischen Praxis läuft es zumeist auf die Textmenge hinaus, die für die Repräsentation einer Zeitspanne gebraucht wird.<sup>22</sup> Bezogen auf die narrative Makrostruktur der Berliner Stadtgeschichten zielt die Frage nach dem Tempo dann auf die inneren Proportionen der Erzählung, also auf die Länge der verschiedenen Kapitel im Verhältnis zu den in ihnen erzählten Zeitspannen. Hierdurch kommt auch die Periodisierung der Geschichten in den Blick.

In der narratologischen Theorie werden fünf Grundformen des Rhythmus unterschieden. Die beiden ersten sind Tempi der Beschleunigung, nämlich die Zusammenfassung und deren Extremform: das Weglassen, die „Ellipse“. Die beiden letzten sind Tempi des Verweilens, nämlich die Verlangsamung und deren Extremform: der Stillstand oder die „Pause“. Die mittlere Form, die im Grunde als Maß für Beschleunigung und Verlangsamung dient, ist die „Szene“, wo erzählte Zeit und Erzählzeit theoretisch parallel laufen. Sie kommt in histo-

---

20 Günther Müller, *Morphologische Poetik. Gesammelte Aufsätze* (Darmstadt, 1968), S. 247–298; Paul Ricoeur, *Zeit und Erzählung*, II, S. 129–136; Lämmert, *Bauformen des Erzählens*, S. 23.

21 „Die Spannungen zwischen der Zeitfolge des Erzählens und der Zeitfolge des erzählten Geschehens liegen zutage allein in dem Umstand, dass die ‚Geschichte‘ mehrerer Generationen in wenigen Stunden erzählt werden kann. Es fiel schwer, anzunehmen, dass solche Verkürzung alle Partien des Geschehens gleichmäßig betreffen könnte: also muss das Verhältnis von Erzählzeit zu erzählter Zeit im Verlauf der Erzählung ständig wechseln. Eben dieses Verweilen, Raffens und Weglassens des Erzählers verleiht nicht nur bestimmten Stadien des Geschehens einen besonderen Akzent, sondern lässt den gesamten erzählten Stoff als etwas *Neugestaltetes* aus der Monotonie der bloßen Sukzession heraustreten.“ (Lämmert, *Bauformen des Erzählens*, S. 23.) Und Ricoeur, *Zeit und Erzählung*, II, S. 123: „Diese Raffungen bestehen nicht nur aus Abkürzungen, deren Maßstab unaufhörlich wechselt: sie bestehen auch darin, die Zeiten des Leerlaufs zu überspringen, den Lauf der Erzählung durch ein *staccato* des Ausdrucks zu beschleunigen (*Veni, vidi, vici*), Wiederholtes und Dauerndes in einem einzigen Ereignis zu verdichten (jeden Tag, unaufhörlich, wochenlang, im Herbst usw.). So bereichern Tempo und Rhythmus die Variationen der relativen Zeitlängen von Erzählzeit und erzählter Zeit innerhalb ein und desselben Werkes. Zusammengenommen tragen alle diese Momente zur Gestalt der Erzählung bei.“

22 Vgl. Müller, *Morphologische Poetik*, S. 269–298; Lämmert, *Bauforme*, S. 23; Ricoeur, *Zeit und Erzählung*, S. 131ff.; Bal, *Narratology*, S. 100.



rischen Darstellungen nicht vor: Eine vollkommene 1:1-Wiedergabe der „Szene“ wäre weder lesbar noch epistemologisch zu begründen.<sup>23</sup> Die übrigen Rhythmenformen vermögen aber jene Stellen zu verorten, wo Historiker von der Ebene des raschen Überblicks auf die Ebene langsamer Ereignisbeschreibung heruntersteigen und ihre Erzählung somit anhalten, oder wo sie die kleinen Schritte der Einzeldarstellung wieder für die größeren Sprünge der Synthese eintauschen. „Pausen“ liegen vor, wenn viel erzählt wird, aber nichts geschieht – hier schreitet nur die Erzählung voran, nicht aber die Geschichte. „Ellipsen“ bezeichnen Auslassungen. Genau genommen, können diese nicht wahrgenommen werden, denn was nicht erzählt wird, kennt man nicht (obwohl es in Romanen als besondere Kunst gelten kann, wenn Erlebnisse nicht erzählt, aber dennoch in der Erzählung deutlich spürbar werden). Aber in historischen Gesamtdarstellungen fällt es auf, wenn einige Jahre oder Jahrzehnte übersprungen werden, vor allem wenn es um Zeitspannen geht, die in anderen Geschichtsentwürfen, Gegenerzählungen oder Erinnerungen sehr präsent sind. „Ellipsen“ sind in der Geschichtsschreibung oft sehr wohl wahrnehmbar, nicht zuletzt als „weiße Flecken“, und diese gelten – anders als in der Fiktion – nicht gerade als eine fachliche Auszeichnung des Historikers. Deshalb bietet auch hier der Vergleich einen Ausweg, denn diese Form von Präsenz durch Absenz kann nur relativ verortet werden: entweder durch die Erforschung der Verhältnisse zwischen verschiedenen Phasen einer Erzählung untereinander oder durch den Vergleich verschiedener Narrative.

Insgesamt zielen also die Fragen nach dem narrativen Rhythmus im Folgenden vor allem auf Tempowechsel in den drei Geschichten der Stadt Berlin. Welche Geschehnisse oder Perioden werden jeweils ausführlich behandelt und dadurch hervorgehoben? Welche Zeitspannen werden zurückgestuft, indem sie stark zusammengefasst werden (oder besser: stärker zusammengefasst als andere)? Welche Ereignisse aus der Stadtgeschichte fallen „Ellipsen“ zum Opfer, und wo baut der Historiker „Pausen“ ein, um die besondere Aufmerksamkeit des Lesers auf bestimmte Figuren oder Geschehnisse zu lenken?

Schließlich lassen sich die übergreifenden Plotstrukturen der Berliner Stadtgeschichten mit Hilfe der Arbeiten von Northrop Frye in ihrer literarischen Form identifizieren. Diese Klassifizierung dient der Synthese und der Beschreibung der narrativen Strukturen in ihrer Gesamtheit.

---

23 So erläutert auch Bal für fiktive Erzählungen: „In a scene duration of the fabula and that of the story are roughly the same. It is useful to indicate why such coincidence cannot be qualified with any other adverb than ‚roughly‘. Most scenes are full of retroversions, anticipations, non-narrative fragments such as general observations, or atemporal sections such as descriptions. This is understandable once we realize that a truly synchronic scene, in which the duration of the fabula coincided completely with that of the presentation in the story would be unreadable. The dead moments in a conversation, the nonsensical or unfinished remarks are usually omitted.“ (Ebd., S. 105f.) Sogar im Falle des Dialogs – Schulbeispiel für Synchronität zwischen Beschreibung und beschriebenem Ereignis –, lässt sich die narratologische „Szene“ in historischen Quellen nicht begründen, ganz zu schweigen von komplexeren und länger dauernden Vorgängen einer Stadtgeschichte. Zudem umfassen Gesamtdarstellungen einer mehrhundertjährigen Stadtgeschichte keine Phasen, die in der Narratologie überhaupt als „Szene“ gelten könnten, sondern sie sind Zusammenfassungen, die meistens mehrere Jahre auf wenigen Seiten erzählen.

### 3. Narrative Makrostruktur und „vertikale“ Intertextualität

Mit Hilfe der erläuterten Begriffe der Narratologie lassen sich jetzt sowohl die übergreifenden Erzählmuster als auch die Gestaltung einzelner Ereignisse in den Geschichten Berlins untersuchen. In diesem Abschnitt geht es zunächst um die Makrostrukturen der Erzählungen, die in der Hauptsache anhand der drei Kurztexte zur Stadtgeschichte erforscht werden. Diese Plotstrukturen konfigurieren das Feld der Vergangenheit in seiner Gesamtheit und ermöglichen die Konstruktion von Kontinuitäten, die Selektion der zu behandelnden Geschehnisse und ihre Verknüpfung zu einer fortschreitenden Erzählung. Dabei entfalten nationalgeschichtliche *master narratives* vor allem auf diese *Gesamtmodellierung* der Vergangenheit ihren Einfluss, denn mehrere der folgenden Ordnungsleistungen konnten (oder mussten) im Stil und deshalb mit der Autorität des *master narrative* vorgenommen werden. Nacheinander werden hier für jede Erzählform die Konfiguration der „Stadt Berlin“, das Verständnis von Zeit und Wandel, die Identifikation eines „Golden Age“, die literarische Form der Plotstrukturen und die Tempowechsel mit ihrer Periodisierung untersucht.

#### Die narrativen Subjekte: Konfiguration der Stadt Berlin

Selbstverständlich handelt jede Geschichte Berlins von der Stadt Berlin. Aber was oder wer ist die Stadt? Die drei Erzählungen der Stadtgeschichte lokalisierten „den Kern“ oder „die Essenz“ Berlins unterschiedlich, weshalb die Stadt in den Erzählungen stets von anderen historischen Akteuren repräsentiert wurde. Entsprechend den *master narratives* wurde diese im „Dritten Reich“ um die Volksgemeinschaft, in der DDR um die kämpfenden Klassen und in West-Berlin um die großstädtische Bürgerkultur modelliert.

Die Präzisierung des eigentlichen Themas der Stadtgeschichte erfolgte in den Kurztexten, die von den Stadtverwaltungen herausgegebenen wurden, stets in vorangehenden Präambeln oder knappen Einleitungen.<sup>24</sup> Darin wandten sich die Historiker oder Stadtführer direkt an die Leser, um die Berliner Geschichte in größere Zusammenhänge einzuordnen und in einigen Sätzen die eigene Erzählform zu umreißen. Man verknüpfte die Stadtgeschichte mit dem allgemeinen Geschichtsprozess und grenzte den eigenen Entwurf von anderen Stadterzählungen ab. Somit spiegeln diese Präambeln für die drei Wirklichkeitsordnungen ein-

---

24 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 3–6; Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 27ff., *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 5–8.

drucksvoll das unterschiedliche Verständnis der entscheidenden historischen Kräfte in der Stadtgeschichte.

So verwies Stadtpräsident Lippert den Berliner Bürger eingangs „auf die Geschlechter, die vor ihm an dieser Stätte gearbeitet und gekämpft haben, um ihm die Heimat zu schaffen.“ Er bezog sich auf die organische Volksgemeinschaft, die für den Zusammenhang zwischen ferner Vergangenheit und Gegenwart bürgte: „Wie jeder einzelne stolz sein möge auf seine Vorfahren, so solle er es auch werden auf diejenigen, die in der großen Familie der Berliner vor ihm gestrebt haben.“<sup>25</sup> Das generationenübergreifende Volk sollte als narratives Subjekt die Darstellung der Geschichte Berlins dominieren. Es gewährte die direkte Kontinuität zwischen Berlin als der Hauptstadt des Dritten Reiches und der Stadtgründung (und darüber hinaus zu den vorgeschichtlichen Germanen) und band die Stadt fest in die überwältigende Gemeinschaft aller Deutschen ein. Der Autor Hans Grantzow bestätigte diese Deutung in einigen einführenden Betrachtungen. Die harmonische Einordnung der städtischen in die volksdeutsche Geschichte sprach bei ihm etwa aus der Verknüpfung von Berlin mit anderen ostdeutschen Städten: Diese „sind und bleiben, wenn man die große Linie der Entwicklung und nicht die Rückschläge und Hemmungen betrachtet, untergeordnete Teile eines geschlossenen politischen Wesens, nicht Mosaikstückchen, aus denen sich ein notwendig zersplitternder Staat zusammensetzt.“ Östliche Städte wie Berlin „stehen als Ruhe- und Knotenpunkte im Strome eines Verkehrs, der durch sie hindurchführt. Sie sind nicht nur für sich lebende abgeschlossene Einzelwesen, sie weisen von vornherein hinaus in die Weite, sie zeigen sich als Teile eines über ihnen stehenden großen Ganzen.“<sup>26</sup>

Doch die Stadt selbst blieb in der „braunen“ Erzählung ihrer Geschichte bemerkenswert passiv. Sie war von äußerer Führung abhängig und beobachtete nahezu ihr eigenes Schicksal. Städtische Ereignisse wurden stets auf größere, außerhalb der Stadt verortete Impulse zurückgeführt, gleichwohl ob dies die „überschüssige deutsche Volkskraft“ war, die zur Stadtgründung führte, oder Fürsten und Könige, die mit der „starken Hand des Führers“ Ordnung schufen. Auch musste Joseph Goebbels die passiv bleibende Stadt für den Nationalsozialismus „erobern“. Die Passivität der Stadt spiegelt sich schließlich darin, dass sie im Text eher von ihren „toten“ Merkmalen, wie geographischer Lage und Bausubstanz, als von ihrer lebendigen (handelnden) Bevölkerung repräsentiert wurde.<sup>27</sup> In dieser Geschichte galt: Lebte die Stadt mit ihren Herrschern im Einklang, so ging es ihr gut und erfolgte auch ihre „Verschönerung“. Aber als im 19. Jahrhundert die starke Führung und Ordnung fehlte, so wurden die Grundstücke Berlins „übermäßig bebaut, die ‚Mietskaserne‘ wird die übliche Hausform, ohne dass gesetzliche Vorschriften diese höchst ungesunde Wohnweise unterbinden.“ Bei den „praktischen Aufgaben“, die aus dem großen Wachstum hervorgingen, blieb „wenig übrig für die Verschönerung des Stadtbildes, im Gegenteil, es setzt bereits eine ‚Verschandlung‘ ein, die erst in unseren Tagen langsam und unter schweren Opfern besei-

---

25 Julius Lippert, „Zum Geleit“, in: Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 2.

26 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 6.

27 Grantzow beschrieb ausführlich den vorgeschichtlichen Urzustand des Berliner Raumes, um nach weiten Ausblicken bei der kleinen Spreeinsel innezuhalten und mit der Spree auch die sieben Jahrhunderte zu überbrücken: „Dieser Übergang über das Spreetal ist heute die Gertraudenbrücke und der Mühlen-damm.“ (Ebd., S. 4.)

tigt wird.“<sup>28</sup> Bei alledem ist die Stadt ein starker Führung bedürftiges Gemeinwesen, aber vor allem eine passive Sammlung baulicher Substanz.

Im Vorwort der Ost-Berliner Thesen 750 Jahre Berlin wurde „ein dreiviertel Jahrtausend wechselvoller Geschichte einer Stadt und ihrer Bürger“ angekündigt, „die mit der deutschen und in vielem mit der europäischen und Weltgeschichte verknüpft ist.“ Diese Einordnung diene nicht dazu, eine völkische Gemeinschaft herzustellen, sondern Berlin als Teil des historischen Universums zu begreifen, dessen Entwicklungsgesetze ebenso auf die Stadt wie auf alle anderen Orte der Welt wirkten: „Über Jahrhunderte hinweg war Berlin Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges.“ Diese „Kräfte“ des Fortschritts und der Reaktion sind in den Thesen jene Instanzen, die, repräsentiert von regelmäßig wechselnden historischen Gruppen, Klassen und Schichten, den Verlauf der Geschichte Berlins verwalten – keine harmonische Volksgemeinschaft also, sondern eine der Geschichte immanente Spannung prägte das Schicksal der Stadt. Dass Berlin aber mehr war als ein passiver „Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen“ verdankte dieser Entwurf einem zweiten Erzählstrang, der dem der Klassenkämpfe im Grunde unverbunden zur Seite stand, nämlich der dem Ort inhärente und auf Ost-Berlin ausgerichtete Hauptstadtcharakter. Und nur in der DDR konnte diese Eigenschaft Berlins voll aufblühen: „War das deutsche Kaiserreich 1871 auf fremden Boden proklamiert, war die bürgerliche Republik 1919 aus Furcht vor der revolutionären Arbeiterbewegung in Weimar aus der Taufe gehoben worden und hatten sich die imperialistischen Spalter 1949 in das linksrheinische Bonn zurückgezogen, um hier die BRD ins Leben zu rufen, so erfolgte die Gründung des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates in Berlin, mitten unter den Berlinern. (...) Diese Hauptstadt-Funktion Berlins besitzt tiefe historische Wurzeln und ist mit vielen großen Traditionen deutscher und Berliner Geschichte verbunden.“<sup>29</sup>

Durch die Eingliederung Berlins in jeweils größere historische Zusammenhänge legten sich im Dritten Reich und der DDR die Großerzählungen (Volksgemeinschaft; Fortschritt/Reaktion) über die lokalen Narrative der Berliner Vergangenheit. Auch in West-Berlin suchten die Historiker Anschluss an übergreifende, bundesrepublikanische Erzähltraditionen, was sich bei Reinhard Rürup gleich im ersten Satz seiner zusammengefassten Stadtgeschichte ausdrückte: „Es gibt, wie Gustav Heinemann treffend formuliert hat, ‚schwierige Vaterländer‘. Es gibt auch schwierige Städte, deren Geschichte und Gegenwart nicht auf einfache Formeln zu bringen sind. (...) Berlin scheint in diese Kategorie zu gehören.“ Im „schwierigen Vaterland“ war Berlin eine „schwierige Stadt“ – auch hier wurden National- und Stadtgeschichte durch einen Akt von „narrativer Hierarchie“ synchronisiert. Doch die Bestimmung des Kerns der Stadt leistete West-Berlin zusätzlich in offener Konkurrenz zu anderen Entwürfen der Geschichte Berlins. Gleich dreimal grenzte sich Rürup im ersten Absatz durch den Gebrauch der Negation („nicht“) von anderen Berlinerzählungen ab: Schwierige Städte seien „nicht auf einfache Formeln“ zu bringen; die Geschichte Berlins sei „bis heute nicht auf einen einfachen Nenner zu bringen“ und „mit Berlin kann man es sich nicht bequem machen; Schwarz-Weiß-Bilder verfehlen die Vergangenheit ebenso wie die Gegenwart.“<sup>30</sup> Auf diese Weise erhielt Rürups eigene Erzählung gleich eingangs Dia-

---

28 Ebd., S. 25.

29 *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 5 und 64f.

30 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 27.

logmomente, denn offenkundig zielte er mit diesen Behauptungen nicht nur auf die Berliner Vergangenheit, sondern vor allem auf die als „geschlossen“ verurteilten Berlinerzählungen der Diktaturen, und auch auf die identitätsstiftenden Entwürfe konservativerer West-Berliner. Demgegenüber entwickelte Rürup die Widersprüche, Gegensätzlichkeiten und Umbrüche der Geschichte Berlins als zentrale Figuren seiner eigenen Geschichtserzählung. Er begründete diesen Dauerwandel in den wechselnden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen der dynamischen Großstadt – somit versprach er eine Berliner Version der Bielefelder Gesellschaftsgeschichte. In seiner Einführung traten Subjekte wie „die Berliner“, „die sozialen Gruppen“, die „Zuwanderer“ und die „Großstadtkultur“ auf den Plan. Im Vergleich zu den Präambeln der reichshauptstädtischen und Ost-Berliner Leittexte fällt weiter auf, dass Rürup – mit Ausnahme vielleicht des Heinemann-Zitats – die Grenzen der Stadt nicht überschritt. Dort, wo in den anderen Texten vom deutschen Volk oder vom „Arbeiter- und Bauern-Staat“ die Rede war, gab es bei Rürup keine weiteren Hinweise auf den deutschen Kontext, sondern eine konzentrierte Perspektive auf die Stadt und ihre Gesellschaft.

Angesichts dieser letzten Feststellung sei hier noch einmal kurz auf den „Richtungsstreit“ im West-Berliner Senat 1984 zurückgeblickt, denn der Inhalt dieses Streits war genau die Verortung des Kerns der Stadt Berlin. Sowohl Gottfried Korff („Menschenwerkstatt Berlin“) als Wolf Jobst Siedler („Berlin und die Deutschen“) suchten mit ihren Denkschriften die „Identität“ Berlins, die ausschlaggebende Kraft für seine historische Entwicklung. Die Essenz der Stadt verortete Siedler in ihrer Beziehung zur Nation, in ihrer Symbolfunktion für Deutschland und im Westberliner Mythos der Nachkriegszeit. Siedler definierte Berlin von außen her, denn ihn interessierte „die Rolle Berlins nicht so sehr für seine Bewohner, sondern für Deutschland und Europa; das erste hält die Stadt seit Jahrzehnten wirtschaftlich, das zweite politisch am Leben.“<sup>31</sup> Diese Erzählform der Stadtgeschichte hatte somit (bei allen gegensätzlichen ideologischen Implikationen) ein gewisses Strukturmerkmal mit den Darstellungen zur 700-Jahr-Feier und zur Ost-Berliner 750-Jahr-Feier gemeinsam, denn auch dort bestimmte eine Perspektive von außen (deutsche Volksgemeinschaft, Weltprozess) die Organisation und Deutung der Geschichte Berlins. Auch Korff suchte 1984 die Essenz der Stadt zu verorten. Obwohl er den Begriff der „Identität“ vermied, war sein Ausstellungskonzept nichts anderes als ein Identitätsangebot für Berlin, wobei er „das Wesen der Großstadt“ in ihrer „inneren Urbanisierung“ ausmachte. Wo Siedler die Stadt von außen sah, definierte sie Korff von innen: „Reduzierte Naturerfahrung, veränderter Zeitrhythmus, drangvolle Enge in Wohnungen und S-Bahn-Zügen, soziale Entwurzelung, aber auch die stete Erwartung von Aufstieg und Karriere“ hätten eben diese „Großstadtmentalität“ herbeigeführt, die Berlin im Grunde war.<sup>32</sup> Korff koppelte Berlin gleichsam von der Nation ab und verortete die Stadt in ihrer Bevölkerung, für die sich Siedler am wenigsten interessierte. Und

---

31 Wolf Jobst Siedler, „Stadt der Aufklärung“, *Die Welt*, 25. 8. 1984.

32 LA B Rep 150, 140, Baumunk/Korff/Plessen/Weick: Exposé der Ausstellung zur 750-Jahr-Feier Berlins „Menschenwerkstatt Berlin“, 19. 3. 1984. Nicht einmal die „äußere Urbanisierung“, die Korff als Pendant in sein Konzept einbaute, verwies auf die Ebene der Siedler'schen Nationalrepräsentanz, sondern nahm lediglich die äußerlichen Folgen der Urbanisierung innerhalb der Stadt in den Blick: „Gaslicht und Elektrizität, Kanalisation und öffentliche Hygiene, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen, Polizei und Feuerwehr, Massenverkehrsmittel, Fabriken und Mietskasernen, Kaufhäuser, Markthallen und Schlachthöfe, Vergnügungstätten, Museen und Ausstellungen, Kinos und Sportanlagen“ (Ebd.)

er orientierte sich dabei an Modernisierungsprozessen, die in den 1980er Jahren in weiten Kreisen der Bundesrepublik auch die Deutung der deutschen Gesellschaftsgeschichte umrahmten.

Es ist leicht erkennbar, dass der Urbanisierungsentwurf im von Rürup geleiteten Endprodukt der Ausstellung schließlich dominant war. Modell bildend war 1987 die Ansicht, „dass in Berlin gar nicht die Gebäude, sondern die Menschen, nicht die Straßen und Plätze, sondern die wissenschaftlichen Diskussionen und die künstlerische Geselligkeit von Bedeutung seien.“ Diese Stadtbestimmung schuf trotz des Wandels Kontinuität über längere Erzählabschnitte hinweg: „Um 1830 mochte es wie der Abglanz einer langsam verblassenden Salonkultur und großbürgerlichen Geselligkeit erscheinen, doch begleitete die Vorstellung, dass die besondere Qualität Berlins in der Anregung des geistigen Lebens, in der Begegnung von Menschen und in der Offenheit des Meinungs austausches liege, auch die weitere Geschichte der Stadt – bis hin zu den berühmten literarischen Cafés des frühen 20. Jahrhunderts und über sie hinaus.“<sup>33</sup> Die politische Nationalsymbolik war weit zurückgetreten und entsprechend des politischen Schwebestatus West-Berlins präsentierte der Senat im Gropiusbau die scheinbar aus nationalen Zusammenhängen heraus gelöste Entwicklungsgeschichte eines selbständigen, dynamischen Gemeinwesens.

## Wandel und Zeitverständnis

Auch das Zeitverständnis der drei Erzählungen wurde weitgehend von den jeweiligen master narratives der deutschen Geschichte vorgegeben und gerechtfertigt. Denn um die Berliner Stadtgeschichte als organischen Teil im Werden und Entfalten des deutschen Volkes, als Manifestation universalhistorischer Entwicklungsgesetze oder als Ausdruck gesellschaftlicher Urbanisierung zu modellieren, war eine stets andere Zeitdeutung vonnöten, die Kontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen vermochte.

Grantzow machte seinen Kontinuitätsanspruch erneut an der Stadtgründung im Mittelalter fest, denn gemäß dem organischen Denkstil des reichshauptstädtischen Geschichtsdiskurses ergab sich daraus bereits das Wesen Berlins. Die Städtegründer planten am Spreeübergang einen „Schnittpunkt und eine Vermittlungsstelle zwischen dem Reich und dem Osten Europas“, und „damit war das Schicksal Berlins und der Gang seiner Geschichte für alle Zeiten festgelegt.“ Stärker, die Gründer Berlins hätten mit ihrer „Tat“ gar „den einzig möglichen Weg für die deutsche Geschichte gewiesen“.<sup>34</sup> Mit dieser selbstsicheren Einordnung der Berliner Stadtgründung in die volksdeutsche Geschichte übernahm Grantzow Kernelemente der – wenn auch diffusen – nationalsozialistischen Geschichtsbetrachtung. Seine Darstellung entsprach der Verewigung und der Erfahrung der Epochenwende, wie sie Hitlers Geschichts ideologie innewohnten, denn für dessen Ideenwelt bildete „die“ Geschichte eine zentrale und mythisch-unanfechtbare Instanz, die von der „Vorsehung“ gelenkt werde und deren „geschichtlichen Auftrag“ er, Hitler, erfülle.<sup>35</sup> Dieser historische Deutungsstil wurde im Dritten Reich vielerorts durch die Rede von „geschichtlichen Aufgaben“ reprodu-

---

33 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 36f.

34 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 4.

35 Kroll, *Utopie und Ideologie*, S. 31.

ziert – so auch von Grantzow, der die Denkfigur nicht nur auf die Stadtgründung bezog: „So wird hier, in dieser ostdeutschen Siedlung (...) die Grundlage für Brandenburg-Preußens geschichtliche Aufgabe und Entwicklung bis zum Dritten Deutschen Reich gelegt, dessen Hauptstadt mit Fug und Recht Berlin heißt!“<sup>36</sup> Auf diese Weise wurde der Leser schon auf den ersten Seiten mit einer ordnenden Instanz der Stadtgeschichte vertraut gemacht, nämlich mit dem „Auftrag“ Berlins, der der Stadt von Anfang an eigen gewesen sei. Die Erzählung berichtete fortan von der Realisierung dieser „Aufgabe“, einer schrittweisen Entfaltung der großen regulativen Idee. Anhand dieses feststehenden, ewigen „Schicksals“ wurden die Ereignisse in Berlin zu einer Aufstiegs Geschichte und die Gegenwart des Dritten Reiches mit der mittelalterlichen Ursprungszeit und mit der germanischen Besiedlung verknüpft. Ja, die Realität der „Hauptstadt des Dritten Reiches“ war nach diesem Denken im Keim eigentlich schon 1237 in der Stadt vorhanden gewesen.

Der geschichtliche Wandel Berlins war in dieser Erzählung also einer dem frühesten Auftrag entsprechende Entfaltung von Stadt und Volk. Dafür musste die traditionelle Legende in völkischem Sinne umgewandelt werden, denn die Nazis ersetzten das „vom Fischerdorf zur Weltstadt“ durch: Von der „kleinen Vorpostenstadt des Deutschtums im Osten zur Weltstadt und zur Hauptstadt“.<sup>37</sup>

Dieses auf Ewigkeit und mythische Schicksale angelegte Zeitverständnis unterschied sich bekanntlich grundlegend von den irdischen Kräften der historisch-materialistischen Geschichtsphilosophie. Aus der Perspektive Ost-Berlins war es weniger die Stadtgründung, die als Schlüsselereignis für die Richtigkeit der eigenen Erzählung gleich eingangs herangezogen wurde, sondern vielmehr der Entwicklungsprozess der gesamten Geschichte, für deren notwendigen Fortschrittscharakter schlicht die Gründung der DDR als bester Beweis galt: „Das sozialistische Berlin bezeugt den gesetzmäßigen Gang der Geschichte, wie es den endgültigen, durch niemand mehr rückgängig zu machenden Bruch mit dem deutschen Militarismus, Imperialismus und Faschismus, mit allen dunklen Seiten der Berliner Vergangenheit verkörpert.“<sup>38</sup> Ebenso wenig wie die großen Kräfte des volksdeutschen master narratives musste dieser „gesetzmäßige Gang der Geschichte“ in Ost-Berlin aus den Ereignissen der Stadtgeschichte rekonstruiert werden, sondern er war als Deutungsschema von der „sozialistischen Meistererzählung“ schon vorgegeben. Der historische Weltprozess abfolgender Gesellschaftsformationen war universell zwingend, und unter seinem Einfluss schritt die Stadtgeschichte unaufhörlich und vor allem unumkehrbar voran. Das musste keineswegs heißen, dass die Berliner Geschichte über 700 Jahre ohne harte „Auseinandersetzungen“ zum Sozialismus vorangeschritten war. Im Gegenteil, die Legitimität des Hauptstadtcharakters Berlins bezog sich gerade aus der extremen Härte der Klassenkämpfe in dieser Stadt, die den Sieg des Fortschritts nach 1945 umso monumentaler machte.<sup>39</sup>

---

36 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 6. Ähnlich etwa bei Kügler: „Ein gewaltiges Geschehen hat in rund 700 Jahren aus dem kleinen Landstädtchen die Viermillionenstadt werden lassen.“ (Kügler, „Was der Berliner ...“, S. 13.)

37 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 32.

38 *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 6.

39 So auch Jelavich, „Kulturgeschichtliche Bemerkungen“, S. 109, über die Argumentation der *Thesen*: „Berlin konnte ja die Geburtsstätte der besten Kräfte der deutschen Geschichte werden, weil dort zugleich die schlimmsten Elemente der Nation sich zusammenfanden.“

Auch das Ost-Berliner Aufstiegsnarrativ war die Erzählung einer Verwandlung. Diese Verwandlung war aber weniger eine von klein zu groß, als vielmehr eine vom Bösen zum Guten, oder vom Krieg zu Frieden: „Berlin, von dem unter imperialistischer Herrschaft zwei Weltkriege ausgingen und dessen Name imperialistische Kräfte bis heute zum Schüren gefährlicher Spannungen zu mißbrauchen suchen, wurde zu einem Inbegriff konsequenter sozialistischer Politik des Friedens, der Völkerverständigung und internationaler Zusammenarbeit. Heute trägt diese Stadt den Ehrennamen ‚Stadt des Friedens‘.“<sup>40</sup>

Die dominante Stadterzählung in West-Berlin operierte mit einem dritten Zeitverständnis und auch einem anderen Zeitrahmen. Das Bild der ungreifbaren Großstadt war weitaus unabhängiger von der Nationalgeschichte als die Hauptstadtgeschichten 1937 und 1987. Zudem verwarf Rürup jede Aussage über zwingende, einheitliche Geschichtsprozesse oder festliegende geschichtliche Aufgaben. „Die Geschichte Berlins kann nicht als ein Prozeß des gleichmäßigen Wachsens und allmählichen Reifens beschrieben werden, es ist vielmehr eine Geschichte der unregelmäßigen Entwicklungen, der Verzögerungen, Beschleunigungen und scharfen Einschnitte.“ Er präsentierte die zu feiernden 750 Jahre als die Geschichte einer sich ständig erneuernden Stadt, deren Grundcharakter „auf eigentümliche Weise ungeschichtlich“ sei. Berlin war als „Stadt der Gegenwart“ immer erneuernd, zeitgemäß, in Bewegung und dynamisch: „Die unaufhörlich wachsende Stadt verschlang gleichsam ihre eigene Geschichte: Im Stadtbild ließen sich die Spuren der Vergangenheit (...) oft nur wenige Jahre, allenfalls einige Jahrzehnte zurückverfolgen. Schon im 17. und 18. Jahrhundert hatte sich die Stadt mehrfach grundlegend verändert“. Und später setzte erneut, vor allem „unter Einfluss der Industrialisierung und der (klein-)deutschen Nationalstaatgründung eine so dramatische, langanhaltende Wachstumsperiode ein, daß innerhalb weniger Jahrzehnte immer wieder eine ganz neue Stadt zu entstehen schien.“<sup>41</sup> Doch dieses auf die Großerzählung der Modernisierung ausgerichtete Narrativ musste große Teile der Vergangenheit opfern. Die erzählte Zeit war viel kürzer als im Dritten Reich und in der DDR (und auch als in der traditionalistischen Historischen Kommission). Wie in der Bielefelder Sozialgeschichte blieb das Mittelalter bei Rürup ohne Bedeutung, denn „die Groß- und Weltstadt Berlin war so sehr eine Neuschöpfung, dass die mittelalterlichen Traditionen der Stadt praktisch bedeutungslos für sie waren.“ Und ebenso wie die „Sonderweg“-Erzählung lief Rürups Entwurf nicht so sehr auf die Gegenwart zu, sondern sie endete vielmehr bereits mit der „nationalsozialistischen Herrschaft“, deren „Ergebnis“ die Zerstörung der Metropole war. „Berlin erlitt einen dramatischen Verlust an Substanz – an Menschen, an Ideen, an sozialen Strukturen. Danach konnte in der Stadt nichts mehr so wie vorher sein“.<sup>42</sup>

Der Wandel, der im Westberliner Narrativ erzählt wurde, lässt sich also durch die Formel ‚Aufstieg und Niedergang einer Metropole‘ beschreiben. Paradoxerweise blieb in dieser kurzen Geschichte der „Stadt der Gegenwart“ gerade auch die Gegenwart ein Fremdkörper, doch es war eben diese Sperrigkeit, die den Geschichtsentwurf auch für die konservativeren Kreise in West-Berlin akzeptabel machte. Denn das Bild einer immer sich wandelnden Stadt

---

40 *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 7. Und S. 65: „Dort, wo einst imperialistische Todfeinde der Nation an den Schalthebeln der Macht saßen und ihre volks- und friedensfeindlichen Ziele verfolgen, wird seit nunmehr vier Jahrzehnten eine Politik des Sozialismus und des Friedens, eine Politik für das Wohl der Menschen, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gemacht.“

41 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 27f.

42 Ebd., S. 28f.



korrespondierte mit der „Offenheit“ der deutschen (und Berliner) Frage und erlaubte den Schluss, dass auch die Teilung nur eine weitere, vorübergehende Phase war. Zudem lag eine liberal-demokratische Selbstbestätigung in der Gewissheit, dass der Absturz Berlins vom Totalitarismus verursacht worden war, der mit dem wahren Wesen der Großstadt unvereinbar war. Nur West-Berlin und nicht das Dritte Reich oder die DDR hatte die Lehre der so gestalteten Geschichte Berlins verstanden.<sup>43</sup>

So sind bezüglich der erzählten Zeit große Unterschiede zwischen den Narrativen der Geschichte Berlins beobachtbar, die für die Organisation des Stoffes jeweils prägend wirkten. Im Dritten Reich setzte der sinnstiftende Bezug zur Gegenwart bereits in vorgeschichtlicher Zeit ein, auch wenn dies nicht überall so suggestiv geschehen musste wie bei Otto-Friedrich Gandert, der angesichts des großen Warschau-Berliner Urstromtals meinte, dass die letzte Eiszeit „die ersten Wanderwege eiszeitlicher Jäger ebenso vorgezeichnet (hat) wie die Straßen des Führers in unseren Tagen. Stauend stehen wir vor dieser übergewaltigen Naturerscheinung.“<sup>44</sup> Die vorstädtische Periode wurde als ein vollwertiges und vor allem sinnvolles Kapitel der Geschichte Berlins organisiert. In Ost-Berlin wurden dagegen solche auf Kontinuität und Regelmäßigkeit setzenden Sinnbezüge erst ab 1237 gespannt, denn erst die Stadtgründung (oder ihre Ersterwähnung) setzte jenen Ort buchstäblich auf die Karte, wo fortan die historischen Gesetzmäßigkeiten ihre unausweichliche Wirkung entfalteten. Die DDR erzählte 1987 eine ziemlich genau 750-jährige Stadtgeschichte, anders als im Dritten Reich, wo diese länger dauerte, aber auch anders als in West-Berlin, wo sie kürzer war. Dort konstruierte die dominante Geschichtsdeutung einen historischen Sinnbezug erst ab der Aufklärung, im Grunde aber sogar erst mit der Industrialisierung der Stadt. Auffälliger noch war es, dass Korff und Rürup die eigentliche Stadtgeschichte im Dritten Reich enden ließen, und dass in ihren Ausstellungsräumen die Selbstgeschichte der geteilten Gegenwart gleichermaßen als kurioser Appendix des Aufstiegs und Niedergangs Deutschlands größter Metropole erschien.

## Die „Goldenen Zeitalter“ Berlins

Die Identifikation der Stadt, ihrer Wandlungsprozesse und des Zeitfensters lieferte den Historikern die Eckdaten für die Entwicklung weiterer narrativer Elemente, die die erzählerische Grundstruktur ihrer Geschichten ausmachten und die der Organisation des Stoffes dienten. Dazu gehörte auch jene historische Zeitspanne, die in den jeweiligen Narrativen als Blütezeit der Geschichte Berlins galt. Denn in allen drei Versionen wurde eine für Berlin besonders prägende Zeitspanne definiert, der man sich mehr als anderen verwandt fühlte, die als „Vorläufer“ der eigenen Gesellschaft gestaltet werden konnte und die deshalb mit besonderer Bedachtsamkeit erzählt wurde. Vergangene Blütezeiten dienten der Gegenwart als Legitimations- und Identifikationsangebot. Zudem bildeten sie einen ordnenden narrati-

---

43 „Der Aufstieg und die Blüte dieser Stadt beruhten in der Vergangenheit nicht zuletzt darauf, dass man auf Homogenität und Uniformität der Bevölkerung verzichtete und den vielen ethnischen, religiösen, sozialen und kulturellen Gruppen, die sich von der Mehrheitsbevölkerung unterschieden, Raum zur Entfaltung ihrer Eigenart und ihrer besonderen Fähigkeiten gewährte. Die Stadt (West-Berlin, KT) hat diese Tradition wieder aufgenommen“. (Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 54.)

44 Arendt, Faden und Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 2.

ven Fluchtpunkt, weil sich ihre Ausstrahlung auch auf frühere oder spätere Perioden entfaltete: Waren dies jeweils Etappen des Aufstiegs hin zur oder des Abstiegs von der Blüte? Erneut gab es drei verschiedene Goldene Zeitalter, die die Makrostruktur der drei Erzählmuster weiter auseinander trieben. Und auch hier ist der prägende Einfluss der nationalgeschichtlichen master narratives beobachtbar.

Das „Golden Age“ ist im literaturwissenschaftlichen Gebrauch etwa durch Northrop Frye ein mythischer Urzustand, der am Anfang – eigentlich außerhalb – eines Dramas liegt, durch eine Katastrophe oder einen Sündenfall verloren geht und der schließlich, nach den großen Abenteuern der Erzählung durch den Helden wiederhergestellt wird.<sup>45</sup> Diese Lesart entspricht etwa den nationalen Geschichtskulturen Europas, die die Mythen der Nation meistens in der vornationalen Zeit, nämlich im Mittelalter, begründen.<sup>46</sup> Auch wenn der Begriff des „Golden Age“ hier auf die „realistischere“ Blütezeit heruntergestuft wird, so kommt doch ihre Gestaltung durch die Nationalsozialisten der literarischen Lesart sehr nahe. Im „braunen“ Narrativ war das Goldene Zeitalter von mythischer Qualität und lag tendenziell tatsächlich außerhalb der stadtgeschichtlichen Erzählung. Noch bevor Berlin existierte, skizzierte sich die Reichshauptstadt ihre heroische Urzeit, die harmonisch (wenn auch kämpferisch, der germanischen Idylle entsprechend) zur Stadtgründung führte. In dieser Erzählung war „die Ausbreitung deutscher Kultur über die Elbe hinaus nach Osten, in ein Gebiet, das schon tausend Jahre vorher von Germanen bewohnt worden war, die am weitesten in die Zukunft weisende und dauerhafteste Äußerung deutscher Volkskraft des Mittelalters“.<sup>47</sup> Diese Welt strahlte noch auf die ersten Jahrhunderte Berlins ab, die als Ausläufer des Goldenen Zeitalters gedeutet werden können, denn die mittelalterliche Stadt wurde als eine harmonische Gesellschaft deutscher Pioniere dargestellt, die durch spätere Entwicklungen verloren gehen würde.

In West-Berlin war bekanntlich die Zeit der dynamischen Metropole das Goldene Zeitalter Berlins. „Auch heute bleibt unbestreitbar, das jene ‚Zwanziger‘, die im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg begannen und bis zur ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten dauerten, die große Zeit Berlins waren“, verkündete Rürup.<sup>48</sup> In der andauernden Transformationsgeschichte dieser Stadt bildete die explodierende Industriestadt ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Kern der Entwicklung Berlins, die in die „vielbewunderte Kulturmetropole eines demokratischen Zeitalters“ mündete.<sup>49</sup> Die Repräsentation des goldenen Berlins fand im Lichthof des Gropiusbaus ihren sinnlichen Niederschlag – die übrigen Ausstellungsräume waren diesem Zentrum der Geschichte kreisförmig zugeordnet. Auch außerhalb der Ausstellung wurde die Großstadt als legendäre Zeit inszeniert – etwa in „Mythos Berlin“.

Die stadthistorische Erzählung Ost-Berlins identifizierte ebenfalls ihr „Goldenes Zeitalter“, doch in der Hauptstadt der DDR wurde diese Blütezeit bezeichnenderweise nicht in der Vergangenheit verortet. Diese Fortschrittserzählung erlaubte keine Rückschritte im Entwicklungsprozess, weshalb frühere Perioden grundsätzlich nicht „größer“ sein konnten als spätere. Die Geschichte Berlins entwickelte sich hier in einem stetigen Aufwärtstrend, weshalb die beste Periode der Stadtgeschichte nur die letzte, also die Gegenwart, sein konnte.

45 Frye, *Analyse der Literaturkritik*, S. 173.

46 Patrick J. Geary, *The Myth of Nations. The Medieval Origins of Europe* (Princeton, 2002).

47 Arendt, Faden und Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, viif.

48 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 29.

49 Ebd., S. 28.

Das goldene Zeitalter der Stadtgeschichte war die DDR selbst, Berlins Zeit als Hauptstadt der DDR. Ungeachtet vieler Traditionen und Arbeiterhelden früherer Perioden wurden in dieser Erzählung die seit 1949 „verflossenen Jahrzehnte zum wichtigsten Kapitel der Stadtgeschichte.“ Auch deshalb musste Honecker den viel zitierten Satz sprechen, dass „in 35 Jahren DDR mehr für ein besseres, sinnerfülltes Dasein der Bürger Berlins, für ihr hohes materielles und kulturelles Lebensniveau getan und erreicht (wurde) als in Jahrhunderten früherer Stadtgeschichte.“<sup>50</sup>

Eine mythische, vorstädtische Ursprungslegende im Dritten Reich, ein großstädtischer Entwicklungshöhepunkt in West-Berlin und ein teleologisches Erfüllungskapitel in Ost-Berlin – die Synchronität zwischen Stadt- und Nationalgeschichte ist unübersehbar. Im Nationalsozialismus pflegten viele Ideologen einen bäuerlichen Germanenkult und in der DDR wurde der eigene Staat als beispielloser Höhepunkt der deutschen Geschichte inszeniert. In geringerem Ausmaß bestand die Parallelität auch im demokratischen Deutschland, denn obwohl die bundesrepublikanischen Historiker mögliche Blütezeiten der deutschen Geschichte im Allgemeinen nur zurückhaltend identifizierten, so war es – vielleicht neben den verpassten Chancen von 1848/49 – doch die Weimarer Republik, die für behutsame Traditionsbildung herangezogen wurde. In West-Berlin konnte man diese Kontinuitätsbildung noch deutlicher vornehmen, weil der Nationalsozialismus der republikanischen Metropole besonders feindlich entgegengetreten war, weil er nicht aus ihr selbst hervorgegangen war, und weil außerdem, wenn im Westen die „Weimarer Kultur“ bewundert wurde, oft die Kultur der dynamischen Großstadt Berlin gemeint war.

Der Einfluss der „Goldenen Zeitalter“ auf die Sinnproduktion der drei Berliner Stadtgeschichten ist kaum zu überschätzen. Sie wurden als Zeiten der Gegenwartsverwandtschaft inszeniert, als Perioden, die von der Gegenwart fortgeführt, wieder belebt oder ausgebaut wurden. Auf diese Weise prägte ein narratives Element der Frequenz die übergreifende Makrostruktur aller drei Erzählungen. Denn das besondere Verhältnis zwischen Gegenwart und Goldenem Zeitalter drückte sich in der sprachlichen und konzeptuellen Repräsentation beider Perioden unmissverständlich aus.

So gewann diese Verwandtschaft in der Konfiguration der gesamten Geschichtserzählung 1937 deutlichen Ausdruck. Denn bei genauerem Hinsehen trat „das Volk“ in dieser Erzählung der Geschichte Berlins nur sehr selten als eigenmächtig handelndes Subjekt auf. Dies geschah aber genau in jenen Erzählmomenten, die die „braune“ Erzählung vom traditionellen borussischen Erzählstil unterschieden: in der Vorgeschichte, der Zeit der Stadtgründung und in der Gegenwartsbeschreibung. Dazwischen, also in der Darstellung der „herkömmlichen“ Jahrhunderte der Stadtgeschichte, fiel sie weitgehend in die bekannten Erzählstrukturen des auf den preußischen Staat und die Hohenzollern-Dynastie ausgerichteten master narratives der deutschen Geschichte zurück. Das deutsche Volk betrat die historische Bühne, um Berlin zu stiften, verschwand kurz darauf zugunsten der preußischen Fürsten und Könige, nur um pünktlich zur Rettung der „wurzellosen“ Großstadt wieder aufzutauchen. Für diese Erzählweise ließen die Historiker schon im Kaiserreich einen „inneren“ Niedergang

---

50 *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 5f. Folgerichtig setzte sich der Aufwärtstrend auch innerhalb dieser 35 Jahre weiter fort, denn hier bildete noch einmal die Zeit unter Honecker den eigentlichen Höhepunkt: „Nie zuvor in der Geschichte haben sich das Antlitz der Stadt, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Berliner so tiefgreifend und dauerhaft zum Guten verändert wie bei der Verwirklichung der vom VIII. Parteitag beschlossenen, auf die Arbeit und den Fleiß aller Bürger gegründeten Politik.“ (Ebd., S. 77.)

Berlins beginnen, der in den gleichen organischen Kategorien gefasst wurde wie die „Goldene“ Urzeit auch: „Alle Fortschritte und Neuerungen auf technischem Gebiete können aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie ungesund der Kern ist, um den sich alles legt. Es ist schließlich kaum noch der Schein aufrechtzuerhalten, unter dem überall die Fäulnis hindurchblickt. Nur von innen heraus kann eine Heilung eintreten. Und schon ist aus der besten Kraft des deutschen Volkes eine Bewegung geboren, die schließlich in zäher Arbeit und zähem Kampf auch den Boden Berlins erobert.“<sup>51</sup> Das Motiv war der mittelalterlichen Ostkolonisation durch „überschüssige deutsche Volkskraft“ sprachlich-figurativ eng verwandt, und die Repetition und Rahmenfunktion (Anfang–Ende) bewirkten Kontinuitätseffekte.

Eine ähnliche wiederholende Symmetrie bot die westliche Metropolenerzählung. Hier verschwammen die Darstellungen der „Goldenen Zeit“ und der Westberliner Gegenwart sprachlich so sehr, dass aus einzelnen Sätzen kaum auszumachen war, ob sie die „schnellste Stadt der Welt“ oder die dynamische Freistadt betrafen. Jedenfalls gingen Vergangenheitsdeutung und Selbstbeschreibung nahtlos ineinander über, wenn Rürup Berlin etwa als „eine Stadt voller Probleme und Gegensätze, aber auch voller Energie, Zukunftsoptimismus und Lebensfreude“ identifizierte. Nur der Kontext machte klar, dass es diesmal nicht um ein programmatisches Wunschbild des Westberliner Selbst, sondern um das Berlin der 1920er Jahre ging: „Der Verlust an politischer Macht, den das Reich durch die Niederlage im Kriege erlitten hatte, schien für seine Hauptstadt wenig zu bedeuten – im Gegenteil: die intellektuelle Unruhe, die künstlerische Vitalität und Radikalität, auch die urbane Qualität Berlins traten umso stärker in den Vordergrund.“<sup>52</sup> Auch hier beanspruchte ein repetitiver Sprachmodus Westberliner Legitimität, denn wie in den „Goldenen Zwanzigern“ band die Gegenwart, jedenfalls dem offiziellen Selbstbild nach, den Verlust politischer Bedeutung und das Aufblühen der inneren Vitalität der Großstadt zusammen.<sup>53</sup>

Eine solche Synchronisation zwischen goldener Zeit und Gegenwart war in der DDR im Grunde überflüssig (oder vollkommen, wenn man so will), weil beide in ihrer Lesart stadthistorisch deckungsgleich waren. Allerdings brachte diese Überlappung eine unheimliche Überfrachtung der Gegenwartsdarstellung mit sich, weil eine positive Legitimation der Gegenwart nur aus der Gegenwart selbst bezogen werden konnte. Mit der Errichtung der DDR und dem Aufbau des Sozialismus war die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg gewissermaßen in ihr utopisches „Golden Age“ eingetreten, und die knappen vier Jahrzehnte mussten zwangsläufig als verklarte Erfolgsgeschichte dargestellt werden. Nicht länger schwebte 1987 die Zukunft als viel versprechende Erlösungszeit am Horizont des Geschichtsprozesses, vielmehr war die Endzeit mit dem real existierenden Sozialismus bereits angebrochen. Deshalb mussten die Errungenschaften der Hauptstadt der DDR den gesamten Geschichtsprozess tragen, und deshalb auch war in den meisten Publikationen die Hälfte der Erzählzeit, also des Darstellungsvolumens, der Gegenwart gewidmet. Durch diese Überlap-

---

51 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 30f.

52 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 46.

53 „Berlin ist keine Hauptstadt mehr, auch keine Stadt der großen Gesellschaft oder des großen Geldes. Aber es ist noch immer (oder wieder) eine Stadt, die über sich selbst hinauswirkt, in der sich allgemeine Zeittendenzen verdichten, in der gesellschaftliche Krisen eine frühere und schärfere Zuspitzung finden als anderswo, in der alternative Zukunftsentwürfe erdacht und erprobt werden – eine Stadt also, die in wichtigen Teilbereichen des sozialen und kulturellen Lebens Funktionen einer Metropole wahrnimmt.“ (Ebd., S. 54.)

pung zwischen Gegenwart, Zukunft und „Golden Age“ bildete das Motiv der historischen Blütezeit in der DDR keine zusätzliche Legitimationsressource. Die Vergangenheit der Ausbeutung und Kriege konnte trotz ihrer Helden und Klassenkämpfe nur für Legitimation ex negativo erhalten, und kein inspirierendes und unabhängig von der Gegenwart existierendes „Goldenes Zeitalter“ konnte die „Hauptstadt der DDR“ stützen. Die Diskrepanz war umso größer, weil in der vermeintlichen goldenen Gegenwart die eine Stadthälfte amputiert war.

## Plotstrukturen in ihrer literarischen Form

Die Verortung der Blütezeit der Stadtgeschichte am Anfang, in der (späten) Mitte oder am Ende der Erzählung prägte entscheidend die gesamte Erzählform. In Kombination mit dem Zeitverständnis (Verewigung, Wandel, Fortschritt) und der Definition der Handlungssubjekte (Volksgemeinschaft, Großstadtbürger, Arbeiterklasse) vervollständigten die „Goldenen Zeitalter“ (Mittelalter, 1920er Jahre, Gegenwart) die Ausformung der Plotstrukturen der drei Narrative. Diese Plotstrukturen schmiedeten die Darstellungen vom Anfang über die Gegenwart bis hinein in die Zukunft jeweils zu dramatischen Einheiten, sie definierten und verknüpften die wichtigsten Ereignisse und integrierten dann auch jene Daten, die jeweils weniger bedeutungsvoll waren.

Die dramatischen Formen der Berliner Erzählungen lassen sich mit Hilfe der literarischen Archetypen identifizieren, die Northrop Frye in seinem bekannten *Anatomy of Criticism* (1957) ausgearbeitet hat. Frye untersucht hier die narrativen „Strukturprinzipien“ der Literatur und unterscheidet vier „erzählerische Kategorien“: die Romanze, die Tragödie, die Komödie und die Satire (oder Ironie).<sup>54</sup> Frye nennt sie „generic plots“ der Literatur, und seit Hayden White sie in seine *Metahistory* übernommen hat, sind sie oft benutzt worden, um Erzählformen auch in der Historiographie zu untersuchen.<sup>55</sup> Sie können die Szenarien auch der Geschichte Berlins weiter klassifizieren, denn diese repräsentierten in ihren dramatischen Formen drei verschiedene Archetypen. Ausgehend von der Verortung der stadthistorischen Blütezeiten erzählte die nationalsozialistische Reichshauptstadt ihre Geschichte von ihrem Anfang her, die Hauptstadt der DDR von ihrem Ende her und West-Berlin von ihrer (späten) Mitte her. Diese Figurationen trugen viel dazu bei, dass die Erzählstrukturen die Form der Romanze (Reichshauptstadt), der Komödie (Ost-Berlin) und der Satire (West-Berlin) trugen.

Die Romanze und die Komödie sind zwar beide dramatische Formen des Triumphs, aber Frye nennt die Komödie realistischer als die Romanze, die mythische Elemente in sich trägt. Die Bewegung der Komödie geht Frye zufolge in ihrer archetypischen Form „gewöhnlich von einem Gesellschaftstypus zu einem anderen hin. Zu Anfang des Stückes üben die dem Helden im Wege stehenden Figuren die Macht aus; das Publikum erkennt sie als Usurpato-

---

54 Vgl. die deutsche Übersetzung: Northrop Frye, *Analyse der Literaturkritik* (Stuttgart, 1964), S. 133–243, hier S. 164f. Zum Begriff der „Strukturprinzipien der Literatur“: ebd., S. 135ff. Ich mache hier zwischen den Begriffen Ironie und Satire keinen Unterschied. (Vgl. ebd., S. 227ff.)

55 White, *Metahistory*; Dorothy Ross, „Grand narrative in American historical writing: from Romance to uncertainty“, in: *AHR* 100 (1995), 3, S. 651–677; Jarasch und Geyer, *Shattered Past*; Jelavich, „Kulturgeschichtliche Bemerkungen“, Appleby, Hunt und Jacob, *Telling the Truth*.

ren. Am Schluss hingegen lässt dasselbe Ereignis, das Held und Heldin zusammenbringt, um den Helden herum eine neue Gesellschaft sich herauskristallisieren: in diesem Augenblick findet die Lösung des Knotens statt. (...) Die dem Helden und seinen Wünschen im Wege stehenden Hindernisse bilden also die Handlung der Komödie, ihre Überwindung die Auflösung.“<sup>56</sup>

Auch in der Romanze findet eine Überwindung statt, aber sie ist eher ein mythischer Sieg über die Welt der realistischen Erfahrung als eine Versöhnung mit ihr, wie in der Komödie. Die Romanze wird laut Frye „durch ihr außerordentlich hartnäckiges Heimweh“ gekennzeichnet, sowie durch „ihre Suche nach einem in Zeit oder Raum vorgestellten Goldenen Zeitalter“. Ihre vollständige Form liege im „erfolgreichen Streben“, in einem langen, abenteuerlichen Aufstieg zu „einem meist schon vorangekündigten Höhepunkt (...), dessen Vollendung die Geschichte abrundet.“ In romantischen Erzählungen sieht Frye „eine Analogie einerseits zwischen dem Helden und dem mythischen Messias oder Befreier, der aus einer höheren Welt kommt, andererseits zwischen dem Gegner und den dämonischen Mächten einer unteren Welt.“<sup>57</sup> Hayden White fasst die Form der Romanze zusammen als „a drama of the triumph of good over evil, virtue over vice, of light over darkness, and of the ultimate transcendence of man over the world in which he was imprisoned by the Fall.“<sup>58</sup>

Dieser Niedergang oder Absturz bildet einen wichtigen Unterschied zwischen komischen und romantischen Erzählungen: Während die Komödie einen optimistischen Moment des (linearen) Fortschritts transportiert, erzählt die Romanze von einer durch einen Sündenfall verloren gegangenen Welt der Harmonie und von ihrer Wiederherstellung durch den Helden. Trägt diese befreiende Wiederkehr zur heilen Welt in der Romanze deutlich mythische Züge, so findet die auflösende Versöhnung der Komödie in dieser Welt statt, und es nehmen möglichst viele reale Darsteller an ihr teil. „Die Erscheinung der neuen Gesellschaft wird häufig durch eine festliche Zusammenkunft oder Zeremonie signalisiert, die entweder am Ende des Stückes stattfindet oder als unmittelbar bevorstehend anzunehmen ist.“<sup>59</sup>

Die romantische Qualität des nationalsozialistischen Erzählstils lag also erstens im vom Dritten Reich transportierten messianischen Führermythos, in der Person Adolf Hitlers, der sich als „von oben“ gesendeter Retter des deutschen Volkes in Zeiten des nahen Untergangs inszenierte.<sup>60</sup> Er versprach den Sieg über (dämonische) zersetzende Kräfte sowie die Wiederherstellung verloren gegangener Größe und Harmonie. Diese als eine „Wiederkehr“ verstandene Epochenwende war der zweite romantische Moment dieser Erzählform, denn sie sehnte sich nach einer unschuldigen, verloren gegangenen Welt. In Berlin äußerte sich dies einerseits in der Integration der germanischen Vorgeschichte und andererseits auch im Heimweh nach „dem alten Berlin“, das vor dem ungeheuren Wachstum des 19. Jahrhunderts verortet wurde. So war Hans Grantzow zwar stolz auf Berlins raschen Aufstieg zur Weltstadt, doch diese machte zugleich „der Ruhe und Behaglichkeit des Lebens, wie wir es uns so gern in der ‚guten, alten Zeit‘ vorstellen, ein Ende. Es beginnt jene großstädtische Hast und Unruhe, die wir alle kennen, es beginnt aber auch jene Wurzellosigkeit des Großstädtlers, die man bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme für eine notwendige Begleit-

56 Frye, *Analyse*, S. 166.

57 Ebd., S. 189f.

58 White, *Metahistory*, S. 9.

59 Frye, *Analyse*, S. 166.

60 Vgl. Kroll, *Utopie und Ideologie*, S. 31 und S. 44.

erscheinung der Weltstadt hielt!“<sup>61</sup> Das Dritte Reich – dem Namen nach selbst Ausdruck dieses Wiederauferstehungsanspruchs<sup>62</sup> – sollte auch in Berlin die frühere Harmonie und deutsche Volkskraft wiederherstellen.

Obwohl sich auch das sozialistische master narrative auf eine utopische Harmonie zu bewegte, fehlten ihm sowohl die Elemente des Absturzes und der Wiederkehr als auch die mythische Messiasfigur. Die Ostberliner Ideologie besaß ein rational-aufklärerisches Moment und die Kräfte der Geschichte waren zwar universell, aber irdisch. Die sozialistische Erzählung der Berliner Vergangenheit handelte kontinuierlich von den „Auseinandersetzungen“, zwischen Vertretern alter und neuer Gesellschaftsformen. Sie erzählte von der Realisierung des Fortschritts, nicht der Wiederkehr, und von den Hindernissen der Reaktion, die überwunden werden mussten. Als Telos funktionierte der Sozialismus: Die Befreiung vom „Faschismus“ 1945 und vor allem die Errichtung der DDR 1949 bildeten am Ende der eigentlichen Geschichte die komische „Lösung des Knotens“ und die Versöhnung der Menschen mit der realen Welt und ihren Gesetzmäßigkeiten: „Als Bürger der DDR wurden die arbeitenden Menschen Berlins zum ersten Mal Herren ihres eigenen Geschicks.“<sup>63</sup> Diese „arbeitenden Menschen Berlins“ waren die Vertreter des Fortschritts und damit die Helden Berlins. Der entscheidende Protagonist wurde die revolutionäre Arbeiterbewegung, die durch zwei Fehlrevolutionen (1848 und 1918) langsam Einsicht in die Kräfte des gesetzmäßigen Geschichtsprozesses gewann, und deshalb nach 1945 „richtig“ handeln konnte. So zeigte sich Ost-Berlin stolz „mit der Geschichte der Berliner Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut verwachsen, deren heroische, opferreiche Kämpfe der sozialistischen Gegenwart Bahn brachen.“<sup>64</sup>

In West-Berlin hingegen endete die Stadtgeschichte nicht mit einer komischen oder romantischen Auflösung. Die Herrschaftselite West-Berlins war von den hier untersuchten Fällen die einzige, für die ihre Gegenwart unbefriedigend war: Die Stadt war geteilt und hatte ihre Hauptstadtfunktion verloren. Zudem hatten die Verbrechen des Nationalsozialismus nach westlichem Verständnis nahezu unheilbare Wunden in der Stadtidentität hinterlassen, so dass die Konstruktion einer wie auch immer gearteten Aufstiegs Geschichte unmöglich wurde. Und weil die tragische Plotstruktur grundsätzlich kaum legitimatorisches Potential entfaltet – wie der nur kurze Flirt der frühen SBZ/DDR mit Alexander Abuschs *Irrweg einer Nation* (1946) zeigt<sup>65</sup> –, gewann die Stadtgeschichte in West-Berlin eine satirische Form. Northrop Frye beschreibt Ironie und Satire als „Mythos der Erfahrung“ und als die Erzählung „nicht idealisierter Existenz“, deren wichtigstes Merkmal die Kritik an den anderen literarischen Archetypen sei (z. B. als „Parodie der Romanze“).<sup>66</sup> Satire und Ironie stehen den idealisierten Hoffnungen, Möglichkeiten und Wahrheiten der anderen Erzählformen skeptisch gegenüber. „Satire presupposes the ultimate inadequacy of the visions of the world

---

61 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 26.

62 Nebenbei bemerkt: Northrop Frye beobachtet, dass in der romantischen Erzählform „häufig der erfolgreiche Held ein dritter Sohn oder der Dritte ist, der dem gesetzten Ziel nachstrebt oder es auch erst beim dritten Versuch erreicht.“ (Frye, *Analyse*, S. 190.)

63 *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 5.

64 *Thesen 750 Jahre Berlin*, S. 6.

65 Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte* (Berlin, 1946). Vgl. Fischer und Heydemann, „Weg und Wandel“.

66 Frye, *Analyse der Literaturkritik*, S. 227.

dramatically represented in the genres of Romance, Comedy, and Tragedy alike”, schreibt Hayden White, und sie zeichne sich nicht zuletzt durch das Bewusstsein auch von ihrer eigenen Unzulänglichkeit als Metapher für die Wirklichkeit aus.<sup>67</sup> Und gerade diese kritische Haltung der Selbstreflexion war es, die die zentrale historische Ausstellung West-Berlins und Rürups stadthistorische Erzählung zu ironischen Konstruktionen machten.

Der dominante Geschichtsentwurf West-Berlins war, wie erwähnt, in weiten Stücken eine Reaktion auf die bestehenden Konkurrenzerzählungen, die als „geschlossene Geschichtsbilder“ verworfen wurden. Deshalb problematisierte Rürup zunächst das Problem des Geschichteschreibens in Berlin, wodurch er Bewusstsein auch für seine eigene Ordnungsleistung hervorrief.<sup>68</sup> Andere Erzählungen wurden historisiert: „Wer immer sich in den späten zwanziger Jahren mit der Geschichte Berlins beschäftigte, brauchte über den Inhalt und den Sinn dieser Geschichte nicht lange nachzudenken. Es war die Geschichte des ‚Aufstiegs zur Weltstadt‘ – eine Geschichte des Erfolgs und der staunenswerten Leistungen.“ Doch eine solche Erzählmöglichkeit bestünde in West-Berlin nicht mehr: Die Geschichte Berlins könne „in ihrer Gesamtheit nicht mehr in den Kategorien von ‚Aufstieg‘ und ‚Weltstadt‘ beschrieben werden. Die Jahre der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bedeuteten nicht lediglich eine vorübergehende Störung der Stadtentwicklung, sondern einen scharfen Bruch der Kontinuität. (...) Zurück blieb eine tiefe Erschütterung der Identität der Stadt, eine Skepsis auch gegenüber der Interpretation ihrer Geschichte als einer bloßen Erfolgsgeschichte.“ Daneben – deutlich an zweiter Stelle – stand auch die Teilung Berlins runden Entwürfen im Wege: „Die scheinbare Selbstverständlichkeit von Geschichte wurde durch die gegensätzliche Gegenwart immer wieder in Frage gestellt.“<sup>69</sup> Historiographische Reflexion war zur 750-Jahr-Feier die Antwort West-Berlins, eine Selbstproblematisierung, die teilweise so weit ging, dass auch die Ost-Berliner Erzählung als legitime Version der Vergangenheit integriert wurde.<sup>70</sup>

Aus dieser scheinbaren Unmöglichkeit historischen Erzählens floss die Verwerfung jeglichen Monopolisierungsversuchs der Geschichte. Die ironische Diktion vermittelte das Bild einer Stadt, die sich immer unkontrollierbar geändert und sich gleichsam stets von den übergreifenden Systemen, die sie zu erfassen suchen, befreit hatte. Das Westberliner Narrativ könnte fast wie die Verkörperung der Lyotard’schen Ungläubigkeit gegenüber Metaerzählungen gelten. Das bedeutet aber nicht, dass die von Rürup vorgelegte Stadtgeschichte keine dramatische Einheit bildete. Seine Planungsgruppe machte die Unwägbarkeiten und Brüche der Berliner Vergangenheit selbst zum Leitmotiv seiner Wandelgeschichte, gipfelnd in der eigenwilligen Metropole des Wilhelminismus und der Republik. Diese Erzählform beschränkte sich auf eine kurze Zeitspanne und erzählte den Aufstieg und den dazugehörigen Absturz zusammen – darin lag ein satirisches Element, das es so nur in West-Berlin gab.

---

67 White, *Metahistory*, S. 10.

68 Historiker hätten „mit Berlin eigentlich immer ihre Schwierigkeiten gehabt“, die Stadt sei „ungeschichtlich“ und Berliner seien „in der Regel wenig traditionsbewusst“. (Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 27.)

69 Ebd., S. 28f.

70 Freilich nur, um die eigene Offenheit und das Versagen von Geschlossenheit zu demonstrieren. Die marxistische Erzählung durfte im Westen als *ein* möglicher, niemals *einzig* möglicher Entwurf auftreten (Kap. II.6 und II.7).



Berlins „große Zeit“ war vorbei und ließ sich nicht durch romantische Hoffnungen oder komische Wendungen zurückholen. Mit Ausnahme der Inszenierung der 1920er Jahre walteten Gelassenheit und Realismus: Einen Fortschritt oder Sieg der Geschichte gab es hier nicht, dafür umso mehr Veränderungsprozesse. Rürups Erzählung endete in Moll, nämlich in der geteilten und isolierten Halbstadt des Westens – auch wenn man dies durch die nunmehr historisch bewiesene Unberechenbarkeit der Stadt als ein offenes Ende deuten konnte.

## Periodisierung

Durch die Identifikation von Aufstieg, Blüte und Niedergang ließ sich die Stadtgeschichte über alle Brüche hinweg als zusammenhängende Entwicklungslinie erzählen. Die Periodisierung trennte verschiedene Zeitperioden und arrangierte diese zu einem sinnvollen Ablauf. Diese Ordnung spiegelte sich in der Platzierung der Kapiteleinschnitte (und ihrer Begründung) sowie im Umfang der Kapitel im Verhältnis zu einander – hier geht es um das Verhältnis von „Erzählzeit“ und „erzählter Zeit“ in der Makrostruktur der Narrative.

Die erste Folge der Modellierung der Stadtgeschichte um Kategorien der Volksgemeinschaft war bekanntlich die Vorverlängerung der Geschichte Berlins um Jahrtausende. Die Gründung der Stadt selbst war hier nicht der Anfang sondern ein erster Höhepunkt in der Geschichte des Berliner Raumes. Die heile mittelalterliche Welt, in der Berlin seinen Aufstieg als bürgerliche Handelsstadt erlebte, dauerte bis in das 15. Jahrhundert, als die Stadt sich irrtümlicherweise auf den Weg des Partikularismus machte und vom Fürsten zur Ordnung gerufen werden musste. Der Aufstand des Berliner Unwillens und sein Scheitern (1448) waren 1937 scharfe Einschnitte: Berlin wurde zur kurfürstlichen Residenzstadt und „ist fortan von seinem Herrscherhause geführt worden.“<sup>71</sup> Hiermit verschwanden auch das Volk und die Berliner Bürgerschaft als narrative Subjekte aus dem Blick, denn in den nächsten Jahrhunderten begründeten auf herkömmliche Art Fürsten und Könige die verschiedene Etappen der Berliner Stadtgeschichte (1648–1806/15–1871–1918). Mit dem Aufstieg zur Weltstadt und dem Anlauf hin zur Gegenwart setzte zugleich eine langsame „innere Zersetzung“ Berlins ein, die dem Dritten Reich den dramatischen Boden bereitetete: „Das vielgerühmte gesellige Leben der Biedermeierzeit enthält überdies in seiner asozialen Tendenz zur Abschließung und Absonderung bereits den Keim zu der späteren verhängnisvollen Entwicklung des Auseinanderfallens der Bevölkerung, des Volks, in Klassen“, meinte Arendt. Er und Grantzow beschrieben einen scharfen Gegensatz zwischen äußerem Aufstieg und innerer „Verfaulung“. Während Arendt diese Entgleisung der Emanzipation der Juden zuschrieb, die seit 1815 vor allem in Berlin ihre Feinde „mit allen Mitteln jüdischer Hetz- und Wühlarbeit verfolgt“ hätten, wählte Grantzow organische Metaphern: „Niemand sieht, dass sich unter der glänzenden Oberfläche Schäden tiefster innerlicher Art bilden, die in dem Augenblick, als 1918 der Glanz zerfällt, offen daliegen, ohne dass Mittel gefunden werden, sie an der Wurzel zu heilen.“<sup>72</sup> Das Tempo ihrer Erzählungen steigerte sich, bis die Jahre der Republik der Ellipse nahe kommen, denn sie wurden knapp in die Kapitel zur „Hauptstadt des Dritten Reiches“ integriert und stellten den absoluten Tiefpunkt der Stadtgeschichte dar.

---

71 Arendt, Faden und Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 103.

72 Ebd., S. 345; Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 26.

Begriffe wie „Inferno“ und „Untergang“ bereiteten die romantische Wiederauferstehung des deutschen Volkes ab 1933 auch rhetorisch vor. Die „braune Erzählung“ der Stadtgeschichte wurde hin zur Gegenwart immer kürzer; die Gegenwart selbst, die Zeit seit 1918, wurde kaum erzählt.

Die Periodisierung und die Tempogestaltung, die Rürup in West-Berlin vornahm, waren in vieler Hinsicht glatte Inversionen der nationalsozialistischen Modellierung. Die Perioden, die für seine Vorgänger der 1930er Jahre wichtig waren, stuft Rürup herab, aus Beschleunigungen wurden Verlangsamungen, und wo jene Niedergang sahen, erzählte dieser vom Aufstieg. Die gesamte Zeit bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges nahm Rürup als sinnlose Vorgeschichte zusammen – untergeordnete „Einschnitte“ wie den Berliner Unwillen oder die Reformation beiläufig unterbringend –, um die preußische Residenzstadt dann in einer nächsten Etappe noch konventionell an ihre Herrscher zu binden: „Bis zum Beginn der Industrialisierung bildete der Hof ganz unbestritten den Mittelpunkt der städtischen Entwicklungen.“<sup>73</sup> Interessant wird die Geschichte Berlins für diese Erzählweise erst mit den zuwandernden Juden, Franzosen und Böhmen, die der Stadt laut den Nationalsozialisten nichts gebracht hätten.<sup>74</sup> Rürup sah das Gegenteil: „Berlin wurde lebhafter, zivilisierter, hauptstädtischer und begann sich immer deutlicher von den umliegenden märkischen Dörfern und Städten zu unterscheiden.“ Die Stadt fing an, sich aus ihrem Umfeld herauszuheben: „Etwa zwischen 1780 und 1840 entstand ein bürgerliches Berlin, das nicht mehr ausschließlich auf den Hof bezogen war.“<sup>75</sup> Dieses selbständige, bürgerliche Berlin war ein anderes Berlin als dasjenige, über das die Landeshistoriker der 1930er und der 1980er Jahre schrieben, und ab diesem Zeitpunkt werden Rürups Tempo und Gliederung unkonventionell. Er ließ früh im 19. Jahrhundert einen neuen, langen Erzählabschnitt beginnen, der im Grunde den eigentlichen Beginn der Geschichte Berlins markierte. Rürup musste explizit begründen, warum sich etwa „die rund anderthalb Jahrhunderte vom späten 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert (...) deutlich als eine historische Einheit erkennen“ ließen, die er bezeichnenderweise die „vorindustrielle Zeit“ nannte, und warum erst 1848 in den Massenbewegungen auch „der Übergang zu einem neuen Zeitalter“ entstand, in dem Berlin als Metropole entstehen sollte.<sup>76</sup> Während die HiKo die Hauptstadtentwicklung traditionsgemäß entlang den politischen Einschnitten der preußischen und der Nationalgeschichte modellierte (und entsprechend der nunmehrigen Tradition auch ein Kapitel zur Frühgeschichte des Raumes aufgenommen hatte), hielt sich Rürup mit scharfen Trennungen von politischen „Entwicklungsabschnitten“ merklich zurück.

Kein Monarch, keine Weltrevolution beeinflusste bei Rürup Berlin ähnlich wie die Industrialisierung (weshalb seiner Erzählung ein marxistisches Element nicht fremd war), die „in einem atemberaubenden Tempo alle älteren Strukturen der Stadt und ihres Umlandes

---

73 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 33.

74 Denn Grantzow erzählte die rasche Integration der Zuwanderer: „Die gemeinsame Arbeit macht die neu Hinzuwandernden schnell zu ‚echten‘ Berlinern.“ (Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 18.)

75 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 34 und 36.

76 Trotz politischer Einschnitte wie der Franzosenzeit und der Reformen blieben vorher „die Grundlagen der menschlichen Existenz im allgemeinen und der städtischen Lebensweise im besonderen im Kern unverändert. (...) In gewisser Weise kann sogar die Revolution von 1848 mit den Forderungen nach bürgerlichen Freiheiten und Grundrechten, den Barrikadenkämpfen, den öffentlichen Debatten und schließlich dem Sieg der konservativen Staatsgewalt als Abschluss dieser Epoche gelten.“ (Ebd., S. 37.)

gesprengt“ hat.<sup>77</sup> Während sich die Geschichte somit beschleunigte, ging das Erzähltempo zurück: Rürups Entwurf wurde mit der Verselbständigung der Stadt ausführlicher und langsamer. „Berlin blieb bis zum Ende der Monarchie Residenzstadt, aber als ständig wachsende Großstadt, als Zentrum der industriellen Arbeit, war es nicht mehr in der gewohnten Weise zu kontrollieren und in seiner Entwicklung zu steuern.“<sup>78</sup> Die dynamische Großstadtkultur wurde nunmehr die entscheidende Kraft im weiteren, „eigentlichen“ Verlauf der Stadtgeschichte: „Berlin wurde zur ‚Weltstadt‘, die nicht nur ein Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Macht war, sondern auch eine Hauptstadt der Kultur und der Wissenschaften, ein Ort der künstlerischen und intellektuellen Experimente und des modernen, großstädtischen Lebensgefühls.“<sup>79</sup> Der Held dieser Geschichte war weder ein König oder Führer, noch ein revolutionärer Arbeiter, sondern der anonyme Berliner: „Der Typus des modernen Berliners war ein Produkt der Großstadt – ein Mensch, der auf Leistungen statt Privilegien setzt, dem die Zukunft wichtiger als die Herkunft ist, der an den Erfolg glaubt und gegenüber überlieferten Vorstellungen auf das eigene Urteil vertraut.“<sup>80</sup> Zwar übernahm Rürup nunmehr die herkömmlichen Einschnitte der Stadtgeschichte (1871, 1918, 1933 und 1945), doch es war dieser „Typus des modernen Berliners“, der die Kontinuität seiner Erzählung trug. Erst in der Nachkriegsgeschichte beschleunigte sich wieder Rürups Erzählrhythmus, denn die Ereignisse der Spaltung konnten nicht mehr auf innerstädtische Kräfte reduziert werden.<sup>81</sup> Deshalb hörte hier die Geschichte der eigenständigen Großstadt auf – die Westberliner Gegenwart galt höchstens als blasses Echo der großen, untergegangenen Metropole.

In der sozialistischen Geschichtswissenschaft der DDR war die Frage der Periodisierung die Kernfrage – Siegfried Lokatis spricht ironisch vom „Prokrustesbett der Periodisierung“.<sup>82</sup> Wegen der wissenschaftlichen Qualität der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Gesetzmäßigkeit des Weltprozesses war der „objektive“ Charakter historischer Perioden entscheidend für ihre Einschätzung und Bewertung. Hier zeigte sich der Kommunismus vor allem von seiner internationalistischen Seite, denn hinter der bekannten Formel, nach der Berlin „mit der deutschen und in vielem mit der europäischen und Weltgeschichte verknüpft“ sei<sup>83</sup>, verbarg sich vor allem die Verpflichtung, nationale, europäische oder welthistorische Zäsuren in die Berliner Geschichte zu importieren. In der Periodisierung spiegelte sich deshalb die narrative Hierarchie zwischen dem sozialistischen master narrative und der lokalen Erzählung Berlins deutlicher als woanders wider – bereits der Einleitungssatz „Berlin entstand im Entfaltungsprozess der feudalen Gesellschaftsordnung in Mitteleuropa“ verwies direkt auf die höhere Ordnung dieser Erzählung.<sup>84</sup> In jedem Kapitel der Stadtgeschichte marschierte Berlin im Gleichschritt mit dem welthistorischen Fort-

---

77 Ebd., S. 38.

78 Ebd., S. 37.

79 Ebd., S. 42.

80 Ebd., S. 41.

81 Ebd., S. 52: „Die Geschichte Berlins seit 1945 ist eine Geschichte der ungewöhnlichen Belastungen und der unverhofften Chancen, des raschen Wandels und des allmählichen Wiederaufstiegs, vor allem aber der dramatischen und überraschenden Entwicklungen.“ Weil die gesellschaftliche Eigenart und weniger die politische Hauptstadtfunktion hier immer die Essenz der Stadt gewesen war, musste Rürup seine Gegenwartsdarstellung nicht mit antikommunistischer Freiheitslyrik gegen die Teilung beenden.

82 Vgl. Lokatis, *Der rote Faden*, S. 77ff.

83 *Thesen*, S. 5.

84 Ebd., S. 9.

schrift. Das führte zu einer Gliederung des historischen Stoffes, die an mindestens zwei Stellen nur mit größter Kreativität aus der Stadtgeschichte heraus begründet werden konnte: 1237, 1539 (Frühbürgerliche Revolution<sup>85</sup>), 1789 (Französische Revolution<sup>86</sup>), 1871, 1917 (Große Sozialistische Oktoberrevolution), 1945, 1949, 1961, 1971.

Obwohl der Rhythmus des großen Erzählrahmens relativ gleichmäßig war, so wurde die Erzählung mit den schärfer werdenden Klassenkämpfen doch stets etwas langsamer und dadurch intensiver. Der dramatische Höhepunkt entwickelte sich auf das Jahr 1945 zu, das als vor angekündigtes Telos über der gesamten Darstellung schwebte. Im fünften Kapitel (1917–1945) fand der Endkampf zwischen immer brutaler vorgehenden Kräften der Reaktion und einer immer stärker werdenden Arbeiterbewegung statt. Nicht die Kriegsniederlage oder die Novemberrevolution leiteten diese Epoche ein, und schon gar nicht die Schaffung Groß-Berlins 1920, sondern eine Rahmenverschiebung im Weltmaßstab: „Der Sieg der Arbeiter, Bauern und Soldaten Russlands unter Führung der Bolschewiki in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 eröffnete eine neue Epoche in der Menschheitsgeschichte“, wodurch übrigens das letzte Kriegsjahr unerzählbar wurde.<sup>87</sup> Das Jahr 1933 bildete in dieser Erzählung keinen fundamentalen Einschnitt, sondern nur eine weitere Steigerung der reaktionären Unterdrückung.<sup>88</sup>

Erst mit der Befreiung durch die Sowjetarmee wurde 1945 „in der vielhundertjährigen Geschichte Berlins ein völlig neues Kapitel aufgeschlagen“, das sich nun auch im veränderten Erzählrhythmus deutlich niederschlug, denn die in der Textmenge verbürgte Erzählzeit

---

85 Obwohl die in der DDR als „frühbürgerliche Revolution“ geltende Reformation und der Bauernkrieg den „Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus“ einleiteten, was ein nächstes Kapitel auch für Berlin unausweichlich machte, gaben die Berliner Ereignisse eigentlich eine Zäsur 1448 (Scheitern des „Berliner Unwillen“) oder 1486 (Berlin wird Residenz) her. Die *Thesen* lösten die Synchronisierung wie folgt: „Die geschichtlichen Vorgänge in und um Berlin im 15. Jahrhundert zeugten vom *Heranreifen* einer gesamtgesellschaftlichen Krise, die *schließlich* in die deutsche frühbürgerliche Revolution mündete.“ (S. 17, meine Herv., KT).

86 Vorbereitet wurde der Epocheneinschnitt wie folgt: „Bei aller königstreuen Begrenztheit atmte die Berliner Aufklärung kritisch-bürgerlichen Geist und suchte über Teile des Bürgertums hinaus auf breitere Volksschichten zu wirken. Sie half, den Boden für die Ideen der Französischen Revolution zu bereiten.“ (S. 25) Diese hätten dann „im Berliner Bürgertum, namentlich in der Intelligenz, ideologischen und geistig-kulturellen Widerhall“ gefunden, und auch „unter den werktätigen Klassen und Schichten, vor allem unter den Manufakturarbeitern, verbreitete sich soziale Unruhe“. Ein wenig bedeutsamer „Weberstreik im Sommer 1794“ musste diese Zäsur in der Stadtgeschichte tragen, die die *Zeit zwischen* 1794 und 1807 schwierig erzählbar machte, die mit Napoleons Sieg über Preußen immerhin „zum Auftakt für eine Wende zum gesellschaftlichen Fortschritt“ wurde (S. 26).

87 Der DDR-Historiker Fritz Klein musste schon 1960 seine Darstellung des Weltkrieges 1917 enden lassen (ohne Sieg über Kaiser und Reich), und publizierte später ein gesondertes Buch über das verlorene Jahr: „Deutschland 1918“. Vgl. Klein, *Drinne und Draußen*, S. 205.

88 „Hauptinhalt“ dieser Epoche war der „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“, und sie dauerte, bis endlich „die offene terroristische Gewaltherrschaft der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals“ geschlagen war. „Der Verschärfung der Widersprüche des deutschen Imperialismus, der offenen Krise der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform sowie der Entfaltung der Wirtschaftskrise seit 1929/30 suchten die reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse durch die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte, durch Errichtung der offenen faschistischen Diktatur zu begegnen. Die KPD trat dem Faschismus, insbesondere der auch in Berlin vordringenden Nazipartei, von Anfang an entschlossen und mit ihrer zielklaren, auf Frieden, Demokratie und Sozialismus gerichteten Politik entgegen.“ (*Thesen*, S. 46.)

der vierzig Nachkriegsjahre war nicht wesentlich kürzer als die der fast zwanzigfach längeren Stadtgeschichte zuvor. Diese extreme Verlangsamung unterstützte die „Zeitenwende“ und die Erzählung stieg von der Vogelperspektive auf die Ereignisebene herunter; auf einmal traten konkrete „Sowjetsoldaten“ auf den Plan, die halfen, „wo sie nur konnten. Aus ihren Händen empfangen die Berliner das erste Stück Brot des Friedens. (...) Der Anfang der neuen Zeit war schwer. Mit bloßen Händen holten Arbeiter Maschinen unter dem Schutt hervor und setzten die Wirtschaft wieder in Gang.“<sup>89</sup> Wegen der Spaltung Berlins durch „die imperialistischen Besatzungsmächte“, die als eine kaum eigenständige Spiegelerzählung der westlichen Darstellung modelliert wurde – darauf wird noch zurückzukommen sein –, dauerte es noch bis zur Gründung der DDR 1949, bis sich der „komische Knoten“ endgültig löste und sich das erfüllte, „wofür die besten Kräfte des Volkes und vor allem die revolutionäre Arbeiterbewegung seit langem gekämpft hatten“.<sup>90</sup> Die letzten drei Perioden handelten langsam von Aufbau, Sicherung und Ausbau des Sozialismus, dessen letzte 15 Jahre die Krönung der Stadtgeschichte waren. Die Geschichte Berlins funktionierte auf diese Weise als eine Funktion und Bestätigung der historisch-materialistischen Gesetzmäßigkeiten. Nicht so sehr die Stadtgeschichte als vielmehr der historische Weltprozess wurde erzählt, dessen Rhythmus sich Berlin durch keine lokalen Ereignisse entziehen konnte. Und eine der Pause nahe kommende Verlangsamung in der narrativen Makrostruktur belegte die Auflösung in der Geschichte Berlins.

Trotz der unterschiedlichen Rhythmen und Epocheneinschnitte springt beim Vergleich der drei Erzählstrukturen eine Gemeinsamkeit ins Auge: In allen drei Narrativen ging der eigenen Gegenwart eine Phase des nahezu totalen Untergangs voraus. Jedes der drei Gesellschaftssysteme bezog den größten Teil seiner historischen Legitimität aus dem Gegensatz zur unmittelbaren Vorgängergesellschaft, die Berlin den Stadtgeschichten zufolge an den Abgrund gebracht hatte. Die eigene Zeit wurde als Zeit des Wiederaufbaus oder der Wiederkehr nach dem Absturz beschrieben oder versprochen.

Allen Historikern war deshalb viel daran gelegen, den vorangehenden Untergang so scharf wie möglich darzustellen. In der „braunen“ Erzählung der Stadtgeschichte betraf diese Untergangszeit die „Systemzeit“. Sie wurde durch „innere“ Zersetzungsprozesse schon im 19. Jahrhundert vorbereitet. Die Erfahrung der Zeitenwende war 1937 noch sehr frisch, weshalb das Trauma der Republik im historischen Narrativ sehr deutlich spürbar war. Die Zeit zwischen 1918 und 1933 ließ sich kaum erzählen; die Stadt beobachtete passiv ihr eigenes Schicksal. „Mit einem Schlag aber ist alle Ordnung über den Haufen geworfen, als die Revolte des 9. November hereinbricht. Es ist unmöglich, alle Schandtaten aufzuzählen, die Berlin in den Jahren darauf sieht; es lohnt sich auch nicht mehr, den Schleier der Vergessenheit von allen blutigen Ereignissen zu ziehen, von den unaufhörlichen Streiks, den Plünderungen, der sittlichen Verkommenheit, die die Inflation mit sich brachte. (...) Nach kurzer, beängstigender Scheinblüte bricht schließlich alles zusammen (...). Der Untergang scheint unvermeidlich“.<sup>91</sup> Arendt sprach knapp von „satanische(n) Gewalten“, die Berlin 1918 „in einen Totentanz“ und in das „Inferno“ hineinrissen. „Der Ansturm der zersetzenden Kräfte auf alles, was noch deutsch und sittlich war an Gesinnung und Charakter, setzte

---

89 *Thesen*, S. 53f.

90 *Ebd.*, S. 64.

91 *Grantzow, 700 Jahre Berlin*, S. 29 (meine Hervorhebung, KT).

nun in voller Stärke und auf allen Gebieten ein. (...) Voll satanischer Freude glaubten Bolschewismus und Judentum dem Untergang Berlins entgegensehen zu können.<sup>92</sup> Die Leistung der nationalsozialistischen Bewegung, die Berlin laut Arendt entgegen der parteieigenen Legende „nicht von außen her, sondern von innen erobert hat“, wurde dadurch umso heroischer.<sup>93</sup>

Auch hier kehrte die Westberliner Zeitordnung in vielerlei Hinsicht das „braune“ Narrativ um. Wo Grantzow für das 19. Jahrhundert zwar eine Beschleunigung der städtischen Entwicklung wahrnahm, „aber ohne dass sich umwälzende neue Gesichtspunkte bemerkbar machen“<sup>94</sup>, sah Rürup die bedeutendste Verschiebung der Berliner Historie schlechthin, nämlich die Geburt der Metropole. Und dort, wo Arendt und Grantzow durch die Ellipse den absoluten Tiefpunkt der Stadtgeschichte zu kreieren suchten, erzählte Rürup, spiegelbildlich verweilend, die Goldene Zeit Berlins. Für West-Berlin war wiederum jenes Dritte Reich der größte Feind der Stadt, das von Arendt cum suis noch als Berlins Wiederauferstehung gefeiert wurde. Aber einen wichtigen Unterschied in den so doch verwandten Erzählformen Rürups und Arendts gibt es allemal. Während das traumatische „Dark Age“ 1937 kaum erzählt werden konnte, stand die Zeit des Absturzes 1987 im Zentrum: Gemessen an Erzählzeit und erzählter Zeit war die Darstellung des Nationalsozialismus bei Rürup noch langsamer als die der Goldenen Zwanziger. Ausführlich betrachteten Rürups Leittext, die Ausstellung und die „Topographie des Terrors“ Berlins Geschichte im Dritten Reich, das nicht nur Berlin die Vernichtung gebracht hatte. Die Stadt des Kriegsendes wurde mit zeitgenössischen Begriffen als „das größte zusammenhängende Ruinengebiet“ Europas, als „das zweite Karthago“, als „Schutthaufen bei Potsdam“ beschrieben, und Rürup antizipierte die West-Berliner Aufbauleistungen: „Daß aus diesem Schutthaufen noch einmal eine große, interessante und lebendige Stadt werden könnte, war bei Kriegsende unvorstellbar.“<sup>95</sup>

Dasselbe Motiv prägte die Ost-Berliner Erzählung des Faschismus und der Zerstörung, die als extreme Endphase des Klassenkampfes gewertet wurde.<sup>96</sup> Weil aber der Begriff des Rückschritts in der sozialistischen Fortschrittserzählung problematisch war, wurde auch die dunkelste Zeit noch von fortschrittlichen Elementen begleitet, vor allem vom heroischen Kampf der KPD, die nunmehr Träger des Innersten der Stadt wurde. Deshalb liegt in der kryptischen Bemerkung, dass die Faschisten „große Teile der Berliner Bevölkerung mit

---

92 „Presse, Theater, Film, Kunst wurden zur Domäne des Judentums und öffneten sich bolschewistischen Ideen; Niggermusik und Niggertänze wurden die Mode, Rationalisierung die Förderung des Tages, Amerika oder Sowjetrußland das Vorbild der Lebenshaltung. Die nach der Stabilisierung der Währung eintretende Scheinblüte konnte naturgemäß nur von kurzer Dauer sein“. (Arendt, Faden und Gandert, *Geschichte der Stadt*, S. 398f.)

93 Obwohl kaum für die Stadt spezifiziert: „Unter dem Führer und durch ihn hat ein verarmtes, seelisch zerrissenes, in Fesseln geschlagenes Volk mit eiserner Energie und in zähem, unermüdlichem Ringen auf den Trümmern einer schmachvollen Zeit sich die Freiheit seines Handelns zurückerobert und den nationalsozialistischen Staat der Ehre und der Arbeit errichtet.“ (Ebd., S. 400f.)

94 Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 26.

95 Ebd., S. 51.

96 „Der von den aggressivsten Kräften des deutschen Imperialismus entfesselte zweite Weltkrieg hatte auch Berlin an den Rand des Abgrundes geführt. Das Deutsche Reich war in den Flammen des zweiten Weltkrieges untergegangen; eine ‚Reichshauptstadt‘ existierte nicht mehr. Für ihre Welteroberungspläne hatten die abenteuerlichen, volksfeindlichen Kräfte des deutschen Finanzkapitals das Schicksal Berlins auf das Spiel gesetzt. Sie hatten die Entwicklung der Stadt auf einen Tiefpunkt gebracht wie nie zuvor in ihrer Geschichte.“ (*Thesen*, S. 52.)

antikommunistischer und antisowjetischer Verhetzung, mit sozialer und nationaler Demagogie in die Irre führen (konnten)<sup>97</sup>, ein großes Eingeständnis – angesichts der Erinnerung und oppositioneller Erzählungen konnte diese Tatsache nicht geleugnet werden, aber sie errang auch keine narrative Funktion. Vielmehr wurde mit der Zerstörung der Stadt auch die Weiterentwicklung ihrer Geschichte programmiert; diese stand nicht wie in West-Berlin für einige Jahre still. Dabei wurde der Kontrast zu den erfolgreichen Aufbauleistungen in der DDR auch hier antizipiert: „Mehr als 28,5 Quadratkilometer bebauter Stadtfläche waren zerstört. Die Trümmermengen wurden auf 70 bis 90 Millionen Kubikmeter geschätzt. (...) Es gab kein Wasser, kein Gas, keinen Strom. Kein öffentliches Verkehrsmittel fuhr. Es fehlte an Lebensmitteln, und es drohte Seuchengefahr. Viele Berliner waren ‚ausgebombt‘ und lebten unter primitivsten Bedingungen. (...) Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit beherrschten das Denken vieler, besonders der Jugend. Trotzdem spürten viele Berliner, dass jetzt, als Ergebnis der Befreiung vom Faschismus, etwas Neues kommen mußte.“<sup>98</sup>

Die Zeitrhythmen und Periodisierungsleistungen gossen die drei Erzählstrukturen der Berliner Stadtgeschichte in ihre endgültige Form. Sie präsentierten die Vergangenheit in bestimmten proportionalen Verhältnissen, schufen Verbindungen zwischen Perioden und lenkten die Aufmerksamkeit des Lesers. Und trotz aller Unterschiede war allen Zeitordnungen ein Element von Untergang und Wiederauferstehung eigen, das zur Legitimation der Gegenwart beitrug. Insgesamt war bei der Herausbildung der narrativen Makrostrukturen stets der Einfluss der nationalgeschichtlichen *master narratives* spürbar. Während im Dritten Reich und der DDR die Stadtgeschichte als Funktionen der National- und der Weltgeschichte modelliert wurden, barg auch in West-Berlin die explizite Emanzipation der Metropole von der deutschen Nationalgeschichte ein maßgebliches Moment von „vertikaler Intertextualität“ zwischen Groß- und Lokalerzählungen in sich. Denn hier stützte die Bielefelder Gesellschaftsgeschichte Rürups narrative Linienführung, jene historische Sozialwissenschaft also, die die Individualität der deutschen Nation als Ordnungskategorie zurückstellte. Dieser Ansatz fand seine Entsprechung im Martin-Gropius-Bau, wo gleichsam ein kleiner „Sonderweg“ Berlins erzählt wurde.

Die unterschiedlichen Gestaltungen des gleichen Stoffes haben auch gezeigt, dass es trotzdem die gleichen Geschehnisse waren, die in die Erzählungen eingeordnet werden mussten. Es gab nur beschränkte Möglichkeiten, unpassende Erscheinungen völlig zu verschweigen. Vielmehr wurden bestimmte Geschehnisse ausgedehnt oder zusammengedrückt, wenn etwa die fremde Einwanderung in Rürups Narrativ ein Leitmotiv und in der Erzählung von Grantzow unerheblich war. Auch der knappe Thesen-Satz zur „Irreführung“ „großer Teile der Bevölkerung“ durch den Faschismus deutet auf die Schwierigkeiten hin, solch unbeliebte Daten völlig unerwähnt zu lassen. Diesem Problem ist der letzte Abschnitt gewidmet.

---

97 *Thesen*, S. 49.

98 *Ebd.*, S. 52f.

## 4. Ereignisgestaltung und „horizontale“ Intertextualität

Die teilweise invertierten Erzählstrukturen weisen bestimmte wiederkehrende Ereignisse auf, die in einer Geschichte Berlins anscheinend nicht fehlen durften. Die Verschiebungen in Periodisierung und Erzählrhythmus stellten solche Elemente des Stoffes jeweils in neue Zusammenhänge, hoben sie hervor oder stellten sie zurück, doch das völlige Unerwähntlassen bekannter Geschehnisse trug nicht zur Glaubwürdigkeit der Erzählung bei.<sup>99</sup> Vielmehr mussten gerade auch jene Elemente, die gegen die eigene Linienführung zu sprechen schienen, eingeordnet und erklärt werden. Hier traten die verschiedenen Parallelentwürfe der Geschichte Berlins oft in explizite Konkurrenz, wenn sie durch intertextuelle Bezugnahmen die eigene Ereignisgestaltung zu stärken oder die des Gegners zu schwächen suchten. Dieses Kapitel steigt zur untersten Ebene konkreter Geschichtsdarstellung hinab, und fragt, welche Folgen die unterschiedliche Gesamtkomposition der Erzählungen für die textuelle Repräsentation historischer Ereignisse hatte. Gab es, auch wenn sich verschiedene Plotstrukturen formen ließen, Grenzen in der Dehnbarkeit einzelner Ereignisse? Mit welchen Methoden konnten Geschehnisse, die die eigene Erzählführung untergruben, doch aufgenommen werden? Es werden im Folgenden zunächst einige solcher Lösungsstrategien unterschieden, bevor die konkrete Gestaltung anhand der Märzrevolutionen 1848 genauer verglichen wird.

### Asymmetrische Präsenz und einmalige Erzähllinien

Eine erste Form unterschiedlicher Ereignisgestaltung lag vor, wenn Geschehnisse in der einen Geschichte entscheidend, in der anderen aber unbedeutend waren. In solchen Fällen asymmetrischer Präsenz wurden sie im einen Narrativ oft verlangsamend dargestellt und mit Pathos überladen, während andere Erzählmuster dasselbe pflichtgemäß erwähnten und zu wichtigeren Episoden übergingen.

Ein gutes Beispiel liefert die Stadtgründung, die nur 1937 Dreh- und Angelpunkt der Erzählordnung war. Grund für die auffällig emphatische Darstellung dieses Erzählabschnitts war aber auch das Vorhandensein vieler Funde und Legenden, die nicht glatt in die Grundstruktur der nationalsozialistischen Erzählung passten. Die bekannte Anwesenheit mittelalterlicher Slawen im Berliner Raum beispielsweise konnte nicht geleugnet, sondern nur heruntergespielt werden. Nachdem etwa Gandert den Urgermanen 40 Seiten gewidmet hatte,

---

<sup>99</sup> Ann Rigney spricht mit Michel de Certeau von „received events“. (Rigney, *The rhetoric*, S. 18 und S. 36.)



wurden den Slawen nur zwei Absätze zuteil. Auch wegen der ungewissen und späten Gründung selbst musste man erhebliche rhetorische Kräfte aufwenden, um die eigene Erzählung zu unterfüttern. Und obwohl etwa Grantzow an den von Quellen und Forschung verbürgten Eckdaten nicht rütteln konnte, war seine Darstellung hier von „narrativer Konkurrenz“ und Delegitimierung anderer Erzähloptionen nur so durchzogen: „Man hat Berlin aus einem ‚slawischen Fischerdorf‘ hervorgehen lassen wollen. Die Fabel ist entstanden zu einer Zeit, da man sich nicht recht vorstellen konnte, daß im ‚dunklen‘ Mittelalter eine so bedeutende bewußte Tat sollte vollbracht worden sein. Wir wissen das jetzt besser (...). Wenn in wenigen Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts der ganze deutsche Osten mit all den Städten und Dörfern besetzt wurde, die im großen ganzen heute noch bestehen, so ist das eine so einzigartige Tat, daß sie nicht an das zufällige Dasein kleiner slawischer Siedlungen zu knüpfen ist, sondern sie muß in den besten seelischen Kräften des deutschen Volkes und im weit-schauenden Unternehmungsgeist eines großen niederdeutschen Fürstenhauses gesucht werden.“ Um die neue Deutung endgültig aufzuwerten, bezog Grantzow Bausteine seiner Ereignisgestaltung gar aus der mythischen Gründung Roms.<sup>100</sup>

Ihre übergreifende Erzählweise zwang die Historiker der 1930er Jahren zu solchen Überdehnungen in der konkreten Darstellung der Stadtgründung. Anders war dies in Ost- und West-Berlin, wo die Identität der Stadt nicht von ihrem Entstehen abhängig war. Ost-Berlin beispielsweise beanspruchte (mit Blick auf den Westen) zwar direkt die geographische Kontinuität<sup>101</sup>, doch seine Darstellung blieb wirtschaftlich-mechanisch und im Vergleich zu 1937 geradezu antipathetisch.<sup>102</sup> Und in Rürups Narrativ war es lediglich wichtig, dass bereits die ersten Berliner Einwanderer waren.<sup>103</sup>

---

100 „Wahrscheinlich wurde dieser (Spree-)Übergang schon von Handelsleuten benutzt, ehe die beiden Markgrafen Otto III. und Johann I., Nachkommen des Askaniers Albrecht des Bären, der im Gedankenkreise Heinrichs des Löwen den Osten und Norden als das gegebene Aufnahmegebiet für die überschüssige deutsche Kraft erkannt hatte, die Gebiete Teltow und Barnim als letzte Teile der Mittelmark vor 1230 in ihren Besitz gebracht hatten. *Diese beiden Brüder Otto und Johann gründeten Berlin*, ohne jede Rücksicht auf eine etwa vorhandene slawische Siedlung, die keinerlei Spuren hinterlassen hat.“ (Grantzow, *700 Jahre Berlin*, S. 3f.) Faden rief in langen Ausführungen die gesamte mittelalterliche Ostkolonisation auf den Plan, um dadurch die Gründung Berlins aufzupolieren: „In diesem großen Rahmen muss die Gründung und Frühzeit Berlins angeschaut werden. Welch Aufgebot von Fürsten, Stämmen und Städten – so mag es erscheinen – um diese eine Spreesiedlung! Mit Bedacht haben wir den Raum unserer Einführung so weit abgesteckt. Wenn gegen die Reichshauptstadt gesagt worden ist, sie habe noch nicht bestanden, als Deutschland (...) eine erste Kulturblüte erlebte (...), so trifft das auf den gesamten Osten zu und verwehrt gerade dem deutschen Gebiet die Gleichberechtigung, das nach Zerfall des alten Reiches der Baugrund der neuen staatlichen Einigung geworden ist. Eine Geschichtsauffassung, die Verdienst und Würde nach der Zahl der Jahrhunderte berechnet, mißachtet die immer sich jungende Lebenskraft der Nation. Nur gesamtdeutsche Betrachtung vermag unserem Volksschicksal gerecht zu werden.“ (Ebd., S. 56.)

101 „Berlin entstand unweit des heutigen Marx-Engels-Platzes zu beiden Seiten der Spree. Über Jahrhunderte hinweg hat sich die Geschichte Berlins dort vollzogen, wo sich heute das Zentrum der Hauptstadt der DDR befindet.“ (Thesen, S. 9.)

102 „Berlin entstand im Entfaltungsprozess der feudalen Gesellschaftsordnung in Mitteleuropa. Um 1200 legten wagemutige Fernhändler-Kaufleute dort, wo sich später Berlin und Cölln entwickelten, Niederlassungen und Handelsstützpunkte an. Aus dem niederrheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiet kommend, strebten diese Kräfte des aufsteigenden Städtebürgertums danach, den Ostseeraum und das angrenzende Binnenland ökonomisch zu erschließen.“ (Ebd.)

103 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 30.

Eine solche asymmetrische Präsenz bestimmter Ereignisse ließe sich durch zahllose weitere Beispiele veranschaulichen, denn durch die eigene Erzählführung definierte man wichtige Ereignisse, die in anderen Narrativen fehlten oder profillos blieben. Hinter vielen dieser Asymmetrien standen bestimmte untergeordnete Erzähllinien, die jeweils nur in einem Narrativ geführt wurden, und die in Konkurrenzentwürfen unerzählt blieben. Die Historiker hatten in solchen Fällen mehr oder weniger freies Spiel bei der Gestaltung der Ereignisse. Das machte freilich auch eine stärkere Begründungsarbeit notwendig, denn diese Geschehnisse schienen nicht zwingend zur Stadtgeschichte zu gehören.

Nur in der Westberliner Version der Stadtgeschichte wurde beispielsweise die Geschichte der Berliner Juden konsequent erzählt. Die jüdischen Beiträge zur Stadtentwicklung gehörten für Rürup von Anbeginn an dazu, und in jeder Periode trugen sie zum Kern der Stadtidentität bei: Die Geschichte Berlins sei „ohne den jüdischen Anteil an den wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklungen kaum vorstellbar.“<sup>104</sup> Begründungsarbeit musste Rürup für dieses Nebennarrativ nicht leisten, denn durch den späteren Holocaust hatte es bereits hier seinen festen Platz in der Darstellung. Mit der Vertreibung des Judentums „wurde noch einmal deutlich, in welchem hohem Maße das ‚jüdische Berlin‘ zum Aufstieg und zu den Leistungen der Stadt, zu ihrer Modernität, ihrer Offenheit gegenüber neuen Ideen, ihrer Toleranz, kurzum: ihrem ‚Weltstadt‘-Charakter beigetragen hatte.“<sup>105</sup> In den Ostberliner *Thesen* hingegen wirkte die Integration der Juden in die Erzählung mehr als bemüht (Sätze wie: „Auch eine Gruppe von Juden war ansässig.“<sup>106</sup>). Sie gewann keine narrative Funktion und schien vor allem in intertextueller Reaktion auf westliche Erzählweisen aufgenommen worden zu sein.

Zwar war der jüdische Teil der Bevölkerung auch in der Erzählung von 1937 präsent, aber in negativer Weise und vor allem sehr inkonstant. Manche Autoren verzichteten wie Grantzow weitgehend auf ihre Darstellung oder nahmen diese wie Faden sehr zurückhaltend vor. Eine umgekehrte und durchgängig geführte „einmalige Erzähllinie“ entstand aber bei Arendt, der als einziger den Berliner Antisemitismus zu einem relevanten narrativen Element gestaltete. Dieses Nebennarrativ berichtete weniger von den Juden als von ihrer Wahrnehmung durch die Deutschen, und Arendt beschrieb beginnend mit 1806 aufmerksam, wie sich der Antisemitismus entwickelte, welche „richtigen“ und „falschen“ Beurteilungen des Judentums von Königen und Stadtführern vorgenommen wurden.<sup>107</sup>

Im Ostberliner Narrativ wimmelte es von „einmaligen Erzähllinien“, die zum größten Teil vom sozialistischen *master narrative* definiert wurden. Die seitenlangen Ausführungen und Einschätzungen über den Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und über taktische und strategische Fehler der Arbeiterparteien in früheren Revolutionen findet man nur in Ost-Berlin, ebenso wie das konsequente Verfolgen der Lebensumstände der „plebejischen

---

104 Ebd., S. 43.

105 Ebd., S. 49.

106 *Thesen*, S. 11.

107 So beklagte Arendt nach langen Beschreibungen des Berliner Antisemitismus den „verhängnisvollen Irrtum“, „in dem das ganze 19. Jahrhundert befangen gewesen ist: das Judentum ist als Religion angesehen, nicht als Rasse erkannt worden.“ Auch er bereitete somit spätere Ereignisse vor, nämlich seine Gegenwart: „Der Schlüsselpunkt für die Lösung der Judenfrage, der Rassengedanke und der Rassegesichtspunkt, ist erst ein Jahrhundert später gefunden worden.“ (Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 347.)

Schichten“ schon ab dem Mittelalter. Zu diesen einmaligen Erzählsträngen gehörten auch jene Ereignisse, die ab dem Dreißigjährigen Krieg stets wieder herangezogen wurden, um die historisch verbürgte Kriegsverdrossenheit und Friedensliebe der Berliner zu belegen. Wie sehr die Bevölkerung litt oder wie stark sie sich während Kriegausinandersetzungen gegen ihre Herrscher auflehnte, war nur in den sozialistischen Erzählungen zu vernehmen, und auch diese Erzähllinie lief, selbstverständlich, auf die Gegenwart der „Stadt des Friedens“ zu.

## Subversive Ereignisse

Problematischer war die Modellierung von Ereignissen, wenn sie nicht gut in die übergreifende Erzählstruktur hineinpassten und dennoch nicht verschwiegen oder allzu sehr zurechtgestutzt werden konnten, weil sie in anderen Versionen der Geschichte Berlins bereits detailliert beschrieben wurden oder weil sie in der städtischen Erinnerung noch sehr präsent waren. In den Lösungen der Historiker lassen sich verschiedene Modi unterscheiden.

Ein erster Lösungstypus war der Perspektivenwechsel im entscheidenden Moment. Er wurde von Faden angewandt, als der gescheiterte Aufstand Berlins 1447/48 erzählt werden musste. Dieser bildete in älteren Darstellungen der Stadtgeschichte stets ein zentrales Element, und der berühmte „Berliner Unwille“ trug zum Berliner Stadtstolz bei. Deshalb aber bildete er für Faden ein unbequemes Ereignis, denn die mittelalterliche Stadt verlor hier auf demütigende Weise ihre Selbständigkeit, was gleichwohl für die Erzählführung hin zur deutschen Volksgemeinschaft eine unentbehrliche Etappe darstellte. Um das berechtigte Niederschlagen der Berliner Proteste durch den märkischen Fürsten vorzubereiten, betonte Faden ab dem späten 14. Jahrhundert die wachsende Unordnung in der Mark, die durch die „Mißregierung“ von Herrscherhäusern nicht aufgehoben werden konnte.<sup>108</sup> Nach verschiedenen Anläufen gelang es schließlich dem neuen Fürsten Friedrich II., die immer selbstbewusster auftretenden Städte im 15. Jahrhundert zu zähmen. Damit veränderte sich auch Fadens Erzählform von einer Stadtgeschichte zu einer Geschichte kräftiger nationaler Führung im Berliner Raum. „Was konnte die Nation aus dem staatlichen Eigenleben kleinster Einheiten, eben der Städte, die sich gegen ihre Fürsten zur Wehr setzten, noch gewinnen?“<sup>109</sup> Somit war das Niederschlagen des Berliner Unwillens ein für Berlin zwar unangenehmes, aber für die Erzählung notwendiges Ereignis. Mit Dank für die mittelalterliche Glorie verabschiedet Faden die alte Stadt und führt nun in die neue Lage ein: „Berlin hat sich sein Schicksal selbst bereitet. Sein mutiger Trotz fordert Achtung und Teilnahme. Aber auch anders wäre es der Einordnung in den werdenden Staat nicht entgangen. (...) In den Zeiten landesherrlicher Unmacht musste es sich selbst halten und behaupten. Aber die großmächtige Stellung der Seestädte in der Hanse (...) konnte nicht das Ziel Berlins bleiben (...). Die kurfürstliche Residenzstadt ist fortan von seinem Herrscherhause geführt worden.“<sup>110</sup>

---

108 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 94.

109 Ebd., S. 99ff.

110 Ebd., S. 103. Solche mittelalterliche Auseinandersetzungen waren der Westberliner Metropolenerzählung, die die spätere Loslösung der Stadt von ihren Herrschern als Telos hatte, nur wenige Sätze wert. Dennoch wählte Rürup hier eine auffällige Formulierung: Mit dem Scheitern des Unwillens sei klar

Eine zweite und eine dritte Strategie im Umgang mit subversiver Geschichte zeigt Rürup. Für ihn wie für das *Thesen*-Kollektiv bildeten das Entstehen des Nationalsozialismus und seine Massenunterstützung unbequeme Ereignisse, an denen selbstverständlich nicht vorbeigegangen werden konnte. Es wurde bereits erwähnt, welche Schwierigkeiten das Thema der DDR bereitete, wo das ganze Problem in einem einzelnen bedeutungsschwangeren Satz zusammengepfertcht wurde. Aber wie konnte die Hauptfigur der dynamischen Metropole erzählerisch vom aufkommenden Dritten Reich abgegrenzt werden? Rürup verfolgte zwei Strategien, nämlich zum einen die anachronistische Anordnung und zum anderen die Delegitimierung alternativer Erzähloptionen.

Zunächst trennte er die „guten“ von den „bösen“ Komponenten der bewunderten republikanischen Hauptstadt auch in der Textwiedergabe. Ein Kapiteleinschnitt trennte Weimar vom Dritten Reich und die Darstellung der Metropole wurde von einer Problematisierung der Rechtsradikalisierung vor 1933 noch nicht übermäßig getrübt. Diese wurde schlicht für den Abschnitt nach 1933 aufgehoben, denn der öffnete mit dem geschickten, auf die dynamische Metropole rückblickenden Satz: „Politisch geschah das alles bereits auf schwankendem Boden“. In der Rückschau erst benannte Rürup die Schattenseiten des vorher bereits Erzählten: „Die ‚goldenen‘ Jahre Berlins waren allzu kurz, der nationalsozialistische Straßenterror ließ schon in den letzten Jahren der Republik ahnen, was folgen würde.“<sup>111</sup> So ließen sich zeitgleiche Geschehnisse durch textuelle Trennung auseinander nehmen, einordnen und auch geteilt bewerten.

Rürups Gestaltung der „Machtergreifung“ selbst prägten daraufhin eine auffällige narrative Konkurrenz zu und eine Delegitimierung von parallelen Alternativerzählungen – Strategien, die er bekanntlich vielfach angewendete. „Mit dem Stimmzettel ist Berlin, selbst wenn man die Ergebnisse des deutschnationalen Koalitionspartners einbezieht, von den Nationalsozialisten nicht erobert worden. Die Stadt wurde aber auch nicht von der ‚braunen‘ Provinz überwältigt, wie heutzutage in Darstellungen zur Geschichte Berlins häufig zu lesen ist. Die Entscheidungen, durch die den Nationalsozialisten die Macht ausgeliefert wurde, fielen vielmehr in Berlin.“ Die eigentlichen Helden, die dynamischen Großstädter, mussten aber von diesen Vorgängen ausgenommen werden: „Die Stadt wurde nicht von außen erobert, sondern – wenn auch gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung – von einem Teil der bürgerlichen Rechten den Nationalsozialisten ausgeliefert.“<sup>112</sup> Die Berliner blieben „innerlich gespalten: Nur eine Minderheit war entschieden nationalsozialistisch, andere glaubten an die ‚nationale Revolution‘ und die ‚Volksgemeinschaft‘, wieder andere entscheiden sich für die Anpassung und das Mitmachen aus Furcht oder Opportunismus, und schließlich gab es auch die nicht wenigen, die oppositionell blieben, den Versuchungen

---

geworden, „daß Berlin künftig nicht mehr den Weg der selbstbewußten Bürgerstadt (...) gehen würde.“ (Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 31.) Die Wortwahl ist bemerkenswert, weil sie auf frappierende Weise der Einschätzung des 1937 ausgeschlossenen Demokraten Ernst Kaerber gleicht, der 1933 schrieb: „Die Unterwerfung Berlins hat endgültig den Weg abgeschnitten, der letzten Endes zur freien Reichsstadt geführt hätte“. (Vgl. Kap. I.3.) In der Umkehrung der nationalistischen Erzählweise knüpfte Rürup folgerichtig an Kaebers verdrängte Gegenerzählung der 1930er Jahre an – hier wirkte die Intertextualität, also der Verweis auf andere Erzähltraditionen, nicht abgrenzend, sondern affirmativ.

111 Rürup, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, S. 47.

112 Ebd.

widerstanden und auch den Einsatz ihres Lebens nicht scheuten, um das Unrechtssystem zu bekämpfen und, wenn möglich, zu stürzen. Von Anfang an war die Hauptstadt des ‚Dritten Reiches‘ auch ein Zentrum des Widerstandes“.<sup>113</sup>

Das Arsenal an erzählerischen Lösungsmöglichkeiten für die Einordnung subversiver Ereignisse ist schließlich in annähernder Vollständigkeit beobachtbar in der Darstellung der Berliner Zeitgeschichte in der Hauptstadt der DDR. Hier gab es zwar zahlreiche „Errungenschaften“, die den Aufbau des Sozialismus belegen konnten, doch mindestens so viele Entwicklungen, die weder in die eigene Aufstiegserzählung passten noch verschwiegen werden konnten: Das Fortbestehen der Reaktion trotz der epochalen Siege von 1945 und 1949, die Spaltung der Stadt, der Aufstand des 17. Juni 1953 und der Bau der Mauer 1961. In den *Thesen* sind sowohl die Dehnbarkeit der Geschichte als deren Grenzen beispielhaft beobachtbar. Hier gab es Perspektivwechsel, etwa als nach dem Untergang des gesichtslosen „Faschismus“ auf einmal konkrete „Sowjetsoldaten“ auf Graswurzelebene auftauchten, die „halfen, wo sie nur konnten“. Hier gab es zahlreiche subversive Daten, die zwar erwähnt, aber in unauffälligen Nebensätzen bestens versteckt oder kryptischen Andeutungen eher umschrieben wurden, hier gab es Umdrehungen („die von der Sowjetarmee geretteten Kulturschätze der Museumsinsel“) und hier gab es die suggestive Sprache der Metaphern, etwa als die „Westmächte Hand in Hand mit dem deutschen Monopolkapital“ handelten, als verhindert wurde, dass „das Rad der Geschichte“ zurückgedreht wurde, oder als dem Imperialismus heroisch „der Riegel vorgeschoben wurde“.<sup>114</sup> Hier gab es auch die verengende Erzählführung, die als „pars pro toto“ die Nachkriegsgeschichte Berlins auf Ost-Berlin beschränkte und Ost-Berlin wiederum auf dessen Arbeiter und Bauern reduzierte. Hier schließlich gab es die Kunst des Weglassens, wenn Ereignisse schlichtweg unerzählbar waren, weil sie die eng festgelegte Gesamtlinie der Erzählung, nach der die Geschichte keine Rückschritte kannte, vollends zu sprengen in der Lage waren. Sogar die Spaltung der Stadt musste als Fortschritt modelliert werden.

Alles dies führte dazu, dass zwar viele Ereignisse mehr oder weniger erfolgreich zu einer Aufstiegserzählung verknüpft wurden, die auch in anderen Erzählungen der Zeitgeschichte – etwa in West-Berlin oder im populären Gedächtnis – vorhanden waren, aber dass das Ergebnis ohne diese Alternativerzählungen kaum verständlich war. Gerhard Keiderling zum Beispiel baute seine Darstellung der Stadtsplaltung vollständig auf Weststimmen und ihrer Delegitimierung auf – er zog dafür ausschließlich westliches Quellenmaterial heran, mit dem er nicht selten mit beißender Ironie plausibel zu machen suchte, warum die westliche Version der Spaltung nicht stimmen konnte.<sup>115</sup> Hier stellte sich der prägnante Gegencharakter der Ostberliner Zeitgeschichte heraus, denn die Struktur der westlichen Erzählung wurde so bis ins Detail ins eigene Narrativ importiert. Die entsprechenden Abschnitte der *Thesen* machen ohne Kenntnis der westlichen Erzählung keinen Sinn. „Die Teilnahme von Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs an der Besetzung Berlins berührte nicht die Zugehörigkeit ganz Berlins zur sowjetischen Besatzungszone“, hieß es beispielsweise in böser Vorahnung. Ebenso antizipierend war die Hinzufügung, dass das gleiche für „das Kontrollrecht der Sowjetunion auf allen Transitwegen von und nach den Westsektoren“ galt.

---

113 Ebd., S. 48ff.

114 *Thesen*, S. 69, 61, bzw. S. 57.

115 Vgl. Keiderling, *Berlin 1945–1986*, hier: S. 253–295.

Aber was im Sommer 1945 nun *konkret* in Berlin geschah, wurde dabei nicht erzählt – es gab nur den *Kommentar* zur Ankunft der Westmächte in Berlin, sowie die viel implizierende Bemerkung: „Tatsache ist, dass es einen besonderen ‚Viermächtestatus von Berlin‘, losgelöst vom Inhalt und von den Zielen des Potsdamer Abkommens, nie gegeben hat.“<sup>116</sup> Nach der ausführlichen Darstellung der Währungsreform, die „die imperialistischen Westmächte“ dann durchgeführt hatten, um Berlin zu spalten, folgte eine äußerst kryptische Erwähnung nicht näher beschriebener „Schutzmaßnahmen“ der Sowjetunion, die erneut veranschaulicht, wie unerzählbar diese Geschichte war: „Die damals und später von der imperialistischen Propaganda bewußt hochgespielte Lüge von einer angeblichen ‚Blockade‘ kann nichts an der Tatsache ändern, daß die UdSSR und die demokratischen Kräfte Berlins großzügige Angebote zur Versorgung der Westsektoren unterbreiteten und Verhandlungsbereitschaft an den Tag legten.“ *Dass* (und gar *warum*) die Versorgung der Westsektoren anscheinend unsicher war, erzählt diese Geschichte nicht selbständig. Nicht nur die Bewertung, sondern überhaupt das Verständnis der zitierten Passage setzt eine andere Version dieser Ereignisse voraus.<sup>117</sup>

Hier führte die DDR die eigentümliche Verklammerung verschiedener und gar feindlicher Berlin-Erzählungen zu ihrem Höhepunkt: Dort, wo unpassende Ereignisse weder erzählt noch verschwiegen werden konnten (denn die Begriffe „Blockade“ und „Luftbrücke“ durften nicht fehlen), verkam die Ereignisgestaltung zu einem brüchigen Kommentar anderer, nämlich westlicher, Erzählentwürfe.

## Sprachliche Identifikation des Handlungsfeldes

Die Passagen aus den *Thesen* führen in aller Deutlichkeit auch die prägende Rolle der benutzten Begrifflichkeit in der Konfiguration des Akteursfeldes vor. Mit Begriffen wie „Imperialismus“, „Monopolkapital“ und „Aggressionspolitik“ entstand ein ganz anderes „setting“ für die Handlung als mit den Begriffen „Westalliierte“, „Großmächte“ und „weltpolitische Blöcke“, die Rürup wählte. Diese Bedeutung der Begriffswahl für die Ereignisgestaltung und für die Identifikation der handelnden Akteure wird hier schließlich am Beispiel der dreifachen Modellierung der Geschehnisse vom März 1848 genauer aufgezeigt. Die Revolution 1848 war eine der wenigen komplexeren Ereignisse, die in allen drei Erzählungen eine wichtige narrative Funktion erfüllte, ausführlich erzählt wurde und zugleich – anders als etwa die Novemberrevolution – für die Berliner Gesellschaften von 1937 und 1987 relativ weit entfernt war.

Das heißt nicht, dass die Gestaltung der Revolutionsereignisse in den drei Erzählungen ähnlich verlief, im Gegenteil. Im stadthistorischen Narrativ der 1930er Jahre fielen sie in eine Erzählphase der Beschleunigung, die vom inneren Zerfall der wachsenden Großstadt berichtete. Grantzow hielt das Tempo seiner Kurzdarstellung kaum an und widmete der Revolution nur einen Satz.<sup>118</sup> Arendt konnte hingegen die Revolution in der Monographie

---

116 *Thesen*, S. 56.

117 Ebd., S. 61.

118 „Politische Gedanken und wirtschaftliche Schwierigkeiten (Teuerung infolge von Mißernten) vereinigen sich und lösen schließlich die *Revolution* des 18. März aus, der weitere Unruhen folgen, so daß eine allgemeine Unsicherheit das Leben beherrscht, bis endlich durch (General) Wrangel und den

nicht so ellipsenartig überspringen und erzählte sie als Machenschaft des „Judentums, der Freimaurerei und andere(r) Geheimbünde“.<sup>119</sup> Die Ereignisse von 1848/49 waren in dieser Erzählung Äußerungen der langsamen Degeneration der städtischen (und deutschen) Gemeinschaft. Weil die Ordnung und Einheit der 1930er Jahre das Ziel dieser Stadtgeschichte bildeten, war das Chaos der Revolution ein Tiefpunkt. Ganz anders war die Funktion der „bürgerlich-demokratischen Revolution“ im Ostberliner Narrativ, denn mit ihr erreichte die gesetzmäßig anstehende „bürgerliche Umwälzung“ ihren Höhepunkt. „Erstmals wurde Berlin zu einem Brennpunkt revolutionärer Klassenkämpfe von nationaler und internationaler Bedeutung.“ Deshalb gehörte sie „trotz ihrer Niederlage“ hier „zu den größten fortschrittlichen Ereignissen der deutschen wie Berliner Geschichte“, und deshalb auch blieb „das Vermächtnis der Opfer des revolutionären Kampfes (...) im fortschrittlichen Berlin lebendig.“<sup>120</sup> Auch für West-Berlin bildete die Revolution einen Einschnitt in der Stadtgeschichte, obwohl dies in Rürups „weicher“ Periodisierung nicht so deutlich wurde wie in der Synthese der HiKo, deren zweiter Band 1848 anfängt. „Die Geschichte Berlins ist in den Märztagen aus dem engeren Bereich der Stadthistorie hinausgewachsen und zu einem Kapitel der deutschen Geschichte geworden. (...) Die große Bedeutung der Zäsur“, so erzählt der Autor Günther Richter, „brachten die Zeitgenossen zum Ausdruck, indem sie die jüngste Vergangenheit als ‚Vormärz‘ von ihrer Gegenwart abgrenzten.“<sup>121</sup>

Aber was passierte genau in diesen Märztagen 1848 in Berlin? Wie präsentierten die Historiker die Ereignisse der Revolution, die aus der Überlieferung und der Forschung schon so gut bekannt waren? Wie kamen die übergreifenden Erzählstrukturen in den Darstellungen zum Ausdruck? Alle Autoren mussten ein so einschneidendes Ereignis erzählerisch vorbereiten, und deshalb warf die Revolution ihre Schatten lange voraus. So schrieb Arendt zunächst seitenlang über das Eindringen des Judentums in die Stadtgesellschaft, womit er jene „Volksfeinde“ einführte, die 1848 handeln sollten. Auch bereitete er die Figur des Königs Friedrich Wilhelm IV. vor, der gute Absichten aber schwache Taten gezeigt hatte.<sup>122</sup> Ebenso musste er den „Pöbel“ vom deutschen Volk abgrenzen, das in seiner Erzählform Berlins Identität verbürgte. Dazu zog er die für ihn so schwierig deutbaren Prozesse der Industrialisierung und des kapitalistischen Wachstums heran. Diese hätten „Sklaventum unter dem Gelde“, eine „Gärung der Fabrikarbeiterschaft“ und dadurch eine neue „Masse“ hervorgebracht, die für Arendt bestimmt nicht dieselbe war wie das Berliner „Volk“. Hinzu traten die Versäumnisse der schwachen Staatsführung, die doch „die Gunst der Stunde“ verpasst habe, „den sich immer schneller bildenden ‚vierten Stand‘ der werdenden Nation rechtlich und seelisch einzugliedern, ihn durch soziale Hebung, Rechtsschutz und Anerkennung, Ehrung seiner Arbeit zu vaterländisch empfindenden Staatsbürgern zu machen.“<sup>123</sup> Das Feld der

---

energischen Polizeipräsidenten Hinckeldey wieder Ordnung geschaffen wird“ – das Volk brauchte hier eben starke Führung (Grantzow, S. 24).

119 Vgl. Kap. I.3.

120 *Thesen*, S. 29f.

121 Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 605.

122 Und er sei überdies nicht antisemitisch genug gewesen: „Das Zurückweichen des Königs vor dem Judensturm kennzeichnet die bereits vorhandene jüdische Macht und hat die weitere Entwicklung begünstigt. In seinem Herzen war Friedrich Wilhelm IV. Judengegner.“ (Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte Berlins*, S. 361f.)

123 Ebd., S. 368.

Akteure der Revolution wäre für Arendt aber nicht vollständig gewesen, ohne den internationalistischen Einflüssen einen Namen zu geben: „Diese Dämonie gewann Gestalt in dem Juden Karl Marx.“<sup>124</sup>

Mit einem ähnlichen Datensatz, aber ganz anderen Begriffen und Identitäten bereiteten die Ostberliner Autoren die Darstellung von „1848“ vor. Ihr master narrative definierte genau, was während der Industriellen Revolution geschah, und sie mussten lediglich in Berlin die Repräsentanten der Prozesse benennen. Seitenlang beschrieb das Kollektiv die „kapitalistische Produktionsweise“, das entstehende Proletariat und dessen Elend sowie die sich formierende Arbeiterbewegung. Alle diese Entwicklungen wurden theoretisch eingeordnet, bis zu dem Schluss: „Die aufbrechenden Klassegegensätze und die Widersprüche der Gesellschaft konnten nicht überbrückt werden.“<sup>125</sup> So wurde der Konflikt unausweichlich. Neben den Hauptakteuren des kapitalistischen Bürgertums und der Arbeiterbewegung stand weiterhin der reaktionäre preußische Staat, doch die Erzählperspektive wechselte im Vorfeld der Revolution vollends zu den unteren Schichten der Stadtgesellschaft. Die Revolution wurde dramaturgisch von einer Reihe kleinerer Streiks und Widerstandsaktionen vorbereitet, die repetitiv einzeln aufgeführt und dargestellt wurden: Die „Schneiderrevolution“ 1830, die „Feuerwerksrevolution“ 1835, ein Kattundruckerlohnstreik 1844, Tumulte am Hamburger Tor 1845.<sup>126</sup> Narrative Nebenfiguren ermöglichten weitere Handlungen des Proletariats, wie etwa jene „Höker und Händler“, die 1847 in der Not der Arbeiter „ein Geschäft wittern“ würden. Mit kurzen Staccatosätzen wurde der Druck auch im Text aufgeführt, und, das Kommende antizipierend, gab es Berlin in der „Kartoffelrevolution“ 1847 „ein erstes Ahnen von der Kraft der neuen Klasse.“<sup>127</sup>

Auch im Text der HiKo warf die Revolution im „Vormärz“ ihre Schatten voraus. Hier waren es nicht gesetzmäßige Klassenkonflikte oder eindringende Juden, die einen Ausbruch vorbereiteten, sondern eine un gelenkte Kombination von Faktoren: die Politisierung der Öffentlichkeit in Lesecafés und Clubs, die bürgerliche Unzufriedenheit über die scharfe Zensur, das soziale Elend der untersten Schichten, einige Missernten sowie ein unglücklicher König. Dennoch war in diesem Geflecht gesellschaftlich-politischer Ursachen die Rangordnung klar: „Die Berliner Märzbewegung nahm ihren Ausgang von den Lesecafés, den Refugien politischer Öffentlichkeit im Vormärz. Ihre Initiatoren kamen mithin überwiegend aus dem Bildungsbürgertum.“<sup>128</sup> Als Akteure für die Revolution standen zudem der König, der städtische Magistrat sowie die Berliner Arbeiter zur Verfügung.

So war bereits vor dem Ausgang der Revolution von unterschiedlichen Ereignissen die Rede, denn Anfang 1848 waren in jeder Erzählung eigene Gruppen mit anderen Zielen vorhanden, die auch mit verschiedenen Begriffen bezeichnet wurden.

---

124 Ebd., S. 369.

125 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945* (Berlin, 1987), S. 355.

126 Ebd., S. 355f.

127 Ebd., S. 359f.: „Eine Hökerin auf dem Gendarmenmarkt erhöhte am 21. April willkürlich (!) den Preis für eine Metze (3,435 Kilogramm) Kartoffeln auf vier Silbergroschen. Andere Händler folgten, der Tumult brach los. Wie ein Lauffeuer durchzog die Nachricht von den Ereignissen die Stadt. Auf anderen Märkten geschah ähnliches. Spontan, vom Hunger ausgelöst, brachen die Widersprüche auf, erschütterte der soziale Protest das Leben in der Stadt. Erinnerungen an den schlesischen Weberaufstand von 1844 wurden wach. Am 22. April endete der Protest. Die Massen hatten sich Gehör verschafft.“

128 Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 605.



Die Revolution begann für die Ostberliner mit einem internationalen Moment (Verbindung von Stadt- und Weltgeschichte), nämlich als am 28. Februar die Meldung von der Revolution in Paris Berlin erreichte. Die „fortschrittlichen Kräfte“ Berlins entwickelten daraufhin in einer großen Kundgebung am 6. März ein „Programm des bürgerlichen Liberalismus, das allgemeine Wünsche zusammenfaßte. Die Angst vor der Arbeiterklasse blieb zugleich in der Bourgeoisie vorherrschend, so daß sie vorsichtig taktierte.“<sup>129</sup> Hiermit wurde direkt der spätere Gegensatz zweier revolutionärer Gruppen antizipiert, der im Ostberliner Narrativ prägend bleiben würde, doch etwa im Westen zunächst keine Rolle spielte. Dort debattierten auf der „Volksversammlung“ (die hier interessanterweise ab dem 7. März stattfand) „Berliner aller Schichten ihre politischen und sozialen Forderungen“, was in die Adresse an den König mündete. Richter warf aber dem „unsicheren“ Berliner Magistrat, der weder bei Arendt noch beim Ostberliner Kollektiv handelnd auftrat, vor, diese Adresse nicht weitergeleitet zu haben: So „zerstörte er die einzige Möglichkeit der Märzbewegung, sich im Rahmen der Legalität zu äußern und stärkte wider Willen die Radikalisierung der Öffentlichkeit“.<sup>130</sup> Wo im Osten unumkehrbare Prozesse erzählt wurden, entwickelte sich die Revolution im Westen als Ergebnis ungezielter Zögerungen.

Der eigentliche Ausbruch der Revolution fiel für alle drei Erzählungen auf den 13. März. Hier beginnt auch Arendt seine Darstellung, denn „so erregt große Volksversammlungen an den vorhergegangenen Tagen (...) auch verlaufen waren, ein Eingreifen des Militärs war noch nicht erforderlich geworden“. Jetzt gab es aber „Verwundungen“ und „als daraufhin an den folgenden Tagen in einzelnen Stadtteilen die ersten Barrikaden entstanden, verschärfen sich die Zusammenstöße, der Ingrim gegen das Militär teilte Berlin in zwei feindliche Heerlager.“<sup>131</sup> Die „Zusammenstöße“ werden 1987 genauer erzählt. Es ging Ost und West zufolge um Rangeleien zwischen Truppen und Berlinern, die von einer Diskussionsveranstaltung zurückkehrten. „Das Militär patrouillierte in der Stadt, es wollte ein Exempel statuieren“, schrieb das Ostberliner Kollektiv. „Kavalleristen hieben auf nach Hause strebende Teilnehmer der Versammlung ein, und sie verwundeten Männer und Frauen; eine erste Barrikade entstand in der Grünstraße.“<sup>132</sup> Hier wurde die Revolution zu einer geplanten Provokation der Reaktion („Exempel“) gegen die Bevölkerung („Männer und Frauen“). Bei Richter aber wurden die Zusammenstöße „auf beiden Seiten durch das Gefühl unerträglicher Provokationen ausgelöst. Die Soldaten gebrauchten ihre Waffen gegen die Bevölkerung, diese antwortete mit Steinwürfen und Barrikadenbau.“ Für ihn lag hiermit die „Konfliktstruktur“ der Revolution fest: „Die Eskalation gegenseitiger Herausforderung schuf eine emotional aufgeladene Atmosphäre: Militärhaß entwickelte sich zu einem Grundgefühl der Berliner Bevölkerung (...). Auch auf Seiten der Truppen gingen die Emotionen hoch. Die Soldaten wurden zunehmend schießfreudiger, untere Chargen gaben voreilige Angriffskommandos, und so schien sich das militärische Gewaltpotential aus der Rationalität seines Ordnungskonzeptes herauszulösen; es zeigte die Tendenz zur Verselbständigung.“<sup>133</sup> Richters Revolution schien wie eine autonome, unkontrollierbare Ereigniskette ohne Ablaufplan.

---

129 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 362.

130 Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 606f.

131 Arendt, Faden und Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 370.

132 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 363.

133 Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 610f.

Nach dem synchronen, aber doch so unterschiedlichen Anfang der „Zusammenstöße“ erzählten alle drei Texte von weiteren Forderungen der Berliner und von den beschränkten Zugeständnissen des Königs. Es folgte die große Versammlung auf dem Schloßplatz am 18. März. Für Max Arendt war klar, was dann passierte: „Nur eine Forderung der Menge war (...) unerfüllt geblieben, die Zurückziehung des im Schlosse zusammengezogenen Militärs. Die entstandene Militärfeindlichkeit und die Hetzerei der revolutionären Drahtzieher haben dann auf dem Schloßplatz einen Tumult entstehen lassen, und zwei aus einer Infanteriekolonnie versehentlich abgegebene Schüsse zum Anlaß genommen, den blutigen Aufstand zu entfesseln.“<sup>134</sup> Das DDR-Kollektiv schrieb Aktion und Reaktion genau umgekehrt: „In den Jubel der Massen auf dem Schloßplatz fiel immer lauter der Ruf ‚Militär zurück‘, der eine allgemeine Forderung ausdrückte. Plötzlich gingen die im Schloß untergebrachten Soldaten mit der blanken Waffe gegen das Volk vor, um es vom Schloßplatz zu drängen, und schossen auf zurückgehende Kundgebungsteilnehmer auf der Höhe der Schloßbrücke. Eine allgemeine Empörung erfaßte die Menschen, sie fühlten sich verraten.“<sup>135</sup> Die spiegelbildliche Sprache („versehentlich“ vs. „mit blanker Waffe“; „Tumult“ vs. „allgemeine Forderung“; „revolutionäre Drahtzieher“ vs. „die Menschen“) machte aus den gleichen Geschehnissen sehr unterschiedliche Ereignisse, die Elemente verschiedener narrativer Großstrukturen waren. Solchen umfassenden Großdeutungen versuchte Richter erneut auszuweichen, und folgerichtig kreierte er die Geschehnisse am Schloßplatz als eine ungeplante und aus der Dynamik der Situation selbst hervorgehende Eskalation. Einige der Anwesenden seien politisch unerfahren und naiv gewesen; andere hätten bewusst die Konfrontation mit dem Militär gewollt, alle hätten unterschiedliche Erwartungen und dann gab es noch „die rein Schaulustigen ohne festgelegte Absichten, deren Verhalten von Spontaneität bestimmt und insofern unberechenbar war.“<sup>136</sup> Im Schloss habe es nur Planlosigkeit gegeben, und „keiner der anwesenden Politiker – am allerwenigsten der König – besaß die Fähigkeit, den Massen überzeugend entgegenzutreten“. Als sich die aufgeheizten Soldaten und militärfeindlichen Massen gegenüberstanden, war ein Konflikt unvermeidlich geworden. Es „fielen zwei ungezielte Schüsse. Keine Dramaturgie hätte den psychologisch wirksamen Punkt für den Ausbruch der Revolution besser berechnen können. Die Massen reagierten hysterisch; man schrie: ‚Der König hat uns verraten!‘“<sup>137</sup>

Die „Massen“ flüchteten in die Stadt und es folgten ein Tag und eine Nacht von Barrikadenkämpfen. Diese stellt Richter erneut als „Improvisationen“ dar, sowohl für die „militärische Seite“ als auch für Barrikadenkämpfer, die sich aus einem „großen Teil der Berliner Bevölkerung“ rekrutierten. Die DDR-Historiker waren hierüber anderer Meinung: „In wenigen Stunden entstanden etwa 150 Barrikaden aus Brettern, Balken, Fässern und Pflastersteinen. Die Bewaffnung der Revolutionäre war dürftig und in keiner Weise mit der des Militärs zu vergleichen, vor allem fehlten Feuerwaffen. Die Hauptstützen des Kampfes bildeten überall die Arbeiter.“<sup>138</sup> Hier berührte die Erzählung den Kern des Ostberliner Traditions-

---

134 Arendt, Faden und Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 370.

135 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 363f.

136 Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 614.

137 Ebd., S. 615.

138 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 364.

konstrukt. Mit viel Pathos wurden die „blutigen Kämpfe“ beschrieben, einige Arbeiter vor der Anonymität gerettet und heroisiert<sup>139</sup> und die reaktionären Feinde, die die Arbeiter nicht besiegen konnten, dämonisiert: „Die Soldaten ließen ihre Wut an Gefangenen und unbeteiligten Einwohnern aus, die sie mißhandelten, töteten und verstümmelten. Alles nutzte nichts, am 19. März um 11 Uhr mußte der König den Befehl geben, die Soldaten zurückzuziehen.“<sup>140</sup> Für Arendt hingegen war dieser Rückzug nicht die Folge einer etwaigen Niederlage: „In den sich entspinrenden Straßen- und Barrikadenkämpfen (...) sind die Truppen Sieger geblieben, sie haben aber am folgenden Tage auf einen – vielleicht mißverstandenen – mündlichen Befehl des Königs hin (...) Berlin räumen müssen.“ Hier war also der labile König schuld, oder wenigstens doch ein zufälliger Irrtum, nicht jedenfalls die Armee, die nun, „wehrlos den Beschimpfungen des Pöbels ausgesetzt“, die Stadt verlassen musste. Und „auf die Demütigung des Heeres folgte die der Monarchie“, denn der König entblöbte das Haupt für die Opfer: „von den 183 Gefallenen waren fünf Juden.“<sup>141</sup> Auch Ost-Berlin spezifizierte die Opfer der Barrikadenkämpfe, naturgemäß nach Berufsgruppen. Heraus kam dort, „daß etwa drei Viertel bis vier Fünftel aller Gefallenen Angehörige der jungen Arbeiterklasse waren.“ Und für West-Berlin, das ebenfalls die Kontinuität der „Märzgefallenen“ beanspruchte, ging es um Berliner aus „allen sozialen Schichten“. Richter schien „der Versuch, die Märzgefallenen ‚klassenspezifisch‘ zu ordnen“ problematisch, weil „die Berufsangaben der Totenliste keine soziale Trennschärfe haben“. Man berief sich durchaus auf die gleichen Quellen, konstruierte aber unterschiedliche Realitäten daraus.<sup>142</sup>

Mit dem Abzug der Truppen war für den Nazi Arendt das Chaos komplett; jetzt „forderte die Wut der Straße ihre Opfer. Die ‚Verräter‘, die nicht mit den Barrikadenkämpfern fraternisiert hatten, wurden dadurch bestraft, dass ihre Läden und Wohnungen demoliert, die zerschlagenen Einrichtungsgegenstände und Möbel zu Scheiterhaufen getürmt und verbrannt wurden.“ Ihm lag daran, die Ergebnisse der Revolution als „Terror“ darzustellen; es entstand „die Straße“ als neuer Akteur, den er wiederholt internationalistisch einordnete („fraternisiert“; Demütigungen „nach Pariser Vorbild“; Terror „nach Pariser Muster“).<sup>143</sup> In der Westberliner Erzählung begann Berlin aber noch am gleichen Tag „die veränderte Ordnung zu organisieren.“ Richter zufolge war „die Begeisterung über den gemeinsam erkämpften Sieg so stark, dass die Normen bürgerlicher Ordnung nicht in Frage standen“. Von etwaigen „Aktionen gegen ‚Verräter des Volkes‘“ seien nur drei Fälle überliefert, und zudem wurden diese „Vorgänge“ von der „Bürgerwehr“ überwacht. Richter spürte wohl, dass seine abweichende Darstellung hier der Autorität eines Zeitgenossen bedurfte, und baute explizite Quellen ein: „Plünderungen, so berichtete der russische Gesandte als Augenzeuge

---

139 „Symbol des Kampfes wurden zwei junge Barrikadenkämpfer: der siebzehnjährige Schlosserlehrling Ernst Zinna und der neunzehnjährige Schlossergeselle Heinrich Glasewald, die als letzte gemeinsam eine Barrikade an der Ecke Jäger-/Friedrichstraße verteidigten. Zinna verlor mutig kämpfend sein Leben.“ (*Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 364.)

140 „Der Hof bezeichnete die Barrikadenkämpfer als ‚Gesindel‘. Die gedrillte und militärisch gut ausgebildete preußische Armee konnte trotz Überzahl dieses ‚Gesindel‘ nicht besiegen.“ (*Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 367.)

141 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 371.

142 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 368; Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 622.

143 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 371.

einer solchen Strafaktion, seien dabei streng verpönt gewesen.“<sup>144</sup> Auch für Ost-Berlin war der Abzug der Armee ein Durchbruch, der nicht mit Chaos, sondern mit Ruhe einherging: „Die Sieger der Kämpfe räumten die Barrikaden beiseite, schufen Ordnung in der Stadt und sammelten die Toten.“<sup>145</sup> Mit dem versöhnenden Umritt des Königs in schwarz-rot-goldenen Farben endete am 21. März vorläufig die Berliner Revolution.

Nach der Darstellung der Märzkämpfe hielten alle Autoren inne, um die Ergebnisse des Erzählten einzuordnen und zu bewerten, dabei stets das Ziel der Gesamterzählungen antizipierend. „Die Berliner Arbeiterklasse hatte ihre Kraft gezeigt, die revolutionären Kämpfe hatten großen Einfluß auf den Konstituierungsprozeß der Klasse. Die elementare Arbeiterbewegung regte sich und brachte ihren Anspruch auf die Führung der Gesellschaft zum Ausdruck.“ Allerdings veränderte das Bürgertum in dieser Erzählung nun endgültig sein Akteurprofil, denn es versuchte, der neuen „politischen Kraft mit den unterschiedlichsten Methoden zu begegnen. Die Bemühungen reichten von sozialdemagogischer Verblendung bis zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.“ Im Laufe des Jahres 1848 reihten sich die „Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution“, wobei zur letzteren Kategorie zunehmend auch das liberale Bürgertum gehörte.<sup>146</sup>

Doch dieses Bürgertum war für West-Berlin die heroische Figur der Märzkämpfe. Anders als die DDR-Historiker führte Richter seitenlang die bürgerlichen Errungenschaften der neuen liberalen Ordnung aus. „Die Vorzüge kleiner Alltagsveränderungen, z. B. die Erlaubnis des Rauchens auf offener Straße, empfand man in gleichem Maße als Märzfreiheit wie die Amnestie politischer Gefangene.“<sup>147</sup> Doch vor allem die Vereins- und Pressefreiheit gingen in die Westberliner Traditionsbildung ein: „Die historische Bedeutung dieser neuen Publizistik wird man vor allem darin zu sehen haben, daß sie in der kurzen Phase der Berliner Pressefreiheit neue Maßstäbe einer politischen Öffentlichkeit schuf. Mit scharfer und bisweilen auch überzogener Kritik machte die Revolutionspresse ihrem Publikum bewußt, daß politische Entscheidungen (...) nicht allein den Kabinetten und Amtsstuben zu überlassen seien. Hinter diesen Anspruch hat sich die Berliner Öffentlichkeit auch nicht durch die bald wieder einsetzende Reaktion zurückdrängen lassen.“<sup>148</sup> Doch wie die Ostberliner musste auch Richter von der baldigen Zersplitterung der Märzbewegung berichten. Bei ihm waren es nicht zwei, sondern drei Gruppierungen, die die weiteren Geschehnisse beherrschten. Der Hauptgegensatz bestand bei ihm zwischen „den gemäßigten Liberalen und ihren Gegnern, den radikalen Demokraten“. Beide waren aber bürgerliche Strömungen, denn die Arbeiterschaft begann zwar „sehr bald ein eigenes Vereinsleben zu entwickeln“, wurde aber „umworben von den Demokraten“.<sup>149</sup> Ihre eigenen Wortführer seien, anders als in der DDR-Erzählung, „eher theorieferne Pragmatiker“ gewesen, wobei Richter die bürgerliche Per-

---

144 Obwohl er dem gleich den Boden entzog, indem er die Meinung eines anderen Gesandten, „Berlin sei ‚der vollsten Anarchie preisgegeben‘“ als „maßlose Übertreibung“ abtat. (Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 618f.)

145 *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 367.

146 „Jetzt war die Bourgeoisie an der Ausübung der Macht im Staat beteiligt, und damit begnügte sie sich. Sie nutzte nicht die sich bietende Chance, die Wurzeln des feudalen Systems gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu zerschlagen und der Herrschaft des Junkertums ein Ende zu bereiten.“ (*Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 369.)

147 Ribbe, *Geschichte Berlins*, S. 620.

148 Ebd., S. 626.

149 Ebd., S. 623.

spektive vollends übernahm und „die Protestumzüge des arbeitslosen Proletariats“ als „besorgniserregend“ und die „Konzentration selbstbewußter Arbeitermassen“ als „unberechenbare Faktoren“ einstuft.<sup>150</sup>

Für Max Arendt schließlich spielten solche Differenzierungen gar keine Rolle. Er verlangte die straffe Staatsordnung zurück, als er beschrieb, wie sich Berlin „in einem Taumel der errungenen ‚Freiheiten‘ (gefiel).“ Es tauchen erneut dieselben Elemente wie aus der Westberliner Erzählung auf, allerdings mit invertierten Deutungen. Während die Berliner und die „auf Posten stehenden Bürgerwehrmänner“ vor allem „von der neuen Rauchfreiheit ausgiebig Gebrauch“ machten, blieben „bedenkliche und unheilvolle Wirkungen“ in dieser Erzählung den Handlungen der Juden vorbehalten: „Die Aufhebung der Zensur ließ das Judentum in großem Maße in die Berliner Presse eindringen. Die Mehrzahl der neuentstehenden Zeitungen und politischen Witzblätter wurden von Juden geleitet“ und Arendt sah eine „beginnende Invasion jüdischer Literaten aus dem östlichen Europa“. Zudem habe die Versammlungsfreiheit zu einem „terroristische(n) Einfluß der Straße auf die Berliner Nationalversammlung“ geführt.<sup>151</sup> Mit Genugtuung präsentierte Arendt, mehr oder weniger unvorbereitet, General Wrangel, der mit seinen Berliner Besatzungstruppen endlich „wieder Herr der Lage“ wurde. Das Ende der Geschichte sah wie folgt aus: „In richtiger Erkenntnis der Sachlage und der Machtmittel Preußens hat Friedrich Wilhelm IV. die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone abgelehnt und der Deputation, deren Führer der Jude Eduard Simson war, erklärt, die Annahme der Verfassung und der Kaiserkrone sei von der freien Zustimmung der sämtlichen deutschen Regierungen abhängig.“<sup>152</sup>

Die unterschiedlichen Darstellungen zeigen, wie auch aus nahezu identischen Datensätzen durch rhetorische und begriffliche Variationen sehr verschiedene Erzählformen geknüpft werden konnten – denn sogar die frei rauchenden Berliner erfüllten hier noch unterschiedliche narrative (Neben-) Funktionen. Es ließen sich aus denselben Geschehnissen des Märzkonfliktes verschiedene Ereignisse konstruieren, so etwa bei Arendt ein international angeheizter Konflikt zwischen „der Straße“ und „den Truppen“, bei Richter eine unprogrammierte Eskalation zwischen militärfeindlichen Bürgern und nervösen Soldaten und beim Autorenkollektiv der DDR ein gesetzmäßiger Kampf zwischen dem aufstrebenden Proletariat, der kapitalistischen „Bourgeoisie“ und der preußischen Reaktion.

Alle diese Akteure wurden unterschiedlich konfiguriert, und stets repräsentierten andere Figuren die Identität Berlins. Nur der König war als unsicherer und launischer Monarch konstant, aber er beeinflusste in keiner Erzählung entscheidend die Märzrevolution, und er repräsentierte auch nirgends die Stadt. Für Arendt waren vielmehr die preußischen Truppen die tragischen Helden, die die Kontinuität der Stadt bestimmten. Ihr Abziehen geschah trotz ihrer Ungeschlagenheit, und sie waren dabei „wehrlos den Beschimpfungen des Pöbels ausgesetzt“ gewesen. Seine Erzählung lief auf die Wiederherstellung der „Ordnung“ 1849 hinzu. Bei Richter wurde die Stadt vom Bürgertum repräsentiert, das noble Ziele verfolgte und die Freiheiten der Revolution zu ordnen suchte, aber dann leider in verschiedene Gruppen zerfiel. Und ein Teil von Richters Bürgern trat in der DDR-Erzählung gar als Arbeiter

---

150 Ebd., S. 624, 627f. Für das Autorenkollektiv der DDR war es aber die Berliner Bourgeoisie, die keine „theoretischen Wortführer und Propagandisten revolutionärer Veränderungen“ hervorgebracht hatten. (*Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 346.)

151 Arendt, Faden, Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin*, S. 373.

152 Ebd., S. 374.

auf, die hier den Kern der Stadt repräsentierten. Die untersten Schichten wurden von der Reaktion mit viel Mühe blutig niedergeschlagen und darauf von der feigen Bourgeoisie verraten. Doch in dieser Erzählung war auch klar, dass die Arbeiter noch zurückkehren würden, ja dass sie 1848 für eine Revolution noch nicht reif waren. In allen diesen Ereignisgestaltungen waren es die verschiedenen Begriffe, mit denen Akteure und Vorgänge bezeichnet wurden („Arbeiter“, „Bürger“, „die Straße“), die für die schärfsten Unterschiede bürgten – und dabei verbargen sich auch hinter identischen Namen („Arbeiter“) manchmal verschiedene historische Figuren. Somit konnten die Historiker der Reichshauptstadt, der Hauptstadt der DDR und West-Berlins mit der Konstruktion der Märzereignisse stets die narrative Struktur ihrer Erzählungen bestätigen. Denn diese trugen trotz oder gerade wegen ihrer Unterschiede stets doch zu Fortgang und Entfaltung der eigenen Geschichte bei, und sie verwiesen auf unterschiedliche Episoden, die noch kommen würden. Die Geschichte erwies sich als dehnbar, wenn aus Geschehnissen Erzählungen wurden.

## FAZIT: Drei Geschichten der Stadt Berlin

Die narratologische Analyse der historischen Leittexte der Berliner Jubiläen hat gezeigt, wie im Ergebnis der Verständigung über die Vergangenheit in drei städtischen Geschichtskulturen kohärente Erzählungen der Geschichte Berlins entstanden. Diese Narrative waren stark unterschiedlich, ja teilweise gegensätzlich ausgerichtet, wobei sich die Verortung der „Essenz“ der Stadt sowie die Identifikation von Phasen von historischem Aufstieg und Niedergang vielleicht als die prägenden narrativen Ordnungsleistungen herausstellten.

Ihre übergreifende Makrostruktur entliehen diese Erzählungen in vielerlei Hinsicht „hierarchisch“ den master narratives der Nationalgeschichte. So definierte das „braune“ Erzählmuster eine germanische Vorgeschichte als eigentlichen Anfang der Stadtgeschichte. Die Goldene Zeit des Mittelalters ging in dieser romantischen Plotstruktur in der Neuzeit verloren, wonach in der Gegenwart des Dritten Reiches Berlins Erlösung von seinem drohenden Niedergang sowie die Erfüllung seiner eigentlichen „geschichtlichen Aufgabe“ anstand. Spiegelbildlich konstruiert war die Linienführung in der satirisch modellierten Erzählform West-Berlins. In ihrer Reinform setzte die eigentliche Stadtgeschichte Berlins hier erst mit der Aufklärung ein, um sein „Golden Age“ als emanzipierte und wandelnde Industriegroßstadt zu erleben. Zu dieser kurzen, aber dynamischen Metropoengeschichte Berlins gehörte als inklusives Schlusskapitel auch der Absturz 1933–1945 dazu, doch die Westberliner Gegenwart blieb hierin ein erzählerischer Fremdkörper. Ost-Berlin schließlich modellierte die gesamte Vergangenheit Berlins als eine Aufstiegsgeschichte, die folgerichtig in der realsozialistischen Gegenwart ihren Höhepunkt und ihre Blütezeit fand. Die komische Plostruktur war vollständig auf die „Epochenwende“ von 1945/49 ausgerichtet.

Neben einer Reihe von Ordnungsstrategien, mit denen die Historiker den gleichen historischen Stoff zu sehr unterschiedlichen Erzählungen organisierten, wandten sie auch auf der Ebene der Ereignisgestaltung verschiedene Instrumente an, um die Berliner Geschehnisse entlang ihrer Erzählformen darzubieten. Diese betrafen teilweise rhetorische und sprachliche Techniken, wie Begriffswahl, Perspektivenwechsel und abweichende Chronologien. Doch überwiegend waren diese Instrumente vom direkten Erzählwettbewerb zu anderen Berlinentwürfen geprägt, denn dort, wo neue Gestaltungen und Deutungen vorgenommen wurden, mussten herkömmliche delegitimiert werden. Insbesondere galt dies für so genannte „subversive Ereignisse“, die man in die eigene Erzählführung kaum einordnen, aber dennoch wegen der Erzählungskonkurrenz nicht verschweigen konnte. Im Ergebnis bezogen sich die verschiedenen Berlinhistoriker stets aufeinander, um durch Metaphoren, Polemiken und Einseitigkeiten ihre Abgrenzungsarbeit zu leisten – bis hin zu jenem zeithistorischen Kapitel der Ostberliner *Thesen*, das ohne Kenntnis des Westberliner Narrativs schlicht unverständlich war.

# Zusammenfassung

Diese Arbeit hat untersucht, wie die Geschichte der Stadt Berlin in drei Gesellschaftssystemen des 20. Jahrhunderts geschrieben und vermittelt wurde. Sie verglich dazu die 700-Jahr-Feier 1937 und die geteilte 750-Jahr-Feier 1987 und nahm somit die nationalsozialistische, die liberaldemokratische und die realsozialistische Erzählung der Stadtgeschichte Berlins in den Blick. Im Zentrum des Interesses standen jeweils die Erzählformen, die von den Stadtverwaltungen autorisiert wurden und die in ihren Gesellschaften eine dominante Position erlangten.

## Diskurse

Alle drei Gesellschaften konstruierten im Vorfeld der Stadtjubiläen Narrative der Geschichte Berlins, die die Vergangenheit der Stadt so gestalteten, dass sie die soziale Wirklichkeit und die Herrschaftsverhältnisse ihrer Gegenwart legitimieren konnten. Diese dominanten Erzählformen gingen aus städtischen Geschichtsdiskursen hervor, die im Dritten Reich, der DDR und in West-Berlin sehr unterschiedliche Regeln und Regelmäßigkeiten der Vergangenheitsdeutung definierten.

Im nationalsozialistischen Berlin bestand eine auffällige diskursive Kontinuität zur lokalen Geschichtsschreibung der 1920er Jahre. Die Rekonstruktion des Geschichtsdiskurses hat gezeigt, dass sich nach dem Ersten Weltkrieg eine um das Stadtarchiv und den Verein für die Geschichte Berlins gruppierte Disziplin der Stadtgeschichte etablierte, die von einer jüngeren Forschergeneration getragen wurde. Ihre Vertreter verbanden eine romantische Sehnsucht nach dem vorindustriellen „alten Berlin“ mit organischen Deutungskategorien. Sie waren bestrebt, die Ehre ihrer Vaterstadt vor der weit verbreiteten Berlinkritik im deutschen Reich zu retten, und sie pflegten dazu ein elitäres Wissenschaftsethos. Gleichviel, ob die Stadtgründung, die „Biographie der Großstadt“ oder die städtische „Volksgemeinschaft“ zur Debatte standen, immer übernahmen die Berliner Stadthistoriker die wissenschaftliche Beweisführung des *deutschen* Charakters der Stadt. Ihre Tätigkeit wurde von scharfem Lokalstolz geprägt, variierend zwischen völkischen, nationaldeutschen oder wenigstens preußisch-patriotischen Ausprägungen, und die Machtübernahme 1933 bedeutete für die inhaltliche Arbeit dieser Disziplin meist keinen großen Bruch.

Der öffentliche Geschichtsdiskurs West-Berlins war in den 1980er Jahren weniger von Lokalhistorikern als von nationalen Debatten geprägt, die gleichwohl in Berlin auf eigene Weise geführt wurden. Hier bestanden deutliche Kontinuitäten zwischen der Preußenaus-



stellung 1981, den Diskussionen um ein Deutsches Historisches Museum und der Vorbereitung der 750-Jahr-Feier. Zu den Regelmäßigkeiten des Westberliner Geschichtsdiskurses gehörten eine vorrangige Beschäftigung mit Fragen der historischen Identitätsbildung und -kritik, das übergreifende Ziel der Aufklärung des Publikums, das Betonen historischer Widersprüche und schließlich die strikte Ablehnung von Geschlossenheit und Einseitigkeit. Obwohl in diesem Diskurs Berlins Verhältnis zur Nation und seine Bedeutung für die deutsche Geschichte Kernthemen waren, hat sich gezeigt, dass die konservative Identitätsstiftung der „geistig-moralischen Wende“ in der Stadt kaum durchsetzbar war. Die Preußenausstellung wurde kein Preußentempel und Helmut Kohls Deutsches Historisches Museum wurde zum kritischen „Forum für Geschichte und Gegenwart“ umgewandelt. Neben der besonderen Nähe des Ostens und dessen „geschlossenem“ Geschichtsmuseum, das die Notwendigkeit von „Widersprüchen“ und „Kritik“ in der eigenen Geschichtsaneignung begründete, war hierfür auch der zunehmende Einfluss der „neuen Geschichtsbewegung“ verantwortlich, die in West-Berlin stark vertreten war.

Wie in West-Berlin auch, so hatte die Geschichte Berlins im Selbstverständnis des auf „Fortschritt“ ausgerichteten Ost-Berlin lange Zeit keine große Rolle gespielt. Erst mit Blick auf die 750-Jahr-Feier wurde eine stadtgeschichtliche Disziplin gegründet, eigens um eine Ostberliner Gegenerzählung zum Westberliner Deutungsmuster zu entwerfen. Diese Lokaldisziplin stand vollständig in der Tradition der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR – sie übernahm das Wissenschaftsverständnis einer parteigelenkten Staatshistoriographie, die sich seit den 1950er Jahren als Waffe in der Klassenauseinandersetzung verstand und eine inhaltliche Einheitlichkeit in allen Gliedern anstrebte. Für die Ostberliner Stadthistoriker gehörten die Betonung der fortschrittlichen Traditionen Berlins, die Deutung des Sozialismus als Höhepunkt der Stadtgeschichte und die Auseinandersetzung mit „der imperialistischen Geschichtsfälschung“ zu den Selbstverständlichkeiten ihres Faches. Allerdings war dieser historische Herrschaftsdiskurs in den 1980er Jahren nicht mehr so monolithisch wie noch etwa zwanzig Jahre früher. Begegnungen mit der bürgerlichen Historiographie und eine Erweiterung des Geschichtsbildes untergruben viele alte Grenzziehungen und bedrohten sowohl die Uniformität der Vergangenheitsaneignung als auch die Vorrangposition der Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitte der 1980er Jahre war die Erosion der geschlossenen Denkwelt weit vorangeschritten, was die Konstruktion der Geschichte Berlins stark behinderte. Vor allem auf dem Feld der so entscheidenden Geschichte der Arbeiterbewegung bestimmten Selbstblockaden, Motivationsprobleme und Druckverbote den historiographischen Alltag.

## Stadtjubiläen

Aus diesen Geschichtsdiskursen gingen während der Vorbereitungen der Stadtjubiläen drei kohärente Erzählungen der Berliner Geschichte hervor, die von den jeweiligen Stadtverwaltungen autorisiert und während der Feierlichkeiten 1937 und 1987 inszeniert wurden. Diese Feste wurden von den städtischen Herrschaftseliten organisiert. Die 700-Jahr-Feier war ein hochgradig improvisiertes Ereignis, dessen Durchführung erst im Dezember 1936 entschieden wurde. Sie bediente sich wie viele Ortsjubiläen im Nationalsozialismus der bürgerlichen Festtradition und diente der Herrschaftsetablierung des im gleichen Monat installierten

Oberbürgermeisters und Stadtpräsidenten Julius Lippert. Das Jubiläum fand ausschließlich auf kommunaler Ebene statt: Von den Führungspersönlichkeiten der NSDAP war nur Gauleiter Joseph Goebbels einen Tag anwesend. Obwohl Lippert die Organisation fest in der Hand hielt, überließ der von ihm kontrollierte Organisationssausschuss einigen Vereinen und Initiativen genau abgesteckte Freiräume, um lokale Festformen zu integrieren oder vergessene Traditionen „wiederzubeleben“. Die Höhepunkte des Festes, darunter der historische Festzug und das Festspiel im Olympiastadion, waren hingegen genau inszeniert. Sie zogen viel Publikum an und galten als große Erfolge. In der 700-Jahr-Feier wurde vor allem das „alte Berlin“ dargestellt, dessen „Behaglichkeit“ nach den Traumata der Revolution und den Krisen der Republik vom Nationalsozialismus als Kontinuitätsressource angesprochen wurde. Das Jubiläum definierte die Berliner „Volksgemeinschaft“ und verschmolz ein idealisiertes „Altberlin“ mit dem Stadtpräsidenten sowie mit der Gesellschaftsordnung des „Dritten Reichs“.

Die Jubiläen, die fünfzig Jahre später gefeiert wurden, fanden unter ganz anderen Vorzeichen statt. Berlin war von der Mauer durchtrennt und wurde von zwei gegensätzlichen Systemen in Anspruch genommen, die 1987 nicht mehr ihre Herrschaft etablieren, sondern allenfalls affirmieren mussten. Die 750-Jahr-Feiern wurden langfristig vorbereitet und trotz Westberliner Bemühungen, Gemeinsamkeiten mit Ost-Berlin herauszustellen, in direkter Konkurrenz begangen. Gegenseitige Beobachtungen, Nachahmungen und Abgrenzungen machten bis zum Kopieren oder Vorverlegen einzelner Festveranstaltungen die Signatur des doppelten Jubiläums aus, das durch die innerstädtische Legitimitätskonkurrenz beiderseits der Mauer zu unüberschaubaren Proportionen wuchs.

West-Berlin inszenierte sich 1987 als pluralistisches, demokratisches und freies Gemeinwesen, das eine deutsche Brückenfunktion erfüllte und die gesamte Stadt vertrat. Sein Selbstverständnis als liberale Metropole sollte auch in der Festorganisation selbst demonstriert werden, weshalb ein „dezentrales“ Fest entworfen wurde, in dem wohlüberlegt viele freie Projekte und Teilfeste ihren Platz bekamen. Man feierte mit Blick auf den Osten und auf die alte Mitte Berlins: Die großen Veranstaltungen fanden in der Nähe der Mauer statt. Im Kern des Programms stand die Historische Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, die Berlin als eine eigenständige und sich immer wandelnde Metropole präsentierte. Sie wurde von halbselbständigen Projekten wie „Topographie des Terrors“ und „Mythos Berlin“ begleitet. Die Gestaltung des Festes geschah in betonter Abgrenzung vom „Massenspektakel“ der 700-Jahr-Feier, die herkömmliche Festmittel diskreditiert hatte: Um den „Gleichschritt“ zu vermeiden, gab es 1987 beispielsweise einen Festzug mit Booten auf dem Wasser.

Ost-Berlin wurde nicht von Abgrenzungszwängen gegenüber 1937 geplagt. Vielmehr wuchs seine 750-Jahr-Feier zu einer demonstrativen Aneignung Berlins und seiner Geschichte durch den Staatssozialismus. Die DDR überraschte vor allem mit großzügigen Renovierungs- und Wiederaufbauprojekten im Berliner Stadtzentrum. Die Hauptstadt präsentierte sich im Einklang mit der *gesamten* Stadtgeschichte (wobei die letzten 38 Jahre als unumstrittener Höhepunkt galten) und betonte mit Blick auf West-Berlin stets die historische Hauptstadtfunktion Berlins. Vor diesem Hintergrund wurde das Jubiläum als eine nationale Angelegenheit ersten Ranges verstanden, was es in der Reichshauptstadt und in West-Berlin deutlich nicht war. Die Präsenz des Staats- und Parteichefs überflügelte die des Ostberliner Oberbürgermeisters. Das Festprogramm war noch umfangreicher als in West-Berlin und sein Höhepunkt war ein historischer Festzug, der etwa zehn Mal größer war als 1937.

Durch die demonstrative Staatspräsenz gab es aber in Ost-Berlin wenig Gelegenheit zur Abgrenzung lokal selbständiger Identitäten. Auffällig war auch, dass weniger die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus, als vielmehr die Errungenschaften der letzten 40 Jahre und auch die ältere Stadtgeschichte inszeniert wurden. Von der Überlegenheit des eigenen Gesellschaftssystems war, anders als früher, kaum die Rede; stattdessen überwog 1987 eine defensivere Friedensrhetorik.

In beiden Berliner Gesellschaften war im Laufe des Jahres 1987 eine wachsende Skepsis über die Dauerfeier unübersehbar. Während sich Gegenstimmen im Westen öffentlich artikulieren konnten und in der Kreuzberger Szene – freilich nicht nur wegen der unbescheidenen Selbstfeier der Eliten – regelrechte Krawalle ausbrachen, äußerte sich die Kritik am Ostberliner Staatsprogramm in Protesten gegen die offensichtliche materielle Bevorzugung der Hauptstadt („781 Jahre Dresden“), in politischen Witzen und in der Gegenöffentlichkeit der wachsenden Oppositionsbewegung.

Eine weitere Parallele zwischen Ost und West lag in ihren sich transformierenden Geschichtskulturen. Beide Teile Berlins entdeckten nach Jahrzehnten von Aufbauzyklen und Fortschrittsglauben in den 1980er Jahren ihre Geschichte wieder, was sich im Stadtbild ausdrückte: Im Westen in der „Wiederentdeckung der historischen Mitte“ und im Osten in der Renovierung preußischer Prunkbauten im Zentrum. Und obwohl die „offizielle“ Selbsteutung beider Halbstädte (Urbanität vs. Arbeiterbewegung) nicht primär national definiert war, waren 1987 hien und drüben gewisse Gegentendenzen der Renationalisierung zu beobachten: hier die neue Erbedebatte, die ehemals reaktionäre Nationalhelden aufwertete, dort konservative Gegenentwürfe der „alten Reichshauptstadt“, die Identitätsstiftung durch Könige oder verstärkte Einheitsrhetorik betrieben. Gleichwohl erreichten diese Gegenerzählungen weder in Ost noch West öffentliche Dominanz – es blieb bei Alternativdeutungen gegenüber den von Stadt (und Staat) vertretenen „offiziellen“ Geschichtsbildern.

## Lenkungsformen

In den drei städtischen Geschichtsdiskursen standen jeweils mehr oder weniger verschiedene Erzählformen der Geschichte Berlins im Wettbewerb, bevor zum Jubiläum stets ein kohärentes Narrativ zur Deutungshoheit gelangte. Dabei standen den Herrschaftseliten stets verschiedene Mittel zur Verfügung, um die Arbeit der Stadthistoriker, wenn nötig, zu lenken und ungewünschte Geschichtsdeutungen zu marginalisieren.

Die nationalsozialistische Reichshauptstadt konnte für ihre 700-Jahr-Feier maßgeblich an den städtischen Geschichtsdiskurs der 1920er Jahre anknüpfen. Es waren für die Komposition einer Geschichte Berlins, die im weitesten Sinne der ohnehin heterogenen historischen Orientierung des Dritten Reiches entsprach, nur geringe inhaltliche Verschiebungen vonnöten, die meist von den Stadthistorikern schon vor 1937 erbracht worden waren. Während der kurzen und hektischen Vorbereitung auf die Berlin-Feier griff die Stadtverwaltung dennoch direkt in die Geschichtsschreibung ein, denn sie entriss dem liberal orientierten und jüdisch verheirateten Stadtarchivdirektor die Autorschaft der Stadtgeschichte und ersetzte ihn durch Parteigenossen. Damit wurde dem seit 1933 isolierten Vertreter einer alternativen, bürgerlich-republikanischen Deutung der Stadtentwicklung das Wort abgeschnitten, und Berlin konnte 1937 eine homogene Erzählung seines volksdeutschen Wiederaufstiegs präsentieren.

Das nationalsozialistische Berlin lenkte die Darstellung seiner Vergangenheit somit durch eine repressive Personalauswahl, doch darin erschöpfte sich weitgehend das Interesse der „braunen“ Stadtverwaltung für die Geschichtsschreibung.

Ganz anders verlief die Lenkung der städtischen Geschichtsdarstellung fünfzig Jahre später in der zweiten deutschen Diktatur. In Ost-Berlin entschieden verfeinerte und bürokratische Kontrollverfahren oft bis ins Detail über geschichtliche Darstellungen. In der marxistisch-leninistischen Theorie war das Individuum als interpretierendes und wissendes Subjekt der Geschichtsdeutung durch das Postulat einer in parteilichen und zugleich „richtigen“ Aussagen fassbaren historischen Wirklichkeit ersetzt worden. Deshalb spielten Personalausscheidungen – der Austausch des einen durch einen anderen individuellen Historiker – in der DDR eine relativ geringe Rolle. Vielmehr unterdrückten gegenseitige Begutachtung und Kollektivarbeiten individuelle Abweichungen oder „Fehler“, während eine enge Zusammenarbeit zwischen Parteiinstanzen und stadtgeschichtlichen Institutionen den politisch aktuellen Wissensstand in die Berliner Stadtgeschichte einfließen ließ. Allerdings traten während der Vorbereitungszeit auf das Jubiläum mehrfach Stagnationserscheinungen zutage. Die Risse im Profil der ostdeutschen Geschichtsschreibung gingen auch hier mit einem Wettbewerb verschiedener Deutungsweisen der Vergangenheit einher. Denn die einen verfolgten vor 1987 den Ausbau der erweiterten Erbedebatte, während die anderen die Eigendynamik der Differenzierungswelle nunmehr einzudämmen suchten, um Kernelemente des sozialistischen Geschichtsbildes restaurativ zu stärken. Der Widerspruch musste in einem offenen Kraftakt der obersten Parteiführung überdeckt werden, indem sie eine kurze Leitschrift zur Stadtgeschichte, die *Thesen 750 Jahre Berlin*, mit ihrer Autorität versah. Die *Thesen* enthielten die östliche Mustererzählung der Berliner Stadtgeschichte, die eher restaurativ als differenzierend angelegt war. Ihre narrative Struktur wurde zum Pflichtmaßstab für historische Publikationen und Festveranstaltungen, die somit ein sehr homogenes Geschichtsbild austrugen und 1987 nur in Nuancen von den *Thesen* abzuweichen vermochten.

Vor allem in diesem letzten Aspekt unterschied sich die Geschichtsdeutung West-Berlins schon formell gewaltig von den Vergangenheitsrepräsentationen der beiden Städte in der Diktatur. Zwar legte sich auch der Senat für die 750-Jahr-Feier auf eine leitende und kohärente Geschichtserzählung fest, die in der Ausstellung im Martin-Gropius-Bau vermittelt wurde. Auf ihre Gestaltung nahm er durch die Formulierung von Richtlinien und die Benennung des Personals Einfluss, und im Erzählungswettbewerb konnte sich die konservativere Nationalsymbolik („Berlin und die Deutschen“) erneut nicht durchsetzen. Man verständigte sich auf eine umfassende, innerstädtische Metropolenerzählung, die im Kern von nationalen Kategorien abgekoppelt wurde. Doch zugleich fehlten im Westen die ideologische Notwendigkeit, der politische Wille und auch der diskursive Boden, um Gegenerzählungen völlig auszuschließen. Sie wurden im Programm sinnvoll eingebunden. Denn neben der sozial- und kulturhistorischen Großstadtinszenierung „Berlin, Berlin“ rangen 1987 zahlreiche andere Stimmen um Aufmerksamkeit. Die Springer-Presse entwarf eine nationalhistorisch organisierte Erzählung der Berliner Geschichte; „Barfußhistoriker“ präsentierten in Stadtteilausstellungen ihre Lokalerzählungen „von unten“; die Historische Kommission in Nikolassee vertrat ihre vom Großstadtidealismus deutlich abweichende regionale Forschungstradition sogar in der als „offiziell“ bezeichneten, dickleibigen *Geschichte Berlins*. Der präzise Inhalt solcher fachwissenschaftlichen Darstellungen war indes für die politischen Eliten in West-Berlin (anders als in Ost-Berlin, und ähnlich wie in der Reichshaupt-

stadt) uninteressant. Etwaige Konflikte zwischen dem lokalen Fach und der Stadtverwaltung betrafen ausschließlich die Höhe der Fördergelder und die Vermarktung der Bücher. Doch ungeachtet der Vielstimmigkeit und der mit viel Pathos vorgetragenen Offenheit wurde auch dieser „ungebundene“ Repräsentationsstil West-Berlins aufmerksam von den Senatsverwaltungen und der Festorganisation inszeniert. Durch die Abstufung finanzieller Zuschüsse und durch eine gezielte Personalauswahl wurden verschiedene Erzählmuster hierarchisiert und die dominante Position der Wandelerzählung der Großstadt gesichert. Andere Projekte wurden der integrativen und überwölbenden Metropolengeschichte als „Satelliten“ oder „Begleitausstellungen“ zu- und damit untergeordnet.

## Erzählungen

Die Vergangenheit der Stadt Berlin bot den Stoff für sehr verschiedene Erzählformen: Sie ließ sich gleichsam dehnbar als germanisch-deutscher Volksaufstieg zur Hauptstadt des Dritten Reiches, als gesetzmäßige und klassenkämpferische Entwicklung zur sozialistischen „Stadt des Friedens“ und auch als unkontrollierbarer Wandel einer dynamisch-modernen Großstadt modellieren.

Die Reichshauptstadt erzählte ihre Geschichte in einer romantischen Form. Der mythische Anfang dieser Vergangenheit lag weit vor der eigentlichen Stadtgründung in der Vorgeschichte des „Berliner Raumes“, als bereits die Germanen im Spreegebiet wohnhaft gewesen waren. Die Erzählung berichtete ausführlich von einer heilen Welt im Mittelalter, als „die überschüssige deutsche Volkskraft“ zur Ostkolonisation geführt habe, in deren Verlauf auch der „Berliner Raum“ „zurückbesiedelt“ und die Doppelstadt Berlin-Cölln gegründet wurde. Hier definierte sich die „historische Aufgabe“ Berlins als neues Zentrum Deutschlands, und die Erzählung war eine romantische Erfüllung dieser von Anbeginn festliegenden Mission. Entscheidend war in diesem Narrativ der Verlust des Goldenen Zeitalters in der Neuzeit. Die genauen Umstände des Absturzes variierten von Autor zu Autor, doch spätestens beginnend mit dem frühen 19. Jahrhundert erzählte man einen Niedergang, der den historischen Texten zufolge von „jüdischer Überfremdung“, schwacher Führung, „ungesunden Wohnverhältnissen“ oder „Massenarbeit“ in Fabriken verursacht und meistens mit Metaphern der „Verfaulung“, „Gärung“ und „Entwurzelung“ bezeichnet wurde. Die letzten Jahrzehnte vor der nationalsozialistischen Machtübernahme stellte diese Erzählform verkürzt als „Absturz“ oder „Inferno“ dar, um das „neue Deutschland“ umso glänzender als romantische Erlösung begreifen zu können.

Wie eine Umkehrung dieser Erzählweise liest sich die Modellierung der Stadtgeschichte in West-Berlin. Hier wurde die Vergangenheit durch eine spiegelbildliche Anordnung desselben Stoffes zu einer Erzählung des Aufstiegs und Niedergangs der dynamischen Metropole gestaltet. Dort, wo die Reichshauptstadt „weiße Flecke“ pflegte, lag der Kern der Westberliner Traditionsbildung, während die Zeitspanne, die um 1937 als „Goldenes Zeitalter“ galt, dieser völlig bedeutungslos blieb. Im Gropius-Bau fing die eigentliche Geschichte Berlins erst mit der Emanzipation der Stadt vom Preußischen Hof an. Definiert wurde Berlin in diesem Narrativ als die unbeherrschbare, wachsende und wandelnde Großstadt des 19. Jahrhunderts, deren Schicksal nicht von Königen und Ideologien, sondern nur vom typischen Großstadtmenchen, dem „Berliner“ selber, entscheidend beeinflusst wurde. Berlin

wurde zur ewig jungen und eigenwilligen „Stadt der Gegenwart“ stilisiert, und sein goldenes Zeitalter bildeten hier die „schnellen“ 1920er Jahre. Doch nach dem heroischen Aufstieg kam auch der tragische Niedergang Berlins, der in West-Berlin ausführlich und als inklusives Kapitel der Stadtgeschichte erzählt wurde. Das Dritte Reich brachte die innere und äußere Zerstörung der Stadt, führte die Erzählung zu ihrem Ende und machte das Goldene Berlin für immer unerreichbar. Somit trug diese Erzählstruktur eine satirische Plattform: Sie berichtete gelassen von Aufstieg *und* Untergang und konnte die geteilte Gegenwart nur schwer einordnen. Dennoch konnte das demokratische West-Berlin aus diesem Narrativ Legitimität beanspruchen, denn erstens begründete es die Stadtfeindlichkeit der Diktaturen – weil diese das inhärent pluralistische Berlin zu homogenisieren versuchten –, und zweitens ließ sich auch die Teilung als eine nur vorübergehende Etappe in der dauernden Wandelgeschichte Berlins deuten.

Eine solche Wiedervereinigung der Stadt wurde in Ost-Berlin ausgeschlossen – sie war nicht einmal mehr als Zukunftsvision vorhanden. Das DDR-Narrativ berichtete von der gesetzmäßigen und unumkehrbar fortschreitenden Geschichte hin zum Sozialismus und eliminierte „Westberlin“ aus der Geschichte der Stadt. Das mechanische Geschichtsverständnis der DDR synchronisierte die städtische mit der nationalen und der Weltgeschichte und reihte die Geschehnisse in Berlin als eine gesetzmäßige Abfolge von Gesellschaftsformen und Klassenkämpfen aneinander. Diese Erzählung wurde von anonym bleibenden „Kräften“ des Fortschritts und der Reaktion bevölkert, bis die entstehende Arbeiterbewegung und ihre Vertreter zum Helden der Stadtgeschichte aufstiegen. Die Geschichte Berlins engte sich ab diesem Zeitpunkt zu einem immer schmaleren „pars pro toto“ ein: Zunächst erzählte sie die Schicksale und Kämpfe des Proletariats anstelle der gesamten Gesellschaftsentwicklung, dann ersetzte sie die Arbeiterbewegung durch die Kommunisten und schließlich entfernte sie die westliche Stadthälfte gänzlich aus Berlin. In diesem Prozess versuchten die Arbeiter (-parteien) in verschiedenen Revolutionen die klassenlose Gesellschaft zu erreichen, wodurch sich die Gründung der DDR als das lang ersehnte Ziel der Berliner Entwicklung lesen ließ. Die Zeit Berlins als Hauptstadt der DDR wurde somit die „Goldene Zeit“ der Stadtgeschichte; sie fiel mit der Gegenwart zusammen und besiegelte die Wandlung der Stadt vom bösen Hort des Imperialismus zur guten „Stadt des Friedens“. Die literarische Form dieser Erzählung war die Komödie, denn sie lief linear auf diese positive Verwandlung zu, die die Auflösung der Erzählspannung mit sich brachte und die Geschichte Berlins auch enden ließ.

## Intertextualität und master narratives

Zur unterschiedlichen Organisation des Stoffes unternahmen die Historiker jeweils eine Reihe von narrativen Ordnungsleistungen, die Kohärenz und Kontinuität ihrer Berlin-Erzählungen garantierten, und die Gestaltung und Deutung einzelner historischer Geschehnisse bestimmten. Allerdings verhinderten vorhandene Konkurrenzentwürfe in manchen Fällen das Überspringen unbeliebter Ereignisse in der eigenen Erzählung. Unter Zwang dieser „horizontalen“ Intertextualität musste ein beschränkter Kernsatz von historischen Daten in jeder Erzählung verarbeitet werden, auch wenn ihre narrative Funktion und Präsenz entlang den übergreifenden Erzählstrukturen variierte. Diese Daten wurden in unterschiedli-

cher Sprache repräsentiert und durch verschiedene Verknüpfungen zusammengenommen, wobei implizite und explizite Verweise auf konkurrierende Parallelerzählungen der Stadtgeschichte zum Werkzeug jedes Historikers gehörten. Durch Perspektivenwechsel, Tempoänderungen und Zwischenbetrachtungen konnten unpassende Ereignisse in die eigene Erzählstruktur doch untergebracht werden, wobei im Extremfall die ausschließliche Delegitimierung von Gegenentwürfen an die Stelle der Eigenerzählung trat.

Im Ergebnis war in jeder Berlin-Erzählung der Einfluss verschiedener *master narratives* der deutschen Geschichte klar erkennbar. Diese begründeten und legitimierten die Konfiguration historischer Akteure, das Verständnis von historischen Wandlungsprozessen und die Periodisierung der Berliner Geschichte. Durch diese „vertikale“ Intertextualität strukturieren die „Meistererzählungen“ jeweils den Stoff der Vergangenheit und sie definierten eine Bandbreite, innerhalb welcher die Geschichte der Stadt legitim erzählt werden konnte. Diese war im Dritten Reich nur sehr locker abgesteckt, denn noch innerhalb der Gesamtdarstellung von 1937 konnten verschiedene Autoren ihre Kapitel eher an der preußischen Dynastie oder an der deutschen Volksgemeinschaft ausrichten, die Stadtidentität eher in kleinbürgerlicher Arbeit oder gesamtdeutscher Volkskraft verorten oder die Berliner Juden eher als funktionslos oder als gefährlichste Feinde der Stadt modellieren.

In der DDR dagegen war die Dominanz des sozialistischen *master narratives* in schriftlichen Darstellungen ebenso allumfassend, wie die narrative Bandbreite eng war. Ohne eine Geschichte der DDR ließ sich auch die Zeitgeschichte Berlins kaum erzählen und Teile der Berliner Arbeiterbewegungsgeschichte konnten nicht erscheinen, weil die entsprechenden Bände der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (SED) noch nicht vorlagen. In strenger narrativer Hierarchie definierten hier die Geschichten von Nation und Welt die Geschichte Berlins, und nur so ließ sich erklären, warum auch für Berlin 1789 oder 1917 neue „Epochen“ anfangen. Abweichungen zwischen Lokal- und Großerzählungen waren hier unmöglich, denn Ausnahmen konnte es im welthistorischen Geschichtsprozess nicht geben – im Grunde wurde dessen Richtigkeit auf Biegen und Brechen mit Berliner Material belegt.

Die Dehnbarkeit der Geschichte wurde in West-Berlin weniger auf die Probe gestellt, und dies nicht nur, weil das pluralistische Selbstverständnis mehr lokale Variationen in der Vergangenheitsgestaltung zuließ. Denn auch in West-Berlin prägte ein *master narrative* die Modellierung der „offiziellen“ Stadtgeschichte, nämlich das an Modernisierungs- und Emanzipationsprozessen ausgerichtete Narrativ des deutschen „Sonderweges“. Anders jedoch als die sozialistische Meistererzählung in der DDR besaß dieses keine absolute, sondern nur eine relative Hegemonie, denn es wurde, wie auch die 750-Jahr-Feier belegte, immer von konservativen und linksradikalen Gegenentwürfen herausgefordert. Zudem stellte die historische Sozialwissenschaft, die die urbane Gesellschaftsgeschichte West-Berlins definierte, eine nur weiche narrative Struktur bereit, in die sich ethnologische und alltagshistorische Elemente leicht integrieren ließen, ohne ihren Deutungsrahmen zu sprengen. Dennoch war die Synchronität zwischen Stadthistorie Westberliner und Nationalgeschichte Bielefelder Art unübersehbar – etwa im Vernachlässigen der vormodernen Geschichte, in der Ausrichtung des Narrativs am Bürgertum und in der Erzählführung hin zum Nationalsozialismus. Im Ergebnis stand hier gleichsam ein kleiner „Sonderweg“ Berlins.

# Ausblick

Das vorliegende Buch will einen Beitrag hin zu einer integrativen Forschungsperspektive auf die deutsche Zeitgeschichte darstellen. Es hat versucht, Wege zu einem kulturhistorischen Vergleich moderner Gesellschaftssysteme zu erkunden, der weder im Ausschließen der Demokratie als Untersuchungsfall verharrt, noch vor der schwierigen diachronischen Komparistik Halt macht. Aus dieser Perspektive lassen sich die drei zentralen Gesellschaftsentwürfe des 20. Jahrhunderts als gegensätzliche und doch stets aufeinander bezogene Denkordnungen begreifen, die sich zu weiten Strecken mit vergleichbaren Problemlagen, Bedürfnissen und Aufgabenbündeln auseinandersetzen mussten. Die vorliegende Arbeit hat einen bestimmten Bereich aus diesem systemübergreifenden Handlungsfeld näher analysiert, nämlich die historische Legitimationskultur des Dritten Reiches, des Realsozialismus und der parlamentarischen Demokratie. Denn alle drei Systeme standen vor der Aufgabe, ihre Herrschaft und ihre Zukunftsvorstellungen mit dem Gewesenen abzugleichen und somit einen die gesellschaftliche Normalität ermöglichenden Grundkonsens über die Zeitverortung zu erzeugen.

Dabei erwies sich das Fallbeispiel der Stadt Berlin als ein überschaubares und zugleich prägnantes Forschungsfeld, weil es als begrenzte Untersuchungseinheit im 20. Jahrhundert doch von den drei verschiedenen Sinnwelten beansprucht wurde und somit einen hohen Kontrastwert gewährleistet. Durch die Zuspitzung auf die Stadthistoriographie zu den Jubiläen 1937 und 1987 suchte die Studie mit diesem integrativen Forschungsblick eine lokale Tiefenanalyse zu erreichen.

Aus der Studie wurde klar, dass der so genannte „Y-Vergleich“ zwischen dem Dritten Reich, der DDR und der BRD/West-Berlin ein flexibles Herangehen an die Untersuchungsgegenstände erfordert. Die von den Leitfragen definierten Vergleichsobjekte ließen sich für die drei Gesellschaftstypen nicht immer auf parallelen Ebenen empirisch untersuchen. Debatten über die Ausrichtung der Geschichte Berlins etwa fand man in West-Berlin auf den Meinungsseiten der Tageszeitungen, doch aus der Abwesenheit solcher öffentlichen Diskussionen in Ost-Berlin sollte man nicht auf das Nichtvorhandensein solcher Debatten schließen – vielmehr bewiesen erst die Einblicke in die der Öffentlichkeit verschlossene Welt der Kollektivberatungen, Gutachten und Druckgenehmigungen das Gegenteil. Ebenso war nicht der auf der Hand liegende Wasser-Umzug der Westberliner Komplementärinstanz zu den historischen Festzügen der Reichshauptstadt und der DDR-Hauptstadt, sondern die Berlin-Ausstellung im Gropius-Bau, weil diese im westlichen Festprogramm eine ähnlich prominente Stellung besaß, wie die beiden Umzüge in der Diktatur. In dieser Hinsicht gehört eine kontrollierte Asymmetrie zum dreifachen Systemvergleich dazu.



Die Ergebnisse zu den jeweiligen Ausschließungsverfahren und Durchsetzungsmechanismen in der städtischen Selbstvergewisserung über die Geschichte werfen im direkten Vergleich neues Licht auf die Etablierungs- und Bestätigungsstrategien der drei Herrschaftskulturen. Dass der isolierte Archivdirektor 1937 nicht primär wegen des Inhalts seiner Texte entlassen wurde und dass er manche Elemente der „braunen“ Erzählung der Stadtgeschichte selbst mit zu tragen bereit war, lehrt viel über die heterogene Geschichtsvorstellungen des Nationalsozialismus und auch über die Weise, wie sich das Dritte Reich nach der „Machtergreifung“ zum einen durch ein Anknüpfen an Sinndeutungen der Weimarer Republik und zum anderen durch eine repressive Personalpolitik konsolidierte. Das zur 700-Jahr-Feier als eine Biographie der organischen Stadtpersönlichkeit ausgetragene Narrativ der Stadtgeschichte war weit über die nationalsozialistische Denkwelt hinaus belastbar und band doch die Feierlichkeiten sowie die dargestellte Idylle des „alten Berlin“ in das Dritte Reich ein.

Die Ergebnisse zur Vorbereitung der Ostberliner 750-Jahr-Feier können ohne weiteres mit dem Forschungsstand zum Zerfall der realsozialistischen Gesellschaft verbunden werden. Doch erst weitere empirische Studien werden für die 1980er Jahre die allgemeinere Tragfähigkeit der Deutungsmuster der inneren Erosion und des Utopieverlustes bemessen, die hier angewandt wurden, um die Binnenstagnation etwa im historiographische Kernbereich der Geschichte der Arbeiterbewegung zu erklären. Das Beispiel gab ein starkes Votum ab für die These der steigenden Unentschlossenheit in ideologischen Machtzentren wie des Instituts für Marxismus-Leninismus, die die Orientierungskrise durch ihre widersprüchliche Kontrollpraxis ihrerseits nur verstärkten. Die *Thesen 750 Jahre Berlin* waren eine Notlösung, eine von der obersten Parteiführung getroffene Stabilisierungsmaßnahme, die die Risse in der sozialistischen Denkkordnung im Grunde eher offen legte als verdeckte. Den relativ kohärenten Gestaltungen der Stadtgeschichte in der Reichshauptstadt und in West-Berlin konnte die DDR in ihrer Spätphase somit kaum eine überzeugende Erzählung entgegenstellen. Durch die verschwindende Legitimationskategorie der Zukunft wurde das herkömmliche Fortschrittsnarrativ seines Telos beraubt, und die Flucht in Hauptstadtinszenierung, Friedensrhetorik sowie preußische Prunkvergangenheit konnte nur in den *Thesen* zu einem geschlossenen Erzählentwurf geschmiedet werden. Diese fanden aber wenig Widerhall in der Bevölkerung, während das Jubiläum weiter inhaltlich widersprüchlich blieb und darstellerisch mit Staatspräsenz überfrachtet wurde.

Vor allem für den West-Berliner casus musste die Untersuchung an vielen Stellen Neuland betreten, weil die Historisierung der „alten“ Bundesrepublik gerade erst die Schwelle von ‚1968‘ überschreitet. Die politische Kultur West-Berlins war in den 1980er Jahren von Verunsicherung über die Zukunft geprägt, denn eine dynamische Metropole war die Halbstadt längst nicht mehr und die deutsche Einheit schien in weite Ferne gerückt. In der 750-Jahr-Feier scheiterte zudem die verfolgte Ostberlinpolitik ebenso, wie die dauerfestliche Selbstdarstellung einen wachsenden Berlinzynismus bewirkte. Doch inwiefern zwischen den sinnweltlichen Kulturen der Bundesrepublik und West-Berlins substantielle Unterschiede bestanden, wie hier vermutet wurde, bleibt noch näher auszuloten – jedenfalls lieferte die auf die 750-Jahr-Feier ausgerichtete Untersuchung starke Hinweise dafür, dass die konservative Geschichtspolitik der „geistig-moralischen Wende“ in West-Berlin schon mehrere Jahre vor dem Historikerstreit nicht konsensfähig war. Auf dem Feld der Vergangenheitsaneignung und Zukunftsvorstellungen werfen diese Ergebnisse vor allem neue Fragen an die

Debatten um die Preußenausstellung, die Gründung des Deutschen Historischen Museums und besonders an die „neue Geschichtsbewegung“ auf.

Die Studie hat zudem einen bestimmten Zugang zur vergleichenden Historiographiegeschichte vertreten, der einerseits die inzwischen weit verbreitete Diskursanalyse um die in Geschichtswerken erzählte Substanz zu erweitern sucht und andererseits das Nebeneinanderstellen von Geschichtswissenschaften über die Systemgrenzen hinweg ermöglichen will. Ungeachtet der unterschiedlichen Fachverständnisse, Deutungskategorien und Verständigungsmechanismen in den drei verschiedenen Wirklichkeitsordnungen arbeiteten alle Historiker an der Konstruktion sinnvoller Erzählformen, die besonders gut auf ihre Modellierung und gegenseitige Bezugnahmen verglichen werden können, wenn sie wie im Falle Berlins die gleiche Vergangenheit betreffen. Die narratologisch erschließbare Kategorie der Erzählung ermöglicht dabei die Identifikation von historischen Erzählweisen vom Anfang, von der Mitte oder vom Ende der Geschichte her und erlaubt die Untersuchung der Vergangenheitsgestaltung in Hinblick auf erzählte Phasen von Aufstieg und Niedergang. Zudem erlaubt ein solcher Ansatz einen invertierten Zugang zu nationalhistorischen master narratives, die vom lokalen Fallbeispiel her nicht auf ihre Konstruktion und Durchsetzung hin untersucht wurden, sondern umgekehrt auf ihre Einflussphären und auf ihre dominante Wirkung auf kleinere Narrative. Mit Hilfe der Begriffe „erzählerische Bandbreite“ und „narrative Hierarchie“ konnte etwa erklärt werden, warum das Aufweichen der „Großen Erzählung“ in der DDR solch desaströse Folgen für den historiographischen Alltag hatte, während Herausforderungen des dominanten gesellschaftsgeschichtlichen Erzählmusters etwa durch linke Gegenerzählungen im Westen vergleichsweise wenig Probleme hervorriefen und ihn unter Umständen gar zu bestätigen schienen.

Schließlich sensibilisieren die Ergebnisse dieser Studie auch für die Neudefinition der Berliner Zeitverortung nach 1990. Durch den Fall der Mauer und das Verschwinden der DDR sind die alten Erzählungen Ost- und West-Berlins obsolet geworden, und in den vergangenen Jahren bemüht sich die unverhoffte Hauptstadt des vereinigten Deutschlands um die Konstruktion eines neuen historischen Selbstbildes, das Fragmente der Westberliner Wandelerzählung (Metropolenlyrik, Potsdamer Platz), der ehemaligen konservativen Gegenerzählung (Nation, Hohenzollernschloss) und des ehemaligen Ostberliner Entwurfs (Hauptstadtradition) kombiniert und ehemals integrierte Gegenerzählungen (Topographie des Terrors) neu justiert. Die zunehmende Europäisierung des deutschen Gedächtnisses und die gewachsene Opferkonkurrenz (Holocaust-Denkmal, Zentrum gegen Vertreibung, Mauerdenkstätte) fügen den überlieferten Berlin-Erzählungen zudem neue Elemente hinzu. Man darf auf das Jahr 2037 gespannt sein ...

# Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

(Kursiv abgedruckte Abkürzungen stehen für Zeitungen und Zeitschriften)

ABBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
AdK	Akademie der Künste Berlin
AdW	Akademie der Wissenschaften der DDR
AL	Die Alternative Liste Berlin
ALVMB	Archiv der Landesgeschichtlichen Vereinigung f. d. Mark Brandenburg
APO	Außerparlamentarische Opposition
AV	Akademie-Verlag
<i>Bär</i>	<i>Der Bär von Berlin. Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins</i>
BArch	Bundesarchiv
BBV	Berliner Bürgerverein
BDC	Berlin Document Center
<i>BDI</i>	<i>Berliner Debatte Initial</i>
<i>BGG</i>	<i>Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin</i>
BKA	Bundeskriminalamt
BL	Bezirksleitung
<i>BLA</i>	<i>Berliner Lokal-Anzeiger</i>
<i>BMP</i>	<i>Berliner Morgenpost</i>
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bund	Ausschuss für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
<i>BzG</i>	<i>Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung</i>
CDU	Christlich-Demokratische Union
<i>DAZ</i>	<i>Deutsche Allgemeine Zeitung</i>
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund

DHM	Deutsches Historisches Museum
DPA	Deutsche Presse-Agentur
DS	Drucksache
DVP	Deutsche Volkspartei
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
FBPG	<i>Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte</i>
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FU	Freie Universität
GA	Große Anfrage
GG	<i>Geschichte und Gesellschaft</i>
GrBA	Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung
GWU	<i>Geschichte in Wissenschaft und Unterricht</i>
HB	<i>Düsseldorfer Handelsblatt</i>
Hg.	Herausgeber/herausgegeben
HiKo	Historische Kommission zu Berlin
HT	<i>History and Theory. Studies in the philosophy of history</i>
HU	Humboldt-Universität
HZ	<i>Historische Zeitschrift</i>
IBA	Internationale Bauausstellung
ICC	Internationales Congress Centrum Berlin
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
JbG	<i>Jahrbuch für Geschichte</i>
JBLG	<i>Jahrbuch für die brandenburgische Landesgeschichte</i>
Jg.	Jahrgang
JGMOD	<i>Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands</i>
KA	Kleine Anfrage
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kult	Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten
LA	Landesarchiv Berlin
Ltg.	Leitung
MS	Manuskript
MVGB	<i>Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins</i>
ND	Neues Deutschland

NL	Nachlass
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NVA	Nationale Volksarmee
NZZ	<i>Neue Züricher Zeitung</i>
ÖZG	<i>Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften</i>
PP	Plenarprotokoll
REM	Reichserziehungsministerium
Rep	Repositor
RFR	Reichsstelle für Raumordnung
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SS	Schutzstaffel
SZ	<i>Süddeutsche Zeitung</i>
taz	<i>tageszeitung</i>
TSP	<i>Berliner Tagesspiegel</i>
TU	Technische Universität
UA	Unterausschuss „750 Jahr-Feier“
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VB	<i>Völkischer Beobachter</i>
VEB	Volkseigener Betrieb
VfZ	<i>Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte</i>
WissFo	Ausschuss für Wissenschaft und Forschung
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfG	<i>Zeitschrift für Geschichtswissenschaften der DDR</i>
ZIG	Zentral-Institut für Geschichte
ZK	Zentralkomitee
ZVGB	<i>Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Berlins</i>
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung

## Abbildungsnachweis

Archiv der Landesgeschichtlichen Vereinigung der Mark Brandenburg: S. 46 (rechts), 80

Bundesarchiv, SAPMO: S. 200

Bundesarchiv, Berlin Document Center: S. 47 (rechts)

Jürgens: S. 273

Landesarchiv Berlin, Fotosammlung: S.46 (links), 47 (links), 76 (unten), 104, 106, 146, 178, 186, 187, 190, 197, 260, 264, 266, 267, 268, 269, 271, 279 (Mitte)

Nissen: S. 92, 279 (rechts)

Sammlung Krijn Thijs: S. 75, 76 (oben), 77, 79 (oben), 82, 91, 189

Schmiedecke, Ralf: S. 35, 279 (links)

Stiebing, Peter: S. 175

Ullstein Bild: S. 74, 78, 79 (unten), 83

Verein für die Geschichte Berlins: S. 50

## Quellenverzeichnis

### Ungedruckte Quellen

#### *Archiv der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften*

Bestand HG	Historikergesellschaft der DDR
Bestand ZIG	Zentralinstitut für Geschichte
Bestand AV	Akademie-Verlag

#### *Archiv der Landesgeschichtlichen Vereinigung der Mark Brandenburg*

Bestand B15	Nachlass Eberhard Faden
-------------	-------------------------

#### *Bibliothek des Abgeordnetenhauses von Berlin*

Bund	Protokolle des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen des Abgeordnetenhauses von Berlin
DS	Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin.
Kult	Protokolle des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses von Berlin
UA 750	Protokolle des Unterausschusses „750-Jahr-Feier“ des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen
PP	Plenarprotokolle des Abgeordnetenhauses von Berlin
Wiss	Protokolle des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Mit freundlicher Erlaubnis des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin für Einsicht in Protokolle nicht-öffentlicher Sitzungen des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen und dessen Unterausschuss „750 Jahre Berlin“

#### *Ehemaliges Berlin Document Center im Bundesarchiv*

Bestand Mitgliederkartei der NSDAP, Zentralkartei	
Bestand Mitgliederkartei der NSDAP, Ortskartei	
Bestand REM	Personalakten des Reichserziehungsministeriums
Bestand RFR	Personalakten der Reichsstelle für Raumordnung
Bestand NSLB	Personalakten des Nationalsozialistischen Lehrerbundes
Bestand RKK	Personalakten der Reichskulturkammer

#### *Landesarchiv Berlin*

Bestand A Rep 001-02	Magistrat der Stadt Berlin, Generalbüro
Bestand A Reo 021-2	Stadtarchiv Berlin
Bestand A Rep Pr Br 057	Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin
Bestand A Rep. 060-19	Verein für die Geschichte Berlins
Bestand B Rep. 001	Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Bestand B Rep. 150	Organisationsbüro B 750
Bestand C Rep. 124	Magistrat von Berlin, Stellv. des Oberbürgermeisters
Bestand C Rep. 124-1	Magistrat von Berlin, Organisationsstab 750 J. Berlin

Bestand C Rep. 960	Kulturbund der DDR, Bezirksorganisation Berlin
Bestand C Rep. 104-2	Stadtarchiv von Berlin
Bestand C Rep. 902	Bezirksleitung Berlin der SED: Sekretariat Büro des 1. Sekretärs Stimmungsberichte/Informationen 750 Jahre Berlin Abteilung Agitation und Propaganda Abteilung Kultur Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung
Bestand E Rep 200-05	Nachlass Willy Hoppe
Bestand E Rep 200-08	Nachlass Ernst Kaeber
Bestand E Rep 200-06	Nachlass Eberhard Faden
Bestand E Rep 200-92	Nachlass Heinrich Sahn

*Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin*

DY30/J IV 2/2	Beschlussprotokolle des Politbüros des ZK der SED
DY30/J IV 2/3	Beschlussprotokolle des Sekretariat des ZK der SED
DY30/Vorl. SED	Büro Honecker
DY30/IV 2/2.039	Büro Krenz
DY30/IV 2/2.040	Büro Schabowski
DY30/vorl. SED	Büro Hager (1981–1989)
DY30/IV B 2/9.04	ZK-Abteilung Wissenschaften (1972–1980)
DY30/vorl. SED	ZK Abteilung Wissenschaften (1981–1989)
DY30/vorl. SED	Abteilung Kultur (1981–1988)
DY30/vorl. SED	Rat für Geschichtswissenschaften der DDR

## Zeitzeugenbefragungen

Zwischen 2000 und 2003 führte der Verfasser Gespräche mit den folgenden Zeitzeugen: Prof. Dr. Laurenz Demps\*, Regierender Bürgermeister a.D. Eberhard Diepgen\*, Dr. Ulrich Eckhardt\*, Kultursenator a.D. Volker Hassemer\*, Prof. Dr. Gerhard Keiderling\*, Prof. Dr. Gottfried Korff\*, Dr. Thomas Lindenberger, Prof. Dr. Ingo Materna\*, Prof. Dr. Wolfgang Ribbe, Prof. Dr. Reinhard Rürup, Prof. Dr. Helga Schultz\*.

(\* Tonband im Besitz des Verfassers)



## Literaturverzeichnis

- 25 Jahre historische Kommission zu Berlin. Rückblick – Struktur – Perspektiven. Eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek der FU Berlin (Berlin, 1984)
- 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt August 1937. Folge der Feier vom 14. bis 22 August 1937 (Berlin, 1937)
- 750 Jahre Berlin. 2. Tagung des Komitees der Deutschen Demokratische Republik zum 750jährigen bestehen von Berlin am 26. September 1986 (Berlin, 1986)
- 750 Jahre Berlin. Das Buch zum Fest (Berlin, 1986)
- 750 Jahre Berlin. Konstituierung des Komitees der Deutschen Demokratische Republik zum 750jährigen Bestehen von Berlin am 7. Februar 1985 (Berlin, 1985)
- 750 Jahre Berlin. Staatsakt der Deutschen Demokratischen Republik am 23. Oktober 1987 (Berlin, 1988)
- 750 Jahre Berlin. Veranstaltungen, Spielpläne, Termine (Berlin, 1987)
- Akademie der Künste, *Diskussion zum Umgang mit dem „Gestapo-Gelände“*. Dokumentation (Berlin, 1986)
- Akademie der Künste, *Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Gutachten im Auftrag der Akademie der Künste* (Berlin 1988)
- Aktives Museum (Hg.), *Zum Umgang mit einem Erbe* (Berlin, 1985)
- Amtlicher Führer durch die Freigeländeschau am Funkturm ‚700 Jahre Berlin‘ (Berlin, 1937)
- Ankersmit, Frank, *History and tropology. The rise and fall of metaphor* (Berkeley, 1994)
- Ankersmit, Frank, *Narrative Logic. A Semantic Analysis of the historians language* (Mep-pel, 1981)
- Ankersmit, Frank und Hans Kellner (Hg), *A new philosophy of history* (London, 1995)
- Appleby, Joyce, Lynn Hunt und Margaret Jacob, *Telling the Truth about History* (New York, 1994)
- Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Frankfurt am Main, 1955; München 1986, 8<sup>2001</sup>)
- Arendt, Max, (Hg.), *Berlin und Du. Das Alphabet der Reichshauptstadt* (Berlin, 1939)
- Arendt, Max, „Berliner Memoiren. Ein Überblick über die Veröffentlichungen der letzten Jahre“, *ZVGB* 50 (1933), S. 42–46
- Arendt, Max, „Der große historische Festzug: ‚700 Jahre Berlin‘“, in: *Stralauer Fischzug*, S. 20–29
- Arendt, Max, *Die Geschichte der Berliner Klempner-Innung in den letzten drei Jahrhunderten* (Berlin, 1927)
- Arendt, Max, Eberhard Faden und Otto-Friedrich Gandert, *Geschichte der Stadt Berlin. Festschrift zur 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt* (Berlin, 1937)
- Arendt, Max, *Hindenburg. Ein Leben in der Pflicht* (Berlin, 1935)
- Arendt, Max und Paul Torge, *Berlin Einst und Jetzt* (Berlin, 1934)
- Assmann, Aleida und Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945* (Stuttgart, 1999)
- Assmann, Aleida, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses* (München, 1999, durchges. Ausg. 2003)

- Assmann, Jan, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen* (München, 1997)
- Aufgaben der Berliner Parteiorganisation zur weiteren Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und der Gestaltung des 750jährigen Jubiläums im Jahre 1987. 5. Tagung der Bezirksleitung Berlin der SED. 24. November 1986* (Berlin, 1986)
- Baehr, Ulrich, (Hg.), *Mythos Berlin – Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole* (Berlin, 1984)
- Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit* (München, 1996)
- Bal, Mieke, *Narratology. Introduction to the theory of narrative* (Toronto, second edition 1997)
- Bartel, Horst, „Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR“ in: Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*, S. 129–140
- Barthes, Roland, „Introduction to the structural analysis of narratives“, in: ders., *Image, Music, Text* (London, 1977, <sup>21</sup>1999), S. 79–124
- Bauer, Roland, „Über den Charakter der Novemberrevolution“, *ZfG* 6 (1958), S. 133–169
- Bauer, Roland und Erik Hühns, *800 Jahre Berlin. Geschichte in Wort und Bild* (Berlin, 1979)
- Bauerkämpfer, Arnd, Martin Sabrow und Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990* (Bonn, 1998)
- Behrenbeck, Sabine, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945* (Vierow bei Greifswald, 1996)
- Beichelt, Timm, „Herrschaftskultur. Ein Konzept zur kulturwissenschaftlichen Öffnung der Vergleichenden Politikwissenschaft“, *BDI* 14 (2003), 1, S. 60–74.
- Bender, Peter, *Wenn es West-Berlin nicht gäbe* (Berlin, 1987)
- Benz, Wolfgang, „Die Inszenierung der Akklamation – Mussolini in Berlin 1937“, in: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann und Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup* (Frankfurt am Main und New York, 1999), S. 401–417
- Berg, Nicolas, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung* (Göttingen, 2003)
- Berger, Stefan, u.a. (Hg.), *Writing national histories. Western Europe since 1800* (London/New York, 1999)
- Berkhofer, Robert F., *Beyond the Great Story. History as Text and Discourse* (Harvard, 1995)
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Die Rote Insel. Berlin Schöneberg. Bruchstücke einer Stadtgeschichte* (Berlin, 1987)
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Projekt: Spurensicherung. Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre* (Berlin, 1983)
- Berliner Kulturrat (Hg.), *750 Jahre Berlin. Guter (Kultur)Rat ist gar nicht so teuer* (Berlin, 1985)
- Berliner Morgenpost (Hg.), *Berlin bleibt doch Berlin. Lebenslauf unserer Stadt* (Berlin, 1987)
- Berlin-Information, *Das Bilderbuch vom Festumzug* (Berlin, 1987)
- Beyme, Klaus von, *Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten* (München, 1987)

- Bezirksverwaltung Weißensee (Hg.), *Festschrift „700 Jahre Weißensee 1937“* (Berlin, 1937)
- Binder, Beate, „50. Wiederkehr des Kriegsendes: Zur Konstruktion des Gedächtnislandschaft Berlin“, in: ders., Wolfgang Kaschuba und Peter Niedermüller (Hg.), *Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts* (Köln, Weimar und Wien, 2001), S. 285–308.
- Blaschke, Karlheinz, „Die ‚marxistische‘ Regionalgeschichte. Ideologischer Zwang und Wirklichkeitsferne“ in: Iggers u. a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 341–368
- Bornemann, John, *Belonging in the two Berlins. Kin, state, nation* (Cambridge, 1992)
- Brieler, Ulrich, „Foucaults Geschichte“, *GG* 24 (1998), S. 248–282
- Brinks, Jan Herman, *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels* (Frankfurt am Main, New York, 1992)
- Broszat, Martin, „Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27“, *VfZ* 8 (1960), S. 85–118
- Broszat, Martin, „Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus?“, *HZ* 247 (1988), S. 1–14
- Brunn, Gerhard, „750 Jahre Berlin – Notizen zu einem Jubiläum“, *IMS* 18 (1987), 2, S. 1–6
- Bublitz, Hannelore, *Foucaults Archäologie des kulturellen Unbewußten. Zum Wissensarchiv und Wissensbegehren moderner Gesellschaften* (Frankfurt am Main, 1999)
- Bühnemann, Michael, Michael Wendt und Jürgen Wituschek (Hg.), *AL. Die Alternative Liste in Berlin. Entstehung, Entwicklung, Positionen* (Berlin, 1984)
- Burke, Peter, *Eyewitnessing: The uses of Images as Historical Evidence* (London, 2001)
- Büsch, Otto, (Hg.), *Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985* (Berlin, 1988)
- Büsch, Otto, „Historikervereinigung und Forschungsinstitution. Fünfundzwanzig Jahre ‚Historische Kommission zu Berlin‘. Zur Geschichte eines hauptstadt- und weltstadtorientierten Zentrums historischer Forschung in Deutschland“, in: *Beiträge zur Organisation der historischen Forschung in Deutschland. Aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Historischen Kommission zu Berlin am 3. Februar 1984* (Berlin, New York, 1984), S. 1–45
- Büsch, Otto und Wolfgang Haus, *Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. 1: Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933* (Berlin und New York, 1987)
- Buttlar, Florian von und Stefanie Endlich, „Synopsis zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“, in: Akademie der Künste, *Diskussion zum Umgang*, S. 4–11
- Buxhoeveden, Chistina von, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR. Das Problem der Periodisierung* (Köln, 1980)
- Chartier, Roger, „Kulturgeschichte zwischen Repräsentationen und Praktiken“ in: ders., *Der Unvollendete Vergangenheit. Geschichte und die Macht der Weltauslegung* (Frankfurt am Main, 21992). S. 7–23
- Classen, Christoph, *Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk* (Köln, Weimar, Wien, 2004)
- Clauswitz, Paul, *Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin. Mit einem Beitrag: Stadtgeschichte Berlins als wissenschaftliche Disziplin. Paul Clauswitz und der Beginn einer selbstständigen Berlin-Geschichtsschreibung. Nachdruck der Ausgabe Berlin 1908* (Heidelberg 1986)

- Conrad, Christoph und Maria Kessel (Hg.), *Geschichte Schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion* (Stuttgart, 1994)
- Conrad, Christoph und Maria Kessel (Hg.), *Kultur und Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung* (Stuttgart, 1998)
- Conrad, Christoph und Sebastian Conrad (Hg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich* (Göttingen, 2002)
- Conrad, Christoph und Sebastian Conrad, „Wie vergleicht man Historiographien?“, in: dies., *Die Nation schreiben*, S. 11–45.
- Conrad, Sebastian, *Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960* (Göttingen, 1999)
- Cullen, Michael, „Chronologie des Reichstag-Projekts (1971–1993)“ in: Jakob Baal-Teshuva (Hg.), *Christo, Der Reichstag und urbane Projekte* (München, 1993, <sup>4</sup>1995), S. 33–38
- Danto, Arthur C., *Narration and Knowledge* (New York, 1985)
- Danyel, Jürgen (Hg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten* (Berlin, 1955)
- Degenhardt, Gustav, *Chronik der Alten Pankgrafen-Vereinigung von 1381 zu Berlin bey Wedding an der Panke. 600 Jahre 1831–1981* (Berlin, 1980)
- Demps, Laurenz, *Der Gensd'armen-Markt. Gesicht und Geschichte eines Berliner Platzes* (Berlin, 1987)
- Demps, Laurenz, *Die Neue Wache. Entstehung und Geschichte eines Bauwerks* (Berlin, 1987)
- Demps, Laurenz, *Historisches Berlin-Lexikon* (Berlin, 1987)
- Demps, Laurenz und Dieter Bolduan u.a., *Berlin, Hauptstadt der DDR. Bauten unter Denkmalschutz* (Berlin, 1982)
- Die Reise nach Berlin. Ausstellung im Hamburger Bahnhof. 1. Mai – 1. November 1987* (Berlin, 1987)
- Diehl, Ernst, „Geschichtsforschung vor neuen Anforderungen“ in: *Die Gesellschaftswissenschaften vor neuen Aufgaben. Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 18. Dezember 1980 in Berlin* (Berlin, 1981), S. 115–121
- Diepgen, Eberhard (Hg.), *750 Jahre Berlin. Anmerkungen, Erinnerungen, Betrachtungen* (Berlin, 1987)
- Diepgen, Eberhard, (Hg.), *Berlinpolitik. Rechtsgrundlagen, Risiken und Chancen* (Berlin, 1989)
- Diepgen, Eberhard, „Perspektiven statt Illusionen. Berliner Anmerkungen zur Politik in Deutschland“, *DA* 19 (1986), S. 268–278
- Diner, Dan, „Von ‚Gesellschaft‘ zu ‚Gedächtnis‘. Über historische Paradigmenwechsel“, in: ders., *Gedächtniszeiten. Über jüdische und andre Geschichten* (München 2003), S. 7–15
- Dittmar, Norbert, „In Memoriam Agathe Lasch. Botschaften einer außergewöhnlichen Frau, Jüdin und Soziolinguistin“ in: Norbert Dittmar und Peter Schlobonski (Hg.), *Wandlungen einer Stadtsprache. Berlinisch in Vergangenheit und Gegenwart* (Berlin, 1988), S. XII–XX
- Ebenfeld, Stefan, *Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin* (Marburg, 2001)

- Eckel, Jan, „Der Sinn der Erzählung. Die narrotologische Diskussion in der Geschichtswissenschaft und das Beispiel der Weimargeschichtsschreibung“, in: ders. und Thomas Etzemüller (Hg.), *Neue Zugänge zu Geschichte der Geschichtswissenschaft* (Göttingen, 2007), S. 201–229
- Eckert, Rainer, Ilko-Sascha Kowalczyk und Isolde Stark (Hg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes* (Berlin, 1994)
- Eckert, Rainer, Ilko-Sascha Kowalczyk und Ulrike Poppe (Hg.), *Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz* (Berlin, 1995)
- Eckert, Rainer, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber (Hg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn: Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90* (Stuttgart, 1992)
- Eckhardt, Ulrich, (Hg.), *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart* (Berlin, 1987)
- Eckhardt, Ulrich, (Hg.), *Preußen – Versuch einer Bilanz*, 5 Bde (Reinbek bei Hamburg, 1981)
- Eggert, Hartmut, Ulrich Profitlich und Klaus Scherpe (Hg.), *Geschichte als Literatur. Formen und Grenzen der Repräsentation von Vergangenheit* (Stuttgart, 1990)
- Endlich, Stefanie, „Geschichtsort Berlin? Was das Stadtbild über Geschichte und Gegenwart verrät“, in: Süß und Rytlewski, *Berlin. Die Hauptstadt*, S. 597–609
- Endlich, Stefanie, *Denk-Ort Gestapo-Gelände* (Berlin, 1990)
- Engeli, Christian, „Gustav Böß“, in: Ribbe, *Stadtoberhäupter*, S. 185–202
- Ermittlungsausschuss (Hg.), *Berlin 1. Mai 1987 – 12. Juni 1987. Eine Dokumentation des Ermittlungsausschusses Berlin* (Berlin, 1987)
- Ernst Thälmann. Eine Biographie* (Berlin, 1980)
- Escher, Felix, „750 Jahre Berlin – Notizen zu einem Jubiläum“, *IMS* 18 (1987) 2, S. 19–29
- Escher, Felix, „Berlins 700-Jahr-Feier 1937. Bemerkungen zur Entwicklung des Gedankens eines Stadtjubiläums“, *BGG* (1986), S. 177–190
- Escher, Felix, *Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts* (Berlin, 1985)
- Evans, Richard, *In defence of history* (London, 1997)
- Faden, Eberhard, „Berlin Hauptstadt – seit wann und wodurch? Eine notwendige Klarstellung“, *JBLG* 1 (1950), S. 17–34
- Faden, Eberhard, „Berlin im Dreißigjährigen Kriege. Ein Rückblick nach dem Weltkriege“, *MVGB* 44 (1927), 2, S. 45–50
- Faden, Eberhard, „Ein Plan der Berlin Ost-West-Achse aus dem Jahre 1973“ in: Hasselberg, *Beiträge zur Geschichte Berlins*, S. 26–32
- Faden, Eberhard, „Friedrich Solger 1877–1965“, *JBLG* 18 (1967), S. 142–147
- Faden, Eberhard, „Martin Henning 1891–1959“, *JBLG* 10 (1959), S. 7–10
- Faden, Eberhard, „Mein Geschichtsstudium im Felde“, *Berliner Akademische Nachrichten* 12 Heft 2 (Januar 1918), S. 19–23
- Faden, Eberhard, „Willy Hoppe 1884–1960“, *JBLG* 11 (1960), S. 158–170
- Faden, Eberhard, „Zur politischen Geschichte der Berliner Denkmäler“, in: Kügler, *Vom Mittelalter*, S. 91–96

- Faden, Eberhard, *Berlin im Dreißigjährigen Kriege* (Berlin, 1928)
- Faden, Eberhard, *Der Weltfriede gegen das deutsche Volk – Versailles und Saint Germain. Des Weltkriegs zweiter Teil: 1919–1935* (Breslau, 1936)
- Faden, Eberhard und Erich Zornemann, „Dr. Hermann Kügler 1889–1955“, *JBLG* 6 (1955), S. 62ff.
- Faden, Eberhard und Wilhelm Treue, „Sammelbericht. Zur Geschichte der Reichshauptstadt Berlin“, *Vierteljahresschriften für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 31 (1938), S. 183–188.
- Fahlbusch, Michael, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die volksgeschichtlichen Forschungsgemeinschaften von 1931 bis 1945* (Baden-Baden, 1999)
- Falanga, Gianluca, *Berlin 1937. Die Ruhe vor dem Sturm* (Berlin, 2007)
- Faulenbach, Bernd, Annette Leo und Klaus Weberskirch, *Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland* (Essen, 2000)
- Faulenbach, Bernd, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus* (München, 1980)
- Fischer, Alexander und Günther Heydemann (Hg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR* Bd. I (Berlin, 1988)
- Fischer, Alexander und Günther Heydemann, „Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945“ in: dies., *Geschichtswissenschaft*, S. 3–30
- Fischer, Wolfram, u. a. (Hg.), *Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933* (Berlin und New York, 1994)
- Florath, Bernd, „Von der historischen Mission der SED. Wandel der politischen Vorgaben in den sechziger Jahren und die Entpolitisierung der Historiker der DDR“ in: Iggers u. a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 205–226
- Foucault, Michel, *Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann* (Frankfurt am Main, 1991, 1997)
- François, Etienne und Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde. (München, 2001)
- Frei, Norbert, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit* (München, 1966)
- Freitag, Werner, (Hg.), *Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933–1945* (Bielefeld, 1997)
- Freitag, Werner, „Der Führermythos im Fest. Festfeuerwerk, NS-Liturgie, Dissens und ‚100% KdF-Stimmung‘“, in: ders., *Das Dritte Reich im Fest*, S. 11–69
- Fricke, Karl Wilhelm, „Naumanns Sturz – ein Sieg für Krenz. Die Kaderpolitischen Beschlüsse des 11. ZK-Plenums“, *DA* 18 (1985), S. 1251ff.
- Friedlander, Saul, (Hg.), *Probing the Limits of Representation. Nazism and the “Final Solution”* (Cambridge und London, 1992)
- Friedrich, Carl Joachim, *Totalitäre Diktatur* (Stuttgart, 1957)
- Friedrich, Thomas, *Die missbrauchte Hauptstadt. Hitler und Berlin* (Berlin, 2007)
- Fritze, Wolfgang, *Gründungsstadt Berlin. Die Anfänge von Berlin-Cölln als Forschungsproblem* (Berlin, 2000)
- Fröhlich, Elke (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels: Sämtliche Fragmente, I: Auf-*

- zeichnungen (München, 1998–2006)
- Fromm, Eberhard und Hans-Jürgen Mende (Hg.), *Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Akademische Tage des Luisenstädtischen Bildungsvereins E.V. Vom 21. bis 27. Oktober 1993. Protokoll.* (Berlin, o.J.)
- Frye, Northrop, *Analyse der Literaturkritik* (Stuttgart, 1964)
- Garton Ash, Mitchell, „Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur und der ostdeutsche Historikerstreit“, *GG* 24 (1998), S. 283–304
- Garton Ash, Timothy, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent* (München, 1993)
- Gebhardt, Winfried, *Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung* (Frankfurt am Main, u. a., 1987)
- Gellately, Robert, *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany* (Oxford, 2001)
- Geppert, Alexander C. T. und Andreas Mai, „Vergleich und Transfer im Vergleich“, *Comparativ* 10 (2000), 1, S. 95–111
- Gerlach, Karlheinz, u. a., „Berichte und Bemerkungen: Konferenz ‚750 Jahre Berlin‘“, *ZfG* 35 (1987), S. 542–552
- Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945* (Berlin, 1987)
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 8 Bde (Berlin, 1966)
- Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*, 2 Bde (Berlin, 1987)
- Geschichte der SED. Abriß* (Berlin, 1978)
- Geschichte der SED. Band 1: Von den Anfängen bis 1917* (Berlin, 1988)
- Geyer, Michael und Konrad H. Jarausch (Hg.), *German histories: challenges in theory, practice, technique* (Atlanta, 1991 [= *Central European History* 22 (1989), 3/4])
- Giese, Florian, „Freude herrscht von Eisenach bis Wieck, denn in Berlin, da schlägt das Herz der Republik“. Scheinpluralismus, Volksfeststimmung und Protest zur 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin 1987“, *DA* 38 (2005), S. 660–667
- Gliech, Oliver C., „Die Spandauer SA 1926 bis 1933. Eine Studie zur nationalsozialistischen Gewalt in einem Berliner Bezirk“, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), *Berlin-Forschungen III* (Berlin, 1987), S. 107–205
- Goebbels, Joseph, *Kampf um Berlin. Der Anfang* (München, 1934)
- Goebel, Benedikt, *Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert* (Berlin, 2003)
- Goertz, Hans-Jürgen, *Unsichere Geschichte. Zur Theorie historischer Referentialität* (Stuttgart, 2001)
- Görtemaker, Manfred, Michael Bienert und Marko Leps, *Orte der Demokratie. Ein historisch-politischer Wegweiser durch Berlin* (Berlin, 2005)
- Gottschalk, Wolfgang (Hg.), *Das Bild der Stadt Berlin von der kurfürstlichen Residenz bis zur bürgerlichen Großstadt des 19. Jahrhunderts. Ausgewählte Werke der Malerei und Graphik aus drei Jahrhunderte* (Berlin, 1987)
- Götzelmann, Henry, (Hg.), *Kunst in Berlin 1648–1987* (Berlin, 1987).
- Grantzow, Hans, *700 Jahre Berlin* (Berlin, 1937)

- Grantzow, Hans und Ernst Kaeber, *Berlin. Grundzüge seiner Geschichte* (Berlin, 1937)
- Gries, Rainer, „... und der Zukunft zugewandt.“ Oder: Wie der DDR das Jahr 2000 abhandeln kam“, in: Enno Bünz, Rainer Gries und Frank Möller (Hg.), *Der Tag X in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit tausend Jahren* (Stuttgart, 1997), S. 309–333
- Gries, Rainer, „Die runden ‚Geburtstage‘, künstlicher Pulsschlag der Republik. Zeitkultur und Zeitpropaganda in der DDR“, in: Monika Gibas, u.a., (Hg.), *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR* (Leipzig, 1999), S. 285–304
- Große Kracht, Klaus, „Gedächtnis und Geschichte: Maurice Halbwachs – Pierre Nora“, *GWU* 47 (1997) H. 1, S. 21–31
- Große Kracht, Klaus, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945* (Göttingen, 2005)
- Grundriß der deutschen Geschichte. Klassenkampf – Tradition – Sozialismus* (Berlin, 2<sup>1979</sup>)
- Grüttner, Michael, *Biographisches Lexikon der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik* (Heidelberg, 2004)
- Grzywatz, Berthold, „Das Colloquium ‚Stadtgeschichte und die Entwicklung des neuen Berlin – Stand und Funktion der Stadtgeschichtsforschung‘ am 7. und 8. Juni 1990 in Berlin-Charlottenburg“, *IWK* 26 (1990) 3, S. 395–406
- Grzywatz, Berthold, u. a. (Hg.), *Stadtgeschichte als Kulturarbeit. Beiträge zur Geschichtspraxis in Berlin-Ost und -West* (Berlin, 1991)
- Haar, Ingo, *Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Die deutschen Historiker und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten* (Göttingen, 2000)
- Hacker, Jens, „Der Rechtsstatus und die politische Praxis 1945–1989/1990“, in: Karl Eckhardt und Manfred Wilke (Hg.), *Berlin* (Berlin, 1998), S. 23–56
- Hadler, Frank und Georg G. Iggers, „Überlegungen zum Vergleich der DDR-Geschichtswissenschaft mit den ‚gespaltenen‘ Historiographien Ostmitteleuropas nach 1945“ in: Iggers u. a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 433–444
- Hagen, William W., „Master Narratives beyond postmodernity: Germany’s ‚Separate Path‘ in historiographical-philosophical light“, *German Studies Review* 30/1 (2007), S. 1–32
- Hager, Kurt, *Erinnerungen* (Leipzig, 1996)
- Hager, Kurt, *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus. Rede auf der gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 16. Dezember 1983 in Berlin* (Berlin, 1983)
- Hampe, Olaf, „Ernst Kaeber und die Berliner Landesgeschichte“, *BGG* (1991), S. 27–44
- Hansen, Reimer und Wolfgang Ribbe (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen* (Berlin und New York, 1992)
- Hartmann, Wolfgang, *Der historische Festzug. Seine Entstehung und Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert* (München, 1976)
- Hass, Matthias, *Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors* (Frankfurt am Main und New York, 2002)
- Hasselberg, Felix und Hans Winter (Hg.), *Beiträge zur Geschichte Berlins. Hermann Kügler zum fünfzigsten Geburtstag am 18. Juli 1939* (Berlin, 1939)
- Haug, Walter und Rainer Warning (Hg.), *Das Fest* (München, 1989)



- Haun, Horst, *Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959)* (Dresden, 1999 [=Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts 21])
- Heer, Hannes und Volker Ullrich (Hg.), *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung* (Reinbek bei Hamburg, 1985)
- Heer; Hannes und Volker Ullrich, „Die ‚neue Geschichtsbewegung‘ in der Bundesrepublik. Antriebskräfte, Selbstverständnis, Perspektiven“, in: Dies, *Geschichte Entdecken*, S.9–36
- Heiber, Helmut, *Universität unterm Hakenkreuz* Teil II, Band 1 (München, 1992)
- Heiber, Helmut, *Walter Frank und sein „Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland“* (Stuttgart, 1966)
- Heinrich, Gerd, „Brandenburgische Landesgeschichte und preußische Staatsgeschichte. Universitäten, Hochschulen, Archive, Historische Gesellschaften und Vereine“, in: Hansen und Ribbe, *Geschichtswissenschaft*, S. 323–363
- Heitzer, Heinz, „Die Geschichte der DDR – wichtigster Zeitabschnitt der deutschen Geschichte“, *ZfG* 32 (1984), S. 387–394
- Heitzer, Heinz, *DDR. Geschichtlicher Überblick* (Berlin, <sup>2</sup>1984)
- Heitzer, Heinz, Karl-Heinz Noack und Walter Schmidt (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien* (Berlin, 1989)
- Helmich, Bernhard, *Händel-Fest und „Spiel der 10.000“: Der Regisseur Hanns Niedeckengebard* (Frankfurt am Main, 1989)
- Hellpach, Willy, „Berlinertum. Versuch zur Wesenskunde eines Weltstadtmenschenschlags“, *ZVGB* 58 (1941), S. 45–63
- Hennig, Otfried, „Der Viermächte-Status von Berlin“, *DA* 20 (1987), S. 34–38
- Herbst, Andreas, Winfried Ranke und Jürgen Winkler, *So funktionierte die DDR. Band 3: Lexikon der Funktionäre* (Reinbek bei Hamburg, 1994)
- Herrmann, Joachim (Hg.), *Werte unserer Heimat* 49/50 (Berlin, 1987)
- Hesse, Udo, „Fasching Unser. Bildsequenz zum Historischen Festumzug in Ost-Berlin und zum Festzug des Deutschen Turnerbundes in West-Berlin“, *Niemandland* 1 (1987), 3, S. 119–127
- Heydemann, Günther, „Integraler und sektoraler Vergleich. Zur Methodologie der empirischen Diktaturforschung“, in: ders. und Rainer Eckert (Hg.), *Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis* (Berlin, 1998), S. 227–235.
- Heydemann, Günther, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR* (Frankfurt am Main, 1980)
- Heydemann, Günther und Detlef Schmiechen-Ackermann, „Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung“, in: Heydemann und Oberreuter, *Diktaturen in Deutschland*, S. 9–54
- Heydemann, Günther und Heinrich Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen* (Bonn, 2003)
- Hobsbawm, Eric und Terence Ranger (Hg.), *The invention of Tradition* (Cambridge, 1983)
- Hockerts, Hans Günter (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich* (München, 1998)
- Hohls, Rüdiger und Konrad Jarausch, *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus* (Stuttgart und München, 2000)
- Holtmann, Everhard, „Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung. Stadtjubi-

- läen in der frühen Nachkriegszeit: 700-Jahr-Feiern in Kamen 1948 und Unna 1950“, *Westfälische Forschungen* 41 (1999), S. 89–105
- Hoppe, Willy, „An die dem Gesamtverein angeschlossenen Vereine und Institute!“, *MVGB* 50 (1933), Heft 4, S. 143f.
- Hoppe, Willy, „Brandenburgische und Berlinische Geschichtsforschung auf alten und neuen Wegen“, in: Ludat, *Willy Hoppe*, S. 347–359
- Hoppe, Willy, „Ergebnisse und Ziele der märkischen Landesgeschichte“, in: Ludat, *Willy Hoppe*, S. 333–346
- Hoppe, Willy, „Landesgeschichte als Forderung der Gegenwart“, *Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine* 82 (1934), S. 1–7
- Hoppe, Willy, in: *Die Gründung der Reichsuniversität Posen. Am Geburtstag des Führers. Reden bei dem Staatsakt zur Eröffnung am 27. April 1941. Herausgegeben von der Reichsuniversität Posen* (Posen, o.J.)
- Hoppe, Willy, Rudolf Kotzschke und Gerhard Lüdtkke (Hg.), *Minerva Handbücher. Ergänzungen zu „Minerva“, Jahrbuch der gelehrten Welt. 4. Abteilung: Die gelehrten Gesellschaften. Band I: Die deutschen Kommissionen und Vereine für Geschichte und Altertumskunde* (Berlin, 1940)
- Hoppe, Willy, u.a., *Reden zur feierlichen Einführung des Rektors der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 1. Dezember 1937, Prof. Dr. W. Hoppe* (Berlin, 1937)
- Hübner, Peter, „Sozialgeschichte in der DDR – Stationen eines Forschungsweges“, *BzG* (1992) 3, S. 43–54
- Hugger, P., u.a., (Hg.), *Stadt und Fest. Zu Geschichte und Gegenwart europäischer Kultur* (Stuttgart, 1987)
- Hülsbergen, Henrike, „Erhard Krack“, in: Ribbe, *Stadtoberhäupter*, S. 601–620
- Iggers, Georg G. (Hg.), *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte* (Frankfurt am Main, 1991)
- Iggers, Georg G. „Geschichtstheorie zwischen postmoderner Philosophie und geschichtswissenschaftlicher Praxis“, *GG* 26 (2000), S. 335–346
- Iggers, Georg G., „Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere Deutsche Geschichte“, *GG* 14 (1988), S. 542–557
- Iggers, Georg G., „Historiographie zwischen Forschung und Dichtung. Gedanken ueber Hayden Whites Behandlung der Historiographie“, *GG* 27 (2001), 5, S. 327–340.
- Iggers, Georg G., „Zur ‚Linguistischen Wende‘ im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung“, in: *GG* 21 (1995), 4, S. 557–571
- Iggers, Georg G., *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart* (München, <sup>3</sup>1976, durchges. und erw. Ausg. Köln, Weimar, Wien, 1997)
- Iggers, Georg G., Konrad H. Jarausch, Matthias Middell und Martin Sabrow (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (München, 1998 [= *Historische Zeitschrift-Beiheft* 27])
- Jaene, Hans Dieter, *750 Jahre. Blickpunkt Berlin. Bilder aus der Mitte Deutschlands* (Berlin, 1987)
- Jahn, Hans, *Die Reichshauptstadt* (Berlin, o.J.)

- Jahr, Christoph und Rüdiger vom Bruch (Hg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, 2 Bde (Berlin, 2005)
- Jaraus, Konrad H. (Hg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR* (Berlin, 1991)
- Jaraus, Konrad H., „Die DDR Denken. Narrative Strukturen und analytische Strategien“, *BDI* (1995) 4/5, S. 9–15
- Jaraus, Konrad H., „Die DDR-Geschichtswissenschaft als Meta-Erzählung“, in: Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR* (Leipzig, 1997), S. 19–34
- Jaraus, Konrad H., „Historische Texte der DDR aus der Perspektive des *linguistic turn*“, in: Iggers u. a. *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 261–280
- Jaraus, Konrad H., Matthias Middell und Martin Sabrow, „Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung“, in: Iggers u. a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 1–50
- Jaraus, Konrad H. und Martin Sabrow (Hg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945* (Göttingen, 2002)
- Jaraus, Konrad H. und Michael Geyer, *Shattered Past. Reconstructing German Histories* (Princeton, 2003)
- Jaraus, Konrad und Hannes Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970* (Frankfurt am Main und New York, 1997)
- Jaraus, Konrad und Martin Sabrow, „‘Meistererzählung’ – Zur Karriere eines Begriffs“, in: dies., *Die historische Meistererzählung*, S. 9–32
- Jelavich, Peter, „Kulturgeschichtliche Bemerkungen zur Berlin-Historiographie“, in: Jaraus, *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität*, S. 107–121
- Jesse, Eckhardt, (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (Bonn, 1996)
- Jessen, Ralph, „DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie“, *BDI* (1995) 4/5, S. 17–24
- Jordan, Jennifer, *Structures of Memory. Understanding Urban Change in Berlin and Beyond* (Stanford, 2006)
- Kaerber, Ernst, „Der Berlin“, *ZVGB* 52 (1935), Heft 3, S. 57ff.
- Kaerber, Ernst, „Berlin im 17. Und 18. Jahrhundert (1618–1806)“, in: *Heimatchronik Berlin* (Köln, 1962), 181–346.
- Kaerber, Ernst, „Der ‚Berliner Unwille‘ und seine Vorgeschichte“, in: Vogel, *Ernst Kaerber*, S. 60–118
- Kaerber, Ernst, „Die Berliner Juden im Mittelalter“, in: Vogel, *Ernst Kaerber*, S. 46–59
- Kaerber, Ernst, „Die Gründung Berlins und Köllns“, in: Vogel, *Ernst Kaerber*, S. 1–26.
- Kaerber, Ernst, „Erinnerungen an das Stadtarchiv Berlin, Zugleich eine Skizze der Geschichte des Archivs“, in: *Bär* 10 (Berlin, 1961), S. 7–51
- Kaerber, Ernst, „Fünfzig Jahre ‚Mitteilungen (Zeitschrift) des Vereins für die Geschichte Berlins‘. Ein Rückblick zum 70. Geburtstag des Vereins“, *ZVGB* 52 (1935), S. 2–11
- Kaerber, Ernst, „Siebzig Jahre Verein für die Geschichte Berlins“, *ZVGB* 52, (1935) Heft 1, S. 1
- Kaerber, Ernst, „Werner Hegemanns Werk: Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt oder: der alte und der neue Hegemann“, *MVGB* 47 (1930), S. 101–114

- Kaeber, Ernst, „Willy Hoppe als märkischer Historiker“, *JBLG* 5 (1954), S. 7–12
- Kaeber, Ernst, *Berlin im Weltkrieg. 5 Jahre städtischer Kriegsarbeit* (Berlin, 1921)
- Kaeber, Ernst, *Die Bürgerbücher und die Bürgerprotokollbücher Berlins von 1701–1750* (Berlin, 1394)
- Kaelble, Hartmut, *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert* (Frankfurt am Main und New York, 1999)
- Kaelble, Hartmut und Jürgen Schriewer (Hg.), *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften* (Frankfurt am Main 2003)
- Kalanke, Egenhardt, *Die 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt im Bild* (Berlin, 1938)
- Kampmann, Winnetou und Hand-Joachim Arndt, Martin-Gropius-Bau. *Die Geschichte seiner Wiederherstellung* (München, 1999)
- Kantsteiner, Wulf, „Finding meaning in memory: a methodological critique of collective memory studies“, *HT* 41 (2002), S. 179–197
- Kansteiner, Wulf, *In pursuit of German memory. History, television, and politics after Auschwitz* (Athens (Ohio), 2006)
- Keiderling, Gerhard, „Die Entwicklung Berlins zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Die entscheidungsvollen Jahre 1945–1949“, *ZfG* 35 (1987), S. 526–530
- Keiderling, Gerhard, „Die Westberlin-Frage in der historischen Forschung der DDR“, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat* (Berlin, 1999), S. 413–427
- Keiderling, Gerhard, *Berlin 1945–1986* (Berlin, 1987)
- Keiderling, Gerhard, *Die Berliner Krise 1948/49. Zur imperialistischen Strategie des kalten Krieges gegen den Sozialismus und der Spaltung Deutschlands* (Westberlin, 1982)
- Keiderling, Gerhard, *Die Spaltung Berlins*, illustrierte historische hefte 38 (Berlin, 1985)
- Keiderling, Gerhard und Percy Stulz, *Berlin 1945–1968* (Berlin, 1970)
- Kellerhof, Sven Felix, *Hitlers Berlin: Geschichte einer Hassliebe* (Berlin, 2005)
- Kellner, Hans, „Disorderly Conduct: Braudel’s Mediterranean Satire“, *HT* 18 (1979), S. 197–222
- Kellner, Hans, „Narrativity in history: Post-Structuralism and since“, *HT* 26 (1987), Beiheft 26, S. 1–29
- Kellner, Hans, *Language and historical representation. Getting the story crooked* (Wisconsin, 1989)
- Kershaw, Ian, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick* (Reinbek, 1988, erw. 1999)
- Kershaw, Ian, *Hitler*, 2 Bde (München, 1998 und 2000)
- Kettig, Konrad, „Ernst Kaeber als berlinischer Historiker“, in: *Bär* 7 (Berlin, 1957/58), S. 7f
- Kiekebusch, Albert, „Die ‚Inseln‘ Berlin und Cölln. Ein siedlungsarchäologischer Beitrag zur Frage der Gründung Berlins“, *Brandenburgia* 36 (1927), S. 97–110
- Kiekebusch, Albert, „Die Gründung Berlins. Stellungnahme zu dem Aufsatz Dr. Kaebers“, *Brandenburgia* 35 (1926), S. 33–46
- Kiersch, Gerhard, u. a., *Berliner Alltag im Dritten Reich* (Düsseldorf, 1981)
- Kiesow, Rainer und Dieter Simon (Hg.), *Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Zum Grundlagenstreit in der Geschichtswissenschaft* (Frankfurt am Main, 2000)
- Kittsteiner, Heinz-Dieter., „Mythos Berlin. Eine szenische Ausstellung auf dem Anhalter Bahnhof“, *Niemandland* 1 (1987), 3, S. 106–110.

- Kleihues, Josef Paul, (Hg.), *750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins* (Berlin, 1987)
- Klein, Fritz, *Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen* (Frankfurt am Main, 2000)
- Klein, Kerwin Lee, „In search of narrative mastery: postmodernism and the people without history“, *HT* 34 (1995), S. 275–298
- Klemperer, Viktor, *LTI. Notizbuch eines Philologen* (Berlin, 1947)
- Kleßmann, Christoph, Hans Misselwitz und Günter Wichert (Hg.), *Deutsche Vergangenheiten – Eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte* (Berlin, 1999)
- Kleßmann, Christoph und Martin Sabrow, „Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989“, *APZ B* 39/1996, S. 3–14
- Klimó, Árpád von und Malte Rolf, „Rausch und Diktatur“, *ZfG* 51 (2003), S. 877–895
- Kocka, Jürgen, „Asymmetrical historical comparison: The case of the German *Sonderweg*“, *HT* 38 (1999), S. 40–50
- Kocka, Jürgen und Thomas Nipperdey (Hg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte* (München, 1979)
- Konersmann, Ralf, „Der Philosoph mit der Maske. Michel Foucaults *L'ordre du discours*“ in: Foucault, *Die Ordnung*, S. 53–94
- Korff, Gottfried, „Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berlin Notizen zur ‚inneren Urbanisierung‘“, in: Theodor Kohlmann und Hermann Bausinger (Hg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung* (Berlin, 1985), S. 343–361
- Korff, Gottfried, „Zweimal 750 Jahre Berlin. Das Stadtjubiläum 1987 im Vergleich“, in: Gerd Meyer und Jürgen Schröder (Hg.), *DDR Heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft* (Tübingen, 1988), S. 130–154
- Korff, Gottfried und Martin Roth (Hg.), *Das historische Museum. Labor, Schaubühne, Identitätsfabrik* (Frankfurt am Main und New York, 1990)
- Korff, Gottfried und Reinhard Rürup (Hg.), *Berlin, Berlin. Bilder einer Ausstellung* (Berlin, 1988)
- Korff, Gottfried und Reinhard Rürup (Hg.), *Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt* (Berlin, 1987)
- Korff, Gottfried und Reinhard Rürup (Hg.), *Berlin, Berlin. Materialien zur Geschichte der Stadt. Eine Publikation im Rahmen der Ausstellung im Martin-Gropius-Bau 1987* (Berlin, 1987)
- Koselleck, Reinhart und Wolf-Dieter Stempel (Hg.), *Geschichte – Ereignis und Erzählung* (München, 1973)
- Koselleck, Reinhart, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten* (Frankfurt am Main, 1979, <sup>3</sup>1984)
- Kotowski, Georg, *Berliner Demokratie 1919–1985, Bd. 2: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945–1985* (Berlin und New York, 1987)
- Kowalczuk, Ilko-Sascha, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1961* (Berlin, 1997)
- Krack, Erhard, *Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen. Ansprache des Oberbürgermeisters von Berlin zur Plenartagung des „internationalen Treffens des Bürgermeister“ am 2. Juni 1987* (Berlin, 1987)

- Krammer, Mario, *Berlin und das Reich. Die Geschichte der Reichshauptstadt* (Berlin, 1935)
- Kreuter, Marie-Luise, „Der 2. Juni 1967. Bismarckstraße, Krumme Straße“ in: H. Engel, S. Jersch-Wenzel und W. Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse Band 1* (Berlin, 1986), S. 459–473
- Kroll, Frank-Lothar, *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich* (Paderborn, <sup>2</sup>1999)
- Kuczynski, Jürgen, *Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit* (Berlin, 1993)
- Kügler, Hermann, „Der Stralauer Fischzug. Geschichte und Schicksale eines Berliner Volkfestes“, *Niederdeutsche Zeitschrift für Volkskunde* 6 (1928), Heft 1, S. 44–61
- Kügler, Hermann, „Des heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse“, *Brandenburgia* 42 (1933), S. 45–61
- Kügler, Hermann, „Die Berliner“, in: Martin Wähler (Hg.), *Der Deutsche Volkscharakter* (Jena, 1937), S. 126–139
- Kügler, Hermann, „Volkskunde, besonders der Großstadt und höhere Schule“, *Zeitschrift für Deutschkunde* 41 (1927), S. 305–312
- Kügler, Hermann, „Volkskundliches von der 700-Jahrfeier der Reichshauptstadt Berlin“, *Niederdeutsche Zeitschrift für Volkskunde* 15 (1937) H. 3–4, S. 148–157
- Kügler, Hermann, „Vorgeschichte und Volkskunde“, *Brandenburgia* 39 (1930), S. 33–36
- Kügler, Hermann, „Was der Berliner von der Geschichte seiner Stadt wissen muss“, *Berliner Illustrierte Zeitung*, Sonderheft zur 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt, August 1937, S. 8 und 13.
- Kügler, Hermann, *Aus Alt-Berlin und Kölln* (Berlin, 1914)
- Kügler, Hermann, *Hohenzollernsagen* (Berlin, 1922)
- Kügler, Hermann, u.a., *Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Festschrift zur Siebenhundertjahrfeier der Stadt Berlin* (Berlin, 1937 [=Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Berlins 54 (1937), Heft 3])
- Kügler, Hermann, *Was uns der Molkenmarkt erzählt* (Berlin, 1937)
- Kuhr, Eberhard und Henning von Löwis, *Griff nach der deutschen Geschichte: Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR* (Paderborn, 1988)
- Kuntze, Friedrich A., *Das alte Berlin* (Berlin und Leipzig, 1937)
- Kunz, Georg, *Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewusstsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts* (Göttingen, 2000)
- Kuppe, Johannes, „Die Geschichtsschreibung der SED in Umbruch“ in: Fischer und Heydemann, *Geschichtswissenschaft*, S. 103–128
- Küttler, Wolfgang, „Die DDR-Historiographie in der ‚Ökumene der Historiker‘. Selbstverständnis und Praxis als Wissenschaftsdisziplin“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 107–130
- Küttler, Wolfgang, „Zum Platz der DDR-Sozialgeschichtsforschung in der internationalen Wissenschaftsentwicklung“, *BzG* (1992) 3, S. 55–66
- Küttler, Wolfgang, Jörn Rösen und Ernst Schulin (Hg.), *Geschichtsdiskurs. Band 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945* (Frankfurt am Main, 1999)
- Küttler, Wolfgang und Gustav Seeber, „Historischer Charakter und regionalgeschichtliche Anwendung des marxistisch-leninistischen Erbeverständnisses“, *ZfG* 29 (1981), S. 726–734
- Lämmert, Eberhard, *Bauformen des Erzählens* (Stuttgart, 1955)

- Landwehr, Achim, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse* (Tübingen, 2001)
- Lang, Barbara, *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils (1961–1995)* (Frankfurt am Main und New York, 1998)
- Lange, Annemarie, *Berlin in der Weimarer Republik* (Berlin, 1987)
- Lange, Annemarie, *Berlin zur Zeit Bismarcks und Bebels* (Berlin 1959, <sup>4</sup>1984)
- Lange, Annemarie, *Das wilhelminische Berlin* (Berlin, 1967, <sup>4</sup>1984)
- Langenscheidt, G., *Naturgeschichte des Berliners. Zugleich ein Spaziergang durch das alte Berlin von 1739. Für Einheimische und Fremde. Faksimile der Ausgabe Berlin 1878* (Berlin, 1937)
- Lapp, Peter Joachim, „Rock an der Mauer“, *DA* 20 (1987), 682ff.
- Lasch, Agathe, *Berlinisch. Eine berlinische Sprachgeschichte* (Berlin, 1928)
- Laube, Adolf, „Die Lutherehrung in der DDR und ihre historisch-politische Motivation“, in: Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*, S. 265–279
- Lehman, Hartmut und James van Horn Melton (Hg.), *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s* (Cambridge, 1994)
- Leitner, Olaf, „Eine einseitige Einführung ins Thema“, in: ders., *West-Berlin!*, S. 12–25
- Leitner, Olaf, *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! Die Kultur – die Szene – die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre* (Berlin, 2002)
- Lemke, Michael, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume im Ost-West-Konflikt* (Berlin, 1995)
- Lenin, Vladimir Iljitsj, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* (Berlin, 1951)
- Letkemann, Peter, „Dr. Max Arendt +“, *MVGB* 68 (1972), S. 153
- Leube, Achim, „Zur Vor- und Frühgeschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität in den Jahren 1933–1945“, in: Erwin Cziesla, Thomas Kersting und Stefan Pratsch, *Den Bogen spannen... Festschrift für Bernhard Gramsch* (Weißbach, 1999), S. 561–569
- Liening, Rudi, „Beratung zur Geschichte Berlins“ in: *Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens* XXX (1980), Heft 5, S. 200
- Lindenberger, Thomas, „‘Alltagsgeschichte‘ oder: Als um die zünftigen Grenzen der Geschichtswissenschaft noch gestritten wurde“, in: Sabrow, Jessen und Große Kracht, *Zeitgeschichte*, S. 74–91
- Lindenberger, Thomas, „Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung“, in: ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR* (Köln, 1999), S. 13–43
- Lindenberger, Thomas, „Werkstattgeflüster. Überlegungen zu Selbstverständnis und Praxis radikaldemokratischer Geschichtsforschung aus der Berliner Geschichtswerkstatt“, *Jahrbuch für Demokratie & Arbeitergeschichte* 3 (1983), S. 23–27
- Lindenberger, Thomas und Michael Wildt, „Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik“, *Archiv für Sozialgeschichte* 1989, S. 393–411
- Lippert, Julius, *Im Strom der Zeit. Erlebnisse und Eindrücke* (Berlin, 1942)
- Loew, Peter Oliver, *Danzig und seine Vergangenheit 1793–1997. Die Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen* (Osnabrück, 2003)
- Lohl, Hanns Christian, „Intelligenz und Macht. Über das Organisationstalent Albert Speer als Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“, *BGG* (1995), S. 171–183
- Lokatis, Siegfried, „Einwirkungen des Verlagssystems auf die geschichtswissenschaftliche

- Forschung der DDR“ in: Martin Sabrow und Peter Th. Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur: Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR* (Leipzig, 1995), S. 180–192
- Lokatis, Siegfried, „Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages“, *GG* 22 (1996), S. 46–61
- Lokatis, Siegfried, *Der Rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht* (Köln, Weimar, Wien, 2003)
- Lorenz, Chris, „‘You got your history, I got mine’. Some reflections on truth and objectivity in history“, *ÖZG* 10 (1999), S. 563–584
- Lorenz, Chris, „Can histories be true? Narrativism, Positivism and the ‚metaphorical turn‘“, *HT* 37 (1998) 3, S. 309–329
- Lorenz, Chris, „Comparative historiography: problems and perspectives“, *HT* 38 (1999), S. 25–39
- Lorenz, Chris, „Das Unbehagen an der Modernisierungstheorie“, in: Sabine Haring und Katharina Scherke (Hg.) *Analyse und Kritik der Modernisierung um 1900 und 2000* (Wien 2000), S. 229–262
- Lorenz, Chris, „Het masker zonder gezicht. F. R. Ankersmits filosofie van de geschiedschrijving“, *Tijdschrift voor Geschiedenis* 97 (1984), 169–194
- Lorenz, Chris, „Historical knowledge and historical reality: a plea for ‚internal realism‘“, *HT* 33 (1994), S.297–327
- Lorenz, Chris, „Postmoderne Herausforderungen an die Gesellschaftsgeschichte?“, *GG* 24 (1998), S. 617–632
- Lorenz, Chris, „Towards a theoretical framework for comparing historiographies. Some preliminary considerations“, in: Peter Seixas (Hg.), *Theorizing Historical Consciousness* (Toronto, Buffalo, London, 2004), S. 25–48.
- Lorenz, Chris, *Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie* (Köln, Weimar, Wien, 1997)
- Ludat, Herbert, (Hg.), *Willy Hoppe. Die Mark Brandenburg, Wettin und Magdeburg. Ausgewählte Aufsätze* (Köln und Graz 1965)
- Ludat, Herbert, „Willy Hoppe“ in: ders., *Willy Hoppe*, S. VII–XV
- Lüdtke, Alf, „Wer handelt? Die Akteure der Geschichte. Zur DDR-Geschichtsschreibung über Arbeiterklasse und Faschismus“ in: Iggers, u. a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 369–410
- Ludwig, Andreas, „Historische Neugier und Projektpraxis“, in: Berliner Geschichtswerkstatt, *Projekt: Spurensicherung*, S. 5–8
- Lundgreen, Peter, (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich* (Frankfurt am Main 1985)
- Maether, Bernd, *Die Vernichtung des Berliner Stadtschlösses. Eine Dokumentation* (Berlin, 2000)
- Martin, Angela, „Joseph Goebbels“ in: Ribbe, *Stadtoberhäupter*, S. 297–325
- Martin, Angela, „Ludwig Steeg“, in: Ribbe, *Stadtoberhäupter*“, S. 277–295
- Maß, Torsten, (Hg.), *750 Jahre Berlin 1987. Sternstunden. Eine Dokumentation* (Berlin, 1987)
- Materna, Ingo, „Aufgaben und Probleme bei der Erforschung der Berlin-Brandenburgischen Territorialgeschichte und ihrer Propagierung“ in: Staatsarchiv Potsdam (Hg), *Kolloquium*



- zur Regionalgeschichte. Vorträge des am 24. Oktober 1984 in Potsdam anlässlich der ‚Archivwoche der DDR‘ veranstalteten Kolloquiums des Staatsarchives Potsdam (Potsdam, 1985), S. 60–82
- Materna, Ingo, „Berlin in Geschichte und Gegenwart“, *ZfG* 35 (1987), S. 483–494
- Materna, Ingo, „Berlingeschichtliche Arbeiten der Ost-Berliner Forschungseinrichtungen“, in: Grzywatz, *Stadtgeschichte*, S. 34–41
- Materna, Ingo, *Die revolutionäre Berliner Arbeiterbewegung 1914–1919. Die Herausbildung der KPD* (Berlin, 1984).
- Maurer, Michael, „Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand“, *HZ* 253 (1991), S. 101–130
- Mccullagh, C. Behan, „The truth of historical narrativs“, *HT* 26 (1987), Beiheft 27, S. 30–46
- Megill, Allan, „‚Grand Narrative‘ and the Discipline of History“, in: F. R. Ankersmit und H. Kellner (Hg.), *A new philosophy of history* (London, 1995), S. 151–173
- Megill, Allan, „Does Narrative have a Cognitive Value of its Own?“, in: Horst-Walter Blanke, Friedrich Jaeger, Thomas Sandkühler (Hg.), *Dimensionen der Historik. Geschichtstheorie, Wissenschaftsgeschichte und Geschichtskultur heute* (1998), S. 41–52
- Megill, Allan, „Recounting the Past: ‚Description‘, Explanation and Narrative in Historiography“, *AHR* 94 (1989), S. 627–653
- Mehls, Hartmut, „Reformwille und Parteiräson. Zur Frage widerständigen Verhaltens am Akademie-Institut für Geschichte“ in: Martin Sabrow und Peter Th. Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur: Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR* (Leipzig, 1995), S. 226–243
- Meier, Helmut und Walter Schmidt (Hg.), *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker* (Berlin, 1988)
- Meinshausen, Hans, „Zum Geleit“, in: Grantzow und Kaeber, *Berlin*, S. v
- Meixner, Paul, *Die Geschichte der Pankgraffschaft von 1381 zu Berlin bey Wedding an der Panke von ihrer Wiedergeburt im Jahre 1881 bis zum Weltkriege* (Berlin, 1925)
- Mende, H.-J. (Hg.), *Anmerkungen zur Geschichte Berlins und Brandenburgs. Ein Kolloquium Ingo Materna zum 65. Geburtstag* (Berlin, 1999)
- Mergel, Thomas, „Geht es weiter voran? Die Modernisierungstheorie auf dem Weg zu einer Theorie der Moderne“, in: ders. und Thomas Welskopp (Hg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft Beiträge zur Theoriedebatte* (München, 1997), S. 203–232
- Mergel, Thomas, „Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik“, *GG* 28 (2002), S. 574–606
- Mergel, Thomas und Thomas Welskopp (Hg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte* (München, 1997)
- Meuschel, Sigrid, „Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR“, *GG* 19 (1993), S. 5–14
- Middell, Matthias (Hg.), *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich* (Leipzig, 1999)
- Middell, Matthias, „Kulturtransfer und Historische Komparistik – Thesen zu ihrem Verhältnis“, *Comparativ* 10 (2000), 1, S. 7–41
- Middell, Matthias, „Metaerzählungen: vergleichende Revolutionsgeschichte und Sonderwegsthese“, *BDI* (1998) 5, S. 59–75

- Middell, Matthias, „Schwierigkeiten des Historiographievergleichs – Bemerkungen anhand der deutsch-deutschen Nachkriegskonstellation“, in: Conrad und Conrad, *Die Nation schreiben*, S. 360–395
- Middell, Matthias, Monika Gibas und Frank Hadler, „Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen: Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen“, in: dies. (Hg.), *Zugänge zu historischen Meistererzählungen (=Comparativ 10 (2000), 2)*, S. 7–35
- Mielke, Robert, „Die Entstehung von Berlin-Cölln im Lichte der historischen Siedlungskunde“, *Brandenburgia* 35 (1926), S. 1–24
- Mielke, Robert, „Meine Beziehungen zu Ernst Rudorff und die Gründung des Bundes Heimatschutz“, *Brandenburgia* 36 1927, S. 1–16
- Miethe, Anna Dora, *Gedenkstätten. Arbeiterbewegung – Antifaschistischer Widerstand – Aufbau des Sozialismus* (Leipzig, Jena und Berlin, 1974)
- Miller, Susanne und Malte Ristau (Hg.), *Erben Deutscher Geschichte. DDR–BRD: Protokolle einer historischen Begegnung* (Reinbek bei Hamburg, 1988)
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), *Das Vierseitige Abkommen über Westberlin und seine Realisierung. Dokumente 1971–1977* (Berlin, <sup>3</sup>1979)
- Minner, Katrin, „Geschichtsdeutung und Selbstdarstellung – Die Festzüge der Ortsjubiläen Merseburg 1933 und Weißenfels 1935“, *Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt* 24 (2002/03), S. 335–350
- Minner, Katrin, „Städtische Erinnerung und neue Machthaber. Die 1000-Jahr-Feier der Stadt Merseburg 1933“, in: Müller, *Das historische Jubiläum*, S. 369–389
- Minner, Katrin, „Zwischen Aufbruch und bürgerlicher Prägung. Ortsjubiläen in Sachsen-Anhalt und Westfalen im Nationalsozialismus“, in: Michael Ruck und Karl Heinrich Pohl (Hg.), *Regionen im Nationalsozialismus* (Bielefeld, 2003), S. 219–233
- Mitchell, W. J. Thomas (Hg.), *On Narrative* (Chicago and London, 1980)
- Mittenzwei, Ingrid, „Die zwei Gesichter Preußens“, in: Meier und Schmidt (Hg.), *Erbe und Tradition*, S. 72–78.
- Moller, Sabine, *Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl* (Hannover, 1998)
- Müller, Günther, *Morphologische Poetik. Gesammelte Aufsätze* (Darmstadt, 1968)
- Müller, Laurenz, *Diktatur und Revolution: Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des „Dritten Reiches“ und der DDR* (Stuttgart, 2004)
- Müller, Winfried, u. a. (Hg.), *Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus* (Münster 2003)
- Münkler, Herfried, „Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR“, *APZ* (1998) B 45, S. 16–29
- Museum für Vor- und Frühgeschichte, Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz (Hg.), *Bürger, Bauer, Edelmann. Berlin im Mittelalter* (Berlin, 1987)
- Mythos Berlin Concepte. Katalog zur Werkstattausstellung „Mythos Berlin“ 1987* (Berlin, 1986)
- Mythos Berlin, in: *Bauwelt* 78 (31.7.87) Heft 28/29, S. 1072–1079
- Mythos Berlin. Ästhetik und Kommunikation*, Heft 52 (September 1983)
- Mythos Berlin. Zur Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole. Eine szenische Ausstellung auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs* (Berlin, 1987)

- Nagel, Claus Dieter, (Hg.), *Berlin 87. Das Jahr im Rückspiegel. Berichte und Bilder von Menschen und Ereignissen*, 17. Jg. (Berlin, 1987)
- Naumann, Konrad, *Zu den Aufgaben bei der weiteren Entwicklung der Hauptstadt der DDR – Berlin. Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED* (Berlin, 1976), S. 12f.
- Naumann, Konrad, *Zu Erfahrungen der Berliner Parteiorganisation bei der weiteren Erfüllung der vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe. Aus einem Vortrag am Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED am 28. März 1979* (Berlin, 1979)
- Neubert, Ehrhart, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989* (Bonn, 1997)
- Neuhäuser-Wespy, Ullrich, „Erbe und Tradition in der DDR. Zum gewandelten Geschichtsbild der SED“ in: Fischer und Heydemann, *Geschichtswissenschaft*, S. 129–153
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich, „Aspekte und Probleme der Umorientierung in der Geschichtswissenschaft der DDR von 1971/72“ in: Fischer und Heydemann, *Geschichtswissenschaft*, S. 77–102
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich, *Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren* (Bonn, 1996)
- Nevermann, Knut (Hg.), *Lokal 2000. Berlin als Testfall* (Reinbek bei Hamburg, 1983)
- Niethammer, Lutz, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur* (Reinbek bei Hamburg, 2000)
- Nolte, Paul, „Darstellungsweisen deutscher Geschichte. Erzählstrukturen und ‚master narratives‘ bei Nipperdey und Wehler“, in: Conrad und Conrad, *Die Nation schreiben*, S. 236–268
- Nolte, Paul, „Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine ‚lange Generation‘“, *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 52 (1999), 5, S. 412–432.
- Oberkrome, Willi, „*Deutsche Heimat*“. *Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960)* (Paderborn, 2004)
- Oberkrome, Willi, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945* (Göttingen, 1993)
- Oleschinski, Brigitte, „Julius Lippert“ in: Ribbe, *Stadtoberhäupter*, S. 261–276
- Onega, Susana und José García Landa (Hg.), *Narratology: An Introduction* (London, New York, 1996)
- Ostwald, Daniel, „Ein verheißungsvoller Auftakt“, *Berliner Heimat* 1 (1955), 1, S. 46f.
- Petzold, Joachim, „‚Meinungsstreit‘ im Herrschaftsdiskurs“ in: Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs*, S. 287–314
- Petzold, Joachim, *Der 9. November 1918. Berliner Arbeiterveteranen berichten über die Vorbereitung der Novemberrevolution und ihren Ausbruch am 9. November 1918 in Berlin*. [Schriftenreihe der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin] (Berlin, 1958)
- Petzold, Joachim, *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*. Hg. v. Martin Sabrow (Potsdam, 2000)

- Plato, Alice von, „Stadtbjubiläen im Nationalsozialismus. Propaganda von Oben oder Konsens von Unten?“, *Die Alte Stadt* 28 (2001), 1, S. 30–39
- Plenzdorf, Ulrich, Klaus Schlesinger und Martin Sade (Hg.), *Berliner Geschichten. „Operativer Schwerpunkt Selbstverlag“ . Eine Autoren-Anthologie: wie sie entstand und von der Stasi verhindert wurde* (Berlin, 1995)
- Pohl, Karl Heinrich (Hg.), *Historiker in der DDR* (Göttingen, 1997)
- Polkinghorne, Donald, „Narrative Psychologie und Geschichtsbewusstsein“, in: Straub, *Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein*, S. 12–45
- Possekkel, Ralf, „Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker als analytisches Problem. Befund einer Diskussion“ in: Iggers, *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 131–152
- Possekkel, Ralf, „Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft“, *GG* 24 (1998), S. 446–462
- Potthoff, Heinrich, *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren* (München, 1995)
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), *Die Berlin-Regelung. Das Viermächte-Abkommen über Berlin und die ergänzenden Vereinbarungen* (Bonn, 1971)
- Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), *Dokumentation. Preußen 1981. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien. Teil 1 1977–1979*
- Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), *Information zur 750-Jahr-Feier* (Berlin, 1986)
- Prince, Gerald, „On narratology (Past, Present, Future)“, in: A. Maynor Hardee und F. G. Henry (Hg.), *Narratology and Narrative*, S. 1–14
- Protokoll des IX. Parteitages der SED, 2 Bände* (Berlin, 1976)
- Protokoll des X. Parteitages der SED, 2 Bände* (Berlin, 1981)
- Protokoll des XI. Parteitages der SED* (Berlin, 1986)
- Quandt, Siegfried und Hans Süßmuth (Hg.), *Historisches Erzählen. Formen und Funktionen* (Göttingen, 1982)
- Raphael, Lutz, „Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime“, *GG* 27 (2001), S. 5–40
- Raphael, Lutz, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart* (München, 2003)
- Rathenow, Lutz und Harald Hauswald, *Berlin-Ost. Die andere Seite einer Stadt* (Berlin, 1990)
- Redaktionskollegium, „Berliner Heimat“, *Berliner Heimat* 1 (1955), 1, S. 2f.
- Reichhardt, Hans und Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der „Reichshauptstadt“ durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen* (Berlin, Neuaufl. 2005)
- Requate, Jörg, „Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse“, *GG* 25 (1999), S. 5–32
- Rexin, Manfred, „Politik mit einem Jubiläum“, *Werden. Jahrbuch für die deutschen Gewerkschaften* 11 (Köln, 1988), S. 123–134
- Rippe, Wolfgang (Hg.), *Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert* (Berlin, 1992)

- Ribbe, Wolfgang und Jürgen Schmäddeke, *Kleine Berlin-Geschichte* (Berlin, 1987)
- Ribbe, Wolfgang, (Hg.), *Die Historische Kommission zu Berlin. Forschungen und Publikationen zur Geschichte von Berlin-Brandenburg und Brandenburg-Preußen* (Berlin, 2000)
- Ribbe, Wolfgang, (Hg.), *Geschichte Berlins*, 2 Bde (Berlin, 1987)
- Ribbe, Wolfgang, „Außeruniversitäre Forschungen zur Geschichte von Berlin-Brandenburg: Die Historische Kommissionen“, in: *Die Historische Kommission zu Berlin*, S. 11–18
- Ribbe, Wolfgang, „Berlin als Standort historischer Forschung“, in: Hansen und Ribbe, *Geschichtswissenschaft*, S. 45–88
- Ribbe, Wolfgang, „Ergebnisse und Aufgaben der Historischen Berlin-Forschung“, *JGMOD* 38 (1989), S. 1–80
- Ribbe, Wolfgang, „Kritische Anmerkungen zur historischen Berlin-Forschung der DDR“ in: Jarausch, *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität*, S. 91–106
- Ribbe, Wolfgang, *Berlin 1945–2000. Grundzüge der Stadtgeschichte* (Berlin, 2002)
- Ribbe, Wolfgang und Jürgen Schmäddeke (Hg.), *Berlin im Europa der Neuzeit* (Berlin, 1990)
- Ricoeur, Paul, *Zeit und Erzählung*, 3 Bde (München, 1988–1991)
- Riecke, Gerhard, „Vom Dschungel zum Fahnenwald“, in: Jochen Boberg (Hg.), *Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert* (München, 1986), S. 230–237
- Rigney, Ann, „Relevance, Revision and the fear of long books“, in: Kellner und Ankersmit, *A new Philosophy*, S. 127–147
- Rigney, Ann, „Time for visions and revisions: interpretative conflict from a communicative perspective“, *Storia della Storiografia* 22 (1992), S. 85–92
- Rigney, Ann, *The rhetoric of historical representation. Three narrative histories of the French Revolution* (Cambridge u.a., 1990)
- Ristock, Harry, *Neben dem roten Teppich. Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers* (Berlin, 1991)
- Ritter, Gerhard A., „Hans Herzfeld – Persönlichkeit und Werk“, in: Otto Büsch (Hg.), *Hans Herzfeld – Persönlichkeit und Werk* (Berlin, 1983) S. 13–92
- Robin, Régine, *Berlin. Gedächtnis einer Stadt* (Berlin, 2002)
- Roeck, Bernd, „Visual turn? Kulturgeschichte und die Bilder“, *GG* 29 (2003), S. 294–315
- Rohe, Karl, „Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung“, *HZ* 250 (1990)
- Rohlfes, Joachim, „Das Interesse an Preußen. Eine Nachlese zum Preußenjahr“, *GWU* 1981/11, S. 523–549
- Rolf, Malte, *Das sowjetische Massenfest* (Hamburg, 2006)
- Ross, Dorothy, „Grand narrative in American historical writing: from Romance to uncertainty“, in: *American Historical Review* 100 (1995), 3, S. 651–677
- Rostock, Jürgen, „Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR“, in: Süß und Rytlewski, *Berlin. Die Hauptstadt*, S. 259–294
- Roy, Martin, *Luther in der DDR. Zum Wandel des Lutherbildes in der DDR-Geschichtsschreibung* (Bochum, 2000)
- Rürup, Reinhard (Hg.), *Historische Sozialwissenschaft. Beiträge zur Einführung in die Forschungspraxis* (Göttingen, 1977)
- Rürup, Reinhard, (Hg.), *1936. Die Olympische Spiele und der Nationalsozialismus* (Berlin, 1996)

- Rürup, Reinhard, (Hg.), *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“*. Eine Dokumentation (Berlin, 1987 sowie <sup>5</sup>1989: für die Ausstellung in der DDR eingerichtete Auflage)
- Rürup, Reinhard, „Berlin – Umriss der Stadtgeschichte“, in: Korff und Rürup, *Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt*, S. 27–54
- Rürup, Reinhard, „Die Berliner Topographie des Terrors in der deutschen NS-Gedenkstättenlandschaft. Erfahrung des wissenschaftlichen Direktors“, *Vorgänge* 44 (2005), S. 75–92
- Rürup, Reinhard, „Vergangenheit und Gegenwart der Geschichte. 750-Jahre-Berlin“, in: Eckhardt, *750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart*, S. 66–111
- Rüsen, Jörn, „Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken“, in: ders., *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden* (Köln, Weimar, Wien, 1994), S. 211–234
- Rüsen, Jörn, *Grundzüge einer Historik*, 3 Bde (1983–1989)
- Rüsen, Jörn, *Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens* (Frankfurt am Main, 1990)
- Sabrow, Martin, (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR* (Köln, 2000)
- Sabrow, Martin, „„Beherrschte Normalwissenschaft.“ Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie“, *GG* 24 (1998), S. 412–445
- Sabrow, Martin, „Auf der Suche nach dem materialistischen Meisterton. Bauformen einer nationalen Gegenerzählung in der DDR“, in: Jarausch und Sabrow, *Die historische Meistererzählung*, S. 33–77.
- Sabrow, Martin, „Der ‚ehrliche Meinungsstreit‘ und die Grenzen der Kritik“ in: Gustavo Corni und Martin Sabrow (Hg.), *Die Mauern der Geschichte: Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie* (Leipzig, 1996), S. 79–117
- Sabrow, Martin, „Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr ‚objektiver Gegner‘“ in: Iggers u. a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 53–92
- Sabrow, Martin, „Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR“, in: Heinz-Gerhard Haupt und Jörg Requate (Hg.), *Aufbruch in die Zukunft*, (Göttingen, 2005), S. 165–184
- Sabrow, Martin, „Zwischen Ökumene und Diaspora. Die Westkontakte der DDR-Historiographie im Spiegel ihrer Reiseberichte“, *BDI* (1996) 3, S. 86–97
- Sabrow, Martin, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969* (München, 2001)
- Sabrow, Martin, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945* (München, 2003)
- Saldern, Adelheid von, (Hg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten* (Stuttgart, 2003)
- Saldern, Adelheid von, unter Mitarbeit von Lu Seegers (Hg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften* (Stuttgart, 2005)
- Saldern, Adelheid von, „Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts“, in: Heydemann und Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland*, S. 442–475
- Saldern, Adelheid von, „„Schwere Geburten“: neue Forschungsrichtungen in der bundesre-

- publikanischen Geschichtswissenschaft (1960–2000)“, in: *WerkstattGeschichte* 14(2005) 40, S.5–30
- Saldern, Adelheid von, „Stadt und Öffentlichkeit in urbanisierten Gesellschaften. Neue Zugänge zu einem alten Thema“, *IMS* 31 (2000), 2, S. 3–15
- Saldern, Adelheid von, „Stadtfeiern im 20. Jahrhundert“, *Die Alte Stadt* 20 (2003), 4, S. 324–348
- Sarasin, Philip, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse* (Frankfurt am Main, 2003)
- Schäche, Wolfgang, *Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945: Planen und Bauen unter der Ägide der Stadtverwaltung* (Berlin, 1991)
- Schalenberg, Marc und Thomas Biskup (Hg.), *Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt* (in Vorbereitung. Vgl. den Tagungsbericht URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=734>)
- Scheffler, Karl, *Berlin – Ein Stadtschicksal. Nachdruck der Erstausgabe von 1910* (Berlin, 1989)
- Schildt, Axel, „Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit“, *GG* 27 (2001), S. 177–206
- Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften* (Hamburg, 2000)
- Schleier, Hans, „Die Berliner Geschichtswissenschaft – Kontinuitäten und Diskontinuitäten 1918–1952“, in: Fischer, *Exodus*, S. 198–220
- Schleier, Hans, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik* (Berlin und Köln, 1975)
- Schlenke, Manfred, „Von der Schwierigkeit, Preußen auszustellen. Rückschau auf die Preußen-Ausstellung Berlin 1981“, *GWU* 1981/11, S. 550–567
- Schmidt, Sigurd-H. (Hg.), *Das Landesarchiv Berlin und seine Bestände* (Berlin, 1992)
- Schmidt, Walter, „Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR“, *ZfG* 40 (1992), S. 1013–1030
- Schmidt, Walter, „Zur Konstituierung der DDR-Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren“, *Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Gesellschaftswissenschaften* (1983), 8, S. 5–23
- Schmidt, Walter, *Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren*. [= Hefte zur DDR-Geschichte 38] (Berlin, 1996)
- Schmiechen-Ackermann, Detlef, *Diktaturen im Vergleich* (Darmstadt, 2002)
- Schöne, Jens, *Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987* (Berlin, 2006)
- Schöningh, Wolfgang, „Die Ausstellung in Stralau: ‚Berlin in 7 Jahrhunderten‘“, in: *Stralauer Fischzug*, S. 9–15
- Schönwälder, Karen, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus* (Frankfurt am Main, 1992)
- Schöttler, Peter, (Hg), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945* (Frankfurt am Main, 1997)
- Schöttler, Peter, „Wer hat Angst vor dem ‚linguistic turn‘?“, *GG* 23 (1997), S. 134–151

- Schröder, Dieter, „Der Status von Berlin – kein grundsätzliches Hindernis. Zur Einladung des Regierenden Bürgermeisters nach Ost-Berlin“, *DA* 20 (1987), S. 38–43
- Schubert, Gert, „Der Bezirk Steglitz hat das Publikum dazu. Die Steglitzer Heimatwochen 1934 und 1935“, in: Bezirksamt Steglitz (Hg.), *Steglitz im Dritten Reich. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus in Steglitz* (Berlin, 1992), S. 80–104.
- Schultz, Helga, „Ansätze zur Geschichte des sozialen Wandels in der DDR“ in: Jaraus, *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität*, S. 77–91
- Schultz, Helga, „Beispiel: Sozialgeschichte“ in: Eckert, Kowalczyk und Poppe, *Wer Schreibt*, S. 27–35
- Schultz, Helga, „Berlin als Hauptstadt zur Zeit des Absolutismus“, *ZfG* 35 (1987), S. 500–507
- Schultz, Helga, „Die DDR-Geschichtswissenschaft in der Mitte der siebziger Jahre: Paradigmenwechsel oder konservative Wende?“ in: Iggers u.a., *Die DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 227–240
- Schultz, Helga, „Stadtgeschichtsforschung in der DDR“, in: Grzywatz, *Stadtgeschichte*, S. 15–22
- Schultz, Helga, „Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR?“, *ÖZG* 2 (1991), S. 22–40
- Schultz, Helga, „Zu Inhalt und Begriff marxistischer Regionalgeschichtsforschung“, *ZfG* 33 (1985), S. 875–887
- Schultz, Helga, *Der Roggenpreis und die Kriege des großen Königs. Chronik und Rezeptionsammlung des Berliner Bäckermeisters Johann Friedrich Heyde (1740 bis 1786)* (Berlin, 1988)
- Schultz, Helga, *Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz* (Berlin, 1987 sowie <sup>2</sup>1992)
- Schultz, Uwe, (Hg.), *Das Fest. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart* (München, 1988)
- Schultze, Johannes, *Meine Erinnerungen* (Berlin, 1976 [Selbstverlag])
- Schulze, Hagen; „Bilanz eines Versuches“, *GWU* (1981), S. 649–663
- Schulze, Winfried, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945* (München, 1993 [= Beiheft 10 der HZ])
- Schulze, Winfried und Otto G. Oexle (Hg), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus* (Frankfurt am Main, 1999)
- Schuman, Peter, (Hg.), *Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker in Berlin. 3. bis 7. Oktober 1984* (Stuttgart 1985)
- Seegers, Lu, „Die Inszenierung Zwickaus als Vorreiterstadt. Stadtjubiläen im Nationalsozialismus und in der DDR (1935–1968)“, in: Saldern, *Inszenierter Stolz*, S. 185–240.
- Seuthe, Rupert, „Geistig-moralische Wende“? *Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten* (Frankfurt am Main, 2001)
- Siebeck, Cornelia, „Inszenierung von Geschichte in der ‚Berliner Republik‘. Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989“, *Werkstattgeschichte* 33 (2002)
- Sieren, Frank und Ludwig Koehne (Hg.), *Günter Schabowski. Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung* (Reinbek, 1990)



- Solger, Friedrich, „Dem Gedächtnis Albert Kiekebuschs und Robert Mielkes“, *Brandenburgia* 44 (1935), S. 34–42
- Steinbach, Peter, „Berlin unter dem Nationalsozialismus. Hauptstadt im ‚Dritten Reich‘ – Zentrum des deutschen Widerstandes“, in: Süß und Rytlewski (Hg.), *Berlin. Die Hauptstadt*, S. 121–148
- Steinbach, Peter, „Berlin unter dem Nationalsozialismus“, in: Ribbe und Schmäddeke, *Berlin im Europa*, S. 315–328
- Steiner, André, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR* (München, 2004)
- Stimman, Hans, *Stadterneuerung in Ost-Berlin vom „sozialistischem Neuaufbau“ zur „komplexen Rekonstruktion“. Überblick und Materialien* (Berlin, 1985)
- Stölzl, Christoph (Hg.), *Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven* (Frankfurt am Main und Berlin, 1988)
- Stralauer Fischzug. Berliner Volksfest an beiden Ufern der Spree im Olympia Jahr 1936. Programm mit Gutscheinen für eine Großveranstaltung* (Berlin, 1936)
- Straub, Jürgen, (Hg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte* (Frankfurt am Main, 1998)
- Straub, Jürgen, „Geschichten erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung“, in: ders. (Hg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein*, S. 81–169
- Streckfuß, Adolf, *500 Jahre Berliner Geschichte Vom Fischerdorf zur Weltstadt*. 4 Bde. (Berlin, 1864)
- Stückrath, Jörg und Jürg Zbinden (Hg.), *Metageschichte: Hayden White und Paul Ricoeur; dargestellte Wirklichkeit in der europäischen Kultur im Kontext von Husserl, Weber, Auerbach und Gombrich* (Baden-Baden, 1997)
- Süß, Werner und Ralf Rytlewski (Hg.), *Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole* (Bonn, 1999)
- Teltow, Andreas, „Das Märkische Museum in Platznot. Die Planungen für einen Erweiterungsbau in den Jahren von 1937 bis 1939“, *Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin* 6 (2001), S. 13–31
- Thamer, Hans Ulrich, „Faszination und Manipulation. Die Nürnberger Reichsparteitage der NSDAP“ in: Schultz, *Das Fest*, S. 352–386
- Thamer, Hans-Ulrich, „Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit“, *GG* 24 (1998), S. 349–381
- Thamer, Hans-Ulrich, *Der Nationalsozialismus* (Stuttgart, 2002)
- Thesen des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983* (Berlin, 1982)
- Thesen. 750 Jahre Berlin* (Berlin, 1986)
- Thijs, Krijn, „Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen Erosion und Kontinuität in der späten DDR“, *Comparativ* 12 (2002), 1, S. 86–113
- Thijs, Krijn, „Die ‚braune‘ Erzählung der Stadtgeschichte. Zur 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt und zur stadthistorischen Disziplin“, *BGG* (2002), S. 111–136
- Thijs, Krijn, „Sileziërs, soldaten en andere onschuldigen. Vier conflicten uit het herinneringsjaar 1985“, in: Patrick Dassen, Ton Nijhuis und Krijn Thijs (Hg.), *Duitsers als slachtoffers. Einde van een taboe?* (Amsterdam, 2007)

- Thijs, Krijn, „The Metaphor of the Master. ‚Narrative Hierarchy‘ in the National Historical Cultures of Europe”, in: Stefan Berger und Chris Lorenz (Hg.), *Narrating national histories. Representations of the Past: the Writing of National Histories in the Nineteenth and Twentieth Century Europe* (Houndmills u.a., 2008)
- Thijs, Krijn, „Vom ‚master narrative‘ zur ‚Meistererzählung‘? Überlegungen für ein Konzept von ‚narrativer Hierarchie‘“, in: Martina Winkler (Hg.), *Sinnstiftung durch Narration in Ost-Mittel-Europa. Geschichte – Literatur – Film* (Leipzig, 2005), S. 21–53
- Till, Karen, *The new Berlin. Memory, Politics, Place* (Minneapolis, 2005)
- Titel, Jörg, „Die Vorbereitung der Olympischen Spiele in Berlin 1936“, in: *BGG* (1993), S. 113–171
- Topolski, Jerzy, „A non-postmodernist analysis of historical narratives“, in: ders. (Hg.), *Historiography between modernism and postmodernism. Contributions to the methodology of historical research* (Amsterdam und Atlanta, 1994), S. 9–85
- Torge, Paul, „Der Stralauer Fischzug“, in: *Stralauer Fischzug*, S. 3–8
- Tuchel, Johannes, „Berlin im Nationalsozialismus – Ergebnisse und Defizite 50 Jahre danach“, *IWK* 22 (1986), 1, S. 79–83
- Tuchel, Johannes und Reinhardt Schattenfroh, *Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Das Hauptquartier der Gestapo* (Berlin, 1987)
- Ullrich, Volker, „Entdeckungsreise in den historischen Alltag. Versuch einer Annäherung an die ‚neue Geschichtsbewegung‘“, *GWU* 76 (1985), S. 403–414
- Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD* (Berlin, 1977)
- Urban, Florian, *The invention of the historic city. Building the past in East Berlin 1970–1990* (Diss. TU Berlin, 2006)
- Vogel, Werner (Hg.), *Ernst Kaeber. Beiträge zur Berliner Geschichte. Ausgewählte Aufsätze mit einem Vorwort von Johannes Schultze* (Berlin, 1964)
- Vogel, Werner, „Eberhard Faden (1.9.1889–26.11.1973)“, *JBLG* 25 (1973), S. 206–211
- Vorstand, „Bericht über Gründung und Tätigkeit der Berliner historischen Kommission“, *JGMOD* 8 (1959), S. 665 und 666
- Wagner, Karl, (Hg.), *Moderne Erzähltheorie* (Wien, 2002)
- Walther, Peter Th., „Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin: Von der Weimarer Republik zur Vier-Sektoren-Stadt“, in: Fischer, *Exodus*, S. 153–183
- Weber, Hermann, „‚Weiße Flecken‘ und die DDR-Geschichtswissenschaft“ in: Jaraus, *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität*, S. 139–154
- Wedderkop, Hans von, *Das unbekannt Berlin. Ein Führer durch Straßen, Zeit und Menschen* (Leipzig und Berlin, 1936)
- Wehler, Hans-Ulrich, *Modernisierungstheorie und Geschichte* (Göttingen, 1975)
- Weißler, Sabine, „Der 5. Mai 1985 in Bitburg und Kreuzberg. Zwei sehr verschiedene Arten die Vergangenheit zu nutzen“, in: dies. (Hg.), *Der unschwiegene Ort. Ausstellung der neuen Gesellschaft für bildende Kunst* (Berlin, o.J. (1986))
- Welskopp, Thomas, „Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft“, *GG* 24 (1998), S. 173–198

- Welskopp, Thomas, „Identität *ex negativo*. Der ‚deutsche Sonderweg‘ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre.“, in: Jarausch und Sabrow, *Die historische Meistererzählung*, S. 109–139
- Welskopp, Thomas, „Westbindung auf dem Sonderweg. Die deutsche Sozialgeschichte vom Appendix der Wirtschaftsgeschichte zur Historischen Sozialwissenschaft“, in: Wolfgang Küttler, Jörn Rüsen und Ernst Schulin (Hg.), *Geschichtsdiskurs. Band 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945* (Frankfurt am Main, 1999), S. 209–237
- Welzer, Harald, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung* (München, 2002)
- Welzer, Harald, Sabine Moller und Karoline Tschuggall, ‚*Opa war kein Nazi*‘. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis* (Frankfurt am Main, <sup>3</sup>2002)
- Wenzel, Gisela, „Der vergessene Widerstand“, in: Heer/Ullrich, *Geschichte Entdecken*, S. 217–231
- Wenzel, Otto, „Der Sturz des Politbüromitglieds Konrad Naumann im Herbst 1985“, *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* (1998) 5, S. 84–90
- Werner, Michael und Bénédicte Zimmermann, „Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen“, *GG* 28 (2002), S. 607–636
- Wetzlaugk, Udo, *Die Alliierten in Berlin* (Berlin, 1988)
- White, Hayden, „Der historische Text als literarisches Kunstwerk“, in: Conrad/Kessel, *Geschichte schreiben*, S. 123–157
- White, Hayden, „Historical emplotment and the problem of truth“, in: Friedländer, *Probing the Limits*, S. 37–53
- White, Hayden, „The Narrativisation of real events“, in: Thomas Mitchell, *On Narrative*, S. 249–254
- White, Hayden, „The value of narrative in the representation of reality“, in: Thomas Mitchell, *On Narrative*, S. 1–24 (Neu abgedruckt in: Hayden White, *The content of the Form*. S. 1–25)
- White, Hayden, *Metahistory. The historical imagination in nineteenth-century Europe* (Baltimore und London, 1973)
- White, Hayden, *The Content of the Form. Narrative discourse and historical representation* (Baltimore und London, 1987)
- Winterhager, Wilhelm Ernst, „Berlin als Zentrum deutschen Widerstandes 1933 bis 1945“, in: Ribbe und Schmädeke, *Berlin im Europa*, S. 377–397
- Winters, Peter Jochen, „Zweimal 750 Jahre Berlin“, *DA* 20 (1987), S. 488–493
- Wippermann, Wolfgang, „700 und 50 Jahre Berlin. Zur Geschichte einer deutschen Metropole“, in: Thomas Ludewig, *Berlin. Geschichte einer deutschen Metropole* (München, 1986), S. 273–309
- Wippermann, Wolfgang, „Die Doppelstadt. Anmerkungen über den Stand und die Perspektiven der Erforschung der Geschichte Berlins in der NS-Zeit“, in: Werner Röhr (Hg.), *Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer* (Berlin, 1992), S. 377–939
- Wolfgang Gottschalk (Hg.), *Die Mittelalterliche Handelsstadt Berlin/Köln. Die Doppelstadt von den Anfängen bis 1648* (Berlin, 1987)

- Wolfrum, Edgar, „Die Preußenrenaissance: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Konflikt“ in: Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR* (Leipzig, 1997), S. 145–165
- Wolfrum, Edgar, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung* (Göttingen, 2001)
- Wolfrum, Edgar, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990* (Darmstadt, 1999)
- Wolle, Stefan, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989* (München, <sup>2</sup>1999)
- Zeijden, Albert van der, *Visuele cultuur. Fotografie als historische bron en als medium voor etnologisch onderzoek* (Utrecht, 2004)
- Zelljadt, Katja, *History as Past-time. Amateurs and Old Berlin 1870–1914* (Diss. Harvard, 2005)
- Zerubavel, Eviatar, *Time maps. Collective Memory and the social shape of the past* (Chicago und London, 2003)
- Zifonun, Darius, „Heilsame Wunden. Holocaust-Gedenkstätten als Orte nationaler Identitätsbildung – Das Beispiel der ‚Topographie des Terrors‘ in Berlin“, in: Hans-Georg Soeffner und Dirk Tänzler (Hg.), *Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft* (Opladen, 2002), S. 193–210.
- Zuchold, Gerd-H., „Der Abriss der Ruinen des Stadtschlusses und der Bauakademie in Ost-Berlin. Vom Umgang mit Denkmälern preußischer Geschichte in der Frühzeit der DDR“, *DA* 18 (1985), S. 178–207

## Personenregister

- Abusch, Alexander 305  
Adler, Jürgen 119, 121, 123f., 131, 165  
Albrecht I. (der Bär) von Brandenburg 315  
Ankersmit, Frank 284ff.  
Arendt, Hannah 206f., 231  
Arendt, Max 43ff., 47, 49, 60f., 64f., 68f., 71, 75, 77, 80f., 87, 89, 189, 307, 311, 316, 320–325, 327
- Badstübner, Rolf 216, 243  
Bal, Mieke 288, 291  
Barthes, Roland 285  
Bauer, Roland 208, 211f., 217, 221f., 245, 247  
Baumunk, Bodo 133, 136, 295  
Biewald, Dieter 99, 188  
Bismarck, Otto von 210  
Blanc, Louis 285  
Boockmann, Hartmut 109  
Borneman, John 19  
Böß, Gustav 41, 58  
Bowie, David 274  
Brackmann, Albert 63ff.  
Brandt, Eduard 50  
Brandt, Willy 274  
Bräutigam, Hans-Otto 230  
Britsch, Eckhardt 165  
Brockhoff, Kurt 50  
Büsch, Otto 152, 157f.
- Certeau, Michel de 285, 314  
Chartier, Roger 30  
Christo 185  
Clauswitz, Carl von 77  
Clauswitz, Paul 43  
Conze, Werner 13  
Cornel, Hajo 115
- Danto, Arthur 288  
Demps, Laurenz 222, 224, 238, 242, 265  
Diehl, Ernst 211f., 238f., 241, 253–256, 262f.
- Diepgen, Eberhard 99, 112, 118, 120, 123ff., 129ff., 134, 137f., 140, 142f., 153, 167, 169, 173f., 176f., 181–185, 187, 193f., 226, 257, 259  
Dietrich, Marlene 164
- Eichmann, Adolf 173  
Engeli, Christian 160
- Fabig, Wolfgang 120, 122f., 126  
Ferberg, Nils 122  
Fidicin, Ernst 77, 159  
Fischer, Oskar 261  
Foucault, Michel 16, 214  
Frank, Walter 59  
Freitag, Werner 29, 33, 73f., 78, 81ff.  
Friedel, Ernst 43  
Friedrich II. (der Große), König von Preußen 49, 62, 210, 212  
Friedrich II. (Eisenzahn, der Eiserne), Kurfürst von Brandenburg 63, 317  
Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 321, 327  
Frye, Northrop 291, 300, 303ff.  
Faden, Eberhard 14, 43–51, 54, 58–66, 68f., 159, 189, 202f., 282, 315ff.
- Gahrig, Werner 221, 230ff., 240f., 265  
Gandert, Otto-Friedrich 43, 65ff., 89, 149f., 202f., 282, 299, 314  
Geertz, Clifford 29  
Geyer, Michael 20f.  
Glasewald, Heinrich 325  
Goebbels, Joseph 38f., 54, 58, 72, 79, 81, 84f., 87–90, 274, 293, 332  
Gorbatschow, Michael 185, 194, 274f.  
Göring, Hermann 39  
Graehn, Guido 248, 252  
Graffunder, Siegfried 243  
Grantzow, Hans 66, 282, 288, 293, 296f., 304, 307f., 312f., 315f., 320  
Grimmer, Reginald 222f., 226f., 241, 252, 255

- Große Kracht, Klaus 14
- Habedank, Heinz 243, 245, 247, 340
- Habermas, Jürgen 16, 214
- Hager, Kurt 208, 226, 247, 249, 254, 256, 274f.
- Hämer, Hardt-Waltherr 115
- Hampe, Herbert 233
- Hasselberg, Felix 50
- Hassemer, Volker 99, 111f., 116, 120, 124, 128f., 133f., 137–146, 152–158, 161f., 164f., 167–170, 173, 176ff., 184, 187, 192, 194, 234
- Hegemann, Werner 46, 61f.
- Heinrich der Löwe, Herzog von Sachsen und Bayern 315
- Heinrich, Gerd 14, 151
- Herzfeld, Hans 37, 158
- Heydrich, Reinhardt 173
- Hinckeldey, Karl Ludwig Friedrich von 321
- Hintze, Otto 43, 53, 62ff., 151
- Hitler, Adolf 29, 37ff., 57f., 72, 74, 85, 246, 266f., 296
- Hobsbawm, Eric 75
- Honecker, Erich 11f., 16f., 124, 181–184, 199–203, 205f., 210, 220, 227ff., 239, 243, 254, 256, 259f., 265ff., 270, 275, 301
- Honecker, Margot 260, 267, 270
- Hoppe, Willy 14, 43f., 47, 56f., 60f., 63, 149, 202
- Hüber, Günter 71, 73, 86, 88
- Hübner, Peter 243
- Iggers, Georg 219, 284f.
- Imhof, Arthur 236
- Jäckel, Eberhardt 109
- Jahn, Hans 50, 65
- Jänicke, Martin 120
- Jaraus, Konrad 20f.
- Jelavich, Peter 15, 297
- Johann I. von Brandenburg 315
- Kaeber, Ernst 3, 41–46, 48ff., 52–55, 57f., 60–66, 68, 71, 77, 93, 159, 189, 202, 204, 318
- Kapp, Wolfgang 266
- Keiderling, Gerhard 203f., 216–219, 221, 224, 239, 242ff., 249, 252ff., 257, 282, 319
- Kennedy, John F. 97, 147
- Kewenig, Wilhelm 154
- Kiekebusch, Albert 43, 52, 65
- Klein, Fritz 310
- Knopp, Werner 142
- Kocka, Jürgen 110, 142
- Kohl, Helmut 101, 107f., 111f., 116, 175, 183f., 331
- Kollat, Horst 118, 121, 123, 127, 132, 168
- Korff, Gottfried 103, 105, 112, 116, 133–138, 140, 142f., 145f., 148, 152, 158–161, 163, 172, 189, 191, 196, 243, 295, 299
- Koser, Alfred 48, 63
- Kossinna, Gustav 43
- Krack, Erhard 226–229, 233, 241, 258f., 261, 266ff., 275
- Kraushaar, Luise 246
- Krenz, Egon 181, 228f., 233, 257ff., 258
- Krockow, Christian Graf von 142
- Kuczynski, Jürgen 247
- Kügler, Hermann 43, 45, 47, 50f., 53f., 57–62, 75, 81, 86, 88, 90, 297
- Kunz, Gerhard 134f., 138, 140, 142
- Kunze, Jürgen 124
- Küster, Georg Gottfried 77
- Küttler, Wolfgang 220
- Lamartine, Alphonse de 285
- Lämmert, Eberhard 287, 290
- Lange, Annemarie 238
- Lasch, Agathe 47, 49, 51, 54
- Laurien, Hanna-Renate 134, 138
- Legien, Roman 143, 156, 165, 195
- Lehman-Brauns, Uwe 108, 121f., 126, 165
- Lenin, Wladimir Iljitsch 214
- Lenz, Max 43

- Lévi-Strass, Claude 19  
Liebermann, Börries von 167  
Liebknecht, Karl 202, 237, 255  
Liening, Rudi 204, 221  
Lindenberger, Thomas 114  
Lippert, Julius 39f., 58–61, 64, 66, 71f.,  
74f., 77, 79, 81, 83–89, 92, 226, 293, 332  
Löffler, Gerd 118, 123  
Löffler, Kurt 124, 181–184, 188, 229, 233  
Lohse, Jochen 262, 264  
Lokatis, Siegfried 309  
Lorenz, Chris 285f.  
Luther, Martin 210, 228, 253  
Lyotard, Jean-François 19, 306  
  
Maffay, Peter 272  
Mann, Heinrich 133  
Marx, Karl 210, 253, 255, 322  
Materna, Ingo 224, 233, 239–244, 251,  
253, 256  
McCullagh, C. Belan 285  
Meinshausen, Hans 11f., 16f.  
Meyer, Willibald E. 50  
Michelet, Jules 285  
Mieck, Ilja 142  
Mielke, Erich 270  
Mielke, Robert 52, 58  
Mittenzwei, Ingrid 211, 221, 235  
Möller, Horst 142  
Mommsen, Hans 110, 116  
Müller, Günther 290  
Müller, Werner 71  
Müller-Mertens, Eckhardt 242  
Müntzer Thomas 253  
Mussolini, Benito 37, 39  
  
Nachama, Andreas 155, 157  
Nadler, Josef 46  
Napoleon I. Bonaparte, Kaiser der Franzosen  
49, 310  
Naumann, Konrad 200, 206ff., 213, 222f.,  
226ff., 230, 253–256  
Niedecken-Gebhard, Hanns 72  
Ohnesorg, Benno 157  
  
Oswald, Horst 222, 240f., 252f.  
Otto III., Markgraf von Brandenburg 315  
  
Pankau, Heide 224  
Plenzdorf, Ulrich 274  
Plessen, Marie-Luise von 133, 146  
Pufendorf, Lutz von 142, 169f.  
  
Ranke, Leopold von 284  
Rasch, Walter 111  
Rathenau, Walter 46  
Reagan, Ronald 175, 185, 194  
Reuter, Ernst 274  
Ribbe, Wolfgang 13, 152, 154f., 159ff.,  
282  
Richter, Günther 321, 323–327  
Richter, Wolfgang 222f.  
Ricoeur, Paul 290  
Rigney, Ann 24, 285  
Ristock, Harry 118f., 122, 157  
Roters, Eberhard 142  
Ruckhaberle, Dieter 108  
Rürup, Reinhard 142–146, 148, 152,  
158–161, 166, 178f., 189, 191, 282, 288,  
294f., 298ff., 302, 306–309, 312f., 318,  
320f.  
Rüsen, Jörn 17  
  
Sabrow, Martin 21, 31, 34, 214f., 218,  
220  
Sachse, Wolf-Peter 273  
Sahm, Heinrich 48, 64, 71  
Saldern, Adelheid von 26, 28, 30  
Santana, Carlos 272f.  
Schaal, Hans Dieter 189  
Schabowski, Günther 229, 255, 258, 261,  
266, 278  
Schäfer, Dietrich 43  
Scheffler, Karl 48f., 62, 189  
Schieder, Wolfgang 13  
Schlenke, Manfred 103, 105  
Schmidt, Wieland 111  
Schneider, Bernhard 131, 140f., 169f.  
Scholz, Rupert 134f., 138  
Schröder, Wolfgang 237, 251

- Schultz, Helga 235–238, 240ff., 250f.,  
253, 257,  
Schultze, Johannes 51, 149  
Schulze, Berthold 149  
Schulze, Hagen 103, 105, 109f., 112,  
134f., 138, 140, 142, 148  
Schwebel, Oskar 159  
Seyer, Heinz 242  
Siedler, Wolf Jobst 135ff., 139f., 143,  
145, 154, 157, 188f., 237, 295  
Simon, Dieter 286  
Simson, Eduard 327  
Speer, Albert 38f., 59f., 72, 165  
Steeg, Ludwig 71  
Stevens, Shakin 272  
Stobbe, Dietrich 37, 102f., 122f., 208  
Stölzl, Christoph 142  
Stoph, Willi 267  
Streckfuß, Adolf 51, 159  
Streubel, Ernst 71, 77  
Stronk, Detlef 124f., 181, 183, 188  
Stulz, Percy 203  
Stürmer, Michael 109, 112, 116  
  
Thadden, Rudolf von 142  
Thälmann, Ernst 245, 247  
Thomas, Bodo 119, 125  
Torge, Paul 75, 77  
Treue, Wolfgang 149ff., 153–157  
Tschöpe, Günther 50  
  
Ulbricht, Walter 203, 206, 219f., 230,  
244, 251, 254f., 265, 274  
  
Vogel, Hans-Jochen 39  
Vogt, Walter 50  
Voigt, Christoph 50  
  
Weber, Max 29  
Wehler, Hans-Ulrich 18, 22, 284  
Wehner, Günther 246f.  
Weick, Wolfgang 133, 164  
Weizsäcker, Richard von 11f., 16f., 99,  
121, 135, 162, 183f.  
Welzer, Harald 14  
Wessel, Horst 72, 88  
White, Hayden 283–286, 303f., 306  
Wilhelm I., Deutscher Kaiser, König von  
Preußen 46, 69, 101, 306  
Wimmer, Walter 246ff., 251  
Wohlrabe, Jürgen 99, 118f., 129,  
131  
Wolfram, Georg 57  
Wolfrum, Edgar 31, 111  
Wrangel, Friedrich von 320, 327  
  
Zehm, Günter 129, 139, 188  
Zernack, Klaus 159f.  
Zieseke, Christiane 167–170  
Zinna, Ernst 325